

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# LENIN

WERKE

9



HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS  
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES  
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT  
AUF BESCHLUSS DES ZENTRAKKOMITEES  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

# W. I. LENIN

## WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN  
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE  
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS  
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1957



# W.I. LENIN

BAND 9

---

*JUNI - NOVEMBER 1905*



DIETZ VERLAG BERLIN

1957

Russischer Originaltitel:

**В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ**

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1957 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm

Verlagsbogen: 31 · Druckbogen: 32 · Lizenznummer 1

Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

## VORWORT

Die in Band 9 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin in der zweiten Hälfte (Juni—November) 1905.

Den Band eröffnet das historisch gewordene Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, in welchem Lenin an der Taktik der Menschewiki eine vollendete Kritik übte, die bolschewistische Taktik meisterhaft begründete und den Marxismus durch eine neue Theorie der Revolution bereicherte. Das zweite Kapitel des Nachworts zu diesem Werk wird hier zum erstenmal vollständig nach dem Manuskript veröffentlicht, von dem ein Teil 1940 aufgefunden wurde.

In den Artikeln „Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie erschleicht sich die Macht“, „Der Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand“, „Im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie oder an der Spitze der revolutionären Arbeiterklasse und Bauernschaft?“, „Parlamentsspielerlei“, „Von der Verteidigung zum Angriff“ und anderen erläutert Lenin die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse, gibt Hinweise für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands und entlarvt den heuchlerischen „Demokratismus“ der liberalen Bourgeoisie sowie die versöhnlerische Taktik der Menschewiki.

In den Artikeln „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung“, „Sozialismus und Bauernschaft“ und „Kleinbürgerlicher und proletarischer Sozialismus“ begründet und erläutert Lenin den bolschewistischen strategischen Plan des Kampfes für die Überleitung der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution.

Die Artikel „Politischer Streik und Straßenkampf in Moskau“, „Die Lehren der Moskauer Ereignisse“, „Der politische Generalstreik in Ruß-

land“ und „Der erste Sieg der Revolution“ sind dem politischen Generalstreik im Oktober gewidmet.

Lenins Schriften „Vorwort zur Broschüre ‚Arbeiter über die Spaltung der Partei‘“, „Zur Vereinigung der Partei“ und andere richten sich gegen die Spaltungstätigkeit der Menschewiki.

Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins werden im vorliegenden Band folgende Arbeiten veröffentlicht: „Schlußteil zum Artikel ‚Die Pariser Kommune und die Aufgaben der demokratischen Diktatur‘“, „Ursprüngliche Variante des Vorworts zur Broschüre ‚Arbeiter über die Spaltung der Partei‘“, „Bemerkung zur Resolution der Konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR“, „Nachwort der Redaktion zu dem Artikel ‚Der dritte Parteitag vor dem Tribunal der kaukasischen Menschewiki‘“, „Bemerkung zu P. Nikolajews Broschüre ‚Die Revolution in Rußland‘“, „Zur gegenwärtigen Lage“, „Über die sogenannte Armenische sozialdemokratische Arbeiterorganisation“, „Borba Proletariata“, „Die Jugend im Ausland und die russische Revolution“, „Bemerkungen zum Artikel ‚Die britische Arbeiterbewegung und der Kongreß der Trade-Unions‘“, „Einfügung in W. Kalinins Artikel ‚Der Bauernkongreß‘“ und „Zwischen zwei Schlachten“. In dem letztgenannten Artikel zieht Lenin die Bilanz des politischen Generalstreiks im Oktober 1905 und ruft das russische Proletariat auf, seine Kräfte zusammenzuschließen zum Sturz der zaristischen Selbstherrschaft durch einen bewaffneten Volksaufstand.

ZWEI TAKTIKEN DER SOZIALDEMOKRATIE  
IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION<sup>1</sup>

*Geschrieben Juni—Juli 1905.  
Zuerst veröffentlicht als  
Broschüre in Genf im Juli 1905.*

*Nach dem Text der Broschüre,  
verglichen mit dem Manuskript.*



N. Lenin. Deux tactiques.

Prix: 1 fr. 25 cts. — 1 mk. — 18 ch. — 25 cent.

Россійская Соціалъдемократическая Рабочая Партія.

ПРОЛЕТАРИИ ВСЕХЪ СТРАНЪ СОЕДИНЯЙТЕСЬ!

Н. ЛЕНИНЪ.

**ДВѢ ТАКТИКИ  
СОЦІАЛЬДЕМОКРАТИИ  
ВЪ ДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ  
РЕВОЛЮЦІИ.**

Издание Центр. Ком. Р. С. Д. Р. П.

ЖЕНЕВА

Типографія Партіи. 3, rue de la Colline 3.

1905.

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre  
„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“  
1905

*Verkleinert*





## VORWORT

In einem revolutionären Augenblick ist es sehr schwer, mit den Ereignissen Schritt zu halten, die erstaunlich viel neues Material für die Beurteilung der taktischen Losungen der revolutionären Parteien liefern. Diese Broschüre ist vor den Odessaer Ereignissen geschrieben worden.\* Wir haben im „Proletari“<sup>2</sup> (Nr. 9, „Die Revolution lehrt“)\*\* schon darauf hingewiesen, daß sogar jene Sozialdemokraten, die die Theorie vom Aufstand als Prozeß geschaffen und die Propaganda für eine provisorische revolutionäre Regierung verworfen hatten, durch diese Ereignisse gezwungen wurden, faktisch auf die Seite ihrer Opponenten überzugehen oder mit dem Übergang zu beginnen. Die Revolution lehrt zweifellos mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit, die in Zeiten der friedlichen politischen Entwicklung unwahrscheinlich erscheinen. Und sie lehrt, was besonders wichtig ist, nicht nur die Führer, sondern auch die Massen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Revolution den Arbeitermassen in Rußland den Sozialdemokratismus beibringen wird. Die Revolution wird in der Praxis das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie dadurch bestätigen, daß sie die wahre Natur der verschiedenen Gesellschaftsklassen enthüllt, daß sie den bürgerlichen Charakter unserer Demokratie und die wirklichen Bestrebungen der Bauernschaft offenbart, die im bürgerlich-demokratischen Sinne revolutionär ist, aber nicht die Idee der „Sozialisierung“, sondern den neuen Klassenkampf zwischen der bäuerlichen Bourgeoisie und dem ländlichen Proletariat in ihrem Schoße birgt. Die

\* Gemeint ist der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Fürst Potjomkin“.  
(Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 139. *Die Red.*

alten Illusionen der alten Volkstümlerrichtung, die zum Beispiel im Programmwurf der „Partei der Sozialrevolutionäre“ so deutlich durchschimmern, sowohl was die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und den Demokratismus unserer „Gesellschaft“ betrifft als auch hinsichtlich der Bedeutung des vollen Sieges des Bauernaufstands — alle diese Illusionen werden von der Revolution erbarmungslos und endgültig zerstreut werden. Die verschiedenen Klassen werden in der Revolution zum erstenmal eine wirkliche politische Feuertaufe erhalten. Diese Klassen werden aus der Revolution mit einer bestimmten politischen Physiognomie hervorgehen, nachdem sie sich nicht nur in den Programmen und taktischen Losungen ihrer Ideologen, sondern auch in der offenen politischen Aktion der Massen gezeigt haben werden.

Kein Zweifel, daß die Revolution uns belehren und daß sie die Volksmassen belehren wird. Doch für die kämpfende politische Partei steht jetzt die Frage so: Werden wir die Revolution etwas lehren können? Werden wir von der Richtigkeit unserer sozialdemokratischen Lehre und von unserer Verbindung mit der einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse, dem Proletariat, so Gebrauch machen können, daß wir der Revolution den proletarischen Stempel aufdrücken, die Revolution in der Tat und nicht in Worten zum wirklich entscheidenden Siege führen und die Wankelmütigkeit, die Halbschlächtigkeit und den Verrat der demokratischen Bourgeoisie paralisieren?

Auf dieses Ziel müssen wir alle unsere Anstrengungen richten. Ob wir es erreichen, hängt einerseits von der Richtigkeit unserer Einschätzung der politischen Lage, von der Richtigkeit unserer taktischen Losungen ab, andererseits von der Unterstützung dieser Losungen durch die reale Kampfkraft der Arbeitermassen. Auf die Festigung und Ausdehnung der Verbindung mit der Masse ist die gesamte übliche, reguläre, laufende Arbeit aller Organisationen und Gruppen unserer Partei gerichtet: die Propaganda-, Agitations- und Organisationsarbeit. Diese Arbeit ist stets notwendig, aber in einem revolutionären Augenblick kann sie weniger denn je als ausreichend erachtet werden. In einem solchen Augenblick drängt die Arbeiterklasse instinktiv zur offenen revolutionären Aktion, und wir müssen es verstehen, die Aufgaben dieser Aktion richtig zu stellen, um dann die Kenntnis dieser Aufgaben und das Verständnis für sie möglichst weit zu verbreiten. Man darf nicht vergessen, daß sich hinter dem landläufigen

Pessimismus betrifft unserer Verbindung mit der Masse jetzt besonders häufig bürgerliche Ideen über die Rolle des Proletariats in der Revolution verbergen. Wir müssen zweifellos noch viel, sehr viel tun, um die Arbeiterklasse zu erziehen und zu organisieren, aber die ganze Frage dreht sich heute darum, wo der politische Schwerpunkt dieser Erziehung und dieser Organisation hauptsächlich liegen soll. In den Gewerkschaften und den legalen Vereinen oder im bewaffneten Aufstand, in der Schaffung einer revolutionären Armee und einer revolutionären Regierung? Durch das eine wie durch das andere wird die Arbeiterklasse erzogen und organisiert. Und das eine wie das andere ist natürlich notwendig. Heute, in der gegenwärtigen Revolution, läuft jedoch die ganze Frage darauf hinaus, wo der Schwerpunkt der Erziehung und der Organisation der Arbeiterklasse liegen wird, im ersten oder im zweiten?

Der Ausgang der Revolution hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse als Handlanger der Bourgeoisie, der in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft zwar mächtig, politisch aber ohnmächtig ist, oder als Führer der Volksrevolution auftreten wird. Die bewußten Vertreter der Bourgeoisie spüren das sehr wohl. Eben deshalb preist ja die Zeitschrift „Oswoboshdenije“<sup>3</sup> das Akimowianertum in der Sozialdemokratie, den „Ökonomismus“, der heute die Gewerkschaften und die legalen Vereine in den Vordergrund rückt. Eben deshalb begrüßt ja Herr Struve („Oswoboshdenije“ Nr. 72) die prinzipiellen Tendenzen des Akimowianertums in der neuen „Iskra“<sup>4</sup>. Und eben deshalb fällt er über die verhaßte revolutionäre Engherzigkeit der Beschlüsse her, die der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gefaßt hat.

Richtige taktische Losungen der Sozialdemokratie haben jetzt für die Führung der Massen besonders große Bedeutung. Nichts ist gefährlicher, als die Bedeutung prinzipienfester taktischer Losungen in revolutionären Zeiten herabzusetzen. Die „Iskra“ zum Beispiel geht in Nr. 104 faktisch auf die Seite ihrer Opponenten in der Sozialdemokratie über, äußert sich aber zugleich geringschätzig über die Bedeutung der Losungen und taktischen Beschlüsse, die dem Leben vorangehen und den Weg zeigen, den die Bewegung, begleitet von manchen Mißerfolgen, Irrtümern usw., einschlägt. Im Gegenteil, die Ausarbeitung richtiger taktischer Beschlüsse hat gewaltige Bedeutung für eine Partei, die das Proletariat im Geiste konsequent marxistischer Prinzipien führen und nicht bloß hinter den Ereignis-

sen einhertrotten will. In den Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Konferenz des abgespaltenen Teils der Partei\* haben wir die präzisesten, bestdurchdachten und vollständigsten Darlegungen der taktischen Auffassungen, nicht wie sie zufällig von einzelnen Literaten geäußert, sondern wie sie von den verantwortlichen Vertretern des sozialdemokratischen Proletariats angenommen worden sind. Unsere Partei hat allen anderen Parteien voraus, daß sie ein präzises, von allen angenommenes Programm besitzt. Sie muß für die anderen Parteien auch darin ein Vorbild sein, daß sie sich zu ihren taktischen Resolutionen streng verhält, im Gegensatz zum Opportunismus der demokratischen Bourgeoisie, wie er sich im „Oswoboshdenije“ äußert, und zu den revolutionären Phrasen der Sozialrevolutionäre, die erst während der Revolution auf den Gedanken kamen, mit dem „Entwurf“ eines Programms hervorzutreten und sich zum erstenmal mit der Frage zu befassen, ob das, was sich vor ihren Augen abspielt, eine bürgerliche Revolution ist.

Deshalb halten wir es für die dringlichste Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie, die taktischen Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Konferenz aufmerksam zu studieren, die in ihnen enthaltenen Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus festzustellen und sich über die konkreten Aufgaben des sozialdemokratischen Proletariats in der demokratischen Revolution klarzuwerden. Dieser Arbeit ist auch die vorliegende Schrift gewidmet. Die Überprüfung unserer Taktik vom Gesichtspunkt der marxistischen Prinzipien und der Lehren der Revolution ist auch für denjenigen notwendig, der die Einheitlichkeit der Taktik als Grundlage für die künftige volle Einigung der ganzen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands real vorbereiten und sich nicht nur auf Worte der Ermahnung beschränken will.

Juli 1905

N. Lenin

\* Am III. Parteitag der SDAPR (London, Mai 1905) nahmen nur die Bolschewiki teil. An der „Konferenz“ (Genf, zur selben Zeit) beteiligten sich nur die Menschewiki, die in der vorliegenden Schrift oft als „Neuiskristen“ bezeichnet werden, denn sie gaben zwar die „Iskra“ weiter heraus, ließen aber durch den Mund ihres damaligen Gesinnungsgenossen Trotzki erklären, daß zwischen der alten und der neuen „Iskra“ ein Abgrund klafft. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

## 1. DIE AKTUELLE POLITISCHE FRAGE

In dem revolutionären Augenblick, den wir durchleben, steht die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auf der Tagesordnung. Wie diese Frage zu lösen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Drei politische Richtungen treten hervor. Die zaristische Regierung findet sich mit der Notwendigkeit ab, Volksvertreter einzuberufen, will aber auf keinen Fall zulassen, daß deren Versammlung eine vom ganzen Volk gewählte und eine konstituierende Versammlung ist. Sie scheint, wenn man den Zeitungsmeldungen über die Arbeiten der Bulyginschen Kommission<sup>5</sup> glauben darf, mit einer beratenden Versammlung einverstanden zu sein, die ohne Freiheit der Agitation und auf Grund eines beschränkten Zensus- oder eines beschränkten ständischen Wahlrechts gewählt wird. Das revolutionäre Proletariat, soweit es unter der Führung der Sozialdemokratie steht, fordert den vollständigen Übergang der Macht an eine konstituierende Versammlung und erstrebt zu diesem Zweck nicht nur das allgemeine Wahlrecht und nicht nur die volle Agitationsfreiheit, sondern außerdem den unverzüglichen Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine provisorische revolutionäre Regierung. Die liberale Bourgeoisie schließlich, die ihre Wünsche durch den Mund der Führer der sogenannten „Konstitutionell-Demokratischen Partei“<sup>6</sup> zum Ausdruck bringt, fordert nicht den Sturz der zaristischen Regierung, stellt nicht die Losung einer provisorischen Regierung auf und besteht nicht auf realen Garantien dafür, daß die Wahlen vollkommen frei und korrekt durchgeführt werden und daß die Vertreterversammlung zu einer tatsächlich vom ganzen Volk gewählten und zu einer tatsächlich konstituierenden Versammlung wird. Im Grunde erstrebt die liberale Bour-

geoisie, diese einzige ernsthafte soziale Stütze der „Oswoboshdenije“-Richtung, einen möglichst friedlichen Ausgleich zwischen dem Zaren und dem revolutionären Volk, und zwar einen solchen Ausgleich, bei dem ihr, der Bourgeoisie, am meisten, dem revolutionären Volk dagegen, dem Proletariat und der Bauernschaft, am wenigsten Macht zuteil würde.

So ist die politische Lage im gegebenen Augenblick. Das sind die drei politischen Hauptrichtungen, die den drei sozialen Hauptkräften des heutigen Rußlands entsprechen. Darüber, wie die „Oswoboshdenzen“ ihre Halbschlächtigkeit, d. h. direkter und einfacher gesagt, ihre der Revolution gegenüber abtrünnige, verräterische Politik mit demokratisch klingenden Phrasen bemänteln, haben wir im „Proletari“ schon des öfteren gesprochen (Nr. 3, 4 und 5)\*. Betrachten wir nunmehr, wie die Sozialdemokraten den Aufgaben des Augenblicks Rechnung tragen. Ausgezeichnetes Material bilden in dieser Hinsicht die beiden Resolutionen, die erst unlängst vom III. Parteitag der SDAPR und von der „Konferenz“ des abgespaltenen Teils der Partei angenommen wurden. Die Frage, welche dieser beiden Resolutionen den politischen Augenblick richtiger beurteilt und die Taktik des revolutionären Proletariats richtiger bestimmt, hat größte Bedeutung, und jeder Sozialdemokrat, der seine Pflichten als Propagandist, Agitator und Organisator verantwortungsbewußt erfüllen will, muß sich unter völliger Beiseitelassung von Erwägungen, die nicht zur Sache gehören, mit allem Ernst über diese Frage Klarheit verschaffen.

Unter der Taktik einer Partei versteht man ihr politisches Verhalten oder den Charakter, die Richtung, die Methoden ihrer politischen Tätigkeit. Taktische Resolutionen werden auf einem Parteitag angenommen, um das politische Verhalten der Partei als Ganzes im Hinblick auf neue Aufgaben oder angesichts einer neuen politischen Situation genau festzulegen. Eine solche neue Situation ist durch die in Rußland begonnene Revolution, das heißt den vollständigen, entschiedenen und offenen Bruch zwischen der gigantischen Mehrheit des Volkes und der zaristischen Regierung geschaffen worden. Die neue Frage besteht darin, welches die praktischen Methoden sind, eine wirklich vom ganzen Volk gewählte, wirklich konstituierende Versammlung einzuberufen. (Theoretisch ist die Frage einer solchen Versammlung schon längst und vor allen anderen Parteien von der Sozialdemokratie in ihrem Parteiprogramm offiziell gelöst worden.) Hat das

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 452—460, 477—490, russ. *Die Red.*

Volk mit der Regierung gebrochen und sind sich die Massen der Notwendigkeit, eine neue Ordnung zu errichten, bewußt geworden, so muß die Partei, die sich das Ziel gesetzt hat, die Regierung zu stürzen, notwendigerweise darüber nachdenken, was für eine Regierung an die Stelle der alten, der zu stürzenden Regierung treten soll. Es taucht die *neue* Frage der provisorischen revolutionären Regierung auf. Um diese Frage erschöpfend zu beantworten, muß die Partei des klassenbewußten Proletariats klarstellen: erstens die *Bedeutung* der provisorischen revolutionären Regierung in der vor sich gehenden Revolution und im gesamten Kampf des Proletariats überhaupt; zweitens ihr eigenes *Verhältnis* zur provisorischen revolutionären Regierung; drittens die genauen Bedingungen für eine *Teilnahme* der Sozialdemokratie an dieser Regierung; viertens die Bedingungen für einen Druck auf diese Regierung *von unten*, falls die Sozialdemokratie sich an ihr nicht beteiligt. Nur wenn alle diese Fragen geklärt sind, wird die *politische Haltung* der Partei in dieser Beziehung eine prinzipielle, klare und feste sein.

Betrachten wir nun, wie diese Fragen in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR gelöst werden. Hier der volle Wortlaut dieser Resolution:

*„Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung.*

In der Erwägung,

1. daß sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch seine Interessen im Kampf für die sozialistischen Endziele die möglichst volle *politische Freiheit* und folglich die *Ersetzung* der absolutistischen Regierungsform durch die demokratische Republik erfordern;

2. daß die Errichtung der demokratischen Republik in Rußland nur als Ergebnis eines siegreichen Volksaufstands möglich ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird, die allein fähig ist, die volle Freiheit der Wahlagitation zu gewährleisten und auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eine konstituierende Versammlung einzuberufen, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt;

3. daß diese demokratische Umwälzung in Rußland bei der gegebenen ökonomischen Struktur der Gesellschaft die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird, und daß diese in einem bestimmten Augenblick unweigerlich mit allen Mitteln versuchen wird, dem Pro-

letariat Rußlands möglichst viele Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR:

a) man muß in der Arbeiterklasse eine konkrete Vorstellung verbreiten über den wahrscheinlichsten Verlauf der Revolution und über die Notwendigkeit, daß in einem bestimmten Augenblick eine provisorische revolutionäre Regierung entsteht, von der das Proletariat die Verwirklichung aller nächsten politischen und ökonomischen Forderungen unseres Programms (Minimalprogramm) verlangen wird;

b) je nach dem Kräfteverhältnis und den anderen Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist die Teilnahme von Bevollmächtigten unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zu dem Zweck zulässig, alle konterrevolutionären Anschläge schonungslos zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren;

c) die unerläßliche Vorbedingung für eine solche Teilnahme ist die strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt und insofern allen bürgerlichen Parteien unversöhnlich feindlich gegenübersteht;

d) unabhängig davon, ob eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird, ist in den breitesten Schichten des Proletariats der Gedanke zu propagieren, daß das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat einen ständigen Druck auf die provisorische Regierung ausüben muß, um die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern.“

## 2. WAS SAGT DIE RESOLUTION DES III. PARTEITAGS DER SDAPR ÜBER DIE PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG?

Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR ist, wie man aus ihrer Überschrift sieht, voll und ganz der Frage der provisorischen revolutionären Regierung gewidmet. Das bedeutet, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung als eine Teil-



frage mit inbegriffen ist. Andererseits ist nur von der provisorischen revolutionären Regierung und von nichts anderem die Rede; die Frage etwa „der Eroberung der Macht“ schlechthin u. dgl. wird hier also gar nicht angeschnitten. Hat der Parteitag richtig gehandelt, als er diese und ähnliche Fragen ausschloß? Zweifellos hat er richtig gehandelt, denn solche Fragen werden von der politischen Lage in Rußland keineswegs auf die Tagesordnung gesetzt. Im Gegenteil, das ganze Volk hat den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt. Auf Parteitag sind nicht jene Fragen zur Entscheidung zu stellen, die der eine oder andere Literat zu gelegener oder ungelegener Zeit zur Sprache bringt, sondern jene, die kraft der Bedingungen der gegebenen Lage und infolge des objektiven Ganges der gesellschaftlichen Entwicklung ernste politische Bedeutung haben.

Welche Bedeutung hat eine provisorische revolutionäre Regierung in der jetzigen Revolution und im allgemeinen Kampf des Proletariats? Die Parteitagresolution erläutert das, indem sie gleich eingangs auf die Notwendigkeit der „möglichst vollen politischen Freiheit“ sowohl vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch vom Gesichtspunkt der „sozialistischen Endziele“ hinweist. Volle politische Freiheit erfordert aber, daß die zaristische Selbstherrschaft durch die demokratische Republik ersetzt wird, wie das schon in unserem Parteiprogramm dargestellt ist. Es ist logisch und prinzipiell notwendig, in der Parteitagresolution die Losung der demokratischen Republik zu betonen, denn das Proletariat als Vorkämpfer der Demokratie erstrebt eben die volle Freiheit; außerdem ist es im gegebenen Augenblick um so zweckmäßiger, sie zu betonen, als bei uns gerade jetzt unter der Flagge des „Demokratismus“ Monarchisten auftreten, nämlich die sog. konstitutionell-„demokratische“ oder „Befreiungs“-Partei. Um die Republik zu errichten, ist zweifellos eine Versammlung der Volksvertreter notwendig, und zwar unbedingt eine (auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts) vom ganzen Volk gewählte und konstituierende Versammlung. Das wird denn auch weiter in der Resolution des Parteitags gesagt. Doch die Resolution beschränkt sich nicht darauf. Um eine neue Ordnung zu errichten, die „wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt“, genügt es nicht, die Vertreterversammlung als konstituierende zu bezeichnen. Diese Versammlung muß auch die Macht und die Kraft haben, „zu konsti-

tuieren“. Aus dieser Erkenntnis heraus beschränkt sich die Parteitage resolution nicht auf die formale Losung der „konstituierenden Versammlung“, sondern fügt auch die materiellen Bedingungen hinzu, die es dieser Versammlung einzig und allein ermöglichen, ihre Aufgabe wirklich zu erfüllen. Ein solcher Hinweis auf die Bedingungen, unter denen diese den Worten nach konstituierende Versammlung in der Tat eine konstituierende werden kann, ist dringend erforderlich, denn die liberale Bourgeoisie in Gestalt der konstitutionell-monarchistischen Partei verdreht, wie wir schon mehrmals nachgewiesen haben, wissentlich die Losung der vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung und würdigt sie zur leeren Phrase herab.

Die Resolution des Parteitags besagt, daß *einzig und allein* eine provisorische revolutionäre Regierung, und zwar eine solche, die das Organ eines siegreichen Volksaufstands sein wird, die volle Freiheit der Wahl agitation gewährleisten und eine Versammlung einberufen kann, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Ist diese These richtig? Wer das bestreiten wollte, der müßte behaupten, die zaristische Regierung brächte es fertig, der Reaktion nicht die Hand zu bieten, sie sei imstande, bei den Wahlen neutral zu bleiben, sie könne dafür sorgen, daß der Wille des Volkes wirklich zum Ausdruck kommt. Derartige Behauptungen sind so unsinnig, daß niemand daran denkt, sie offen zu vertreten, aber insgeheim werden sie, unter liberaler Flagge, gerade von unseren Oswoboshdenzen eingeschmuggelt. Irgend jemand muß die konstituierende Versammlung einberufen; irgend jemand muß die Freiheit und die korrekte Durchführung der Wahlen sichern; irgend jemand muß auf diese Versammlung sämtliche Machtbefugnisse übertragen: Nur eine revolutionäre Regierung, die das Organ des Aufstands ist, kann den völlig aufrichtigen Willen und die Kraft haben, alles zu tun, um das zu verwirklichen. Die zaristische Regierung wird dem unvermeidlich entgegenwirken. Eine liberale Regierung, die mit dem Zaren ein Kompromiß eingegangen ist und sich nicht voll und ganz auf den Volksaufstand stützt, wäre weder fähig, das aufrichtig zu wollen, noch könnte sie es verwirklichen, selbst wenn sie es noch so aufrichtig wünschte. Die Parteitage resolution gibt folglich die einzig richtige und durchaus konsequente demokratische Losung.

Aber die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung würde unvollständig und unrichtig eingeschätzt, wenn man den Klassencharakter

der demokratischen Umwälzung außer acht ließe. Darum fügt die Resolution hinzu, daß die Umwälzung die Herrschaft der Bourgeoisie stärken wird. Das ist bei der gegebenen, d. h. kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft unvermeidlich. Wird aber die Herrschaft der Bourgeoisie über ein politisch einigermaßen freies Proletariat gestärkt, so führt das unweigerlich zu einem erbitterten Kampf um die Macht zwischen ihnen, zu verzweifelten Versuchen der Bourgeoisie, „dem Proletariat die Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen“. Das Proletariat darf deshalb, während es allen voran und an der Spitze aller für die Demokratie kämpft, keinen Augenblick lang die im Schoße der bürgerlichen Demokratie verborgenen neuen Widersprüche und den neuen Kampf vergessen.

Die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung ist mithin in dem von uns untersuchten Teil der Resolution vollauf gewürdigt: sowohl in ihrem Verhältnis zum Kampf um die Freiheit und die Republik als auch in ihrem Verhältnis zur konstituierenden Versammlung und zur demokratischen Umwälzung, die den Boden für den neuen Klassenkampf vorbereitet.

Es fragt sich weiter, welche Stellung soll das Proletariat überhaupt gegenüber der provisorischen revolutionären Regierung einnehmen? Die Resolution des Parteitags antwortet darauf vor allem mit dem direkten Rat an die Partei, in der Arbeiterklasse die Überzeugung zu verbreiten, daß eine provisorische revolutionäre Regierung notwendig ist. Die Arbeiterklasse muß sich dieser Notwendigkeit bewußt werden. Während die „demokratische“ Bourgeoisie die Frage des Sturzes der zaristischen Regierung im dunkeln läßt, müssen wir diese Frage in den Vordergrund rücken und auf der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung bestehen. Nicht genug damit, müssen wir ein Aktionsprogramm dieser Regierung aufstellen, das den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie entspricht. Dieses Programm ist das *ganze* Minimalprogramm unserer Partei, das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen, die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus notwendig sind.

Die Resolution schafft somit volle Klarheit über den Charakter und das Ziel der provisorischen revolutionären Regierung. Ihrer Entstehung und ihrem grundlegenden Charakter nach muß diese Regierung das Organ des Volksaufstands sein. Ihrer formellen Bestimmung nach muß sie das Werkzeug zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung sein. Dem Inhalt ihrer Tätigkeit nach muß sie das Minimalprogramm der proletarischen Demokratie verwirklichen, das allein geeignet ist, die Interessen des Volkes, das sich gegen die Selbstherrschaft erhoben hat, zu sichern.

Man könnte einwenden, daß die provisorische Regierung, eben weil sie provisorisch ist, kein positives Programm durchführen kann, das noch nicht vom ganzen Volk gebilligt ist. Ein solcher Einwand wäre bloß ein Sophismus von Reaktionären und „Selbstherrschaftlern“. Von der Durchführung eines positiven Programms Abstand nehmen hieße die aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammenden Zustände der verrotteten Selbstherrschaft dulden. Solche Zustände dulden könnte nur eine Regierung von Verrätern an der Revolution, nicht aber eine Regierung, die das Organ des Volksaufstands ist. Es wäre doch ein Hohn, wenn jemand unter dem Vorwand, es sei noch fraglich, ob die konstituierende Versammlung die Versammlungsfreiheit anerkenne, vorschlagen würde, so lange auf die praktische Verwirklichung der Versammlungsfreiheit zu verzichten, bis die Anerkennung dieser Freiheit durch die konstituierende Versammlung erfolgt ist! Ein ebensolcher Hohn ist der Einwand gegen die unverzügliche Verwirklichung des Minimalprogramms durch die provisorische revolutionäre Regierung.

Es sei schließlich noch bemerkt, daß die Resolution, indem sie der provisorischen revolutionären Regierung die Verwirklichung des Minimalprogramms zur Aufgabe macht, eben dadurch die unsinnigen, halbanarchistischen Ideen von der unmittelbaren Verwirklichung des Maximalprogramms, von der Eroberung der Macht zum Zweck der sozialistischen Umwälzung ausschaltet. Der Grad der ökonomischen Entwicklung Rußlands (die objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine sofortige vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich. Nur ganz unwissende Leute können den bürgerlichen Charakter der vor sich gehenden demokra-

tischen Umwälzung ignorieren; nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig die Masse der Arbeiter bisher von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß. Und wir sind doch alle überzeugt, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, daß wir angeblich die sozialistische Umwälzung hinausschieben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. Sollten uns manche Arbeiter im entsprechenden Augenblick fragen, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen mit dem Hinweis darauf antworten, wie fremd die demokratisch gestimmten Volksmassen dem Sozialismus noch gegenüberstehen, wie unentwickelt die Klassengegensätze, wie unorganisiert die Proletarier noch sind. Organisiert erst einmal Hunderttausende Arbeiter in ganz Rußland, weckt unter den Millionen die Sympathie für euer Programm! Versucht das zu tun, beschränkt euch nicht auf tönende, aber hohle anarchistische Phrasen — und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist.

Gehen wir weiter. Ist einmal die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung und das Verhältnis des Proletariats zu ihr kargestellt, so taucht folgende Frage auf: Ist unsere Teilnahme an dieser Regierung (die Aktion von oben) zulässig und unter welchen Bedingungen? Wie muß unsere Aktion von unten beschaffen sein? Die Resolution gibt präzise Antworten auf diese beiden Fragen. Sie erklärt entschieden, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung (in der Epoche der demokratischen Umwälzung, in der Epoche des Kampfes für die Republik) prinzipiell zulässig ist. Mit dieser Erklä-

rung grenzen wir uns unwiderruflich sowohl von den Anarchisten ab, die diese Frage prinzipiell negativ beantworten, als auch von den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie (vom Schlage Martynows und der Neuiszkristen), die uns mit der Perspektive einer Lage *schrecken* wollten, in der sich diese Teilnahme für uns als notwendig erweisen könnte. Mit dieser Erklärung hat der III. Parteitag der SDAPR unwiderruflich den Gedanken der neuen „Iskra“ verworfen, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an einer provisorischen revolutionären Regierung eine Spielart des Millerandismus<sup>7</sup> und prinzipiell unzulässig sei, weil sie eine Sanktionierung der bürgerlichen Ordnung bedeute usw.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Frage der prinzipiellen Zulässigkeit noch nicht die Frage der praktischen Zweckmäßigkeit entscheidet. Unter welchen Bedingungen ist diese vom Parteitag anerkannte neue Form des Kampfes „von oben“, zweckmäßig? Selbstverständlich besteht jetzt keine Möglichkeit, über die konkreten Bedingungen wie das Kräfteverhältnis usw. zu sprechen, und die Resolution lehnt es natürlich ab, diese Bedingungen im voraus zu bestimmen. Kein vernünftiger Mensch wird es auf sich nehmen, im gegenwärtigen Augenblick über die uns interessierende Frage irgend etwas vorauszusagen. Charakter und Ziel unserer Teilnahme können und müssen festgelegt werden. Die Resolution tut das auch, indem sie auf zwei Ziele der Teilnahme hinweist: 1. auf die schonungslose Bekämpfung konterrevolutionärer Anschläge und 2. auf die Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse. In einer Zeit, da die liberalen Bourgeois eifrig von der Mentalität der Reaktion zu reden beginnen (siehe den äußerst aufschlußreichen „Offenen Brief“ des Herrn Struve in Nr. 71 des „Oswoboshdenije“) und das revolutionäre Volk einzuschüchtern und zur Nachgiebigkeit gegenüber der Selbstherrschaft zu bewegen suchen — in einer solchen Zeit ist es für die Partei des Proletariats besonders angebracht, an die Aufgabe des wirklichen Krieges gegen die Konterrevolution zu erinnern. Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Gewalt entschieden, und wir müssen für die Vorbereitung, für die Organisierung dieser Gewalt und für ihre aktive, nicht nur defensive, sondern auch offensive Anwendung Sorge tragen. Die lange Epoche der politischen Reaktion, die seit der Pariser Kommune in Europa fast ununterbrochen herrscht, hat uns zu sehr mit dem Gedanken der Aktion nur „von

unten“ vertraut gemacht, hat uns zu sehr an den Anblick nur defensiver Kämpfe gewöhnt. Wir sind jetzt zweifellos in eine neue Epoche eingetreten; die Periode der politischen Erschütterungen und Revolutionen hat begonnen. In einer solchen Periode, wie Rußland sie jetzt durchlebt, ist es nicht statthaft, sich auf die alte Schablone zu beschränken. Man muß die Idee der Aktion von oben propagieren, man muß sich auf die energischsten Angriffsaktionen vorbereiten, man muß die Bedingungen und Formen solcher Aktionen studieren. Die Parteitagsresolution stellt zwei dieser Bedingungen in den Vordergrund: Die eine bezieht sich auf die formale Seite der Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung (strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten), die andere betrifft unmittelbar den Charakter dieser Teilnahme (keinen Augenblick lang die Ziele der vollständigen sozialistischen Umwälzung aus dem Auge verlieren).

Nachdem die Resolution die Politik der Partei bei der Aktion „von oben“ — diesem neuen, bislang fast unbekanntem Kampfmittel — somit allseitig klargestellt hat, sieht sie auch den Fall vor, daß es uns nicht gelingt, von oben zu handeln. Auf die provisorische revolutionäre Regierung von unten her einzuwirken, sind wir unter allen Umständen verpflichtet. Um einen solchen Druck von unten ausüben zu können, muß das Proletariat bewaffnet sein — denn im revolutionären Augenblick treiben die Dinge besonders schnell zum offenen Bürgerkrieg — und unter der Führung der Sozialdemokratie stehen. Das Ziel seines bewaffneten Drucks ist, „die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern“, d. h. jene Errungenschaften, die vom Standpunkt der proletarischen Interessen in der Verwirklichung unseres ganzen Minimalprogramms bestehen müssen.

Damit wollen wir die kurze Analyse der Resolution des III. Parteitags über die provisorische revolutionäre Regierung abschließen. Wie der Leser sieht, schafft diese Resolution Klarheit über die Bedeutung der neuen Frage, über die Stellung der Partei des Proletariats zu dieser Frage und über die Politik der Partei sowohl innerhalb als auch außerhalb der provisorischen revolutionären Regierung.

Sehen wir uns jetzt die entsprechende Resolution der „Konferenz“ an.

### 3. WAS IST „DER ENTSCHIEDENDE SIEG DER REVOLUTION ÜBER DEN ZARISMUS“?

Die Resolution der „Konferenz“ behandelt „die Eroberung der Macht und die Teilnahme an der provisorischen Regierung“.\* Schon hinter dieser Fragestellung verbirgt sich Konfusion, wie wir gezeigt haben. Einerseits wird die Frage eingengt: Es ist nur die Rede von unserer Teilnahme an der provisorischen Regierung und nicht überhaupt von den Aufgaben der Partei in bezug auf die provisorische revolutionäre Regierung. Andererseits werden zwei völlig verschiedenartige Dinge durcheinandergeworfen: Die Frage unserer Teilnahme in einem bestimmten Stadium der demokratischen Umwälzung und die Frage der sozialistischen Umwälzung. In Wirklichkeit ist die „Eroberung der Macht“ durch die Sozialdemokratie eben die sozialistische Umwälzung und kann nichts anderes sein, wenn man diese Worte in ihrem direkten und landläufigen Sinne gebraucht. Sollen sie jedoch im Sinne der Eroberung der Macht nicht für die sozialistische, sondern für die demokratische Umwälzung verstanden werden, welchen Sinn hat es dann, nicht nur von der Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung, sondern auch von der „Eroberung der Macht“ *schlechthin* zu reden? Offenbar wußten unsere „Konferenzler“ selbst nicht recht, wovon sie eigentlich reden sollen: von der demokratischen oder von der sozialistischen Umwälzung. Wer die Literatur über diese Frage verfolgt hat, der weiß, daß den Anfang mit dieser Konfusion Gen. Martynow in seinen berühmten „Zwei Diktaturen“ gemacht hat. Die Neuiskristen erinnern sich nicht gern daran, wie die Frage (bereits vor dem 9. Januar) in diesem Musterelaborat der Nachtrabpolitik gestellt worden ist, aber sein ideologischer Einfluß auf die Konferenz unterliegt keinem Zweifel.

Doch lassen wir die Überschrift der Resolution beiseite. Ihr Inhalt zeigt uns Fehler, die unvergleichlich tiefer und ernster sind. Hier der erste Teil:

„Der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus kann gekennzeichnet sein entweder durch die Errichtung einer aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgegangenen provisorischen Regierung oder

\* Den vollen Wortlaut dieser Resolution kann der Leser aus den Zitaten rekonstruieren, die auf S. 400, 403, 407, 431 und 433 dieses Sammelbands angeführt sind. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. Siehe den vorliegenden Band, S. 18/19, 25, 31, 67 und 71. *Die Red.*)



durch die revolutionäre Initiative dieser oder jener Vertretungskörperschaft, die unter dem unmittelbaren revolutionären Druck des Volkes beschließt, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung zu organisieren.“

Man sagt uns also, der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus könne sowohl ein siegreicher Aufstand sein als auch... der Beschluß einer Vertretungskörperschaft, eine konstituierende Versammlung zu organisieren! Was? Wie? Der entscheidende Sieg könnte gekennzeichnet sein durch den „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung zu organisieren?? Und ein solcher „Sieg“ wird der Errichtung einer provisorischen Regierung gleichgestellt, die „aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgegangen“ ist!! Die Konferenz hat nicht gemerkt, daß der *siegreiche* Volksaufstand und die *Errichtung* einer provisorischen Regierung *in der Tat* den Sieg der Revolution bedeuten, während der „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung zu organisieren, *nur in Worten* den Sieg der Revolution bedeutet.

Die Konferenz der Menschewiki, der Neuiskristen, ist in denselben Fehler verfallen, in den die Liberalen, die Oswoboshdenzen, ständig verfallen. Die Oswoboshdenzen dreschen Phrasen über die „konstituierende“ Versammlung, schließen verschämt die Augen vor der Tatsache, daß die Macht in den Händen des Zaren bleibt, und vergessen dabei, daß man zur „Konstituierung“ die *Kraft* haben muß, zu konstituieren. Die Konferenz hat auch vergessen, daß von dem „Beschluß“ gleichviel welcher Vertreter bis zur Verwirklichung dieses Beschlusses ein weiter Weg ist. Die Konferenz hat auch vergessen, daß, solange die Macht in den Händen des Zaren bleibt, alle beliebigen Beschlüsse gleichviel welcher Vertreter ein ebenso leeres und erbärmliches Geschwätz bleiben werden, wie es die „Beschlüsse“ des in der Geschichte der deutschen Revolution von 1848 so berühmten Frankfurter Parlaments geblieben sind. Karl Marx, der Vertreter des revolutionären Proletariats, hat in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“<sup>8</sup> die Frankfurter liberalen „Oswoboshdenzen“ eben deshalb mit so schonungslosem Sarkasmus gezeißelt, weil sie schöne Worte redeten, allerlei demokratische „Beschlüsse“ faßten, allerlei Freiheiten „konstituierten“, in Wirklichkeit aber die Macht in den Händen des Königs ließen und keinen bewaffneten Kampf gegen die Streitkräfte organisierten, die dem König zur Verfügung standen. Und während die Frankfurter Oswobosh-

denzen schwatzten, gewann der König Zeit, seine militärischen Kräfte zu stärken, und die Konterrevolution schlug, gestützt auf die reale Macht, die Demokraten mitsamt ihren herrlichen „Beschlüssen“ aufs Haupt.

Die Konferenz hat dem entscheidenden Sieg etwas gleichgesetzt, wofür gerade die entscheidende Voraussetzung des Sieges fehlt. Wie konnten Sozialdemokraten, die das republikanische Programm unserer Partei anerkennen, in diesen Fehler verfallen? Um diese seltsame Erscheinung zu verstehen, muß man sich der Resolution des III. Parteitags über den abgespaltenen Teil der Partei zuwenden.\* In dieser Resolution wird darauf

\* Hier der volle Wortlaut dieser Resolution: „Der Parteitag stellt fest, daß sich in der SDAPR seit ihrem Kampf gegen den Ökonomismus bis auf den heutigen Tag Schattierungen erhalten haben, die dem Ökonomismus in verschiedenem Grade und in verschiedener Beziehung verwandt und durch die allgemeine Tendenz gekennzeichnet sind, die Bedeutung der Elemente der Bewußtheit im proletarischen Kampf herabzusetzen und sie den Elementen der Spontaneität unterzuordnen. Die Repräsentanten dieser Schattierungen vertreten in der Organisationsfrage theoretisch das der planmäßigen Ausgestaltung der Parteiarbeit widersprechende Prinzip der Organisation als Prozeß, während sie in der Praxis in sehr vielen Fällen ein System der Abweichungen von der Parteidisziplin durchführen und in anderen Fällen die gegenwärtig einzig möglichen Grundlagen der Parteibindung dadurch zu untergraben suchen, daß sie ohne Rücksicht auf die objektiven Bedingungen der russischen Wirklichkeit eine weitgehende Anwendung des Prinzips der Wählbarkeit predigen, wobei sie sich an den am wenigsten bewußten Teil der Partei wenden. In taktischen Fragen zeigen sie das Bestreben, das Ausmaß der Parteiarbeit einzuengen, indem sie sich dagegen aussprechen, daß die Taktik der Partei gegenüber den bürgerlich-liberalen Parteien völlig unabhängig ist, daß die Übernahme der organisierenden Rolle im Volksaufstand durch unsere Partei möglich und wünschenswert ist und daß unsere Partei unter bestimmten Bedingungen an einer provisorischen demokratisch-revolutionären Regierung teilnimmt.

Der Parteitag fordert alle Parteimitglieder auf, gegen derartige teilweise Abweichungen von den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie allenthalben einen energischen ideologischen Kampf zu führen, vertritt aber gleichzeitig die Meinung, daß die Zugehörigkeit von Personen, die sich solchen Auffassungen mehr oder weniger anschließen, zu den Parteiorganisationen statthaft ist, vorausgesetzt, daß sie die Parteitage und das Parteistatut anerkennen und sich voll und ganz der Parteidisziplin fügen.“ (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. Die Red.)

hingewiesen, daß in unserer Partei verschiedene, „dem Ökonomismus verwandte“ Strömungen weiterleben. Unsere Konferenzler (fürwahr, nicht umsonst stehen sie unter der ideologischen Führung Martynows) urteilen über die Revolution ganz in demselben Geiste, wie die Ökonomen über den politischen Kampf oder den Achtstundentag geurteilt haben. Die Ökonomen setzten immer gleich die „Theorie der Stadien“ in Bewegung: 1. Kampf um Rechte; 2. politische Agitation; 3. politischer Kampf — oder: 1. Zehnstundentag; 2. Neunstundentag; 3. Achtstundentag. Welche Ergebnisse diese „Taktik als Prozeß“ zeitigte, ist allen zur Genüge bekannt. Jetzt kommt man uns mit dem Vorschlag, auch die Revolution im voraus fein säuberlich in Stadien einzuteilen: 1. der Zar beruft eine Vertretungskörperschaft ein; 2. diese Vertretungskörperschaft „beschließt“ unter dem Druck des „Volkes“, eine konstituierende Versammlung zu organisieren; 3. ... über das dritte Stadium sind sich die Menschewiki noch nicht einig geworden; sie haben vergessen, daß der revolutionäre Druck des Volkes auf den konterrevolutionären Druck des Zarismus stößt und daß infolgedessen entweder der „Beschuß“ unverwirklicht bleibt oder die Sache wiederum durch den Sieg oder die Niederlage des Volksaufstands entschieden wird. Die Resolution der Konferenz ähnelt aufs Haar folgendem Gedankengang der Ökonomen: Der entscheidende Sieg der Arbeiter kann entweder durch die revolutionäre Verwirklichung des Achtstundentags oder durch die Gewährung des Zehnstundentags und durch den „Beschuß“, zum Neunstundentag überzugehen, gekennzeichnet sein... Haargenau dasselbe!

Man kann uns vielleicht entgegen, daß die Verfasser der Resolution nicht die Absicht hatten, den Sieg des Aufstands dem „Beschuß“ einer vom Zaren einberufenen Vertretungskörperschaft gleichzusetzen, und daß sie lediglich die Taktik der Partei für den einen und den anderen Fall vorausbestimmen wollten. Darauf antworten wir: 1. Der Wortlaut der Resolution bezeichnet klar und eindeutig den *Beschluß* einer Vertretungskörperschaft als „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus“. Vielleicht ist das die Folge einer nachlässigen Redigierung, die man auf Grund der Protokolle korrigieren könnte, solange sie aber nicht korrigiert ist, kann diese Fassung nur *einen* Sinn haben, und der ist ganz *im Geist des „Oswoboshdenije“*. 2. Der den Oswoboshdenzen entsprechende Gedankengang, in den die Verfasser der Resolution verfallen sind, tritt in

anderen Publikationen der Neuskristen noch unvergleichlich plastischer zutage. Zum Beispiel im Organ des Tifliser Komitees, dem „Sozialdemokrat“<sup>9</sup> (in georgischer Sprache; von der „Iskra“ in Nr. 100 über den grünen Klee gelobt), versteigt sich der Verfasser des Artikels „Der Semski Sobor und unsere Taktik“ schlankweg zu der Behauptung, daß die „Taktik“, „die den Semski Sobor“ (von dessen Einberufung wir, das wollen wir hinzufügen, noch nichts Genaues wissen!) „zum Mittelpunkt unserer Aktion macht“, „für uns vorteilhafter“ sei als die „Taktik“ des bewaffneten Aufstands und der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung. Wir werden später noch auf diesen Artikel zurückkommen. 3. Man kann nichts dagegen haben, wenn die Taktik der Partei im vorhin erörtert wird sowohl für den Fall des Sieges der Revolution als auch für den Fall ihrer Niederlage, sowohl für den Fall des erfolgreichen Aufstands als auch für den Fall, daß der Aufstand nicht zu einem ernsthaften Faktor werden kann. Es ist möglich, daß es der zaristischen Regierung gelingen wird, eine Vertretungskörperschaft einzuberufen, um mit der liberalen Bourgeoisie handelseins zu werden. Die Resolution des III. Parteitags, die das berücksichtigt, spricht direkt von „Heuchelpolitik“, von „Pseudodemokratismus“ und von „karikaturistischen Formen einer Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor“.\* Aber die

\* Hier der Wortlaut dieser Resolution über das Verhalten zur Taktik der Regierung am Vorabend des Umsturzes:

„In der Erwägung, daß die Regierung zum Zweck der Selbsterhaltung in der gegenwärtigen revolutionären Periode die üblichen Repressalien, die vorwiegend gegen die klassenbewußten Elemente des Proletariats gerichtet sind, verschärft und zugleich 1. versucht, durch Zugeständnisse und Reformversprechungen die Arbeiterklasse politisch zu demoralisieren und sie damit vom revolutionären Kampf abzulenken; 2. zu dem gleichen Zweck ihre Heuchelpolitik der Zugeständnisse in pseudodemokratische Formen kleidet, angefangen mit der Aufforderung an die Arbeiter, ihre Vertreter in Kommissionen und Beratungen zu entsenden, und bis zur Schaffung von karikaturistischen Formen einer Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor; 3. sogenannte Schwarzhundertschaften organisiert und überhaupt alle reaktionären, unaufgeklärten oder durch Religions- und Rassenhaß verblendeten Elemente des Volkes gegen die Revolution aufhetzt —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR, alle Parteiorganisationen aufzufordern:

Sache ist eben die, daß das nicht in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung gesagt wird, denn mit der provisorischen revolutionären Regierung hat das nichts zu tun. In diesem Fall wird das Problem des Aufstands und der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung zurückgestellt, modifiziert usw. Doch es handelt sich jetzt nicht darum, daß allerlei Kombinationen möglich sind, daß ebenso Sieg wie Niederlage, ebenso direkte Wege wie Umwege möglich sind — es handelt sich darum, daß es für einen Sozialdemokraten unstatthaft ist, in die Vorstellungen der Arbeiter über den wirklich revolutionären Weg Verwirrung hineinzutragen, daß es unstatthaft ist, im Geiste des „Oswoboshdenije“ als entscheidenden Sieg etwas zu bezeichnen, wofür die *grundlegende* Voraussetzung des Sieges fehlt. Es ist möglich, daß wir auch den Achtstundentag nicht sofort, sondern nur auf einem langen Umweg erhalten werden, aber was soll man von einem Menschen sagen, der eine solche Ohnmacht, eine solche Schwäche des Proletariats, bei der es *nicht imstande* sein wird, die Verschleppung, den Aufschub, den Kuhhandel, den Verrat und die Reaktion zu verhindern, als einen Sieg der Arbeiter bezeichnet? Es ist möglich, daß die russische Revolution mit einer „konstitutionellen Fehlgeburt“ endet, wie der „Wperjod“\* einmal sagte, aber kann das etwa als Rechtfertigung für einen Sozialdemokraten dienen, der

a) die reaktionären Ziele der Regierungszugeständnisse zu entlarven, in der Propaganda und Agitation einerseits hervorzuheben, daß sie erzwungen wurden, und andererseits zu betonen, daß es der Selbstherrschaft absolut unmöglich ist, Reformen zu gewähren, die das Proletariat zufriedenstellen;

b) die Wahlagitation auszunutzen, um den Arbeitern den wahren Sinn solcher Maßnahmen der Regierung klarzumachen und sie davon zu überzeugen, daß es für das Proletariat notwendig ist, daß auf revolutionärem Wege eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufen wird;

c) das Proletariat zur sofortigen, auf revolutionärem Wege erfolgenden Verwirklichung des Achtstundentags und anderer auf der Tagesordnung stehender Forderungen der Arbeiterklasse zu organisieren;

d) den bewaffneten Widerstand gegen die Aktionen der Schwarzhunderter und überhaupt aller von der Regierung angeleiteten reaktionären Elemente zu organisieren.“ (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

\* Die Genfer Zeitung „Wperjod“ [Vorwärts] erschien ab Januar 1905 als Organ des bolschewistischen Teils der Partei. Von Januar bis Mai kamen

am Vorabend des entscheidenden Kampfes diese Fehlgeburt als einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ bezeichnen würde? Im schlimmsten Falle ist es möglich, daß wir nicht nur keine Republik erkämpfen werden, sondern daß auch die Verfassung eine illusorische, eine „Schipowsche“<sup>10</sup> sein wird, aber wäre deshalb etwa die Vertuschung unserer republikanischen Losung durch einen Sozialdemokraten verzeihlich?

Bis zur Vertuschung dieser Losung haben sich die Neuskristen freilich noch nicht verstiegen. Aber bis zu welchem Grad bei ihnen der revolutionäre Geist verfliegen ist, bis zu welchem Grad die lebensfremde Räsioniererei ihrem Blick die augenblicklichen Kampfaufgaben entzogen hat, ersieht man besonders anschaulich daraus, daß sie in ihrer Resolution ausgerechnet *vergessen* haben, von der Republik zu sprechen! Unglaublich, aber wahr. Alle Losungen der Sozialdemokratie sind in den verschiedenen Resolutionen der Konferenz bestätigt, wiederholt, erläutert und detailliert, es wurde nicht einmal vergessen, daß die Arbeiter in den Betrieben Obleute und Delegierte wählen sollen — nur in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung fand sich keine Gelegenheit, die Republik zu erwähnen. Vom „Sieg“ des Volksaufstands, von der Errichtung einer provisorischen Regierung sprechen und nicht auf den Zusammenhang dieser „Schritte“ und Akte mit der Erkämpfung der Republik hinweisen — das heißt eine Resolution schreiben, nicht um den Kampf des Proletariats zu leiten, sondern um hinter der proletarischen Bewegung einherzutrotten.

Fazit: Der erste Teil der Resolution hat 1. absolut keine Klarheit darüber geschaffen, welche Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung im Kampf um die Republik und für die Gewährleistung einer wirklich vom ganzen Volk gewählten und wirklich konstituierenden Versammlung zukommt, und hat 2. direkte Verwirrung in das demokratische Bewußtsein des Proletariats hineingetragen, weil er eine Sachlage, bei der gerade die grundlegende Voraussetzung für einen wirklichen Sieg noch fehlt, dem entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus gleichsetzt.

18 Nummern heraus. Vom Mai an erschien als Zentralorgan der SDAPR auf Beschluß des III. Parteitags der SDAPR statt des „Wperjod“ der „Proletari“. (Der III. Parteitag fand im Mai in London statt; die Menschewiki hielten sich davon fern und veranstalteten ihre eigene „Konferenz“ in Genf.) (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

#### 4. DIE LIQUIDIERUNG DER MONARCHISCHEN STAATSORDNUNG UND DIE REPUBLIK

Gehen wir zum nächsten Teil der Resolution über:

„... Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Fall wird ein solcher Sieg als Ausgangspunkt für eine neue Phase der revolutionären Epoche dienen.

Die Aufgabe, die dieser neuen Phase durch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung mit elementarer Gewalt gestellt wird, ist die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes im Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft um die Verwirklichung ihrer sozialen Interessen und um den unmittelbaren Besitz der Macht.

Eine provisorische Regierung, die es übernähme, die Aufgaben dieser ihrem historischen Charakter nach bürgerlichen Revolution zu verwirklichen, müßte daher den beiderseitigen Kampf zwischen den gegensätzlichen Klassen der sich befreienden Nation regulieren und nicht nur die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren kämpfen, welche die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen.“

Verweilen wir bei diesem Teil, der einen selbständigen Abschnitt der Resolution bildet. Der Grundgedanke der von uns zitierten Betrachtungen fällt mit demjenigen zusammen, der in Punkt 3 der Parteitagresolution dargelegt ist. Vergleicht man indes diesen Abschnitt der beiden Resolutionen, so springt sofort folgender fundamentale Unterschied zwischen ihnen ins Auge. Die Parteitagresolution charakterisiert mit wenigen Worten die gesellschaftlich-ökonomische Grundlage der Revolution, verlegt dann die ganze Aufmerksamkeit auf den scharf umrissenen Kampf der Klassen um bestimmte Errungenschaften und rückt die Kampfaufgaben des Proletariats in den Vordergrund. Die Konferenzresolution bringt eine langatmige, nebelhafte und verworrene Beschreibung der gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen der Revolution, spricht sehr unklar vom Kampf für bestimmte Errungenschaften und läßt die Kampfaufgaben des Proletariats völlig außer acht. Die Konferenzresolution spricht von der Liquidierung der alten Ordnung im Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der Gesellschaft. Die Parteitagresolution sagt, daß

wir, die Partei des Proletariats, diese Liquidierung vornehmen müssen, daß eine wirkliche Liquidierung nur durch die Errichtung der demokratischen Republik erfolgen kann, daß wir diese Republik erkämpfen müssen, daß wir für sie und für die volle Freiheit nicht nur gegen die Selbstherrschaft, sondern auch gegen die Bourgeoisie kämpfen werden, sobald sie versuchen wird (und sie wird es unbedingt versuchen), uns unsere Errungenschaften zu entreißen. Die Parteitagresolution ruft eine bestimmte Klasse zum Kampf auf für ein genau bestimmtes nächstes Ziel. Die Konferenzresolution stellt Betrachtungen an über den beiderseitigen Kampf verschiedener Kräfte. Die eine Resolution spiegelt die Mentalität des aktiven Kampfes, die andere die des passiven Zuschauens wider; die eine ist durchdrungen von dem Ruf zu lebendiger Tätigkeit, die andere von unlebendiger Rasoniererei. Beide Resolutionen erklären, daß die vor sich gehende Umwälzung für uns nur der erste Schritt ist, dem der zweite folgen wird. Aber die eine Resolution zieht daraus den Schluß, daß wir diesen ersten Schritt um so schneller zurücklegen müssen, ihn um so rascher beenden, die Republik erkämpfen, die Konterrevolution schonungslos zertreten und die Basis für den zweiten Schritt schaffen müssen. Die andere Resolution hingegen erschöpft sich sozusagen in weitschweifigen Schilderungen dieses ersten Schrittes und (man verzeihe den vulgären Ausdruck) verzapft endlos Weisheiten darüber. Die Parteitagresolution nimmt die alten, ewig neuen Gedanken des Marxismus (über den bürgerlichen Charakter der demokratischen Umwälzung) als Einleitung oder Prämisse für die Schlußfolgerungen über die fortschrittlichen Aufgaben der fortschrittlichen Klasse, die sowohl für die demokratische als auch für die sozialistische Umwälzung kämpft. Die Konferenzresolution kommt über die Einleitung nicht hinaus, zerkaut sie und klügelt darüber.

Dieser Unterschied ist ganz genau derselbe Unterschied, der die russischen Marxisten von jeher in zwei Flügel trennt: einen rasonierenden und einen kämpfenden Flügel in den vergangenen Zeiten des legalen Marxismus, einen ökonomistischen und einen politischen Flügel in der Epoche der beginnenden Massenbewegung. Aus der richtigen marxistischen Prämisse von den tiefen ökonomischen Wurzeln des Klassenkampfes im allgemeinen und des politischen Kampfes im besonderen zogen die Ökonomen den originellen Schluß, daß man dem politischen Kampf



den Rücken kehren, seine Entwicklung hintanhaltend, sein Ausmaß eingengen und seine Aufgaben herabsetzen müsse. Der politische Flügel dagegen zog aus denselben Prämissen einen anderen Schluß, nämlich: Je tiefer jetzt die Wurzeln unseres Kampfes reichen, um so umfassender, kühner, entschlossener und mit um so mehr Initiative müssen wir diesen Kampf führen. In einer anderen Situation, in einer modifizierten Form haben wir jetzt denselben Streit vor uns. Aus den Prämissen, daß eine demokratische Umwälzung noch keineswegs eine sozialistische ist, daß sie bei weitem nicht nur die Besitzlosen allein „interessiert“ und daß ihre tiefsten Wurzeln in den unabwendbaren Erfordernissen und Bedürfnissen der *gesamten* bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes liegen — aus diesen Prämissen ziehen wir den Schluß, daß die fortgeschrittenste Klasse ihre demokratischen Aufgaben desto kühner stellen und desto schärfer bis zu Ende aussprechen muß, daß sie die unmittelbare Losung der Republik aufstellen und die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung, von der Notwendigkeit, die Konterrevolution schonungslos zu zertreten, propagieren muß. Unsere Opponenten aber, die Neuskristen, ziehen aus denselben Prämissen den Schluß, daß man die demokratischen Schlußfolgerungen nicht bis zu Ende aussprechen solle; daß man unter den praktischen Losungen die Losung der Republik nicht aufzustellen brauche, daß es statthaft sei, die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung nicht zu propagieren, daß man auch einen Beschluß über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung als entscheidenden Sieg bezeichnen könne und daß man die Aufgabe des Kampfes gegen die Konterrevolution nicht als unsere aktive Aufgabe zu stellen brauche, sondern in dem nebelhaften (und, wie wir gleich sehen werden, falsch formulierten) Hinweis auf den „Prozeß des beiderseitigen Kampfes“ untergehen lassen dürfe. Das ist nicht die Sprache von Politikern, das ist eher die Sprache von Archivräten!

Und je aufmerksamer man sich die einzelnen Formulierungen der neuskristischen Resolution ansieht, um so anschaulicher treten ihre hier erwähnten Haupteigentümlichkeiten hervor. Da redet man uns z. B. vom „Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft“. Eingedenk des Themas, über das diese Resolution geschrieben wurde (die provisorische revolutionäre

Regierung), müssen wir verwundert fragen: Wenn schon vom Prozeß des beiderseitigen Kampfes gesprochen wird, wie kann man dann von den Elementen schweigen, die die bürgerliche Gesellschaft politisch *unterjochen*? Glauben etwa die Konferenzler, nachdem sie den Sieg der Revolution vorausgesetzt haben, wären diese Elemente schon verschwunden? Ein derartiger Gedanke wäre überhaupt absurd und in diesem Fall von äußerster politischer Naivität und politischer Kurzsichtigkeit. Nach dem Sieg der Revolution über die Konterrevolution wird die Konterrevolution nicht verschwinden, sondern im Gegenteil unweigerlich einen neuen und noch erbitterteren Kampf beginnen. Widmen wir unsere Resolution der Untersuchung, welche Aufgaben aus dem Sieg der Revolution erwachsen, so müssen wir den Aufgaben der Abwehr des konterrevolutionären Ansturms größte Beachtung schenken (wie das in der Parteitagresolution auch geschehen ist) und dürfen diese nächsten, dringenden, aktuellen politischen Aufgaben einer kämpfenden Partei nicht untergehen lassen in allgemeinen Betrachtungen darüber, was *nach* der jetzigen revolutionären Epoche geschehen wird, was dann geschehen wird, wenn die „politisch befreite Gesellschaft“ schon eine vollendete Tatsache ist. Ebenso wie die Ökonomen mit Hinweisen auf allgemeine Wahrheiten über die Unterordnung der Politik unter die Ökonomik ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen politischen Aufgaben verdeckt haben, so verdecken die Neuisakristen mit ihren Hinweisen auf allgemeine Wahrheiten über den Kampf innerhalb der politisch *befreiten* Gesellschaft ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen revolutionären Aufgaben der politischen *Befreiung* dieser Gesellschaft.

Nehmt den Ausdruck „die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes“. Auf russisch heißt die endgültige Liquidierung der monarchischen Staatsordnung die Errichtung der demokratischen Republik. Doch unserem wackeren Martynow und seinen Verehrern scheint ein solcher Ausdruck allzu einfach und klar zu sein. Sie wollen unbedingt „vertiefen“ und „recht klug“ schnacken. Heraus kommen dabei einerseits lächerliche Anstrengungen, tiefsinnig zu sein. Und andererseits ergibt sich statt einer Losung eine Beschreibung, statt eines mutigen Rufes zum Vorwärtsschreiten eine Art melancholischen Rückblicks. Als hätten wir nicht lebendige Menschen vor uns, die jetzt gleich, sofort für die Republik kämpfen wollen, sondern vertrocknete Mumien, die diese

Frage sub specie aeternitatis\* unter dem Gesichtspunkt des Plusquamperfektums\*\* betrachten.

Gehen wir weiter: „...Eine provisorische Regierung, die es übernehme, die Aufgaben dieser... bürgerlichen Revolution zu verwirklichen...“ Hier zeigt sich sofort, daß unsere Konferenzler die konkrete Frage übersehen haben, die sich vor den politischen Führern des Proletariats erhob. Die konkrete Frage nach der provisorischen revolutionären Regierung ist aus ihrem Gesichtsfeld verschwunden und durch die Frage nach einer Reihe von künftigen Regierungen verdeckt worden, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution schlechthin verwirklichen werden. Wenn ihr die Frage „historisch“ betrachten wollt, so wird euch das Beispiel eines beliebigen europäischen Landes zeigen, daß eben eine Reihe von Regierungen, und durchaus nicht „provisorischen“, die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution verwirklichte, daß sogar Regierungen, die über die Revolution gesiegt hatten, dennoch gezwungen waren, die historischen Aufgaben dieser besiegten Revolution zu verwirklichen. Aber als „provisorische revolutionäre Regierung“ bezeichnet man gar nicht das, wovon ihr redet. So bezeichnet man eine Regierung der revolutionären Epoche, die unmittelbar die gestürzte Regierung ablöst und sich auf den Volksaufstand, nicht aber auf irgendwelche aus dem Volk hervorgegangene Vertretungskörperschaften stützt. Die provisorische revolutionäre Regierung ist ein Organ des Kampfes für den sofortigen Sieg der Revolution, für die sofortige Abwehr konterrevolutionärer Anschläge und keineswegs ein Organ zur Verwirklichung der historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution schlechthin. Meine Herren, überlassen wir es den künftigen Historikern in einer künftigen „Russkaja Starina“<sup>11</sup>, zu bestimmen, welche Aufgaben der bürgerlichen Revolution wir alle zusammen und welche Aufgaben die eine oder andere Regierung verwirklicht haben. Das zu tun, wird auch nach dreißig Jahren noch Zeit sein, jetzt aber müssen wir Losungen und praktische Weisungen geben für den Kampf um die Republik und für die energischste Teilnahme des Proletariats an diesem Kampf.

Aus den erwähnten Gründen sind auch die letzten Sätze des von uns zitierten Teils der Resolution unbefriedigend. Äußerst unglücklich oder

\* vom Standpunkt der Ewigkeit. *Die Red.*

\*\* Vorvergangenheit. *Die Red.*

zumindest ungeschickt ist der Ausdruck, daß die provisorische Regierung den beiderseitigen Kampf zwischen den gegensätzlichen Klassen zu „regulieren“ hätte: Marxisten sollten sich nicht einer solchen liberalen Formulierung im Stil der Oswoboshdenzen bedienen, die zu dem Gedanken verleitet, es wären Regierungen möglich, die nicht als Organ des Klassenkampfes, sondern als dessen „Regulator“ dienen... Die Regierung müßte „nicht nur die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren kämpfen, welche die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen“. Dieser „Faktor“ ist gerade das Proletariat, in dessen Namen die Resolution spricht! Statt zu zeigen, wie das Proletariat im gegebenen Augenblick „die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben“ soll (weiter vorantreiben, als die konstitutionalistische Bourgeoisie gehen möchte), statt ihm zu raten, sich auf eine bestimmte Art und Weise zum Kampf gegen die Bourgeoisie vorzubereiten, wenn diese sich gegen die Errungenschaften der Revolution wenden wird — statt dessen setzt man uns die allgemeine Beschreibung eines Prozesses vor, in der über die konkreten Aufgaben *unserer* Tätigkeit nichts gesagt wird. Die Art, wie die Neuskristen ihre Gedanken darlegen, erinnert an den Ausspruch von Marx (in seinen berühmten „Thesen“ über Feuerbach) über den alten Materialismus, dem die Idee der Dialektik fremd war. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, sagte Marx, es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.<sup>12</sup> So können auch die Neuskristen den Prozeß des sich vor ihren Augen abspielenden Kampfes leidlich beschreiben und erklären, sie sind jedoch völlig außerstande, für diesen Kampf die richtige Lösung zu geben. Eifrige Marschierer, aber schlechte Führer, würdigen sie die materialistische Geschichtsauffassung dadurch herab, daß sie außer acht lassen, welche wirksame, führende und leitende Rolle in der Geschichte die Parteien spielen können und müssen, die die materiellen Bedingungen der Umwälzung erkannt und sich an die Spitze der fortgeschrittenen Klassen gestellt haben.

## 5. WIE SOLL MAN „DIE REVOLUTION VORWÄRTSTREIBEN“ ?

Wir bringen einen weiteren Abschnitt der Resolution:

„Unter diesen Umständen muß die Sozialdemokratie danach streben, während des ganzen Verlaufs der Revolution eine solche Stellung zu behaupten, die ihr am besten die Möglichkeit sichert, die Revolution vorwärtszutreiben, ihr im Kampfe gegen die inkonsequente und eigennützige Politik der bürgerlichen Parteien nicht die Hände bindet und sie davor bewahrt, in der bürgerlichen Demokratie aufzugehen.

Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen, sie muß vielmehr die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben.“

Der Rat, eine Stellung zu beziehen, die am besten die Möglichkeit sichert, die Revolution vorwärtszutreiben, gefällt uns ganz außerordentlich. Wir hätten nur gewünscht, daß außer diesem guten Rat auch ein direkter Hinweis vorhanden wäre, wie die Sozialdemokratie gerade jetzt, in der gegebenen politischen Situation, in den Zeiten der Gerüchte, Mutmaßungen, Redereien und Projekte über die Einberufung von Volksvertretern, die Revolution vorwärtsstreben soll. Kann jetzt jemand die Revolution vorwärtsstreiben, der nicht begreift, welche Gefahr die Theorie der Oswoboshdenzen von einer „Vereinbarung“ des Volkes mit dem Zaren in sich birgt, der den bloßen „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, schon als Sieg bezeichnet, der nicht die Aufgabe stellt, die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung aktiv zu propagieren? der die Losung der demokratischen Republik außer acht läßt? Solche Leute treiben in Wirklichkeit die Revolution zurück, weil sie in praktisch-politischer Beziehung auf dem Niveau der von den Oswoboshdenzen bezogenen Stellung stehengeblieben sind. Was nützt es, daß sie sich zu einem Programm bekennen, das die Ersetzung der Selbstherrschaft durch die Republik fordert, wenn in ihrer taktischen Resolution, welche die gegenwärtigen und die nächsten Aufgaben der Partei im revolutionären Augenblick festlegt, die Losung des Kampfes für die Republik fehlt? Gerade die Stellung der Oswoboshdenzen, die Stellung der konstitutionellen Bourgeoisie wird doch jetzt faktisch dadurch charak-

terisiert, daß der Beschluß, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen, als ein entscheidender Sieg angesehen wird, während man sich über die provisorische revolutionäre Regierung und über die Republik wohlweislich ausschweigt! Um die Revolution vorwärtszutreiben, d. h. über jene Grenze hinaus, bis zu der die monarchistische Bourgeoisie sie treibt, muß man aktiv Losungen aufstellen, betonen und in den Vordergrund rücken, die die „Inkonsequenz“ der bürgerlichen Demokratie ausschließen. Solche Losungen gibt es im gegenwärtigen Zeitpunkt nur zwei: 1. die provisorische revolutionäre Regierung und 2. die Republik; denn die Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung ist von der monarchistischen Bourgeoisie übernommen worden (siehe das Programm des „Bundes der Befreiung“), und sie ist übernommen worden eben im Interesse der Eskamotierung der Revolution, im Interesse der Verhinderung ihres vollen Sieges und im Interesse des Kuhhandels der Großbourgeoisie mit dem Zarismus. Und da sehen wir nun, daß die Konferenz von diesen beiden Losungen, die einzig und allein geeignet sind, die Revolution vorwärtszutreiben, die Losung der Republik gänzlich vergessen und die Losung der provisorischen revolutionären Regierung der Os woboshdenzen-Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung kurzerhand gleichgesetzt hat, indem sie das eine wie das andere einen „entscheidenden Sieg der Revolution“ nannte!!

Jawohl, das ist eine unzweifelhafte Tatsache, und sie wird, das steht für uns fest, dem künftigen Geschichtsschreiber der russischen Sozialdemokratie als Markstein dienen. Eine Konferenz von Sozialdemokraten nimmt im Mai 1905 eine Resolution an, die schöne Worte enthält über die Notwendigkeit, die demokratische Revolution vorwärtszutreiben, die sie jedoch in Wirklichkeit zurücktreibt, die in Wirklichkeit nicht weiter geht als die demokratischen Losungen der monarchistischen Bourgeoisie.

Die Neuskristen machen uns gern den Vorwurf, daß wir die Gefahr eines Aufgehens des Proletariats in der bürgerlichen Demokratie ignorieren. Wir möchten den sehen, der es unternähme, diesen Vorwurf an Hand des Wortlauts der vom III. Parteitag der SDAPR angenommenen Resolutionen zu beweisen. Wir werden unseren Opponenten erwidern: Die Sozialdemokratie, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft

tätig ist, kann an der Politik nicht teilnehmen, ohne in diesem oder jenem Einzelfall mit der bürgerlichen Demokratie *in einer Reihe* zu gehen. Der Unterschied zwischen uns und euch ist dabei der, daß wir mit der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie in einer Reihe gehen, ohne uns mit ihr zu verschmelzen, während ihr mit der *liberalen und monarchistischen Bourgeoisie* in einer Reihe geht, ebenfalls ohne euch mit ihr zu verschmelzen. *So sieht die Sache aus.*

Eure taktischen Losungen, die im Namen der Konferenz ausgegeben worden sind, *stimmen überein* mit den Losungen der „konstitutionell-demokratischen“ Partei, d. h. *der Partei der monarchistischen Bourgeoisie*, und dabei habt ihr diese Übereinstimmung nicht bemerkt, seid euch ihrer nicht bewußt geworden und befindet euch somit faktisch *im Schlepptau der Oswoboshdenzen.*

Unsere taktischen Losungen, die im Namen des III. Parteitags der SDAPR ausgegeben worden sind, stimmen überein mit den Losungen der demokratisch-revolutionären und republikanischen Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie hat in Rußland noch keine große Volkspartei gebildet.\* Aber daß es Elemente einer solchen Partei gibt, kann nur der bezweifeln, der keine Ahnung davon hat, was jetzt in Rußland vorgeht. Wir beabsichtigen (im Falle eines erfolgreichen Verlaufs der großen russischen Revolution), nicht nur das von der Sozialdemokratischen Partei organisierte Proletariat zu führen, sondern auch diese Kleinbourgeoisie, die sehr wohl mit uns in einer Reihe gehen kann.

Die Konferenz ist in ihrer Resolution unbewußt auf das Niveau der liberalen und monarchistischen Bourgeoisie *hinabgesunken*. Der Parteitag hat durch seine Resolution die Elemente der revolutionären Demokratie, die zu kämpfen vermögen, nicht aber Kuhhandel treiben wollen, bewußt zu sich *emporgehoben*.

Solche Elemente gibt es zumeist unter der Bauernschaft. Ohne einen ernststen Fehler zu machen, können wir bei der Einteilung der großen Gesellschaftsgruppen nach ihren politischen Tendenzen die revolutionäre und republikanische Demokratie mit der Masse der Bauernschaft gleich-

\* Die „Sozialrevolutionäre“ sind eher eine terroristische Intellektuellengruppe als die Keimform einer solchen Partei, obwohl die objektive Bedeutung der Tätigkeit dieser Gruppe gerade in der Verwirklichung der Aufgaben der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie besteht.

setzen — selbstverständlich in demselben Sinne, mit denselben Vorbehalten und unter denselben stillschweigenden Voraussetzungen, wie man die Arbeiterklasse mit der Sozialdemokratie gleichsetzen kann. Wir können, anders ausgedrückt, unsere Schlußfolgerungen auch so formulieren: Die Konferenz ist mit ihren *gesamtnationalen\* politischen* Losungen im revolutionären Augenblick unbewußt *auf das Niveau der Masse der Gutsbesitzer hinabgesunken*. Der Parteitag hat mit seinen gesamtnationalen politischen Losungen *die Masse der Bauern auf ein revolutionäres Niveau emporgehoben*. Wer uns wegen dieser Schlußfolgerung beschuldigt, daß wir zu Paradoxen neigen, an den richten wir die Aufforderung, die folgende These zu widerlegen: Wenn wir nicht imstande sein werden, die Revolution zu Ende zu führen, wenn die Revolution mit einem im Sinne der Oswoboshdenzen „entscheidenden Sieg“ lediglich in der Form einer vom Zaren einberufenen Vertreterversammlung *enden wird*, die nur zum Hohn eine konstituierende Versammlung genannt werden könnte — dann wird das eine Revolution sein, in der das *gutsberrliche und großbürgerliche* Element überwiegt. Umgekehrt, wenn uns beschieden ist, eine wirkliche große Revolution zu erleben, wenn die Geschichte diesmal keine „Fehlgeburt“ zuläßt, wenn wir die Kraft haben werden, die Revolution zu Ende zu führen, bis zum entscheidenden Sieg nicht im Sinne der Oswoboshdenzen und der Neuskristen, dann wird das eine Revolution sein, in der das *bäuerliche und proletarische* Element überwiegt.

Vielleicht werden manche in der Zulassung des Gedankens an ein solches Überwiegen einen Beweis dafür erblicken, daß wir die Überzeugung vom bürgerlichen Charakter der bevorstehenden Revolution aufgegeben haben? Bei dem Mißbrauch, der in der „Iskra“ mit diesem Begriff getrieben wird, ist das wohl möglich. Deshalb ist es durchaus nicht überflüssig, bei dieser Frage zu verweilen.

---

\* Wir sprechen nicht von den speziellen Losungen für die Bauernschaft, denen besondere Resolutionen gewidmet sind.



## 6. WOHER DROHT DEM PROLETARIAT DIE GEFAHR, IM KAMPF GEGEN DIE INKONSEQUENTE BOURGEOISIE MIT GEBUNDENEN HÄNDEN DAZUSTEHEN?

Die Marxisten sind vom bürgerlichen Charakter der russischen Revolution unbedingt überzeugt. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß jene demokratischen Umgestaltungen der politischen Ordnung und jene sozial-ökonomischen Umgestaltungen, die für Rußland notwendig geworden sind, an und für sich nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Herrschaft der Bourgeoisie bedeuten, sondern daß sie umgekehrt zum erstenmal gründlich den Boden für eine breite und rasche, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus säubern, daß sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse ermöglichen werden. Die Sozialrevolutionäre können diese Idee nicht begreifen, weil sie das Abc der Entwicklungsgesetze der Warenproduktion und der kapitalistischen Produktion nicht kennen. Sie sehen nicht, daß sogar ein voller Erfolg des Bauernaufstands, sogar eine Neuaufteilung des ganzen Grund und Bodens im Interesse der Bauernschaft und gemäß ihren Wünschen (eine „schwarze Umteilung“ oder etwas in dieser Art) den Kapitalismus keineswegs vernichten, sondern im Gegenteil seiner Entwicklung einen Anstoß geben und die Klassenscheidung der Bauernschaft selbst beschleunigen wird. Weil die Sozialrevolutionäre diese Wahrheit nicht begreifen, werden sie zu unbewußten Ideologen des Kleinbürgertums. Das Festhalten an dieser Wahrheit ist für die Sozialdemokratie von größter, nicht nur theoretischer, sondern auch praktisch-politischer Bedeutung, denn hieraus ergibt sich für die Partei des Proletariats die Pflicht, in der gegenwärtigen „allgemein-demokratischen“ Bewegung ihre volle Selbständigkeit als Klassenpartei zu wahren.

Aber daraus folgt keineswegs, daß die demokratische (ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach bürgerliche) Umwälzung für das Proletariat nicht von größtem Interesse wäre. Daraus folgt keineswegs, daß sich die demokratische Umwälzung nicht sowohl in einer Form vollziehen könnte, die vorwiegend für den Großkapitalisten, den Finanzmagnaten und den „aufgeklärten“ Gutsbesitzer vorteilhaft ist, als auch in einer Form, die für den Bauern und den Arbeiter vorteilhaft ist.

Die Neuskristen mißverstehen von Grund aus Sinn und Bedeutung der Kategorie: bürgerliche Revolution. Durch ihre Betrachtungen zieht sich ständig der Gedanke, die bürgerliche Revolution sei eine Revolution, die nur das bringen könne, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Nichts ist indes irriger als dieser Gedanke. Die bürgerliche Revolution ist eine Revolution, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft hinausgeht. Die bürgerliche Revolution bringt die Bedürfnisse der Entwicklung des Kapitalismus zum Ausdruck und zerstört keineswegs die Grundlagen dieser Entwicklung, sondern verbreitert und vertieft sie im Gegenteil. Diese Revolution bringt daher die Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der gesamten Bourgeoisie zum Ausdruck. Da unter dem Kapitalismus die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat unvermeidlich ist, kann man mit vollem Recht sagen, daß die bürgerliche Revolution die Interessen nicht so sehr des Proletariats als vielmehr der Bourgeoisie zum Ausdruck bringt. Aber völlig absurd ist der Gedanke, daß die bürgerliche Revolution die Interessen des Proletariats überhaupt nicht zum Ausdruck bringt. Dieser absurde Gedanke läuft entweder auf die althergebrachte Volkstümlertheorie hinaus, daß die bürgerliche Revolution den Interessen des Proletariats widerspricht und daß wir daher keine bürgerliche politische Freiheit brauchen. Oder dieser Gedanke läuft auf den Anarchismus hinaus, der jede Beteiligung des Proletariats an der bürgerlichen Politik, an der bürgerlichen Revolution, am bürgerlichen Parlamentarismus verneint. Theoretisch bedeutet dieser Gedanke, daß man die elementarsten Grundsätze des Marxismus vergißt, wonach die Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der Warenproduktion unvermeidlich ist. Der Marxismus lehrt, daß eine Gesellschaft, die sich auf die Warenproduktion gründet und mit den zivilisierten kapitalistischen Nationen im Austausch steht, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe unvermeidlich auch selbst den Weg des Kapitalismus beschreitet. Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, als ob beispielsweise Rußland die kapitalistische Entwicklung vermeiden, dem Kapitalismus ausweichen oder ihn überspringen und einen anderen Weg einschlagen könne als den Weg des Klassenkampfes auf dem Boden und im Rahmen eben dieses Kapitalismus.

Alle diese Leitsätze des Marxismus sind mit aller Ausführlichkeit be-

wiesen und durchgekaut worden, sowohl im allgemeinen als auch im besonderen hinsichtlich Rußlands. Und aus diesen Leitsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr unter dem Kapitalismus als vielmehr unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse ist daher an der breitesten, freiesten und raschesten Entwicklung des Kapitalismus *unbedingt interessiert*. Für die Arbeiterklasse ist die Beseitigung aller Überreste der alten Zeit, die der breiten, freien und raschen Entwicklung des Kapitalismus hinderlich sind, *unbedingt von Vorteil*. Die bürgerliche Revolution ist eben eine solche Umwälzung, die am entschiedensten die Überreste der alten Zeit, die Überreste der Leibeigenschaft (zu diesen Überresten gehört nicht nur die Selbstherrschaft, sondern auch die Monarchie) hinwegfegt, die am vollständigsten die breiteste, freieste und rascheste Entwicklung des Kapitalismus gewährleistet.

Deshalb ist die *bürgerliche Revolution für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft*. Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats *unbedingt* notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein. Nur Leuten, die das A B C des wissenschaftlichen Sozialismus nicht kennen, kann diese Schlußfolgerung neu oder seltsam, ja paradox erscheinen. Aus dieser Schlußfolgerung ergibt sich übrigens auch die These, daß *in einem gewissen Sinne* die bürgerliche Revolution für das Proletariat *vorteilhafter* ist als für die Bourgeoisie. Und zwar unterliegt diese These gerade in folgendem Sinne keinem Zweifel: Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, sich gegen das Proletariat auf einige Überreste der alten Zeit zu stützen, zum Beispiel auf die Monarchie, auf das stehende Heer u. dgl. m. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, daß die bürgerliche Revolution nicht gar zu entschieden alle Überreste der alten Zeit hinwegfegt, sondern einige von ihnen bestehen läßt, daß also diese Revolution nicht völlig konsequent ist, nicht bis zu Ende geht, nicht entschieden und schonungslos ist. Diesen Gedanken drücken die Sozialdemokraten oft etwas anders aus, wenn sie sagen, die Bourgeoisie werde sich selbst untreu, die Bourgeoisie verrate die Sache der Freiheit, die Bourgeoisie sei unfähig zu einem konsequenten

Demokratismus. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung langsamer, allmählicher, vorsichtiger, unentschiedener, auf dem Wege von Reformen und nicht auf dem Wege der Revolution vollziehen; daß diese Umgestaltungen die „ehrwürdigen“ Einrichtungen aus der Zeit der Leibeigenschaft (wie die Monarchie) möglichst schonen; daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Aktivität, Initiative und Energie des einfachen Volkes, d. h. der Bauernschaft und insbesondere der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln, denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter fallen, „das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen“, wie die Franzosen sagen, d. h. die Waffen, mit denen die bürgerliche Revolution sie ausrüstet, die Freiheit, die sie ihnen gibt, und die demokratischen Einrichtungen, die auf dem von der Leibeigenschaft gesäuberten Boden entstehen, gegen die Bourgeoisie selbst zu kehren.

Umgekehrt ist es für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung gerade nicht auf dem Wege von Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschleppung, der Amtsschimmelerei, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus. Unter dieser Fäulnis leiden zuerst und zumeist das Proletariat und die Bauernschaft. Der revolutionäre Weg ist der Weg der raschen, für das Proletariat am wenigsten schmerzhaften Operation; er ist der Weg der direkten Entfernung der faulenden Teile, der Weg der geringsten Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Monarchie und den ihr entsprechenden abscheulichen und widerlichen, verfaulten und mit ihrer Fäulnis die Luft verpestenden Einrichtungen.

Eben deshalb und keineswegs nur aus Zensurrücksichten, nicht nur aus Angst vor der hohen Obrigkeit vergießt unsere bürgerlich-liberale Presse Tränen über die Möglichkeit des revolutionären Weges, fürchtet sie die Revolution, schreckt sie den Zaren mit der Revolution, bemüht sie sich, die Revolution zu vermeiden, bettelt sie knechtisch und kriecherisch um klägliche Reformen, um den Weg der Reformen zu ebnen. Auf diesem Standpunkt stehen nicht nur die „Russkije Wedomosti“ [Russische Nachrichten], „Syn Otetschestwa“ [Sohn des Vaterlandes], „Nascha Shisn“ [Unser Leben] und „Naschi Dni“ [Unsere Tage], sondern auch das illegale, freie „Oswoboshdenije“. Eben die Lage der Bourgeoisie als Klasse in der kapi-

talistischen Gesellschaft erzeugt unvermeidlich ihre Inkonsequenz in der demokratischen Umwälzung. Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Bourgeoisie blickt nach rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen. Je konsequenter daher die bürgerliche Revolution in ihren demokratischen Umgestaltungen ist, desto weniger beschränkt sie sich auf das, was ausschließlich für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Je konsequenter die bürgerliche Revolution ist, desto mehr Vorteile sichert sie in der demokratischen Umwälzung dem Proletariat und der Bauernschaft.

Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschlossensten Kampf für den konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende. Wir können den bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht sprengen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für solche Bedingungen kämpfen, die es ermöglichen, seine Kräfte für den künftigen vollen Sieg vorzubereiten. Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie. Auch der monarchistische Semstwowann, der Anhänger eines Oberhauses, der das allgemeine Wahlrecht „fordert“, aber insgeheim, in aller Stille, mit dem Zarismus über eine gestutzte Verfassung handelseins wird, ist ein bürgerlicher Demokrat. Und der Bauer, der mit der Waffe in der Hand gegen die Gutsbesitzer und Beamten zieht und „naiv-republikanisch“ vorschlägt, „den Zaren davonzujagen“\*, ist ebenfalls ein bürgerlicher Demokrat. Es gibt solche bürgerlich-demokratischen Verhältnisse wie in Deutschland und solche wie in England; solche wie in Österreich und solche wie in Amerika oder in der Schweiz. Der wäre ein schöner Marxist, der in der Epoche der demokratischen Umwälzung diesen Unterschied zwischen den Abstufungen des Demokratismus und zwischen dem verschiedenartigen Charakter der einen oder anderen seiner Formen

---

\* Siehe „Oswoboshdenije“ Nr. 71, S. 337, Anm. 2.

übersähe und sich auf das „Klügeln“ darüber beschränken wollte, daß das ja alles „bürgerliche Revolution“ sei und Früchte der „bürgerlichen Revolution“ seien.

Zu dieser Sorte Klügler, die mit ihrer Kurzsichtigkeit wichtig tun, gehören aber gerade unsere Neuskristen. Sie beschränken sich darauf, über den bürgerlichen Charakter der Revolution ausgerechnet dann und dort Betrachtungen anzustellen, wo man es verstehen muß, einen Unterschied zwischen der republikanisch-revolutionären und der monarchistisch-liberalen bürgerlichen Demokratie zu machen, ganz zu schweigen von dem Unterschied zwischen dem inkonsequenten bürgerlichen und dem konsequenten proletarischen Demokratismus. Sie begnügen sich, als wären sie wirklich zu „Menschen im Futteral“\* geworden, mit melancholischen Redensarten über den „Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den gegensätzlichen Klassen“, wenn es darum geht, der gegenwärtigen Revolution eine *demokratische Führung* zu geben, die *fortschrittlichen demokratischen* Losungen zum Unterschied von den verräterischen Losungen der Herren Struve und Konsorten hervorzuheben und die nächsten Aufgaben des wirklich revolutionären Kampfes des Proletariats und der Bauernschaft im Unterschied zum liberalen Maklertum der Gutsbesitzer und Fabrikanten klipp und klar aufzuzeigen. Der Kern der Frage, den Sie, meine Herren, übersehen haben, ist jetzt eben der, ob unsere Revolution mit einem wirklich grandiosen Sieg oder nur mit einem erbärmlichen Kompromiß abschließen wird, ob sie bis zur revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gelangen oder ob ihr schon bei einer liberalen Schipowschen Verfassung „der Atem ausgehen“ wird!

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wichen wir dadurch, daß wir diese Frage stellen, von unserem Thema völlig ab. Aber so scheint es nur auf den ersten Blick. In Wirklichkeit liegt gerade in dieser Frage die Wurzel der prinzipiellen Differenz, die schon jetzt zwischen der sozialdemokratischen Taktik des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Taktik, die auf der Konferenz der Neuskristen festgelegt wurde, klar hervorgetreten ist. Die letzteren haben schon heute nicht zwei, sondern drei Schritte zurück gemacht, denn sie

\* „Der Mann im Futteral“ — Titelheld einer Erzählung von A. P. Tschechow.  
Der Übers.

haben bei der Lösung der für die Arbeiterpartei unvergleichlich komplizierteren, schwerwiegenderen und lebenswichtigeren Fragen ihrer Taktik im Augenblick der Revolution die Fehler des Ökonomismus zu neuem Leben erweckt. Und eben deshalb müssen wir bei der Untersuchung der gestellten Frage mit aller Aufmerksamkeit zu Werke gehen.

In dem von uns zitierten Teil der neuiskristischen Resolution ist ein Hinweis auf die Gefahr enthalten, daß sich die Sozialdemokratie im Kampf gegen die inkonsequente Politik der Bourgeoisie die Hände binden, daß sie in der bürgerlichen Demokratie aufgehen könne. Der Gedanke an diese Gefahr zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze spezifisch neuiskristische Literatur, dieser Gedanke ist der wahre Kern der ganzen prinzipiellen Stellung in unserer Parteispaltung (seitdem das Element des Gezänks in dieser Spaltung vor dem Element der Wendung zum Ökonomismus völlig in den Hintergrund getreten ist). Und wir erkennen ohne alle Umschweife an, daß diese Gefahr wirklich besteht, daß diese Gefahr gerade jetzt, da sich die russische Revolution stürmisch entfaltet, besonders ernst geworden ist. Uns allen, den Theoretikern oder — wie ich von mir lieber sagen würde — den Publizisten der Sozialdemokratie, obliegt die unaufschiebbare und außerordentlich verantwortliche Aufgabe, zu untersuchen, von welcher Seite diese Gefahr in Wirklichkeit droht. Denn die Quelle unserer Meinungsverschiedenheit liegt nicht in dem Streit darüber, ob eine solche Gefahr vorhanden ist, sondern in dem Streit darüber, ob sie durch die sogenannte Nachtrabpolitik der „Minderheit“ oder durch den sogenannten Revolutionarismus der „Mehrheit“ hervorgerufen wird.

Um Mißdeutungen und Mißverständnisse zu beseitigen, wollen wir vor allem bemerken, daß die Gefahr, von der wir sprechen, nicht in der subjektiven, sondern in der objektiven Seite der Sache liegt, nicht in der formellen Stellung, welche die Sozialdemokratie im Kampfe beziehen wird, sondern im materiellen Ausgang des ganzen gegenwärtigen revolutionären Kampfes. Nicht das ist die Frage, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen in der bürgerlichen Demokratie aufgehen wollen, ob sie sich dessen bewußt sind, daß sie in ihr aufgehen — davon ist gar nicht die Rede. Wir verdächtigen keinen Sozialdemokraten, einen solchen Wunsch zu haben, und nicht auf den Wunsch kommt es hier an. Die Frage ist auch nicht, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen ihre formelle Selbständigkeit, Sonderstellung und Unabhängigkeit gegenüber der bür-

gerlichen Demokratie während des ganzen Verlaufs der Revolution bewahren werden. Sie können diese ihre „Selbständigkeit“ nicht nur verkünden, sondern sie sogar formell bewahren, und nichtsdestoweniger kann die Sache so ausgehen, daß sie im Kampf gegen die Inkonsequenz der Bourgeoisie mit gebundenen Händen dastehen werden. Als politische Schlußbilanz der Revolution kann sich herausstellen, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer formellen „Selbständigkeit“, trotz ihrer vollen organisatorischen Sonderstellung als Partei sich in Wirklichkeit nicht als selbständig erweist, sich nicht als fähig erweist, dem Gang der Ereignisse den Stempel ihrer proletarischen Selbständigkeit aufzudrücken, sondern sich als so schwach erweist, daß im großen und ganzen, im Endergebnis, als Schlußbilanz, ihr „Aufgehen“ in der bürgerlichen Demokratie dennoch zur historischen Tatsache wird.

Eben darin besteht die wirkliche Gefahr. Und nun wollen wir sehen, von welcher Seite sie droht: Von dem Abweichen der Sozialdemokratie nach rechts in Gestalt der neuen „Iskra“, wie wir glauben, oder von ihrem Abweichen nach links in Gestalt der „Mehrheit“, des „Wperjod“ usw., wie die Neuisikristen glauben.

Die Lösung dieser Frage wird, wie wir schon gezeigt haben, durch das objektive Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte bestimmt. Der Charakter dieser Kräfte ist theoretisch durch die marxistische Analyse der russischen Wirklichkeit bestimmt worden und wird jetzt praktisch durch das offene Auftreten der Gruppen und Klassen im Verlauf der Revolution bestimmt. Die ganze theoretische Analyse, die schon lange vor der jetzigen Epoche von den Marxisten vorgenommen worden ist, wie auch alle praktischen Beobachtungen hinsichtlich der Entwicklung der revolutionären Ereignisse zeigen uns nun, daß die Revolution in Rußland vom Standpunkt der objektiven Bedingungen auf zweierlei Art verlaufen und ausgehen kann. Die Umgestaltung der ökonomischen und politischen Ordnung Rußlands in bürgerlich-demokratischer Richtung ist unvermeidlich und unabwendbar. Es gibt keine Kraft auf Erden, die eine solche Umgestaltung verhindern könnte. Aber aus dem Zusammenwirken der vorhandenen Kräfte, die diese Umgestaltung hervorbringen, können sich zweierlei Resultate oder zweierlei Formen dieser Umgestaltung ergeben. Eines von beiden: 1. entweder endet das Ganze mit einem „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus“ oder 2. die Kräfte



reichen für einen entscheidenden Sieg nicht aus, und das Ganze endet mit einem Pakt zwischen dem Zarismus und den „inkonsequentesten“ und „eigennützigsten“ Elementen der Bourgeoisie. All die unendliche Mannigfaltigkeit der Details und Kombinationen, die vorauszusehen niemand imstande ist, reduziert sich im großen und ganzen gerade auf die eine oder die andere dieser zwei Möglichkeiten.

Betrachten wir nun diese Möglichkeiten, erstens vom Gesichtspunkt ihrer sozialen Bedeutung und zweitens vom Gesichtspunkt der Lage der Sozialdemokratie (ihres „Aufgehens“ oder ihrer „gebundenen Hände“) bei dem einen und dem anderen Ausgang.

Was ist „ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus“? Wir haben schon gesehen, daß die Neuiskristen diesen Ausdruck gebrauchen, ohne dabei auch nur seine nächstliegende politische Bedeutung zu verstehen. Noch weniger ist bei ihnen davon etwas zu merken, daß sie den Klasseninhalt dieses Begriffs verstehen. Wir Marxisten dürfen uns jedoch in keinem Falle von Worten wie „Revolution“ oder „große russische Revolution“ blenden lassen, so wie sich jetzt viele revolutionäre Demokraten (vom Schlage Gapons) von ihnen blenden lassen. Wir müssen uns genau Rechenschaft darüber ablegen, welche realen gesellschaftlichen Kräfte sich dem „Zarismus“ (das ist eine durchaus reale, für alle durchaus verständliche Kraft) entgegenstellen und fähig sind, einen „entscheidenden Sieg“ über ihn zu erringen. Die Großbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die Fabrikanten, die „gute Gesellschaft“, die hinter den Oswoboshdenzen steht, können diese Kraft nicht sein. Wir sehen, daß sie einen entscheidenden Sieg auch gar nicht wollen. Wir wissen, daß sie infolge ihrer Klassenlage zu einem entschlossenen Kampf gegen den Zarismus nicht fähig sind: das Privateigentum, das Kapital, der Grund und Boden sind ein viel zu schweres Bleigewicht an ihren Füßen, als daß sie einen entschlossenen Kampf führen könnten. Sie brauchen viel zu sehr den Zarismus, seine polizeilich-bürokratischen und militärischen Kräfte, gegen das Proletariat und die Bauernschaft, als daß sie die Vernichtung des Zarismus anstreben könnten. Nein, die Kraft, die fähig ist, einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ zu erringen, kann nur das Volk sein, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, wenn man die grundlegenden, ausschlaggebenden Kräfte nimmt und die ländliche und städtische Kleinbourgeoisie (die auch zum „Volk“ gehört) zwischen ihnen aufteilt. Ein „entscheidender Sieg der

Revolution über den Zarismus“ ist die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*. Dieser Schlußfolgerung, auf die vom „Wperjod“ schon längst hingewiesen worden ist, können sich unsere Neuskristen nicht entziehen. Es gibt sonst niemanden, der einen entscheidenden Sieg über den Zarismus erringen könnte.

Und ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, d. h., er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf „legalem“, „friedlichem Wege“ geschaffene Einrichtungen. Das kann nur eine Diktatur sein, denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den erbitterten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorrufen. Ohne Diktatur ist es unmöglich, diesen Widerstand zu brechen, die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren. Doch selbstverständlich wird das keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein. Sie wird (ohne eine ganze Reihe Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung) nicht imstande sein, die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten. Sie wird im besten Fall imstande sein, eine radikale Neuverteilung des Grundeigentums zugunsten der Bauernschaft vorzunehmen, einen konsequenten und vollen Demokratismus bis zur Errichtung der Republik durchzuführen, alle asiatischen Wesenszüge und Knechtschaftsverhältnisse im Leben nicht nur des Dorfes, sondern auch der Fabrik auszumerzen, für eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Arbeiter, für die Hebung ihrer Lebenshaltung den Grund zu legen und schließlich, last but not least\*, den revolutionären Brand nach Europa zu tragen. Ein solcher Sieg wird aus unserer bürgerlichen Revolution noch keineswegs eine sozialistische machen; die demokratische Umwälzung wird über den Rahmen der bürgerlichen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse nicht unmittelbar hinausgehen; aber nichtsdestoweniger wird die Bedeutung eines solchen Sieges für die künftige Entwicklung sowohl Rußlands als auch der ganzen Welt gigantisch sein. Nichts wird die revolutionäre Energie des Weltproletariats so sehr steigern, nichts wird den Weg, der zu seinem vollen Siege führt, so sehr abkürzen wie dieser entscheidende Sieg der in Rußland begonnenen Revolution.

\* als Letztes, aber nicht Geringstes.

Inwieweit ein solcher Sieg wahrscheinlich ist, das ist eine andere Frage. Wir neigen diesbezüglich keineswegs zu unbesonnenem Optimismus, wir vergessen durchaus nicht die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aufgabe, aber wenn wir in den Kampf ziehen, müssen wir den Sieg wollen und den richtigen Weg zu ihm zeigen können. Die Tendenzen, die diesen Sieg herbeizuführen vermögen, sind unbestreitbar vorhanden. Freilich, unser sozialdemokratischer Einfluß auf die Masse des Proletariats ist noch äußerst ungenügend; die revolutionäre Einwirkung auf die Masse der Bauern ist verschwindend gering; die Zersplitterung, die Rückständigkeit, die Unwissenheit des Proletariats und besonders der Bauernschaft sind noch furchtbar groß. Aber die Revolution schweißt rasch zusammen und klärt rasch auf. Jeder Schritt ihrer Entwicklung rüttelt die Massen auf und zieht sie mit unwiderstehlicher Kraft gerade auf die Seite des revolutionären Programms, das allein ihre wirklichen, ureigenen Interessen konsequent und vollständig zum Ausdruck bringt.

Ein Gesetz der Mechanik lautet: Die Wirkung ist gleich der Gegenwirkung. In der Geschichte hängt die zerstörende Kraft der Revolution in nicht geringem Maße auch davon ab, wie stark und andauernd die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen war und wie tief der Widerspruch zwischen dem vorsintflutlichen „Überbau“ und den lebendigen Kräften der gegenwärtigen Epoche ist. Auch die internationale politische Situation gestaltet sich in vieler Hinsicht für die russische Revolution so günstig wie nur möglich. Der Aufstand der Arbeiter und der Bauern hat schon begonnen; er ist zersplittert, spontan und schwach, aber er beweist unbestreitbar und unbedingt das Vorhandensein von Kräften, die zu einem entschlossenen Kampf fähig sind und einem entscheidenden Sieg entgegengehen.

Reichen diese Kräfte nicht aus, so wird es dem Zarismus gelingen, einen Pakt zu schließen, der denn auch schon von zwei Seiten vorbereitet wird, sowohl von den Herren Bulygin als auch von den Herren Struve. Dann wird die Sache mit einer gestutzten Verfassung oder sogar — im aller schlimmsten Fall — mit einer Parodie auf eine Verfassung enden. Das wird auch eine „bürgerliche Revolution“ sein, freilich eine Fehlgeburt, ein Zerrbild, eine Mißgestalt. Die Sozialdemokratie macht sich keine Illusionen, sie kennt die verräterische Natur der Bourgeoisie, sie wird den Mut nicht sinken lassen und ihre beharrliche, geduldige, unentwegte Arbeit an der Klassenerziehung des Proletariats selbst im allergegruesten Alltag der

bürgerlich-konstitutionellen „Schipowschen“ Glückseligkeit nicht aufgeben. Ein solcher Ausgang gleiche mehr oder weniger dem Ausgang fast aller demokratischen Revolutionen in Europa im Laufe des 19. Jahrhunderts, und unsere Parteientwicklung beschritte dann einen mühsamen, schweren, langen, aber bekannten und ausgetretenen Pfad.

Es fragt sich nun, in welchem dieser beiden möglichen Fälle wird die Sozialdemokratie gegenüber der inkonsequenten und eigennützigten Bourgeoisie faktisch mit gebundenen Händen dastehen? in der bürgerlichen Demokratie faktisch „aufgegangen“ oder fast aufgegangen sein?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, damit man sie, ohne auch nur einen Augenblick zu schwanken, beantworten kann.

Gelingt es der Bourgeoisie, die russische Revolution durch einen Pakt mit dem Zarismus zum Scheitern zu bringen, dann werden der Sozialdemokratie faktisch eben die Hände gegenüber der inkonsequenten Bourgeoisie gebunden sein, dann wird die Sozialdemokratie in der bürgerlichen Demokratie in dem Sinne „aufgegangen“ sein, daß es dem Proletariat nicht gelingen wird, der Revolution seinen klaren Stempel aufzudrücken und mit dem Zarismus auf proletarische oder, wie Marx einst sagte, „plebejische Manier“ fertig zu werden.

Gelingt der entscheidende Sieg der Revolution, dann werden wir mit dem Zarismus auf jakobinische oder, wenn ihr wollt, plebejische Manier fertig werden. „Der ganze französische Terrorismus“, schrieb Marx 1848 in der berühmten „Neuen Rheinischen Zeitung“, „war nichts als eine plebejische Manier, mit den Feinden der Bourgeoisie, dem Absolutismus, dem Feudalismus und dem Spießbürgertum fertig zu werden“ (siehe Marx' Nachlaß, herausgegeben von Mehring, Bd. III, S. 211)<sup>13</sup>. Haben die Leute, die die sozialdemokratischen russischen Arbeiter mit dem Popanz des „Jakobinertums“ in der Epoche der demokratischen Revolution schrecken, jemals über die Bedeutung dieser Worte von Marx nachgedacht?

Die Girondisten der heutigen russischen Sozialdemokratie, die Neuskristen, verschmelzen sich nicht mit den Oswoboshdenzen, erweisen sich aber kraft des Charakters ihrer Losungen faktisch in deren Nachtrab. Die Oswoboshdenzen aber, d. h. die Vertreter der liberalen Bourgeoisie, möchten mit der Selbstherrschaft auf sanfte, reformerische Art fertig werden; nachgiebig, ohne der Aristokratie, dem Adel, dem Hof weh zu tun; vorsichtig, ohne etwas zu zerbrechen; liebenswürdig und höflich, vornehm

und in Glacéhandschuhen (wie Herr Petrunkewitsch sie sich beim Empfang der „Volksvertreter“ (?) durch Nikolaus den Blutigen von einem Polizeischergen ausborgte; siehe „Proletari“ Nr. 5\*).

Die Jakobiner der heutigen Sozialdemokratie — die Bolschewiki, die Anhänger des „Wperjod“, des Parteitags oder des „Proletari“, ich weiß wirklich nicht, wie ich sagen soll — wollen mit ihren Losungen das revolutionäre und republikanische Kleinbürgertum und besonders die Bauernschaft auf das Niveau des konsequenten Demokratismus des Proletariats heben, das seine Sonderstellung als Klasse dabei voll bewahrt. Sie wollen, daß das Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, mit der Monarchie und der Aristokratie auf „plebejische Manier“ fertig wird, indem es die Feinde der Freiheit schonungslos vernichtet, ihren Widerstand mit Gewalt bricht und dem verfluchten Erbe der Leibeigenschaft, des Asiatentums und der Schändung des Menschen keinerlei Konzession macht.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir unbedingt die Jakobiner von Anno 1793 nachahmen, ihre Ansichten, ihr Programm, ihre Losungen und Aktionsmethoden übernehmen wollen. Nichts dergleichen. Wir haben nicht das alte, sondern ein neues Programm — das Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Wir haben eine neue Losung: die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Und wir werden, falls wir den wirklichen Sieg der Revolution noch erleben, auch neue Aktionsmethoden haben, die dem Charakter und den Zielen der zur vollen sozialistischen Umwälzung strebenden Partei der Arbeiterklasse entsprechen. Mit unserem Vergleich wollen wir bloß klarmachen, daß sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 20. Jahrhunderts, des Proletariats, d. h. die Sozialdemokraten, ebenso in zwei Flügel teilen (einen opportunistischen und einen revolutionären), wie sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 18. Jahrhunderts, der Bourgeoisie, in Girondisten und Jakobiner geteilt haben.

Nur im Falle eines vollen Sieges der demokratischen Revolution wird das Proletariat im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie nicht mit gebundenen Händen dastehen. Nur in diesem Falle wird es in der bürgerlichen Demokratie nicht „aufgehen“, sondern der ganzen Revolution seinen proletarischen, richtiger gesagt, proletarisch-bäuerlichen Stempel aufdrücken.

---

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 491—495, russ. Die Red.

Mit einem Wort: Um im Kampf gegen die inkonsequente bürgerliche Demokratie nicht mit gebundenen Händen dazustehen, muß das Proletariat genügend klassenbewußt und stark sein, um die Bauernschaft zum revolutionären Bewußtsein emporzuheben, ihren Ansturm zu leiten und auf diese Weise den konsequent proletarischen Demokratismus selbständig durchzuführen.

So steht es mit der von den Neuskristen so unglücklich gelösten Frage der Gefahr, im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie mit gebundenen Händen dazustehen. Die Bourgeoisie wird stets inkonsequent sein. Nichts ist naiver und fruchtloser als die Versuche, Bedingungen oder Punkte aufzustellen\*, bei deren Erfüllung es möglich wäre, die bürgerliche Demokratie für einen nicht heuchlerischen Freund des Volkes zu halten. Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt. Reicht die Kraft des Proletariats dazu nicht aus, dann wird sich die Bourgeoisie an der Spitze der demokratischen Revolution erweisen und ihr einen inkonsequenten und eigennütigen Charakter verleihen. Um das zu verhindern, gibt es kein anderes Mittel als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Somit kommen wir zu der unzweifelhaften Schlußfolgerung, daß gerade die neuskristische Taktik ihrer objektiven Bedeutung nach *der bürgerlichen Demokratie in die Hände arbeitet*. Die Propaganda der organisatorischen Verschwommenheit, die bis zu Plebisziten, zum Prinzip des Paktierens und zum Losgelöstsein der Parteiliteratur von der Partei geht, die Herabsetzung der Aufgaben des bewaffneten Aufstands, die Vermengung der das ganze Volk betreffenden politischen Losungen des revolutionären Proletariats mit denen der monarchistischen Bourgeoisie, die Entstellung der Bedingungen des „entscheidenden Sieges der Revolution über den Zarismus“ — all dies zusammen ergibt im revolutionären Augenblick gerade jene Nachtrabpolitik, die das Proletariat irreführt und desorganisiert, sein Bewußtsein trübt und die Taktik der Sozialdemokratie herab-

\* Wie das Starower in seiner vom III. Parteitag aufgehobenen Resolution<sup>14</sup> zu tun versucht hat und wie es die Konferenz in der nicht minder mißglückten Resolution zu tun versucht.

würdigt, anstatt den einzigen Weg zum Siege zu zeigen und alle revolutionären und republikanischen Elemente des Volkes um die Losung des Proletariats zusammenzuschließen.

Um diese Schlußfolgerung, zu der wir auf Grund der Analyse der Resolution gelangt sind, zu erhärten, wollen wir an dieselbe Frage unter anderen Gesichtspunkten herangehen. Betrachten wir erstens, wie der etwas einfältige und offenerzige Menschewik im georgischen „Sozialdemokrat“ die neuiskristische Taktik illustriert. Betrachten wir zweitens, wer sich in der gegebenen politischen Situation tatsächlich der Losungen der neuen „Iskra“ bedient.

#### 7. DIE TAKTIK DER „AUSSCHALTUNG DER KONSERVATIVEN AUS DER REGIERUNG“

Der von uns oben erwähnte Artikel im Organ des menschewistischen Tifliser „Komitees“ („Sozialdemokrat“ Nr. 1) ist betitelt „Der Semski Sobor und unsere Taktik“. Der Verfasser hat unser Programm noch nicht ganz vergessen, er stellt die Losung der Republik auf, läßt sich aber über die Taktik wie folgt aus:

„Zur Erreichung dieses Zieles“ (der Republik) „kann man zwei Wege zeigen: Entweder man läßt den Semski Sobor, der von der Regierung einberufen wird, völlig außer acht, stürzt mit der Waffe in der Hand die Regierung, bildet eine revolutionäre Regierung und beruft eine konstituierende Versammlung ein. Oder man erklärt den Semski Sobor zum Mittelpunkt unserer Aktion, wirkt mit der Waffe in der Hand auf seine Zusammensetzung, auf seine Tätigkeit ein und zwingt ihn mit Gewalt, sich zur konstituierenden Versammlung zu erklären, oder beruft durch ihn eine konstituierende Versammlung ein. Diese zwei Taktiken unterscheiden sich sehr schroff voneinander. Betrachten wir, welche von ihnen für uns vorteilhafter ist.“

So also legen die Neuiskristen in Rußland die Ideen dar, die späterhin in der von uns analysierten Resolution ihren Niederschlag gefunden haben. Das wurde, wohlgermerkt, vor Tsushima geschrieben, als das Bulyginsche „Projekt“ noch gar nicht das Licht der Welt erblickt hatte. Sogar die Liberalen verloren die Geduld und äußerten ihr Mißtrauen in den Spalten

der legalen Presse; der neuiskristische Sozialdemokrat aber zeigte sich vertrauensseliger als die Liberalen. Er erklärt, daß der Semski Sobor „einberufen wird“, und vertraut dem Zaren so sehr, daß er vorschlägt, den noch nicht existierenden Semski Sobor (vielleicht sogar eine „Reichsduma“ oder einen „gesetzberatenden Sobor“?) zum Mittelpunkt unserer Aktion zu machen. Unser Tifliser, offener und gradliniger als die Verfasser der von der Konferenz angenommenen Resolution, setzt diese beiden „Taktiken“ (die er mit unnachahmlicher Naivität darlegt) nicht einander gleich, sondern erklärt, daß die zweite „vorteilhafter“ sei. Man höre:

„Die erste Taktik. Wie bekannt, ist die bevorstehende Revolution eine bürgerliche Revolution, d. h., sie ist auf eine solche Änderung der gegenwärtigen Ordnung gerichtet, an der (nämlich der Änderung) nicht nur das Proletariat, sondern auch die ganze bürgerliche Gesellschaft interessiert ist. In Opposition zur Regierung stehen alle Klassen, selbst die Kapitalisten. Das kämpfende Proletariat und die kämpfende Bourgeoisie gehen in einem gewissen Sinne zusammen und greifen die Selbstherrschaft von verschiedenen Seiten gemeinsam an. Die Regierung ist hier ganz isoliert und genießt keine Sympathie der Gesellschaft. Darum ist es sehr leicht, sie zu vernichten. Das gesamte russische Proletariat ist noch nicht so klassenbewußt und organisiert, daß es die Revolution ganz allein durchführen könnte. Ja, wenn es das tun könnte, würde es keine bürgerliche, sondern eine proletarische (sozialistische) Revolution durchführen. Folglich liegt es in unserem Interesse, daß die Regierung ohne Verbündete bleibt, daß sie nicht imstande ist, die Opposition zu entzweien, daß sie die Bourgeoisie nicht für sich gewinnen und das Proletariat nicht isolieren kann...“

Es liegt also im Interesse des Proletariats, daß die zaristische Regierung nicht imstande ist, die Bourgeoisie und das Proletariat zu entzweien! Heißt das georgische Organ etwa irrtümlicherweise „Sozialdemokrat“, sollte es nicht eher „Oswoboshdenije“ heißen? Und man beachte, welch unnachahmliche Philosophie der demokratischen Revolution! Sehen wir hier nicht ganz deutlich, wie der arme Tifliser durch die rasonierend-nachtrabpolitische Auslegung des Begriffs „bürgerliche Revolution“ endgültig aus dem Konzept gebracht worden ist? Er erörtert die Frage der möglichen Isoliertheit des Proletariats in der demokratischen Umwälzung und vergift... vergift eine Kleinigkeit... die Bauernschaft! Von den möglichen Verbündeten des Proletariats kennt er die Gutsbesitzer der Semstvos und findet an ihnen Gefallen, aber er weiß nichts von den Bauern. Und das im



Kaukasus! Nun, hatten wir nicht recht, als wir sagten, daß die neue „Iskra“ durch ihre Gedankengänge zur monarchistischen Bourgeoisie hinabsinkt, anstatt die revolutionäre Bauernschaft als Verbündeten zu sich emporzuheben?

„... Andernfalls ist die Niederlage des Proletariats und der Sieg der Regierung unvermeidlich. Und gerade das erstrebt die Selbstherrschaft. Sie wird in ihrem Semski Sobor zweifellos die Vertreter des Adels, der Semstvos, der Städte, der Universitäten und ähnlicher bürgerlicher Institutionen auf ihre Seite ziehen. Sie wird sich bemühen, sie durch kleine Konzessionen auf die beschwichtigende und auf diese Weise mit sich auszusöhnen. Solcherart gefestigt, wird sie alle ihre Schläge gegen das isoliert gebliebene arbeitende Volk richten. Unsere Pflicht ist es, einen solchen unglücklichen Ausgang zu verhüten. Aber kann man das etwa auf dem ersten Wege tun? Angenommen, wir hätten den Semski Sobor gar nicht beachtet, sondern selbständig mit der Vorbereitung des Aufstands begonnen, und wären eines schönen Tages bewaffnet zum Kampf auf die Straße gegangen. Und nun haben wir nicht einen Feind, sondern zwei Feinde vor uns: die Regierung und den Semski Sobor. Während wir uns vorbereitet, gelang es ihnen, handelseinig zu werden, ein Abkommen zu treffen, eine für sie vorteilhafte Verfassung auszuarbeiten und die Macht unter sich zu teilen. Das ist eine für die Regierung geradezu vorteilhafte Taktik, und wir müssen sie aufs energischste ablehnen...“

Das ist wirklich offenherzig! Man muß die „Taktik“ der Vorbereitung des Aufstands entschieden ablehnen, weil die Regierung „währenddessen“ ein Abkommen mit der Bourgeoisie treffen wird! Kann man in der alten Literatur des eingefleischtesten „Ökonomismus“ wohl irgend etwas finden, das dieser Schändung der revolutionären Sozialdemokratie auch nur annähernd gleichkäme? Die bald hier, bald dort ausbrechenden Aufstände und Erhebungen der Arbeiter und Bauern sind eine Tatsache. Der Semski Sobor ist eine Bulyginsche Versprechung. Und der „Sozialdemokrat“ aus Tiflis beschließt, die Taktik der Vorbereitung des Aufstands abzulehnen und auf den „Mittelpunkt der Einwirkung“, den Semski Sobor zu warten...

„... Die zweite Taktik besteht umgekehrt darin, daß wir den Semski Sobor unter unsere Aufsicht stellen und ihm keine Möglichkeit geben, nach seinem Willen zu handeln und mit der Regierung ein Abkommen zu treffen.\*

\* Welches ist denn das Mittel, um den Semski-Sobor-Leuten ihren Willen zu rauben? Etwa ein besonderes Lackmuspapier?

Wir unterstützen den Semski Sobor, insofern er gegen die Selbstherrschaft kämpft, und bekämpfen ihn dann, wenn er sich mit der Selbstherrschaft aussöhnt. Durch energische Einmischung und Gewalt entzweien wir die Deputierten untereinander\*, die Radikalen gewinnen wir für uns, die Konservativen schalten wir aus der Regierung aus, und auf diese Weise bringen wir den ganzen Semski Sobor auf den revolutionären Weg. Dank einer solchen Taktik wird die Regierung stets isoliert, die Opposition aber stark bleiben, und damit erleichtern wir die Errichtung der demokratischen Ordnung."

Ja, ja! Jetzt soll noch jemand sagen, daß wir die Wendung der Neuiskristen zum vulgärsten Ebenbild des Okonomismus übertreiben. Das ist schon direkt so etwas wie das berühmte Pulver gegen die Fliegen: Man fange die Fliege, bestreue sie mit dem Pulver, und sie krepirt. Die Deputierten des Semski Sobor mit Gewalt entzweien, „die Konservativen aus der Regierung ausschalten“ – und der ganze Semski Sobor wird den revolutionären Weg beschreiten... Ohne jeden „jakobinischen“ bewaffneten Aufstand, von leichter Hand, auf vornehme Art, beinahe parlamentarisch, durch „Einwirkung“ auf die Mitglieder des Semski Sobor.

Armes Rußland! Man pflegte von ihm zu sagen, daß es stets altmodische, von Europa abgelegte Hüte trage. Wir haben noch kein Parlament, selbst Bulygin hat noch keines versprochen, aber parlamentarischen Kretinismus<sup>15</sup> haben wir schon übergenug.

„...Wie soll diese Einmischung erfolgen? Vor allem werden wir fordern, daß der Semski Sobor auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufen wird. Zusammen mit der Ankündigung\*\* einer solchen Wahlordnung muß die volle Freiheit der Wahlagitation gesetzlich festgelegt werden\*\*\*, d. h. die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, die Unantastbarkeit der Wähler und der zu Wählenden und die Freilassung aller politischen Häftlinge. Die Wahlen selbst müssen möglichst spät angesetzt werden, damit wir genug Zeit haben, um das Volk aufzuklären und vorzubereiten. Und da die Ausarbeitung der Regeln für die Einberufung des Sobor einer Kommis-

\* Heiliger Himmel! Da habt ihr sie, die „vertiefte“ Taktik! Um auf der Straße zu kämpfen, reicht die Kraft nicht aus, aber „die Deputierten entzweien“ kann man mit „Gewalt“. Na hören Sie, werter Tifliser Genosse, Unsinn kann man ja reden, aber alles mit Maßen...

\*\* In der „Iskra“?

\*\*\* Von Nikolaus?

sion unter dem Vorsitz des Innenministers Bulygin übertragen worden ist, müssen wir auch auf diese Kommission und ihre Mitglieder einwirken.\* Sollte sich die Bulyginsche Kommission weigern, unseren Forderungen stattzugeben\*\*, und nur den Besitzenden das Recht zugestehen, Deputierte zu wählen, so müssen wir in diese Wahlen eingreifen und die Wähler auf revolutionärem Wege dazu bringen, fortschrittliche Kandidaten zu wählen und im Semski Sobor eine konstituierende Versammlung zu verlangen. Schließlich müssen wir mit allen erdenklichen Mitteln — Demonstrationen, Streiks und notfalls durch einen Aufstand — den Semski Sobor dazu bringen, eine konstituierende Versammlung einzuberufen oder sich als solche zu erklären. Der Verteidiger der konstituierenden Versammlung muß das bewaffnete Proletariat sein, und beide\*\*\* zusammen werden zur demokratischen Republik vorwärtsschreiten.

Das ist die sozialdemokratische Taktik, und nur sie wird uns den Sieg verbürgen.“

Der Leser glaube ja nicht, daß dieser ganze ungeheuerliche Blödsinn die belanglose Schreibübung irgendeines unverantwortlichen und einflußlosen Neuiskristen ist. Nein, das wird im *Organ* eines ganzen Komitees der Neuiskristen, des Tifliser Komitees, gesagt. Nicht genug damit, ist dieser Blödsinn von der „*Iskra*“ direkt gebilligt worden, in deren Nr. 100 wir über diesen „Sozialdemokrat“ lesen:

„Die erste Nummer ist lebendig und talentvoll redigiert. Man merkt die erfabrene, geschickte Hand eines Redakteurs und Schriftstellers... Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Zeitung die Aufgabe, die sie sich gestellt hat, glänzend lösen wird.“

Allerdings! Wenn diese Aufgabe darin besteht, jedermann anschaulich die völlige ideologische Zersetzung des Neuiskrismus vor Augen zu führen, dann ist sie wirklich „glänzend“ gelöst. Das Hinabsinken der Neuiskristen zum bürgerlich-liberalen Opportunismus hätte niemand „lebendiger, talentvoller und geschickter“ zum Ausdruck bringen können.

---

\* Das also bedeutet die Taktik der „Ausschaltung der Konservativen aus der Regierung“!

\*\* Aber das kann doch gar nicht sein bei einer so richtigen und scharfsinnigen Taktik unsererseits!

\*\*\* Das bewaffnete Proletariat und die „aus der Regierung ausgeschalteten“ Konservativen?

## 8. DAS OSWOBOSHDENZENTUM UND DER NEUISKRISMUS

Wenden wir uns nun einer anderen anschaulichen Bestätigung der politischen Bedeutung des Neuiskrismus zu.

In dem bemerkenswerten, vortrefflichen, äußerst lehrreichen Artikel „Wie findet man sich selbst“ („Oswoboshdenije“ Nr. 71) zieht Herr Struve gegen den „programmatischen Revolutionarismus“ unserer extremen Parteien zu Felde. Mit mir persönlich ist Herr Struve besonders unzufrieden.\* Was mich anbelangt, so bin ich mit Herrn Struve überaus

---

\* „Im Vergleich mit dem Revolutionarismus der Herren Lenin und Genossen erscheint der Revolutionarismus der westeuropäischen Sozialdemokratie Bebels und sogar Kautskys als Opportunismus, doch selbst diesem schon gemilderten Revolutionarismus hat die Geschichte den Boden unterspült und weggespült.“ Ein sehr zorniger Ausfall. Herr Struve ist jedoch im Irrtum, wenn er meint, man könne mir, wie einem Verstorbenen, alles in die Schuhe schieben. Es genügt, wenn ich an Herrn Struve eine Herausforderung richte, die anzunehmen er nie und nimmer imstande sein wird. Wo und wann habe ich den „Revolutionarismus Bebels und Kautskys“ als Opportunismus bezeichnet? Wo und wann habe ich versucht, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys *nicht identisch* wäre? Wo und wann sind zwischen mir einerseits und Bebel und Kautsky andererseits Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, die auch nur annähernd so ernst wären wie beispielsweise die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Kautsky in der Agrarfrage in Breslau?<sup>16</sup> Soll Herr Struve versuchen, auf diese drei Fragen zu antworten.

Den Lesern aber sagen wir: Die liberale Bourgeoisie wendet *stets* und *überall* den Kunstgriff an, ihren Anhängern in dem betreffenden Lande zu versichern, daß die Sozialdemokraten dieses Landes die unvernünftigsten Leute, ihre Genossen im benachbarten Staat aber „Musterknaben“ seien. Die deutsche Bourgeoisie hat den Bebel und Kautsky die französischen Sozialisten *Hunderte Male* als „Musterknaben“ vorgehalten. Die französische Bourgeoisie hat erst unlängst den französischen Sozialisten den „Musterknaben“ Bebel vorgehalten. Ein alter Trick, Herr Struve! Nur Kinder und Ignoranten werden auf diesen Leim kriechen. Die volle Solidarität der internationalen revolutionären Sozialdemokratie in allen wichtigen Fragen des Programms und der Taktik ist eine absolut unbestreitbare Tatsache.

zufrieden: einen besseren Verbündeten im Kampf gegen den wiederaufstehenden Ökonomismus der Neuiskristen und gegen die völlige Prinzipienlosigkeit der „Sozialrevolutionäre“ könnte ich mir gar nicht wünschen. Auf welche Art und Weise Herr Struve und das „Oswoboshdenije“ praktisch bewiesen haben, daß die im Programmentwurf der Sozialrevolutionäre vorgenommenen „Korrekturen“ des Marxismus durch und durch reaktionär sind, darüber werden wir uns gelegentlich ein andermal unterhalten. Wie Herr Struve mir jedesmal, wenn er den Neuiskristen *prinzipiell* zustimmte, einen wahren, ehrlichen und treuen Dienst leistete, darüber haben wir schon wiederholt gesprochen\* und wollen es hier noch einmal sagen.

Der Artikel des Herrn Struve enthält eine ganze Reihe hochinteressanter Äußerungen, die wir hier nur nebenbei berühren können. Er schickt sich an, „gestützt nicht auf den Kampf, sondern auf die Zusammenarbeit der Klassen, eine russische Demokratie zu schaffen“, wobei die „sozial privilegierte Intelligenz“ (vom Schlage des „kulturell hochstehenden Adels“, vor dem Herr Struve mit der Grazie eines echt weltmännischen... Lakaien seine Reverenzen macht) „das Gewicht ihrer sozialen Stellung“ (das Gewicht des Geldsacks) in diese „klassenlose“ Partei mitbringen wird. Herr Struve äußert den Wunsch, die Jugend bekannt zu machen mit der Untauglichkeit der „radikalen Schablone, daß die Bour-

---

\* Erinnern wir den Leser daran, daß der Artikel „Was man nicht tun darf“ („Iskra“ Nr. 52) vom „Oswoboshdenije“ mit Pauken und Trompeten als eine „bedeutungsvolle Wendung“ zur Nachgiebigkeit gegenüber den Opportunisten begrüßt wurde. Die prinzipiellen Tendenzen des Neuiskristismus billigte das „Oswoboshdenije“ ausdrücklich in einer Notiz über die Spaltung unter den russischen Sozialdemokraten. Anlässlich der Broschüre Trotzki's „Unsere politischen Aufgaben“ wies das „Oswoboshdenije“ auf die Gleichartigkeit der Gedanken dieses Verfassers mit dem hin, was einst die „Rabotscheje-Delo“-Leute Kritschewski, Martynow und Akimow gesagt und geschrieben hatten (siehe den Sonderdruck „Der diensteifrige Liberale“, Ausgabe des „Wperjod“). Martynow's Broschüre über die zwei Diktaturen wurde vom „Oswoboshdenije“ begrüßt (siehe die Notiz im „Wperjod“ Nr. 9). Schließlich trafen die verspäteten Klagen Starowers über die alte Lösung der alten „Iskra“: „Sich zuerst voneinander abgrenzen, um sich dann zu vereinigen“ auf die besondere Sympathie des „Oswoboshdenije“.

geoisie Angst bekommen und das Proletariat mitsamt der Sache der Freiheit verkauft habe". (Von ganzem Herzen begrüßen wir diesen Wunsch. Nichts könnte diese marxistische „Schablone“ besser bestätigen als der Kampf, den Herr Struve dagegen führt. Bitte sehr, Herr Struve, schieben Sie Ihren großartigen Plan nicht auf die lange Bank!)

Für unser Thema ist wichtig, daß wir feststellen, gegen welche *praktischen* Losungen heutzutage ein politisch so hellhöriger und auf den geringsten Wetterumschlag reagierender Vertreter der russischen Bourgeoisie kämpft. Erstens gegen die Losung des Republikanismus. Herr Struve ist fest überzeugt, daß diese Losung „der Volksmasse unverständlich und fremd“ ist (er vergißt hinzuzufügen: verständlich, aber nachteilig für die Bourgeoisie!). Wir möchten gern hören, welche Antwort Herr Struve darauf von den Arbeitern in unseren Zirkeln und Versammlungen erhalten würde! Oder gehören die Arbeiter nicht zum Volk? Und die Bauern? Sie huldigen bisweilen, wie sich Herr Struve ausdrückt, einem „naiven Republikanismus“ („den Zaren davonjagen“), doch die liberale Bourgeoisie gibt sich dem Glauben hin, daß den *naiven* Republikanismus nicht der bewußte Republikanismus, sondern der bewußte Monarchismus ablösen wird! Ça dépend, Herr Struve, das hängt noch von den Umständen ab. Sowohl der Zarismus als auch die Bourgeoisie können nicht anders als einer grundlegenden Verbesserung der Lage der Bauern auf Kosten des großen Grundeigentums entgegenwirken; die Arbeiterklasse dagegen kann nicht anders als in dieser Sache mit der Bauernschaft zusammenwirken.

Zweitens versichert Herr Struve: „Im Bürgerkrieg wird der Angreifer stets im Unrecht sein.“ Dieser Gedanke kommt den oben gekennzeichneten Tendenzen der Neuskristen sehr nahe. Wir wollen natürlich nicht sagen, daß es im Bürgerkrieg *stets* vorteilhaft wäre, anzugreifen; nein, manchmal ist die Defensivtaktik *für eine gewisse Zeit* geboten. Aber eine solche These in Anwendung auf das Rußland von 1905 aufzustellen, wie Herr Struve es getan hat, bedeutet eben, mit einem Stückchen „radikaler Schablone“ aufzuwarten („die Bourgeoisie bekommt Angst und verkauft die Sache der Freiheit“). Wer jetzt die Selbstherrschaft, die Reaktion nicht angreifen will, wer sich auf diesen Angriff nicht vorbereitet, wer ihn nicht propagiert, der bezeichnet sich zu Unrecht als Anhänger der Revolution.

Herr Struve verurteilt die Losungen „Konspiration“ und „Rebellion“ (das sei ein „Aufstand in Miniatur“). Herr Struve verachtet das eine wie das andere, und zwar vom Standpunkt des „Herankommens an die Massen“! Wir möchten Herrn Struve fragen, ob er z. B. in einer solchen Schrift wie „Was tun?“, die von einem seiner Ansicht nach maßlosen Revolutionaristen stammt, eine Propagierung der Rebellion nachweisen kann. Und was die „Konspiration“ anbelangt, besteht da wirklich ein so großer Unterschied z. B. zwischen Herrn Struve und uns? Arbeiten wir nicht beide an „illegalen“ Zeitungen, die „konspirativ“ nach Rußland befördert werden und den „geheimen“ Gruppen des „Bundes der Befreiung“ bzw. der SDAPR dienen? Unsere Arbeiterversammlungen sind oft „konspirativ“, wir leugnen das nicht. Und die Versammlungen der Herren Oswoboshdenzen? Was berechtigt Sie, Herr Struve, über die verächtlichen Anhänger der verächtlichen Konspiration die Nase zu rümpfen?

Allerdings, bei der Belieferung der Arbeiter mit Waffen bedarf es doppelt strenger Konspiration. Und hier tritt Herr Struve schon offener auf. Man höre: „Was den bewaffneten Aufstand oder die Revolution im technischen Sinne betrifft, so kann nur die Massenpropaganda des demokratischen Programms die sozial-psychologischen Voraussetzungen für einen allgemeinen bewaffneten Aufstand schaffen. Mithin ist sogar von jenem Standpunkt aus, der den bewaffneten Aufstand als die *unvermeidliche* Krönung des gegenwärtigen Befreiungskampfes betrachtet — ein Standpunkt, den ich nicht teile —, die Durchdringung der Massen mit den Ideen der demokratischen Umgestaltung die grundlegende, die notwendigste Aufgabe.“

Herr Struve möchte der Frage ausweichen. Er spricht von der Unvermeidlichkeit des Aufstands, anstatt von seiner Notwendigkeit für den Sieg der Revolution zu sprechen. Der Aufstand, und zwar ein unvorbeiteter, spontaner und zersplitterter Aufstand, hat schon begonnen. Niemand kann sich unbedingt verbürgen, daß er bis zum umfassenden und einheitlichen bewaffneten Volksaufstand voranschreiten wird, denn das hängt sowohl vom Zustand der revolutionären Kräfte ab (die man nur im Kampfe selbst ganz ermessen kann) als auch von der Haltung der Regierung und der Bourgeoisie sowie von einer Reihe anderer Umstände, die nicht genau errechnet werden können. Über die Unvermeidlichkeit im Sinne jener absoluten Gewißheit, daß das konkrete Ereignis eintritt,

auf die Herr Struve das Thema abbiegt, hat es keinen Sinn zu sprechen. Wenn man Anhänger der Revolution sein will, so muß man darüber sprechen, ob der Aufstand *für den Sieg* der Revolution *notwendig* ist, ob es notwendig ist, aktiv für ihn einzutreten, ihn zu propagieren, ihn unverzüglich und energisch vorzubereiten. Herr Struve müßte diesen Unterschied eigentlich verstehen; er verdeckt ja z. B. auch nicht die für einen Demokraten unstreitige Frage, ob das allgemeine Wahlrecht notwendig ist, durch die für einen Politiker streitige und nicht aktuelle Frage, ob seine Erringung im Verlauf dieser Revolution unvermeidlich ist. Dadurch, daß Herr Struve der Frage ausweicht, ob der Aufstand notwendig ist, enthüllt er das innerste Wesen der politischen Position der liberalen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie zieht es erstens vor, mit der Selbstherrschaft handelseinig zu werden, statt sie zu vernichten; auf jeden Fall wälzt die Bourgeoisie den Kampf mit der Waffe in der Hand auf die Arbeiter ab (das zweitens). Das ist die *reale* Bedeutung, die dem Ausweichen des Herrn Struve zukommt. Das ist der Grund, warum er sich von der Frage der Notwendigkeit des Aufstands auf die Fragen seiner „sozial-psychologischen“ Voraussetzungen und der vorherigen „Propaganda“ zurückzieht. Ganz genauso, wie sich die bürgerlichen Schwätzer im Frankfurter Parlament von 1848 mit der Abfassung von Resolutionen, Deklarationen, Beschlüssen, mit „Massenpropaganda“ und Vorbereitung der „sozial-psychologischen Voraussetzungen“ zu einer Zeit beschäftigten, als es darum ging, der bewaffneten Macht der Regierung Widerstand zu leisten, als die Bewegung „bis zur Notwendigkeit gediehen war“, den bewaffneten Kampf zu führen, als die bloße Einwirkung durch das Wort (die in der Vorbereitungsperiode hundertfach notwendig ist) zu öder bürgerlicher Tatenlosigkeit und Feigheit geworden war — genauso drückt sich auch Herr Struve vor der Frage des Aufstands und versteckt sich hinter *Phrasen*. Herr Struve zeigt uns anschaulich das, was viele Sozialdemokraten hartnäckig nicht sehen wollen, nämlich daß sich der revolutionäre Augenblick von den gewöhnlichen, alltäglichen, vorbereitenden historischen Zeitabschnitten eben dadurch unterscheidet, daß die Stimmung, die Erregung, die Überzeugung der Massen in der *Aktion* in Erscheinung treten müssen und tatsächlich in Erscheinung treten.

Der vulgäre Revolutionarismus versteht nicht, daß auch das Wort eine Tat ist; dieser Grundsatz ist unbestreitbar in seiner Anwendung auf die



Geschichte überhaupt oder auf jene Epochen der Geschichte, wenn es keine offene politische Aktion der Massen gibt, die ja durch keinerlei Putsch ersetzt oder künstlich hervorgerufen werden kann. Die Revolutionäre der Nachtrabpolitik verstehen nicht, daß zu einer Zeit, da der revolutionäre Augenblick angebrochen ist, da der alte „Überbau“ in allen Fugen kracht, da die offene politische Aktion der Klassen und Massen, die sich einen neuen Überbau schaffen, zur Tatsache geworden ist, da der Bürgerkrieg begonnen hat — daß es dann Lebensfremdheit, Todesstarre, Rasoniererei oder aber Verrat an der Revolution und Fahnenflucht ist, wenn man sich *wie in alter Zeit* auf das „Wort“ beschränkt, ohne die *direkte Losung* des Übergangs zur „Tat“ auszugeben, wenn man um die Tat herumredet unter Hinweis auf „psychologische Voraussetzungen“ und „Propaganda“ schlechthin. Die Frankfurter Schwätzer der demokratischen Bourgeoisie sind das unvergeßliche historische Musterbeispiel eines solchen Verrats oder eines solchen rasonierenden Stumpfsinns.

Wollt ihr eine Erläuterung dieses Unterschieds zwischen dem vulgären Revolutionarismus und der Nachtrabpolitik der Revolutionäre an Hand der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland? Wir können sie euch geben. Denkt an die Jahre 1901 bis 1902, die noch nicht lange zurückliegen und uns doch schon wie graue Vergangenheit anmuten. Demonstrationen hatten eingesetzt. Der vulgäre Revolutionarismus begann vom „Sturm“ zu schreien („Rabotscheje Delo“<sup>17</sup>), „blutrünstige Flugblätter“ wurden herausgegeben (Berliner Herkunft, wenn mich das Gedächtnis nicht trügt), und man attackierte die Idee einer gesamtrussischen Agitation durch eine Zeitung als einen „Einfall von Literaten“, der am grünen Tisch ausgeheckt worden sei (Nadeshdin)<sup>18</sup>. Die Nachtrabpolitik der Revolutionäre äußerte sich damals umgekehrt in der Predigt, daß der „ökonomische Kampf das *beste* Mittel für die politische Agitation“ sei. Wie verhielt sich die revolutionäre Sozialdemokratie? Sie griff beide Strömungen an. Sie verurteilte das terroristische Blendwerk und das Geschrei vom Sturm, weil alle klar sahen oder sehen mußten, daß die offene Aktion der Massen eine Sache der Zukunft war. Sie verurteilte die Nachtrabpolitik und stellte *sogar* direkt die Losung des allgemeinen bewaffneten Volksaufstands auf, nicht im Sinne einer unmittelbaren Aufforderung (eine Aufforderung zur „Rebellion“ hätte Herr Struve zu jener Zeit bei uns nicht gefunden), sondern im Sinne einer *notwendigen* Schlußfolge-

rung, im Sinne der „Propaganda“ (an die sich Herr Struve erst jetzt erinnerte — er kommt immer um einige Jahre zu spät, unser verehrter Herr Struve), im Sinne der Schaffung eben jener „sozial-psychologischen Voraussetzungen“, über die jetzt die Vertreter der kopflos gewordenen, krämerhaften Bourgeoisie „mit finsterner Miene und zu unrechter Zeit“ orakeln. *Damals* wurden Propaganda und Agitation, Agitation und Propaganda durch die objektive Lage wirklich in den Vordergrund gerückt. *Damals* konnte als Eckstein der Arbeit zur Vorbereitung des Aufstands die Forderung der Arbeit an einer gesamtrossischen politischen Zeitung erhoben werden (und wurde in „Was tun?“ auch erhoben), deren wöchentliche Herausgabe als ein Ideal erschien. *Damals* waren die Losungen Massenagitation *anstatt* unmittelbarer bewaffneter Aktionen und Schaffung der sozial-psychologischen Voraussetzungen des Aufstands *anstatt* terroristischen Blendwerks die einzig richtigen Losungen der revolutionären Sozialdemokratie. *Jetzt* sind diese Losungen von den Ereignissen überholt, die Bewegung ist vorangeeilt, die Losungen sind zu Plunder geworden, zu Trödelkram, der nur dazu taugt, die Heuchelei der Oswoboshdenzen und die Nachtrabpolitik der Neuiskristen zu verdecken!

Oder irre ich mich vielleicht? Hat die Revolution vielleicht noch nicht begonnen? Ist der Augenblick für das offene politische Auftreten der Klassen noch nicht gekommen? Gibt es noch keinen Bürgerkrieg, und muß die Kritik der Waffen jetzt noch nicht *notwendig* und unbedingt die Nachfolgerin, Erbin, Testamentsvollstreckerin und Vollenderin der Waffe der Kritik sein?

Blickt um euch, schaut aus dem Studierzimmer auf die Straße, um auf diese Fragen zu antworten. Hat die Regierung mit der Massenerschießung von friedlichen und unbewaffneten Bürgern etwa nicht selbst schon überall den Bürgerkrieg begonnen? Treten etwa nicht bewaffnete Schwarzhundertschaften als „Argument“ der Selbstherrschaft auf? Hat die Bourgeoisie — sogar die Bourgeoisie — etwa nicht die Notwendigkeit einer Bürgermiliz erkannt? Redet etwa nicht derselbe Herr Struve, dieser ideal gemäßigte und akkurate Herr Struve (leider redet er nur, um sich herauszureden!) davon, daß der „offene Charakter der revolutionären Aktionen (so weit sind wir heute!) gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen“ sei?

Wer Augen hat zu sehen, der kann nicht daran zweifeln, wie heute von

den Anhängern der Revolution die Frage des bewaffneten Aufstands gestellt werden muß. Und nun seht euch die drei Fragestellungen in jenen Organen der freien Presse an, die einigermaßen imstande sind, die Massen zu beeinflussen.

Erste Fragestellung. Die Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.\* Hier ist anerkannt und laut vernehmlich erklärt, daß die allgemein-demokratische revolutionäre Bewegung bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands geführt hat. Die Organisierung des Proletariats für den Aufstand ist als eine der wesent-

\* Hier der volle Wortlaut:

„In der Erwägung,

1. daß das Proletariat, das seiner Lage nach die fortgeschrittenste und einzige konsequent-revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen ist, die Führung in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu verwirklichen;

2. daß diese Bewegung gegenwärtig bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands geführt hat;

3. daß sich das Proletariat unvermeidlich auf das tatkräftigste an diesem Aufstand beteiligen und daß diese Beteiligung das Schicksal der Revolution in Rußland entscheiden wird;

4. daß das Proletariat die Führung in dieser Revolution nur verwirklichen kann, wenn es zu einer einheitlichen und selbständigen politischen Kraft unter dem Banner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen ist, die seinen Kampf nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch leitet;

5. daß nur die Verwirklichung dieser Führung dem Proletariat die günstigen Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus gegen die besitzenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Rußlands sichern kann —

erkennt der III. Parteitag der SDAPR an, daß die Aufgabe, das Proletariat zum unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstands zu organisieren, eine der wichtigsten und unaufschiebbaren Aufgaben der Partei im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt ist.

Der Parteitag beauftragt daher alle Parteiorganisationen:

a) dem Proletariat durch Propaganda und Agitation nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch die praktisch-organisatorische Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstands klarzumachen;

b) bei dieser Propaganda und Agitation die Rolle der politischen Massenstreiks zu erläutern, die bei Beginn und im Verlauf des Aufstands große Bedeutung haben können;

lichen, hauptsächlich und *notwendigen* Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist der Auftrag erteilt, die *energischsten* Maßnahmen zu treffen, damit das Proletariat bewaffnet und die Möglichkeit einer unmittelbaren Leitung des Aufstands gesichert wird.

Zweite Fragestellung. Der prinzipielle Artikel des „Führers der russischen Konstitutionalisten“ (so wurde unlängst Herr Struve von einem so einflußreichen Organ der europäischen Bourgeoisie wie der „Frankfurter Zeitung“ genannt) oder des Führers der russischen fortschrittlichen Bourgeoisie im „Oswoboshdenije“. Die Ansicht von der Unvermeidlichkeit des Aufstands teilt er nicht. Konspiration und Rebellion sind spezifische Methoden des unvernünftigen Revolutionarismus. Der Republikanismus ist eine Methode der Betäubung. Der bewaffnete Aufstand ist eigentlich nur eine technische Frage, während „das grundlegende, das notwendigste“ die Massenpropaganda und die Schaffung der sozial-psychologischen Voraussetzungen ist.

Dritte Fragestellung. Die Resolution der neuskristischen Konferenz. Unsere Aufgabe ist es, den Aufstand vorzubereiten. Die Möglichkeit eines planmäßigen Aufstands ist ausgeschlossen. Günstige Bedingungen für den Aufstand werden durch die Desorganisation der Regierung, durch unsere Agitation und unsere Organisation geschaffen. Erst dann „können technische Kampfvorbereitungen mehr oder weniger ernste Bedeutung erlangen“.

Weiter nichts? Weiter nichts! Ob der Aufstand notwendig geworden ist, das wissen die neuskristischen Führer des Proletariats noch nicht. Ob die Aufgabe, das Proletariat für den unmittelbaren Kampf zu organisieren, unaufschiebbar ist, das ist ihnen noch nicht klar. Man braucht nicht zu den energischsten Maßnahmen aufzurufen, es ist viel wichtiger (im Jahre 1905 und nicht im Jahre 1902), in allgemeinen Zügen zu erläutern, unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen eine „mehr oder weniger ernste“ Bedeutung erlangen „können“ ...

Seht ihr nun, Genossen Neuskristen, wohin ihr durch eure Schwenkung

c) die energischsten Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats sowie zur Ausarbeitung eines Plans des bewaffneten Aufstands und der unmittelbaren Leitung des Aufstands zu ergreifen und, soweit erforderlich, zu diesem Zweck besondere Gruppen aus Parteifunktionären zu bilden.“ (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

zum Martynowismus geraten seid? Begreift ihr, daß sich eure politische Philosophie als ein Nachbeten der Oswoboshdenzen-Philosophie erwiesen hat? daß ihr euch (gegen euren Willen und ohne euer Wissen) im Schlepptau der monarchistischen Bourgeoisie befindet? Ist euch jetzt klar, daß ihr, während ihr damit beschäftigt wart, die alte Leier zu wiederholen und euch im Rasonieren zu vervollkommen, den Umstand aus dem Auge verloren habt, daß — um mit den unvergeßlichen Worten des unvergeßlichen Artikels Peter Struves zu sprechen — „der offene Charakter der revolutionären Aktionen gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen ist“?

#### 9. WAS BEDEUTET ES, WÄHREND DER REVOLUTION DIE PARTEI DER ÄUSSERSTEN OPPOSITION ZU SEIN?

Kehren wir zur Resolution über die provisorische Regierung zurück. Wir haben gezeigt, daß die Taktik der Neuskristen die Revolution nicht vorwärts-, diese Möglichkeit wollten sie durch ihre Resolution gewährleisten, sondern rückwärtstreibt. Wir haben gezeigt, daß gerade diese Taktik der Sozialdemokratie im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie *die Hände bindet* und sie nicht davor bewahrt, in der bürgerlichen Demokratie aufzugehen. Es ist begreiflich, daß sich aus den falschen Prämissen der Resolution auch falsche Schlußfolgerungen ergeben: „Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen, sie muß vielmehr die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben.“ Sehen wir uns die erste Hälfte dieser Schlußfolgerung an, die sich auf die Zielsetzung bezieht. Stellen die Neuskristen als Ziel der sozialdemokratischen Tätigkeit den entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus auf? Das tun sie. Sie verstehen nicht, die Bedingungen des entscheidenden Sieges richtig zu formulieren, und formulieren daher ähnlich wie das „Oswoboshdenije“, aber sie stellen das erwähnte Ziel auf. Ferner: Verbinden sie die provisorische Regierung mit dem Aufstand? Ja, sie verbinden sie direkt damit, indem sie sagen, daß die provisorische Regierung „aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgeht“. Setzen sie sich schließlich das Ziel, den Aufstand zu leiten? Ja, sie

drücken sich zwar ebenso wie Herr Struve davor, den Aufstand als notwendig und unaufschiebbar anzuerkennen, aber gleichzeitig sagen sie, zum Unterschied von Herrn Struve, daß „die Sozialdemokratie bestrebt ist, ihn (den Aufstand) unter ihren Einfluß und unter ihre Leitung zu bringen und ihn im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen“.

Wie bündig das herauskommt, nicht wahr? Wir setzen uns das Ziel, den Aufstand sowohl der proletarischen als auch der *nichtproletarischen* Massen unter unseren Einfluß, unsere Leitung zu bringen und ihn in unserem Interesse auszunutzen. Folglich setzen wir uns das Ziel, beim Aufstand sowohl das Proletariat als auch die revolutionäre Bourgeoisie und das Kleinbürgertum (die „nichtproletarischen Gruppen“) zu leiten, d. h. die Leitung des Aufstands zwischen der Sozialdemokratie und der revolutionären Bourgeoisie „zu teilen“. Unser Ziel ist der Sieg des Aufstands, der zur Errichtung einer („aus dem siegreichen Volksaufstand hervorgegangenen“) provisorischen Regierung führen soll. Deshalb... deshalb dürfen wir uns nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen!!

Unsere Freunde können um keinen Preis auf einen Nenner kommen. Sie schwanken zwischen dem Standpunkt des Herrn Struve, der um den Aufstand herumredet, und dem Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie, die dazu auffordert, diese unaufschiebbare Aufgabe in Angriff zu nehmen. Sie schwanken zwischen dem Anarchismus, der jede Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung als einen Verrat am Proletariat prinzipiell verurteilt, und dem Marxismus, der eine solche Teilnahme unter der Bedingung verlangt, daß die Sozialdemokratie den führenden Einfluß auf den Aufstand hat.\* Sie haben keinerlei selbständige Position; weder die Position des Herrn Struve, der mit dem Zarismus handelseinig werden möchte und deshalb der Frage des Aufstands ausweichen, sich vor ihr drücken muß, noch die Position der Anarchisten, die jede Aktion „von oben“ und jede Teilnahme an der bürgerlichen Revolution verurteilen. Die Neuskristen werfen den Pakt mit dem Zarismus und den Sieg über den Zarismus in einen Topf. Sie wollen sich an der bürgerlichen Revolution beteiligen. Sie gehen schon etwas weiter

\* Siehe „Proletari“ Nr. 3, „Über die provisorische revolutionäre Regierung“, Zweiter Artikel. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 440–447, russ. *Die Red.*)

als Martynow in den „Zwei Diktaturen“. Sie sind sogar damit einverstanden, den Volksaufstand zu leiten, aber nur, um sofort nach dem Sieg (oder vielleicht unmittelbar vor dem Sieg?) auf diese Leitung zu verzichten, das heißt *um die Früchte des Sieges nicht zu nutzen, sondern sie voll und ganz der Bourgeoisie zu überlassen*. Das nennen sie „den Aufstand im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzen“ ...

Es erübrigt sich, bei dieser Konfusion länger zu verweilen. Nützlicher ist es, die *Quelle* dieser Konfusion in jener Formulierung aufzuspüren, die da lautet: „... die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben“.

Wir haben hier einen der bekannten Grundsätze der internationalen revolutionären Sozialdemokratie vor uns. Einen durchaus richtigen Grundsatz. Er wurde zum Gemeinplatz aller Gegner des Revisionismus oder Opportunismus in den parlamentarischen Ländern. Er erhielt das Bürgerrecht als rechtmäßige und notwendige Zurückweisung des „parlamentarischen Kretinismus“, des Millerandismus, des Bernsteinianertums und des italienischen Reformismus im Geiste Turatis. Unsere braven Neuskristen haben diesen guten Grundsatz auswendig gelernt und wenden ihn eifrig dort an, wo er... *völlig unangebracht* ist. Kategorien des parlamentarischen Kampfes werden in Resolutionen aufgenommen, die für Verhältnisse geschrieben sind, unter denen es gar kein Parlament gibt. Der Begriff der „Opposition“, der Widerspiegelung und Ausdruck einer politischen Situation ist, in der vom *Aufstand* niemand ernstlich spricht, wird ganz sinnlos auf eine Situation übertragen, da der Aufstand *begonnen* hat und alle Anhänger der Revolution über die Leitung des Aufstands nachdenken und sprechen. Der Wunsch, bei dem „zu *bleiben*“, was vorher war, d. h. bei der Aktion nur „von unten“, wird mit Pauken und Trompeten *gerade dann* verkündet, wenn die Revolution gezeigt hat, daß es notwendig ist, im Falle eines siegreichen Aufstands *von oben* zu handeln.

Nein, unsere Neuskristen haben entschieden Pech! Sogar dann, wenn sie einen richtigen sozialdemokratischen Grundsatz formulieren, verstehen sie es nicht, ihn richtig anzuwenden. Sie haben nicht überlegt, wie sich die Begriffe und Ausdrücke des parlamentarischen Kampfes in der Epoche der begonnenen Revolution, wenn es kein Parlament gibt, wenn der Bürgerkrieg Tatsache geworden ist und Aufstände ausbrechen, wandeln und in ihr Gegenteil verkehren. Sie haben nicht überlegt, daß unter den Verhältnissen, von denen jetzt die Rede ist, Abänderungsanträge durch Straßen-

demonstrationen und Interpellationen durch Angriffsaktionen der bewaffneten Bürger eingebracht werden, daß die Opposition gegen die Regierung durch den gewaltsamen Sturz der Regierung verwirklicht wird.

Wie der bekannte Held unseres Volksmärchens gute Ratschläge gerade dann wiederholte, wenn sie nicht am Platze waren, so wiederholen auch die Verehrer Martynows die Lehren des friedlichen Parlamentarismus gerade dann, wenn sie selbst den Beginn direkter Kampfhandlungen feststellen. Nichts ist drolliger, als wenn in einer Resolution, die mit dem Hinweis auf den „entscheidenden Sieg der Revolution“ und auf den „Volksaufstand“ beginnt, mit wichtiger Miene die Losung der „äußersten Opposition“ aufgestellt wird! Überlegt doch, Herrschaften, was es bedeutet, in der Epoche des Aufstands als „äußerste Opposition“ aufzutreten! Bedeutet das, die Regierung zu entlarven oder sie zu stürzen? Bedeutet das, gegen die Regierung zu stimmen oder ihren Streitkräften im offenen Kampf eine Niederlage beizubringen? Bedeutet das, der Regierung die Auffüllung der Staatskasse zu verweigern, oder bedeutet das die revolutionäre Beschlagnahme dieser Staatskasse, um sie für die Bedürfnisse des Aufstands, für die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, für die Einberufung der konstituierenden Versammlung zu verwenden? Begreift ihr nicht endlich, Herrschaften, daß der Begriff „äußerste Opposition“ nur negative Handlungen zum Ausdruck bringt: entlarven, dagegen stimmen, verweigern? Und warum? Weil dieser Begriff sich nur auf den parlamentarischen Kampf bezieht, und zwar in einer Epoche, in der niemand den „entscheidenden Sieg“ als unmittelbares Kampfziel aufstellt. Begreift ihr nicht endlich, daß sich in dieser Hinsicht die Sache kardinal ändert, sobald auf der ganzen Linie der entschlossene Ansturm des politisch unterdrückten Volkes zum erbitterten Kampf um den Sieg beginnt?

Die Arbeiter fragen uns, ob man die unaufschiebbare Sache des Aufstands energisch in die Hand nehmen soll. Wie es zu bewerkstelligen ist, daß der begonnene Aufstand siegreich endet. Wie der Sieg ausgenutzt werden soll. Welches Programm dann verwirklicht werden kann und muß. Die Neuskristen, die den Marxismus vertiefen, antworten darauf: Die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben . . . Nun, hatten wir etwa nicht recht, als wir diese Helden Virtuosen des Philistertums nannten?



## 10. DIE „REVOLUTIONÄREN KOMMUNEN“ UND DIE REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER BAUERNSCHAFT

Die Konferenz der Neuskristen beharrte nicht auf dem anarchistischen Standpunkt, zu dem sich die neue „Iskra“ verstiegen hatte (nur „von unten“ anstatt „von unten und von oben“). Der Widersinn der Behauptung, der Aufstand sei möglich, aber der Sieg sei unmöglich und die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung unzulässig, sprang zu sehr ins Auge. Die Resolution hat deshalb die von Martynow und Martow gegebene Lösung der Frage mit Vorbehalten und Einschränkungen versehen. Betrachten wir uns einmal diese Vorbehalte, die im nächsten Teil der Resolution dargelegt sind:

„Diese Taktik“ („die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben“) „schließt natürlich nicht im geringsten die Zweckmäßigkeit der teilweisen, episodischen Machtergreifung und der Bildung revolutionärer Kommunen in der einen oder anderen Stadt und in dem einen oder anderen Bezirk aus, wobei ausschließlich das Interesse maßgebend ist, die Ausbreitung des Aufstands und die Desorganisation der Regierung zu fördern.“

Ist dem so, so bedeutet das, daß im Prinzip die Aktion nicht nur von unten, sondern auch von oben zulässig ist. Folglich wird der im bekannten Feuilleton L. Martows in der „Iskra“ (Nr. 93) aufgestellte Grundsatz verworfen und die Taktik der Zeitung „Wperjod“: nicht nur „von unten“, sondern auch „von oben“, als richtig anerkannt.

Ferner setzt die Machtergreifung (wenn auch eine teilweise, episodische usw.) offensichtlich die Teilnahme nicht allein der Sozialdemokratie und nicht allein des Proletariats voraus. Das folgt daraus, daß an einer demokratischen Revolution nicht allein das Proletariat interessiert und aktiv beteiligt ist. Das folgt daraus, daß der Aufstand, wie es einleitend in der von uns behandelten Resolution heißt, ein „Volksaufstand“ ist, daß an ihm auch „nichtproletarische Gruppen“ (der Ausdruck stammt aus der Resolution der Konferenzler über den Aufstand) teilnehmen, d. h. auch die Bourgeoisie. Also ist das Prinzip, daß jede Teilnahme der Sozialisten zusammen mit dem Kleinbürgertum an einer provisorischen revolutionären Regierung ein Verrat an der Arbeiterklasse sei, von der Konferenz

über Bord geworfen worden, wie das der „Wperjod“ gefordert hat. Ein „Verrat“ hört nicht auf, ein Verrat zu sein, weil sein Tatbestand ein teilweiser, episodischer, regionaler usw. ist. Also ist die Gleichsetzung der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung mit einem vulgären Jaurèsismus von der Konferenz über Bord geworfen worden, wie das der „Wperjod“ gefordert hat.<sup>13</sup> Eine Regierung hört nicht auf, eine Regierung zu sein, weil sich ihre Macht nicht auf viele Städte erstreckt, sondern nur auf eine Stadt, nicht auf viele Bezirke, sondern nur auf einen Bezirk, und auch nicht, weil diese Regierung so oder anders genannt wird. Somit ist also die *prinzipielle Fragestellung*, welche die neue „Iskra“ zu geben versucht hat, *von der Konferenz fallengelassen worden*.

Betrachten wir, ob die von der Konferenz gemachten Einschränkungen für die nunmehr prinzipiell zugelassene Bildung revolutionärer Regierungen und für die Teilnahme an ihnen vernünftig sind. Wodurch sich der Begriff „episodisch“ vom Begriff „provisorisch“ unterscheidet, wissen wir nicht. Wir befürchten, daß hier lediglich die mangelnde Klarheit des Gedankens mit einem „neuen“ Fremdwort verdeckt wird. Das scheint „tiefer“ zu sein, ist aber in Wirklichkeit nur dunkler und verworrener. Wodurch unterscheidet sich „die Zweckmäßigkeit“ der teilweisen „Machtergreifung“ in einer Stadt oder in einem Bezirk von der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung des ganzen Staates? Zählt denn zu den „Städten“ nicht eine solche Stadt wie Petersburg, wo sich der 9. Januar abgespielt hat? Gehört denn zu den Bezirken nicht auch der Kaukasus, der größer ist als viele Staaten? Erwachen uns denn die Aufgaben (die der neuen „Iskra“ einst Kopfschmerzen verursacht haben), sich mit den Gefängnissen, der Polizei, den Finanzämtern usw. usf. zu befassen, nicht auch bei der „Machtergreifung“ in einer Stadt, geschweige denn in einem Bezirk? Niemand wird natürlich bestreiten, daß bei unzulänglichen Kräften, wenn der Aufstand zu keinem vollen Erfolg, zu keinem entscheidenden Sieg führt, teilweise provisorische revolutionäre Regierungen in einzelnen Städten und anderwärts möglich sind. Aber gehört denn das hierher, meine Herren? Sprecht ihr nicht selbst am Anfang der Resolution vom „entscheidenden Sieg der Revolution“, vom „siegreichen Volksaufstand“?? Seit wann besorgen die Sozialdemokraten die Geschäfte der Anarchisten: die Aufmerksamkeit und die Ziele des Proletariats zu zersplittern? es auf das „Teilweise“ und nicht auf das All-

gemeine, Einheitliche, Umfassende und Vollständige hinzulenken? Indem ihr die „Machtergreifung“ in einer Stadt voraussetzt, sprecht ihr selbst von der „Ausdehnung des Aufstands“ auf eine andere Stadt — dürfen wir wohl annehmen? auf alle Städte, hoffentlich? Eure Schlußfolgerungen, meine Herren, sind ebenso brüchig und zufällig, widerspruchsvoll und verworren wie eure Prämissen. Der dritte Parteitag der SDAPR hat eine klare und erschöpfende Antwort gegeben auf die Frage der provisorischen revolutionären Regierung überhaupt. Diese Antwort umfaßt auch alle teilweisen provisorischen Regierungen. Die Antwort der Konferenz dagegen greift künstlich und willkürlich einen Teil der Frage heraus, wodurch sie (allerdings erfolglos) der Frage als Ganzes *ausweicht* und Konfusion erzeugt.

Was heißt „revolutionäre Kommunen“? Unterscheidet sich dieser Begriff von dem der „provisorischen revolutionären Regierung“? und wenn ja, worin? Das wissen die Herren Konferenzler selber nicht. Die Verworrenheit des revolutionären Denkens führt bei ihnen, wie das durchweg der Fall zu sein pflegt, zur *revolutionären Phrase*. Jawohl, das Wort „revolutionäre Kommune“, gebraucht in einer Resolution von Vertretern der Sozialdemokratie, ist eine revolutionäre Phrase und weiter nichts. Marx hat derartige Phrasen wiederholt verurteilt, wenn durch den „bestrickenden“ Ausdruck aus einer *überlebten Vergangenheit* die Aufgaben der Zukunft verdeckt werden. Das Bestrickende des Ausdrucks, der seine Rolle in der Geschichte ausgespielt hat, verwandelt sich in solchen Fällen in unnützes und schädliches Flitterwerk, in Wortgeklingel. Wir müssen den Arbeitern und dem ganzen Volk eine klare und eindeutige Vorstellung davon geben, *wozu* wir eine provisorische revolutionäre Regierung bilden wollen, *welche konkreten Umgestaltungen* wir verwirklichen werden, wenn wir beim siegreichen Ausgang des bereits begonnenen Volksaufstands schon morgen einen entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht ausüben. Das sind die Fragen, vor denen die politischen Führer stehen.

Der III. Parteitag der SDAPR antwortet auf diese Fragen mit voller Klarheit, indem er das ganze Programm dieser Umgestaltungen vorlegt: das Minimalprogramm unserer Partei. Das Wort „Kommune“ aber gibt gar keine Antwort, es verwirrt nur die Köpfe mit irgendeinem fernen Klang... oder mit leerem Geklingel. Je teurer uns, sagen wir, die Pariser Kommune von 1871 ist, um so weniger dürfen wir uns auf sie berufen,

ohne ihre Fehler und ihre besonderen Bedingungen zu analysieren. Das tun hieße das abgeschmackte Beispiel der von Engels verspotteten Blanquisten nachahmen, die sich (1874 in ihrem „Manifest“) vor jedem Akt der Kommune in Ehrfurcht verneigten.<sup>20</sup> Was wird der Konferenzler dem Arbeiter sagen, wenn dieser ihn nach *jener* „revolutionären Kommune“ fragt, die in der Resolution erwähnt ist? Er wird nur das eine sagen können, daß in der Geschichte unter diesem Namen eine Arbeiterregierung bekannt ist, die damals nicht verstand und nicht vermochte, die Elemente der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung auseinanderzuhalten, die die Aufgaben des Kampfes für die Republik und die Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus verwechselte, die nicht imstande war, die Aufgaben einer energischen militärischen Offensive gegen Versailles zu lösen, die den Fehler beging, sich nicht der Bank von Frankreich zu bemächtigen usw. Kurzum — ob ihr euch auf die Pariser oder auf irgendeine andere Kommune beruft — eure Antwort wird sein: Das war eine solche Regierung, *wie es unsere nicht sein darf*. Eine schöne Antwort, das muß man sagen! Zeugt das nicht von Rasoniererei eines Buchstabengelehrten, von Hilflosigkeit eines Revolutionärs, wenn man das praktische Programm der Partei mit Schweigen übergeht und in der Resolution ganz unangebrachten Geschichtsunterricht zu erteilen beginnt? Zeigt sich darin nicht gerade der Fehler, dessen man uns vergeblich zu überführen suchte: die Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, die von keiner einzigen „Kommune“ auseinandergehalten worden sind?

Als Ziel der provisorischen Regierung (die man so unpassend als Kommune bezeichnet) wird „ausschließlich“ die Ausbreitung des Aufstands und die Desorganisation der Regierung aufgestellt. Das Wort „ausschließlich“, buchstäblich verstanden, schaltet alle anderen Aufgaben aus und ist ein Nachklang der unsinnigen Theorie des „nur von unten“. Ein solches Ausschalten der anderen Aufgaben ist wiederum nichts als Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit. Die „revolutionäre Kommune“, d. h. die revolutionäre Staatsmacht, wenn auch nur in einer Stadt, wird unvermeidlich (wenn auch nur provisorisch, „teilweise, episodisch“) *alle* Staatsfunktionen ausüben müssen, und es wäre der Gipfel der Unvernunft, hier den Kopf in den Sand zu stecken. Diese Staatsmacht wird sowohl den Achtstundentag zum Gesetz erheben und die Arbeiterinspektion in den Fabri-

ken einrichten als auch die unentgeltliche allgemeine Schulbildung und die Wählbarkeit der Richter einführen, Bauernkomitees gründen müssen usw. — kurzum, sie wird unbedingt eine Reihe von Reformen durchführen müssen. Diese Reformen unter den Begriff „die Ausbreitung des Aufstands fördern“ einordnen zu wollen hieße mit Worten spielen und absichtlich die Unklarheit dort vergrößern, wo volle Klarheit notwendig ist.

Der Schlußteil der neuiskristischen Resolution liefert kein neues Material für die Kritik an den prinzipiellen Tendenzen des in unserer Partei wiederauferstandenen „Ökonomismus“, aber er illustriert das oben Gesagte von einer etwas anderen Seite.

Hier ist dieser Teil:

„Nur in einem Fall müßte die Sozialdemokratie aus eigener Initiative ihre Anstrengungen darauf richten, die Macht zu ergreifen und sie möglichst lange zu behaupten, nämlich wenn die Revolution auf die fortgeschrittenen Länder Westeuropas übergriffe, wo die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus schon eine gewisse (?) Reife erreicht haben. In diesem Falle können sich die beschränkten historischen Grenzen der russischen Revolution beträchtlich ausweiten, und es wird die Möglichkeit entstehen, den Weg sozialistischer Umgestaltungen zu beschreiten.

Indem die Sozialdemokratie ihre Taktik auf der Absicht aufbaut, der sozialdemokratischen Partei während der ganzen revolutionären Periode die Stellung der äußersten revolutionären Opposition gegenüber allen Regierungen, die sich im Laufe der Revolution ablösen, zu bewahren, kann sie sich auch am besten darauf vorbereiten, die Regierungsmacht auszunutzen, wenn sie ihr zufallen (??) sollte.“

Der Grundgedanke ist hier derselbe, den der „Wperjod“ mehrfach formuliert hat, als er davon sprach, daß wir einen vollen Sieg der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, d. h. die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft nicht fürchten dürften (wie Martynow es tut), denn ein solcher Sieg werde uns die Möglichkeit geben, Europa zur Erhebung zu bringen, und das sozialistische Proletariat Europas werde uns, nachdem es das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt habe, seinerseits helfen, die sozialistische Umwälzung zu vollbringen. Man sehe sich jedoch an, wie dieser Gedanke in der Fassung der Neuiskristen verpfuscht worden ist. Wir wollen nicht auf Einzelheiten ein-

gehen wie auf den Unsinn, daß einer zielbewußten Partei, die die Taktik der Machtergreifung für schädlich hält, die Macht „zufallen“ könne; oder darauf, daß in Europa die Bedingungen für den Sozialismus nicht eine gewisse Reife erreicht haben, sondern überhaupt reif dafür sind; oder darauf, daß unser Parteiprogramm keine sozialistischen Umgestaltungen, sondern nur die sozialistische Umwälzung kennt. Nehmen wir den hauptsächlichsten und grundlegenden Unterschied zwischen dem Gedankengang des „Wperjod“ und der Resolution. Der „Wperjod“ zeigte dem revolutionären Proletariat Rußlands eine aktive Aufgabe: im Kampf für die Demokratie siegen und diesen Sieg ausnutzen, um die Revolution nach Europa hinüberzutragen. Die Resolution versteht nicht diesen Zusammenhang zwischen unserem „entscheidenden Sieg“ (nicht im neuiskristischen Sinne) und der Revolution in Europa und spricht deshalb nicht von den Aufgaben des Proletariats, nicht von den Perspektiven *seines* Sieges, sondern von einer der Möglichkeiten schlechthin: „wenn die Revolution übergriffe“ ... Der „Wperjod“ zeigte klipp und klar — und diese Hinweise sind in die Resolution des III. Parteitags der SDAPR eingegangen —, wie eben im Interesse des Proletariats „die Regierungsmacht ausgenutzt“ werden kann und muß, unter Berücksichtigung dessen, was auf der gegebenen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung sofort verwirklicht werden kann und was zuerst, als demokratische Voraussetzung des Kampfes für den Sozialismus, verwirklicht werden muß. Die Resolution hinkt auch hier hoffnungslos nach, wenn sie sagt: „... kann sich darauf vorbereiten, die Regierungsmacht auszunutzen“, aber nicht zu sagen vermag, *wie* man das kann, *wie* man sich vorbereiten und *wie* man die Regierungsmacht ausnutzen soll. Wir zweifeln zum Beispiel nicht daran, daß die Neuskristen „sich darauf vorbereiten können“, die führende Stellung in der Partei „auszunutzen“, der Haken ist aber der, daß ihre Erfahrung bei dieser Ausnutzung und ihre Vorbereitung bis jetzt nicht zu der Hoffnung berechtigen, daß sie die Möglichkeit zur Wirklichkeit machen ...

Der „Wperjod“ sagte genau, worin gerade die reale „Möglichkeit“ besteht, „die Macht zu behaupten“: in der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, in ihrer gemeinsamen Massenkraft, die imstande ist, über alle Kräfte der Konterrevolution das Übergewicht zu erlangen, und in der unvermeidlichen Übereinstimmung ihrer Interessen, was die *demokratischen* Umgestaltungen anbelangt. Die

Konferenzresolution bietet auch hier nichts Positives, sie redet bloß um die Frage herum. Die Möglichkeit, in Rußland die Macht zu behaupten, muß doch abhängig gemacht werden von der Zusammensetzung der sozialen Kräfte in Rußland selbst, von den Bedingungen der demokratischen Umwälzung, die jetzt bei uns vor sich geht. Der Sieg des Proletariats in Europa (zwischen dem Hinübertragen der Revolution nach Europa und dem Sieg des Proletariats liegt aber noch eine gewisse Wegstrecke) wird doch einen verzweifelten konterrevolutionären Kampf der russischen Bourgeoisie hervorrufen. Die Resolution der Neuisikristen sagt kein Wort über diese konterrevolutionäre Kraft, deren Bedeutung in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR bewertet wird. Könnten wir uns im Kampfe für die Republik und die Demokratie außer auf das Proletariat nicht auch auf die Bauernschaft stützen, so wäre die „Behauptung der Macht“ eine aussichtslose Sache. Ist sie aber nicht aussichtslos, eröffnet der „entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus“ eine solche Möglichkeit, so müssen wir darauf hinweisen, aktiv dazu aufrufen, die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, praktische Lösungen geben nicht nur für den Fall, daß die Revolution nach Europa hinübergetragen wird, sondern auch zu dem Zweck, sie hinüberzutragen. Bei den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie bemäntelt die Berufung auf den „beschränkten historischen Rahmen der russischen Revolution“ nur das beschränkte Verständnis für die Aufgaben dieser demokratischen Revolution und für die führende Rolle des Proletariats in dieser Revolution!

Einer der Einwände gegen die Losung „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ besteht darin, daß die Diktatur einen „einheitlichen Willen“ voraussetze („Iskra“ Nr. 95), das Proletariat und das Kleinbürgertum aber keinen einheitlichen Willen haben könnten. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn er fußt auf einer abstrakten, „metaphysischen“ Auslegung des Begriffs „einheitlicher Wille“. Der Wille kann ja in einer Beziehung einheitlich, in einer anderen nicht einheitlich sein. Daß der Wille in den Fragen des Sozialismus und im Kampf für den Sozialismus nicht einheitlich ist, schließt nicht aus, daß er in den Fragen des Demokratismus und im Kampf für die République einheitlich ist. Das vergessen hieße den logischen und historischen Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung vergessen. Das vergessen hieße vergessen, daß die demokratische Umwäl-

zung ihrem Charakter nach das *ganze Volk* umfaßt: Wenn sie aber das „ganze Volk“ umfaßt, so *gibt es* also einen „einheitlichen Willen“, und zwar insofern, als diese Umwälzung die Bedürfnisse und Erfordernisse des ganzen Volkes befriedigt. Über den Rahmen des Demokratismus hinaus kann von einem einheitlichen Willen des Proletariats und der bäuerlichen Bourgeoisie keine Rede sein. Der Klassenkampf zwischen ihnen ist unvermeidlich, aber auf dem Boden der demokratischen Republik wird dieser Kampf eben der tiefgehendste und umfassendste Volkskampf *für den Sozialismus* sein. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, eine Vergangenheit und eine Zukunft. Ihre Vergangenheit sind die Selbstherrschaft, die Leibeigenschaft, die Monarchie, die Privilegien. Im Kampf gegen diese Vergangenheit, im Kampf gegen die Konterrevolution kann es einen „einheitlichen Willen“ des Proletariats und der Bauernschaft geben, weil einheitliche Interessen vorhanden sind.

Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus. Hier ist ein einheitlicher Wille unmöglich.\* Hier liegt vor uns nicht der Weg von der Selbstherrschaft zur Republik, sondern der Weg von der kleinbürgerlichen demokratischen Republik zum Sozialismus.

In der konkreten historischen Situation verflechten sich freilich die Elemente der Vergangenheit und der Zukunft, der eine Weg geht in den anderen über. Die Lohnarbeit und ihren Kampf gegen das Privateigentum gibt es auch unter der Selbstherrschaft, sie entsteht in ihrer Keimform sogar unter der Leibeigenschaft. Das hindert uns jedoch keineswegs, die großen Entwicklungsperioden logisch und historisch voneinander zu scheiden. Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution der sozialistischen gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit, strengstens zwischen ihnen zu unterscheiden, aber kann man denn leugnen, daß sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten? Kennt denn die Epoche der demokratischen Revolutionen in Europa nicht eine Reihe sozialistischer Bewegungen und

\* Die Entwicklung des Kapitalismus, die unter freiheitlichen Verhältnissen noch umfassender und schneller vor sich geht, wird dem einheitlichen Willen unvermeidlich ein rasches Ende setzen, ein um so rascheres, je rascher die Konterrevolution und Reaktion zerschlagen wird.



sozialistischer Versuche? Und ist denn der künftigen sozialistischen Revolution in Europa nicht noch vieles, sehr vieles im Sinne des Demokratismus nachzuholen geblieben?

Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen. Das steht außer allem Zweifel. Daraus folgt, daß eine besondere, selbständige, streng auf dem Klassenprinzip aufgebaute Partei der Sozialdemokratie unbedingt notwendig ist. Daraus folgt, daß unser „vereint schlagen“ mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, „auf den Verbündeten wie auf den Feind“ scharf aufzupassen usw. Das alles unterliegt ebenfalls nicht dem geringsten Zweifel. Aber es wäre lächerlich und reaktionär, daraus zu folgern, daß man die zwar vorübergehenden und zeitweiligen, aber in der Gegenwart aktuellen Aufgaben vergessen, ignorieren oder vernachlässigen dürfte. Der Kampf gegen die Selbstherrschaft ist eine zeitweilige und vorübergehende Aufgabe der Sozialisten, doch jedes Ignorieren oder Vernachlässigen dieser Aufgabe bedeutet nichts anderes, als den Sozialismus zu verraten und der Reaktion einen Dienst zu erweisen. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist zweifellos nur eine vorübergehende, zeitweilige Aufgabe der Sozialisten, aber es ist geradezu reaktionär, diese Aufgabe in der Epoche der demokratischen Revolution zu ignorieren.

Konkrete politische Aufgaben muß man in einer konkreten Situation stellen. Alles ist relativ, alles fließt, alles ändert sich. Die deutsche Sozialdemokratie stellt in ihrem Programm nicht die Forderung der Republik auf. Dort ist die Situation so, daß diese Frage praktisch kaum von der Frage des Sozialismus zu trennen ist (obwohl Engels in den Bemerkungen zum Entwurf des Erfurter Programms 1891 auch hinsichtlich Deutschlands davor gewarnt hat, die Bedeutung der Republik und des Kampfes für die Republik zu unterschätzen!<sup>22</sup>). In der russischen Sozialdemokratie tauchte nicht einmal die Frage auf, ob man die Forderung der Republik aus dem Programm und aus der Agitation streichen sollte, denn bei uns kann von einem untrennbaren Zusammenhang zwischen den Fragen der Republik und des Sozialismus gar keine Rede sein. Der deutsche Sozialdemokrat von 1898, der nicht speziell die Frage der Republik in den Vordergrund

rückt, ist eine natürliche Erscheinung, die weder Verwunderung noch Verurteilung hervorruft. Der deutsche Sozialdemokrat, der 1848 die Frage der Republik im unklaren gelassen hätte, wäre ein direkter Verräter an der Revolution gewesen. Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret.

Die Zeit wird kommen, da der Kampf gegen die russische Selbstherrschaft zu Ende und die Epoche der demokratischen Revolution für Rußland vorbei sein wird; dann wird es lächerlich anmuten, vom „einheitlichen Willen“ des Proletariats und der Bauernschaft, von der demokratischen Diktatur usw. auch nur zu sprechen. Dann werden wir unmittelbar an die sozialistische Diktatur des Proletariats denken und eingehender darüber sprechen. Heute aber muß die Partei der fortgeschrittensten Klasse den entscheidenden Sieg der demokratischen Revolution über den Zarismus auf das tatkräftigste anstreben. Und der entscheidende Sieg ist eben nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

#### *Anmerkung*<sup>22</sup>

1. Wir erinnern den Leser daran, daß in der Polemik zwischen der „Iskra“ und dem „Wperjod“ erstere sich unter anderem auf einen Brief von Engels an Turati berief, in dem Engels den (späteren) Führer der italienischen Reformisten davor warnte, die demokratische Revolution mit der sozialistischen zu verwechseln.<sup>23</sup> Die bevorstehende Revolution in Italien, schrieb Engels zur politischen Lage in Italien 1894, wird eine kleinbürgerliche, demokratische, und nicht eine sozialistische sein. Die „Iskra“ machte dem „Wperjod“ den Vorwurf, er weiche von dem Prinzip ab, das Engels aufgestellt habe. Dieser Vorwurf war unberechtigt, denn der „Wperjod“ (Nr. 14)\* erkannte die Richtigkeit der Marxschen Theorie vom Unterschied der drei Hauptkräfte in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts im großen und ganzen durchaus an. Nach dieser Theorie treten der alten Gesellschaftsordnung, der Selbstherrschaft, dem Feudalismus, der Leibeigenschaft, entgegen: 1. die liberale Großbourgeoisie; 2. das radikale Kleinbürgertum; 3. das Proletariat. Die erste kämpft lediglich für die konstitutionelle Monarchie, das zweite für die demokratische Republik, das dritte für die sozialistische Umwälzung. Die Verwechslung des kleinbürgerlichen

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 247–263, russ. *Die Red.*

Kampfes für die vollständige demokratische Umwälzung mit dem proletarischen Kampf für die sozialistische Revolution droht dem Sozialisten mit politischem Bankrott. Diese Warnung von Marx ist durchaus richtig. Aber gerade aus diesem Grunde ist eben die Losung der „revolutionären Kommunen“ falsch, denn die in der Geschichte bekannten Kommunen haben ja gerade die demokratische Umwälzung mit der sozialistischen verwechselt. Unsere Losung: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hingegen bietet die volle Garantie, daß dieser Fehler vermieden wird. Denn unsere Losung erkennt vorbehaltlos den bürgerlichen Charakter der Revolution an, die unfähig ist, über den Rahmen einer nur demokratischen Umwälzung *unmittelbar* hinauszugehen, *treibt* aber zugleich diese Umwälzung *vorwärts*, ist bestrebt, dieser Umwälzung die für das Proletariat vorteilhaftesten Formen zu geben, und ist folglich bestrebt, die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen.

#### 11. FLUCHTIGER VERGLEICH EINIGER RESOLUTIONEN DES III. PARTEITAGS DER SDAPR UND DER „KONFERENZ“

Die Frage der provisorischen revolutionären Regierung bildet für die Sozialdemokratie gegenwärtig den Schwerpunkt der taktischen Fragen. Auf die übrigen Resolutionen der Konferenz ebenso ausführlich einzugehen ist weder möglich noch nötig. Wir werden uns nur mit einem kurzen Hinweis auf einige Punkte begnügen, die den von uns oben analysierten prinzipiellen Unterschied der taktischen Linie zwischen den Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und den Resolutionen der Konferenz bestätigen.

Nehmen wir die Frage der Stellung zur Taktik der Regierung am Vorabend der Umwälzung. Wiederum wird man in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR eine vollständige Antwort finden. Diese Resolution berücksichtigt all die mannigfachen Bedingungen und Aufgaben des besonderen Augenblicks: sowohl die Entlarvung der heuchlerischen Zustände der Regierung als auch die Ausnutzung der „karikaturistischen Formen einer Volksvertretung“, sowohl die revolutionäre Verwirk-

lichung der dringenden Forderungen der Arbeiterklasse (vor allem des Achtstundentags) als schließlich auch die Abwehr der Schwarzhundertchaften. In den Konferenzresolutionen ist die Frage in verschiedenen Abschnitten verstreut: Die „Abwehr der finsternen Kräfte der Reaktion“ ist nur in den Motivierungen der Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien erwähnt. Die Beteiligung an den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften wird getrennt von den „Kompromissen“ des Zarismus mit der Bourgeoisie behandelt. Anstatt der Aufforderung, den Achtstundentag auf revolutionärem Wege zu verwirklichen, wird in einer besonderen Resolution mit dem pompösen Titel „Über den ökonomischen Kampf“ (nach den tönenden und sehr törichten Worten von dem „zentralen Platz, den die Arbeiterfrage im öffentlichen Leben Rußlands eingenommen hat“) nur die alte Losung von der Agitation für die „gesetzliche Festlegung des Achtstundentags“ wiederholt. Daß diese Losung im gegenwärtigen Augenblick ungenügend und zurückgeblieben ist, ist viel zu klar, als daß es eines weiteren Beweises bedürfte.

Nun zur Frage des offenen politischen Auftretens. Der III. Parteitag zieht die bevorstehende *grundlegende* Änderung unserer Tätigkeit in Betracht. Die konspirative Tätigkeit und der Ausbau des konspirativen Apparats dürfen in keiner Weise vernachlässigt werden; das käme der Polizei sehr gelegen und wäre für die Regierung äußerst vorteilhaft. Man muß aber schon jetzt auch an das offene Auftreten denken. Man muß unverzüglich zweckmäßige Formen eines solchen Auftretens und folglich einen besonderen, weniger konspirativen Apparat für diesen Zweck *vorbereiten*. Man muß die legalen und halblegalen Verbände ausnutzen, um sie nach Möglichkeit in Stützpunkte für die künftige legale Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland zu verwandeln.

Die Konferenz zerstückelt auch diese Frage, ohne irgendwelche vollständigen Losungen zu geben. Besonders fällt der lächerliche Auftrag an die Organisationskommission auf, für die „Unterbringung“ der legalen Literaten zu sorgen. Ganz absurd ist der Beschluß, daß wir „jene demokratischen Zeitungen unter unseren Einfluß bringen müssen, die sich das Ziel setzen, die Arbeiterbewegung zu fördern“. Dieses Ziel setzen sich alle unsere legalen liberalen Zeitungen, die ja fast durchweg der Richtung des „Oswoboshdenije“ angehören. Warum sollte die „Iskra“-Redaktion nicht selbst damit beginnen, ihren Rat in die Tat umzusetzen, und uns ein Bei-

spiel geben, wie man das „Oswoboshdenije“ unter sozialdemokratischen Einfluß bringt? Anstatt der Losung, die legalen Verbände zur Schaffung von Stützpunkten für die Partei auszunutzen, gibt man uns erstens einen Rat, der nur eine Teilfrage, nämlich die „Gewerkschafts“verbände betrifft (obligatorische Mitgliedschaft für Parteimitglieder), und zweitens den Rat, die „revolutionären Organisationen der Arbeiter“ = „losen Organisationen“ = „revolutionären Arbeiterklubs“ zu leiten. Wie die „Klubs“ unter die losen Organisationen geraten sind, was das für „Klubs“ sind, das weiß Allah allein. Anstatt präziser, klarer Direktiven der höchsten Parteikörperschaft sehen wir hingeworfene Gedankensplitter und flüchtige Notizen von Literaten. Ein vollständiges Bild davon, wie die Partei beginnen soll, ihre gesamte Arbeit auf eine völlig neue Basis umzustellen, erhält man nicht.

Die „Bauernfrage“ ist vom Parteitag und von der Konferenz ganz verschieden gestellt worden. Der Parteitag hat eine Resolution über „die Stellung zur Bauernbewegung“, die Konferenz eine Resolution über „die Arbeit unter den Bauern“ ausgearbeitet. In dem einen Fall werden die Aufgaben der Leitung der ganzen breiten revolutionär-demokratischen Bewegung im gesamt-nationalen Interesse des Kampfes gegen den Zarismus in den Vordergrund gerückt. In dem anderen Fall reduziert sich das Ganze auf die „Arbeit“ unter einer besonderen Schicht. In dem einen Fall wird eine zentrale praktische Agitationslosung ausgegeben — die sofortige Bildung von revolutionären Bauernkomitees zur Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen. In dem anderen Fall heißt es, daß „die Forderung, Komitees zu bilden“, der konstituierenden Versammlung unterbreitet werden solle. Warum müssen wir unbedingt diese konstituierende Versammlung abwarten? wird sie in Wirklichkeit zu einer konstituierenden werden? wird sie ohne vorhergehende und gleichzeitige Schaffung von revolutionären Bauernkomitees von Bestand sein? Alle diese Fragen sind von der Konferenz außer acht gelassen worden. In allen ihren Beschlüssen spiegelt sich mithin der von uns aufgezeigte allgemeine Gedanke wider, daß wir in der bürgerlichen Revolution nur unsere besondere Arbeit zu leisten hätten, ohne uns das Ziel zu setzen, die gesamte demokratische Bewegung zu leiten und sie selbständig durchzuführen. Wie die Ökonomen ständig in den Irrtum verfielen, die Sozialdemokraten hätten sich um den ökonomischen Kampf, die Liberalen aber um den politischen Kampf zu kümmern, so verfallen auch die Neuischristen im ganzen Verlauf

ihrer Betrachtungen in den Irrtum, uns gebühre ein bescheidener Winkel abseits von der bürgerlichen Revolution, Sache der Bourgeoisie dagegen sei es, die Revolution aktiv durchzuführen.

Schließlich darf auch die Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien nicht unerwähnt bleiben. Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR spricht von der Entlarvung jeder Beschränktheit und Unzulänglichkeit der bürgerlichen Freiheitsbewegung, ohne sich dem naiven Gedanken hinzugeben, man müsse von Parteitag zu Parteitag alle möglichen Fälle dieser Beschränktheit aufzählen und eine Linie ziehen, welche die schlechten von den guten Bourgeois scheidet. Die Konferenz sucht, den Fehler Starowers wiederholend, beharrlich nach einer solchen Scheidelinie und entwickelt dabei die berühmte Theorie des „Lackmuspapiers“. Starower ging von der sehr guten Idee aus, der Bourgeoisie recht strenge Bedingungen zu stellen. Er vergaß nur, daß jeder Versuch, die bürgerlichen Demokraten von vornherein zu scheiden in solche, die verdienen, daß man ihnen Anerkennung zollt, mit ihnen Abkommen schließt usw., und in solche, die das nicht verdienen, zu einer „Formel“ führt, die von der Entwicklung der Ereignisse sofort wieder über Bord geworfen wird und die in das proletarische Klassenbewußtsein Verwirrung hineinträgt. Denn das Schwergewicht wird damit von der realen Einheit im Kampf auf Erklärungen, Versprechungen und Losungen verlegt. Starower betrachtete als eine solche grundlegende Losung das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht“. Es vergingen keine zwei Jahre — und das „Lackmuspapier“ erwies sich als untauglich, die Losung des allgemeinen Wahlrechts wurde von den Oswoboshdenzen übernommen, und diese sind dadurch der Sozialdemokratie keineswegs nähergekommen, sondern versuchen im Gegenteil, eben mittels dieser Losung die Arbeiter irrezuführen und sie vom Sozialismus abzulenken.

Jetzt stellen die Neuisakristen noch „strengere Bedingungen“, sie „fordern“ von den Feinden des Zarismus die „energische und unzweideutige (!?) Unterstützung jeder entschlossenen Aktion des organisierten Proletariats“ usw., einschließlich der „aktiven Beteiligung an der Selbstbewaffnung des Volkes“. Die Scheidelinie erstreckt sich auf viel weitere Gebiete — und nichtsdestoweniger ist diese Linie *schon wieder veraltet*, hat sie sich sofort als untauglich erwiesen. Warum fehlt z. B. die Losung der Republik? Wie kommt es, daß die Sozialdemokraten von den bürgerlichen

Demokraten im Interesse des „rücksichtslosen revolutionären Krieges gegen alle Grundlagen der ständisch-monarchischen Ordnung“ alles mögliche „fordern“, nur nicht den Kampf für die Republik?

Daß diese Frage keine Nörgelei, daß der Fehler der Neuiskristen von lebendigster politischer Bedeutung ist, beweist der „Russische Befreiungsbund“ (siehe „Proletari“ Nr. 4)\*. Diese „Feinde des Zarismus“ dürften allen „Forderungen“ der Neuiskristen vollkommen entsprechen. Indessen haben wir gezeigt, daß im Programm (oder in der Programmlosigkeit) dieses „Russischen Befreiungsbundes“ der Geist des „Oswoboshdenije“ herrscht und daß die Oswoboshdenzen ihn leicht ins Schlepptau nehmen können. Die Konferenz jedoch erklärt am Schluß der Resolution, daß „die Sozialdemokratie allen jenen politischen Parteien, die zwar das liberale und demokratische Banner entrollen, aber sich weigern, den revolutionären Kampf des Proletariats wirklich zu unterstützen, nach wie vor als *heuchlerischen Freunden des Volkes* entgentreten wird“. Der „Russische Befreiungsbund“ ist weit davon entfernt, sich zu weigern, er bietet diese Unterstützung im Gegenteil eifrig an. Ist das eine Bürgschaft dafür, daß seine Führer keine „heuchlerischen Freunde des Volkes“ sind, wenngleich sie zu den Oswoboshdenzen gehören?

Man sieht: Dadurch, daß die Neuiskristen im voraus „Bedingungen“ verfassen und grimmige „Forderungen“ aufstellen, die in ihrer Ohnmacht komisch wirken, bringen sie sich sofort in eine lächerliche Lage. Ihre Bedingungen und Forderungen erweisen sich sofort als unzulänglich, wenn es gilt, der lebendigen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Ihr Jagen nach Formeln ist aussichtslos, denn es gibt keine Formel, in der man alle die Äußerungen von Heuchelei, Inkonsequenz und Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie einfangen könnte. Nicht auf „Lackmuspapier“, nicht

---

\* In Nr. 4 des „Proletari“ vom 4. Juni 1905 erschien ein umfangreicher Artikel „Ein neuer revolutionärer Arbeiterbund“ (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 465—476, russ. *Die Red.*). In dem Artikel wird der Inhalt der Aufrufe dieses Bundes wiedergegeben, der sich „Russischer Befreiungsbund“ nannte und sich die Einberufung einer konstituierenden Versammlung mit Hilfe des bewaffneten Aufstands zum Ziele setzte. Weiterhin wird in dem Artikel die Stellung der Sozialdemokratie zu derartigen parteilosen Verbänden festgelegt. Inwieweit dieser Bund real und welches sein Schicksal in der Revolution war, entzieht sich völlig unserer Kenntnis. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

auf Formeln, nicht auf niedergeschriebene und abgedruckte Forderungen, nicht auf eine von vornherein gezogene Grenzlinie zwischen heuchlerischen und nichtheuchlerischen „Freunden des Volkes“ kommt es an, sondern auf die reale Einheit im Kampf, auf die unablässige Kritik seitens der Sozialdemokratie an jedem „unentschlossenen“ Schritt der bürgerlichen Demokratie. Für den „wirklichen Zusammenschluß aller am demokratischen Umbau interessierten gesellschaftlichen Kräfte“ bedarf es nicht der „Punkte“, mit denen sich die Konferenz so eifrig und so vergeblich abmühte, sondern der Fähigkeit, wirklich revolutionäre Losungen aufzustellen. Dazu braucht man Losungen, welche die revolutionäre und republikanische Bourgeoisie auf das Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber die Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der monarchistischen Bourgeoisie hinabdrücken. Dazu ist die energischste Beteiligung am Aufstand notwendig, nicht aber rasonierende Ausflüchte vor der unaufschiebbaren Aufgabe des bewaffneten Aufstands.

## 12. WIRD DER SCHWUNG DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION GESCHWACHT, WENN DIE BOURGEOISIE VON IHR ABSCHWENKT?

Die obigen Zeilen waren schon geschrieben, als wir die von der „Iskra“ herausgegebenen Resolutionen der kaukasischen Konferenz der Neuiskristen erhielten. Pour la bonne bouche (als letzten Leckerbissen) hätten wir uns kein besseres Material wünschen können.

Die Redaktion der „Iskra“ bemerkt mit Recht: „In der Grundfrage der Taktik ist die kaukasische Konferenz ebenfalls zu einem Beschluß gekommen, der dem auf der gesamtrussischen (d. h. neuiskristischen) Konferenz angenommenen *analog* ist. (Das ist wahr!) Die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur provisorischen revolutionären Regierung ist von den kaukasischen Genossen im Sinne der schärfsten Ablehnung jener neuen Methode entschieden worden, die von der Gruppe ‚Wperjod‘ und den Delegierten des sogenannten Parteitags, die sich ihr angeschlossen haben, propagiert wird.“ „Die von der Konferenz gegebene Formulierung der Taktik der proletarischen Partei in der bürgerlichen Revolution muß als *sehr gelungen* bezeichnet werden.“



Was wahr ist, ist wahr. Eine „gelungenere“ Formulierung des Grundfehlers der Neuskristen hätte niemand geben können. Wir wollen diese Formulierung ungekürzt bringen und vorerst in Klammern auf die Blüten, dann aber auch auf die zum Schluß servierten Früchte aufmerksam machen.

Hier die Resolution der kaukasischen Konferenz der Neuskristen über die provisorische Regierung:

„Da die Konferenz es als ihre Aufgabe betrachtet, den revolutionären Augenblick zur Vertiefung“ (nun natürlich! Man müßte hinzufügen: zur Martynowschen Vertiefung!) „des sozialdemokratischen Bewußtseins des Proletariats auszunutzen“, (nur zur Vertiefung des Bewußtseins und nicht zur Erkämpfung der Republik? Welch „tiefe“ Auffassung von der Revolution!) „spricht sie sich, um der Partei die vollste Freiheit der Kritik an dem entstehenden bürgerlich-staatlichen Regime zu sichern“, (die Republik zu sichern, ist nicht unsere Sache! Unsere Sache ist nur, die Freiheit der Kritik zu sichern. Anarchistische Ideen erzeugen auch eine anarchistische Sprache: „bürgerlich-staatliches“ Regime!) „gegen die Bildung einer sozialdemokratischen provisorischen Regierung und gegen den Eintritt in eine solche Regierung aus“ (man erinnere sich an die von Engels zitierte Resolution der Bakunisten zehn Monate vor der spanischen Revolution; siehe „Proletari“ Nr. 3<sup>2a</sup>) „und hält es für das zweckmäßigste, auf die bürgerliche provisorische Regierung zwecks angemessener (?!) Demokratisierung des staatlichen Regimes einen Druck von außen auszuüben“ (von unten, aber nicht von oben). „Die Konferenz ist der Meinung, daß die Bildung einer provisorischen Regierung durch die Sozialdemokraten oder der Eintritt in eine solche einerseits zum Abfall breiter Massen des Proletariats von der sozialdemokratischen Partei führen würde, die von ihr enttäuscht wären, weil die Sozialdemokratie, ungeachtet der Machtergreifung, die dringenden Bedürfnisse der Arbeiterklasse einschließlich der Verwirklichung des Sozialismus nicht befriedigen könnte“, (die Republik ist kein dringendes Bedürfnis! Die Verfasser merken in ihrer Unschuld gar nicht, daß sie eine rein anarchistische Sprache führen, als ob sie die Teilnahme an bürgerlichen Revolutionen ablehnten!) „andererseits aber die bürgerlichen Klassen veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution geschwächt würde.“

Hier also liegt der Hund begraben. Hier ist es, wo sich die anarchisti-

schen Ideen mit dem Opportunismus reinsten Wassers verflechten (wie das auch bei den westeuropäischen Bernsteinianern ständig der Fall ist). Man denke bloß: In die provisorische Regierung nicht eintreten, weil das die Bourgeoisie veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution geschwächt würde! Da haben wir ja in Reinkultur, in vollständiger und konsequenter Form, die neuiskristische Philosophie vor uns, wonach wir, weil die Revolution eine bürgerliche ist, der bürgerlichen Banalität unsere Reverenz erweisen und ihr den Vorrang lassen müssen. Denn lassen wir uns, wenn auch nur teilweise, auch nur einen Augenblick lang, von der Erwägung leiten, daß unsere Teilnahme die Bourgeoisie veranlassen könnte, abzuschwenken, so treten wir damit die führende Rolle in der Revolution ganz und gar an die bürgerlichen Klassen ab. Wir stellen damit das Proletariat vollkommen unter die Vormundschaft der Bourgeoisie (und behalten uns die volle „Freiheit der Kritik“ vor!), wir zwingen das Proletariat, gemäßigt und zahm zu sein, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir beschneiden die dringendsten Bedürfnisse des Proletariats, nämlich seine politischen Bedürfnisse, welche die Ökonomen und ihre Epigonen nie richtig verstanden haben, beschneiden sie, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir verlassen völlig den Boden des revolutionären Kampfes für die Verwirklichung des Demokratismus in den Grenzen, deren das Proletariat bedarf, und betreten den Boden des Kuhhandels mit der Bourgeoisie, wobei wir mit unserem Verrat an den Prinzipien, dem Verrat an der Revolution die freiwillige Zustimmung der Bourgeoisie erkaufen („damit sie nicht abschwenke“).

Die kaukasischen Neuiskristen haben es fertiggebracht, in zwei kurzen Zeilen das ganze Wesen der Taktik des Verrats an der Revolution, der Verwandlung des Proletariats in ein klägliches Anhängsel der bürgerlichen Klassen auszudrücken. Was wir oben aus den Fehlern des Neuiskristismus als Tendenz ableiteten, das ist jetzt vor unseren Augen zum klaren und bestimmten Prinzip erhoben worden: im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie einhertrotten. Weil die Verwirklichung der Republik die Bourgeoisie veranlassen würde (und bereits veranlaßt — siehe das Beispiel des Herrn Struve!), abzuschwenken, deshalb nieder mit dem Kampf für die Republik. Weil jede energische und bis zu Ende gehende demokratische Forderung des Proletariats die Bourgeoisie stets und in der ganzen Welt veranlaßt, abzuschwenken, deshalb: Verkriecht euch in die Mauselöcher,

Genossen Arbeiter, wirkt nur von außen, laßt euch nicht einfallen, die Werkzeuge und Mittel des „bürgerlich-staatlichen“ Regimes für die Revolution auszunutzen, und bewahrt euch die „Freiheit der Kritik“.

Hier tritt klar zutage, wie grundfalsch schon allein der Terminus „bürgerliche Revolution“ aufgefaßt wird. Diese Martynowsche oder neuiskristische „Auffassung“ führt schnurstracks zum Verrat der proletarischen Sache an die Bourgeoisie.

Wer den alten Ökonomismus vergessen hat, wer ihn nicht studiert, an ihn nicht zurückdenkt, der wird auch die heutige Neuauflage des Ökonomismus schwerlich begreifen. Man erinnere sich des bernsteinianischen „Credos“<sup>25</sup>. Aus „rein proletarischen“ Anschauungen und Programmen folgerten die Leute: Uns, den Sozialdemokraten, die Ökonomik, die wahre Sache der Arbeiterschaft, die freie Kritik an jedem Politikastertum, die wahre Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit. Ihnen, den Liberalen, die Politik. Gott bewahre uns davor, in „Revolutionarismus“ zu verfallen: Das würde die Bourgeoisie veranlassen, abzuschwenken. Wer das „Credo“ oder die Sonderbeilage zu Nr. 9 der „Rabotschaja Mysl“<sup>26</sup> (September 1899) vollständig durchliest, der wird alle diese Gedankengänge finden.

Jetzt ist es dasselbe, nur in großem Maßstab, in Anwendung auf die Einschätzung der ganzen „großen“ russischen Revolution, die leider von den Theoretikern des orthodoxen Philistertums schon im voraus banalisiert und zur Karikatur herabgewürdigt wird! Uns, den Sozialdemokraten, die Freiheit der Kritik, die Vertiefung des Bewußtseins, die Einwirkung von außen. Ihnen, den bürgerlichen Klassen, die Freiheit des Handelns, den freien Spielraum für die revolutionäre (lies: liberale) Führung, die Freiheit der Durchführung von „Reformen“ von oben.

Diese Vulgarisatoren des Marxismus haben sich niemals Gedanken gemacht über Marx' Worte von der Notwendigkeit, die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen zu ersetzen<sup>27</sup>. Sie führen den Namen Marx im Munde, fassen aber in Wirklichkeit taktische Resolutionen ganz im Geiste der Frankfurter bürgerlichen Schwätzer, die den Absolutismus frei kritisierten, das demokratische Bewußtsein vertieften und nicht begriffen, daß die Zeit der Revolution eine Zeit des Handelns, der Aktion sowohl von oben als auch von unten ist. Indem sie den Marxismus in Rasoniererei verwandelten, machten sie aus der Ideologie der fortgeschrittensten, ent-

schlossensten und tatkräftigsten revolutionären Klasse eine Ideologie ihrer unentwickeltsten Schichten, die sich vor den schwierigen revolutionär-demokratischen Aufgaben drücken und diese demokratischen Aufgaben den Herren Struve überlassen.

Wenn die bürgerlichen Klassen von der Revolution abschwanken, weil die Sozialdemokratie in die revolutionäre Regierung eintritt, so wird dadurch „der Schwung der Revolution geschwächt“.

Hört, russische Arbeiter: Der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn die durch die Sozialdemokraten nicht abgeschreckten Herren Struve sie durchführen, die keinen Sieg über den Zarismus, sondern einen Pakt mit dem Zarismus wollen. Der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn von den beiden Ausgangsmöglichkeiten, die wir oben umrissen haben, die erste zur Wirklichkeit wird, d. h. wenn sich die monarchistische Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft auf eine „Verfassung“ nach Art der Schipowschen einigt!

Sozialdemokraten, die in Resolutionen als Anleitung für die ganze Partei derart schändliche Dinge schreiben oder die derart „gelungene“ Resolutionen billigen, sind durch das Rasonieren, das aus dem Marxismus allen lebendigen Geist ausgetrieben hat, so sehr verblendet, daß sie nicht merken, wie diese Resolutionen alle ihre sonstigen trefflichen Worte zur Phrase machen. Man nehme einen beliebigen ihrer Artikel aus der „Iskra“, nehme sogar die berühmte Broschüre unseres berühmten Martynow, und man wird Reden hören über den *Volksaufstand*, über die Durchführung der Revolution *bis zu Ende* und über das Bestreben, sich im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie auf die *unteren Volksschichten* zu stützen. Aber alle diese trefflichen Dinge verwandeln sich doch in eine erbärmliche Phrase, sobald man den Gedanken akzeptiert oder billigt, daß der „Schwung der Revolution“ durch das Abrücken der Bourgeoisie „geschwächt“ werde. Eines von beiden, meine Herren: Entweder müssen wir mit dem Volk danach streben, die Revolution durchzuführen, und *entgegen dem Willen* der inkonsequenten, eigennützigen und feigen Bourgeoisie einen völligen Sieg über den Zarismus erringen. Oder wir lassen dieses „entgegen dem Willen“ nicht zu, wir fürchten, die Bourgeoisie könne „abschwanken“, und dann verraten wir das Proletariat und das Volk an die Bourgeoisie, an die inkonsequente, eigennützige und feige Bourgeoisie.

Laßt euch nicht einfallen, meine Worte zu mißdeuten. Schreit nicht, daß man euch bewußten Verrat vorwerfe. Nein, ihr seid die ganze Zeit genauso unbewußt in den Sumpf geglitten und jetzt darin versunken, wie die alten Ökonomen, die auf der schiefen Ebene der „Vertiefung“ des Marxismus unaufhaltsam und unwiderruflich bis zum antirevolutionären, seelenlosen und leblosen „Klügeln“ abgeglitten waren.

Von welchen realen gesellschaftlichen Kräften hängt der „Schwung der Revolution“ ab? Habt ihr darüber nachgedacht, meine Herren? Lassen wir die Kräfte der Außenpolitik, der internationalen Kombinationen beiseite, die sich für uns jetzt sehr vorteilhaft gestaltet haben, die wir aber alle, und zwar mit Recht, von der Betrachtung ausschließen, da von den inneren Kräften Rußlands die Rede ist. Seht euch diese inneren gesellschaftlichen Kräfte an. Gegen die Revolution steht die Selbstherrschaft, der Hof, die Polizei, die Beamtenschaft, das Heer und das Häuflein des Hochadels. Je tiefer die Empörung im Volke ist, desto unzuverlässiger wird das Heer, desto größer werden die Schwankungen in der Beamtenschaft. Ferner, die Bourgeoisie ist jetzt im großen und ganzen für die Revolution, sie ereifert sich in Reden über die Freiheit und ergreift immer öfter im Namen des Volkes und sogar im Namen der Revolution das Wort.\* Aber wir Marxisten wissen doch alle aus der Theorie und beobachten täglich und stündlich am Beispiel unserer Liberalen, Semstwoleute und Oswoboshdenzen, daß die Bourgeoisie für die Revolution inkonsequent, eigennützig und feige eintritt. Die Bourgeoisie wird in ihrer Masse unweigerlich zur Konterrevolution, zur Selbstherrschaft übergehen und sich gegen die Revolution, gegen das Volk kehren, sobald ihre engen, eigennützigen Interessen befriedigt sein werden, sobald sie vom konsequenten Demokratismus „abgeschwenkt“ sein wird (*und sie schwenkt schon jetzt davon ab!*). Es bleibt das „Volk“, das heißt das Proletariat und die Bauernschaft: Allein das Proletariat ist fähig, konsequent bis zu Ende zu gehen, denn es geht weit über die demokratische Umwälzung hinaus. Deshalb eben kämpft das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die törichten und seiner unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie mög-

---

\* Interessant ist in dieser Hinsicht der offene Brief des Herrn Struve an Jaurès, der neulich von Jaurès in der Zeitung „l'Humanité“<sup>28</sup> und von Herrn Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije“ veröffentlicht worden ist.

licherweise abschwemmt. Die Bauernschaft umfaßt eine Masse halbproletarischer Elemente neben kleinbürgerlichen Elementen. Dieser Umstand macht auch die Bauernschaft unbeständig, so daß das Proletariat genötigt ist, sich zu einer streng klassenmäßigen Partei zusammenzuschließen. Aber die Unbeständigkeit der Bauernschaft ist von der Unbeständigkeit der Bourgeoisie grundverschieden, denn die Bauernschaft ist gegenwärtig nicht so sehr an dem unbedingten Schutz des Privateigentums als vielmehr an der Enteignung des Gutsbesitzerlandes, einer der Hauptformen des Privateigentums, interessiert. Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden. Die Bauernschaft wird unweigerlich ein solcher Anhänger der Revolution werden, wenn nur der sie aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse nicht durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats allzufrüh unterbrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der erwähnten Bedingung unweigerlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiet der Agrarreformen *alles* zu bieten vermögen: *alles das, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist, (nicht um den Kapitalismus zu vernichten, wie sich das die „Sozialrevolutionäre“ einbilden, sondern) um aus dem Schlamm der halben Leibeigenschaft, aus dem Dunkel der Geducktheit und der Knechtschaft emporzusteigen und um ihre Lebensbedingungen so weit zu verbessern, wie das im Rahmen der Warenwirtschaft überhaupt zu erreichen ist.*

Mehr noch: Nicht nur eine radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern auch alle ihre allgemeinen und ständigen Interessen binden die Bauernschaft an die Revolution. Sogar im Kampf mit dem Proletariat bedarf die Bauernschaft der Demokratie, denn nur das demokratische Regime vermag ihre Interessen genau zum Ausdruck zu bringen und ihr, weil sie die Masse, die Mehrheit ist, das Übergewicht zu geben. Je aufgeklärter die Bauernschaft sein wird (und seit dem japanischen Krieg erfolgt diese Aufklärung mit einer Schnelligkeit, von der sich viele, die gewohnt sind, die Aufklärung nur mit dem Schulmaßstab zu messen, nichts träumen lassen), desto konsequenter und entschlossener wird sie für die vollständige demokratische Umwälzung eintreten, denn die Herrschaft des Volkes schreckt sie nicht, wie sie die Bourgeoisie schreckt, sondern ist

für sie von Vorteil. Die demokratische Republik wird zu ihrem Ideal werden, sobald sie beginnt, sich vom naiven Monarchismus frei zu machen; denn der bewußte Monarchismus der schachernden Bourgeoisie (mit einem Oberhaus usw.) bedeutet für die Bauernschaft genau dieselbe Rechtlosigkeit, dieselbe Geducktheit und Unwissenheit, nur ganz leicht mit europäisch-konstitutionellem Firnis überstrichen.

Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie als Klasse naturgemäß und unvermeidlich unter die Fittiche der liberal-monarchistischen Partei strebt, die Bauernschaft als Masse aber unter die Führung einer revolutionären und republikanischen Partei. Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie unfähig ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, die Bauernschaft aber fähig ist, die Revolution zu Ende zu führen, und wir müssen ihr mit allen Kräften dabei helfen.

Man wird mir entgegenen: Das braucht man nicht zu beweisen, das gehört zum A-b-c, das begreifen alle Sozialdemokraten ausgezeichnet. Nein, das begreifen diejenigen nicht, die es fertigbringen, davon zu sprechen, daß „der Schwung“ der Revolution „geschwächt wird“, wenn die Bourgeoisie abfällt. Solche Leute wiederholen die auswendig gelernten Sätze unseres Agrarprogramms, verstehen aber ihre Bedeutung nicht, denn sonst würden sie den Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, der sich aus der ganzen marxistischen Weltanschauung und aus unserem Programm unvermeidlich ergibt, nicht fürchten, sonst würden sie den Schwung der großen russischen Revolution nicht auf den Schwung der Bourgeoisie beschränken. Solche Leute widerlegen ihre abstrakten marxistischen, revolutionären Phrasen schlagend durch ihre konkreten antimarxistischen und antirevolutionären Resolutionen.

Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution geschwächt wird, wenn die Bourgeoisie abschwinkt. Denn in Wirklichkeit wird erst dann der wahre Schwung der russischen Revolution einsetzen, wird das erst dann der wirklich höchste revolutionäre Schwung sein, der in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung möglich ist, wenn die Bourgeoisie abschwinken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende

geführt wird, muß sie sich auf solche Kräfte stützen, die fähig sind, die unvermeidliche Inkonsequenz der Bourgeoisie zu paralysieren (d. h. fähig sind, sie gerade zum „Abschwenken zu veranlassen“, wovor die kaukasischen Anhänger der „Iskra“ infolge ihres Unverstands eine solche Angst haben).

*Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren. Das sind die Aufgaben des Proletariats, die sich die Neuiskristen in allen ihren Betrachtungen und Resolutionen über den Schwung der Revolution so beschränkt vorstellen.*

Man darf nur einen Umstand nicht vergessen, der bei den Betrachtungen über diesen „Schwung“ oft außer acht gelassen wird. Man darf nicht vergessen, daß nicht von den Schwierigkeiten der Aufgabe die Rede ist, sondern davon, auf welchem Wege die Lösung der Aufgabe zu suchen und zu erstreben ist. Nicht darum handelt es sich, ob es leicht oder schwer ist, den Schwung der Revolution mächtig und unbesiegbar zu machen, sondern darum, was zu tun ist, um diesen Schwung zu verstärken. Die Differenz betrifft gerade den Grundcharakter, eben die Richtung unserer Tätigkeit. Wir heben das hervor, weil unaufmerksame und oberflächliche Leute die zwei verschiedenen Fragen nur allzuoft verwechseln: die Frage nach der Richtung des Weges, d. h. nach der Wahl eines der beiden verschiedenen Wege, und die Frage, ob auf dem gegebenen Weg das Ziel leicht zu erreichen oder bald zu erreichen ist.

Die letzte Frage haben wir in der vorhergehenden Betrachtung gar nicht berührt, denn diese Frage hat in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten und Differenzen hervorgerufen. Aber selbstverständlich ist diese Frage an und für sich äußerst wichtig und verdient die ernsteste Beachtung aller Sozialdemokraten. Es wäre unverzeihlicher Optimismus, die Schwierigkeiten zu vergessen, die damit zusammenhängen, daß die Massen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft in die Be-



wegung hineingezogen werden müssen. Gerade an diesen Schwierigkeiten scheiterten mehrfach die Bemühungen, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, wobei den größten Gewinn die inkonsequente und eigennützige Bourgeoisie davontrug, die sowohl aus der monarchistischen Verteidigung gegen das Volk „Kapital schlug“ als auch „die Unschuld“ des Liberalismus... oder des „Oswoboshdenzentums“ „bewahrte“. Aber Schwierigkeit bedeutet noch nicht Undurchführbarkeit. Wichtig ist die Gewißheit, daß man den richtigen Weg gewählt hat, und diese Gewißheit verstärkt hundertfach die revolutionäre Energie und den revolutionären Enthusiasmus, die Wunder zu wirken vermögen.

Wie tiefgehend heute die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten in der Frage sind, welchen Weg man wählen soll, ersieht man ohne weiteres aus einer Gegenüberstellung der kaukasischen Resolution der Neuiskristen und der Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Resolution des Parteitags sagt: Die Bourgeoisie ist inkonsequent, sie wird unbedingt danach trachten, uns die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Deshalb bereitet euch energischer zum Kampf vor, Genossen Arbeiter, bewaffnet euch, zieht die Bauernschaft auf eure Seite. Wir werden unsere revolutionären Errungenschaften der eigennützigen Bourgeoisie nicht ohne Kampf abtreten. Die Resolution der kaukasischen Neuiskristen sagt: Die Bourgeoisie ist inkonsequent, sie kann von der Revolution abschwenken. Deshalb, Genossen Arbeiter, denkt bitte nicht an eine Teilnahme an der provisorischen Regierung, denn dann wird die Bourgeoisie bestimmt abschwenken, und der Schwung der Revolution wird dadurch geschwächt!

Die einen sagen: Treibt die Revolution vorwärts, bis zu Ende, entgegen dem Widerstand oder der Passivität der inkonsequenten Bourgeoisie.

Die anderen sagen: Denkt nicht daran, die Revolution bis zu Ende selbständig durchzuführen, denn dann wird die inkonsequente Bourgeoisie von ihr abschwenken.

Haben wir etwa nicht zwei diametral entgegengesetzte Wege vor uns? Liegt es etwa nicht auf der Hand, daß die eine Taktik unbedingt die andere ausschließt? daß die erste Taktik die einzig richtige Taktik der revolutionären Sozialdemokratie, die zweite aber im Grunde eine reine Oswoboshdenzen-Taktik ist?

## 13. SCHLUSS. DÜRFEN WIR SIEGEN?

Leute, die mit der Lage der Dinge in der russischen Sozialdemokratie nur oberflächlich bekannt sind oder von außen her urteilen, ohne die Geschichte unseres ganzen innerparteilichen Kampfes seit den Zeiten des Ökonomismus zu kennen, pflegen auch die taktischen Differenzen, die sich jetzt, besonders nach dem III. Parteitag, herausgebildet haben, sehr häufig einfach mit dem Hinweis abzutun, daß es sich um zwei natürliche, unvermeidliche und durchaus zu vereinbarende Tendenzen handle, die in jeder sozialdemokratischen Bewegung anzutreffen seien. Auf der einen Seite nämlich um eine stärkere Betonung der üblichen, laufenden, alltäglichen Arbeit, der Notwendigkeit, die Propaganda und Agitation zu entfalten, die Kräfte vorzubereiten, die Bewegung zu vertiefen usw. Auf der anderen Seite um die Betonung der allgemein-politischen, revolutionären Kampfaufgaben der Bewegung, um den Hinweis auf die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, um die Aufstellung der Losungen: revolutionär-demokratische Diktatur, provisorische revolutionäre Regierung. Weder die eine noch die andere Seite dürfe übertrieben werden, weder hier noch dort (wie überhaupt nirgends in der Welt) seien Extreme von Nutzen usw. usf.

Hinter den billigen Wahrheiten der Lebens- (und der „politischen“, in Anführungsstrichen) Weisheit, die in solchen Betrachtungen unzweifelhaft enthalten sind, verbirgt sich jedoch nur allzuoft das Unverständnis für die aktuellen, brennenden Erfordernisse der Partei. Nehmen wir die gegenwärtigen taktischen Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten. Selbstverständlich brauchte die verstärkte Betonung der laufenden Tagesarbeit, die wir in den Betrachtungen der Neuiskristen über die Taktik finden, an und für sich noch keinerlei Gefahr zu bedeuten und auch keinerlei Differenz in den taktischen Losungen hervorzurufen. Es genügt aber, die Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit denen der Konferenz zu vergleichen, damit diese Differenz sofort ins Auge springt.

Worum handelt es sich? Erstens darum, daß es nicht genügt, nur ganz allgemein und abstrakt auf zwei Strömungen in der Bewegung und auf die Schädlichkeit von Extremen hinzuweisen. Man muß konkret wissen, woran die gegebene Bewegung im gegebenen Augenblick krankt und worin jetzt die reale politische Gefahr für die Partei besteht. Zweitens muß

13. Задача партии в демократической революции (157)

Наша, демократическая партия с самого начала была в первую очередь партией, которая должна была бороться за освобождение рабочего класса от власти буржуазии. Но, как известно, рабочий класс не может бороться за освобождение от власти буржуазии, если не будет организован. Поэтому наша партия должна была бороться за организацию рабочего класса. Это была наша первоочередная задача. С одной стороны, это означало, что мы должны были бороться за создание массовой партии, которая бы охватывала весь рабочий класс. С другой стороны, это означало, что мы должны были бороться за создание партии, которая бы была способна руководить борьбой рабочего класса за освобождение от власти буржуазии.

Seite 157 von W. I. Lenins Manuskript  
„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“  
1905

Verkleinert



man wissen, welchen realen politischen Kräften diese oder jene taktischen Losungen — vielleicht auch das Fehlen dieser oder jener Losungen — Wasser auf die Mühle leiten. Hört man die Neuisikristen, so kommt man zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratische Partei Gefahr läuft, die Propaganda und Agitation, die wirtschaftlichen Kämpfe und die Kritik an der bürgerlichen Demokratie über Bord zu werfen und sich von militärischen Vorbereitungen und bewaffneten Überfällen, von der Machtergreifung usw. übermäßig hinreißen zu lassen. In Wirklichkeit aber droht der Partei die reale Gefahr von einer ganz anderen Seite. Wer den Stand der Bewegung auch nur einigermaßen näher kennt, wer die Bewegung aufmerksam und verständig verfolgt, der kann nicht umhin zu sehen, wie lächerlich die Befürchtungen der Neuisikristen sind. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat sich schon völlig in einen festen, unveränderlichen Rahmen eingefügt, der unbedingt gewährleistet, daß der Schwerpunkt in der Agitation und Propaganda, in fliegenden Versammlungen und Massenkundgebungen, in der Verbreitung von Flugblättern und Broschüren, in der Förderung der Wirtschaftskämpfe und dem Aufgreifen ihrer Losungen liegt. Es gibt kein einziges Parteikomitee, kein einziges Bezirkskomitee, keine einzige zentrale Zusammenkunft und keine einzige Betriebsgruppe, wo nicht neunundneunzig Prozent der Aufmerksamkeit, der Kraft und der Zeit stets und ständig allen diesen Funktionen gewidmet wären, die schon seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fest verankert sind. Das wissen nur solche Leute nicht, die mit der Bewegung überhaupt nicht vertraut sind. Nur sehr naive oder nicht unterrichtete Leute können die neuisikristischen Wiederholungen längst bekannter Dinge, weil sie mit besonders wichtiger Miene vorgetragen werden, noch für bare Münze nehmen.

Tatsache ist, daß man sich bei uns von den Aufgaben des Aufstands, von den allgemein-politischen Losungen und von der Pflicht, die gesamte Volksrevolution zu führen, keineswegs übermäßig hinreißen läßt, sondern daß im Gegenteil die *Rückständigkeit* gerade in dieser Beziehung ins Auge springt, daß sie der wundeste Punkt und eine reale Gefahr für die Bewegung ist, die aus einer Bewegung der revolutionären Tat zu einer Bewegung der revolutionären Worte entarten kann und hie und da auch schon entartet. Unter den Hunderten und aber Hunderten von Organisationen, Gruppen und Zirkeln, die Parteiarbeit leisten, wird man keine einzige

Organisation finden, in der nicht vom ersten Tag ihres Bestehens an jene Alltagsarbeit geleistet würde, von der die Neunmalweisen aus der neuen „Iskra“ mit der Miene von Leuten reden, die neue Wahrheiten entdeckt haben. Und umgekehrt wird man nur einen verschwindend geringen Prozentsatz von Gruppen und Zirkeln finden, die sich der Aufgaben des bewaffneten Aufstands bewußt geworden sind, die darangegangen sind, sie zu erfüllen, die sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, daß es notwendig ist, die gesamte Volksrevolution gegen den Zarismus zu führen, daß es notwendig ist, gerade diese fortschrittlichen Losungen und nicht andere aufzustellen.

Wir sind hinter den fortschrittlichen und wirklich revolutionären Aufgaben unglaublich zurückgeblieben, wir haben sie in einer Unzahl von Fällen noch nicht erkannt, wir haben bald hier, bald dort die wegen unserer Zurückgebliebenheit in dieser Beziehung erfolgte Erstarkung der revolutionären bürgerlichen Demokratie verschlafen. Die Schriftsteller von der neuen „Iskra“ jedoch kehren dem Gang der Ereignisse und den Erfordernissen der Zeit den Rücken zu und wiederholen hartnäckig: Vergeßt nicht das Alte! Laßt euch nicht hinreißen von dem Neuen! Das ist das stets gleichbleibende Grundmotiv aller wesentlichen Resolutionen der Konferenz, während man in den Resolutionen des Parteitags ebenso gleichbleibend lesen kann: Wir erkennen das Alte an (und halten uns nicht damit auf, es wiederzukäuen, weil es eben das in der Literatur, durch Resolutionen und durch die Erfahrung schon entschiedene und verankerte Alte ist), stellen aber zugleich eine neue Aufgabe, lenken die Aufmerksamkeit auf sie, geben eine neue Losung aus und fordern von den wirklich revolutionären Sozialdemokraten, daß sie unverzüglich an die Arbeit gehen, um sie in die Tat umzusetzen.

So steht in Wirklichkeit die Frage der zwei Strömungen in der Taktik der Sozialdemokratie. Die revolutionäre Epoche hat neue Aufgaben gestellt, die nur gänzlich Blinde nicht sehen. Die einen Sozialdemokraten bekennen sich entschieden zu diesen Aufgaben und setzen sie auf die Tagesordnung: Der bewaffnete Aufstand ist unaufschiebbar, bereitet euch unverzüglich und energisch darauf vor; seid dessen eingedenk, daß er für den entscheidenden Sieg unerlässlich ist; stellt die Losungen der Republik, der provisorischen Regierung, der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf! Die anderen aber weichen

zurück, treten auf der Stelle, statt Losungen bieten sie Vorreden, statt des Hinweises auf das Neue neben der Bekräftigung des Alten wiederkäuen sie dieses Alte weitschweifig und langweilig, erfinden Ausflüchte vor dem Neuen, sind unfähig, die Bedingungen des entscheidenden Sieges zu bestimmen, sind unfähig, Losungen aufzustellen, die einzig und allein dem Streben nach Erringung des vollen Sieges entsprechen.

Das Ergebnis dieser Nachtrabpolitik liegt bei uns auf der Hand. Die Fabel von der Annäherung der „Mehrheit“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an die revolutionäre bürgerliche Demokratie bleibt eine Fabel, die durch keine einzige politische Tatsache, durch keine einzige maßgebende Resolution der „Bolschewiki“, durch keine einzige Handlung des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bestätigt wird. Indessen begrüßt aber die opportunistische, monarchistische Bourgeoisie in Gestalt des „Oswoboshdenije“ seit langem die „prinzipiellen“ Tendenzen des Neuiskrismus und treibt jetzt mit seinem Wasser schon direkt ihre eigene Mühle. Sie übernimmt alle neuiskristischen Sprüchlein und „Ideen“ gegen die „Konspiration“ und die „Rebellion“, gegen die Übertreibung der „technischen“ Seite der Revolution, gegen die direkte Aufstellung der Losung des bewaffneten Aufstands, gegen den „Revolutionarismus“ der extremen Forderungen usw. usf. Die Resolution einer ganzen Konferenz von „menschewistischen“ Sozialdemokraten im Kaukasus und die Billigung dieser Resolution durch die Redaktion der neuen „Iskra“ ziehen das unzweideutige politische Fazit aus alledem: daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwinkt, falls das Proletariat an der revolutionär-demokratischen Diktatur teilnimmt! Damit ist alles gesagt. Damit ist die Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der monarchistischen Bourgeoisie endgültig besiegelt. Damit ist die politische Bedeutung der neuiskristischen Nachtrabideologie faktisch, nicht durch die zufällige Erklärung einer einzelnen Person, sondern durch eine von der ganzen Richtung ausdrücklich gebilligte Resolution bewiesen.

Wer sich in diese Tatsachen hineindenkt, der wird die wirkliche Bedeutung des landläufigen Hinweises auf zwei Flügel und zwei Tendenzen in der sozialdemokratischen Bewegung verstehen. Nehmt das Bernsteinianertum, um diese Tendenzen im großen Maßstab zu studieren. Die Bernsteinianer behaupteten und behaupten doch ganz genauso, daß sie und nur sie die wahren Nöte des Proletariats kennen und sich darauf verstehen,

das Wachstum seiner Kräfte zu fördern, die gesamte Arbeit zu vertiefen, die Elemente der neuen Gesellschaft vorzubereiten, Propaganda und Agitation zu treiben. Wir verlangen die offene Anerkennung dessen, was ist! — sagt Bernstein und sanktioniert damit die „Bewegung“ ohne „Endziel“, sanktioniert allein die Taktik der Abwehr und predigt die Taktik der Angst, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwengt“. Auch die Bernsteinianer zeterten über das „Jakobinertum“ der revolutionären Sozialdemokraten, über die „Literaten“, die für die „proletarische Selbsttätigkeit“ kein Verständnis hätten usw. usf. In Wirklichkeit dachten, wie allgemein bekannt, die revolutionären Sozialdemokraten nicht im Traum daran, die alltägliche Kleinarbeit, die Vorbereitung der Kräfte u. dgl. m. zu vernachlässigen. Sie forderten nur die klare Erkenntnis des Endziels, die klare Formulierung der revolutionären Aufgaben; sie wollten die halbproletarischen und halbkleinbürgerlichen Schichten zum revolutionären Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber dieses Niveau zu opportunistischen Erwägungen hinabzerren, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwengt“. Seinen prägnantesten Ausdruck fand dieser Gegensatz zwischen dem intellektuell-opportunistischen und dem proletarisch-revolutionären Flügel der Partei wohl in der Frage: Dürfen wir siegen?\* ist es uns erlaubt, zu siegen? ist es nicht gefährlich für uns, zu siegen? sollen wir siegen? So merkwürdig diese Frage auf den ersten Blick anmutet, wurde sie doch gestellt und mußte gestellt werden, denn die Opportunisten fürchteten den Sieg, schreckten das Proletariat mit ihm, prophezeiten Unheil von ihm und verspotteten die Losungen, die offen zum Sieg aufriefen.

Dieselbe grundlegende Teilung in eine intellektuell-opportunistische und eine proletarisch-revolutionäre Tendenz ist auch bei uns vorhanden, nur mit dem sehr wesentlichen Unterschied, daß es sich hier nicht um die sozialistische, sondern um die demokratische Umwälzung handelt. Auch bei uns ist die auf den ersten Blick widersinnige Frage gestellt worden: „Dürfen wir siegen?“ Sie wird von Martynow in seinen „Zwei Diktaturen“ gestellt, wo er Unheil prophezeite für den Fall, daß wir den Aufstand sehr gut vorbereiten und völlig erfolgreich durchführen. Sie wird in der gesamten Literatur der Neuskristen bei der Frage der provisorischen revolutionären Regierung gestellt, wobei man die ganze Zeit eifrig, aber erfolglos versucht, die Beteiligung Millerands an einer bürgerlich-

\* „Dürfen wir siegen?“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*



opportunistischen Regierung mit der Beteiligung Varlins<sup>29</sup> an einer kleinbürgerlichen Revolutionsregierung in einen Topf zu werfen. Sie ist in einer Resolution festgehalten: „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwinkt“. Und wengleich Kautsky zum Beispiel jetzt ironisch meint, unser Streit über die provisorische revolutionäre Regierung erinnere an die Teilung des Fells eines noch nicht erlegten Bären, so zeigt diese Ironie nur, daß sogar kluge und revolutionäre Sozialdemokraten danebenhauen, wenn sie über etwas reden, was sie nur vom Hörensagen kennen. Die deutsche Sozialdemokratie ist noch nicht so weit, den Bären zu erlegen (die sozialistische Umwälzung zu vollbringen), aber die Polemik darüber, ob wir ihn erlegen „dürfen“, war von größter prinzipieller und praktisch-politischer Bedeutung. Die russischen Sozialdemokraten sind noch nicht so weit, daß sie „ihren Bären erlegen“ (die demokratische Umwälzung vollbringen) könnten, aber die Frage, ob wir ihn erlegen „dürfen“, ist für die ganze Zukunft Rußlands und für die Zukunft der russischen Sozialdemokratie von höchst ernster Bedeutung. Ohne die Überzeugung, daß wir siegen „dürfen“, kann von einer energischen, erfolgreichen Sammlung und Führung der Armee keine Rede sein.

Nehmt unsere alten Ökonomen! Sie schrien auch, daß ihre Gegner Verschwörer, Jakobiner seien (siehe das „Rabotscheje Delo“, besonders Nr. 10, und Martynows Rede in der Programmdiskussion auf dem II. Parteitag), daß sie sich von den Massen loslösen, wenn sie sich in die Politik stürzen, daß sie die Grundlagen der Arbeiterbewegung vergessen, nicht mit der proletarischen Selbsttätigkeit rechnen usw. usf. In Wirklichkeit aber waren diese Anhänger der „proletarischen Selbsttätigkeit“ opportunistische Intellektuelle, die den Arbeitern ihre enge, philisterhafte Auffassung von den Aufgaben des Proletariats aufnötigten. In Wirklichkeit haben die Gegner des Ökonomismus, wie jeder aus der alten „Iskra“ ersehen kann, keine einzige Seite der sozialdemokratischen Arbeit vernachlässigt oder in den Hintergrund geschoben und den ökonomischen Kampf nicht im geringsten vergessen. Zugleich aber haben sie es verstanden, die aktuellen und nächsten politischen Fragen in ihrem ganzen Umfang aufzurollen, und haben der Verwandlung der Arbeiterpartei in ein „ökonomisches“ Anhängsel der liberalen Bourgeoisie entgegengewirkt.

Die Ökonomen hatten auswendig gelernt, daß der Politik die Ökonomik zugrunde liegt, und das so „verstanden“, daß man den politischen

Kampf zum ökonomischen Herabwürdigen müsse. Die Neuskristen haben auswendig gelernt, daß die ökonomische Grundlage der demokratischen Umwälzung die bürgerliche Revolution ist, und das so „verstanden“, daß man die demokratischen Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der bürgerlichen Mäßigung herabwürdigen und innerhalb jener Grenzen halten müsse, jenseits derer die „Bourgeoisie abschwanken“ würde. Die Ökonomen lieferten unter dem Vorwand der Vertiefung der Arbeit, unter dem Vorwand der proletarischen Selbsttätigkeit und der reinen Klassenpolitik in Wirklichkeit die Arbeiterklasse an die bürgerlich-liberalen Politiker aus, d. h., sie führten die Partei auf einen Weg, dessen objektive Bedeutung eben darin bestand. Die Neuskristen verraten denselben Vorwänden in Wirklichkeit die Interessen des Proletariats in der demokratischen Revolution an die Bourgeoisie, d. h., sie führen die Partei auf einen Weg, dessen objektive Bedeutung eben darin besteht. Den Ökonomen schien die Hegemonie im politischen Kampf nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der Liberalen zu sein. Den Neuskristen scheint die aktive Durchführung der demokratischen Revolution nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der demokratischen Bourgeoisie zu sein, weil durch die Führung und die überragende Beteiligung des Proletariats der „Schwung“ der Revolution „geschwächt“ würde.

Kurzum, die Neuskristen sind die Epigonen des Ökonomismus, nicht nur nach der Art, wie ihre Richtung auf dem II. Parteitag entstand, sondern auch nach der Art, wie sie heute die taktischen Aufgaben des Proletariats in der demokratischen Revolution stellen. Das ist ebenfalls der intellektuell-opportunistische Flügel der Partei. In der Organisationsfrage debütierte er mit dem anarchistischen Individualismus der Intellektuellen, und er endete mit der „Desorganisation als Prozeß“, da er in dem von der Konferenz angenommenen „Statut“<sup>80</sup> die Trennung der Literatur von der Parteiorganisation, indirekte, wenn nicht gar vierstufige Wahlen und ein System bonapartistischer Plebiszite an Stelle des demokratischen Vertretungssystems und schließlich das Prinzip der „Vereinbarung“ zwischen einem Teil und dem Ganzen verankerte. In der Taktik der Partei gerieten diese Leute auf eine ebenso schiefe Ebene. Im „Plan der Semstwokampagne“ erklärten sie das Auftreten vor den Semstwopolitikern zum „höchsten Typus der Demonstration“, da sie (am Vorabend des 9. Januar!)

auf der politischen Bühne nur zwei aktive Kräfte sahen — die Regierung und die bürgerliche Demokratie. Die aktuelle Aufgabe der Bewaffnung „vertieften“ sie, indem sie die direkte, praktische Losung durch die Aufforderung ersetzten, sich mit dem brennenden Verlangen nach Selbstbewaffnung auszurüsten. Die Aufgaben des bewaffneten Aufstands, der provisorischen Regierung, der revolutionär-demokratischen Diktatur haben sie jetzt in ihren offiziellen Resolutionen entstellt und gestutzt. „Daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt“ — dieser Schlußakkord ihrer letzten Resolution wirft ein helles Licht auf die Frage, wohin ihr Weg die Partei führt.

Die demokratische Umwälzung in Rußland ist ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Wesen nach eine bürgerliche Revolution. Es genügt aber nicht, diese richtige marxistische These einfach zu wiederholen. Man muß es verstehen, in sie einzudringen und sie bei der Aufstellung politischer Losungen anzuwenden. Auf dem Boden der heutigen, d. h. der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist alle politische Freiheit schlechthin bürgerliche Freiheit. Die Forderung nach Freiheit bringt vor allem die Interessen der Bourgeoisie zum Ausdruck. Ihre Vertreter haben als erste diese Forderung aufgestellt. Ihre Anhänger haben von der erhaltenen Freiheit überall als Herren Gebrauch gemacht, sie auf ein bescheidenes und genaues bürgerliches Maß reduziert und sie in friedlichen Zeiten mit einer äußerst raffinierten, in stürmischen Zeiten mit einer tierisch-grausamen Unterdrückung des revolutionären Proletariats verbunden.

Aber daraus eine Ablehnung oder Herabsetzung des Kampfes für die Freiheit ableiten konnten nur die Rebellen vom Schlage der Volkstümpler, die Anarchisten und „Ökonomen“. Dem Proletariat diese intellektuell-philisterhafte Lehre aufzuzwingen gelang immer nur vorübergehend, nur gegen seinen Widerstand. Das Proletariat empfand instinktiv, daß es die politische Freiheit braucht, sie am allermeisten braucht, obwohl sie unmittelbar die Bourgeoisie festigen und organisieren wird. Nicht vom Ausweichen vor dem Klassenkampf erwartet das Proletariat sein Heil, sondern davon, daß es den Klassenkampf entfaltet, ihn ausweitet, ihn bewußter, organisierter und entschlossener führt. Wer die Aufgaben des politischen Kampfes herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Volkstribunen in einen Trade-Union-Sekretär. Wer die proletarischen Aufgaben in der demokratischen bürgerlichen Revolution herab-

setzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus dem Führer der Volksrevolution in den Leiter eines freien Arbeiterverbandes.

Ja, der *Volksrevolution*. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird. Sie besteht kategorisch darauf, daß es für die Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt aber das „Volk“ nicht in „Klassen“ ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt, sich auf ein enges Maß beschränkt und ihre Tätigkeit durch Erwägungen von der Art beschneidet, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt bloß nicht abschnwenken — sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbschlächtigkeit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft.

Und eben das ist es, was die heutigen Neuiskristen, die die Aufstellung von aktiven politischen Losungen in der demokratischen Revolution durch die bloße rasonierende Wiederholung des Wortes „Klassen“ in allen grammatischen Abwandlungen ersetzen, oft nicht verstehen!

Die demokratische Umwälzung ist bürgerlich. Die Losung von der schwarzen Umteilung oder von Land und Freiheit — diese meistverbreitete Losung der geduckten und unaufgeklärten, aber leidenschaftlich nach Licht und Glück strebenden Bauernmassen — ist bürgerlich. Wir Marxisten aber müssen wissen, daß es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit des Proletariats und der Bauernschaft gibt noch geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Als Vertreter der fortgeschrittensten und einzigen revolutionären Klasse, die keine Vorbehalte macht, keine Zweifel hat und nicht nach rückwärts blickt, müssen wir die Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke so breit, so kühn und mit soviel Initiative wie nur möglich stellen. Die Mißachtung dieser Aufgaben ist theoretisch eine Karikatur auf den

Marxismus und eine philisterhafte Verzerrung des Marxismus; praktisch-politisch aber liefert man damit die Sache der Revolution an die Bourgeoisie aus, die vor der konsequenten Durchführung der Revolution unweigerlich zurückscheuen wird. Die Schwierigkeiten, die dem vollen Sieg der Revolution im Wege stehen, sind sehr groß. Niemand wird die Vertreter des Proletariats verurteilen können, wenn sie alles tun, was in ihren Kräften steht, auch wenn ihre Bemühungen am Widerstand der Reaktion, am Verrat der Bourgeoisie, an der Unaufgeklärtheit der Massen zerschellen sollten. Aber jedermann – und vor allem das klassenbewußte Proletariat – wird die Sozialdemokratie verurteilen, wenn sie die revolutionäre Energie der demokratischen Umwälzung eindämmen, den revolutionären Enthusiasmus dämpfen wird, aus Angst vor dem Sieg und aus der Erwägung heraus, daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwankt.

Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte, sagte Marx.<sup>31</sup> Die Revolutionen sind Festtage der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Nie vermag die Volksmasse als ein so aktiver Schöpfer neuer gesellschaftlicher Zustände aufzutreten wie während der Revolution. Gemessen an dem engen, kleinbürgerlichen Maßstab des allmählichen Fortschritts ist das Volk in solchen Zeiten fähig, Wunder zu wirken. Es ist aber notwendig, daß in einer solchen Zeit auch die Führer der revolutionären Parteien ihre Aufgaben breiter und kühner stellen, daß ihre Losungen der revolutionären Initiative der Masse stets vorangehen, ihr als Fanal dienen, unser demokratisches und sozialistisches Ideal in seiner ganzen Erhabenheit und seiner ganzen Schönheit zeigen und den nächsten, den direktesten Weg zum vollen, unbedingten und entscheidenden Sieg weisen. Überlassen wir es den Opportunisten der um das „Oswoboshdenije“ gruppierten Bourgeoisie, aus Angst vor der Revolution und aus Angst vor dem direkten Weg Umwege, Schleichwege und Kompromißwege auszutüfteln. Sollte man uns mit Gewalt zwingen, uns auf solchen Wegen dahinzuschleppen, so werden wir auch in der täglichen Kleinarbeit unsere Pflicht zu tun wissen. Vorerst aber soll rücksichtsloser Kampf über die Wahl des Weges entscheiden. Wir würden uns als Verräter und Abtrünnige der Revolution erweisen, wollten wir diese festtägliche Energie der Massen und ihren revolutionären Enthusiasmus nicht für den rücksichtslosen, hingebungsvollen Kampf um den direkten und entscheidenden Weg ausnutzen. Mögen die Opportunisten der Bourgeoisie feige an die

künftige Reaktion denken. Die Arbeiter wird nichts schrecken, weder der Gedanke, daß die Reaktion sich anschickt, furchtbar zu sein, noch der Gedanke, daß die Bourgeoisie sich anschickt, abzuschwenken. Die Arbeiter erwarten keine Kompromisse und bitten nicht um Almosen; sie trachten danach, die reaktionären Kräfte rücksichtslos zu zerschlagen, d. h. die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft* zu errichten.

Ohne Frage drohen in einer stürmischen Zeit unserem Parteischiff mehr Gefahren als beim stillen „Dahingleiten“ des liberalen Fortschritts, der ein qualvoll-langsameres Auspressen der Lebensäfte der Arbeiterklasse durch ihre Ausbeuter bedeutet. Ohne Frage sind die Aufgaben der revolutionär-demokratischen Diktatur tausendmal schwieriger und komplizierter als die Aufgaben der „äußersten Opposition“ und des nur parlamentarischen Kampfes. Wer es aber im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt fertigbringt, bewußt das friedliche Dahingleiten und den Weg der gefahrlosen „Opposition“ vorzuziehen, der soll sich lieber eine Zeitlang von der sozialdemokratischen Arbeit fernhalten und abwarten, bis die Revolution zu Ende geht, bis der Festtag vorbei ist und der Alltag wieder beginnt, bis sein beschränktes Alltagsmaß nicht mehr eine so widerwärtige Dissonanz, eine so abscheuliche Verzerrung der Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse sein wird.

An der Spitze des gesamten Volkes und besonders der Bauernschaft — für die volle Freiheit, für die konsequente demokratische Umwälzung, für die Republik! An der Spitze aller Werktätigen und Ausgebeuteten — für den Sozialismus! Das muß in der Tat die Politik des revolutionären Proletariats sein, so muß die Klassenlosung lauten, die während der Revolution die Lösung jeder taktischen Frage und jeden praktischen Schritt der Arbeiterpartei durchdringen und bestimmen muß.

## NACHWORT

Noch einmal das Oswoboshdenizentum,  
noch einmal der Neuiskrismus

Die Nummern 71 und 72 des „Oswoboshdenije“ sowie 102 und 103 der „Iskra“ haben neues, überaus reiches Material zu der von uns in Abschnitt 8 unserer Broschüre behandelten Frage geliefert. Da wir außerstande sind, hier dieses ganze reichhaltige Material zu verwenden, wollen wir nur auf das Wichtigste eingehen: erstens darauf, welchen „Realismus“ in der Sozialdemokratie das „Oswoboshdenije“ über den grünen Klee lobt und warum es ihn loben muß; zweitens darauf, wie sich die Begriffe Revolution und Diktatur zueinander verhalten.

### I. WOFÜR LOBEN DIE BÜRGERLICH-LIBERALEN REALISTEN DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN „REALISTEN“ ?

Die Artikel „Die Spaltung in der russischen Sozialdemokratie“ und „Der Triumph des gesunden Menschenverstands“ (Nr. 72 des „Oswoboshdenije“) sind ein für die klassenbewußten Proletarier außerordentlich wertvolles Urteil der Vertreter der liberalen Bourgeoisie über die Sozialdemokratie. Man kann jedem Sozialdemokraten nicht genug empfehlen, sich mit diesen Artikeln in ihrem vollen Wortlaut bekannt zu machen und über jeden Satz darin *nachzudenken*. Zunächst wollen wir die wichtigsten Stellen der beiden Artikel wiedergeben:

„Für den außenstehenden Beobachter“, sagt das „Oswoboshdenije“, „ist es ziemlich schwierig, den realen politischen Sinn der Meinungsverschiedenheiten zu erfassen, welche die Sozialdemokratie in zwei Fraktionen gespalten haben. Die Erklärung, daß die Fraktion der ‚Mehrheit‘ die radikalere und konsequen-

tere sei, zum Unterschied von der ‚Minderheit‘, die im Interesse der Sache gewisse Kompromisse zulasse, ist nicht ganz genau und stellt jedenfalls keine erschöpfende Charakteristik dar. Wenigstens hütet die Fraktion der Minderheit die traditionellen Dogmen der marxistischen Orthodoxie wohl mit noch größerer Eifersucht als die Fraktion Lenins. Genauer scheint uns folgende Charakteristik zu sein. Die politische Grundstimmung der ‚Mehrheit‘ bildet abstrakter Revolutionarismus, Rebellentum, das Bestreben, mit beliebigen Mitteln einen Aufstand der Volksmassen herbeizuführen und in ihrem Namen unverzüglich die Macht zu ergreifen; das bringt die ‚Leninisten‘ bis zu einem gewissen Grade den Sozialrevolutionären nahe und verdrängt in ihrem Bewußtsein die Idee des Klassenkampfes durch die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution; während sich die ‚Leninisten‘ in ihrer Praxis von vielen Beschränktheiten der sozialdemokratischen Doktrin lossagen, sind sie andererseits bis ins innerste Mark von der Beschränktheit des Revolutionarismus durchdrungen, verzichten auf jede praktische Arbeit außer der Vorbereitung des sofortigen Aufstands und ignorieren grundsätzlich alle Formen der legalen und halblegalen Agitation und alle Arten praktisch-nützlicher Kompromisse mit anderen oppositionellen Strömungen. Die Minderheit dagegen hält sich zwar streng an das marxistische Dogma, bewahrt aber zugleich auch die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung. Die Grundidee dieser Fraktion ist die Gegenüberstellung der Interessen des ‚Proletariats‘ und der Interessen der Bourgeoisie. Doch andererseits denkt sie über den Kampf des Proletariats — selbstverständlich in den bestimmten Grenzen, die von den unerschütterlichen Dogmen der Sozialdemokratie diktiert werden — realistisch nüchtern, mit klarer Erkenntnis aller konkreten Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes. Beide Fraktionen führen ihren grundlegenden Standpunkt nicht ganz folgerichtig durch, da sie in ihrem geistig-politischen Schaffen an die starren Formeln des sozialdemokratischen Katechismus gebunden sind, welche die ‚Leninisten‘ hindern, konsequente Rebellen nach dem Muster wenigstens einiger Sozialrevolutionäre zu werden, und die ‚Iskristen‘ hindern, praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu werden.“

Der Artikelschreiber des „Oswoboshdenije“ führt dann den Inhalt der wichtigsten Resolutionen an und erläutert durch einige konkrete Bemerkungen zu ihnen seinen allgemeinen „Gedankengang“. Verglichen mit dem III. Parteitag, sagt er, „verhält sich die Konferenz der Minderheit völlig anders zum bewaffneten Aufstand“. Der Unterschied der Resolutionen über die provisorische Regierung „hängt mit der Einstellung zum bewaffneten Aufstand zusammen“. „Eine ebensolche Meinungsverschiedenheit tritt auch in der Einstellung zu den Gewerkschaftsverbänden der Arbeiter zutage. Die ‚Leninisten‘ haben in ihren



Resolutionen diesen wichtigsten Ausgangspunkt für die politische Erziehung und Organisation der Arbeiterklasse mit keiner Silbe erwähnt. Die Minderheit dagegen hat eine sehr ernste Resolution ausgearbeitet.“ In bezug auf die Liberalen seien sich beide Fraktionen einig, aber der III. Parteitag „wiederholt fast wörtlich die vom II. Parteitag angenommene Resolution Plechanows über die Stellung zu den Liberalen und verwirft die auf demselben Parteitag angenommene, den Liberalen gewogenere Resolution Starowers“. Bei sonst allgemeiner Gleichartigkeit der Resolutionen des Parteitags und der Konferenz über die Bauernbewegung „unterstreicht die ‚Mehrheit‘ mehr die Idee der revolutionären Konfiskation der gutsherrlichen und anderer Ländereien, während die ‚Minderheit‘ die Forderungen demokratischer Reformen in Staat und Verwaltung zur Grundlage ihrer Agitation machen will“.

Schließlich zitiert das „Oswoboshdenije“ aus Nr. 100 der „Iskra“ eine menschwistische Resolution, deren Hauptpunkt lautet: „In der Erwägung, daß gegenwärtig die illegale Arbeit allein der Masse keine genügende Garantie für ihre Beteiligung am Parteileben bietet und teilweise dazu führt, daß die Masse als solche der Partei als illegaler Organisation entgegengestellt wird, muß die Partei die Leitung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter auf legalem Boden in die Hand nehmen und diesen Kampf mit den Aufgaben der Sozialdemokratie eng verbinden.“ Anlässlich dieser Resolution ruft das „Oswoboshdenije“ aus: „Wir begrüßen diese Resolution aufs wärmste als einen Triumph des gesunden Menschenverstands, als taktische Erleuchtung eines bestimmten Teils der sozialdemokratischen Partei.“

Jetzt hat der Leser alle wesentlichen Urteile des „Oswoboshdenije“ vor sich. Selbstverständlich wäre es der größte Fehler, diese Urteile in dem Sinne für richtig zu halten, daß sie der objektiven Wahrheit entsprechen. Jeder Sozialdemokrat wird in ihnen mit Leichtigkeit auf Schritt und Tritt Fehler entdecken. Es wäre naiv, zu vergessen, daß alle diese Urteile durch und durch den Interessen und dem Standpunkt der liberalen Bourgeoisie entsprechen, daß sie in diesem Sinne durch und durch parteiisch und tendenziös sind. Sie widerspiegeln die Auffassungen der Sozialdemokratie genauso, wie ein konkaver oder konvexer Spiegel die Gegenstände widerspiegelt. Ein noch größerer Fehler aber wäre es, zu vergessen, daß diese bürgerlich verzerrten Urteile letzten Endes die wirklichen Interessen der Bourgeoisie widerspiegeln, die als Klasse zweifellos richtig versteht, welche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie ihr, der Bourgeoisie, vorteilhaft, nahe, verwandt, sympathisch und welche ihr schädlich, fern, fremd, unsympathisch sind. Ein bürgerlicher Philosoph oder ein

bürgerlicher Publizist wird die Sozialdemokratie nie richtig verstehen, weder die menschowistische noch die bolschewistische Sozialdemokratie. Wenn er aber ein auch nur halbwegs kluger Publizist ist, so wird ihn sein Klasseninstinkt nicht täuschen, und er wird die Bedeutung der einen oder anderen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie immer im Wesentlichen richtig erfassen, wenn er sie auch verkehrt darstellt. Der Klasseninstinkt unseres Feindes und sein Klassenurteil verdienen daher stets die ernsteste Aufmerksamkeit jedes klassenbewußten Proletariers.

Was sagt uns nun der Klasseninstinkt der russischen Bourgeoisie durch den Mund der Oswoboshdenzen?

Er bringt völlig eindeutig seine Zufriedenheit mit den Tendenzen des Neuskriismus zum Ausdruck, lobt seinen Realismus, seine Nüchternheit, den Triumph des gesunden Menschenverstands, den Ernst der Resolutionen, die taktische Erleuchtung, den praktischen Sinn usw. — und er bringt seinen Unwillen über die Tendenzen des III. Parteitags zum Ausdruck, tadelt ihn wegen seiner Beschränktheit, seines Revolutionarismus, seines Rebellentums, seiner Ablehnung praktisch-nützlicher Kompromisse usw. Der Klasseninstinkt der Bourgeoisie diktiert ihr gerade das, was in unserer Literatur schon wiederholt mit genauen Tatsachen bewiesen worden ist, nämlich daß die Neuskristen den opportunistischen, ihre Gegner aber den revolutionären Flügel der heutigen russischen Sozialdemokratie bilden. Die Liberalen können nicht umhin, mit den Tendenzen der ersteren zu sympathisieren und die Tendenzen der letzteren zu tadeln. Als Ideologen der Bourgeoisie verstehen die Liberalen ausgezeichnet, daß „der praktische Sinn, die Nüchternheit, der Ernst“ der Arbeiterklasse, d. h. die faktische Beschränkung ihres Tätigkeitsgebiets auf den Rahmen des Kapitalismus, auf Reformen, auf gewerkschaftlichen Kampf usw. für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Gefährlich und bedrohlich ist für die Bourgeoisie die „revolutionaristische Beschränktheit“ des Proletariats und sein Bestreben, im Namen seiner Klassenaufgaben die führende Rolle in der allgemeinen russischen Volksrevolution zu übernehmen.

Daß die Oswoboshdenzen das Wort „Realismus“ tatsächlich in diesem Sinn auffassen, ersieht man unter anderem daraus, wie das „Oswoboshdenije“ und Herr Struve es früher angewandt haben. Die „Iskra“ selbst mußte wohl oder übel zugeben, daß „Realismus“ bei den Oswoboshden-

zen diese Bedeutung hat. Man erinnere sich zum Beispiel des Artikels „Es ist Zeit!“ in der Beilage zu Nr. 73/74 der „Iskra“. Der Verfasser dieses Artikels (ein konsequenter Verkünder der Ansichten des „Sumpfes“ auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) äußerte unumwunden seine Meinung, daß „Akimow auf dem Parteitag eher die Rolle eines Gespenstes des Opportunismus als seines wirklichen Vertreters gespielt hat“. Und die Redaktion der „Iskra“ war sofort genötigt, den Verfasser des Artikels „Es ist Zeit!“ dadurch richtigzustellen, daß sie in einer Anmerkung erklärte:

„Dieser Meinung können wir nicht zustimmen. Die programmatischen Auffassungen des Gen. Akimow tragen das unverkennbare Gepräge des Opportunismus, was auch der Kritiker des ‚Oswoboshdenije‘ in einer der letzten Nummern anerkennt, indem er feststellt, daß Gen. Akimow der ‚realistischen‘ — lies: revisionistischen — Richtung angehört.“

Also weiß die „Iskra“ selbst sehr gut, daß der „Realismus“ der Oswoboshdenzen eben Opportunismus ist und nichts anderes. Wenn die „Iskra“ jetzt bei ihren Angriffen gegen den „liberalen Realismus“ (Nr. 102 der „Iskra“) verschweigt, wie sie wegen ihres Realismus von den Liberalen gelobt worden ist, so erklärt sich dieses Schweigen daraus, daß ein solches Lob bitterer ist als jeder Tadel. Solches Lob (vom „Oswoboshdenije“ nicht zufällig und nicht zum erstenmal gespendet) beweist in der Tat die Verwandtschaft des liberalen Realismus mit jenen Tendenzen des sozialdemokratischen „Realismus“ (lies: Opportunismus), die infolge der Fehlerhaftigkeit der ganzen taktischen Position der Neutiskristen in jeder ihrer Resolutionen sichtbar sind.

In der Tat, die russische Bourgeoisie hat ihre Inkonsequenz und ihren Eigennutz in der „allgemeinen Volks“revolution schon hinreichend offenbart — offenbart sowohl durch die Betrachtungen des Herrn Struve als auch durch den ganzen Ton und Inhalt einer Masse liberaler Zeitungen und durch den Charakter des politischen Auftretens einer Menge von Semstwoleuten, einer Menge von Intellektuellen, überhaupt aller möglichen Anhänger der Herren Trubezkoi, Petrunzewitsch, Roditschew und Co. Die Bourgeoisie versteht freilich nicht immer klar, erfaßt aber im großen und ganzen mit ihrem Klasseninstinkt ausgezeichnet, daß einerseits das Proletariat und das „Volk“ für ihre Revolution als Kanonenfutter, als Sturmbock gegen die Selbstherrschaft nützlich sind, daß ander-

seits aber das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft für sie furchtbar gefährlich sind, falls sie den „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ erringen und die demokratische Revolution zu Ende führen sollten. Deshalb trachtet die Bourgeoisie mit allen Kräften danach, daß sich das Proletariat mit einer „bescheidenen“ Rolle in der Revolution begnüge, daß es nüchterner, praktischer, realistischer sei, daß seine Tätigkeit durch das Prinzip bestimmt werde, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt“.

Die intelligenten Bourgeois wissen ausgezeichnet, daß sie die Arbeiterbewegung nicht aus der Welt schaffen können. Darum treten sie gar nicht gegen die Arbeiterbewegung, gegen den Klassenkampf des Proletariats auf — nein, sie erweisen der Streikfreiheit und dem zivilisierten Klassenkampf sogar jede Reverenz, wobei sie die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf im Brentanoschen oder Hirsch-Dunckerschen Sinne auffassen. Mit anderen Worten, sie sind durchaus bereit, den Arbeitern die (faktisch von den Arbeitern selbst schon fast errungene) Streik- und Koalitionsfreiheit „zuzugestehen“, nur damit die Arbeiter auf das „Rebellen-tum“, auf den „beschränkten Revolutionarismus“, auf die Feindschaft gegen die „praktisch-nützlichen Kompromisse“, auf die Ansprüche und Bestrebungen verzichten, der „allgemeinen russischen Volksrevolution“ den Stempel ihres Klassenkampfes, den Stempel der proletarischen Konsequenz, der proletarischen Entschlossenheit, des „plebejischen Jakobiner-tums“ aufzudrücken. Die intelligenten Bourgeois ganz Rußlands bemühen sich deshalb aus allen Kräften, den Arbeitern durch tausenderlei Mittel und Wege — Bücher\*, Vorlesungen, Reden, Diskussionen usw. — die Ideen der (bürgerlichen) Nüchternheit, des (liberalen) praktischen Sinns, des (opportunistischen) Realismus, des (Brentanoschen) Klassenkampfes, der (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaften<sup>32</sup> u. dgl. m. einzulösen. Die beiden letzten Losungen sind für die Bourgeois der „konstitutionell-demokratischen“ oder „Befreiungs“-Partei besonders bequem, denn sie stimmen äußerlich mit den marxistischen überein und können, wenn man hier ein wenig verschweigt und dort ein bißchen verdreht, leicht mit den sozialdemokratischen Losungen verwechselt, ja manchmal sogar als sozialdemokratische Losungen ausgegeben werden. Da schreibt z. B. die legale liberale Zeitung „Rasswet“ [Morgendämmerung] (über die wir uns mit den Lesern des „Proletari“ ein andermal ausführlicher unterhalten wollen)

\* Siehe Prokopowitsch, „Die Arbeiterfrage in Rußland“.

über den Klassenkampf, über den möglichen Betrug der Bourgeoisie am Proletariat, über die Arbeiterbewegung, über die Selbsttätigkeit des Proletariats usw. usf. nicht selten derart „kühne“ Dinge, daß ein unaufmerksamer Leser oder ein unaufgeklärter Arbeiter ihren „Sozialdemokratismus“ leicht für bare Münze nehmen können. In Wirklichkeit aber ist das eine bürgerliche Fälschung des Sozialdemokratismus, eine opportunistische Verdrehung und Entstellung des Begriffs Klassenkampf.

Dieser ganzen gigantischen (hinsichtlich der Beeinflussung der Massen) bürgerlichen Unterschlebung liegt die Tendenz zugrunde, die Arbeiterbewegung vorwiegend auf die Gewerkschaftsbewegung zu beschränken, sie von einer selbständigen (d. h. revolutionären und auf die demokratische Diktatur gerichteten) Politik fernzuhalten, „im Bewußtsein der Arbeiter die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die Idee des Klassenkampfes zu verdrängen“.

Wie der Leser sieht, haben wir die Formulierung des „Oswoboshdenije“ auf den Kopf gestellt. Es ist eine prachtvolle Formulierung, welche die zwei Ansichten über die Rolle des Proletariats in der demokratischen Revolution, die bürgerliche und die sozialdemokratische Ansicht, ausgezeichnet zum Ausdruck bringt. Die Bourgeoisie möchte das Proletariat allein auf die Gewerkschaftsbewegung beschränken und damit „im Bewußtsein der Arbeiter die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die (*Brentanosche*) Idee des Klassenkampfes verdrängen“ — ganz im Geiste der bernsteinianischen Verfasser des „Credos“, die im Bewußtsein der Arbeiter die Idee des politischen Kampfes durch die Idee der „reinen Arbeiter“bewegung verdrängten. Die Sozialdemokratie dagegen möchte den Klassenkampf des Proletariats bis zu dessen führender Teilnahme an der allgemeinen russischen Volksrevolution ausdehnen, d. h. diese Revolution bis zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führen.

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Bourgeoisie dem Proletariat. — Darum mußt du dich, als besondere Klasse, auf deinen Klassenkampf beschränken, mußt im Namen des „gesunden Menschenverstands“ dein Hauptaugenmerk auf die Gewerkschaftsverbände und ihre Legalisierung richten. Du mußt gerade diese Gewerkschaftsverbände als den „wichtigsten Ausgangspunkt deiner politischen Erziehung und Organisation“ betrachten, mußt im revolutionären Augen-

blick vorwiegend „ernste“ Resolutionen im Geiste der Neuskristen verfassen und muß die Resolutionen, die „den Liberalen gewogener“ sind, mit Sorgfalt behandeln. Du mußt solchen Führern den Vorzug geben, die die Tendenz haben, „praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse“ zu werden, mußt dir „die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung bewahren“ (falls du bedauerlicherweise schon von den „starrten Formeln“ dieses „unwissenschaftlichen“ Katechismus angesteckt worden bist).

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Sozialdemokratie dem Proletariat. — Darum mußt du, als die fortgeschrittenste und einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse, nicht nur die energischste, sondern auch die führende Teilnahme an ihr anstreben. Darum darfst du dich nicht in einen eng verstandenen Rahmen des Klassenkampfes, hauptsächlich im Sinne der Gewerkschaftsbewegung, einfügen, sondern mußt umgekehrt danach streben, den Rahmen und den Inhalt deines Klassenkampfes so weit auszudehnen, daß er nicht nur *alle* Aufgaben der gegenwärtigen, demokratischen, allgemeinen russischen Volksrevolution, sondern auch die Aufgaben der künftigen sozialistischen Revolution *umfaßt*. Darum mußt du, ohne die Gewerkschaftsbewegung zu ignorieren und ohne auf die Ausnutzung der geringsten legalen Möglichkeit zu verzichten, in der Epoche der Revolution die Aufgaben des bewaffneten Aufstands, der Schaffung einer revolutionären Armee und der Bildung einer revolutionären Regierung in den Vordergrund rücken, als den einzigen Weg zum vollen Sieg des Volkes über den Zarismus, zur Erkämpfung der demokratischen Republik und wirklicher politischer Freiheit.

Es erübrigt sich, davon zu sprechen, welche halbschlächtige, inkonsequente und der Bourgeoisie natürlich sympathische Stellung die Resolutionen der Neuskristen infolge ihrer falschen „Linie“ in dieser Frage bezogen haben.

## II. EINE NEUE „VERTIEFUNG“ DER FRAGE DURCH GENOSSEN MARTYNOW

Gehen wir zu den Artikeln Martynows in Nr. 102 und 103 der „Iskra“ über. Selbstverständlich werden wir auf Martynows Versuche, die Unrichtigkeit unserer und die Richtigkeit seiner Auslegung verschiedener

Zitate von Engels und Marx zu beweisen, nicht antworten. Diese Versuche sind so unernst, die Ausflüchte Martynows sind so offensichtlich, und die Frage ist so klar, daß es uninteressant wäre, noch einmal darauf einzugehen. Jeder denkende Leser wird sich in den unkomplizierten Schlichen des Martynowschen Rückzugs auf der ganzen Linie leicht selbst zu rechtfinden, besonders wenn die vollständigen Übersetzungen der Broschüre von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit“ und von Marx’ „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ (der Kommunisten) vom März 1850<sup>88</sup> erscheinen, die durch eine Gruppe von Mitarbeitern des „Proletari“ vorbereitet werden. Es genügt ein einziges Zitat aus dem Artikel Martynows, um dem Leser seinen Rückzug zu veranschaulichen.

Die „Iskra“, sagt Martynow in Nr. 103, „erkennt an, daß die Bildung einer provisorischen Regierung einen möglichen und zweckmäßigen Entwicklungsweg der Revolution darstellt, sie bestreitet aber die Zweckmäßigkeit der Teilnahme der Sozialdemokraten an einer *bürgerlichen* provisorischen Regierung, und zwar im Interesse der künftigen vollständigen Inbesitznahme der Staatsmaschinerie für die sozialdemokratische Umwälzung“. Mit anderen Worten: Die „Iskra“ gibt jetzt zu, wie unsinnig alle ihre Ängste waren, daß die revolutionäre Regierung die Verantwortung für die Staatskasse und die Banken zu tragen habe, daß es gefährlich und unmöglich sei, die „Gefängnisse“ in die eigene Hand zu nehmen u. dgl. m. Die „Iskra“ stiftet nur nach wie vor dadurch Verwirrung, daß sie die demokratische und die sozialistische Diktatur durcheinanderwirft. Die Verwirrung ist indes unvermeidlich, um den Rückzug zu decken.

Doch unter den Wirrköpfen der neuen „Iskra“ ragt Martynow als ein Wirrkopf ersten Ranges, als ein, wenn man sich so ausdrücken darf, talentierter Wirrkopf hervor. Krampfhaft bemüht, die Frage „zu vertiefen“, verwirrt er sie nur, und „ersinnt“ dabei fast immer neue Formulierungen, welche die ganze Falschheit der von ihm eingenommenen Stellung unübertrefflich beleuchten. Man erinnere sich, wie er in den Zeiten des „Ökonomismus“ Plechanow „vertiefte“ und die Formel schuf: „Ökonomischer Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung.“ Man wird in der ganzen Literatur der Ökonomen schwerlich einen treffenderen Ausdruck für die ganze Falschheit dieser Richtung finden. So auch jetzt. Martynow dient eifrig der neuen „Iskra“, gibt uns aber fast jedesmal,

wenn er das Wort ergreift, neues und großartiges Material an die Hand für die Einschätzung der falschen neuiskristischen Position. In Nr. 102 erklärt er, Lenin habe „unmerklich die Begriffe Revolution und Diktatur vertauscht“ (S. 3, Spalte 2).

Auf diese Beschuldigung laufen im Grunde alle Beschuldigungen der Neuiskristen gegen uns hinaus. Und wie dankbar sind wir Martynow für diese Beschuldigung! Welch unschätzbaren Dienst erweist er uns im Kampf gegen den Neuiskrismus durch eine solche Formulierung seiner Beschuldigung! Wir sollten die Redaktion der „Iskra“ wirklich bitten, Martynow möglichst oft zur „Vertiefung“ und zur „wahrhaft prinzipiellen“ Formulierung der Angriffe gegen den „Proletari“ loszulassen. Denn je prinzipieller Martynow zu argumentieren bemüht ist, um so schlimmer verrennt er sich, um so deutlicher zeigt er die Blößen des Neuiskrismus und mit um so größerem Erfolg vollzieht er an sich selbst und seinen Freunden die nützliche pädagogische Operation: *reductio ad absurdum* (führt er die Prinzipien der neuen „Iskra“ ad absurdum).

Der „Wperjod“ und der „Proletari“ „vertauschen“ die Begriffe Revolution und Diktatur. Die „Iskra“ will eine solche „Vertauschung“ nicht. Stimmt haargenau, verehrter Gen. Martynow! Sie haben ungewollt eine große Wahrheit ausgesprochen. Sie haben durch eine *neue* Formulierung unsere These bestätigt, daß die „Iskra“ im Nachtrab der Revolution einhertrottet und ihre Aufgaben fast ebenso formuliert wie das „Oswoboshdenije“, während der „Wperjod“ und der „Proletari“ Losungen herausgeben, welche die demokratische Revolution vorwärtsführen.

Das ist Ihnen unverständlich, Gen. Martynow? Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Frage werden wir uns bemühen, Ihnen eine ausführliche Erläuterung zu geben.

Der bürgerliche Charakter der demokratischen Revolution äußert sich unter anderem darin, daß eine ganze Reihe von Klassen, Gruppen und Schichten der Gesellschaft, die durchaus auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums und der Warenwirtschaft stehen und unfähig sind, über diesen Rahmen hinauszugehen, durch die Macht der Umstände dazu kommen, die Untauglichkeit der Selbstherrschaft und überhaupt des ganzen leibeigenschaftlichen Systems einzusehen, und sich der Forderung nach Freiheit anschließen. Dabei tritt der bürgerliche Charakter *dieser* Freiheit, die von der „Gesellschaft“ gefordert und von den Gutsbesitzern



und Kapitalisten mit einem Schwall von Worten (und nur von Worten!) verteidigt wird, immer klarer zutage. Zugleich wird auch der fundamentale Unterschied zwischen dem Kampf der Arbeiter und dem Kampf der Bourgeoisie für die Freiheit, zwischen dem proletarischen und dem liberalen Demokratismus immer augenscheinlicher. Die Arbeiterklasse und ihre bewußten Vertreter schreiten vorwärts und treiben diesen Kampf vorwärts, wobei sie sich keineswegs fürchten, diesen Kampf zu Ende zu führen, ja sogar noch viel weiter streben, als selbst das weitest gesteckte Ziel der demokratischen Revolution reicht. Die Bourgeoisie ist inkonsequent und eigennützig, sie akzeptiert die Losungen der Freiheit nur unvollständig und heuchlerisch. Jedweder Versuch, durch eine besondere Linie, durch besonders ausgearbeitete „Punkte“ (nach Art der Punkte in der Resolution Starowers oder der Konferenzler) die Grenzen festzusetzen, jenseits welcher die Heuchelei der bürgerlichen Freiheitsfreunde oder, wenn man will, der Verrat der Freiheit durch ihre bürgerlichen Freunde beginnt, ist unweigerlich zum Scheitern verurteilt, denn die Bourgeoisie, die zwischen zwei Feuer (Selbstherrschaft und Proletariat) geraten ist, kann auf tausenderlei Wegen und mit tausenderlei Mitteln ihre Stellung und ihre Losungen wechseln, indem sie sich einen Zoll nach links und einen Zoll nach rechts anpaßt und ständig schwächert und feilscht. Die Aufgabe des proletarischen Demokratismus besteht nicht im Ausklügeln solcher toten „Punkte“, sondern in der unermüdlichen Kritik an der sich entwickelnden politischen Situation, in der Anprangerung aller neuen, immer neuen, vorher gar nicht vorauszu sehenden Fälle von Inkonsequenz und Verrat der Bourgeoisie.

Man erinnere sich an die Geschichte des politischen Auftretens des Herrn Struve in der illegalen Literatur, an die Geschichte des Kampfes der Sozialdemokratie gegen ihn, und man wird anschaulich sehen, wie die Sozialdemokratie, die Vorkämpferin des proletarischen Demokratismus, diese Aufgaben erfüllt hat. Herr Struve begann mit der rein Schipowschen Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“ (siehe meinen Artikel in der „Sarja“ „Die Verfolger des Semstvos und die Hannibale des Liberalismus“\*). Die Sozialdemokratie entlarvte ihn und stieß ihn vorwärts zu einem ausgesprochen konstitutionalistischen Programm. Als sich diese

---

\* Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73. *Die Red.*

„Stöße“ dank dem besonders raschen Gang der revolutionären Ereignisse ausgewirkt hatten, richtete sich der Kampf auf die nächste Frage des Demokratismus: Nicht nur eine Verfassung schlechthin, sondern unbedingt das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht. Als wir auch diese neue Stellung des „Feindes“ (die Annahme des allgemeinen Wahlrechts durch den „Bund der Befreiung“) „erobert“ hatten, begannen wir weiter nachzudrängen, indem wir zeigten, daß das Zweikammersystem Heuchelei und Schwindel ist und daß die Oswoboshdenzen das allgemeine Wahlrecht nur unvollständig anerkennen, indem wir an ihrem *Monarchismus* nachwiesen, daß sie mit ihrem Demokratismus Geschäfte machen oder, anders ausgedrückt, daß diese „Oswoboshdenije“-Helden des Geldsacks mit den Interessen der großen russischen Revolution *Schacher* treiben.

Die verbohrte Hartnäckigkeit der Selbstherrschaft, der gigantische Fortschritt des Bürgerkriegs und die ausweglose Lage, in welche die Monarchisten Rußland gebracht hatten, zwang schließlich auch die Begriffsstutzigsten zur Einsicht. Die Revolution wurde zur *Tatsache*. Man brauchte nicht mehr ein Revolutionär zu sein, um die Revolution anzuerkennen. Die absolutistische Regierung zersetzte sich faktisch und zersetzt sich vor aller Augen. Wie ein Liberaler (Herr Gredeskul) in einer legalen Zeitung mit Recht bemerkt hat, kam es zur faktischen Unbotmäßigkeit gegenüber dieser Regierung. Bei all ihrer scheinbaren Macht erwies sich die Selbstherrschaft als machtlos, die Ereignisse der sich entwickelnden Revolution begannen diesen bei lebendigem Leibe verwesenden parasitären Organismus einfach beiseite zu schieben. Gezwungen, ihre Tätigkeit (oder richtiger gesagt: ihre politischen Geschäfte) auf dem Boden der gegebenen, faktisch entstandenen Verhältnisse aufzubauen, sahen sich die liberalen Bourgeois mit der Zeit vor die *Notwendigkeit* gestellt, die Revolution anzuerkennen. Sie tun das, nicht weil sie Revolutionäre sind, sondern obwohl sie keine Revolutionäre sind. Sie tun das notgedrungen und gegen ihren Willen, sehen mit Ingrimm die Erfolge der Revolution und bezichtigen die Selbstherrschaft, die kein Kompromiß will, sondern Kampf auf Leben und Tod, sie fördere die Revolution, aber die Umstände zwingen sie, sich auf den Boden der Revolution zu stellen, denn einen anderen Boden haben sie nicht unter den Füßen.

Wir wohnen einem höchst lehrreichen und höchst komischen Schauspiel bei. Die Prostituierten des bürgerlichen Liberalismus versuchen, sich in die revolutionäre Toga zu hüllen. Die Oswoboshdenzen — risum teneatis, amici!\* — die Oswoboshdenzen beginnen im Namen der Revolution zu sprechen! Die Oswoboshdenzen beginnen zu versichern, daß sie „die Revolution nicht fürchten“ (Herr Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije“)!!! Die Oswoboshdenzen erheben den Anspruch, „an die Spitze der Revolution zu treten“!!!

Das ist eine höchst bezeichnende Erscheinung, und sie kennzeichnet nicht nur den Fortschritt des bürgerlichen Liberalismus, sondern noch mehr den Fortschritt der realen Erfolge der revolutionären Bewegung, die sich ihre Anerkennung *erzwingen* hat. Sogar die Bourgeoisie beginnt zu fühlen, daß es vorteilhafter ist, sich auf den Boden der Revolution zu stellen — so sehr ist die Selbstherrschaft ins Wanken geraten. Andererseits aber stellt uns diese Erscheinung, die vom Aufstieg der ganzen Bewegung auf eine neue, eine höhere Stufe zeugt, auch neue und höhere Aufgaben. Die Anerkennung der Revolution durch die Bourgeoisie kann nicht aufrichtig sein, ganz unabhängig von der persönlichen Ehrlichkeit des einen oder anderen bürgerlichen Ideologen. Die Bourgeoisie kann nicht anders, als auch in dieses höhere Stadium der Bewegung ihren Eigennutz und ihre Inkonsequenz, ihr Krämertum und ihre kleinlichen reaktionären Schliche mitzubringen. Auf Grund unseres Programms und in Weiterentwicklung unseres Programms müssen wir jetzt die nächsten *konkreten* Aufgaben der Revolution *anders* formulieren. Was gestern genügend war, ist heute *ungenügend*. Gestern war es vielleicht genügend, als fortschrittliche demokratische Losung die Anerkennung der Revolution zu fordern. Jetzt ist das zuwenig. Die Revolution hat sogar Herrn Struve gezwungen, sie anzuerkennen. Jetzt wird von der fortgeschrittensten Klasse verlangt, daß sie den *eigentlichen Inhalt* der aktuellen und unaufschiebbaren Aufgaben dieser Revolution genau bestimme. Die Herren Struve erkennen zwar die Revolution an, aber immer wieder sieht man gleich ihre Eselsohren, aufs neue stimmen sie das alte Liedchen an, daß ein friedlicher Ausgang möglich sei, daß *Nikolaus* die Herren Oswoboshdenzen zur Macht berufen werde usw. usf. Die Herren Oswoboshdenzen erkennen die Revolution an, um desto gefahrloser für sich diese Revolution zu eskamotieren, sie

\* Haltet das Lachen zurück, Freunde!

zu verraten. Unsere Sache ist es jetzt, dem Proletariat und dem ganzen Volk zu sagen, daß die Losung Revolution ungenügend ist, darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, den *eigentlichen Inhalt* der Revolution klar und eindeutig, konsequent und entschieden zu bestimmen. Und eine solche Bestimmung ist eben die Losung, die allein geeignet ist, den „entscheidenden Sieg“ der Revolution richtig auszudrücken, nämlich die Losung: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft<sup>84</sup>.

Mißbrauch mit Worten ist eine sehr alltägliche Erscheinung in der Politik. Als „Sozialisten“ bezeichneten sich beispielsweise oft genug sowohl die Anhänger des englischen bürgerlichen Liberalismus („wir alle sind jetzt Sozialisten“ — „we all are socialists now“, sagte Harcourt) als auch die Anhänger Bismarcks und die Freunde des Papstes Leo XIII. Das Wort „Revolution“ eignet sich ebenfalls sehr gut zum Mißbrauch, und in einem bestimmten Entwicklungsstadium der Bewegung ist ein solcher Mißbrauch unausbleiblich. Als Herr Struve anfang, im Namen der Revolution zu sprechen, erinnerten wir uns unwillkürlich Thiers'. Wenige Tage vor der Februarrevolution witterte diese Zwergmißgeburt, dieser vollendetste geistige Ausdruck der politischen Käuflichkeit der Bourgeoisie, in der Luft das Herannahen einer Volksbewegung. Und er erklärte in der Deputiertenkammer, daß er zur *Partei der Revolution gehöre!* (Siehe Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“<sup>85</sup>.) Die politische Bedeutung des Übergangs der Oswoboshdenzen zur Partei der Revolution ist mit diesem „Übergang“ Thiers' *völlig identisch*. Beginnen die russischen Thiers von ihrer Zugehörigkeit zur Partei der Revolution zu sprechen, so heißt das, daß die Losung Revolution ungenügend und nichtssagend geworden ist, daß sie die Aufgaben nicht bestimmt, denn die Revolution ist zur Tatsache geworden, und auf ihre Seite haben sich die verschiedenartigsten Elemente geschlagen.

In der Tat, was bedeutet Revolution vom marxistischen Standpunkt aus? Gewaltsame Zerstörung des überlebten politischen Überbaus, dessen Widerspruch zu den neuen Produktionsverhältnissen in einem bestimmten Zeitpunkt zu seinem Zusammenbruch geführt hat. Der Widerspruch der Selbstherrschaft zur ganzen Struktur des kapitalistischen Rußlands, zu allen Erfordernissen seiner bürgerlich-demokratischen Entwicklung, hat jetzt zu einem um so stärkeren Zusammenbruch geführt, je länger dieser

Widerspruch künstlich aufrechterhalten worden ist. Der Überbau kracht in allen Fugen, hält dem Ansturm nicht stand, verliert seinen Halt. Das Volk muß sich selbst durch die Vertreter der verschiedensten Klassen und Gruppen einen neuen Überbau schaffen. In einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung wird die Untauglichkeit des alten Überbaus allen klar. Alle erkennen die Revolution an. Jetzt ist es die Aufgabe, zu bestimmen, *welche* Klassen den neuen Überbau errichten und *wie* sie das tun sollen. Ohne eine solche Bestimmung ist die Losung Revolution im gegenwärtigen Augenblick leer und inhaltslos, denn die Schwäche der Selbstherrschaft macht auch Großfürsten und die „Moskowskije Wedomosti“<sup>36</sup> zu „Revolutionären“! Ohne eine solche Bestimmung kann von den fortschrittlichen demokratischen Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse gar keine Rede sein. Und diese Bestimmung ist eben die Losung: demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Diese Losung bestimmt sowohl jene Klassen, auf die sich die neuen „Erbauer“ des neuen Überbaus stützen können und müssen, als auch dessen Charakter („demokratische“ Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen) und die Methode des Aufbaus (Diktatur, d. h. gewaltsame Unterdrückung des gewaltsamen Widerstands, Bewaffnung der revolutionären Klassen des Volkes). Wer jetzt diese Losung der revolutionär-demokratischen Diktatur, die Losung der revolutionären Armee, der revolutionären Regierung, der revolutionären Bauernkomitees nicht anerkennt, der begreift entweder die Aufgaben der Revolution nicht im geringsten, vermag ihre neuen und höheren, vom gegenwärtigen Augenblick gestellten Aufgaben nicht zu bestimmen, oder aber er betrügt das Volk und verrät die Revolution, denn er mißbraucht die Losung „Revolution“.

Der erste Fall trifft auf Gen. Martynow und seine Freunde zu, der zweite auf Herrn Struve und die ganze „konstitutionell-demokratische“ Semstwopartei.

Gen. Martynow war so scharfsinnig und geistreich, die Beschuldigung, daß die Begriffe Revolution und Diktatur „vertauscht“ würden, gerade in dem Augenblick vorzubringen, als die Entwicklung der Revolution forderte, ihre Aufgaben durch die Losung Diktatur zu bestimmen! Gen. Martynow hatte tatsächlich wieder einmal das Pech, im Nachtrab|einherzutrotten, auf der vorletzten Stufe stehenzubleiben, *sich auf dem Niveau des Oswohoshdnentums zu befinden*, denn gerade der politischen Stel-

lung der Oswoboshdenzen, d. h. den Interessen der liberalen monarchistischen Bourgeoisie, entspricht jetzt die Anerkennung der „Revolution“ (in Worten) und die ablehnende Haltung zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (d. h. zur Revolution in Taten). Die liberale Bourgeoisie spricht sich jetzt, durch den Mund des Herrn Struve, für die Revolution aus. Das klassenbewußte Proletariat fordert, durch den Mund der revolutionären Sozialdemokraten, die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Und hier mischt sich der Weise aus der neuen „Iskra“ in den Streit ein und donnert: Wagt es nicht, die Begriffe Revolution und Diktatur zu „vertauschen“! Nun, ist es etwa nicht wahr, daß die falsche Position der Neuskristen sie dazu verurteilt, ständig im Nachtrab des Oswoboshdentums einherzutrotten?

Wir haben gezeigt, daß die Oswoboshdenzen in der Anerkennung des Demokratismus (nicht unbeeinflußt von den aufmunternden Stößen der Sozialdemokratie) von Stufe zu Stufe emporsteigen. Anfangs war die Frage in unserer Polemik mit ihnen: Schipowsche Politik (Rechte und ein machtbefugtes Semstwo) oder Konstitutionalismus? Dann: beschränkte Wahlen oder allgemeines Wahlrecht? Weiter: Anerkennung der Revolution oder Maklergeschäft mit der Selbstherrschaft? Und schließlich jetzt: Anerkennung der Revolution ohne Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft oder Anerkennung der Forderung einer Diktatur dieser Klassen in der demokratischen Revolution? Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Herren Oswoboshdenzen (einerlei, ob die heutigen oder ihre Nachfolger am linken Flügel der bürgerlichen Demokratie) noch eine Stufe höher steigen, d. h. mit der Zeit (vielleicht dann, wenn Gen. Martynow noch eine Stufe höher steigt) auch die Losung der Diktatur anerkennen werden. Das wird sogar unvermeidlich so kommen, wenn die russische Revolution mit Erfolg vorwärtsschreitet und den entscheidenden Sieg erringt. Welches wird dann die Stellung der Sozialdemokratie sein? Mit dem vollen Sieg der jetzigen Revolution wird die demokratische Umwälzung zu Ende sein und der entscheidende Kampf für die sozialistische Umwälzung beginnen. Mit der Verwirklichung der Forderungen der heutigen Bauernschaft, der vollständigen Zerschlagung der Reaktion und der Eroberung der demokratischen Republik wird die Bourgeoisie und sogar die Kleinbourgeoisie völlig aufhören, revolutionär zu sein, wird der wirkliche Kampf des Proletariats für den Sozialismus beginnen. Je vollstän-

diger die demokratische Umwälzung sein wird, um so schneller, breiter, reiner und entschiedener wird sich dieser neue Kampf entfalten. Die Lösung der „demokratischen“ Diktatur bringt denn auch den historisch begrenzten Charakter der heutigen Revolution und die Notwendigkeit eines neuen Kampfes auf dem Boden der neuen Zustände für die volle Befreiung der Arbeiterklasse von jedem Joch und jeder Ausbeutung zum Ausdruck. Mit anderen Worten: Wenn die demokratische Bourgeoisie oder Kleinbourgeoisie noch eine Stufe höher gestiegen, wenn nicht nur die Revolution, sondern auch der volle Sieg der Revolution zur Tatsache geworden sein wird, dann werden wir (vielleicht unter furchtbarem Wehgeschrei neuer, künftiger Martynows) die Lösung der demokratischen Diktatur mit der Lösung der sozialistischen Diktatur des Proletariats, d. h. der vollständigen sozialistischen Umwälzung, „vertauschen“.

### III. DIE VULGAR-BÜRGERLICHE DARSTELLUNG DER DIKTATUR UND MARX' ANSICHT ÜBER DIE DIKTATUR

Mehring<sup>37</sup> erzählt in seinen einleitenden Bemerkungen zu den von ihm herausgegebenen Marxschen Artikeln aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1848, daß die bürgerliche Literatur dieser Zeitung unter anderem den Vorwurf machte, sie habe als einziges „Mittel zur Durchführung der Demokratie die sofortige Einführung der Diktatur verlangt“ (Marx' Nachlaß, Bd. III, S. 53\*). Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schließen der Begriff Diktatur und der Begriff Demokratie einander aus. Der Bourgeois, der die Theorie des Klassenkampfes nicht begreift und gewöhnt ist, in der politischen Arena den kleinlichen Zank der verschiedenen Zirkel und Koterien der Bourgeoisie zu sehen, versteht unter Diktatur die Abschaffung aller Freiheiten und Garantien der Demokratie, jegliche Willkür, jeglichen Mißbrauch der Macht im persönlichen Interesse des Diktators. Im Grunde genommen schimmert eben dieser vulgär-bürgerliche Standpunkt auch bei unserm Martynow durch, der am Schluß seines „neuen

\* „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, 2. Aufl. *Der Übers.*

Feldzugs“ in der neuen „Iskra“ die Vorliebe des „Wperjod“ und des „Proletari“ für die Losung der Diktatur damit erklärt, daß Lenin „schrecklich gern sein Glück versuchen möchte“ („Iskra“ Nr. 103, Spalte 2). Um Martynow den Begriff der Diktatur der Klasse zum Unterschied von der Diktatur einer Person und die Aufgaben der demokratischen Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen zu erklären, wird es nicht ohne Nutzen sein, auf die Ansichten der „Neuen Rheinischen Zeitung“ einzugehen.

„Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution“, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“ vom 14. September 1848, „erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen“ (preußischer Ministerpräsident nach dem 18. März 1848) „von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte. Während also Herr Camphausen sich in konstitutionellen Träumereien wiegte, verstärkte die geschlagene Partei“ (d. h. die Partei der Reaktion) „die Positionen in der Bürokratie und in der Armee, ja, wagte hier und da selbst den offenen Kampf.“<sup>38</sup>

„Die Zeitung faßt hier“, sagt mit Recht Mehring, „in wenigen Sätzen zusammen, was sie in ihren langen Abhandlungen über das Ministerium Camphausen ausführlich begründete.“ Was sagen uns diese Worte von Marx? Daß eine provisorische revolutionäre Regierung diktatorisch vorgehen muß (ein Grundsatz, den die „Iskra“, die sich vor der Losung der Diktatur scheute, durchaus nicht verstehen konnte) und daß die Aufgabe dieser Diktatur die Vernichtung der Überbleibsel der alten Institutionen ist (genau das, was in der Resolution des III. Parteitag der SDAPR über den Kampf gegen die Konterrevolution klar gesagt und in der Resolution der Konferenz, wie wir oben gezeigt haben, weggelassen ist). Drittens endlich folgt aus diesen Worten, daß Marx die bürgerlichen Demokraten wegen ihrer „konstitutionellen Träumereien“ in der Epoche der Revolution und des offenen Bürgerkriegs geißelte. Welchen Sinn diese Worte haben, ist besonders anschaulich zu ersehen aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 6. Juni 1848: „Eine konstituierende Nationalversammlung“, schrieb Marx, „muß vor allem eine aktive, revolutionär-aktive Versammlung sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil nach allerreifster Überlegung, die beste



Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nutzt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt?"<sup>39</sup>

Das ist eben der Sinn der Losung: Diktatur. Man kann daraus ersehen, wie sich Marx zu Resolutionen verhalten hätte, die den „Beschuß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren“, einen entscheidenden Sieg nennen oder die dazu auffordern, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“.

Große Fragen werden im Leben der Völker nur durch Gewalt entschieden. Die reaktionären Klassen greifen gewöhnlich als erste zur Gewalt, beginnen den Bürgerkrieg und „setzen die Bajonette auf die Tagesordnung“, wie es die russische Selbstherrschaft tat und wie sie es seit dem 9. Januar systematisch und unentwegt überall und allenthalben tut. Ist aber einmal eine solche Lage geschaffen worden, sind die Bajonette wirklich an erster Stelle auf die politische Tagesordnung gesetzt worden, hat sich der Aufstand als notwendig und unaufschiebbar herausgestellt, dann werden konstitutionelle Träumereien und parlamentarische Schulübungen zum bloßen Deckmantel des bürgerlichen Verrats an der Revolution, zum Deckmantel für das „Abschwenken“ der Bourgeoisie von der Revolution. Und dann muß die wirklich revolutionäre Klasse eben die Losung der Diktatur ausgeben.

Über die Aufgaben dieser Diktatur schrieb Marx schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Sie (die Nationalversammlung) brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären... Sie langweilt das deutsche Volk, statt es mit sich fortzureißen oder von ihm fortgerissen zu werden.“<sup>40</sup> Die Nationalversammlung hätte nach der Meinung von Marx alles tun müssen, um „aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränität widersprach“, um dann „den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränität, vor allen Angriffen sicherzustellen“<sup>41</sup>.

Folglich liefen die Aufgaben, die Marx 1848 der revolutionären Regierung oder der Diktatur stellte, ihrem Inhalt nach vor allem auf eine demokratische Umwälzung hinaus: Schutz vor der Konterrevolution und

faktische Beseitigung alles dessen, was der Volkssouveränität widerspricht. Und das ist nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur.

Nun weiter: Welche Klassen konnten und mußten nach der Meinung von Marx diese Aufgaben verwirklichen (das Prinzip der Volkssouveränität wirklich restlos durchführen und die Angriffe der Konterrevolution abwehren)? Marx spricht vom „Volk“. Wir wissen aber, daß er die kleinbürgerlichen Illusionen von der Einheit des „Volkes“ und vom Nichtvorhandensein des Klassenkampfes innerhalb des Volkes stets schonungslos bekämpft hat. Das Wort „Volk“ gebrauchte Marx, nicht um die Klassenunterschiede zu vertuschen, sondern um bestimmte Elemente zusammenzufassen, die fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen.

Nach dem Sieg des Berliner Proletariats am 18. März, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“, hätten sich zweierlei Resultate der Revolution gezeigt: „... auf der einen Seite die Volksbewaffnung, das Assoziationsrecht, die faktisch errungene Volkssouveränität; auf der andern die Beibehaltung der Monarchie und das Ministerium Camphausen-Hanseman, d. h. die Regierung der Vertreter der hohen Bourgeoisie.

Die Revolution hatte also zwei Reihen von Resultaten, die notwendig auseinandergehen mußten. Das Volk hatte gesiegt, es hatte sich Freiheiten entschieden demokratischer Natur erobert; aber die unmittelbare Herrschaft ging über, nicht in seine Hände, sondern in die der großen Bourgeoisie.

Mit einem Wort, die Revolution war nicht vollendet. Das Volk hatte die Bildung eines Ministeriums von großen Bourgeois zugelassen, und die großen Bourgeois bewiesen ihre Tendenzen sogleich dadurch, daß sie dem altpreußischen Adel und der Bürokratie eine Allianz anboten. Arnim, Kantz, Schwerin traten ins Ministerium.

*Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion“ (von uns hervorgehoben).<sup>42</sup>*

Also nicht nur der „Beschuß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren“, sondern selbst ihre wirkliche Einberufung ist für den entscheidenden Sieg der Revolution noch ungenügend! Sogar nach einem Teilsieg im bewaffneten Kampf (dem Sieg der Berliner Arbeiter über die Truppen am 18. März 1848) ist eine „nicht abgeschlossene“, „nicht vollendete“ Revolution möglich. Wovon hängt nun ihre Vollendung ab?

Davon, in wessen Hände die unmittelbare Herrschaft übergeht: ob in die Hände der Petrunkewitsch und Roditschew, also unserer Camphausen und Hansemann, oder in die Hände des *Volkes*, d. h. der Arbeiter und der demokratischen Bürgerschaft. Im ersten Falle wird die Bourgeoisie die Macht haben, das Proletariat aber — „die Freiheit der Kritik“, die Freiheit, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“. Die Bourgeoisie wird sogleich nach dem Siege ein Bündnis mit der Reaktion schließen (das würde unvermeidlich auch in Rußland geschehen, wenn zum Beispiel die Petersburger Arbeiter im Straßenkampf gegen das Militär nur einen Teilsieg errängen und den Herren Petrunkewitsch und Co. die Bildung der Regierung überließe). Im zweiten Falle wäre eine revolutionär-demokratische Diktatur, d. h. der volle Sieg der Revolution möglich.

Es bleibt noch übrig, genauer zu bestimmen, was Marx eigentlich unter der „demokratischen Bürgerschaft“ verstand, die er, zusammen mit den Arbeitern, als Volk bezeichnete, im Gegensatz zur Großbourgeoisie.

Eine klare Antwort auf diese Frage gibt folgende Stelle aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 29. Juli 1848: „Die deutsche Revolution von 1848 ist nur *die Parodie der französischen Revolution von 1789*.

Am 4. August 1789, drei Wochen nach dem Bastillensturm, wurde das französische Volk auf *einen* Tag mit den Feudallasten fertig.

Am 11. Juli 1848, vier Monate nach den Märzbarrikaden, werden die Feudallasten mit dem deutschen Volk fertig, teste Gierke cum Hansemano.\*

Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herr-

---

\* „Zeugen: Gierke zusammen mit Hansemann.“ Hansemann war der Minister der Partei der Großbourgeoisie (also der preußische Trubezkoi oder Roditschew usw.). Gierke war Landwirtschaftsminister im Ministerium Hansemann und arbeitete einen Gesetzentwurf aus, einen „kühnen“ Gesetzentwurf zur „Beseitigung aller Feudallasten“, angeblich „ohne Entschädigung“, in Wirklichkeit jedoch zur Beseitigung der kleinen und unwichtigen, aber zur Beibehaltung oder Ablösung der wesentlichen Lasten. Herr Gierke war so etwas wie die russischen Kablukow, Manuilow, Herzenstein und ihnen verwandte bürgerlich-liberale Bauernfreunde, die eine „Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes“ wünschen, aber die Gutsherren nicht kränken wollen.

schaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse.

Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre *natürlichsten Bundesgenossen*, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel.

Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei!"<sup>43</sup>

Das ist eine sehr lehrreiche Stelle, die uns vier wichtige Thesen an die Hand gibt: 1. Die nichtvollendete deutsche Revolution unterscheidet sich von der vollendeten französischen dadurch, daß die Bourgeoisie nicht nur den Demokratismus im allgemeinen, sondern auch die Bauernschaft im besonderen verraten hat. 2. Die Grundlage für die völlige Verwirklichung der demokratischen Umwälzung bildet die Herstellung einer freien Bauernklasse. 3. Die Herstellung einer solchen Klasse bedeutet die Beseitigung der Feudallasten und die Vernichtung des Feudalismus, aber noch keineswegs eine sozialistische Umwälzung. 4. Die Bauern sind die „natürlichsten“ Bundesgenossen der Bourgeoisie, nämlich der demokratischen Bürgerschaft, die ohne sie der Reaktion gegenüber „machtlos“ ist.

Berücksichtigt man die entsprechenden konkreten nationalen Besonderheiten und setzt an die Stelle des Feudalismus die Leibeigenschaft, so sind alle diese Thesen auch auf das Rußland von 1905 voll anwendbar. Und zweifellos können wir, wenn wir aus der von Marx beleuchteten Erfahrung Deutschlands die Lehren ziehen, zu keiner anderen Lösung für den entscheidenden Sieg der Revolution gelangen als zu der Lösung: revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Es steht außer Zweifel, daß die Hauptbestandteile des „Volkes“, das Marx 1848 der Widerstand leistenden Reaktion und der Verrat übenden Bourgeoisie entgegengestellt hat, das Proletariat und die Bauernschaft sind. Es steht außer Zweifel, daß auch bei uns in Rußland die liberale Bourgeoisie und die Herren Oswoboshdenzen die Bauernschaft jetzt verraten und künftig verraten werden, d. h. sich durch eine Scheinreform aus der Affäre ziehen und im entscheidenden Kampf zwischen den Gutsbesitzern und der Bauernschaft auf die Seite der ersteren schlagen werden. Nur das Proletariat ist fähig, die Bauernschaft in diesem Kampfe bis zu Ende zu unterstützen. Schließlich steht außer Zweifel, daß auch bei uns in Rußland der Erfolg

des Bauernkampfes, d. h. der Übergang des gesamten Grund und Bodens an die Bauernschaft, eine vollständige demokratische Umwälzung bedeuten und die soziale Stütze der vollendeten Revolution sein wird, keineswegs aber eine sozialistische Umwälzung und nicht die „Sozialisierung“, von der die Ideologen des Kleinbürgertums, die Sozialrevolutionäre, reden. Der Erfolg des Bauernaufstands, der Sieg der demokratischen Revolution wird erst den Weg ebnen zum wirklichen und entscheidenden Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der demokratischen Republik. Die Bauernschaft wird als grundbesitzende Klasse in diesem Kampf dieselbe verräterische, schwankende Rolle spielen, wie die Bourgeoisie sie jetzt im Kampf für die Demokratie spielt. Das vergessen heißt den Sozialismus vergessen, heißt sich und andere über die wahren Interessen und Aufgaben des Proletariats betrügen.

Um die Marxschen Ansichten aus dem Jahre 1848 lückenlos wiederzugeben, ist es notwendig, auf *einen* wesentlichen Unterschied zwischen der damaligen deutschen Sozialdemokratie (oder der Kommunistischen Partei des Proletariats, um in der damaligen Sprache zu reden) und der heutigen russischen Sozialdemokratie hinzuweisen. Geben wir Mehring das Wort:

„...als ‚Organ der Demokratie‘ hatte sie“ (die Neue Rheinische Zeitung) „die politische Bühne beschritten, und sowenig sich der rote Faden verkennen ließ, der sich durch ihre Arbeiten zog, so vertrat sie zunächst noch mehr die Interessen der bürgerlichen Revolution gegenüber dem Absolutismus und dem Feudalismus, als daß sie schon die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertreten hätte. Von der besonderen Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre ist in ihren Spalten wenig zu finden, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß neben ihr unter der Leitung Molls und Schappers ein besonderes Organ des Kölner Arbeitervereins<sup>44</sup> zweimal wöchentlich erschien. Immerhin fällt dem heutigen Leser auf, wie geringes Interesse die Neue Rheinische Zeitung der damaligen deutschen Arbeiterbewegung geschenkt hat, obgleich deren fähigster Kopf, Stephan Born, in Paris und Brüssel von Marx und Engels gelernt hatte und auch jetzt von Berlin aus für ihre Zeitung korrespondierte. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Born, daß sie ihm nie ein Wort der Mißbilligung über seine Arbeiteragitation gesagt hätten; dennoch machen es spätere Äußerungen von Engels wahrscheinlich, daß sie wenigstens mit der

Art dieser Agitation unzufrieden gewesen sind, mit Recht, insofern als Born dem, in dem weitaus größten Teile Deutschlands noch ganz unentwickelten Klassenbewußtsein des Proletariats manche Zugeständnisse machen mußte, die vor dem Kommunistischen Manifest nicht bestehen konnten, mit Unrecht, insofern als Born die von ihm geleitete Agitation doch auf einer verhältnismäßig sehr beträchtlichen Höhe zu halten wußte... Ohne Zweifel waren sie historisch und politisch auch in ihrem Rechte, wenn sie das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse zunächst in dem möglichsten Vortreiben der bürgerlichen Revolution sahen... Trotz alledem bleibt es ein merkwürdiger Beweis dafür, wie der elementare Instinkt der Arbeiterbewegung die Konzeptionen der genialsten Denker zu berichtigen weiß, daß sie im April 1849 sich für eine spezifische Arbeiterorganisation entschieden und die Beschickung des Arbeiterkongresses beschlossen, der besonders von dem ostelbischen Proletariat vorbereitet worden war.“

Also erst im April 1849, nach fast einjähriger Herausgabe der revolutionären Zeitung (die „Neue Rheinische Zeitung“ begann am 1. Juni 1848 zu erscheinen), sprachen sich Marx und Engels für eine besondere Organisation der Arbeiter aus! Bis dahin leiteten sie einfach ein „Organ der Demokratie“, das durch keinerlei organisatorische Bande mit einer selbständigen Arbeiterpartei verbunden war! Diese von unserem heutigen Standpunkt ungeheuerliche und unglaubliche Tatsache zeigt uns klar, welcher großer Unterschied zwischen der damaligen deutschen und der heutigen russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei besteht. Diese Tatsache zeigt uns, um wieviel weniger in der deutschen demokratischen Revolution (infolge der Rückständigkeit des Deutschlands von 1848 sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht — die staatliche Zersplitterung) die proletarischen Züge der Bewegung, die proletarische Strömung in ihr zutage getreten sind. Das darf nicht vergessen werden bei der Beurteilung der wiederholten Erklärungen von Marx aus dieser und der etwas späteren Epoche über die Notwendigkeit, eine selbständige Partei des Proletariats zu organisieren. Marx hat erst aus der Erfahrung der demokratischen Revolution, fast ein Jahr nachher, praktisch diese Schlußfolgerung gezogen: so spießig, so kleinbürgerlich war damals die ganze Atmosphäre in Deutschland. Für uns ist diese Schlußfolgerung eine seit langem feststehende, aus der halbhundertjährigen Erfahrung der internationalen

Sozialdemokratie gezogene Erkenntnis — eine Erkenntnis, mit der wir begonnen haben, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu organisieren. Bei uns kann z. B. keine Rede davon sein, daß die revolutionären Zeitungen des Proletariats außerhalb der sozialdemokratischen Partei des Proletariats stünden, daß sie auch nur für einen Augenblick einfach als „Organe der Demokratie“ auftreten könnten.

Aber jener Gegensatz, der sich zwischen Marx und Stephan Born eben erst zu zeigen begann, besteht bei uns in um so entwickelterer Form, je mächtiger im demokratischen Strom unserer Revolution die proletarische Strömung hervortritt. Wenn Mehring davon spricht, daß Marx und Engels mit der Agitation von Stephan Born wahrscheinlich unzufrieden waren, so drückt er sich allzu mild und ausweichend aus. Man lese, was Engels 1885 (in der Einleitung zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Zürich 1885) über Born schrieb:

Daß der „Bund der Kommunisten“<sup>45</sup> eine vorzügliche Schule der revolutionären Tätigkeit gewesen, wurde dadurch bewiesen, daß überall Bundesmitglieder an der Spitze der extrem-demokratischen Bewegung standen. „In Berlin stiftete der Schriftsetzer Stephan Born, der in Brüssel und Paris als tätiges Bundesmitglied gewirkt hatte, eine ‚Arbeiterverbrüderung‘, die eine ziemliche Verbreitung erhielt und bis 1850 bestand. Born, ein sehr talentvoller junger Mann, der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, ‚verbrüdete‘ sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi, um nur einen Haufen zusammenzubekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im ‚Kommunistischen Manifest‘ vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunft-erinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei usw., kurz, man wollte allen alles sein. Speziell wurden Streiks, Gewerksgenossenschaften, Produktivgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren“ (von uns hervorgehoben). „Als dann die Siege der Reaktion den Leitern der Verbrüderung die Notwendigkeit fühlbar machten, direkt in den Revolutionskampf einzutreten, wurden sie von der verworrenen Masse, die sie um sich gruppiert, selbst-

redend im Stich gelassen. Born beteiligte sich am Dresdner Maiaufstand 1849 und entkam glücklich. Die „Arbeiterverbrüderung“ aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der größtenteils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850 und seine fortbestehenden Ableger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand. Born, der eigentlich Buttermilch\* heißt, wurde keine politische Größe, sondern ein kleiner Schweizer Professor, der nicht mehr den Marx ins Zünftlerische, sondern den sanften Renan in sein eignes süßliches Deutsch übersetzt.“<sup>46</sup>

So beurteilte Engels die zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution!

Unsere Neuskristen streben ebenfalls mit so unvernünftigem Eifer zum „Ökonomismus“, daß sie für ihre „Erleuchtung“ das Lob der monarchistischen Bourgeoisie verdienen. Sie sammeln ebenfalls ein buntscheckiges Publikum um sich, indem sie den „Ökonomen“ schmeicheln und die un-aufgeklärte Masse mit Losungen von „Selbsttätigkeit“, „Demokratismus“, „Autonomie“ u. dgl. m. demagogisch anlocken. Ihre Arbeiterverbände existieren ebenfalls oft nur in den Spalten der Chlestakowschen\*\* neuen „Iskra“. Ihre Losungen und Resolutionen offenbaren ein ebensolches Unverständnis für die Aufgaben der „großen politischen Bewegung des Proletariats“.

\* Als ich Engels übersetzte, unterlief mir hier in der ersten Auflage ein Fehler, insofern ich das Wort Buttermilch nicht als Eigennamen, sondern als Gattungsnamen auffaßte. Dieser Fehler machte den Menschewiki natürlich ein Heidenvergnügen. Kolzow schrieb, ich hätte „Engels vertieft“ (nachgedruckt in dem Sammelband „Zwei Jahre“), und Plechanow erinnert noch jetzt im „Towarischtsch“<sup>47</sup> daran — mit einem Wort, es fand sich ein *ausgezeichneter Vorwand, die Frage nach den zwei Tendenzen in der Arbeiterbewegung* des Jahres 1848 in Deutschland, der Tendenz Borns (der unseren Ökonomen verwandt ist) und der marxistischen Tendenz, zu *umgehen*. Daß man den Fehler eines Opponenten, betreffe er auch nur den Familiennamen Borns, ausnutzt, ist nur allzu verständlich. Aber mittels Korrekturen an der Übersetzung die Frage nach dem Wesen der zwei Taktiken zu umgehen, das heißt in der Kernfrage des Streits kapitulieren. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. Die Red.)

\*\* Chlestakow — Hauptgestalt in Gogols „Revisor“. *Der Übers.*



---

SCHLUSSTEIL ZUM ARTIKEL  
„DIE PARISER KOMMUNE UND DIE AUFGABEN  
DER DEMOKRATISCHEN DIKTATUR“<sup>48</sup>

Dieses faktische Material lehrt uns vor allem, daß die Teilnahme von Vertretern des sozialistischen Proletariats zusammen mit der Kleinbourgeoisie an einer revolutionären Regierung prinzipiell durchaus zulässig, ja unter bestimmten Bedingungen geradezu unerlässlich ist. Dieses Material zeigt uns weiter, daß die reale Aufgabe, die von der Kommune zu erfüllen war, vor allem darin bestand, die demokratische und nicht die sozialistische Diktatur zu verwirklichen, also unser „Minimalprogramm“ durchzuführen. Schließlich mahnt uns dieses Material, daß wir, um aus der Pariser Kommune Lehren für uns zu ziehen, nicht ihre Fehler nachahmen dürfen (sie bemächtigte sich nicht der Bank von Frankreich, ging nicht zum Angriff auf Versailles über, hatte kein klares Programm usw.), sondern ihren praktischen erfolgreichen Schritten nacheifern müssen, die den richtigen Weg weisen. Nicht das Wort „Kommune“ sollen wir von den ruhmreichen Kämpfern des Jahres 1871 übernehmen, nicht jede ihrer Lösungen blind wiederholen, sondern klar die programmatischen und praktischen Lösungen aufstellen, die der Situation in Rußland entsprechen und in die Worte gefaßt sind: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

„Proletari“ Nr. 8,  
17. (4.) Juli 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

AN DAS SEKRETARIAT  
DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BUROS  
IN BRÜSSEL

Genf, den 24. Juli 1905

Werte Genossen! Vor einigen Tagen erhielten wir Ihren Brief vom 28. Juni und zusammen mit ihm interessante Dokumente (Briefe der Genossen Bebel und Plechanow), aber da wir mit Arbeit überlastet sind, war es uns nicht möglich, Ihnen sofort zu antworten.

I. Was den Brief des Gen. Plechanow anbelangt, so sehen wir uns zu folgenden Bemerkungen genötigt: 1. Die Behauptung des Gen. Plechanow, daß nach unserem zweiten Parteitag (im August 1903) nur in der organisatorischen Frage Differenzen zwischen uns bestanden hätten, entspricht nicht ganz den Tatsachen. Die „Minderheit“ des II. Parteitags (an der Spitze die Genossen Axelrod, W. Sassulitsch und Martow) hat die Partei sofort nach dem Parteitag faktisch gespalten, indem sie den vom Parteitag gewählten zentralen Körperschaften den Boykott erklärte und eine geheime Organisation der „Minderheit“ gründete, die erst im Herbst 1904 aufgelöst wurde. Gen. Plechanow, der auf dem II. Parteitag und auf der Konferenz der Auslandsliga der russischen Sozialdemokratie (Oktober 1903) auf unserer Seite stand, dachte über unsere Meinungsverschiedenheiten offenbar selbst etwas anders, als er in Nr. 52 der „Iskra“ (November 1903) öffentlich erklärte, man müsse den „Revisionisten“ (Ausdruck Plechanows) geschickt Zugeständnisse machen, um eine Spaltung der Partei zu vermeiden.

2. Auch die Behauptung, der III. Parteitag sei „völlig eigenmächtig“ einberufen worden, entspricht nicht den Tatsachen. Gemäß dem Parteistatut ist der Rat verpflichtet, einen Parteitag einzuberufen, sobald die Hälfte der Komitees es verlangt. Wie Ihnen aus den ins Französische übersetzten Resolutionen des III. Parteitags bekannt ist, hat der Rat das Parteistatut ignoriert. Die Parteikomitees und das von ihnen gewählte „Büro der Komitees der Mehrheit“<sup>49</sup> waren moralisch und formell verpflichtet, den Parteitag einzuberufen, sei es auch gegen den Willen des Rates, der sich dem entzog.

3. Aus denselben Resolutionen des III. Parteitags wissen Sie, daß auf diesem Parteitag nicht „so ungefähr die Hälfte der vollberechtigten Organisationen“, sondern die überwiegende Mehrheit der größten Komitees vertreten war. 4. Es ist richtig, daß es in unserer Partei Genossen gibt, die scherzweise der „Sumpf“ genannt werden. Die Mitglieder dieses „Sumpfes“ sind während des innerparteilichen Kampfes ständig von einer Seite auf die andere übergegangen. Einer der ersten Überläufer war Plechanow, der im November 1903 von der Mehrheit zur Minderheit überging und am 29. Mai 1905 durch seinen Austritt aus der Redaktion der „Iskra“ die Minderheit verließ. Wir billigen dieses Hin- und Herpendeln nicht, sind aber der Meinung, daß man es uns keineswegs als Schuld anrechnen darf, wenn Genossen vom „Sumpf“ nach langem Schwanken dazu neigen, sich uns anzuschließen. 5. In seinem Brief an das Büro (16. Juni 1905) vergaß Gen. Plechanow sehr zur Unzeit, seinen Brief vom 29. Mai 1905 zu erwähnen, der in der „Iskra“ (Nr. 101) veröffentlicht wurde und dessen genaue und vollständige Übersetzung wir Ihnen bereits zugestellt haben. 6. Wenn Gen. Plechanow davon spricht, daß sich die andere Fraktion der Partei um das frühere Zentralorgan der Partei, die „Iskra“, gruppiert, vergißt er wiederum hinzuzufügen, daß die Konferenz der „Minderheit“ (Mai 1905) das auf dem II. Parteitag ausgearbeitete Statut aufgehoben und kein neues Zentralorgan geschaffen hat. Wir sind der Ansicht, daß das Internationale Sozialistische Büro eine vollständige Übersetzung aller Resolutionen dieser Konferenz haben muß. Und wenn die „Iskra“ sie dem Büro nicht zustellen will, so sind wir bereit, das auf uns zu nehmen. 7. Gen. Plechanow sagt, für die Einberufung des III. Parteitags hätten sich nur die zwei verbliebenen Mitglieder des ZK (die übrigen waren verhaftet) ausgesprochen. Der Brief des Gen. Plechanow ist vom

16. Juni 1905 datiert; am nächsten Tage, dem 17., erschien in Nr. 4 des „Proletari“, des vom III. Parteitag gegründeten Zentralorgans der Partei, folgende Erklärung: „Nach Kenntnisnahme des offenen Briefes des ZK an den Vorsitzenden des Rates der Partei, Gen. Plechanow, und in völliger Übereinstimmung mit dem ZK halten wir es für nötig — aus Gründen, die alle Genossen, die über die Entwicklung der Dinge in der Partei auf dem laufenden sind, verstehen werden —, unsere Solidarität mit dem ZK öffentlich zu erklären.“ Gezeichnet: Ma, Bem, Wladimir, Innokenti, Andrej, Woron. Diese Unterschriften sind, wie wir Ihnen vertraulich mitteilen können, die Pseudonyme der verhafteten Mitglieder des ZK.<sup>50</sup> Folglich haben sich die Mitglieder des ZK, sobald sie von dem Konflikt zwischen dem ZK und Gen. Plechanow (und somit auch mit dem Rat) wegen der Einberufung des Parteitags erfuhren, in ihrer Mehrheit sofort für das ZK und gegen Gen. Plechanow ausgesprochen. Wir bitten das Internationale Sekretariat dringend, uns mitzuteilen, ob es Gen. Plechanow für nötig gehalten hat, das Büro von dieser wichtigen Erklärung der verhafteten Mitglieder des ZK, welche die Behauptung des Gen. Plechanow in seinem Brief vom 16. Juni vollständig widerlegt, in Kenntnis zu setzen. 8. Gen. Plechanow irrt sich, wenn er sagt, beide Fraktionen hätten ihn ersucht, als Vertreter der Partei im Internationalen Büro zu bleiben. Bis jetzt hat das Zentralkomitee unserer Partei in dieser Angelegenheit keinerlei Ersuchen geäußert. Wie wir Ihnen vor einigen Tagen mitteilten, ist diese Frage zwar auf die Tagesordnung gesetzt, aber noch nicht endgültig entschieden worden. 9. Gen. Plechanow meint, es falle ihm nicht schwer, hinsichtlich unserer Meinungsverschiedenheiten unparteiisch zu sein. Nach allem oben Angeführten glauben wir, daß ihm das ziemlich schwerfallen und zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt fast unmöglich sein dürfte.<sup>51</sup>

II. Ich gehe nun zu dem Vorschlag des Genossen Bebel über, der unsere Angelegenheiten betrifft.

Hier muß ich folgendes bemerken: 1. Ich bin nur eines der Mitglieder des ZK und verantwortlicher Redakteur des Zentralorgans der Partei, des „Proletari“. Im Namen des gesamten ZK kann ich nur Auslandsangelegenheiten und einige andere, mit denen ich speziell betraut bin, entscheiden. In jedem Falle können alle meine Entscheidungen von der Vollsetzung des ZK aufgehoben werden. Ich kann folglich die Frage der Ein-

mischung des Büros in die Angelegenheiten unserer Partei nicht entscheiden. Ich habe jedoch Ihren Brief und auch die Briefe der Genossen Bebel und Plechanow unverzüglich an alle Mitglieder des ZK in Rußland geschickt. 2. Um die Antwort des ZK zu beschleunigen, wäre es sehr nützlich, vom Büro einige notwendige Aufklärungen zu erhalten: a) Sind unter dem Wort „Einmischung“ (intervention) nur eine friedensstiftende Vermittlung und ein Ratschlag zu verstehen, die nur moralische und nicht bindende Kraft haben? b) Oder aber hat das Büro einen bindenden Beschluß im Auge, der von einem Schiedsgericht gefaßt wird? c) Schlägt das Exekutivkomitee des Büros vor, das Recht der endgültigen und unwiderruflichen Entscheidung über unsere Meinungsverschiedenheiten dem Plenum des Internationalen Sozialistischen Büros einzuräumen? 3. Meinerseits halte ich mich für verpflichtet, das Büro davon in Kenntnis zu setzen, daß Gen. Bebel kurz vor dem III. Parteitag mir und meinen Gesinnungsgenossen schon einen ähnlichen Vorschlag gemacht hat, indem er uns seine Dienste oder die Dienste des gesamten deutschen Parteivorstands als Schiedsrichter im Konflikt zwischen der Mehrheit und der Minderheit unserer Partei antrug.

Ich antwortete, daß bald ein Parteitag stattfinden werde und daß ich persönlich für die Partei oder in ihrem Namen keine Entscheidung treffen könne.

Das Büro der Komitees der Mehrheit lehnte Bebels Vorschlag ab. Der III. Parteitag faßte über diesen Vorschlag keinerlei Beschluß und brachte dadurch sein stillschweigendes Einverständnis mit der Antwort des Büros der Komitees der Mehrheit zum Ausdruck. 4. Da das Internationale Büro es für möglich hält, seine Informationen aus „einigen deutschen Zeitungen“ zu schöpfen, bin ich gezwungen, zu erklären, daß fast alle deutschen sozialistischen Zeitungen, besonders aber „Die Neue Zeit“ und die „Leipziger Volkszeitung“<sup>52</sup>, ganz auf der Seite der „Minderheit“ stehen und unsere Angelegenheiten sehr einseitig und unrichtig beleuchten. Kautsky z. B. bezeichnet sich ebenfalls als unparteiisch, ist aber in Wirklichkeit so weit gegangen, sich zu weigern, in der „Neuen Zeit“ die Widerlegung eines Artikels von Rosa Luxemburg, in dem sie die Desorganisation der Partei verteidigte, zu bringen.<sup>53</sup> In der „Leipziger Volkszeitung“ hat Kautsky sogar geraten, die Broschüre mit der deutschen Übersetzung der Resolutionen des III. Parteitags nicht zu verbreiten!! Nach alledem ist

nicht schwer zu verstehen, warum viele Genossen in Rußland geneigt sind, die deutsche Sozialdemokratie, was die Spaltung in den Reihen der russischen Sozialdemokratie betrifft, als parteiisch und äußerst voreingenommen zu betrachten.

Nehmen Sie, werthe Genossen, unsern brüderlichen Gruß entgegen.

Wl. Uljanow (N. Lenin)

Zuerst veröffentlicht 1925  
in der Zeitschrift „Krasnaja  
Letopis“ (Rote Annalen) Nr. 1.

Nach dem Text der Zeitschrift,  
verglichen mit dem französischen  
Schreibmaschinentext.

## DIE REVOLUTION LEHRT

Meinungsverschiedenheiten innerhalb politischer Parteien und zwischen politischen Parteien werden gewöhnlich nicht nur durch prinzipielle Polemik, sondern auch durch die Entwicklung des politischen Lebens selbst entschieden. Insbesondere erledigen sich Meinungsverschiedenheiten über die Taktik einer Partei, d. h. über ihr politisches Verhalten, häufig durch das faktische Einschwenken derjenigen, die falsche Ansichten vertreten haben, auf den richtigen Weg des Kampfes, weil der Gang der Ereignisse selbst die irrigen Auffassungen kurzerhand beiseite schiebt und sie bar jedes Inhalts macht, so daß sie für niemanden mehr von Interesse sind. Das bedeutet natürlich nicht, daß prinzipielle Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Taktik nicht prinzipielle Klärungen erfordern, die allein geeignet sind, die Partei auf der Höhe ihrer theoretischen Überzeugungen zu halten. Mitnichten. Es bedeutet nur, daß es notwendig ist, die gefaßten taktischen Beschlüsse möglichst oft auf Grund der neuen politischen Ereignisse zu *überprüfen*. Eine solche Überprüfung ist sowohl theoretisch als auch praktisch notwendig: theoretisch, um sich an Hand der Tatsachen davon zu überzeugen, ob die gefaßten Beschlüsse richtig sind und was für Korrekturen infolge der später eingetretenen politischen Ereignisse geboten erscheinen; praktisch, damit man lernt, sich von diesen Beschlüssen entsprechend leiten zu lassen, damit man lernt, in ihnen Direktiven zu sehen, die in der Praxis unmittelbar angewandt werden müssen.

Eine revolutionäre Epoche bietet dank der ungeheuren Schnelligkeit der politischen Entwicklung und der Heftigkeit der politischen Zusammenstöße für derartige Nachprüfungen mehr Material als jede andere Epoche. In einer revolutionären Epoche geht der alte „Überbau“ in Stücke, der

neue aber wird vor aller Augen durch die aktive Tätigkeit der verschiedensten sozialen Kräfte geschaffen, deren wahre Natur sich dabei zeigt.

So bietet uns auch die russische Revolution fast jede Woche ein erstaunlich reiches politisches Material, an Hand dessen wir die früher von uns ausgearbeiteten taktischen Beschlüsse überprüfen und für unsere gesamte praktische Tätigkeit die eindringlichsten Lehren ziehen können. Man nehme die Ereignisse in Odessa. Einer der Aufstandsversuche endete mit einem Mißerfolg. Ein bitterer Mißerfolg, eine schwere Niederlage. Doch Welch ein Abgrund trennt diesen im Kampf erlittenen Mißerfolg von jenen Mißerfolgen beim Schachern, die auf die Herren Schipow, Trubezkoi, Petrunkevitch, Struve und alle diese bürgerlichen Zarenknechte niederhageln! Engels hat einmal gesagt: Geschlagene Armeen lernen gut. Diese trefflichen Worte gelten noch weit mehr für revolutionäre Armeen, die durch Vertreter der fortgeschrittenen Klassen aufgefüllt werden. Solange der alte, verfaulte, das ganze Volk mit seiner Fäulnis ansteckende Überbau nicht hinweggefegt ist, solange wird jede neue Niederlage immer wieder neue Armeen von Kämpfern erstehen lassen. Es gibt natürlich die noch viel umfassendere kollektive Erfahrung der Menschheit, die in der Geschichte der internationalen Demokratie und der internationalen Sozialdemokratie ihren Niederschlag gefunden hat und von den führenden Vertretern des revolutionären Denkens fixiert worden ist. Aus dieser Erfahrung schöpft unsere Partei das Material für die tägliche Propaganda und Agitation. Doch solange die Gesellschaft auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Millionen Werktätiger beruht, können nur wenige unmittelbar aus dieser Erfahrung lernen. Die Massen müssen vielmehr aus ihrer eigenen Erfahrung lernen und jede Lektion mit schweren Opfern bezahlen. Hart war die Lektion des 9. Januar, doch sie revolutionierte die Stimmung des gesamten Proletariats in ganz Rußland. Hart ist die Lektion des Odessaer Aufstands, doch auf Grund der bereits revolutionierten Stimmung wird sie jetzt das revolutionäre Proletariat lehren, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen. Zu den Odessaer Ereignissen sagen wir: Die revolutionäre Armee ist geschlagen — es lebe die revolutionäre Armee!

In Nr. 7 unserer Zeitung sprachen wir schon davon, wie der Odessaer Aufstand auf unsere Losungen: revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung\* neues Licht geworfen hat. In der vorigen Nummer behandelten

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 524—532, russ. *Die Red.*



wir (im Artikel des Gen. W. S.) die militärischen Lehren des Aufstands. In dieser Nummer befassen wir uns abermals mit einigen politischen Lehren des Aufstands (im Artikel „Die städtische Revolution“). Nun bleibt uns noch, auch unsere unlängst gefaßten taktischen Beschlüsse zu überprüfen, und zwar in der doppelten Beziehung ihrer theoretischen Richtigkeit und praktischen Zweckmäßigkeit, von der wir oben gesprochen haben.

Die brennenden politischen Fragen sind im gegenwärtigen Augenblick der Aufstand und die revolutionäre Regierung. Über diese Fragen wurde unter den Sozialdemokraten am meisten geredet und gestritten. Diesen Fragen sind die wichtigsten Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und der Konferenz des von der Partei abgespaltenen Teils gewidmet. Es fragt sich nun: In welchem Licht erscheinen diese Meinungsverschiedenheiten *nach* dem Odessaer Aufstand? Jeder, der sich die Mühe nimmt, einerseits die Äußerungen und Artikel über diesen Aufstand und andererseits die vier über den Aufstand und die provisorische Regierung vom Parteitag und von der Konferenz der Neuiskristen angenommenen Resolutionen jetzt wieder zu lesen, wird sogleich sehen, wie letztere begannen, unter dem Einfluß der Ereignisse *faktisch* auf die Seite ihrer Opponenten überzugehen, d. h. nicht gemäß ihren Resolutionen, sondern gemäß den Resolutionen des III. Parteitags zu handeln. Es gibt keinen besseren Kritiker einer irrigen Doktrin als den Gang der revolutionären Ereignisse.

Unter dem Einfluß dieser Ereignisse gab die Redaktion der „Iskra“ ein Flugblatt heraus, betitelt „Der erste Sieg der Revolution“, das sich an die „Bürger, Arbeiter und Bauern Rußlands“ wendet. Hier der wesentliche Teil dieses Flugblatts:

„Die Zeit ist gekommen, kühn zu handeln und den mutigen Aufstand der Soldaten mit allen Kräften zu unterstützen. Kühnheit führt jetzt zum Sieg!

So beruft denn öffentliche Versammlungen des Volkes ein und bringt ihm die Kunde vom Zusammenbruch der militärischen Stütze des Zarismus! Bemächtigt euch, wo es nur möglich ist, der städtischen Behörden und macht sie zum Stützpunkt der revolutionären Selbstverwaltung des Volkes! Vertreibt die zaristischen Beamten und schreibt allgemeine Wahlen zu Körperschaften der revolutionären Selbstverwaltung aus, denen ihr bis zum endgültigen Sieg über die zaristische Regierung und bis zur Herstellung einer neuen Staatsordnung die provisorische Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten überträgt. Bemächtigt euch der Filialen der Staatsbank und der Waffenlager und bewaffnet

das ganze Volk! Nehmt Verbindung auf zwischen den Städten und zwischen Stadt und Land, damit die bewaffneten Bürger einander überall zu Hilfe eilen können, wo Hilfe not tut! Stürmt die Gefängnisse und befreit die in ihnen eingekerkerten Kämpfer für unsere Sache: sie werden eure Reihen verstärken! Proklamiert überall den Sturz der Zarenmonarchie und ihre Ersetzung durch die freie demokratische Republik! Erhebt euch, Bürger! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen! Es lebe die Revolution! Es lebe die demokratische Republik! Es lebe das revolutionäre Heer! Nieder mit der Selbstherrschaft!"

Wir haben somit eine entschiedene, offene und klare Aufforderung zum allgemeinen bewaffneten Volksaufstand vor uns. Wir haben eine ebenso entschiedene, wenn auch leider versteckte und nicht bis zu Ende ausgesprochene Aufforderung zur Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung vor uns. Betrachten wir zuerst die Frage des Aufstands.

Besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen der Lösung dieser Frage auf dem III. Parteitag und auf der Konferenz? Zweifellos. Wir haben davon bereits in Nr. 6 des „Proletari“ gesprochen („Ein dritter Schritt zurück“\*) und wollen uns jetzt noch auf das lehrreiche Zeugnis des „Oswoboshdenije“ berufen. In Nr. 72 dieser Zeitschrift lesen wir, die „Mehrheit“ ver falle in „abstrakten Revolutionarismus, in Rebellentum, in das Bestreben, mit beliebigen Mitteln einen Aufstand der Volksmassen herbeizuführen und in ihrem Namen unverzüglich die Macht zu ergreifen“. „Die Minderheit dagegen hält sich zwar streng an das marxistische Dogma, bewahrt aber zugleich auch die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung.“ Dieses Urteil der Liberalen, die durch die Vorschule des Marxismus und durch das Bernsteinianertum gegangen sind, ist äußerst wertvoll. Die liberalen Bourgeois haben dem revolutionären Flügel der Sozialdemokratie stets „abstrakten Revolutionarismus und Rebellentum“ vorgeworfen und den opportunistischen Flügel stets wegen seiner „realistischen“ Fragestellung gelobt. Die „Iskra“ selbst mußte (siehe in Nr. 73 die Anmerkung über die Billigung des „Realismus“ in der Broschüre des Gen. Akimow durch Herrn Struve) zugeben, daß „realistisch“ in der Sprache der Oswoboshdenzen „opportunistisch“ bedeutet. Die Herren Oswoboshdenzen kennen keinen anderen Realismus als den kriecherischen; die revolutionäre Dialektik des marxistischen Realismus, der die Kampf Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse betont und im Bestehenden die

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 509—518, russ. *Die Red.*

Elemente seines Untergangs entdeckt, ist ihnen vollkommen fremd. Die Charakteristik der zwei Strömungen in der Sozialdemokratie durch das „Oswoboshdenije“ bestätigt daher wieder einmal die in unserer Literatur bereits bewiesene Tatsache, daß die „Mehrheit“ der revolutionäre, die „Minderheit“ der opportunistische Flügel der russischen Sozialdemokratie ist.

Das „Oswoboshdenije“ erklärt kategorisch, daß „sich die Konferenz der Minderheit“ im Vergleich zum Parteitag „völlig anders zum bewaffneten Aufstand verhält“. Und in der Tat, die Resolution der Konferenz schlägt sich erstens selbst ins Gesicht, weil sie die Möglichkeit eines planmäßigen Aufstands bald verneint (Punkt 1), bald bejaht (Punkt d), und beschränkt sich zweitens darauf, die *allgemeinen* Bedingungen für die „Vorbereitung des Aufstands“ aufzuzählen, nämlich a) Verbreiterung der Agitation, b) Stärkung der Verbindung mit der Massenbewegung, c) Entwicklung des revolutionären Bewußtseins, d) Herstellung der Verbindung zwischen verschiedenen Orten, e) Heranziehung nichtproletarischer Gruppen zur Unterstützung des Proletariats. Dagegen stellt die Resolution des Parteitags eindeutig positive Losungen auf, erkennt an, daß die Bewegung *bereits* zur Notwendigkeit des Aufstands *geführt hat*, und ruft dazu auf, das Proletariat für den unmittelbaren Kampf zu organisieren, die energichsten Maßnahmen zu seiner Bewaffnung zu ergreifen und in der Propaganda und Agitation „nicht nur die politische Bedeutung“ des Aufstands (darauf beschränkt sich im Grunde die Resolution der Konferenz), sondern auch seine praktisch-organisatorische Seite zu erläutern.

Um den Unterschied zwischen den beiden Lösungen der Frage klarer zu machen, wollen wir uns die Entwicklung der sozialdemokratischen Auffassungen über den Aufstand seit der Entstehung der proletarischen Massenbewegung ins Gedächtnis rufen. Die erste Stufe. Das Jahr 1897. In Lenins Schrift „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ heißt es: „...jetzt die Frage zu entscheiden, zu welchem Mittel die Sozialdemokratie greifen wird, um die Selbstherrschaft unmittelbar zu stürzen, ob sie den Aufstand, den politischen Massenstreik oder eine andere Angriffsmethode wählen wird, wäre ungefähr dasselbe, wie wenn Generale, ohne eine Armee gesammelt zu haben, einen Kriegsrat veranstalten wollten“ (S. 18)\*. Wie wir sehen, ist hier nicht einmal die Rede von der Vorberei-

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 318, russ. *Die Red.*

tung des Aufstands, sondern nur von der Sammlung der Armee, d. h. von der Propaganda, der Agitation, der Organisation im allgemeinen.

Die zweite Stufe. Das Jahr 1902. In Lenins Schrift „Was tun?“ lesen wir:

„Man stelle sich... einen Volksaufstand vor. In der heutigen Zeit (Februar 1902) werden wohl alle zugeben, daß wir an ihn denken und uns auf ihn vorbereiten müssen. Aber *wie* vorbereiten? Das Zentralkomitee kann doch nicht an allen Orten Agenten zur Vorbereitung des Aufstands ernennen! Selbst wenn wir ein ZK hätten, so würde es unter den gegenwärtigen russischen Verhältnissen durch solche Ernennungen absolut nichts erreichen. Das Netz von Agenten hingegen, das sich bei der Arbeit für die Schaffung und Verbreitung der gemeinsamen Zeitung von selbst bildet, braucht nicht ‚zu sitzen und zu warten‘, bis die Losung zum Aufstand ausgegeben wird, sondern es würde gerade eine solche regelmäßige Arbeit leisten, die ihm im Moment des Aufstands mit größter Wahrscheinlichkeit den Erfolg sichert. Gerade eine solche Arbeit würde unbedingt die Verbindung mit den breitesten Massen der Arbeiter und mit allen Schichten, die mit der Selbstherrschaft unzufrieden sind, festigen, was für den Aufstand von so großer Wichtigkeit ist. Gerade in einer solchen Arbeit würde sich die Fähigkeit herausbilden, die allgemeine politische Lage richtig einzuschätzen, und folglich auch die Fähigkeit, den für den Aufstand passenden Moment zu wählen. Gerade eine solche Arbeit würde *alle* lokalen Organisationen daran gewöhnen, gleichzeitig auf dieselben, ganz Rußland bewegenden politischen Fragen, Vorkommnisse und Vorfälle zu reagieren, auf diese ‚Vorfälle‘ möglichst energisch, möglichst einheitlich und zweckmäßig zu antworten — denn der Aufstand ist doch im Grunde genommen die energischste, die einheitlichste und zweckmäßigste ‚Antwort‘ des gesamten Volkes an die Regierung. Gerade eine solche Arbeit würde endlich alle revolutionären Organisationen an allen Ecken und Enden Rußlands dazu anhalten, ständige und gleichzeitig streng konspirative Verbindungen zu unterhalten, die die *faktische* Einheit der Partei schaffen — ohne diese Verbindungen aber ist es unmöglich, den Plan des Aufstands kollektiv zu beraten und am Vorabend des Aufstands die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, über die das strengste Geheimnis gewahrt werden muß.“ (S. 136/137\*.)

\* Siehe Werke, Bd. 5, S. 536/537. Die Red.

Was für Thesen werden in dieser Betrachtung über den Aufstand aufgestellt? 1. Es ist Unsinn, an eine „Vorbereitung“ des Aufstands in dem Sinne zu denken, daß man besondere Agenten ernennt, die „sitzen“ und auf die Losung „warten“ würden. 2. Es ist notwendig, eine *auf der gemeinsamen Arbeit aufgebaute* Verbindung zwischen den Menschen und den Organisationen, die regelmäßige Arbeit leisten, zu schaffen. 3. Es ist notwendig, durch diese Arbeit die Verbindungen zwischen den proletarischen (Arbeiter) und den nichtproletarischen (alle Unzufriedenen) Schichten zu festigen. 4. Es ist notwendig, die Fähigkeit, die politische Lage richtig zu beurteilen und auf die politischen Ereignisse zweckmäßiger zu „reagieren“, gemeinsam herauszubilden. 5. Es ist notwendig, daß sich alle lokalen revolutionären Organisationen tatsächlich zusammenschließen.

Hier sehen wir also die Losung der *Vorbereitung des Aufstands* schon klar vor uns, doch ist das noch kein direkter Aufruf zum Aufstand, noch nicht die Feststellung, daß die Bewegung „bereits“ zu seiner Notwendigkeit „geführt“ habe, daß man sich sofort bewaffnen, in Kampfgruppen organisieren müsse usw. Wir haben eine Analyse gerade jener Bedingungen für die Vorbereitung des Aufstands vor uns, die in der Konferenzresolution (im Jahre 1905!!) *fast buchstäblich wiederholt* werden.

Die dritte Stufe. Das Jahr 1905. In der Zeitung „Wperjod“ und später in der Resolution des III. Parteitags wird ein weiterer Schritt vorwärts getan: *Außer* der Forderung nach allgemein-politischer Vorbereitung des Aufstands wird die *direkte Losung* aufgestellt, sich sofort für den Aufstand zu organisieren und zu bewaffnen und besondere (Kampf-) Gruppen zu bilden, denn die Bewegung „hat bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands geführt“ (Punkt 2 der Resolution des Parteitags).

Aus diesem kleinen geschichtlichen Rückblick ergeben sich drei unbestreitbare Schlußfolgerungen: 1. Eine direkte Lüge ist die Behauptung der liberalen Bourgeois, der Oswohoshdenzen, daß wir in „*abstrakten* Revolutionarismus, in Rebellentum“ verfallen. Wir stellen und stellten diese Frage stets gerade nicht „*abstrakt*“, sondern *auf Grund der konkreten Lage*, und lösten sie in den Jahren 1897, 1902 und 1905 verschieden. Die Beschuldigung des Rebellentums ist eine opportunistische Phrase der Herren liberalen Bourgeois, die sich anschicken, die Interessen der Revolution

zu verraten und ihr in der Periode des entscheidenden Kampfes gegen die Selbstherrschaft in den Rücken zu fallen. 2. Die Konferenz der Neuiskristen blieb in der Frage des Aufstands auf der zweiten Entwicklungsstufe stehen. Im Jahre 1905 wiederholte sie lediglich das, was nur 1902 ausreichend war. Sie *blieb* um etwa drei Jahre hinter der revolutionären Entwicklung *zurück*. 3. Unter dem Eindruck der Lehren, die das Leben, nämlich der Odessaer Aufstand erteilte, erkannten die Neuiskristen faktisch die Notwendigkeit an, gemäß den Richtlinien nicht ihrer eigenen, sondern der Parteitagsresolution zu handeln, d. h., sie erkannten an, daß die Aufgabe des Aufstands unaufschiebbar ist und daß direkte und unverzügliche Aufrufe zur unmittelbaren Organisation des Aufstands und der Bewaffnung unbedingt notwendig sind.

Die rückständige sozialdemokratische Doktrin ist von der Revolution sofort beiseite geschoben worden. Wir haben wiederum ein Hindernis weniger für die praktische Vereinigung mit den Neuiskristen auf Grund gemeinsamer Arbeit, was selbstverständlich noch nicht die völlige Beseitigung der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten bedeutet. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß unsere taktischen Losungen hinter den Ereignissen dreinhinken, sich ihnen anpassen, nachdem sie eingetreten sind. Wir müssen danach streben, daß diese Losungen uns vorwärtsführen, unseren weiteren Weg erhellen und uns über die unmittelbaren Aufgaben des Augenblicks hinausheben. Wollen wir einen konsequenten und prinzipiellen Kampf führen, so darf die Partei des Proletariats ihre Taktik nicht von Fall zu Fall bestimmen. Sie muß in ihren taktischen Beschlüssen die Treue zu den Grundsätzen des Marxismus mit der richtigen Einschätzung der fortschrittlichen Aufgaben der revolutionären Klasse vereinigen.

Nehmen wir die andere brennende politische Frage, die der provisorischen revolutionären Regierung. Hier sehen wir wohl noch klarer, daß die Redaktion der „Iskra“ in ihrem Flugblatt faktisch mit den Losungen der Konferenz bricht und sich die taktischen Losungen des III. Parteitags zu eigen macht. Die absurde Theorie, „sich (zum Zweck der demokratischen Umwälzung) nicht das Ziel zu setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen“, ist über Bord geworfen, denn das Flugblatt ruft direkt dazu auf, „sich der städtischen Behörden zu bemächtigen“ und eine „pro-

visorische Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten“ zu organisieren. Die absurde Losung, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“ (absurd in der Epoche der Revolution, obwohl durchaus richtig in der Epoche des rein parlamentarischen Kampfes), ist faktisch zu den Akten gelegt, denn die Odessaer Ereignisse zwangen die „Iskra“, zu begreifen, daß es lächerlich ist, sich in der Zeit des Aufstands auf diese Losung zu beschränken, daß man aktiv zum Aufstand, zu seiner allerenergischsten Durchführung und zur Ausnutzung der revolutionären Macht aufrufen muß. Die absurde Losung der „revolutionären Kommunen“ wurde ebenfalls fallengelassen, denn die Ereignisse in Odessa zwangen die „Iskra“, zu begreifen, daß diese Losung nur der Verwechslung der demokratischen Umwälzung mit der sozialistischen Vorschub leistet. Und diese grundverschiedenen Dinge zu verwechseln, wäre lediglich Abenteuerium, das von einer völligen Unklarheit des theoretischen Denkens zeugt und geeignet ist, die Verwirklichung der dringend notwendigen praktischen Maßnahmen zu erschweren, die der Arbeiterklasse in der demokratischen Republik den Kampf für den Sozialismus erleichtern.

Man erinnere sich an die Polemik der neuen „Iskra“ mit dem „Wperjod“, an ihre Taktik des „nur von unten“ — im Gegensatz zur Losung des „Wperjod“ „sowohl von unten als auch von oben“, und man wird sehen, daß sich die „Iskra“ unsere Lösung der Frage zu eigen gemacht hat, indem sie jetzt direkt selbst zum Handeln von oben aufruft. Man erinnere sich an die Befürchtungen der „Iskra“, daß wir uns durch die Verantwortung für die Staatskasse, die Finanzen usw. kompromittieren könnten, und man wird sehen, daß die „Iskra“, wenn nicht durch die Kraft unserer Argumente, so durch die Ereignisse selbst von der Richtigkeit dieser Argumente überzeugt wurde, denn die „Iskra“ empfiehlt in dem erwähnten Flugblatt direkt, „sich der Filialen der Staatsbank zu bemächtigen“. Die absurde Theorie, daß die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, ihre gemeinsame Beteiligung an einer provisorischen revolutionären Regierung ein „Verrat am Proletariat“ oder „vulgärer Jaurèsismus (Millerandismus)“ sei, haben die Neuisikristen einfach vergessen, denn sie fordern jetzt selbst die Arbeiter und Bauern auf, sich der städtischen Behörden, der Filialen der Staatsbank und der Waffenlager zu bemächtigen, „das ganze Volk zu bewaffnen“ (und zwar offenbar jetzt schon mit *Waffen* und nicht nur mit dem „brennenden Bedürfnis nach Selbst-

bewaffnung“), den Sturz der Zarenmonarchie zu proklamieren usw. — kurzum, ganz nach dem Programm zu handeln, das in der Resolution des III. Parteitags gegeben ist, gerade so zu handeln, wie es die Losung der revolutionär-demokratischen Diktatur und der provisorischen revolutionären Regierung vorzeichnet.

Allerdings erwähnt die „Iskra“ in ihrem Flugblatt weder die eine noch die andere Losung. Sie bringt eine Aufzählung und Beschreibung aller Maßnahmen, deren Gesamtheit für eine provisorische revolutionäre Regierung charakteristisch ist, vermeidet aber dieses Wort. Schade, daß sie das tut. Faktisch übernimmt sie ja diese Losung selbst. Daß ein klarer Terminus fehlt, ist nur geeignet, in den Köpfen der Kämpfer Schwankungen, Unentschlossenheit und Verwirrung hervorzurufen. Die Furcht vor dem Wort „revolutionäre Regierung“, „revolutionäre Macht“ ist eine rein anarchistische und eines Marxisten unwürdige Furcht. Um sich der Behörden und Banken zu „bemächtigen“, „Wahlen auszuschreiben“, die „provisorische Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten“ zu übertragen, „den Sturz der Monarchie zu proklamieren“ — dazu ist es unbedingt nötig, zuerst eine provisorische revolutionäre Regierung zu bilden und zu proklamieren, die die gesamte militärische und politische Tätigkeit des revolutionären Volkes zusammenfaßt und ihr ein einheitliches Ziel weist. Ohne diese Zusammenfassung, ohne die allgemeine Anerkennung der provisorischen Regierung durch das revolutionäre Volk und ohne den Übergang der ganzen Macht an diese Regierung bleibt jeder Versuch, sich der Behörden zu „bemächtigen“ und die Republik zu „proklamieren“, bloß ein umstürzlerischer Handstreich ohne Sinn und Inhalt. Wird die revolutionäre Energie des Volkes nicht durch eine revolutionäre Regierung zusammengefaßt, so wird sie sich nach dem ersten Erfolg des Aufstands zersplittern, in Kleinigkeiten verzetteln, den gesamtationalen Schwung verlieren und die Aufgabe, das Eroberte zu behaupten und das Proklamierte durchzuführen, nicht bewältigen.

Wir wiederholen: Faktisch, in Wirklichkeit, sind jene Sozialdemokraten, die die Beschlüsse des III. Parteitags der SDAPR nicht anerkennen, durch den Gang der Ereignisse gezwungen, gerade gemäß den Losungen des Parteitags zu handeln und die Losungen der Konferenz über Bord zu werfen. Die Revolution lehrt. Unsere Sache ist es, ihre Lehren restlos auszuwerten, unsere taktischen Losungen mit unserem Verhalten und unseren



---

nächsten Aufgaben in Einklang zu bringen, in den Massen das richtige Verständnis für diese nächsten Aufgaben zu verbreiten und allseits und allerorts die Arbeiter für die Kampfziele des Aufstands, für die Schaffung einer revolutionären Armee und die Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung zu organisieren.

*„Proletari“ Nr. 9,  
26. (13.) Juli 1905.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## OHNMÄCHTIGE WUT

In Nr. 104 der „Iskra“ ist eine Notiz zu unserem Feuilleton „Ein dritter Schritt zurück“\* („Proletari“ Nr. 6) veröffentlicht. Wir hatten darin ganz sachlich berichtet, daß sich die Neuiskristen zwar im Namen der Partei der Druckerei, des Lagers und des Geldes bedienten, der Übergabe des Parteieigentums aber entzogen. In welchen Gemütszustand sich die „Iskra“ aus Wut über diese Erklärung hineingesteigert hat, ist aus ihrem Geschimpfe im Geiste der unvergeßlichen bundistischen „Schmutzkübel“ ersichtlich. Liebenswürdig bedenkt uns die „Iskra“ mit Ausdrücken wie „Schmierfinken“, „feige Verleumder“ usw. usf. Ganz wie Engels einstmal die Polemik einer gewissen Sorte von Emigranten charakterisiert hat: „Jedes Wort ist ein Nachtopf und kein leerer“<sup>54\*\*</sup>. Wir haben natürlich die französische Redewendung nicht vergessen: Wem Argumente fehlen, der verlegt sich aufs Schimpfen. Wir schlagen auch jetzt dem unvoreingenommenen Leser vor, nüchtern abzuwägen, worum der Lärm geht. Die Neuiskristen haben den Brief des ZK, in dem ihnen nach dem III. Parteitag vorgeschlagen wurde, das Parteieigentum zu übergeben, nicht beantwortet. Sie erkennen den III. Parteitag nicht an, erkennen die Schwenkung des ZK zu den Bolschewiki nicht an. Nun gut. Aber aus dieser Nichtanerkennung ergibt sich lediglich, daß die Neuiskristen von ihrem Standpunkt aus nicht das gesamte, sondern nur einen bestimmten Teil des Parteieigentums übergeben müßten. Das ist so einleuchtend, daß die „Iskra“ selbst in ihrer Notiz von der „Möglichkeit der Aufteilung des gesamten

---

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 509—518, russ. *Die Red.*

\*\* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

Parteieigentums“ spricht. Ist dem so, unsere lieben Gegner, warum könnten ihr dann den Brief des Zentralkomitees nicht entsprechend beantworten? So aber bleibt trotz der ganzen Wucht eurer Ausdrücke zweifellos die Tatsache bestehen, daß die Mehrheit über alles öffentlich Rechenschaft ablegt, indem sie die Protokolle des III. Parteitags herausgibt, ihr aber legt niemandem auch nur die geringste Rechenschaft darüber ab, wie ihr das Parteieigentum verwendet, veröffentlicht keinerlei Protokoll, begnügt euch mit Schimpfen. Denkt einmal in einer ruhigen Stunde nach, welchen Eindruck ein solches Benehmen auf ein denkfähiges Publikum machen muß!

Weiter. Die Schwenkung des ZK zugunsten des Parteitags mißfällt der „Iskra“. Das ist verständlich. Aber das ist doch nicht seine erste Schwenkung. Vor einem Jahr, im August 1904, schwenkte das ZK zur Minderheit ab. Vor einem Jahr erklärten wir öffentlich in der Presse, daß wir die Handlungen des Zentralkomitees nicht als rechtmäßig anerkennen. Es fragt sich, wie verhielten wir uns damals gegenüber dem Parteieigentum? *Wir übergaben sowohl die Druckerei als auch das Lager und die Kasse den Menschewiki.* Die „Iskra“ mag schimpfen, soviel sie will, aber diese Tatsache bleibt eine Tatsache. Wir legten Rechenschaft ab und übergaben das Eigentum unseren Gegnern, da wir mit parteimäßigen Mitteln kämpfen und einen Parteitag durchsetzen wollten. Unsere Gegner verkrochen sich vor dem Parteitag und legten niemandem auch nur die geringste Rechenschaft ab (außer ihren eigenen Anhängern, und auch denen inoffiziell, denn erstens gibt es keine Protokolle der „Konferenz“, und zweitens sind weder ihre Tagesordnung noch ihre Zuständigkeit bekannt, d. h. inwieweit ihre Beschlüsse für die Menschewiki selbst bindend sind).

Unser innerparteilicher Kampf hat mit der Spaltung geendet; jetzt gibt es nur den Kampf einer Partei gegen eine andere, die sich im Zustand der Organisation als Prozeß befindet. Und werfen wir jetzt einen allgemeinen Blick auf die Geschichte des Kampfes bis zur Spaltung, so kann jeder — (natürlich wer die Geschichte seiner Partei an Hand der Dokumente *studiert* und sich nicht darauf beschränkt, nach dem Hörensagen zu urteilen, wie das viele aus Rußland Kommende tun) — kann jeder klar den allgemeinen Charakter des Kampfes sehen. Die Mehrheit, die des „Formalismus“, des Bürokratismus usw. beschuldigt wird, trat an ihre Gegner *alle* formellen Vorrechte, alle bürokratischen Einrichtungen ab: zuerst die

Redaktion des Zentralorgans, dann den Rat der Partei und zuletzt auch das Zentralkomitee. Nur den Parteitag hätten sie und haben sie nicht abgetreten. Und es ist so gekommen, daß die Bolschewiki die Partei wiederherstellten (oder sich eine eigene Partei schufen, wie die Neuiskristen selbstverständlich meinen), indem sie *alle* ihre Parteieinrichtungen voll und ganz auf der freiwilligen Zustimmung aller Parteiarbeiter aufbauten — zunächst das Büro der Komitees der Mehrheit, dann den „Wperjod“ und schließlich den III. Parteitag. Unsere Opponenten hingegen klammern sich gerade an die formellen Vorrechte und bürokratischen Einrichtungen, die ihnen aus Mitleid geschenkt wurden! Urteilt selbst: Wurde ihnen die „Redaktion des ZO“ etwa nicht von Lenin und Plechanow geschenkt? Wenn sich der „Proletari“ als „ZO der Partei“ bezeichnet, so stützt er sich auf die Beschlüsse des III. Parteitags, die von den Menschewiki nicht anerkannt werden, aber eindeutig, klar und bestimmt von der Parteimehrheit anerkannt wurden, deren Zusammensetzung allen bekannt ist. Die „Iskra“ hingegen stützt sich, wenn sie sich „ZO der Partei“ nennt, auf die Beschlüsse des II. Parteitags, die jetzt weder von den Bolschewiki anerkannt werden (wir haben sie durch die Beschlüsse des III. Parteitags ersetzt) noch *von den Menschewiki!!* Und das ist der springende Punkt! Denn die Konferenz der Menschewiki hat selbst das Statut des II. Parteitags aufgehoben. Und die Neuiskristen *klammern sich jetzt an den Titel*, der von ihren eigenen Anhängern aufgehoben worden ist!

Selbst Plechanow, der in prinzipiellen Fragen mit den Neuiskristen niemals völlig konform gehen konnte, der ihnen jedoch endlos persönliche Zugeständnisse machte, der über die Bolschewiki mehr als genug herfiel, dem die Neuiskristen dafür immer Reverenzen erwiesen und noch erweisen — sogar er erklärte, die Konferenz habe den zentralen Einrichtungen einen tödlichen Schlag versetzt, und zog es vor, den Staub von seinen Füßen zu schütteln. Die Neuiskristen jedoch nennen sich weiterhin „ZO“ und beschimpfen diejenigen, die ihnen nachweisen, daß ihre ganze Einstellung zur Partei nicht nur falsch, sondern auch absolut unanständig ist. Das Geschimpfe, das den Anlaß gab, daß ich auf dieses Thema zu sprechen kam, ist eben psychologisch das unausbleibliche Resultat des dumpfen Bewußtseins dieser Unanständigkeit. Wir erinnern daran, daß sogar Herr Struve, der seine *prinzipiellen* Sympathien sowohl für Trotzki und Starower als auch für Akimow und Martynow, sowohl für die Tendenzen des

Neuiskrismus im allgemeinen als auch ihrer Konferenz im besonderen des öfters zum Ausdruck gebracht hat, seinerzeit zugeben mußte, daß ihre Einstellung nicht völlig korrekt oder, richtiger gesagt, völlig inkorrekt ist (siehe „Oswoboshdenije“ Nr. 57).

Wir wissen ausgezeichnet, daß breite Kreise der Sozialdemokraten, besonders der Arbeiter, schrecklich unzufrieden mit der Spaltung sind (wer könnte mit ihr zufrieden sein?) und dazu neigen, „um jeden Preis“ einen Ausweg zu suchen. Wir verstehen diese Stimmung vollkommen und tragen ihr unbedingt Rechnung. Wir warnen aber alle und jeden: Die Stimmung allein genügt nicht. Die Formel „um jeden Preis“ ist ganz und gar untauglich, denn es fehlt darin die Hauptsache: das Verständnis für die Mittel, die Spaltung zu beenden. Keine bitteren Worte, keine Versuche, irgend etwas „Drittes“ zu finden, das weder bolschewistisch noch menschewistisch ist, werden der Sache helfen, sondern sie nur noch mehr verwirren. Das Beispiel einer so starken Persönlichkeit wie Plechanow hat das faktisch, an Hand der Erfahrung zweier Jahre, bewiesen. Mögen die deutschen Sozialdemokraten, die, wie Karl Kautsky, unsere Spaltung größtenteils nur aus einseitigen Berichten kennen, sie mit bitteren Worten abtun. Ihre Unkenntnis ist allenfalls noch verzeihlich, obgleich es natürlich unverzeihlich ist, daß sie über etwas urteilen wollen, was sie nicht kennen. Die russischen Sozialdemokraten müssen endlich lernen, Leute zu verachten, die nur imstande sind, die Sache mit bitteren Worten abzutun, von einer Seite auf die andere zu pendeln und vom „Frieden“ zu faseln, die aber außerstande sind, etwas Reales für den Frieden zu tun. Der reale Weg zu Frieden und Einheit in der Partei führt nicht über voreilige Abkommen, die neue Konflikte heraufbeschwören, die Sache aufs neue und noch mehr verwirren, sondern über die völlige Klärung der taktischen und organisatorischen Tendenzen beider Teile durch die Tat. In dieser Beziehung sind wir mit der neuiskristischen Konferenz überaus zufrieden, denn sie hat den unwiderruflichen Zerfall des Neuiskrismus deutlich gemacht. Die Revolution zerschlägt die Nachtraktik der Neuiskristen. Ihre „Organisation als Prozeß“ wird zum allgemeinen Gespött. Von ihnen fällt einerseits Plechanow ab, den die Konferenz offensichtlich nicht nur über den organisatorischen Sinn dieser Konferenz, sondern auch über die Prinzipientreue der Neuiskristen „aufgeklärt“ hat. Von ihnen fällt andererseits Akimow ab, der die Versprechungen oder die „Prinzipien“ der Peters-

burger Menschewiki („Poslednija Iswestija“<sup>55</sup> Nr. 235) als „leere Phrase“ bezeichnet. Der dritte Parteitag hat die eine Seite fester zusammengeschweißt. Die Konferenz selbst hat die andere Seite zerschlagen. Uns bleibt nur übrig, den „Versöhnlern“ zu raten: Studiert die Geschichte der Spaltung, Genossen, denkt darüber nach, warum das Plechanowsche Versöhnertum gescheitert ist, gießt nicht neuen Wein in alte Schläuche!

„Proletari“ Nr. 9,  
26. (13.) Juli 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

URSPRÜNGLICHE VARIANTE DES VORWORTS  
ZUR BROSCHÜRE  
„ARBEITER ÜBER DIE SPALTUNG DER PARTEI“<sup>56</sup>

UMSCHLAG: *Die Stimme der Arbeiter und die Spaltung  
der Partei*

Herausgegeben vom ZK der SDAPR

Inhalt:

- I. Vorwort der Redaktion des „Proletari“.
  - II. Brief eines Odessaer Arbeiters.
  - III. Antwort auf den Brief eines Arbeiters. Von *Abramow*.
  - IV. Offener Brief des ZK der SDAPR an die Organisationskommission.
- 

VORWORT

In Nr. 8 des „Proletari“ teilten wir bereits mit, daß wir den Brief eines Odessaer Arbeiters herausgeben werden, der unserer Meinung nach die Stimmung ziemlich vieler Arbeiter widerspiegelt. Als Antwort auf diesen Brief veröffentlichen wir erstens den Artikel „Antwort auf den Brief eines Arbeiters“ von Gen. Abramow, Mitarbeiter des „Proletari“, und zweitens den vor kurzem in Rußland erschienenen und in Nr. 10 des „Proletari“ abgedruckten „Offenen Brief des Zentralkomitees der SDAPR an die Organisationskommission“<sup>57</sup>.

Unsererseits wollen wir noch einmal *eines* hervorheben: Die Vereinigung ist notwendig. Der Genosse Arbeiter hat völlig recht, wenn er darauf besteht. Aber es genügt nicht, darauf zu bestehen, man muß imstande sein,

11 Lenin, Werke, Bd. 9

die Vereinigung zu verwirklichen, man muß die Kraft haben, die Vereinigung durchzusetzen. Ausweichen, eine dritte Partei oder eine neutrale Gruppe gründen — das ist nicht schwer. Aber das wird die Vereinigung nicht in die Nähe, sondern in die Ferne rücken, die jetzige verworrene Situation nicht vereinfachen, sondern sie noch mehr verwirren. Die Beschlüsse der Konferenz der Minderheit oder der Neuskristen geben keine direkte und klare Antwort auf die Frage: *wie* kann und muß man sich vereinigen? Die Beschlüsse des III. Parteitags der SDAPR geben eine Antwort durch das Parteistatut, das die Rechte der Minderheit voll garantiert. Es wäre lächerlich, diese Antwort für fehlerlos, für ideal zu halten. Wer aber über die Wiedervereinigung nicht nur reden, sondern sie mit realen Maßnahmen und Vorschlägen wirklich herbeiführen will, der soll sich nicht auf Anschuldigungen und Vorwürfe beschränken und soll nicht durch die Gründung einer dritten Partei die Spaltung vertiefen, sondern sich damit befassen, seine Antwort auf die Frage nach den Bedingungen und Formen der Wiedervereinigung auszuarbeiten. Das ist weitaus schwieriger, als nur Frieden und Liebe zu predigen, aber dafür auch sehr viel nützlicher.

*Die Redaktion des „Proletari“*

*Geschrieben im Juli 1905.  
Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

*Nach dem Manuskript.*



## VORWORT ZUR BROSCHURE „ARBEITER ÜBER DIE SPALTUNG DER PARTEI“

Als wir in Nr. 8 des „Proletari“ versprochen, den Brief eines Genossen, der sich „Ein Arbeiter unter vielen“ nannte, vollinhaltlich abzudrucken, hatten wir keine Ahnung, wer dieser Genosse ist. Wir wissen, daß die von ihm geäußerten Gedanken tatsächlich von vielen Arbeitern geteilt werden, und das genügte uns zu dem Entschluß, seinen Brief herauszugeben. Jetzt erfahren wir aus Nr. 105 der „Iskra“, daß sich der Verfasser des Briefes „früher zur Minderheit zählte“, daß er ein „alter heftiger Gegner der sogenannten Mehrheit“ ist. Um so besser. Um so wertvoller ist für uns das Eingeständnis dieses ehemaligen Menschewiks, daß sich die frommen Wünsche hinsichtlich der „proletarischen Selbsttätigkeit“ als „schöne Worte“ herausstellten. Um so wertvoller ist seine entschiedene Verurteilung der intelligenzlerischen „Manilowerei“\*. Das ist ein untrügliches Anzeichen, daß die Demagogie der Menschewiki, ihre freigebigen Versprechungen aller möglichen guten Dinge wie Autonomie, Selbsttätigkeit, Demokratismus u. dgl. m. den klassenbewußten Arbeitern nun, wie nicht anders zu erwarten war, so langsam zum Halse heraushängen und bei ihnen berechtigtes Mißtrauen und Kritik hervorrufen.

Höchst charakteristisch ist auch die Tatsache, die zweifellos noch eine ganze Reihe menschewistischer Arbeiter zu „ehemaligen Menschewiki“ machen wird — die Tatsache, daß die „Iskra“ in diesem Brief eines Arbeiters die „Faust von unten“ erblickt! Darüber lohnt es sich, ernsthaft nachzudenken.

Was hat der Brief mit der „Faust“ zu tun? frage ich mich. Bringt dieses von den Menschewiki reichlich abgedroschene „schreckliche Wort“

\* Manilow — Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. *Der Übers.*

bestimmte organisatorische Begriffe zum Ausdruck oder lediglich intelligenzlerische Verärgerung, den Widerwillen gegen jedwede feste, die Lauenen der Intellektuellen unterbindende Organisation?

Was will der Verfasser des Briefes? Das Ende der Spaltung. Sympathisiert die „Iskra“ mit diesem Ziel? Ja, sie erklärt das ausdrücklich. Hält sie die Erreichung dieses Zieles jetzt schon für möglich? Ja, denn sie sagt: „Die (taktischen) Meinungsverschiedenheiten sind nicht so groß, um die Spaltung zu rechtfertigen.“

Wenn dem so ist, warum kramt dann die „Iskra“ in der Antwort an den Arbeiter aufs neue die taktischen Meinungsverschiedenheiten hervor und erwähnt sogar den „Plan der Semstwokampagne“, der doch in den „nur für Parteimitglieder“ veröffentlichten Sonderblättern der „Iskra“ und in der „konspirativen“ Broschüre Plechanows begraben worden ist? Wozu das? Wo doch die Notwendigkeit von Polemiken und Auseinandersetzungen weder von dem Arbeiter noch von den Bolschewiki bestritten wird! Wo doch das vom III. Parteitag angenommene Statut genau das Recht eines jeden Komitees auf Herausgabe von Literatur festlegt! Wo es sich doch darum handelt, was zu machen ist, damit die taktischen Meinungsverschiedenheiten nicht zur Spaltung, d. h. zur Störung der organisatorischen Verbindung führen! Warum *weicht* die „Iskra“ dieser klar gestellten Frage *aus*, indem sie nicht zur Sache gehörende Betrachtungen über taktische Meinungsverschiedenheiten anstellt? Besteht etwa gar die „Faust“ des Arbeiters darin, daß er kein Geschwätz zuläßt, das nicht zur Sache gehört?

Um die Spaltung zu beenden, genügt es nicht, das zu wünschen. Man muß wissen, *wie* es zu machen ist. Die Spaltung beenden heißt zu *einer* Organisation verschmelzen. Und wer wirklich das Ende der Spaltung näherrücken will, der darf sich nicht auf Klagen, Vorwürfe, Anwürfe, Interjektionen und Deklamationen über die Spaltung beschränken (wie das der Genosse Arbeiter und beispielsweise auch Plechanow tut, seit er im Sumpfe steckt) — der muß unverzüglich darangehen, einen Typus dieser allgemeinen, einheitlichen Organisation *auszuarbeiten*.

Die Schwäche der Zuschrift des Arbeiters liegt gerade darin, daß der Verfasser über die Spaltung nur *jammert* und keine direkten Vorschläge macht, wie man sie durch die Annahme *bestimmter* Organisationsnormen beenden soll. Statt diesen Mangel zu beheben, *verstärkt* ihn die „Iskra“,

indem sie in „panischer Angst“ schreit: die „Faust!“, nur weil der Arbeiter den Gedanken geäußert hat, man müsse unbedingt allgemeinverbindliche Organisationsnormen anerkennen!! Die Meinungsverschiedenheiten rechtfertigen die Spaltung nicht, sagt der Arbeiter. Richtig! stimmt die „Iskra“ zu. Also muß man jetzt einen recht festen Strick drehen (Oje, oje! Wie grob mechanisch ich mich ausdrücke! Schon wieder die „Faust“! Immer langsam, Genossen von der „Iskra“, fallen Sie nicht gleich in Ohnmacht wegen des „unlösbaren Knotens“ und ähnlicher Schrecknisse!), der beide Teile fest zusammenbinden und sie trotz der taktischen Meinungsverschiedenheiten zusammengebunden halten würde – fährt der Arbeiter fort.

Die „Iskra“ antwortet darauf wieder mit einem hysterischen Anfall und schreit: die Faust!

Wir aber antworten darauf: Richtig, Genosse Arbeiter! Sie urteilen vernünftig. Man braucht einen neuen, festen Strick. Aber gehen Sie doch weiter, machen Sie den nächsten Schritt: beginnen Sie, darüber nachzudenken, *was das eigentlich* für ein Strick sein soll, *was das eigentlich* für eine *allgemeine*, beiderseits *verbindliche* (zu Hilfe! Wieder die Faust!) Organisation sein soll?

Der Genosse Arbeiter ist *nicht weit genug* gegangen, was die Bestimmtheit seiner *organisatorischen* Vorschläge betrifft (denn die Frage der Beendigung der Spaltung ist eine rein organisatorische Frage, *wenn beide Teile* anerkennen, daß die taktischen Meinungsverschiedenheiten die Spaltung nicht rechtfertigen!) – die „Iskra“ aber findet, daß er zu weit gegangen sei, so weit, daß sie wieder ein Geschrei über die Faust erhob!!

Wir fragen den Leser noch einmal: Was bedeutet in Wirklichkeit diese berüchtigte Faust, die der neuen „Iskra“ solchen Schrecken einjagt, daß sie schier Schreikrämpfe bekommt? Bringt diese Faust bestimmte organisatorische Ideen zum Ausdruck oder einfach die blinde und lächerliche Angst der Intellektuellen vor *jedweder* „Bindung“, *jedweder* für alle Parteimitglieder *verbindlichen* Organisation?

Überlassen wir es den klassenbewußten Arbeitern, diese Frage zu entscheiden, und gehen wir weiter.

Die wirkliche Schwierigkeit der Verschmelzung besteht – vorausgesetzt, daß beide Teile sie aufrichtig wünschen – in folgendem: Erstens muß man

Organisationsnormen schaffen, ein Parteistatut, das für alle unbedingt verbindlich ist; zweitens muß man alle parallelen, miteinander konkurrierenden lokalen und zentralen Organisationen und Körperschaften der Partei miteinander verschmelzen.

Die erste Aufgabe versuchte bis jetzt *nur* der III. Parteitag der SDAPR zu lösen, indem er ein Statut schuf, das jeder Minderheit konstitutionelle Rechtsgarantien gibt. Der III. Parteitag sorgte dafür, daß jede Minderheit, die das Programm, die Taktik und die organisatorische Disziplin anerkennt, sozusagen ihr Plätzchen in der Partei findet. Die Bolschewiki sorgten dafür, daß auch die Menschewiki einen bestimmten Platz in der einheitlichen Partei haben. Bei den Menschewiki sehen wir das nicht: ihr Statut gibt keineswegs jeder Parteiminderheit konstitutionelle Rechtsgarantien.

Selbstverständlich wird kein Bolschewik das auf dem III. Parteitag angenommene Statut als ideal und unfehlbar betrachten. Wer es für nötig hält, dieses Statut zu ändern, der soll einen Entwurf genau umrissener Änderungen vorlegen — das wird ein *sachlicher* Schritt zur Beendigung der Spaltung sein, das wird etwas mehr sein als Vorwürfe und Klagen.

Man wird uns vielleicht sagen: Warum macht ihr nicht selbst den Anfang damit beim Statut der „Konferenz“? Wir antworten darauf, daß wir das schon getan haben; siehe „Proletari“ Nr. 6: „Ein dritter Schritt zurück“.\* Wir sind auch bereit, die *grundlegenden Organisationsprinzipien*, deren Anerkennung unseres Erachtens zur Verschmelzung notwendig ist, noch einmal zu wiederholen: 1. Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit (nicht zu verwechseln mit der Minderheit und der Mehrheit in Anführungszeichen! Die Rede ist vom Organisationsprinzip der Partei überhaupt und nicht von der Verschmelzung der „Minderheit“ und der „Mehrheit“, wovon weiter unten die Rede sein wird. Man kann sich, abstrakt gesprochen, die Verschmelzung in einer solchen Form denken, daß „Menschewiki“ und „Bolschewiki“ gleich stark sein werden, aber auch eine solche Verschmelzung ist *unmöglich*, wenn man *das Prinzip und die Pflicht* der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht anerkennt). 2. Das oberste Organ der Partei muß der Parteitag, d. h. die Versammlung der gewählten Vertreter aller vollberechtigten Organisationen sein, wobei der Beschluß dieser Vertreter als endgültig gelten muß.

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 509—518, russ. *Die Red.*

(Das ist das Prinzip der demokratischen Vertretung im Gegensatz zu dem Prinzip der beratenden Konferenzen und der Abstimmung über ihre Beschlüsse in den Organisationen, also des Plebiszits). 3. Die Wahlen zur zentralen Körperschaft (oder zu den zentralen Körperschaften) der Partei müssen direkt sein und auf den Parteitag erfolgen. Nicht auf dem Parteitag vorgenommene Wahlen, zweistufige Wahlen usw., sind unzulässig. 4. Die gesamte Parteiliteratur, die lokale wie die zentrale, muß unbedingt sowohl dem Parteitag als auch der entsprechenden zentralen oder lokalen Parteiorganisation unterstehen. Das Vorhandensein von Parteiliteratur, die mit der Partei organisatorisch nicht verbunden ist, ist unzulässig. 5. Der Begriff der Parteizugehörigkeit muß ganz genau umrissen sein. 6. Ebenso müssen die Rechte jeder Parteiminderheit im Parteistatut genau festgelegt sein.

Dies sind unseres Erachtens die unbedingt verbindlichen organisatorischen Prinzipien, ohne deren Anerkennung die Verschmelzung unmöglich ist. Darüber möchten wir die Meinung des Genossen, der sich „Ein Arbeiter unter vielen“ nennt, und überhaupt aller Anhänger der Verschmelzung hören.

Und die Frage der Beziehungen der Komitees zur Peripherie? des Prinzips der Wählbarkeit? wird man uns fragen. Wir antworten, daß in dieser Frage keine grundlegenden organisatorischen Prinzipien zu erblicken sind, da ja die unbedingte Einhaltung des Prinzips der Wählbarkeit nicht gefordert wird. Auch die Menschewiki haben das nicht gefordert. Bei politischer Freiheit wird das Prinzip der Wählbarkeit unerlässlich sein, jetzt aber wird es auch vom Statut der „Konferenz“ für die Komitees nicht eingeführt. Diese oder eine andere Festlegung der Rechte und Vollmachten der Peripherie ist keine prinzipielle Frage (natürlich dann, wenn das, wovon man spricht, konkret verwirklicht wird, wenn man sich nicht mit Demagogie befaßt und nicht nur mit „schönen Worten“ um sich wirft). Der dritte Parteitag der SDAPR versuchte die Begriffe Komitee und Peripherie genau festzulegen und die Beziehungen zwischen ihnen zu regeln. Alle Vorschläge bestimmter Änderungen, Ergänzungen und Kürzungen würde jeder Bolschewik in aller Ruhe erwägen. In unserer Mitte gibt es, soviel ich weiß, in dieser Frage hinsichtlich dieses oder jenes Punktes keine „Unversöhnlichen“, und die Protokolle des III. Parteitags werden diese Behauptung bestätigen.

Die nächste und wohl nicht weniger schwierige Frage ist: Wie soll man nun konkret alle parallelen Organisationen verschmelzen? Bei politischer Freiheit wäre das leicht, denn da gäbe es legale Parteiorganisationen mit einer bestimmten Zahl genau bekannter Mitglieder. Anders ist es bei geheimen Organisationen. Die Bestimmung der Mitgliedschaft ist um so schwieriger, je leichtsinniger man diese Mitgliedschaft zuweilen auffaßt, je öfter man zur Demagogie, zur fiktiven Aufnahme politisch nicht bewußter Elemente in die Partei greift. Unserer Meinung nach müssen, was die Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten anbelangt, die mit der Sachlage vertrauten Genossen in den einzelnen Orten das entscheidende Wort sprechen. Die zeitweilige Ausschaltung von Mitgliedern der Organisationen durch ihre „Kommandierung“ ins Gefängnis, in die Verbannung oder ins Ausland ist auch ein erschwerender Umstand, den man berücksichtigen muß. Sodann bietet natürlich die Verschmelzung der zentralen Körperschaften keine geringe Schwierigkeit. Ohne eine einheitliche Zentralleitung, ohne ein einheitliches Zentralorgan ist eine wirkliche Einheit der Partei unmöglich. Die Frage steht hier so: Entweder werden die politisch bewußten Arbeiter (unbeirrt von dem Wehgeschrei über die „Faust“) diejenigen, die tatsächlich die Parteiminderheit sind, dazu zwingen, ihre Auffassungen in den Organen der Lokalkomitees, auf Konferenzen, Parteitag, Versammlungen usw. zu vertreten, ohne daß die Parteiarbeit desorganisiert wird. Oder aber die bewußten sozialdemokratischen Arbeiter bewältigen diese Aufgabe jetzt nicht (allgemein gesprochen, werden sie sie bestimmt und unbedingt bewältigen; dafür bürgt die ganze Arbeiterbewegung in Rußland) — und dann werden zwischen den konkurrierenden Zentralstellen, zwischen den konkurrierenden Organen nur Vereinbarungen möglich sein, aber keine Verschmelzung.

Zum Schluß wollen wir noch einmal wiederholen: Der Genosse Arbeiter und seine Gesinnungsgenossen sollen ihr Ziel nicht durch Klagen und Anschuldigungen und nicht durch die Bildung neuer, dritter Parteien oder Gruppen, Zirkel usw. (in der Art, wie es Plechanow tut, der jetzt außerhalb der Partei eine neue Parteizeitschrift<sup>58</sup> gegründet hat) zu erreichen trachten. Die Bildung einer dritten Partei oder neuer Gruppen wird die Sache nur komplizieren und verwirren. Man muß darangehen, die konkreten Bedingungen der Verschmelzung auszuarbeiten: Sobald sich alle Gruppen und Organisationen der Partei, alle politisch bewußten Arbei-

ter damit befassen, werden sie unbedingt und zweifellos imstande sein, vernünftige Bedingungen auszuarbeiten und nicht nur auszuarbeiten, sondern auch (unbeirrt von dem Wehgeschrei über die Faust) die Spitzen der Partei zu zwingen, sich diesen Bedingungen zu unterwerfen.

In Ergänzung zum Brief des Genossen Arbeiters veröffentlichen wir einen offenen Brief des ZK der SDAPR an die Organisationskommission als ersten Schritt zu einer sachlichen Lösung der Frage, wie die Spaltung beendet werden kann.

*Redaktion des „Proletari“*

Juli 1905

*Zuerst veröffentlicht 1905  
in der vom ZK der SDAPR  
herausgegebenen Broschüre.*

*Nach dem Text der Broschüre.*

## DAS PROLETARIAT KÄMPFT, DIE BOURGEOISIE ERSCHLEICHT SICH DIE MACHT

Während des Krieges hat die Diplomatie nichts zu tun. Nach Schluß der Kampfhandlungen treten die Diplomaten in den Vordergrund, ziehen das Fazit, stellen Bilanzen auf und üben sich in ehrlichem Maklertum.

Etwas Ähnliches geht in der russischen Revolution vor sich. Während der militärischen Zusammenstöße zwischen dem Volk und den Kräften der Selbstherrschaft verstecken sich die liberalen Bourgeois in ihren Mauselöchern. Sie sind gegen die Gewalt von oben und von unten, sie sind Feinde sowohl der Willkür der Machthaber als auch der Anarchie des Pöbels. Sie erscheinen auf der Bühne nach Schluß der Kampfhandlungen, und in ihren politischen Entscheidungen widerspiegelt sich klar die durch diese Kampfhandlungen verursachte Änderung in der politischen Situation. Nach dem 9. Januar wurde die liberale Bourgeoisie „rosarot“; jetzt, nach den Ereignissen in Odessa, die (im Zusammenhang mit den Ereignissen im Kaukasus, in Polen usw.) das enorme Anwachsen des Volksaufstands gegen die Selbstherrschaft im letzten halben Jahr der Revolution anzeigen, beginnt sie „rot“ zu werden.

Die drei soeben abgehaltenen liberalen Tagungen sind in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich. Am konservativsten von allen war die Tagung der Industriellen und Kaufleute. Sie genießen das größte Vertrauen der Selbstherrschaft. Die Polizei läßt sie in Ruhe. Sie kritisieren das Bulyginsche Projekt und verurteilen es, sie verlangen eine Verfassung, werfen aber, soweit wir nach den unvollständigen Berichten urteilen können, nicht einmal die Frage des Boykotts der Bulyginschen Wahlen auf. Die radikalste Tagung ist jene der Delegierten des „Verbands der Verbände“<sup>59</sup>.



Sie findet schon im geheimen statt und auf nichtrussischem Territorium, obzwar ganz nahe bei Petersburg, nämlich in Finnland. Wie man sagt, verstecken die Teilnehmer der Tagung aus Vorsicht alle Schriftstücke, und die polizeilichen Durchsuchungen an der Grenze liefern der Polizei keinerlei Beweisstücke in die Hand. Diese Tagung spricht sich mit Stimmenmehrheit (gegen eine, wie es scheint, beträchtliche Minderheit) für den vollständigen und entschiedenen Boykott der Bulyginschen Wahlen, für eine breite Agitation zwecks Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts aus.

In der Mitte steht die am meisten „einflußreiche“, feierliche und geräuschvolle Tagung der Vertreter der Semstvos und Städte. Sie ist fast legal: die Polizei verfaßt nur pro forma ein Protokoll und fordert zum Auseinandergehen auf, was mit einem Lächeln quittiert wird. Die Zeitungen, die begonnen haben, Berichte zu veröffentlichen, werden verboten („Slowo“<sup>60</sup>) oder verwarnt („Russkije Wedomosti“). An der Tagung nahmen nach dem in den „Times“<sup>61</sup> erschienenen Schlußbericht des Herrn Pjotr Dolgorukow 216 Delegierte teil. Korrespondenten ausländischer Zeitungen telegrafieren über die Tagung in alle Welt. Zur politischen Hauptfrage, nämlich ob man die Bulyginsche „Verfassung“ boykottieren soll, äußert sich die Tagung überhaupt nicht. Nach Meldungen englischer Zeitungen war die Mehrheit für den Boykott, das Organisationskomitee der Tagung jedoch dagegen. Man einigte sich auf ein Kompromiß: die Frage bis zur Veröffentlichung des Bulyginschen Projekts offenzulassen und dann telegrafisch eine neue Tagung einzuberufen. Natürlich wird das Bulyginsche Projekt von der Tagung entschieden verurteilt; sie billigt das Verfassungsprojekt des „Oswoboshdenije“ (Monarchie und Zweikammersystem), lehnt es ab, sich an den Zaren zu wenden, und beschließt, „sich an das Volk zu wenden“.

Den Text dieses Appells besitzen wir noch nicht. Nach Mitteilungen der ausländischen Presse besteht er aus einem in zurückhaltenden Äußerungen abgefaßten Abriss der Ereignisse seit der Novembertagung der Semstwovertreter, einer Aufzählung von Tatsachen, die von der gewissenlosen Verschleppungstaktik der Regierung, von ihren gebrochenen Versprechungen und von ihrer zynischen Gleichgültigkeit gegenüber den Forderungen der öffentlichen Meinung zeugen. Außer dem Appell an das Volk wurde auch fast einstimmig eine Resolution über den Widerstand

gegen die willkürlichen und ungerechten Handlungen der Regierung angenommen. Diese Resolution erklärt, daß es die Tagung, „angesichts der willkürlichen Handlungen der Behörden und der ständigen Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte durch sie für die Pflicht aller hält, die natürlichen Menschenrechte mit friedlichen Mitteln zu verteidigen, einschließlich des Widerstands gegen Handlungen der Behörden, die diese Rechte verletzen, auch wenn solche Handlungen sich auf den Buchstaben des Gesetzes stützen sollten“ (zitiert nach den „Times“).

Also unzweifelhaft ein Schritt unserer liberalen Bourgeoisie nach links. Die Revolution schreitet vorwärts, und auch die bürgerliche Demokratie hinkt hinter ihr her. Der wahre Charakter dieser Demokratie als einer *bürgerlichen* Demokratie, welche die Interessen der besitzenden Klassen vertritt und die Sache der Freiheit inkonsequent und eigennützig verfißt, zeigt sich immer deutlicher, obwohl die bürgerliche Demokratie „röter“ wird und sich bemüht, manchmal eine „fast revolutionäre“ Sprache zu führen.

In der Tat, was bedeutet die Verschiebung der Entscheidung über den Boykott der Bulyginschen Verfassung? Den Wunsch, mit der Selbstherrschaft noch zu markten. Das mangelnde Selbstvertrauen jener Mehrheit, die sich zugunsten des Boykotts gebildet hatte. Das stillschweigende Bekenntnis, daß die Herren Gutsbesitzer und Kaufleute zwar eine Verfassung verlangen, sich aber gegebenenfalls auch auf weniger einigen werden. Wenn selbst die Tagung der liberalen Bourgeois es nicht wagt, mit der Selbstherrschaft und mit der Bulyginschen Komödie sofort zu brechen, was ist dann von jener Zusammenkunft aller möglichen Bourgeois zu erwarten, die sich Bulyginsche „Duma“ nennen und unter jeder Art Druck der absolutistischen Regierung gewählt werden wird (wenn sie je gewählt werden wird!)?

Genauso und nicht anders schätzt die absolutistische Regierung diesen Akt der Liberalen ein, sie betrachtet ihn nur als eine Episode des bürgerlichen Feilschens. Einerseits „erhöht“ die Selbstherrschaft angesichts der Unzufriedenheit der Liberalen ihr Angebot ein wenig: die Auslandspresse meldet, daß ins Bulyginsche Projekt eine Reihe neuer „liberaler“ Änderungen aufgenommen wird. Andererseits antwortet die Selbstherrschaft auf die Unzufriedenheit der Semstwoleute mit einer neuen Drohung: bezeichnend ist die Meldung des Korrespondenten der „Times“, wonach Bulygin

und Goremykin als Antwort auf den „Radikalismus“ der Semstwoleute vorschlagen, die Bauern gegen die „Herren“ aufzuhetzen, indem man ihnen die Zuteilung von Land im Namen des Zaren verspricht und (mit Hilfe der Landeshauptleute) eine „Volks“abstimmung darüber veranstaltet, ob es ständische oder allgemeine Wahlen geben soll. Natürlich ist diese Meldung nur ein Gerücht, das vermutlich mit Absicht in die Welt gesetzt wurde. Aber es bleibt außer Zweifel, daß die Regierung vor den wildesten, größten und brutalsten Formen der Demagogie nicht zurückscheut, daß sie sich vor dem Aufstand der „verwilderten Massen“ und des Abschaums der Bevölkerung nicht fürchtet, während die Liberalen sich vor dem Volksaufstand gegen die Gewalttäter, die Helden von Raub, Mord und türkischer Grausamkeit fürchten. Die Regierung hat schon längst mit dem Blutvergießen in unerhörten Ausmaßen und Formen begonnen. Die Liberalen aber antworten, daß sie Blutvergießen vermeiden wollen! Hat nach einer solchen Antwort etwa nicht jeder gedungene Mörder das Recht, sie als bürgerliche Krämer zu behandeln? Ist nach alledem die Resolution mit dem Appell an das Volk und mit dem Bekenntnis zum „friedlichen Widerstand“ gegen Willkür und Gewalt nicht ein Hohn? Die Regierung verteilt freigebig Waffen, sie dingt die niedrigste Sorte Menschen, damit sie Juden, „Demokraten“, Armenier, Polen usw. mißhandeln und niedermetzeln. Unsere „Demokraten“ aber betrachten die Agitation für den „friedlichen Widerstand“ als einen „revolutionären“ Schritt!

In der eben bei uns eingetroffenen Nr. 73 des „Oswoboshdenije“ entrüstet sich Herr Struve über Herrn Suworin<sup>62</sup>, der Herrn Iwan Petrunkevitch ermunternd auf die Schulter klopfte und vorschlägt, solche Liberale in den Ministerien und Departements unterzubringen, damit sie sich beruhigen. Herr Struve ist empört, denn gerade Herrn Petrunkevitch und seine Gesinnungsgenossen vom Semstwo („die sich vor der Geschichte und der Nation durch ein Programm“ — durch welches? und wo? — „gebunden haben“) hat er für das künftige Ministerium der konstitutionell-demokratischen Partei ausersehen. Wir aber glauben, daß die Haltung der Herren Petrunkevitch sowohl bei ihrem Empfang durch den Zaren als auch auf der Semstwotagung am 6. (19.) Juli sogar den Suworin das volle Recht gibt, solche „Demokraten“ mit Verachtung zu behandeln. Herr Struve schreibt: „Jeder aufrichtige und denkende Liberale in Ruß-

land fordert die Revolution.“ Wir aber sagen: Wenn diese „Forderung der Revolution“ im Juli 1905 in einer Resolution über die friedlichen Mittel des Widerstands ihren Ausdruck findet, so haben die Suworin das volle Recht, solchen „Forderungen“ und solchen „Revolutionären“ mit Verachtung und Hohn zu begegnen.

Herr Struve wird sicher einwenden, daß die Ereignisse, die unsere Liberalen bis jetzt nach links getrieben haben, sie mit der Zeit auch noch weiter treiben werden. Er schreibt in derselben Nr. 73: „Die Bedingungen für eine physische Einmischung der Armee in den politischen Kampf werden erst dann wirklich gegeben sein, wenn die absolutistische Monarchie mit der in der Volksvertretung organisierten Nation zusammenstößt. Dann wird die Armee vor die Wahl gestellt sein: Regierung oder Nation, und die Wahl wird leicht und unfehlbar getroffen werden.“

Dieses friedliche Idyll gleicht ganz dem Aufschieben der Revolution auf die griechischen Kalenden<sup>63</sup>. Wer organisiert denn die Nation in der Volksvertretung? Die Selbstherrschaft? Sie ist aber nur damit einverstanden, die Bulyginsche Duma zu organisieren, gegen die ihr selbst protestiert, weil ihr sie nicht als eine Volksvertretung anerkennt! Oder wird „die Nation“ selbst die Volksvertretung organisieren? Wenn dem so ist, warum wollen dann die Liberalen von einer provisorischen revolutionären Regierung, die sich nur auf eine revolutionäre Armee stützen kann, nichts wissen? Wenn sie schon auf ihrer Tagung im Namen des Volkes sprechen, warum tun sie dann nicht einen solchen Schritt, der von der Organisation der Nation in der Volksvertretung zeugen würde? Wenn ihr wirklich Vertreter des Volkes seid, meine Herren, und nicht Vertreter der Bourgeoisie, die in der Revolution die Interessen des Volkes verrät, warum wendet ihr euch dann nicht an die Armee? warum verkündet ihr nicht den Bruch mit der absolutistischen Monarchie? warum verschließt ihr die Augen vor dem unvermeidlichen Entscheidungskampf zwischen der revolutionären Armee und der zaristischen Armee?

Weil ihr vor dem revolutionären Volk Angst habt und euch an dieses Volk mit Phrasen wendet, während ihr in Wirklichkeit mit der Selbstherrschaft rechnet und mit ihr feilscht. Ein weiterer Beweis dafür sind die Unterhandlungen des Vorsitzenden des Organisationskomitees der Semstwowtagung, des Herrn Golowin, mit dem Moskauer Generalgouverneur Koslow. Herr Golowin versicherte Koslow, daß die Gerüchte, wonach die

Absicht bestehe, diese Konferenz in eine konstituierende Versammlung zu verwandeln, Unsinn seien. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß der Vertreter der organisierten bürgerlichen Demokratie sich gegenüber dem Vertreter der Selbstherrschaft dafür verbürgte, daß sie nicht auf einen Bruch mit der Selbstherrschaft abzielt! Man muß schon ein politischer Säugling sein, um nicht zu verstehen, daß das Versprechen, die Tagung nicht als konstituierende Versammlung zu proklamieren, gleichbedeutend ist mit dem Versprechen, keine wirklich revolutionären Maßnahmen zu ergreifen. Denn Koslow fürchtete natürlich nicht die Worte „konstituierende Versammlung“, sondern die *Taten*, die geeignet wären, den Konflikt zu verschärfen und den Entscheidungskampf des Volkes und der Armee gegen den Zarismus zu entfachen! Ist es etwa keine politische Heuchelei, wenn ihr euch in Worten Revolutionäre nennt, vom Appell an das Volk und von der Aufgabe aller Hoffnungen auf den Zaren spricht, in Wirklichkeit aber die Diener des Zaren über eure Absichten beruhigt?

Ach, diese schwülstigen liberalen Phrasen! Wie viele hat doch der Führer der „konstitutionell-demokratischen“ Partei, Herr Petrunkevitch, auf der Tagung gedroschen! Betrachten wir einmal, durch welche Erklärungen er sich „vor der Geschichte und der Nation gebunden“ hat. Wir zitieren nach den Berichten der „Times“.

Herr De-Roberti spricht sich für eine Petition an den Zaren aus. Dagegen sprechen Petrunkevitch, Nowossilzew, Schachowskoi und Roditschew. Die Abstimmung ergibt nur sechs Stimmen für die Petition. Aus der Rede des Herrn Petrunkevitch: „Als wir am 6. (19.) Juni nach Peterhof fuhren, hofften wir noch, der Zar werde die bedrohliche Lage erkennen und etwas unternehmen, um die Gefahr abzuwenden. Jetzt muß jedwede Hoffnung darauf aufgegeben werden. Nur ein Ausweg ist geblieben. Bis jetzt hofften wir auf eine Reform von oben, von nun an ist unsere einzige Hoffnung — das Volk. (Lauter Beifall.) Wir müssen dem Volk in schlichten und klaren Worten die Wahrheit sagen. Die Unfähigkeit und die Ohnmacht der Regierung haben die Revolution heraufbeschworen. Das ist eine Tatsache, die von allen anerkannt werden muß. Unsere Pflicht ist es, alle Anstrengungen zu machen, damit Blutvergießen vermieden wird. Viele von uns haben lange Jahre im Dienste der Heimat gestanden. Jetzt müssen wir mutig zum Volk gehen und nicht zum Zaren.“ Am nächsten Tag fuhr Herr Petrunkevitch fort: „Wir müssen den engen

Rahmen unserer Tätigkeit sprengen und zum Bauern gehen. Bis jetzt hofften wir auf Reformen von oben; aber derweil wir warteten, tat die Zeit ihr Werk. Die Revolution, von der Regierung beschleunigt, hat uns überholt. Das Wort ‚Revolution‘ erschreckte gestern zwei unserer Teilnehmer so sehr, daß sie die Tagung verließen. Aber wir müssen der Wahrheit mannhaft ins Auge blicken. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und warten. Man wandte hier ein, daß der Appell der Semstwow und Städtischen Dumas an das Volk Agitation sei, die Unruhen stiften werde. Aber herrscht etwa in den Dörfern Ruhe? Nein, die Unruhen sind schon da, und zwar in der schlimmsten Form. Wir können den Sturm nicht aufhalten, aber wir müssen auf jeden Fall dafür Sorge tragen, daß eine zu starke Erschütterung vermieden wird. Wir müssen dem Volk sagen, daß es nutzlos ist, die Fabriken und Güter zu zerstören. Wir dürfen diese Zerstörung nicht als einen einfachen Vandalismus betrachten. Das ist die blinde und rohe Art der Bauern, dem Übel abzuhelfen, das sie instinktiv fühlen, aber zu erfassen außerstande sind. Mögen ihnen die Behörden mit Nagaikas antworten. Unsere Pflicht ist es dennoch, zum Volk zu gehen. Wir hätten das früher tun sollen. Vierzig Jahre existierten die Semstwow, ohne mit den Bauern in enge und intime Berührung zu kommen. Verlieren wir also keine Zeit, um diesen Fehler zu korrigieren. Wir müssen dem Bauern sagen, daß wir mit ihm sind.“

Sehr gut, Herr Petrunkewitsch! Wir sind mit dem Bauern, wir sind mit dem Volk, wir erkennen die Revolution als eine Tatsache an, wir haben jede Hoffnung auf den Zaren aufgegeben... Wacker, meine Herren! Aber... aber wie ist denn das? Nicht mit dem Zaren, sondern mit dem Volk, *und darum* dem Generalgouverneur Koslow versprechen, die Tagung werde nicht als konstituierende Versammlung, d. h. als eine wirkliche, echte Volksvertretung auftreten? Die Revolution anerkennen *und darum* die Bestialitäten, Mordtaten und Räubereien der Regierungsschergen mit friedlichen Mitteln des Widerstands beantworten? Zum Bauern und mit dem Bauern gehen *und darum* sich mit dem unbestimmtesten Programm begnügen, das nur eine *Ablösung* mit Zustimmung der Gutsbesitzer verspricht! Nicht mit dem Zaren gehen, sondern mit dem Volk *und darum* ein Verfassungsprojekt annehmen, das erstens die Monarchie und die Aufrechterhaltung der Zarenmacht über das Heer und die Beamtenschaft sichert und zweitens durch ein Oberhaus von vornherein

die politische Herrschaft der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie verbürgt.\*

Die liberale Bourgeoisie geht zum Volk. Das ist wahr. Sie ist gezwungen, zu ihm zu gehen, denn ohne das Volk fehlt ihr die Kraft, gegen die Selbstherrschaft zu kämpfen. Aber sie fürchtet das revolutionäre Volk und geht zu ihm nicht als Vertreterin seiner Interessen, nicht als neuer, feuriger Kampfgenosse, sondern als ein Krämer, ein Makler, der von einer kämpfenden Seite zur anderen überläuft. Heute ist sie beim Zaren und bittet ihn im Namen des „Volkes“ um eine monarchische Verfassung, wobei sie das Volk, die „Unruhen“, den „Aufbruch“, die Revolution feige verleugnet. Morgen droht sie auf ihrer Tagung dem Zaren, droht ihm mit der monarchischen Verfassung und dem friedlichen Widerstand gegen die Bajonette. Und ihr wundert euch noch, meine Herren, daß die Zarenknechte eure feige und falsche Krämerseele durchschaut haben? Ihr fürchtet euch davor, ohne den Zaren zu bleiben. Der Zar fürchtet sich nicht davor, ohne euch zu bleiben. Ihr habt Angst vor dem entscheidenden Kampf. Der Zar fürchtet ihn nicht, er will den Kampf, er provoziert ihn selbst und beginnt ihn, er will die Kräfte messen, bevor er Zugeständnisse macht. Es ist ganz natürlich, daß der Zar euch verachtet. Es ist ganz natürlich, daß die Lakaien des Zaren, die Herren Suworin, euch diese Verachtung dadurch bezeugen, daß sie eurem Petrunkewitsch ermunternd auf die Schulter klopfen. Ihr habt diese Verachtung verdient, weil ihr nicht gemeinsam mit dem Volke kämpft, sondern euch hinter dem Rücken des revolutionären Volkes die Macht erschleichen wollt.

Die ausländischen Korrespondenten und Publizisten der Bourgeoisie erfassen zuweilen diesen Kern der Sache ziemlich genau, obzwar sie ihn recht eigenartig zum Ausdruck bringen. Herr Gaston Leroux im „Matin“<sup>64</sup> legt die Auffassungen der Semstwoleute so aus: „Unordnung oben, Unordnung unten, wir allein sind die Vertreter der Ordnung.“ Das ist wirklich die Auffassung der Semstwoleute. In verständliches Russisch übersetzt, heißt das: Oben und unten ist man zu kämpfen bereit, wir aber sind ehrliche Makler, wir wollen uns die Macht erschleichen. Wir warten ab, ob nicht auch bei uns ein 18. März kommen wird, ob nicht das Volk wenigstens einmal im Straßenkampf die Regierung besiegen wird, ob sich

\* Siehe das von unserer Zeitung herausgegebene Flugblatt „Drei Verfassungen“. (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 521–523, russ. *Die Red.*)

nicht auch uns wie der deutschen liberalen Bourgeoisie die Gelegenheit bieten wird, nach dem ersten Sieg des Volkes die Macht in die Hand zu nehmen. Und dann, wenn wir gegenüber der Selbstherrschaft zu einer Kraft geworden sind, werden wir uns gegen das revolutionäre Volk wenden und mit dem Zaren einen Pakt gegen das Volk schließen. Unser Verfassungsprojekt ist das fertige Programm eines solchen Paktes.

Keine dumme Spekulation. Vom revolutionären Volk gilt mitunter, was die Römer von Hannibal sagten: Zu siegen verstehst du, den Sieg zu nützen verstehst du nicht! Wenn der Sieg des Aufstands nicht zur revolutionären Umwälzung, zum völligen Sturz der Selbstherrschaft, zur Ausschaltung der inkonsequenten und eigennützigen Bourgeoisie und zur revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führt, dann wird er noch nicht den Sieg des Volkes bedeuten.

Das Organ der französischen konservativen Bourgeoisie, der „Temps“, rät den Semstwoleuten unumwunden, den Konflikt schleunigst durch einen Pakt mit dem Zaren beizulegen (Leitartikel vom 24. Juli). Reformen, sagt das Blatt, sind unmöglich ohne die Vereinigung der moralischen und der materiellen Kraft. Über die materielle Kraft verfügt nur die Regierung, die moralische besitzen die Semstwoleute.

Eine ausgezeichnete Formulierung der bürgerlichen Auffassungen und eine ausgezeichnete Bestätigung unserer Analyse der Politik der Semstwoleute! Der Bourgeois hat dabei nur eine Kleinigkeit vergessen, nämlich das Volk, die Millionen und aber Millionen Arbeiter und Bauern, die durch ihre Arbeit alle Reichtümer der Bourgeoisie schaffen und die für die Freiheit kämpfen, weil sie die Freiheit so nötig haben wie das Licht und die Luft. Der Bourgeois war berechtigt, sie zu vergessen, da sie ja ihre „materielle Kraft“ noch nicht durch einen Sieg über die Regierung bewiesen haben. Anders als durch die „materielle Kraft“ wurde in der Geschichte noch keine einzige große Frage gelöst, und die zaristische Selbstherrschaft, wir wiederholen, beginnt selbst den Kampf, fordert das Volk heraus, seine Kräfte mit ihr zu messen.

Die Bourgeoisie Frankreichs erteilt der russischen Bourgeoisie den Rat, mit dem Zaren schleunigst einen Pakt zu schließen. Sie fürchtet sich, fürchtet sich instinktiv, vor dem Entscheidungskampf. Weiß man doch noch nicht, ob das Volk, wenn es siegt, die Herren Petrunkewitsch, die sich die Macht erschleichen wollen, an die Macht lassen wird! Es ist unmöglich,



im voraus zu berechnen, wie entscheidend der Sieg sein wird und welches seine Ergebnisse sein werden — das erklärt vollauf die Zaghaftheit der Bourgeoisie.

Das Proletariat bereitet sich zu diesem Entscheidungskampf in ganz Rußland vor. Es sammelt seine Kräfte, es lernt und erstarkt in jedem neuen Zusammenstoß. Die bisherigen Gefechte haben zwar mit Mißerfolgen geendet, aber immer wieder zu neuen und stärkeren Angriffen geführt. Das Proletariat geht dem Siege entgegen. Es reißt die Bauernschaft mit sich. Gestützt auf die Bauernschaft, wird es die wankelmütige und verräterische Haltung der Bourgeoisie paralisieren, wird es ihre Präkandidaten auf die Macht beiseite schieben, die Selbstherrschaft mit Gewalt vernichten und aus dem russischen Leben alle Spuren der verfluchten Leibeigenschaft ausrotten. Dann werden wir dem Volk nicht eine monarchische Verfassung erkämpfen, die der Bourgeoisie politische Privilegien sichert. Wir werden Rußland die Republik erkämpfen, die allen unterdrückten Völkerschaften volle Freiheit sichert, die den Bauern und Arbeitern volle Freiheit sichert. Wir werden dann die ganze revolutionäre Energie des Proletariats ausnutzen für den breitesten und kühnsten Kampf um den Sozialismus, für die volle Befreiung aller Werktätigen von jeglicher Ausbeutung.

„Proletari“ Nr. 10,  
2. August (20. Juli) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## DER BOYKOTT DER BULYGINSCHEN DUMA UND DER AUFSTAND

Die gegenwärtige politische Lage in Rußland ist so, daß bald eine Bulyginsche Duma einberufen werden kann, d. h. eine beratende Versammlung von Vertretern der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie, gewählt unter Aufsicht und Mitwirkung der Diener der absolutistischen Regierung auf Grund eines ausgesprochenen Zensus, eines ständischen und indirekten Wahlrechts, das eine glatte Verhöhnung des Gedankens der Volksvertretung ist. Welche Haltung soll man gegenüber dieser Duma einnehmen? Die liberale Demokratie gibt auf diese Frage zwei Antworten: Ihr linker Flügel in Gestalt des „Verbands der Verbände“, d. h. hauptsächlich der Vertreter der bürgerlichen Intelligenz, spricht sich dafür aus, diese Duma zu boykottieren, an den Wahlen nicht teilzunehmen und die Gelegenheit zu einer intensiven Agitation für eine demokratische Verfassung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts auszunützen. Ihr rechter Flügel in Gestalt der Julitagung der Vertreter der Semstvos und Städte, oder richtiger gesagt in Gestalt eines gewissen Teils dieser Tagung, ist gegen den Boykott, für die Teilnahme an den Wahlen und dafür, eine möglichst große Anzahl seiner Kandidaten in die Duma hineinzubringen. Allerdings hat die Tagung in dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt und die Angelegenheit bis zur nächsten Tagung zurückgestellt, die nach Bekanntgabe der Bulyginschen „Verfassung“ telegrafisch einberufen werden soll. Doch hat sich die Meinung des rechten Flügels der liberalen Demokratie schon genügend herauskristallisiert.

Die revolutionäre Demokratie, d. h. hauptsächlich das Proletariat und seine politisch bewußte Wortführerin, die Sozialdemokratie, ist im großen

und ganzen unbedingt für den Aufstand. Diesen Unterschied in der Taktik hat das Organ der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, das „Osowobshdenije“, richtig erfaßt, in dessen letzter Nummer (74) einerseits die „offene Propagierung des bewaffneten Aufstands“ als „wahnwitzig und verbrecherisch“ entschieden verurteilt, anderseits aber die Idee des Boykotts als „praktisch fruchtlos“ kritisiert und die Überzeugung ausgedrückt wird, daß nicht nur die Semstwowfraktion der konstitutionell-„demokratischen“ (lies: monarchistischen) Partei, sondern auch der Verband der Verbände „ihre staatspolitische Prüfung bestehen“, d. h. die Boykottidee aufgeben werden.

Es fragt sich, wie sich die Partei des klassenbewußten Proletariats zur Boykottidee stellen und welche taktische Losung sie vor den Volksmassen in den Vordergrund rücken soll. Um diese Frage zu beantworten, muß man sich vor allem erinnern, worin das Wesen und die grundlegende Bedeutung der Bulyginschen „Verfassung“ besteht. In einem Pakt des Zarismus mit den Gutsbesitzern und den Großbourgeois, die mittels eines harmlosen und für die Selbstherrschaft völlig unschädlichen scheinkonstitutionellen Almosens nach und nach von der Revolution, d. h. vom kämpfenden Volk losgelöst und mit der Selbstherrschaft ausgesöhnt werden sollen. Da unsere ganze konstitutionell-„demokratische“ Partei nach der Erhaltung der Monarchie und einem Oberhaus lechzt (d. h. danach lechzt, daß in der staatlichen Struktur des Landes die politischen Privilegien und die politische Herrschaft der reichen „oberen Zehntausend“ von vornherein gesichert bleiben), so unterliegt die Möglichkeit eines solchen Paktes keinem Zweifel. Ja noch mehr: in dieser oder jener Form, früher oder später, ist ein solcher Pakt wenigstens mit einem Teil der Bourgeoisie unvermeidlich, denn die Bourgeoisie wird durch ihre ganze Klassenlage im kapitalistischen System dazu gedrängt. Die Frage ist nur, wann und wie dieser Pakt zustande kommen wird, und die ganze Aufgabe der Partei des Proletariats besteht darin, den Zeitpunkt seines Abschlusses möglichst hinauszuschieben, die Bourgeoisie möglichst zu spalten, aus den vorübergehenden Appellen der Bourgeoisie an das Volk einen möglichst großen Nutzen für die Revolution zu ziehen und während dieser Zeit die Kräfte des revolutionären Volkes (des Proletariats und der Bauernschaft) auf den gewaltsamen Sturz der Selbstherrschaft und auf die Ausschaltung, die Neutralisierung der verräterischen Bourgeoisie vorzubereiten.

In der Tat, die politische Lage der Bourgeoisie ist, wie wir schon des öfteren betont haben, dadurch gekennzeichnet, daß die Bourgeoisie zwischen dem Zaren und dem Volke steht, daß sie die Rolle des ehrlichen Maklers spielen und sich hinter dem Rücken des kämpfenden Volkes die Macht erschleichen möchte. Deshalb wendet sich die Bourgeoisie heute an den Zaren, morgen an das Volk; an jenen mit dem „ernstgemeinten, sachlichen“ Vorschlag eines politischen Geschäfts, an dieses mit leeren Phrasen über die Freiheit (die Reden des Herrn I. Petrunkevitch auf der Julitagung). Für uns ist es von Vorteil, wenn sich die Bourgeoisie an das Volk wendet, denn dadurch liefert sie Material für die politische Aufrüttelung und politische Aufklärung so rückständiger und so breiter Massen, daß es einstweilen die reinste Utopie wäre, sie durch die sozialdemokratische Agitation erfassen zu wollen. Mag die Bourgeoisie die Rückständigsten aufrütteln, mag sie den Boden stellenweise auflockern — wir werden unermüdlich den sozialdemokratischen Samen in diesen Boden säen. Überall im Westen war die Bourgeoisie durch den Kampf gegen den Absolutismus gezwungen, das politische Bewußtsein des Volkes zu wecken, wobei sie zugleich trachtete, den Samen der bürgerlichen Theorien in der Arbeiterklasse auszustreuen. Unsere Sache ist es, die Zerstörungsarbeit der Bourgeoisie gegenüber der Selbstherrschaft auszunutzen und die Arbeiterklasse unentwegt über ihre sozialistischen Aufgaben, über die unversöhnliche Feindschaft zwischen ihren Interessen und den Interessen der Bourgeoisie aufzuklären.

Daraus geht klar hervor, daß unsere Taktik im gegenwärtigen Augenblick erstens darin bestehen muß, die Idee des Boykotts zu unterstützen. An und für sich ist dieser Boykott eine innere Angelegenheit der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiterklasse ist daran nicht unmittelbar interessiert, aber sie ist unbedingt daran interessiert, jenen Teil der bürgerlichen Demokratie zu unterstützen, der revolutionärer ist, sie ist daran interessiert, die politische Agitation zu erweitern und zu verschärfen. Der Boykott der Duma bedeutet einen verstärkten Appell der Bourgeoisie an das Volk, eine Entfaltung ihrer Agitation, eine Vermehrung der Gelegenheiten für unsere Agitation und eine Vertiefung der politischen Krise, d. h. der Quelle der revolutionären Bewegung. Die Beteiligung der liberalen Bourgeoisie an der Duma bedeutet eine Schwächung ihrer Agitation in der Gegenwart, einen Appell mehr an den Zaren als an das Volk und ein

Näherrücken des konterrevolutionären Paktes zwischen dem Zaren und der Bourgeoisie.

Unstreitig wird die Bulyginsche Duma, auch wenn sie nicht „gesprengt“ wird, künftig selbst unvermeidlich politische Konflikte erzeugen, die das Proletariat unbedingt ausnutzen muß. Aber das ist eine Frage der Zukunft. Es wäre lächerlich, wollte man „geloben“, diese bürgerlich-bürokratische Duma niemals zu Zwecken der Agitation und des Kampfes auszunutzen; doch darum handelt es sich jetzt nicht. Jetzt hat der linke Flügel der bürgerlichen Demokratie selbst die Frage des offenen und unmittelbaren Kampfes gegen die Duma durch den Boykott aufgeworfen, und wir müssen alle Anstrengungen machen, um diesen entschiedeneren Angriff zu unterstützen. Wir müssen die bürgerlichen Demokraten, die Oswoboshdenzen, beim Wort nehmen. Wir müssen ihre Phrasen „à la Petrunkevitsch“ über den Appell an das Volk so weit wie möglich verbreiten und sie vor dem Volke bloßstellen, indem wir ihm zeigen, daß der erste und kleinste praktische Prüfstein dieser Phrasen gerade die Frage war, ob man die Duma boykottieren, d. h. sich mit einem Protest an das Volk wenden soll, oder ob man die Duma hinnehmen, d. h. auf den Protest verzichten, noch einmal zum Zaren gehen und sich diesen Hohn auf eine Volksvertretung gefallen lassen soll.

Ferner müssen wir, zweitens, alles daransetzen, damit der Boykott realen Nutzen im Sinne der Erweiterung und Vertiefung der Agitation bringt und nicht auf eine einfache, passive Wahlenthaltung beschränkt bleibt. Dieser Gedanke ist, wenn wir nicht irren, unter den in Rußland wirkenden Genossen schon ziemlich weit verbreitet und wird von ihnen in die Worte gefaßt: *aktiver* Boykott. Im Gegensatz zur passiven Enthaltung muß der aktive Boykott eine verzehnfachte Agitation bedeuten, die Abhaltung von Versammlungen überall und allerorts, die Ausnutzung der Wahlversammlungen, sei es auch dadurch, daß man gewaltsam in sie eindringt, die Veranstaltung von Demonstrationen, politischen Streiks usw. usf. Selbstverständlich sind zum Zwecke der Agitation und des Kampfes aus diesem Anlaß zeitweilige Abmachungen mit diesen oder jenen Gruppen der revolutionären bürgerlichen Demokratie, wie sie im allgemeinen auf Grund einer Reihe von Beschlüssen unserer Partei zulässig sind, besonders zweckmäßig. Dabei müssen wir einerseits den Klassencharakter der Partei des Proletariats unentwegt wahren und dürfen die

sozialdemokratische Kritik an unseren bürgerlichen Verbündeten keinen Augenblick lang aufgeben. Andererseits würden wir unsere Pflicht als Partei der fortgeschrittensten Klasse nicht erfüllen, wenn wir es nicht verstünden, in der Agitation die im gegebenen Augenblick der demokratischen Revolution fortschrittlichste revolutionäre Lösung aufzustellen.

Darin besteht unsere dritte unmittelbare und nächste politische Aufgabe. „Aktiver Boykott“ ist, wie bereits gesagt, Agitation, Werbung, Organisation der revolutionären Kräfte in größerem Maßstab, mit verdoppelter Energie, unter dreifachem Druck. Aber eine solche Arbeit ist undenkbar ohne eine klare, genaue und direkte Lösung. Diese Lösung kann nur der bewaffnete Aufstand sein. Die Einberufung einer grob verfälschten „Volksvertretung“ durch die Regierung bietet ausgezeichnete Anlässe zur Agitation für eine wirkliche Volksvertretung, zur Aufklärung der breitesten Massen darüber, daß diese wirkliche Vertretung jetzt (nach all dem Betrug und all der Verhöhnung des Volkes durch den Zaren) nur von einer provisorischen revolutionären Regierung einberufen werden kann, zu deren Bildung der Sieg des bewaffneten Aufstands, der faktische Sturz der Zarenmacht notwendig ist. Eine günstigere Gelegenheit zur breiten Agitation für den Aufstand kann man sich gar nicht denken, und diese Agitation erfordert unbedingt auch volle Klarheit über das Programm der provisorischen revolutionären Regierung. Als ein solches Programm haben die von uns schon früher („Proletari“ Nr. 7, „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“\*) aufgestellten sechs Punkte zu gelten: 1. Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung; 2. Bewaffnung des Volkes; 3. politische Freiheit — sofortige Aufhebung aller Gesetze, die in Widerspruch dazu stehen; 4. volle kulturelle und politische Freiheit für alle unterdrückten und nicht vollberechtigten Völkernschaften; das russische Volk kann sich die Freiheit nicht erobern, wenn es nicht für die Freiheit der anderen Völker kämpft; 5. Achtstundentag; 6. Gründung von Bauernkomitees zur Unterstützung und Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen, darunter auch der Umgestaltung der Agrarverhältnisse einschließlich der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien.

Also: die Boykottidee energisch unterstützen; den rechten Flügel der bürgerlichen Demokratie, der dagegen ist, des Verrats überführen;

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 530, russ. *Die Red.*

diesen Boykott in einen aktiven verwandeln, d. h. breiteste Agitation entfalten; den bewaffneten Aufstand propagieren; zur sofortigen Organisation von Gruppen und Abteilungen einer revolutionären Armee für den Sturz der Selbstherrschaft und die Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung aufrufen; das grundlegende und unbedingt verbindliche Programm dieser provisorischen revolutionären Regierung, das als Banner des Aufstands und als Vorbild bei allen zu erwartenden Wiederholungen der Odessaer Ereignisse dienen muß, verbreiten und erläutern.

Das muß die Taktik der Partei des klassenbewußten Proletariats sein. Um diese Taktik völlig zu klären und eine einheitliche Auffassung darüber zu erzielen, müssen wir noch auf die Taktik der „Iskra“ eingehen. Sie ist in Nr. 106 in dem Artikel „Verteidigung oder Angriff?“ dargelegt. Ohne uns bei geringfügigen und untergeordneten Meinungsverschiedenheiten aufzuhalten, die bei den ersten Versuchen, zur Tat zu schreiten, von selbst entfallen werden, wollen wir eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit vermerken. Die „Iskra“ verurteilt mit Recht den passiven Boykott, stellt ihm aber die Idee der sofortigen „Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung“ als „eventuellen Prolog des Aufstands“ gegenüber. Nach Meinung der „Iskra“ müssen wir „uns das Recht der Wahlagitation durch die Gründung von Agitationskomitees der Arbeiter erobern“. Diese Komitees „müssen sich zum Ziel setzen, eine vom Volk vorzunehmende Wahl bevollmächtigter revolutionärer Deputierter außerhalb jenes ‚gesetzlichen‘ Rahmens zu organisieren, der durch die Regierungsvorlagen festgesetzt sein wird“, und wir müssen „das ganze Land mit einem Netz von Organen der revolutionären Selbstverwaltung überziehen“.

Eine solche Losung ist ganz und gar unbrauchbar. Vom Standpunkt der politischen Aufgaben überhaupt ist sie ein heilloser Wirrwarr, und vom Standpunkt der jetzigen politischen Lage leitet sie Wasser auf die Mühle des Oswoboshdenzentrums. Die Organisierung der revolutionären Selbstverwaltung und der Wahl von Volksbeauftragten ist nicht der *Prolog*, sondern der *Epilog* des Aufstands. Diese Organisierung jetzt, vor dem Aufstand, ohne Zusammenhang mit dem Aufstand, verwirklichen zu wollen, das heißt sich ein sinnloses Ziel setzen und in das Bewußtsein des revolutionären Proletariats Verwirrung hineintragen. Man muß zuerst im

Aufstand (wenn auch nur in einer einzelnen Stadt) siegen und eine provisorische revolutionäre Regierung bilden, damit diese als Organ des Aufstands, als anerkannte Führerin des revolutionären Volkes die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung in Angriff nehmen kann. Die Losung des Aufstands durch die Losung der Organisation einer revolutionären Selbstverwaltung ersetzen oder auch nur verdrängen zu wollen, kommt etwa dem Ratschlag gleich, eine Fliege zu fangen und sie dann mit Fliegenpulver zu bestreuen. Hätte man den Odessaer Genossen in den denkwürdigen Odessaer Tagen geraten, als Prolog zum Aufstand nicht eine revolutionäre Armee, sondern die Wahl von Volksbeauftragten durch das Odessaer Volk zu organisieren, so hätten die Odessaer Genossen einen solchen Vorschlag natürlich verlacht. Die „Iskra“ wiederholt den Fehler der Ökonomen, die „im Kampf für Rechte“ einen Prolog zum Kampf gegen die Selbstherrschaft sehen wollten. Die „Iskra“ kehrt zu den Fehlschlüssen des unglückseligen „Plans der Semstwokampagne“ zurück, der die Losung des Aufstands durch die Theorie eines „höheren Demonstrationstypus“ ersetzen wollte.

Es ist hier nicht der Ort, dem Ursprung dieses taktischen Fehlers der „Iskra“ nachzugehen; wir verweisen alle, die sich dafür interessieren, auf die Broschüre N. Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. Wichtiger ist hier zu erklären, wie es kommt, daß die Losung der Neuisristen auf die Losung der Oswoboshdenzen hinausläuft. In der Praxis werden die Versuche, vor dem Sieg des Aufstands die Wahl von Volksbeauftragten zu organisieren, den Oswoboshdenzen höchst gelegen kommen und dahin ausarten, daß die Sozialdemokraten ins Schlepptau dieser Leute geraten. Die Selbstherrschaft wird, solange sie nicht durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt ist, den Arbeitern und dem Volk niemals gestatten, Wahlen vorzunehmen, die einigermaßen die Bezeichnung Volkswahlen verdienen (und auf die Sozialdemokratie nicht einlassen); aber die Oswoboshdenzen, die Vertreter der Semstvos und Städte werden Wahlen vornehmen und sie ungeniert für „Volks“wahlen, für eine „revolutionäre Selbstverwaltung“ ausgeben. Die ganze Position der liberal-monarchistischen Bourgeoisie besteht jetzt darin, daß sie versucht, den Aufstand zu vermeiden, die Selbstherrschaft zu zwingen, die Semstwowahlen ohne den Sieg des Volkes über



den Zarismus als Volkswahlen anzuerkennen und die Selbstverwaltung der Semstvos und Städte ohne wirkliche Revolution für eine „revolutionäre“ (im Sinne von Petrunkevitsch) „Selbstverwaltung“ auszugeben. In Nr. 74 des „Oswoboshdenije“ kommt diese Position unübertrefflich zum Ausdruck. Man kann sich schwerlich etwas Widerwärtigeres vorstellen als diesen Ideologen der feigen Bourgeoisie, der beteuert, daß die Propaganda des Aufstands sowohl die Armee als auch das Volk „demoralisiert“! Das wird zu einer Zeit gesagt, wo selbst ein Blinder sieht, daß der Kleinbürger und der Soldat Rußlands sich nur durch den Aufstand vor der endgültigen Demoralisierung retten und beweisen können, daß sie das Recht haben, Staatsbürger zu sein! Der bürgerliche Manilow malt sich die arkadische Idylle aus, wie die Regierung einzig und allein unter dem Druck der „öffentlichen Meinung gezwungen sein wird, immer neue Zugeständnisse zu machen, bis sie schließlich nicht mehr weiter kann und genötigt ist, die Macht an eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts gewählte konstituierende Versammlung abzutreten, wie das die Gesellschaft fordert“ ... (! mit einem Oberhaus?). „In diesem friedlichen (!!) Übergang der Macht von der jetzigen Regierung auf eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung, welche die Staats- und Regierungsgewalt auf neuen Grundlagen organisiert, liegt absolut nichts Unwahrscheinliches.“ Und diese geniale Philosophie der kriecherischen Bourgeoisie wird durch den Ratschlag ergänzt, die Armee, insbesondere die Offiziere, für sich zu gewinnen, „eigenmächtig“ Volksmilizen zu gründen und Organe der örtlichen Selbstverwaltung (lies: der Gutsbesitzer und Kapitalisten) als „Elemente der künftigen provisorischen Regierung“ ins Leben zu rufen.

In diesem Wirrwarr steckt ein Sinn. Die Bourgeoisie möchte nämlich nichts anderes, als daß die Macht „friedlich“, ohne Volksaufstand, auf sie übergeht; denn der Aufstand könnte am Ende gar siegen, die Republik und die wirkliche Freiheit erringen, das Proletariat bewaffnen und die Millionen Bauern aufrütteln. Die Losung des Aufstands verschwinden lassen, um ihn herumreden und ihn den anderen ausreden, die sofortige Organisation einer Selbstverwaltung (die nur den Trubezkoi, Petrunkevitsch, Fjodorow und Co. zugänglich wäre) als „Prolog“ anraten — das ist es gerade, was für den bürgerlichen Verrat an der Revolution, für den Pakt mit dem Zaren (Monarchie und Oberhaus) gegen den „Pöbel“ not-

wendig ist. Die liberale Manilowerei verrät somit die geheimsten Gedanken und die tiefsten Interessen des Geldsacks.

Die sozialdemokratische Manilowerei der „Iskra“ offenbart lediglich den Unverstand eines Teils der Sozialdemokraten und ihre Abweichung von der einzigen revolutionären Taktik des Proletariats: erbarmungslos die bürgerlich-opportunistischen Illusionen anzuprangern, daß friedliche Zugeständnisse des Zarismus möglich seien, daß eine Selbstverwaltung ohne Sturz der Selbstherrschaft verwirklicht werden könne und daß Wahlen von Volksbeauftragten als Prolog zum Aufstand möglich seien. Nein, wir müssen klar und entschlossen die Notwendigkeit des Aufstands in der heutigen Situation nachweisen, direkt zum Aufstand aufrufen (ohne natürlich im voraus seinen Zeitpunkt festzulegen) und zur sofortigen Organisierung einer revolutionären Armee auffordern. Nur die kühnste, breiteste Organisierung einer solchen Armee kann der Prolog zum Aufstand sein. Nur der Aufstand kann tatsächlich den Sieg der Revolution sichern, wobei natürlich der mit den örtlichen Verhältnissen Vertraute stets vor verfrühten Aufstandsversuchen warnen wird. Die wirkliche Organisierung einer wirklich vom Volk getragenen wirklichen Selbstverwaltung aber kann nur der Epilog des siegreichen Aufstands sein.

„Proletari“ Nr. 12,  
16. (3.) August 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

BEMERKUNG ZUR RESOLUTION DER KONFERENZ  
DER AUSLANDSORGANISATIONEN DER SDAPR<sup>65</sup>

Wie energisch das Zentralkomitee der SDAPR die Einheit der Partei anstrebt, ist aus dem offenen Brief an die Organisationskommission ersichtlich, der in der vorliegenden Nummer veröffentlicht ist. Wir erinnern nur daran, daß für die Vereinigung eine allgemeine organisatorische Basis notwendig ist. Eine solche liegt unseres Wissens bisher nur in Form des Statuts der SDAPR vor, das auf dem dritten Parteitag angenommen wurde und die gesetzlichen Rechte der Minderheit vollauf garantiert.

*„Proletari“ Nr. 12,  
16. (3.) August 1905.*

*Nach dem Text des „Proletari“.*

ANMERKUNG ZU M. N. POKROWSKIS ARTIKEL  
„DIE BERUFSTÄTIGE INTELLIGENZ UND DIE  
SOZIALDEMOKRATEN“

Uns scheint, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Verfasser des Artikels „Die Oswoboshdenzen an der Arbeit“ und dem Genossen „Utschitel“<sup>66</sup> unbedeutender ist, als dieser glaubt. Wer längere Zeit an der revolutionären Bewegung teilnimmt, gewöhnt sich an den politischen Kampf der Richtungen, eignet sich selbst bestimmte Ansichten an und neigt natürlich dazu, auch bei anderen bestimmte Ansichten vorauszusetzen und sie auf Grund dieser oder jener Meinung (oder des Fehlens einer Meinung) in einer Einzelfrage zu der einen oder anderen „Partei“ zu rechnen. Unstreitig ist es für den Agitator in Volksversammlungen nützlich, wenn er außer „politischen“ auch „pädagogische“ Gesichtspunkte berücksichtigt, sich in die Lage seiner Zuhörer versetzt, mehr erklärt als „wettert“ usw. Extreme sind immer von Übel, aber hätten wir zu wählen, so zögen wir die enge und unduldsame Bestimmtheit der weichen und nachgiebigen Verschwommenheit vor. Die Furcht vor der „Tyrannei“ wird nur schlappe und knochenweiche Naturen von uns abstoßen. In wem der „Funke“ glüht, der wird bald selber sehen, und das Leben wird ihm zeigen, daß die bestimmten und scharfen politischen Äußerungen über den „mythischen Oswoboshdenzen“ durchaus gerechtfertigt sind und daß er diesen typischen Oswoboshdenzen nur aus Mangel an politischer Erfahrung als „mythisch“ betrachtet hat. Der Genosse „Utschitel“, dessen Hinweise angesichts seiner Kenntnis des Milieus sehr nützlich sind, vermerkt selbst die Schnelligkeit, mit der „bittere Wahrheiten verdaut“ werden.

„Proletari“ Nr. 13,  
22. (9.) August 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

ANTWORT DER REDAKTION DES „PROLETARI“  
AUF FRAGEN EINES GENOSSEN „ARBEITER“ 67

*Von der Redaktion.* Wir antworten auf die Fragen des Genossen: 1. Ja, bis zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung sowohl leiten als auch verwalten; 2. dann, wenn diese Teilnahme die Möglichkeit sichert, „alle konterrevolutionären Anschläge schonungslos zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren“ (aus der Resolution des III. Parteitags); 3. in der Resolution des III. Parteitags über den Aufstand ist direkt gesagt, daß man „dem Proletariat durch Propaganda und Agitation *nicht nur* die politische Bedeutung, *sondern auch* die praktisch-organisatorische Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstands klarzumachen“ hat. Das heißt: man muß das Bewußtsein der Massen entwickeln, ihnen die politische Bedeutung des Aufstands erklären. Aber das genügt nicht. Man muß außerdem die Massen zum bewaffneten Kampf aufrufen und sofort damit beginnen, sich zu bewaffnen und Abteilungen der revolutionären Armee zu bilden. Weiter müssen wir dem Verfasser des Briefes sagen, daß den Erläuterungen zu den Resolutionen des Parteitags und der Konferenz über die provisorische revolutionäre Regierung eine ganze Broschüre N. Lenins gewidmet ist: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. Zur Spaltung schließlich wäre zu sagen, daß die Empörung des Verfassers vollauf berechtigt ist. Wir raten ihm, sich für die allgemeine Anerkennung der einheitlichen Regeln der Parteiorganisation einzusetzen, ohne sich von intelligenzlerischem Wehgeschrei über die Faust von oben oder über die Faust von unten verwirren zu lassen; und zwar soll er sich dafür nicht heimlich, nicht durch Intrigen, nicht durch die Gründung neuer Gruppen oder einer neuen Partei einsetzen, sondern offen, direkt, im Rahmen einer Organisation der SDAPR.

„Proletari“ Nr. 13,  
22. (9.) August 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

„DIE EINHEIT DES ZAREN MIT DEM VOLK  
UND DES VOLKES MIT DEM ZAREN“

In Nr. 12 des „Proletari“, erschienen am 3. (16.) August, sprachen wir von der Möglichkeit, daß bald eine Bulyginsche Duma einberufen wird, und untersuchten die Taktik der Sozialdemokratie ihr gegenüber.\* Jetzt ist das Bulyginsche Projekt zum Gesetz geworden, und das Manifest vom 6. (19.) August verkündet die Einberufung der „Reichsduma“ „spätestens bis Mitte Januar 1906“.

Ausgerechnet zum Jahrestag des 9. Januar, an dem die Petersburger Arbeiter den Beginn der Revolution in Rußland und ihre Entschlossenheit, sich für den Sieg der Revolution unerschrocken zu schlagen, mit ihrem Blut besiegelt haben — ausgerechnet zum Jahrestag dieses großen Ereignisses schickt der Zar sich an, die aufs gröblichste verfälschte, von der Polizei sorgfältig gesiebte Versammlung von Gutsbesitzern, Kapitalisten und einer nichtigen Zahl vor der Obrigkeit katzbuckelnder reicher Bauern einzuberufen. Mit dieser Versammlung beabsichtigt der Zar, sich zu beraten, wie mit einer Versammlung von Vertretern des „Volkes“. Dabei werden die ganze Arbeiterklasse und all die Millionen Werkstätiger, die keine selbständige Wirtschaft haben, zu keinerlei Beteiligung an der Wahl der „Volkvertreter“ zugelassen. Nun, wir werden ja sehen, ob diese zaristische Spekulation auf die Ohnmacht der Arbeiterklasse begründet ist...

Solange das revolutionäre Proletariat sich nicht bewaffnet und über die absolutistische Regierung gesiegt hatte, konnte man ja auch nichts anderes erwarten als dieses Almosen für die Großbourgeoisie, das den Zaren nichts kostet und ihn zu nichts verpflichtet. Und selbst dieses Gnaden-

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 172—180. Die Red.

geschenk hätte man im gegenwärtigen Augenblick wohl nicht gewährt, wäre die Frage Krieg oder Frieden nicht drohend nähergerückt. Ohne sich mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten beraten zu haben, entschließt sich die absolutistische Regierung weder dazu, dem Volk die Lasten der wahnwitzigen Fortsetzung des Krieges aufzubürden, noch dazu, Maßnahmen zu treffen, durch welche die ganze Last der Kriegskosten in vollem Umfang von den Schultern der Reichen auf die Schultern der Arbeiter und Bauern abgewälzt wird.

Was den Inhalt des Gesetzes über die Reichsduma anbelangt, so hat er die schlimmsten Erwartungen voll bestätigt. Man weiß nicht, ob diese Duma jemals wirklich einberufen wird, denn es ist nicht schwer, derartige Gnadengeschenke zurückzunehmen, und ähnliche Versprechungen haben die absoluten Monarchen jedes Landes schon dutzendweise gegeben und gebrochen. Man weiß noch nicht, inwieweit diese künftige Duma, falls sie zusammentritt und nicht vereitelt wird, zum Mittelpunkt einer wirklich breiten politischen Agitation in den Volksmassen gegen die Selbstherrschaft werden kann. Daß aber schon allein der Inhalt des neuen Gesetzes über die Reichsduma für unsere Agitation, für die Erläuterung des Wesens der Selbstherrschaft, für die Bloßlegung seiner Klassengrundlage, für die Aufdeckung der ganzen Unversöhnlichkeit seiner Interessen mit denen des Volkes und für die Verbreitung und Popularisierung unserer, der revolutionär-demokratischen Forderungen überreiches Material liefert, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß das Manifest und das Gesetz vom 6. (19.) August jetzt zum Handbuch für jeden politischen Agitator, für jeden klassenbewußten Arbeiter werden müssen, denn sie sind wirklich ein „Spiegel“ aller Gemeinheiten und Schändlichkeiten, alles Asiantums, aller Vergewaltigung und Ausbeutung, die Rußlands ganze soziale und politische Ordnung durchdringen. Fast jeder Satz dieses Manifests und dieses Gesetzes bietet eine fertige Grundlage für höchst inhaltsreiche und gehaltvolle politische Kommentare, die das demokratische Denken und das revolutionäre Bewußtsein wecken.

Es gibt ein Sprichwort: Wenn man im Dreck wühlt, dann stinkt er. Liest man das Manifest und das Gesetz über die Reichsduma, so hat man das Gefühl, als werde vor deiner Nase ein Haufen Dreck aufgewühlt, der sich seit unvordenklichen Zeiten angehäuft hat.

Die Selbstherrschaft hat sich durch die jahrhundertelange Unterdrückung des werktätigen Volkes, infolge seiner Unwissenheit und Geducktheit, infolge der Stagnation der ökonomischen und jeder anderen Kultur gehalten. Auf dieser Grundlage konnte die Lehre von der „unzertrennlichen Einheit des Zaren mit dem Volk und des Volkes mit dem Zaren“, die Lehre, daß die autokratische Macht des Zaren über allen Ständen und Klassen des Volkes, über der Teilung in Arme und Reiche stehe und daß sie die allgemeinen Interessen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringe, ungehindert wachsen und heuchlerisch verbreitet werden. Und jetzt sind wir Zeugen des Versuchs, diese „Einheit“ in der schüchternsten, embryonalsten Form, in Gestalt einer einfachen *Beratung* mit den „Erwählten aus dem ganzen russischen Lande“ *praktisch* zu demonstrieren. Und was zeigt sich? Es stellt sich sofort heraus, daß die „Einheit des Zaren mit dem Volk“ nur möglich ist mit Hilfe einer Armee von Beamten und Polizisten, die über die Haltbarkeit des dem Volke angelegten Maulkorbs wachen. Für die „Einheit“ ist erforderlich, daß das Volk den Mund nicht aufzumachen wagt. Als „Volk“ gelten nur die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die zu zweistufigen Wahlen zugelassen werden (sie wählen zunächst in den Landkreisen oder Stadtbezirken Wahlmänner, und erst diese wählen die Mitglieder der Reichsduma). Die bäuerlichen *Hofbesitzer* zählen erst zum Volk, wenn sie unter Aufsicht, Mitwirkung und Belehrung der Adelsmarschälle, Landeshauptleute und Polizeibeamten durch ein *vierstufiges* Wahlsystem gesiebt worden sind. Zuerst wählen die Hofbesitzer die Mitglieder der Amtsbezirksversammlungen. Dann wählen die Amtsbezirksversammlungen Vertreter der Amtsbezirke, zwei von jeder Versammlung. Diese Vertreter der Amtsbezirke wählen nun die Gouvernementswahlmänner. Und schließlich wählen diese Gouvernementswahlmänner der Bauern zusammen mit den Gouvernementswahlmännern der Gutsbesitzer und Kapitalisten (Städter) die Mitglieder der Reichsduma! In der Gesamtzahl der Gouvernementswahlmänner bilden die Bauern fast überall die Minderheit. Von jedem Gouvernement ist ihnen nur *ein* unbedingt unter den Bauern zu wählendes Mitglied der Reichsduma gesichert, also 51 Sitze von 412 (in den 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands).

*Die gesamte städtische Arbeiterklasse, die gesamte Dorfarmut, die Landarbeiter und die Bauern ohne selbständige Wirtschaft nehmen überhaupt an keinerlei Wahl teil.*



Die Einheit des Zaren mit dem Volk ist die Einheit des Zaren mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten, ergänzt durch eine Handvoll reicher Bauern, wobei alle Wahlen strengster Polizeikontrolle unterstehen. Es ist keine Rede von Wort-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, ohne sie aber sind Wahlen die reinste Komödie.

Die Reichsduma besitzt absolut keine Rechte, denn alle ihre Beschlüsse haben nicht verbindlichen, sondern lediglich beratenden Charakter. Alle ihre Beschlüsse kommen in den Reichsrat, d. h. unterliegen der Durchsicht und Genehmigung durch die Beamten. Die Duma ist nur ein Zierat des Beamten- und Polizeiapparats. Von den Sitzungen der Reichsduma ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Presseberichte über die Sitzungen der Reichsduma werden nur dann zugelassen, wenn die Sitzungen nicht für geschlossen erklärt werden, das aber kann durch eine bloße bürokratische Verfügung geschehen, d. h. durch eine Erklärung des Ministers, daß die zu behandelnde Frage Staatsgeheimnis ist.

Die neue Reichsduma ist das alte russische Polizeirevier in erweiterter Form. Der reiche Gutsbesitzer und der kapitalistische Unternehmer (selten ein reicher Bauer) werden zur „Beratung“ in eine „öffentliche“ Verhandlung des Polizeireviers (oder des Landeshauptmanns oder eines Fabrikinspektors usw.) zugelassen. Sie haben jederzeit das Recht, ihre Meinung Seiner Majestät dem Kaiser... Verzeihung: dem Revierinspektor zur „wohlwollenden Prüfung“ zu unterbreiten. Der „Pöbel“ aber — die Arbeiter in den Städten und die Habenichtse auf dem Lande — wird selbstverständlich niemals zu irgendwelchen „Beratungen“ zugelassen.

Der Unterschied ist nur der, daß es viele Polizeireviere gibt und daß aus ihnen nichts ans Tageslicht dringt. Hingegen gibt es nur eine Reichsduma, und so mußte man jetzt die Wahlordnung und die Grenzen ihrer Rechte wohl oder übel bekanntgeben. Diese Veröffentlichung allein ist schon, wir wiederholen es, eine vortreffliche Bloßstellung der ganzen Niedertracht der zaristischen Selbstherrschaft.

Vom Standpunkt der Volksinteressen ist die Reichsduma der frechste Hohn auf eine „Volksvertretung“. Und als wollte man diesem Hohn noch mehr Nachdruck verleihen, kommen solche Tatsachen hinzu wie die Rede des Herrn Durnowo, die Verhaftung der Herren Miljukow und Co. und die Herausforderung des Herrn Scharapow. Der neue Moskauer Generalgouverneur Durnowo, der von der reaktionären Presse begeistert begrüßt

wurde, plauderte in seiner Rede die wahren Pläne der Regierung aus, die zugleich mit dem Manifest und dem Gesetz über die Reichsduma vom 6. August an demselben 6. August einen Ukas über die Aufhebung des am 18. Februar 1905 herausgegebenen „Ukases an den Senat“ erließ. Der Ukas vom 18. Februar gestattete Privatpersonen, Ansichten und Meinungen in Fragen der Staatswohlfahrt auszuarbeiten. Auf diesen Ukas gestützt, veranstalteten die Semstwoleute und die Vertreter der Intelligenz von der Polizei geduldete Versammlungen, Beratungen und Tagungen. Jetzt ist dieser Ukas aufgehoben. Jetzt müssen alle „Ansichten und Meinungen in Fragen der Staatswohlfahrt“ der absolutistischen Regierung „auf dem im Grundgesetz über die Reichsduma vorgeschriebenem Weg zugehen“! Das bedeutet das Ende der Agitation, das Ende der Versammlungen und Tagungen. Es gibt eine Reichsduma, und damit Schluß. Genau das sagte Herr Durnowo, als er erklärte, daß Semswotagungen künftig nicht mehr geduldet würden.

Die Liberalen in unserer „konstitutionell-demokratischen“ (lies: monarchistischen) Partei sind wieder einmal übertölpelt worden. Sie hatten mit einer Verfassung gerechnet, jetzt aber hat man ihnen anlässlich einer „huldvoll gewährten“ Institution, die ein Hohn auf jede Verfassung ist, jede konstitutionelle Agitation verboten!

Und Herr Scharapow verplappert sich noch mehr. In seiner von der Regierung subventionierten Zeitung („Russkoje Delo“ [Die russische Sache]) rät er offen, in dem Palast, in dem die Duma tagen wird, Kosaken bereitzuhalten... für den Fall „unangebrachter“ Ausfälle dieser Duma. Um der Einheit des Zaren mit dem Volke willen müssen die Vertreter des Volkes so sprechen und handeln, wie der Zar es wünscht. Sonst werden die Kosaken die Duma auseinanderjagen. Sonst können die Mitglieder der Duma auch ohne Kosaken verhaftet werden, sogar schon bevor sie in die Duma gelangen. Sonnabend, den 6. August, erschien das Manifest über die Einheit des Zaren mit dem Volk. Sonntag, den 7. August, wurde ein Führer des *gemäßigten* Flügels der Oswoboshdenzen oder der „konstitutionell-demokratischen“ (lies: monarchistischen) Partei, Herr Miljukow, mit einem Dutzend seiner politischen Freunde bei Petersburg verhaftet. Man will sie wegen ihrer Teilnahme am „Verband der Verbände“ gerichtlich belangen. Wahrscheinlich wird man sie bald freilassen, aber die Pforten der Duma kann man leicht vor ihnen schließen: Man braucht nur zu

erklären, daß eine „Voruntersuchung oder ein Gerichtsverfahren“ gegen sie schwebt!...

Das russische Volk erhält die ersten kleinen Lektionen im Konstitutionalismus. Alle Gesetze über die Wahl von Volksvertretern sind keinen roten Heller wert, solange die Herrschaft des Volkes, die volle Rede-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit nicht *faktisch erkämpft* ist, solange die Bürger nicht bewaffnet sind, wodurch die Unantastbarkeit der Person gewährleistet werden könnte. Wir sagten oben, daß die Reichsduma ein Hohn auf jede Volksvertretung ist. Vom Gesichtspunkt der Theorie der *Volks Herrschaft* ist dem zweifellos so. Diese Theorie wird aber weder von der absolutistischen Regierung noch von der monarchistischen liberalen Bourgeoisie (den Oswoboshdenzen oder der konstitutionell-monarchistischen Partei) anerkannt. Wir haben im heutigen Rußland *drei* politische Theorien, über deren Bedeutung wir noch des öfteren sprechen werden. 1. Die Theorie der *Beratung* des Zaren mit dem Volk (oder der „Einheit des Zaren mit dem Volk und des Volkes mit dem Zaren“, wie das Manifest vom 6. August sagt). 2. Die Theorie der *Vereinbarung* des Zaren mit dem Volk (das Programm der Oswoboshdenzen und der Semstwotagungen). 3. Die Theorie der *Volks Herrschaft* (das Programm der Sozialdemokratie wie auch der revolutionären Demokratie überhaupt).

Vom Gesichtspunkt der Theorie der *Beratung* ist es ganz selbstverständlich, daß der Zar Beratungen nur mit Leuten abhält, die ihm genehm sind, und nur in Formen, die er wünscht. Und mit wem und wie sich der Zar beraten will, das zeigt die Reichsduma mit unübertroffener Anschaulichkeit. Vom Gesichtspunkt der Theorie der *Vereinbarung* ist der Zar dem Willen des Volkes nicht untergeordnet, sondern hat ihn nur zu berücksichtigen. Aber wie er ihn berücksichtigt, in welchen Grenzen er ihn berücksichtigen soll, das geht aus der „Vereinbarung“theorie der Oswoboshdenzen nicht hervor. Und solange sich die reale Macht in den Händen des Zaren befindet, ist die „Oswoboshdenzen“-Bourgeoisie unweigerlich zur kläglichen Rolle eines Bittstellers oder eines Maklers verurteilt, der die Siege des Volkes gegen das Volk ausnutzen möchte. Vom Standpunkt der *Herrschaft des Volkes* ist es notwendig, zuerst tatsächlich die volle Agitations- und Wahlfreiheit zu sichern und dann eine wirklich vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen, d. h. eine

solche, die durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählt wäre, die ganze Macht, die volle, einheitliche und ungeteilte Macht in der Hand hätte und wirklich die Herrschaft des Volkes zum Ausdruck brächte.

Damit kommen wir zu unserer Agitationslosung (zur Losung der SDAPR) hinsichtlich der Reichsduma. Wer kann in Wirklichkeit die Wahlfreiheit und die Machtvollkommenheit der konstituierenden Versammlung gewährleisten? Nur das bewaffnete Volk, das sich zu einer *revolutionären Armee* organisiert, alles Lebendige und Ehrliche aus der zaristischen Armee auf seine Seite gezogen, die zaristischen Kräfte besiegt und die zaristische absolutistische Regierung durch eine *provisorische revolutionäre Regierung* ersetzt hat. Die Einrichtung der Reichsduma, die einerseits das Volk mit dem Gedanken einer auf dem Vertretungssystem beruhenden Regierungsform „anlockt“, andererseits aber die größte Fälschung einer Volksvertretung darstellt, wird eine unerschöpfliche Quelle für die breiteste revolutionäre Agitation unter den Massen sein und als ausgezeichnete Anlaß zur Veranstaltung von Versammlungen, Demonstrationen, politischen Streiks usw. dienen. Die Losung dieser ganzen Agitation wird lauten: bewaffneter Aufstand, sofortige Bildung von Gruppen und Abteilungen der revolutionären Armee, Sturz der zaristischen Regierung und Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung zwecks Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung. Die Festsetzung des Zeitpunkts für den Aufstand hängt selbstverständlich von den örtlichen Bedingungen ab. Wir können nur sagen, daß es im allgemeinen für das revolutionäre Proletariat jetzt vorteilhaft ist, den Zeitpunkt des Aufstands etwas hinauszuschieben: die Bewaffnung der Arbeiter schreitet allmählich vorwärts, die Stimmung der Truppen wird immer unzuverlässiger, die Kriegskrise steht am Vorabend ihrer Lösung (Krieg oder ein drückender Frieden). Verfrühte Aufstandsversuche können bei einer solchen Sachlage enormen Schaden bringen.

Zum Schluß bleibt uns noch übrig, die oben skizzierte taktische Losung den anderen Losungen kurz gegenüberzustellen. Wie wir schon in Nr. 12 des „Proletari“ gezeigt haben, entspricht unsere Losung dem, was die Mehrheit der in Rußland tätigen Genossen unter „aktivem Boykott“ versteht. Die Taktik der „Iskra“, die in Nr. 106 als einen möglichen Prolog zum Aufstand die sofortige Organisation einer revolutionären Selbst-

verwaltung und die Wahl von Volksbeauftragten empfohlen hat, ist völlig falsch. Solange die Kräfte für den bewaffneten Aufstand und seinen Sieg noch nicht ausreichen, ist es lächerlich, von einer revolutionären Selbstverwaltung des Volkes auch nur zu sprechen. Diese ist nicht der Prolog, sondern der Epilog des Aufstands. Eine solche falsche Taktik würde nur der „Oswoboshdenzen“-Bourgeoisie in die Hände arbeiten, erstens, weil sie durch die Losung der Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung die Losung des Aufstands ersetzen oder verdrängen will, und zweitens, weil sie es den liberalen Bourgeois erleichtern würde, ihre (Semstwo- und städtischen) Wahlen als Volkswahlen auszugeben, denn Volkswahlen sind unmöglich, solange die Macht in den Händen des Zaren verbleibt, während Semstwo- und städtische Wahlen den Liberalen trotz aller Drohungen des Herrn Durnowo immerhin noch gelingen können.

Das Proletariat ist von den Dumawahlen ausgeschlossen. Das Proletariat kann die Duma eigentlich nicht boykottieren, denn diese zaristische Duma boykottiert ja das Proletariat schon selbst durch ihre Beschaffenheit. Aber für das Proletariat ist es vorteilhaft, jenen Teil der bürgerlichen Demokratie zu unterstützen, der nicht zum Markten und Feilschen, sondern zum revolutionären Vorgehen, zum Boykott der Duma und zur verstärkten Agitation unter dem Volk für den Protest gegen diese Duma neigt. Das Proletariat darf nicht stillschweigend zusehen, wie die bürgerliche Demokratie ihren ersten Verrat oder ihre erste Inkonsequenz dadurch begeht, daß ihre Vertreter vom Boykott der Duma sprechen (für den Boykott sprach sich bei der ursprünglichen Abstimmung sogar die Mehrheit der Semswotagung im Juli aus) und deklamatorisch erklären, sie würden sich an das Volk und nicht an den Zaren wenden (Herr I. Petrunkevitsch auf eben dieser Tagung), während sie in Wirklichkeit bereit sind, diesen neuen Hohn auf die Volksforderungen ohne einen Protest im wahren Sinne des Wortes, ohne eine breite Agitation hinzunehmen, den Gedanken des Boykotts über Bord zu werfen und in die Duma zu gehen. Das Proletariat darf jene verlogenen Phrasen, mit denen jetzt die Artikel in der legalen liberalen Presse gespickt sind (siehe z. B. „Rus“ [Rußland] vom 7. August), die sich in den Kampf gegen die Boykottidee gestürzt hat, nicht unwiderlegt lassen. Die Herren liberalen Zeitungsschreiber demoralisieren das Volk durch ihre Versicherungen, daß es einen friedlichen Weg, einen

„friedlichen Meinungskampf“ geben könne (warum, meine Herren, konnte denn Miljukow nicht „friedlich“ mit Scharapow kämpfen, he?). Die Herren liberalen Zeitungsschreiber betrügen das Volk, wenn sie erklären, daß die Semstwoleute „die zweifellos zu erwartende Beeinflussung der Bauernwähler durch die Landeshauptleute und überhaupt durch die lokalen Behörden in einem gewissen Ausmaß (!) paralisieren (!!) können“. („Rus“, ebenda.) Die liberalen Zeitungsschreiber verfälschen völlig die Bedeutung der Reichsduma für den Gang der russischen Revolution, wenn sie diese Duma mit der preußischen Kammer der Epoche des Budgetkonfliktes mit Bismarck (1863) vergleichen. Will man schon einen Vergleich ziehen, so darf man als Beispiel nicht die konstitutionelle Epoche, sondern muß die Epoche des Verfassungskampfes, des Beginns der Revolution heranziehen. Anders vorgehen hieße einen Sprung machen von der Epoche der revolutionären Bourgeoisie zur Epoche der mit der Reaktion ausgesetzten Bourgeoisie. (Vergleiche Nr. 5 des „Proletari“ über die Parallele zwischen unseren Herren Petrunkewitsch und dem „ehemaligen Revolutionär“ und nachmaligen Minister Andrassy\*.) Die Reichsduma erinnert an den preußischen „Vereinigten Landtag“, der am 3. Februar 1847, ein Jahr vor der Revolution, geschaffen wurde. Die preußischen Liberalen schickten sich damals auch an, rafften sich aber nicht dazu auf, diese beratende Großgrundbesitzerkammer zu boykottieren, und fragten das Volk: „Annehmen oder Ablehnen?“\*\* (So lautete der Titel einer Broschüre des bürgerlichen Liberalen Heinrich Simon, die 1847 erschien.) Der preußische Vereinigte Landtag versammelte sich (die erste Session wurde am 11. April 1847 eröffnet und am 26. Juni 1847 geschlossen) und führte zu einer Reihe von Konflikten zwischen den Konstitutionalisten und der absolutistischen Staatsmacht, blieb aber trotzdem solange eine totgeborene Einrichtung, bis das revolutionäre Volk, allen voran das Proletariat Berlins, die königlichen Truppen im Aufstand vom 18. März 1848 besiegte. Da ging die Reichsduma... vielmehr der preußische Vereinigte Landtag zum Teufel. Da wurde (leider nicht durch eine revolutionäre Regierung, sondern durch den König, dem die heldenhaften Arbeiter Berlins nicht „den Garaus gemacht“ hatten) eine Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts bei relativer Agitationsfreiheit einberufen.

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 491—495, russ. *Die Red.*

\*\* „Annehmen oder Ablehnen?“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Mögen die bürgerlichen Verräter der Revolution in diese totgeborene Reichsduma gehen. Das russische Proletariat aber wird sich an die verstärkte Agitation und die Vorbereitung unseres russischen 18. März 1848 (oder besser des 10. August 1792) machen.

*„Proletari“* Nr. 14,  
29. (16.) August 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE SCHWARZHUNDERTSCHAFTEN UND DIE ORGANISATION DES AUFSTANDS

Die Ereignisse in Nishni-Nowgorod und Balaschow haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. In der letzten Nummer brachten wir einen ausführlichen Bericht über das Gemetzel in Nishni-Nowgorod, in der heutigen bringen wir eine Schilderung des Blutbads in Balaschow. Das Treiben der Schwarzhundertschaften nimmt immer größeren Umfang an. Die Sozialdemokratie muß ihr Augenmerk auf die Bedeutung dieser Erscheinung im allgemeinen Verlauf der revolutionären Entwicklung richten. Zur Vervollständigung des Berichts aus Samara sei hier noch ein interessantes Flugblatt veröffentlicht, das die Borissoglebsker Gruppe der SDAPR herausgegeben hat:

„Arbeiter und Einwohner der Stadt Borissoglebsk! Die Ereignisse in Balaschow und Nishni-Nowgorod, bei denen die Polizei ihre Fähigkeit bewies, ein Gemetzel gegen alle Andersdenkenden zu organisieren, haben euch den ganzen Ernst der durch die Revolution geschaffenen jetzigen Lage gezeigt. Die Zeit der Worte und der platonischen Kritik ist vorbei. Die Regierung zwingt uns durch die Logik der Dinge, von Worten zu Taten überzugehen. Sie sieht, daß die revolutionäre Bewegung aus der Phase herausgetreten ist, in der sie bisher nur von der Polizei und von der Gendarmerie bekämpft wurde. Sie bekam zu spüren, daß die regulären Truppen des Innenministeriums für den Kampf gegen den ‚inneren Feind‘ nicht ausreichen. Die gesamte Bevölkerung des Russischen Reiches ist zum ‚inneren Feind‘, zum ‚Aufrührer‘ geworden, und die Regierung sieht sich gezwungen, Freiwillige in die Reihen der regulären Armee aufzunehmen. Aber indem sie Landstreichern, Raufbolden, fahrenden Leuten und ähnlichen Elementen, die keine bürokratische Zwangsjacke anerkennen, massenhaft den Zutritt zum ‚Staatsdienst‘ eröffnete, war unsere Regierung gezwungen, auch die althergebrachten Methoden der Einwirkung auf die Massen und die althergebrachten konspirativen Methoden der direkten Bekämpfung der Revolution zu ändern. Sie will den Teufel mit Beelzebub austreiben. Bisher pflegte unsere Regierung gegen das gedruckte Wort nur zu kämpfen. Jetzt veröffentlicht sie selber Aufrufe in den ‚Moskowskije Wedomo-



sti' im ‚Russkoje Delo‘, im ‚Grashdanin‘ [Der Staatsbürger], im ‚Den‘ [Der Tag] und in den übrigen offiziellen Presseorganen. Bisher pflegte unsere Regierung die Agitatoren nur zu verfolgen. Jetzt kommandiert sie selber Bischöfe und Generale, die Scharapow, Gringmut und ihre sonstigen Agitatoren zur Agitation unter dem Volk. Bisher pflegte unsere Regierung die Organisationen nur zu unterdrücken. Jetzt organisiert sie selber Bünde des russischen Volkes, Ligen der Patrioten, Verbände der Monarchisten. Bisher pflegte die Regierung beim Gedanken an den Aufstand nur zu zittern. Jetzt organisiert sie selber Aufstände der Schwarzhundertschaften, hofft sie selber, einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Aus Angst vor der nahenden Revolution hat die Regierung selber zu den Waffen der Revolution gegriffen: zur Organisation, Propaganda und Agitation. Mit diesem zweischneidigen Schwert, mit den Schwarzhundertschaften beginnt die Regierung Schauspiele der Volksempörung und Auftritte der Gegenrevolution zu inszenieren. Nach ‚Vorproben‘ in den Randgebieten geht sie jetzt zu Gastrollen im Zentrum Rußlands über. Wir waren kürzlich in Nishni-Nowgorod und Balaschow Zeugen derartiger Schauspiele, und man kann nicht behaupten, daß die Selbstherrschaft hier etwa keinen Erfolg gehabt hätte. Die ‚revolutionären‘ Kampfmethoden erwiesen sich als wirksam: viele Feinde der Selbstherrschaft wurden getötet oder mißhandelt und die Einwohner terrorisiert — durch diesen gesetzlichen Terror unserer Regierung.

Zweifellos werden diesem Experiment bald andere in noch größerem Maßstab folgen. Die Lorbeeren der einen Schwarzhundertschaften lassen die anderen so lange nicht schlafen, bis auch sie ihre Kräfte erprobt haben werden. Wo es eine Revolution gibt, dort gibt es auch eine Gegenrevolution, und folglich wird sich auch Borissoglebsk darauf einstellen müssen, daß es die organisatorischen Fähigkeiten hervorragender Vertreter der Schwarzhunderterrichtung am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Wir haben guten Grund, auch in Borissoglebsk sowohl gegen die Juden als auch gegen die Arbeiter und die Intellektuellen gerichtete Pogrome zu erwarten. In dem Bestreben, allen ‚illegalen Maßnahmen‘ der Regierung gegen die revolutionäre Bewegung eine entsprechende Abwehr entgegenzusetzen, hat die Borissoglebsker Gruppe daher Listen zur Aufstellung eines bewaffneten Selbstschutzes aufgelegt und bittet alle, deren Sympathien nicht auf der Seite der Regierung und der Schwarzhundertschaften sind, die Aufstellung von Selbstschutzgruppen mit Waffen und Geldspenden zu unterstützen.“

In der Tat, der Bürgerkrieg wird der Bevölkerung von der Regierung selbst aufgezwungen. In der Tat, „Landstreicher, Raufbolde und fahrende Leute“ werden zum Staatsdienst zugelassen. Unter diesen Umständen ist das Bourgeoisgeschwätz der Oswoboshdenzen, daß die Agitation für

den Aufstand verbrecherisch und wahnwitzig, die Organisation des Selbstschutzes schädlich sei („Oswoboshdenije“ Nr. 74), nicht mehr nur eine grenzenlose politische Gemeinheit, nicht nur eine Rechtfertigung der Selbstherrschaft und (faktisch) eine Liebedienerei vor den „Moskowskije Wedomosti“. Nein, dieses Geschwätz wird ganz einfach zum senilen Gesabber der Oswoboshdenije-Mumien, die von der revolutionären Bewegung erbarmungslos „über Bord des Lebens“ geworfen und ins Raritätenkabinett gesteckt werden, wo der einzig richtige Platz für sie ist. Theoretische Diskussionen über die Notwendigkeit des Aufstands können und müssen geführt, taktische Resolutionen in dieser Frage sollen sorgfältig durchdacht und ausgearbeitet werden, aber bei alledem darf man nicht vergessen, daß der elementare Gang der Ereignisse sich ohne jede Rücksicht auf Weisheitskrämereien machtvoll Bahn bricht. Man darf nicht vergessen, daß sich die Entwicklung aller jener großen Widersprüche, die sich jahrhundertlang im russischen Leben angehäuft haben, mit unerbittlicher Gewalt vollzieht, daß sie die Volksmassen auf den Plan ruft und die toten, leblosen Lehren vom friedlichen Fortschritt auf den Kehrlichthaufen wirft. Die Opportunisten aller Schattierungen pflegen uns zu sagen: Lernt vom Leben! Leider verstehen sie unter Leben nur den Sumpf der friedlichen Perioden, der Zeiten des Stillstands, wenn das Leben sich kaum vorwärtsbewegt. Das sind von Blindheit geschlagene Leute, die stets hinter den Lehren des *revolutionären* Lebens *zurückbleiben*. Ihre toten Doktrinen bleiben stets hinter dem stürmischen Strom der Revolution zurück, der die grundlegenden Erfordernisse des Lebens, die tiefsten Interessen der Volksmassen zum Ausdruck bringt.

Ist es angesichts dieser Lehren, die uns das Leben erteilt, jetzt nicht geradezu lächerlich, wenn ein bestimmter Teil der Sozialdemokratie darüber jammert, wie gefährlich der Verschwörerstandpunkt gegenüber dem Aufstand, die enge „jakobinische“ Einschätzung seiner Notwendigkeit, die Übertreibung der Bedeutung und Rolle der materiellen Gewalt in dem bevorstehenden politischen Geschehen sei! Dieses Geschrei ertönte ausgerechnet kurz vor der Zeit, als der Aufstand für das Volk zur dringendsten Lebensnotwendigkeit wurde, als eben die Masse, die allen „Verschwörungen“ besonders fernsteht, durch das Treiben der Schwarzhundertchaften in den Aufstand hineingezogen zu werden begann. *Eine schlechte Doktrin wird durch eine gute Revolution glänzend korrigiert*. In

der neuen „Iskra“ kann man senile, echt Bureninsche Witzeleien<sup>68</sup> (oder Spöttereien?) darüber lesen, daß in einer speziell herausgegebenen militärischen Broschüre militärische Fragen der Revolution behandelt werden, einschließlich solcher Fragen wie der Durchführung von Tages- und Nachtangriffen, oder daß man nicht vergessen darf, Stabsquartiere des Aufstands einzurichten und „diensthabende“ Mitglieder der Organisation zu ernennen, die sich über jeden Pogrom, jede Aktion des „Feindes“ rechtzeitig informieren und unseren Kampftruppen, dem organisierten revolutionären Proletariat, rechtzeitig entsprechende Anordnungen geben könnten. Und zur selben Zeit sehen wir, ein wahrer Hohn auf die lebensfremde Doktrin der Menschewiki im Ausland, wie die Menschewiki in Rußland handeln. Wir erfahren aus Jekaterinoslaw (siehe „Proletari“ Nr. 13), daß für die kritischen Tage (man erwartete einen Pogrom der Schwarzhundert! Gibt es jetzt in Rußland eine Stadt oder eine Siedlung, wo ähnliches nicht erwartet würde?) ein Abkommen der Bolschewiki mit den Menschewiki und dem „Bund“ getroffen worden ist. „Gemeinsame Geldsammlungen für die Beschaffung von Waffen, gemeinsamer Aktionsplan usw.“ Und welcher Art dieser Plan ist, ersehen wir daraus, daß beispielsweise im Brjansker Werk die Sozialdemokraten auf einem Meeting, an dem sich 500 Arbeiter beteiligten, zur Organisierung der Abwehr aufgefordert haben. „Am Abend wurden dann die organisierten Arbeiter des Brjansker Werkes in einigen Häusern einquartiert; es wurde ein Patrouillendienst eingerichtet, ein Führungsstab bestimmt usw. — kurzum, wir waren in voller Kampfbereitschaft“ (unter anderem teilte jede der drei genannten Organisationen den anderen mit, wo sich ihr „Hauptquartier“ befand).

Die neuiskristischen Publizisten spotten... über ihre eigenen praktisch arbeitenden Genossen!

So verächtlich ihr, meine Herren, auch die Nase rümpft über Nachtangriffe und ähnliche rein militärtaktische Dinge; so viel ihr auch feixt über den „Plan“, diensthabende Sekretäre der Organisation oder schlechthin Mitglieder der Organisation für den Fall außerordentlicher Kampfhandlungen zu ernennen — das Leben nimmt sich sein Recht, die Revolution erteilt ihre Lehren, reißt die verknöchertsten Pedanten hoch und rüttelt sie wach. Militärische Fragen *müssen* zur Zeit des Bürgerkriegs bis in alle Einzelheiten studiert werden, und das Interesse der Arbeiter für diese Fragen ist eine vollauf berechtigte und gesunde Erscheinung.

Führungsstäbe (oder diensthabende Mitglieder der Organisationen) müssen bestimmt werden. Einteilung der Patrouillen, Einquartierung der Abteilungen — alles das sind rein militärische Funktionen, alles das sind einleitende Operationen der *revolutionären Armee*, alles das ist die Organisation des bewaffneten Aufstands, die Organisation der *revolutionären Macht*, die bei diesen kleinen Vorbereitungen, in diesen leichten Scharmützeln heranreift und erstarkt, die hier ihre Kräfte erprobt, kämpfen lernt und sich auf den Sieg vorbereitet — einen Sieg, der um so näher rückt, um so wahrscheinlicher wird, je mehr sich die allgemeine politische Krise vertieft, je mehr sich die Gärung, die Unzufriedenheit und das Schwanken in den Reihen der zaristischen Armee verstärken.

Dem Beispiel der Genossen aus Jekaterinoslaw und Borissoglebsk müssen und werden die sozialdemokratischen Genossen in ganz Rußland in stets zunehmendem Maße folgen. Die Aufforderung, sowohl mit Geld als auch mit Waffen zu helfen, ist durchaus zeitgemäß. Immer größer wird die Zahl der Menschen, die, obzwar sie allen „Plänen“ und sogar allen Ideen der Revolution völlig fernstehen, beim Anblick dieser Greuelthaten der Polizei, der Kosaken und der Schwarzhunderter an wehrlosen Bürgern *sehen und fühlen*, daß der bewaffnete Kampf notwendig ist. Eine Wahl gibt es nicht, alle anderen Wege sind abgeschnitten. Es ist unmöglich, sich über das, was jetzt in Rußland geschieht, nicht zu beunruhigen, nicht an Krieg und Revolution zu denken, und jeder, der sich beunruhigt, der denkt und sich interessiert, *wird gezwungen*, sich dem einen oder anderen bewaffneten Lager anzuschließen. Euer Vorgehen mag noch so friedlich und pedantisch legal sein, man wird euch dennoch niederknüppeln, zu Krüppeln schlagen, ja ermorden. Die Revolution kennt keine Neutralität. Der Kampf ist schon entbrannt. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod — der Kampf zwischen dem alten Rußland der Sklaverei, der Leibeigenschaft und der Selbstherrschaft und dem neuen, jungen Rußland, dem Rußland des Volkes, dem Rußland der werktätigen Massen, die sich nach Licht und Freiheit sehnen, um dann erst recht den Kampf für die volle Befreiung der Menschheit von jedem Joch und jeder Ausbeutung aufzunehmen.

Seid bereit für den kommenden bewaffneten Volksaufstand!

---

NACHWORT DER REDAKTION ZU DEM ARTIKEL  
„DER DRITTE PARTEITAG VOR DEM TRIBUNAL  
DER KAUKASISCHEN MENSCHEWIKI“

Zu diesem, dem Organ des Kaukasischen Bundes der SDAPR entnommenen Artikel („Borba Proletariata“<sup>69</sup> Nr. 1 in russischer Sprache; Nr. 6 in armenischer und Nr. 9 in georgischer Sprache), bemerken wir unsererseits, daß die kaukasischen Menschewiki wohl die ersten sein dürften, die in der Presse nicht nur unbegründete Beschimpfungen gegen den Parteitag (im Geiste der neuen „Iskra“) ausstießen, sondern auch versuchten, die Vertretung ganz bestimmter Parteikomitees anzufechten. Der Kaukasische Bund widerlegte in seinem Organ sachlich und gründlich die menschewistischen Argumente und bewies schlüssig, daß der III. Parteitag der SDAPR selbst dann absolut rechtmäßig war, wenn die fünf von den Menschewiki angefochtenen Mandate für ungültig erklärt worden wären.

„Proletari“ Nr. 14,  
29. (16.) August 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## TRETEN DIE „LIBERALEN“ SEMSTWOLEUTE BEREITS DEN RÜCKZUG AN?

Wir haben soeben die Mitteilung des Petersburger Korrespondenten der bürgerlich-liberalen „Frankfurter Zeitung“ vom 8. (21.) August gelesen, daß die Tagung der Vertreter der Semstvos und Städte, die laut Beschluß der Julitagung sofort nach Veröffentlichung des Bulyginschen Projekts zusammentreten sollte und bereits für Ende August angesetzt war, *nicht stattfindet*. Weshalb wohl, meint ihr? Deshalb, weil der Zar am 6. August seinen Ukas an den Senat vom 18. Februar 1905 aufgehoben hat! Der Korrespondent fügt hinzu: „Diese völlig unverständliche (?? Die Redaktion des „Proletari“) Feigheit der Semstwoleute ruft hier in politischen Kreisen allgemeine Verwunderung hervor, denn gerade in einem Augenblick wie jetzt traute man den Semstwoleuten eine derartig schlappe Haltung nicht zu. Deshalb glaubt man der von mir übermittelten Nachricht noch nicht vorbehaltlos und verhält sich zu ihr vorläufig abwartend.“ Wir haben längst vorausgesagt, daß es der Regierung nicht schwerfallen wird, die liberalen Bourgeois auf ihre Seite zu locken und sie zu zwingen, „von der Revolution abzuschwenken“.

„Proletari“ Nr. 14,  
29. (16.) August 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## DIE ARBEITERKLASSE UND DIE REVOLUTION

1. Die demokratische und die sozialistische Umwälzung.
  2. Der bürgerliche Charakter der demokratischen Revolution. („Die bürgerliche und die sozialistische Revolution“.)
  3. Die Aufgaben der Sozialdemokratie als selbständiger Klassenpartei des Proletariats.
  4. Die Rolle der Bauernschaft in der demokratischen Revolution.
  5. Der bewaffnete Aufstand und die revolutionäre Armee.
  6. Die revolutionäre Regierung. Ihre Aufgaben.
  7. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.
1. *α) Die Ziele der Arbeiterklasse. β) Die Sozialdemokratie. Unser Programm. γ) Das Maximalprogramm und δ) das Minimalprogramm. { Seine Charakteristik (vergleiche die 6 Punkte\*). }*
- ε) Die demokratische und die sozialistische Umwälzung.
2. *Die bürgerliche und die sozialistische Revolution. Weshalb ist die demokratische Umwälzung bürgerlich? α) Warenproduktion und kapitalistische Produktion. β) Der ökonomische Wesenskern. γ) Die konstitutionell-demokratische Partei, ihr Programm und ihr Klassencharakter. Eine Klassenpartei. Die Semstwotagungen. Die Intellektuellenverbände. Die legale Presse. δ) Bürgerliche Ratschläge für das Proletariat: gewerkschaftlicher Kampf usw.*

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 176. *Die Red.*

3. **Schlußfolgerungen aus dem Vorhergehenden. Eine selbständige Klassenpartei.** Organisation — gewerkschaftlich und auf *Partei*-ebene, agitatorisch und *militärisch*. Der Marxismus: „Doktrin“.
4. Die besonderen Interessen der Bauernschaft. Überreste der Leibeigenschaft. Weshalb ist die Rolle der Bauernschaft in der demokratischen Revolution besonders wichtig? Die „schwarze Umteilung“, ihre Bedeutung. Die Bauern sind die natürlichen Verbündeten der Arbeiter. Der kleinbürgerliche Charakter der Bauernschaft.
5. Der Aufstand. Moralische und materielle Stärke. Bewaffnung des Volkes. Die *militärische* Organisation (militärische Fragen usw.). Die revolutionäre Armee. (Beispiel: Nishni-Nowgorod und Jekaterinoslaw) ((Bomben, Waffen)).
6. Die revolutionäre Regierung, das *Organ* des Aufstands. Die Bedeutung der revolutionären Regierung und der revolutionären *Staatsmacht*. Die Beteiligung an der revolutionären Regierung. Das Programm der revolutionären Regierung: die 6 *Punkte*. *Europa entflammen*.
7. Was bedeutet Diktatur? Diktatur einer *Klasse* und Diktatur einer Person. Die demokratische Diktatur. Klassen.

*Geschrieben im August 1905.*

Zuerst veröffentlicht 1926  
im *Lenin-Sammelband V*.

*Nach dem Manuskript.*



---

VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE DER BROSCHÜRE  
„DIE AUFGABEN  
DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATEN“

Die dritte Auflage der vorliegenden Broschüre erscheint in einem Augenblick der revolutionären Entwicklung in Rußland, der sich wesentlich unterscheidet vom Jahre 1897, als diese Broschüre geschrieben wurde, und vom Jahre 1902, als sie in zweiter Auflage erschien. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Broschüre nur einen allgemeinen Abriß der Aufgaben der Sozialdemokratie gibt und nicht einen konkreten Hinweis auf die gegenwärtigen Aufgaben, die dem jetzigen Stand der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung wie auch dem Stand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands entsprechen. Den gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei ist meine Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ (Genf, 1905) gewidmet. Vergleichen die Leser die beiden Broschüren, so können sie sich ein Urteil darüber bilden, ob sich die Auffassungen des Verfassers von den allgemeinen Aufgaben der Sozialdemokratie und von ihren speziellen Aufgaben im gegenwärtigen Augenblick folgerichtig entwickelt haben. Daß ein solcher Vergleich nicht nutzlos ist, ersieht man unter anderem aus dem kürzlichen Angriff des Führers unserer liberal-monarchistischen Bourgeoisie, Herrn Struve, der im „Oswoboshdenije“ die revolutionäre Sozialdemokratie (in Gestalt des III. Parteitags der SDAPR) beschuldigte, die Frage des bewaffneten Aufstands auf Rebellenart und abstrakt-revolutionaristisch gestellt zu haben. Wir bemerkten bereits im „Proletari“ (Nr. 9, „Die Revolution lehrt“), daß ein bloßer Vergleich der „Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ (1897) mit „Was tun?“ (1902) und dem „Proletari“ (1905) die Beschuldigung der Oswoboshdenzen widerlegt und den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der sozialdemokratischen Auffassungen vom Aufstand und

der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland beweist. Die Beschuldigung der Oswoboshdenzen ist lediglich ein opportunistischer Ausfall der Anhänger der liberalen Monarchie, die danach trachten, ihren Verrat an der Revolution, ihren Verrat an den Interessen des Volkes und ihr Streben nach einem Kompromiß mit der zaristischen Staatsmacht zu verhüllen.

*N. Lenin*

August 1905

*Zuerst veröffentlicht im Herbst 1905  
in der vom ZK der SDAPR  
herausgegebenen Broschüre.*

*Nach dem Text der Broschüre.*

BEMERKUNG ZU P. NIKOLAJEWS BROSCHÜRE  
„DIE REVOLUTION IN RUSSLAND.“<sup>70</sup>

Die vorliegende Broschüre ist vor dem 6. August geschrieben worden. Jetzt ist die Reichsduma bereits Tatsache. Die Arbeiterklasse und überhaupt alle Besitzlosen haben nicht das Recht, Mitglieder der Duma zu wählen. Die reichen Gutsbesitzer und Kaufleute wählen die Mitglieder der Duma durch Wahlmänner der Gouvernements. Die Bauern wählen nicht einmal die Wahlmänner der Gouvernements direkt, sondern durch Kreiswahlmänner, die ihrerseits in Amtsbezirksversammlungen gewählt werden. Von Wahlfreiheit, von Presse- und Versammlungsfreiheit keine Spur. Die Polizei herrscht nach wie vor unumschränkt. Die Duma faßt keine für die Regierung bindenden Beschlüsse, sie berät nur, d. h., sie besitzt faktisch keinerlei Macht.

Zuerst veröffentlicht  
im Herbst 1905.

*Nach dem Manuskript.*

IM NACHTRAB  
DER MONARCHISTISCHEN BOURGEOISIE  
ODER AN DER SPITZE DER REVOLUTIONÄREN  
ARBEITERKLASSE UND BAUERNSCHAFT?

Die Taktik der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsduma nimmt auch weiterhin unter allen Fragen des revolutionären Kampfes, die auf der Tagesordnung stehen, die erste Stelle ein. Die Meinungsverschiedenheiten, die über diese Taktik zwischen dem opportunistischen („Iskra“) und dem revolutionären („Proletari“) Flügel der SDAPR aufgetaucht sind, müssen mit aller Sorgfalt untersucht werden, nicht um eine kleinliche Polemik zu führen (die manchmal zu einem Gezänk ausartet), sondern um die Frage völlig zu klären und den örtlichen Funktionären bei der Ausarbeitung möglichst präziser, bestimmter und einheitlicher Losungen behilflich zu sein.

Zunächst ein paar Worte über die Entstehung dieser Meinungsverschiedenheiten. In Nr. 12 des „Proletari“, noch vor der Bekanntgabe des Gesetzes über die Reichsduma, setzten wir die Grundlagen unserer Taktik und unserer Differenzen mit der „Iskra“ auseinander. Wir forderten: 1. Unterstützung der Boykottidee in dem Sinne, daß man die Agitation und den Appell an das Volk verstärkt, in dem Sinne, daß das Proletariat den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie unterstützt und ihren rechten Flügel unnachgiebig des Verrats überführt; 2. unbedingt aktiven Boykott und nicht „passive Enthaltung“, d. h. „verzehnfachte Agitation“ bis zum „gewaltsamen Eindringen in Wahlversammlungen“ einschließlich und endlich 3. eine „klare, genaue und direkte Agitationslosung“, nämlich: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung. Die Losung der „Iskra“ (Nr. 106): „Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung“ lehnten wir entschieden ab, weil sie konfus ist und den Oswoboshdenzen, d. h. der monarchistischen Bourgeoisie, in die Hände arbeitet. Wir betonten dabei gleich — als hätten wir vorausgesehen,

daß die „Iskra“ wieder Differenzen „ausbrüten“ wird — unser Einverständnis mit der Verurteilung der Idee des passiven Boykotts durch die „Iskra“.

Wenn daher die „Iskra“ jetzt in Nr. 108 Anspielungen macht auf eine Theorie der „Nichteinmischung“, des „Absentismus“, der „Enthaltung“, der „verschränkten Arme“ u. dgl. m., so lassen wir uns auf derartige „Einwände“ erst gar nicht ein, denn das ist keine Polemik, sondern nur ein Versuch, dem Gegner „Nadelstiche“ zu versetzen. Durch solche „polemische“ Methoden — die durch die verleumderische Behauptung gekrönt werden, gewisse Führer wollten gern selbst in die provisorische Regierung gelangen — hat die neue „Iskra“ schon längst in breitesten Kreisen der Sozialdemokratie eine ganz bestimmte Einstellung zu sich hervorgerufen.

Der Kern der Meinungsverschiedenheiten läuft somit darauf hinaus, daß die „Iskra“ unsere Agitationslosung, die unseres Erachtens im Mittelpunkt stehen muß (bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung), nicht akzeptiert. Der „Proletari“ hält es indes für absolut unzulässig, „die Losung des Aufstands durch die Losung der Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung ersetzen oder auch nur verdrängen zu wollen“ (Nr. 12 des „Proletari“). Alle übrigen Meinungsverschiedenheiten sind von relativ geringerer Bedeutung. Dagegen ist weiterhin besonders wichtig der Umstand, daß die „Iskra“ in Nr. 108 schon beginnt (wie sie das öfteren getan hat), zurückzuweichen, auszuweichen und sich herauszuwinden: die Losung der Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung ergänzt sie durch die Losung „aktiver Kampfkationen der Volksmassen“ (Allah allein weiß, wodurch sich das vom bewaffneten Aufstand unterscheidet). Die „Iskra“ versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß „die Organisierung einer revolutionären Selbstverwaltung die einzige Methode ist, den allgemeinen Volksaufstand wirklich zu ‚organisieren‘“. Nr. 108 der „Iskra“ trägt das Datum vom 13. (26.) August, am 24. August n. St. aber erschien in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel des Gen. Martow, der den „Plan“ der „Iskra“ ganz und gar im Geiste der Nr. 106 und nicht im Geiste der „Korrekturen“ in Nr. 108 darlegt. Diesen wertvollen Artikel des Gen. Martow übersetzen wir weiter unten\* in seinem Hauptteil als Muster „sozialdemokratischer Manilowerei“.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 219—221. *Die Red.*

Versuchen wir, uns in dem Wirrwarr zurechtzufinden.

Um die Sache klarzustellen, müssen wir uns vor allem darüber Rechenschaft ablegen, welche Kräfte — und auf welche Weise — gegenwärtig in der russischen Revolution „Geschichte machen“. Die Selbstherrschaft hat die Theorie der „Beratung“ des Zaren mit dem Volk aufgegriffen. Während sie sich mit dem unter Polizeiaufsicht gesiebten Häuflein Erwählter der Gutsbesitzer und Händler zu beraten wünscht, beginnt sie, die Revolution mit fürchterlicher Grausamkeit zu unterdrücken. Weite Kreise der monarchistischen Bourgeoisie (die Oswoboshdenzen oder die konstitutionell-„demokratische“ Partei) treten für die Theorie der Vereinbarung des Zaren mit dem Volk ein. Die Bourgeoisie bringt mit dieser Theorie ihren Verrat an der Revolution zum Ausdruck, ihre Bereitschaft, sie anfangs zu unterstützen und sich dann mit der Reaktion gegen sie zu verbünden. Das revolutionäre Proletariat, soweit es von der Sozialdemokratie geführt wird, fordert die *Herrschaft des Volkes*, d. h. die vollständige Vernichtung der reaktionären Kräfte und vor allem den tatsächlichen Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine provisorische revolutionäre Regierung. Das Proletariat strebt (oft unbewußt, aber unbeirrt und energisch) danach, die Bauernschaft für sich zu gewinnen und mit ihrer Hilfe die Revolution trotz der Wankelmütigkeit und des Verrats der Bourgeoisie zum vollen Siege zu führen.

Die Reichsduma ist unzweifelhaft ein Zugeständnis an die Revolution, aber ein Zugeständnis, das gemacht wurde (das ist noch unzweifelhafter), um die Revolution abzuwürgen und keine Verfassung zu gewähren. Die bürgerlichen „Vereinbarungsfreunde“ wollen eine Verfassung durchsetzen, um die Revolution abzuwürgen; Herr Winogradow hat (in den „Russkije Wedomosti“) dieses Bestreben der liberalen Bourgeoisie, das sich aus ihrer Klassenlage unausbleiblich ergibt, mit besonderer Klarheit zum Ausdruck gebracht.

Es fragt sich nun: Welche Bedeutung hat angesichts dieser Sachlage der vom „Verband der Verbände“ (siehe Nr. 14 des „Proletari“), also von der umfassendsten Organisation der bürgerlichen Intelligenz gefaßte Beschluß, die Duma zu boykottieren? Die bürgerliche Intelligenz möchte im großen ganzen auch eine „Vereinbarung“. Sie schwankt daher, wie der „Proletari“ schon oft gezeigt hat, ebenfalls zwischen Reaktion und Revolution, zwischen Schacher und Kampf, zwischen einem Pakt mit dem

Zaren und dem Aufstand gegen den Zaren. Das kann auf Grund der Klassenlage der bürgerlichen Intelligenz gar nicht anders sein. Es wäre aber ein Fehler, zu vergessen, daß diese Intelligenz besser geeignet ist, die weit verstandenen wesentlichen Interessen der gesamten Klasse der Bourgeoisie zum Ausdruck zu bringen, zum Unterschied von den zeitweiligen und engen Interessen einzig und allein der „Spitzen“ der Bourgeoisie. Die Intelligenz ist besser geeignet, die Interessen der breiten Masse des Kleinbürgertums und der Bauernschaft zum Ausdruck zu bringen. Sie ist daher bei all ihrer Wankelmütigkeit zum revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft besser geeignet, und unter der Voraussetzung, daß sie sich dem Volk nähert, kann sie zu einer großen Kraft in diesem Kampf werden. An sich ohnmächtig, könnte sie doch bedeutenden Schichten der Kleinbürger und Bauern gerade das geben, was diesen mangelt: Wissen, Programm, Führung und Organisation.

Der Kern der „Boykott“-Idee, wie sie beim „Verband der Verbände“ entstanden ist, liegt folglich darin, daß der erste Schritt der Großbourgeoisie zur Beratung und Vereinbarung mit dem Zaren unvermeidlich den ersten Schritt der kleinbürgerlichen Intelligenz zur Annäherung an das revolutionäre Volk hervorgerufen hat. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten sind nach rechts gerutscht, die bürgerliche Intelligenz, die Vertreterin des Kleinbürgertums, ist nach links gerutscht. Jene gehen zum Zaren, ohne im entferntesten darauf zu verzichten, ihm noch des öfteren mit der Macht des Volkes zu drohen. Die Intelligenz überlegt, ob sie zum Volk gehen soll, ohne mit der Theorie der „Vereinbarung“ schon endgültig zu brechen und ohne den revolutionären Weg ganz zu beschreiten.

Das ist der Kern der Boykottidee, die, wie wir schon in Nr. 12 des „Proletari“ festgestellt haben, innerhalb der bürgerlichen Demokratie entstanden ist. Nur sehr kurzsichtige und oberflächliche Leute könnten in dieser Idee Nichteinmischung, Absentismus, Enthaltung u. ä. erblicken. Die bürgerliche Intelligenz braucht sich gar nicht zu enthalten, denn sie wird durch den hohen Wahlzensus ganz von selbst aus der Reichsduma ferngehalten. Die bürgerliche Intelligenz stellt in ihrer Resolution über den Boykott die „Mobilisierung aller demokratischen Elemente des Landes“ an die erste Stelle. Die bürgerliche Intelligenz ist das tatkräftigste, entschiedenste und kampflustigste Element der Oswoboshdenzen, der konstitutionell-„demokratischen“ Partei. Diese Intelligenz wegen der Boykottidee der Enthaltung

tung u. ä. zu beschuldigen oder ihr sogar die Unterstützung und Weiterentwicklung ihrer Idee zu versagen, hieße aus Kurzsichtigkeit der monarchistischen Großbourgeoisie, deren Organ „Oswoboshdenije“ nicht umsonst gegen die Boykottidee kämpft, in die Hände zu arbeiten.

Die Richtigkeit der dargelegten Ansicht wird, abgesehen von allgemeinen und grundlegenden Erwägungen, durch wertvolle Eingeständnisse des Herrn S. S.<sup>71</sup> in Nr. 75 des „Oswoboshdenije“ bestätigt. Es ist höchst bemerkenswert, daß Herr S. S. die Anhänger der Boykottidee zur „radikalen“, ihre Gegner aber zur „gemäßigten“ Gruppe rechnet. Die ersten beschuldigt er des „Narodowolzentums“, der Wiederholung der von den „aktiven revolutionären Gruppen“ gemachten Fehler (eine ehrenvolle Beschuldigung für jeden, gegen den sie vom „Oswoboshdenije“ erhoben wird); von den zweiten sagt er direkt, sie stünden zwischen zwei Feuern: zwischen der Selbstherrschaft und der „sozialen (sic!\*) Revolution“, wobei der arme Herr S. S. vor lauter Angst die demokratische Republik um ein Haar mit der sozialen Revolution verwechselt hätte! Das wertvollste Eingeständnis des Herrn S. S. ist das folgende: Für die Radikalen, sagt er, den Kongreß des „Verbands der Verbände“ mit der Semstwotagung vergleichend, „lag der Schwerpunkt unzweifelhaft (hört! hört!) in der Forderung, das Wahlsystem zu ändern, während für die gemäßigtere Gruppe das Hauptinteresse darin bestand, die Rechte der Duma zu erweitern“.

Damit ist alles gesagt! Herr S. S. hat die geheimsten „Gedanken“ der Gutsbesitzer und Kapitalisten ausgeplaudert, die wir hundertmal angeprangert haben. Ihr „Hauptinteresse“ ist nicht, das Volk zu den Wahlen heranzuziehen (davor fürchten sie sich), sondern die Rechte der Duma zu erweitern, d. h. diese Versammlung der Großbourgeoisie aus einer gesetzberatenden in eine gesetzgebende Versammlung zu verwandeln. Hier liegt der Hund begraben. Die Großbourgeoisie kann sich niemals mit einer „gesetzberatenden“ Duma zufriedengeben. Daher sind Verfassungskonflikte in der Reichsduma unausbleiblich. Aber die Großbourgeoisie kann auch niemals eine verlässliche und treue Anhängerin der Volksherrschaft sein. Sie wird immer mit der einen Hand nach der Verfassung (für sich) greifen und mit der anderen Hand dem Volk die Rechte wegnehmen oder der Erweiterung der Volksrechte entgegenwirken. Die Großbourgeoisie kann nicht anders als nach einer Verfassung streben, die ihre Privilegien

\* so! Die Red.



sichert. Die radikale Intelligenz kann nicht anders als danach streben, die Interessen der breitesten Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft zum Ausdruck zu bringen. Der rechte Flügel der bürgerlichen Demokratie, der den Sperling in der Hand hat, beginnt sogleich „klug“ zu werden und sagt sich, wie wir gesehen haben, schon von „illegalen“ Tagungen los. Der linke Flügel sieht, daß er sogar ohne den Sperling geblieben ist und daß die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die aus den Diensten des „dritten Elements“ (Agitation, Propaganda, Organisation, Presse usw.) allen Vorteil gezogen haben, bereit sind, ihn zu verraten, indem sie sich in der Reichsduma nicht um die Rechte des Volkes, sondern um ihre eigenen volksfeindlichen Rechte bemühen. Und nun, nachdem die bürgerliche Intelligenz den Beginn des Verrats gewittert hat, verdammt sie die Reichsduma als „freche Herausforderung“ der Regierung an alle Völker Rußlands, verkündet den Boykott und rät zur „Mobilisierung der demokratischen Elemente“.

Angesichts dieser Sachlage über die Boykottidee herzufallen, hieße seitens der Sozialdemokraten die Rolle politischer Einfaltspinsel zu spielen. Der richtige Klasseninstinkt des revolutionären Proletariats gab der Mehrheit der russischen Genossen die Idee des aktiven Boykotts ein. Das bedeutet: den linken Flügel unterstützen und ihn näher zu sich heranziehen, danach trachten, die Elemente der revolutionären Demokratie auszusondern, um gemeinsam mit ihnen gegen die Selbstherrschaft vorzustößen. Die radikale Intelligenz reicht uns den kleinen Finger — nehmen wir die ganze Hand! Ist der Boykott keine Prahlerei, die Mobilisierung keine Phrase und die Empörung über die freche Herausforderung keine Pose, so müßt ihr mit den „Vereinbarungsfreunden“ brechen, euch für die Theorie der Volksherrschaft entscheiden und die einzig folgerichtigen und einheitlichen Losungen der revolutionären Demokratie: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung, akzeptieren, in der Tat akzeptieren. Sich diejenigen angliedern, die in der Tat diese Losungen akzeptieren, und vor allem Volke diejenigen auf den Misthaufen der Geschichte werfen, die auf der Seite der „Vereinbarungsfreunde“ bleiben — das ist die einzig richtige Taktik des revolutionären Proletariats.

Unsere Neuisristen haben sowohl den klassenmäßigen Ursprung als auch die reale politische Bedeutung der Boykottidee verschlafen und ... in

die Luft geschossen. Genosse Tscherewanin schreibt in Nr. 108: „Wie aus den Flugblättern des Don-Komitees und der St. Petersburger Gruppe ersichtlich ist, sprechen sich diese beiden (NB: *menschewistischen*. Anmerkung der Redaktion des „Proletari“) Organisationen für den Boykott aus. Sie halten die Teilnahme an den Wahlen zu einer solchen Duma für eine Schmach, für einen Verrat an der Revolution und brandmarken im voraus jene Liberalen, die an den Wahlen teilnehmen werden. *Dadurch wird die Möglichkeit ausgeschlossen, die Reichsduma zu einem Werkzeug der demokratischen Revolution zu machen, und die darauf gerichtete Agitation wird offensichtlich verworfen.*“ Die von uns hervorgehobenen Worte zeigen gerade den soeben skizzierten Fehler. Denn diejenigen, die gegen die „Nichteinmischung“ deklamieren, *verdunkeln* doch nur die wirklich wichtige Frage der *Methoden* der Einmischung. Es gibt zwei Methoden der Einmischung, zwei Typen von Losungen. Die erste Methode: „eine verzehnfachte Agitation, die Abhaltung von Versammlungen überall und allerorts, die Ausnutzung der Wahlversammlungen, sei es auch dadurch, daß man gewaltsam in sie eindringt, die Veranstaltung von Demonstrationen, politischen Streiks usw. usf.“ („Proletari“ Nr. 12). Die Losungen *dieser* agitatorischen Kampagne haben wir schon erläutert. Die andere Methode: die „revolutionäre Verpflichtung abverlangen, in die Reichsduma zu gehen, um ihre Umwandlung in eine revolutionäre Versammlung durchzusetzen, welche die Selbstherrschaft stürzt und eine konstituierende Versammlung einberuft“ (Gen. Tscherewanin in Nr. 108 der „Iskra“), oder: „auf die Wählerkollegien einen Druck in dem Sinne ausüben, daß in die Duma nur entschiedene Anhänger der demokratischen und freien Vertretung gewählt werden“ (Gen. Martow in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“).

Diese verschiedenen Methoden widerspiegeln denn auch die „zwei Taktiken“ der Sozialdemokratie. Der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie ist stets geneigt, auf die bürgerliche Demokratie in der Weise einen „Druck auszuüben“, daß er ihr *Verpflichtungen abverlangt*, während der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie auf die bürgerliche Demokratie *dadurch* einen „Druck ausübt“ und sie nach links stößt, *daß er sie wegen ihrer Rechtsschwankungen brandmarkt* und daß er unter den Massen die Losungen der entschiedenen Revolution verbreitet. Die Theorie des „Abverlangens von Verpflichtungen“, diese berühmte Theorie des *Lackmus-*

*papiers* Starowers, ist im höchsten Grade naiv und nur geeignet, im Proletariat Verwirrung zu stiften und es zu demoralisieren. Wem will Gen. Tscherewanin die übernommene „Verpflichtung“ zur Einlösung präsentieren? Am Ende dem lieben Gott? Weiß denn Gen. Tscherewanin nicht, daß unter dem Druck der materiellen Klasseninteressen *all und jede* Verpflichtung zum Teufel geht? Ist denn der Einfall desselben Gen. Tscherewanin, die bürgerlichen Deputierten der Reichsduma dem revolutionären Proletariat durch „gebundene Mandate“ zu verpflichten, nicht eine Kinderei? Müßte doch Gen. Martow, wollte er seinen Plan *in der Tat* ausführen, vor der Arbeiterklasse *erklären*, daß die Herren X oder Y aus dem Gremium der Gutsbesitzer „entschiedene Anhänger einer freien und demokratischen Vertretung“ seien! Solche Erklärungen abzugeben, hieße größte politische Demoralisation zu säen!

Noch eines beachte man: Alle diese „revolutionären Verpflichtungen“ der Herren Petrunkewitsch, Roditschew und *tutti quanti*\*, alle diese „gebundenen Mandate“, alle diese Reverse über die „entschiedene Unterstützung einer demokratischen und freien Vertretung“ (kann man einen allgemeineren, unklarerer, nebelhafteren Ausdruck finden?) würden *im Namen der Sozialdemokratie hinter dem Rücken des Proletariats* abverlangt und gegeben werden. Denn offen kann man das nicht machen, und sogar *in freien Ländern*, wo es eine offene Agitation gibt, werden die Politiker nicht so sehr durch private Abmachungen als vielmehr durch die Programme der *Parteien* verpflichtet, wir aber *haben keine* bestimmten und festgefügtten politischen Parteien bei den Wahlen zur Reichsduma und *werden auch keine haben!* Überlegt euch doch, Genossen Neuiszkristen, in welchen Sumpf ihr wiederum geraten seid: in Worten gibt es bei euch nichts als „die Masse“, „vor der Masse“, „unter Teilnahme der Masse“, „Selbsttätigkeit der Masse“, in Wirklichkeit aber reduziert sich euer „Plan“ auf geheime Abmachungen, die den Herrn Petrunkewitsch verpflichten, nicht ein Verräter an der Revolution, sondern ihr „entschiedener“ Anhänger zu sein!

Die Neuiszkristen haben sich selbst ad absurdum geführt. Nirgendwo in Rußland denkt jemand, sogar von ihren eigenen Anhängern, auch nur im Traum daran, sich auf derartige alberne „revolutionäre Verpflichtungen“ einzulassen. Nein, nicht so muß man sich einmischen. Man muß sich

\* alle ihresgleichen. *Die Red.*

dadurch einmischen, daß man die Vereinbarungstheorie und die bürgerlichen Vereinbarungsfreunde, alle diese Petrunkevitch u. a. m. schonungslos anprangert. Ihren bürgerlichen Verrat an der Revolution entlarven, gegen die Selbstherrschaft (und für alle Fälle auch gegen die Duma) die revolutionären Kräfte zum Aufstand vereinigen — das ist die einzig verlässliche Methode, auf die Duma real einen „Druck auszuüben“ und den Sieg der Revolution real vorzubereiten. Nur unter dieser Losung dürfen wir uns in die Wahlagitation einmischen, nicht zum Zweck von Wahlmanövern, Abmachungen und Verpflichtungen, sondern zur Propaganda des Aufstands. Und nur die reale Kraft des bewaffneten Volkes wird die Möglichkeit geben, die möglichen und wahrscheinlichen künftigen Konflikte innerhalb der Reichsduma oder zwischen der Reichsduma und dem Zaren zum Vorteil der Revolution (und nicht zugunsten einer eng-bürgerlichen Verfassung) auszunutzen. Weniger Vertrauen zur Reichsduma und mehr Vertrauen zu den Kräften des sich bewaffnenden Proletariats, meine Herren!

Damit sind wir auch bei der Losung angelangt: Organisation einer revolutionären Selbstverwaltung. Wir wollen sie einmal aufmerksam untersuchen.

Erstens ist es rein theoretisch falsch, die Losung der revolutionären Selbstverwaltung in den Vordergrund zu rücken, anstatt die Losung der Volksherrschaft aufzustellen. Die erste bezieht sich auf die Verwaltung, die zweite auf die Staatsordnung. Die erste verträgt sich daher mit der verräterischen bürgerlichen Theorie der „Vereinbarung“ (das sich selbst verwaltende Volk mit dem Zaren an der Spitze, der „nicht verwaltet, sondern herrscht“), die zweite verträgt sich damit absolut nicht. Die erste ist für die Oswoboshdenzen annehmbar, die zweite nicht.

Zweitens ist es völlig unsinnig, die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung der Organisation des allgemeinen Volksaufstands gleichzusetzen. Aufstand ist Bürgerkrieg, ein Krieg aber erfordert eine Armee. Hingegen erfordert Selbstverwaltung an und für sich keine Armee. Es gibt Länder, wo eine Selbstverwaltung, aber keine Armee besteht. Und die revolutionäre Selbstverwaltung bedarf keiner revolutionären Armee, wenn die Revolution auf norwegischè Art vor sich geht: dort wurde dem König „gekündigt“ und eine Volksbefragung durchgeführt. Wenn jedoch das Volk von einem Despotismus unterdrückt wird, der sich auf die Armee

stützt und den Bürgerkrieg eröffnet, dann ist es eine geradezu unsagbare Abgeschmacktheit, die revolutionäre Selbstverwaltung der revolutionären Armee gleichzusetzen, die erste hervorzuheben und die zweite zu verschweigen — eine Abgeschmacktheit, die entweder Verrat an der Revolution oder krassen Unverstand zum Ausdruck bringt.

Drittens bestätigt auch die Geschichte die im übrigen handgreifliche Wahrheit, daß nur ein voller und entscheidender Sieg des Aufstands voll auf die Möglichkeit gewährleistet, eine wirkliche Selbstverwaltung zu organisieren. Wäre in Frankreich die munizipale Revolution im Juli 1789 möglich gewesen, wenn nicht am 14. Juli das aufständische und bewaffnete Paris die königlichen Truppen besiegt, die Bastille erstürmt und den Widerstand des Absolutismus an der entscheidenden Stelle gebrochen hätte? Oder wollen sich die Neuiskristen dabei vielleicht auf das Beispiel der Stadt Montpellier berufen, wo die munizipale Revolution, die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung, friedlich vor sich ging, wo sogar dem Intendanten der Dank ausgesprochen wurde, weil er so liebenswürdig war, bei seiner eigenen Absetzung mitzuwirken? Erwartet die neue „Iskra“ vielleicht, daß wir während unserer Agitationskampagne anlässlich der Dumawahlen den Gouverneuren für ihre Selbstabsetzung vor der Erstürmung der russischen Bastillen den Dank aussprechen werden? Ist es denn nicht bezeichnend, daß im Frankreich des Jahres 1789 die Zeit der munizipalen Revolution mit der beginnenden *Emigration der Reaktionäre* zusammenfällt, während bei uns die Losung der revolutionären Selbstverwaltung anstatt der Losung des Aufstands zu einer Zeit erhoben wird, da noch die *Emigration der Revolutionäre* andauert? Als man einen hohen russischen Würdenträger fragte, warum am 6. August keine Amnestie gewährt wurde, antwortete er: „Aus welchem Grunde sollen wir 10000 Menschen freilassen, die wir mit nicht geringer Mühe festgenommen haben und die schon morgen den erbitterten Kampf gegen uns aufnehmen würden?“ Dieser Würdenträger urteilte klug, jene aber, die von der „revolutionären Selbstverwaltung“ reden, bevor diese 10000 befreit sind, urteilen unklug.

Viertens beweist die heutige russische Wirklichkeit anschaulich die Unzulänglichkeit der Losung „revolutionäre Selbstverwaltung“ und die Notwendigkeit der direkten und bestimmten Losung des Aufstands. Man sehe doch, was am 2. August a. St. in Smolensk geschehen ist. Die

städtische Duma erklärte die Einquartierung der Kosaken für ungesetzlich, stellte die Auszahlung von Geld an sie ein, organisierte zum Schutz der Einwohnerschaft eine städtische Miliz und warnte in einem Aufruf an die Soldaten vor Gewalttätigkeiten gegen die Bürger. Wir möchten wissen, ob unsere wackeren Neuskristen das für ausreichend halten. Ist diese Miliz nicht als eine *revolutionäre Armee*, als ein Organ nicht nur der Verteidigung, sondern auch des Angriffs zu betrachten? — und zwar des Angriffs nicht nur gegen die Smolensker Kosakenhundertschaft, sondern gegen die absolutistische Regierung überhaupt? Sollte man diese Idee von der Ausrufung einer revolutionären Armee und ihrer Aufgaben nicht propagieren? Kann man eine wirklich *vom Volk getragene* Selbstverwaltung der Stadt Smolensk als gesichert betrachten, solange die revolutionäre Armee keinen entscheidenden Sieg über die zaristische Armee errungen hat?

Fünftens zeugen die Tatsachen unwiderleglich davon, daß die Losung der revolutionären Selbstverwaltung an Stelle der Losung des Aufstands oder im Sinne (?) der Losung des Aufstands für die Oswoboshdenzen nicht nur „annehmbar“ ist, sondern von ihnen bereits angenommen worden ist. Man nehme Nr. 74 des „Oswoboshdenije“ zur Hand. Dort finden wir eine entschiedene Verurteilung der „wahnwitzigen und verbrecherischen Propagierung des bewaffneten Aufstands“ und zugleich eine Verteidigung der städtischen Milizen und der Organisation von Organen der örtlichen Selbstverwaltung als Elementen einer künftigen provisorischen Regierung (vgl. Nr. 12 des „Proletari“).

Von welcher Seite man auch an die Frage herantritt — stets und immer zeigt sich, daß die neue Losung der neuen „Iskra“ eine Losung im Geiste der Oswoboshdenzen ist. Sozialdemokraten, die die Losung des bewaffneten Aufstands, der revolutionären Armee und der provisorischen Regierung durch die Losung der Organisation einer revolutionären Selbstverwaltung ersetzen oder verdrängen wollen, trotten im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie einher, anstatt an der Spitze der revolutionären Arbeiterklasse und Bauernschaft zu marschieren.

Man wirft uns vor, daß wir hartnäckig ein und dieselben Losungen „einhämmern“. Wir rechnen uns diesen Vorwurf als Kompliment an. Unsere Aufgabe besteht ja darin, neben den allgemeinen Wahrheiten des sozialdemokratischen Programms unablässig auch die politischen Tages-

losungen einzuwähmern. Wir haben erreicht, daß das den Liberalen verhaßte „Viergespann“ (allgemeines, direktes, gleiches und geheimes Stimmrecht) weiteste Verbreitung fand. Wir haben die Arbeitermassen mit dem „Sechsgespann“ der politischen Freiheiten bekannt gemacht (Rede-, Gewissens-, Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit). Wir müssen jetzt millionen- und milliardenfach das „Dreigespann“ der nächsten revolutionären Aufgaben (bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung) wiederholen. Die Volkskräfte, die diese Aufgaben erfüllen werden, wachsen elementar nicht bloß täglich, stündlich gar. Die Aufstandsversuche mehren sich, die Organisation des Aufstands macht Fortschritte, mit der Bewaffnung geht es vorwärts. Aus den Reihen der Arbeiter und Bauern, der Männer im Bauernkittel, in der Arbeiterbluse und im Soldatenrock, treten namenlose Helden hervor, die mit der Menge unzertrennlich verbunden sind und immer tiefer durchdrungen werden vom edlen Fanatismus der Volksbefreiung. Unsere Sache ist es, dafür zu sorgen, daß sich alle diese Bäche zu einem mächtigen Strom vereinen und daß das Licht des zielbewußten, offenen, klaren und bestimmten revolutionären Programms unserer nächsten Aufgaben die elementare Bewegung erhellt und ihre Kräfte verzehnfacht.

Das Fazit. Unsere Taktik gegenüber der Reichsduma kann in fünf Punkten zusammengefaßt werden: 1. verstärkte Agitation anlässlich des Gesetzes über die Reichsduma und der Wahlen, Veranstaltung von Versammlungen, Ausnützung der Wahlagitation, Demonstrationen usw. usf.; 2. Zuspitzung dieser ganzen Agitationskampagne auf die Losungen: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung, Verbreitung des Programms dieser provisorischen Regierung; 3. Heranziehung aller Elemente der revolutionären Demokratie und nur dieser, d. h. nur derjenigen, die wirklich die oben angeführten Losungen annehmen, zu dieser Agitation und zum bewaffneten Kampf; 4. Unterstützung der vom linken Flügel der bürgerlichen Demokratie ausgegangenen Idee des Boykotts, damit dieser Boykott zu einem aktiven Boykott im Sinne der oben skizzierten breitesten Agitation wird; Gewinnung der linken Vertreter der bürgerlichen Demokratie für das revolutionär-demokratische Programm und für eine Betätigung, die sie dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft näherbringt; 5. schonungslose Entlarvung und Brandmarkung der bürgerlichen „Vereinbarungstheorie“ und der bürger-

lichen „Vereinbarungsfreunde“ vor den breitesten Massen der Arbeiter und Bauern; Bekanntgabe und Bloßstellung jedes verräterischen und unsicheren Schrittes der Vereinbarungsfreunde sowohl vor der Duma als auch in der Duma; Warnung der Arbeiterklasse vor diesen bürgerlichen Verrätern an der Revolution.

„Proletari“ Nr. 15,  
5. September (23. August) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*



## DIE KLARSTE DARLEGUNG DES VERWORRENSTEN PLANS

Im Leitartikel\* haben wir auf die Verworrenheit des neuen Plans einer „Dumakampagne“ der neuen „Iskra“ hingewiesen. Hier seine klarste Darlegung von Martow selbst in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ (vom 24. August n. St.). (Die Hervorhebungen in den Zitaten stammen überall von Martow selbst.)

„Der Plan“, schreibt Gen. Martow, „der von manchen russischen Organisationen unterstützt wird... ist dieser: Die Arbeiterorganisationen ergreifen die Initiative zur Gründung der *Volksagitationskomitees*, die von allen mit der zarischen ‚Reform‘ nicht zufriedengestellten Elementen der Bevölkerung zu wählen sind. Die Aufgabe solcher Komitees ist, zu allererst die Agitation für die wirkliche Volksvertretung im ganzen Lande zu entfalten. Diese Komitees werden formell zum Zwecke der Teilnahme der Masse der Bevölkerung an den bevorstehenden Wahlen gebildet. Da sie durch das Wahlrecht von der *direkten* Teilnahme ausgeschlossen sind, können die Staatsbürger an den Wahlen indirekt teilnehmen, indem sie ihre Meinungen und Forderungen den engeren Kollegien der privilegierten Wähler mitteilen. Auf die Wählerkollegien üben die Komitees einen Druck in dem Sinne aus, daß in die Duma *nur entschiedene Anhänger der demokratischen und freien Vertretung gewählt werden*. Dabei trachten die Komitees außerhalb der ‚legalen‘ Vertretung eine *illegale Vertretung* zu schaffen, die in einem bestimmten Moment vor dem Lande als *provisorisches Organ des Volkswillens auftreten könnte*. Die Komitees rufen die Bevölkerung auf, ihre Vertreter *durch allgemeine Stimmenabgabe zu wählen*, diese Vertreter sollen *im gegebenen Moment in einer Stadt zusammenkommen und sich als konstituierende Versammlung proklamieren*. Das ist das sozusagen ideelle Ziel dieser Kampagne. Ob es dazu kommt oder nicht, die Bewegung

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 206—218. *Die Red.*

auf diesem Wege wird die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung schaffen, die den Rahmen der zaristischen Legalität bricht und Grundsteine zu dem kommenden Triumph der Revolution legt. Die Elemente einer solchen revolutionären Selbstverwaltung werden nach und nach in ganz Rußland gebildet, wie zum Beispiel jetzt schon *in zwei kaukasischen Gouvernements*, wo die offiziellen Behörden durch die ganze Bevölkerung boykottiert werden und die Bevölkerung von der eigenen gewählten Behörde verwaltet wird. (Nebenbei: *Die Bauern von Gurien verlangen eine Bestätigung dieser Behörde durch unser Komitee.*)

Die Organisation einer solchen überall öffentlich funktionierenden Selbstverwaltung ist die Form, in der die Liquidation der Autokratie, welche nicht freiwillig die Konstitutionsära inaugrieren will, vor sich gehen soll. Es versteht sich, daß die Möglichkeit selbst einer solchen Organisation durch die wachsende Desorganisation des Regierungsapparates und durch das Anwachsen der wirkenden Kraft im Volke geschaffen wird.“

Wir empfehlen den Genossen diesen beispiellosen Plan als das *ideelle Ziel der monarchistischen (Oswoboshdenzen-) Bourgeoisie*, als das *ideelle Ziel der Liquidation der russischen proletarisch-bäuerlichen Revolution durch die liberalen Gutsbesitzer*.

Die Oswoboshdenzen-, d. h. die monarchistische Bourgeoisie möchte, wie wir schon hundertmal gezeigt haben, eben eine solche „Liquidation“, bei welcher sich der Übergang der Macht an die Bourgeoisie ohne einen Volksaufstand oder wenigstens ohne einen vollen Sieg des Volksaufstands vollzöge. Manilowsche Pläne von „Wahlen“ unter Aufrechterhaltung der autokratischen Macht arbeiten *voll und ganz der liberalen Bourgeoisie in die Hände*, die einzig und allein imstande ist, etwas durchzuführen, was solchen Wahlen ähnlich sieht.

Bei den Einzelheiten dieses lächerlichen Planes wollen wir uns nur kurz aufhalten. Ist es nicht naiv, außer acht zu lassen, daß sich im Kaukasus (nicht in zwei Gouvernements, sondern in einigen Amtsbezirken) die Selbstverwaltung auf den *bewaffneten Aufstand* stützt? Ist es nicht kindisch, zu glauben, daß das, was in einigen Gebirgsdörfern eines fernen Randgebiets möglich ist, ohne den Sieg des Volkes über die Selbstherrschaft in Zentralrußland möglich sei? Ist dieser Plan vielstufiger „Wahlen“ unter *Aufrechterhaltung der Macht der absolutistischen Regierung* nicht *ideale Pedanterie*? Die „unzufriedenen Elemente der Bevölkerung“ (?) wählen Volksagitationskomitees (ohne Programm, ohne klare Losungen).

Die Komitees schaffen eine „illegale Vertretung“ (die vermutlich die illegale Organisation der *sozialistischen Arbeiterpartei* einfach durch eine *Oswoboshdenzen*-Organisation ersetzen soll!). Es ist offensichtlich, daß die Ersetzung des klaren revolutionären Ausdrucks „provisorische Regierung als Organ des Aufstands“ durch den unklaren Ausdruck „*Organ des Volkswillens*“ voll und ganz der bürgerlichen Semstwowpartei in die Hände arbeitet. *Allgemeine Wahlen* zur konstituierenden Versammlung auf Initiative „illegaler“ Komitees und unter Belassung der Macht in den Händen der *Trepow*<sup>72</sup> und Co. ist vollends eine kindische Idee.

In Auseinandersetzungen ist es zuweilen von Nutzen, wenn jemand als „Anwalt des Teufels“, als Verteidiger einer unsinnigen Auffassung auftritt, die von allen abgelehnt wird. Diese Rolle hat jetzt die „*Iskra*“ übernommen. Ihr Plan eignet sich vortrefflich für Schulungszwecke, um in Zirkeln, Versammlungen, Kundgebungen usw. unsinnige Auffassungen zu widerlegen, sowie dazu, die Losungen des revolutionären Proletariats den Losungen der monarchistischen liberalen Bourgeoisie klarer gegenüberzustellen.

„*Proletari*“ Nr. 15,  
5. September (23. August) 1905.

Nach dem Text des „*Proletari*“.

INFORMATION  
DER INTERNATIONALEN SOZIALDEMOKRATIE  
ÜBER UNSERE PARTEIANGELEGENHEITEN

*Die Information der internationalen Sozialdemokratie über unsere Parteiangelegenheiten ist eine der ernstesten Pflichten aller im Ausland lebenden Sozialdemokraten. Wir erinnern die Genossen daran und fordern sie auf, die Positionen des III. Parteitags der SDAPR durch die energischste Agitation zu verteidigen. Agitiert werden muß unermüdlich, aus jedem Anlaß, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, in ausnahmslos allen Zirkeln der ausländischen Arbeiter und vor einzelnen Mitgliedern der ausländischen sozialdemokratischen Parteien. Agitiert werden muß mit Methoden, die bewußter Sozialdemokraten und Mitglieder einer Arbeiterpartei würdig sind. Der Agitation muß eine *vollständige* Information über die *dokumentarische* Seite der Sache zugrunde liegen. Hierbei steht im Vordergrund die Verbreitung der von uns *sowohl französisch* (Beilage zur Zeitung „Le Socialiste“ vom 25. Juni 1905. Anschrift der Zeitung „Le Socialiste“, Zentralorgan der französischen Sozialisten: Rue de la Corderie 16. Paris) als auch *deutsch* (Broschüre „Bericht über den 3. Parteitag“. Adresse des Herausgebers: Birk et Co, Buchdruckerei und Verlagsanstalt in München, Wittelsbacherplatz 2. Preis 20 Pf.) herausgegebenen Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR. Sowohl die französische als auch die deutsche Übersetzung der Resolutionen sind außerdem im Vertrieb unserer Partei erhältlich.*

Neben diesem grundlegenden Material müssen auch die wichtigsten Dokumente und Artikel aus unserer Presse übersetzt werden. Dabei sind die ungehörlichen Chlestakowschen Manieren der neuen „Iskra“ ständig zu entlarven. Die „Iskra“ veröffentlicht weder in deutscher noch in französischer Sprache den vollen Wortlaut der Resolutionen ihrer Konferenz

(durch den sie überführt würde, daß sie sich den Titel eines Zentralorgans eigenmächtig und usurpatorisch angeeignet hat). Die „Iskra“ veröffentlicht in der europäischen sozialdemokratischen Presse eine „Statistik“ der organisierten Arbeiter, die bloß zum Lachen reizt (es genügt, darauf hinzuweisen, daß es die neue „Iskra“ bisher nicht wagte, diese „Statistik“ in russischer Sprache zu veröffentlichen, weil sie sich zu blamieren fürchtete, wir aber druckten sie in Nr. 9 des „Proletari“ vollständig ab<sup>73</sup>). Die „Iskra“ versendet jetzt an alle Auslandskolonien einen von der Redaktion unterzeichneten Brief, der hinsichtlich der Stärke der Minderheit ebensolche ergötzliche Chlestakowsche Beteuerungen enthält, die den russischen Lesern unserer sozialdemokratischen Presse bisher schamhaft verheimlicht wurden. Diese Marktschreier muß man aus allen Kräften bekämpfen, jedoch in würdiger Form, und eine *vollständige Information* der Öffentlichkeit und Klärung der Dinge anstreben, ohne in Prahlerei und literarische Spiegelfechtereien zu verfallen, ohne auch nur im geringsten zu Klatschereien und Privatmitteilungen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen, hinabzusinken.

„Proletari“ Nr. 15,  
5. September (23. August) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

ANMERKUNG ZU DEM ARTIKEL  
„DIE FINANZEN RUSSLANDS UND DIE REVOLUTION“

*Von der Redaktion.* Eine bemerkenswerte Bestätigung der Schlußfolgerungen, die der Verfasser zieht, findet sich in dem soeben in Berlin erschienenen Buch „Die Zukunft Rußlands und Japans“ von Rudolf Martin. Wir hatten noch keine Gelegenheit, uns mit diesem Buch bekannt zu machen, und vermerken daher vorläufig, auf Grund von Besprechungen der Auslandspresse, nur seine wichtigsten Schlußfolgerungen. Der Verfasser vertritt einen rein kaufmännischen Standpunkt, fern jeder politischen Stellungnahme. Statistiker von Beruf, untersucht er eingehend die Finanzlage Rußlands und kommt zu dem Schluß, daß die Bankrotterklärung unvermeidlich ist, ganz gleich, ob der Krieg fortgesetzt oder ob Frieden geschlossen wird. Die russische Landwirtschaft sei in völligem Niedergang, und um sie wieder hochzubringen, benötige man ein Kapital von 50 Milliarden Rubel. Das Budgetdefizit werde im nächsten Jahrzehnt nicht weniger als 300 Millionen Rubel jährlich betragen. Die Staatsschuld Rußlands, die sich jetzt nach der Schätzung des Verfassers auf 8 Milliarden Rubel beläuft, müsse im Laufe von 5 Jahren auf 12 Milliarden anwachsen. Die Anleihezinsen könnten durch nichts gedeckt werden, denn niemand werde Rußland jetzt Geld geben. Die Parallele zwischen Rußland von 1905 und Frankreich unter Ludwig XVI. sei erstaunlich. Rudolf Martin rät Deutschland dringend, die russischen Anleihen, in denen an die anderthalb Milliarden Rubel deutschen Geldes stecken, so bald wie möglich (nach Möglichkeit an Amerika) abzustoßen. Die europäische Bourgeoisie beeilt sich, die Verbindungen mit Rußland zu lösen, da sie den sicheren Bankrott voraussieht.

„Proletari“ Nr. 15,  
5. September (23. August) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DAS VERHÄLTNIS DER SOZIALDEMOKRATIE ZUR BAUERNBEWEGUNG

Die ungeheure Bedeutung der Bauernbewegung in der gegenwärtigen demokratischen Revolution in Rußland ist in der ganzen sozialdemokratischen Presse schon sehr oft erläutert worden. Der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat bekanntlich zu dieser Frage eine besondere Resolution angenommen, um die Tätigkeit der gesamten Partei des klassenbewußten Proletariats gerade in bezug auf die jetzige Bewegung der Bauernschaft genauer festzulegen und zu vereinheitlichen. Obwohl diese Resolution rechtzeitig vorbereitet worden war (der erste Entwurf wurde in Nr. 11 des „Wperjod“ vom 10. (23.) März d. J.\* veröffentlicht) und obwohl sie vom Parteitag, der sich bemühte, die bereits feststehenden Auffassungen der gesamten Sozialdemokratie Rußlands zu formulieren, sorgfältig ausgearbeitet worden war, rief die Resolution bei einer Reihe in Rußland tätiger Genossen trotzdem Bedenken hervor. Das Saratower Komitee erklärte diese Resolution einstimmig für unannehmbar (siehe Nr. 10 des „Proletari“).<sup>74</sup> Leider ist der damals von uns geäußerte Wunsch, eine Begründung dieses Verdikts zu erhalten, bisher unerfüllt geblieben. Wir wissen nur, daß das Saratower Komitee auch die Agrarresolution der neuiskristischen Konferenz für unannehmbar erklärt hat. Es ist also unzufrieden mit dem, was beide Resolutionen gemeinsam haben, nicht mit dem, wodurch sie sich voneinander unterscheiden.

Ein uns zugedachter (als hektographiertes Flugblatt herausgegebener) Brief eines Moskauer Genossen enthält neues Material zu dieser Frage. Wir drucken diesen Brief ungekürzt ab:

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 208/209, russ. *Die Red.*

## OFFENER BRIEF AN DAS ZENTRALKOMITEE UND AN DIE AUF DEM LANDE TÄTIGEN GENOSSEN

Genossen! Die Gebietsorganisation des Moskauer Komitees hat die Arbeit unter der Bauernschaft unmittelbar in Angriff genommen. Die mangelnde Erfahrung, wie eine solche Arbeit zu organisieren ist, und die besonderen Bedingungen unseres zentralrussischen Dorfes sowie der Umstand, daß die Weisungen der Resolutionen des III. Parteitags in dieser Frage nicht genügend klar sind und daß Material über die Arbeit unter der Bauernschaft sowohl in der periodischen Presse als auch in der sonstigen Parteiliteratur fast völlig fehlt, veranlassen uns, an das Zentralkomitee die Bitte zu richten, uns eingehende Direktiven sowohl prinzipieller als auch praktischer Natur zugehen zu lassen. Euch aber, Genossen, die Ihr auf dem gleichen Gebiet arbeitet, bitten wir, uns die von Euch gesammelten praktischen Erfahrungen zu übermitteln.

Wir halten es für notwendig, Euch die Bedenken, die uns beim Lesen der Resolution des III. Parteitags „über das Verhältnis zur Bauernbewegung“ gekommen sind, und den Organisationsplan, den wir bei uns auf dem Lande bereits in Anwendung bringen, mitzuteilen.

„Paragraph a) Unter den breitesten Schichten des Volkes zu propagieren, daß die Sozialdemokratie sich die tatkräftigste Unterstützung aller revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft zur Aufgabe macht, die geeignet sind, ihre Lage zu verbessern, bis zur Konfiskation der gutsherrlichen, fiskalischen, Kirchen-, Kloster- und Apanageländereien einschließlich“ (aus der Resolution des III. Parteitags der SDAPR).

In diesem Paragraphen ist vor allem unklar, auf welche Weise die Parteiorganisationen die Propaganda führen werden und führen müssen. Die Propaganda erfordert vor allem eine Organisation, die denen, die aufgeklärt werden sollen, ganz nahesteht. Ob diese Organisation Komitees des Landproletariats sein werden oder ob auch andere organisatorische Wege für die mündliche wie schriftliche Propaganda gangbar sind, ist eine offene Frage.

Dasselbe ist von dem Versprechen der tatkräftigen Unterstützung zu sagen. Eine Unterstützung, noch dazu eine tatkräftige, ist ebenfalls nur möglich, wenn es eine örtliche Organisation gibt. Die Frage der „tatkräftigen Unterstützung“ scheint uns überhaupt äußerst unklar zu sein. Kann die Sozialdemokratie die Enteignung solcher Gutsländereien unterstützen, die mit den intensivsten Methoden — Verwendung von Maschinen, Anbau wertvollerer Kulturen usw. — bestellt werden? Der Übergang solcher Ländereien in den Besitz kleinbürgerlicher Eigentümer — so wichtig es auch ist, deren Lage zu verbessern — bedeutet einen Schritt zurück im Sinne der kapitalistischen Entwicklung der betref-



fenden Wirtschaft. Und wir als Sozialdemokraten müßten unseres Erachtens diesen Punkt über die „Unterstützung“ durch die Klausel einschränken: „wenn die Enteignung dieser Ländereien zugunsten des bäuerlichen (kleinbürgerlichen) Eigentums gegenüber der jetzigen Bewirtschaftung der betreffenden Ländereien eine höhere Entwicklungsform darstellt“.

Ferner:

„Paragraph d) Anzustreben, daß sich das ländliche Proletariat selbständig organisiert, mit dem städtischen Proletariat unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei vereinigt und seine Vertreter in die Bauernkomitees hineinschickt.“

Der letzte Teil dieses Paragraphen ruft Zweifel hervor. Die Sache ist die, daß bürgerlich-demokratische Organisationen wie der „Bauernbund“ und reaktionär-utopistische Organisationen wie die Sozialrevolutionäre sowohl bürgerliche als auch proletarische Elemente der Bauernschaft unter ihrem Banner organisieren. Entsenden wir unsere Vertreter aus den Organisationen des Landproletariats in solche „Bauern“komitees, so werden wir uns selbst, unseren Auffassungen vom Block usw. widersprechen.

Auch hier sind, wie uns scheint, Korrekturen, und zwar sehr ernste Korrekturen, vonnöten.

Das sind einige allgemeine Bemerkungen zu den Resolutionen des III. Parteitags. Es wäre wünschenswert, sie möglichst rasch und möglichst eingehend zu prüfen.

Was nun den Plan einer „ländlichen“ Organisation innerhalb unserer Gebietsorganisation anbelangt, so sind wir gezwungen, unter Bedingungen zu arbeiten, die von den Resolutionen des III. Parteitags mit keiner Silbe erwähnt werden. Vor allem ist zu vermerken, daß die Bevölkerung des Landstrichs, in dem wir tätig sind — das Moskauer Gouvernement und die angrenzenden Kreise der benachbarten Gouvernements — vorwiegend in Industriebetrieben arbeitet. Das Kustargewerbe\* ist relativ schwach entwickelt und der Teil der Bevölkerung, der sich *ausschließlich* mit Landwirtschaft beschäftigt, ganz unbedeutend. Riesige Manufakturbetriebe mit 10000 bis 15000 Arbeitern wechseln mit kleinen Fabriken ab, die 500 bis 1000 Arbeiter beschäftigen und über entlegene Flecken und Dörfer verstreut sind. Man sollte glauben, daß die Sozialdemokratie unter diesen Umständen hier einen sehr günstigen Boden vorfindet, aber die Praxis hat gezeigt, daß solche aus der Vogelperspektive gemachten Voraussetzungen keiner Kritik standhalten. Unser „Proletariat“ hat sich in seiner übergroßen Mehrheit bis heute noch nicht vom Grund und Boden los-

---

\* Kustargewerbe — die vorwiegend ländliche russische Hausindustrie. Siehe auch: W. I. Lenin, Werke, Bd. 3, Kapitel VI, Abschnitt VIII. *Der Übers.*

gelöst, obwohl manche Fabriken bereits 40 bis 50 Jahre bestehen. Das „Dorf“ haftet so fest an ihm, daß alle jene psychischen und sonstigen Voraussetzungen, die im „reinen“ Proletariat durch die kollektive Arbeit geschaffen werden, in unserem Proletariat nicht zur Entwicklung gelangen. Die Landwirtschaft unserer „Proletarier“ weist gewisse Zwitterformen auf. Ein in der Fabrik beschäftigter Weber dingt für die Bestellung seines Stückchens Land einen Nachbarn. Auf dem gleichen Stückchen Land arbeiten seine Frau (wenn sie nicht in der Fabrik beschäftigt ist), die Kinder, die alten und gebrechlichen Leute, und er selbst wird darauf arbeiten, wenn er altert, einen Unfall erleidet oder wegen aufsässigen oder verdächtigen Benehmens auf die Straße geworfen wird. Solche „Proletarier“ kann man schwerlich als Proletarier bezeichnen. Ihrer wirtschaftlichen Lage nach sind sie Paupers, ihrer Ideologie nach Kleinbürger. Sie sind unwissend und konservativ. Aus ihren Reihen werden die „Schwarzhunderter“ geworben. Doch in letzter Zeit beginnt auch ihr Selbstbewußtsein zu erwachen. Durch Bindeglieder aus dem „reinen“ Proletariat wecken wir diese unwissende Masse nicht ohne Erfolg aus ihrem jahrhundertlangen Schlaf. Die Bindeglieder mehren sich, festigen sich stellenweise, die Paupers geraten unter unseren Einfluß und nehmen sowohl in der Fabrik als auch im Dorf unsere Ideologie in sich auf. Und wir glauben nicht, daß die Gründung von Organisationen in nicht „rein“ proletarischer Umwelt dem orthodoxen Standpunkt widerspricht. Wir haben keine andere Umwelt, und wenn wir auf dem orthodoxen Standpunkt, nur das ländliche „Proletariat“ zu organisieren, verharren, werden wir unsere Organisation und die uns benachbarten Organisationen auflösen müssen. Wir wissen, daß es uns schwer sein wird, gegen das Verlangen anzukämpfen, die von den Gutsbesitzern vernachlässigten Äcker und sonstigen Nutzungen oder jene Kloster- und Kirchenländereien, die von den Kuttenträgern nicht ordentlich bewirtschaftet werden, zu enteignen. Wir wissen, daß die bürgerliche Demokratie, von der „demokratisch-monarchistischen“ Fraktion (eine solche gibt es im Kreis Rusa) bis zum „Bauern“bund, mit uns um den Einfluß auf die „Paupers“ kämpfen wird, aber wir werden diese gegen jene wappnen. Wir setzen alle sozialdemokratischen Kräfte im Umkreis ein, sowohl die Intellektuellen als auch die Industrieproletarier, um unsere sozialdemokratischen Komitees aus „Paupers“ zu bilden und zu festigen. Und wir werden es nach folgendem Plan machen: In jeder Kreisstadt oder in jedem großen Industriezentrum errichten wir Kreiskomitees aus Gruppen der Gebietsorganisation. Das Kreiskomitee organisiert außerhalb der Fabriken und Betriebe seines Bezirks „Bauern“komitees. Diese Komitees dürfen aus konspirativen Gründen nicht viele Mitglieder haben, und ihre Zusammensetzung wird von den am revolutionärsten gesinnten und fähigsten bäuerlichen Paupers bestimmt. Wo

sowohl Fabriken als auch Bauern vorhanden sind, wird es notwendig sein, sie gemeinsam in einem Untergruppenkomitee zu organisieren.

Vor allem muß ein solches Komitee klar und eindeutig in den örtlichen Bedingungen Bescheid wissen: A) Agrarverhältnisse: 1. Bäuerliches Anteilland, Pacht, Besitzformen (Gemeinde-, Hofbesitz usw.). 2. Ländereien im Umkreis: a) wem gehören sie; b) wieviel Land ist vorhanden; c) welche Beziehung haben die Bauern zu diesem Land; d) wie sind die Bedingungen für die Nutzung dieses Landes: 1. Abarbeit, 2. übermäßiger Pachtzins für „Bodenabschnitte“ usw.; e) Verschuldung beim Dorfwucherer, Gutsbesitzer usw. B) Steuern und Abgaben, Höhe der Grundsteuer auf die Ländereien der Bauern und der Gutsbesitzer. C) Wanderarbeit und Kustargewerbe, Pässe, Winterverdingung u. a. m. D) Fabriken und Betriebe am Ort: die Arbeitsbedingungen: 1. Arbeitslohn, 2. Arbeitstag, 3. Verhalten der Werkleitung, 4. Wohnverhältnisse usw. E) Öffentliche Verwaltung: Landeshauptleute, Gemeindevorsteher, Schreiber, Amtsrichter, Gendarmen, Geistliche. F) Semstwo: Vertreter der Bauern, Semstwoangestellte: Lehrer, Ärzte, Bibliotheken, Schulen, Teehäuser. G) Amtsbezirksversammlungen: ihre Zusammensetzung und Geschäftsführung. H) Organisationen: „Bauernbund“, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten.

Nachdem sich das sozialdemokratische Bauernkomitee mit all diesen Angaben vertraut gemacht hat, ist es verpflichtet, auf den Amtsbezirksversammlungen die Beschlüsse durchzusetzen, die sich aus der einen oder anderen unnormalen Lage der Dinge ergeben. Daneben treibt ein solches Komitee auch eine verstärkte Propaganda und Agitation für die Ideen der Sozialdemokratie in der Masse, es veranstaltet Zirkel, Kundgebungen und Versammlungen, verbreitet Flugblätter und Broschüren, sammelt Geld für die Parteikasse und hält durch die Kreisgruppe die Verbindung mit der Gebietsorganisation aufrecht.

Wenn es uns gelingt, eine ganze Reihe solcher Komitees zu schaffen, dann wird der Erfolg der Sozialdemokratie gesichert sein.

*Ein Gebietsorganisator*

Wir werden selbstverständlich nicht die Aufgabe übernehmen, die detaillierten praktischen Weisungen auszuarbeiten, von denen der Genosse spricht; das ist Sache der örtlichen Funktionäre und der praktisch leitenden russischen Zentralstelle. Wir wollen an den inhaltsreichen Brief des Moskauer Genossen anknüpfen, um die Resolution des III. Parteitags und die dringendsten Aufgaben der Partei überhaupt zu erläutern. Aus dem Brief ersieht man, daß die Mißverständnisse, die durch die Resolution des III. Parteitags hervorgerufen worden sind, nur zum Teil von

theoretischen Zweifeln herrühren. Ihre zweite Quelle ist die *neue* Frage nach dem Verhältnis zwischen den „revolutionären Bauernkomitees“ und den unter der Bauernschaft arbeitenden „sozialdemokratischen Komitees“, eine Frage, die früher gar nicht aufgetaucht war. Schon allein die Tatsache, daß diese Frage nun aufgeworfen wird, zeugt davon, daß die sozialdemokratische Arbeit unter der Bauernschaft einen großen Schritt vorwärts gemacht hat. Auf die Tagesordnung werden bereits verhältnismäßig detaillierte Fragen gesetzt, hervorgerufen durch die praktischen Bedürfnisse der „ländlichen“ Agitation, die begonnen hat, Wurzeln zu schlagen und feste, ständige Formen anzunehmen. Und der Verfasser des Briefes verißt mehrfach, daß er, wenn er der Resolution des Parteitag Unklarheit vorwirft, eigentlich eine Frage beantwortet haben will, die der Parteitag nicht gestellt hat und nicht stellen konnte.

So ist beispielsweise die Meinung des Briefschreibers nicht ganz richtig, daß sowohl die Propaganda unserer Ideen als auch die Unterstützung der Bauernbewegung „nur“ beim Vorhandensein örtlicher Organisationen möglich seien. Gewiß sind solche Organisationen wünschenswert und mit zunehmender Tätigkeit notwendig, aber die erwähnte Arbeit ist auch dort, wo solche Organisationen fehlen, möglich und notwendig. In unserer gesamten Tätigkeit, sogar wenn wir nur unter dem städtischen Proletariat arbeiten, dürfen wir die Bauernfrage nicht außer acht lassen und müssen die von der *ganzen Partei des klassenbewußten Proletariats* durch den III. Parteitag abgegebene Erklärung verbreiten: Wir unterstützen den Bauernaufstand. Die Bauern sollen das wissen — aus unserer Literatur, von den Arbeitern, durch besondere Organisationen usw. Die Bauern sollen wissen, daß das sozialdemokratische Proletariat bei dieser Unterstützung *nicht haltmachen wird* vor der Konfiskation des Grund und Bodens (d. h. der entschädigungslosen Enteignung der Eigentümer).

Der Briefschreiber wirft hier eine theoretische Frage auf, nämlich ob man die Enteignung der großen Güter zugunsten des „bäuerlichen, kleinbürgerlichen Eigentums“ nicht durch eine besondere Klausel einschränken solle. Aber indem er diese Klausel vorschlug, engte er den Sinn der Resolution des III. Parteitag willkürlich ein. In der Resolution *ist mit keinem Wort gesagt*, daß sich die sozialdemokratische Partei verpflichtet, den Übergang der konfiszierten Ländereien gerade in den Besitz kleinbürgerlicher Eigentümer zu unterstützen. Die Resolution sagt: Wir unterstützen

„bis zur Konfiskation einschließlic“, d. h. bis zur Wegnahme ohne Entschädigung einschließlic, aber die Frage, wem das Weggenommene übergeben werden soll, wird von der Resolution gar nicht entschieden. Es ist kein Zufall, daß diese Frage offengeblieben ist: aus den Artikeln der Zeitung „Wperjod“ (Nr. 11, 12 und 15)\* ist ersichtlich, daß es als unklug betrachtet wurde, diese Frage im voraus zu entscheiden. Dort wurde z. B. darauf hingewiesen, daß sich die Sozialdemokratie in einer demokratischen Republik hinsichtlich der Nationalisierung des Grund und Bodens nicht festlegen und die Hände binden kann.

In der Tat liegt für uns, zum Unterschied von den kleinbürgerlichen Sozialrevolutionären, der Schwerpunkt heute in der revolutionär-demokratischen Seite der Bauernaufstände und in der selbständigen Organisation des Landproletariats in einer Klassenpartei. Nicht die Projekte der „schwarzen Umteilung“ oder der Nationalisierung sind heute der Kern der Frage, sondern die Erkenntnis der Bauernschaft, daß man die alte Ordnung auf revolutionärem Wege zerstören muß, und ihre Entschlossenheit, das wirklich zu tun. Deshalb drängen die Sozialrevolutionäre auf „Sozialisierung“ u. dgl. m., wir aber auf revolutionäre Bauernkomitees; ohne sie, sagen wir, sind alle Reformen nichts. Mit ihnen und auf sie gestützt, ist der Sieg des Bauernaufstands möglich.

Dem Bauernaufstand müssen wir auf jede Art und Weise helfen, bis zur Konfiskation der Ländereien einschließlic — aber durchaus nicht bis zu allerlei kleinbürgerlichen Projekten einschließlic. Wir unterstützen die Bauernbewegung, soweit sie revolutionär-demokratisch ist. Wir bereiten uns vor (und zwar sofort, unverzüglich), sie zu bekämpfen, sobald sie sich als reaktionär, als antiproletarisch entpuppen wird. Der ganze Sinn des Marxismus liegt in dieser doppelten Aufgabe, die nur von Leuten, die den Marxismus nicht verstehen, vereinfacht und zu einer einheitlichen und gewöhnlichen Aufgabe verflacht werden kann.

Hier ein konkretes Beispiel. Nehmen wir an, der Bauernaufstand habe gesiegt. Die revolutionären Bauernkomitees und die provisorische revolutionäre Regierung (die sich zum Teil eben auf diese Komitees stützt) können jede beliebige Konfiskation des Großgrundbesitzes durchführen. Wir treten für die Konfiskation ein, das haben wir bereits erklärt. Doch

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 204—209, 218—223 und 286—300, russ. Die Red.

wem raten wir die konfiszierten Ländereien zu übergeben? In dieser Hinsicht haben wir uns die Hände nicht gebunden und werden sie uns nie durch Erklärungen von der Art binden, wie sie der Briefschreiber unvorsichtigerweise vorschlägt. Er hat nämlich vergessen, daß dieselbe Resolution des III. Parteitags erstens von der „Säuberung des revolutionär-demokratischen Inhalts der Bauernbewegung von allen reaktionären Beimischungen“ und zweitens von der Notwendigkeit einer „selbständigen Organisation des Landproletariats in allen Fällen und unter allen Umständen“ spricht. Das sind unsere Direktiven. Reaktionäre Beimischungen wird es in der Bauernbewegung immer geben, und wir erklären ihnen von vornherein den Krieg. Der Klassenantagonismus zwischen dem Landproletariat und der Dorfbourgeoisie ist unvermeidlich, und wir enthüllen ihn von vornherein, erläutern ihn, *bereiten uns zum Kampfe auf seiner Basis vor*. Zu einem Anlaß dieses Kampfes kann sehr leicht die Frage werden, wem und wie die konfiszierten Ländereien zu übergeben sind. Und wir vertuschen diese Frage nicht, wir versprechen keine ausgleichende Aufteilung, „Sozialisierung“ u. dgl. m., sondern sagen: Auf diesem Gebiet werden wir noch kämpfen, werden wieder kämpfen, werden auf neuem Kampfboden und mit anderen Verbündeten kämpfen; da werden wir unbedingt mit dem Landproletariat, mit der ganzen Arbeiterklasse *gegen* die Dorfbourgeoisie stehen. Praktisch kann das sowohl den Übergang des Bodens an die Klasse der kleinen Landwirte bedeuten, und zwar dort, wo das auf Knechtschaft, auf Leibeigenschaftsverhältnissen beruhende große Grundeigentum vorherrscht, wo die materiellen Voraussetzungen der sozialistischen Großproduktion noch fehlen, als auch die Nationalisierung, wenn die demokratische Revolution einen vollen Sieg errungen hat, oder auch die Übergabe der großen kapitalistischen Güter an *Arbeiterassoziationen*, denn von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Wenn wir nicht sofort und unverzüglich alle möglichen „Sozialisierungen“ versprechen, so eben deshalb, weil wir die wirklichen Bedingungen dieser Aufgabe kennen und den im Schoße der Bauernschaft heranreifenden neuen Klassenkampf nicht vertuschen, sondern aufdecken.

Zunächst unterstützen wir bis zu Ende, mit allen Mitteln, bis zur Konfiskation, den Bauern überhaupt gegen den Gutsbesitzer, danach aber (und sogar nicht danach, sondern gleichzeitig) unterstützen wir das Proletariat gegen den Bauern überhaupt. Es wäre eine leere Utopie, jetzt die Kombination der Kräfte innerhalb der Bauernschaft „am nächsten Tage“ nach der (demokratischen) Revolution berechnen zu wollen. Ohne in Abenteuerium zu verfallen, ohne unserem wissenschaftlichen Gewissen untreu zu werden, ohne nach billiger Popularität zu haschen, können wir sagen und sagen wir *nur das eine*: Wir werden mit allen Kräften der gesamten Bauernschaft helfen, die demokratische Revolution zu vollbringen, damit es uns, der Partei des Proletariats, *um so leichter sei*, möglichst rasch zu einer neuen und höheren Aufgabe, zur sozialistischen Revolution, überzugehen. Wir versprechen nach dem Siege des *jetzigen* Bauernaufstands keinerlei Harmonie, keinerlei Ausgleichung und keinerlei „Sozialisierung“, im Gegenteil, wir „versprechen“ neuen Kampf, neue Ungleichheit und eine neue Revolution, die wir ja auch anstreben. Unsere Lehre schmeckt weniger „süß“ als die Märchen der Sozialrevolutionäre; wer aber nur mit süßen Tränklein gelobt werden will, der gehe zu den Sozialrevolutionären; solchen Leuten werden wir sagen: Viel Glück auf den Weg.

Von diesem marxistischen Standpunkt aus ist unserer Meinung nach auch die Frage der Komitees zu lösen. Unseres Erachtens *darf es keine sozialdemokratischen Bauernkomitees geben*. Ist das Komitee sozialdemokratisch, so besteht es nicht nur aus Bauern, besteht es aus Bauern, so ist es nicht rein proletarisch, nicht sozialdemokratisch. Es gibt viele, die diese beiden Dinge gern durcheinanderwerfen möchten — wir gehören nicht zu ihnen. Wir werden überall, wo dies möglich ist, danach trachten, *eigene* Komitees, Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu organisieren. Ihnen werden ebenso Bauern wie Paupers, Intellektuelle wie Prostituierte (kürzlich fragte uns ein Arbeiter in einem Brief, warum man nicht unter den Prostituierten agitire), Soldaten wie Lehrer und Arbeiter — kurzum, *alle Sozialdemokraten und niemand außer Sozialdemokraten* angehören. Diese Komitees werden die gesamte sozialdemokratische Arbeit in ihrem ganzen Umfang leisten, wobei sie jedoch bestrebt sein werden, speziell und besonders das Landproletariat zu organisieren, denn die Sozialdemokratie ist die Klassenpartei des Proletariats. *Es ist der allergrößte Irrtum*, zu glauben, daß die Organisation jenes Proletariats, das

sich noch nicht völlig von allerlei Überbleibseln der Vergangenheit frei gemacht hat, dem „orthodoxen Standpunkt widerspricht“, und wir möchten annehmen, daß die darauf bezüglichen Stellen des Briefes auf einem einfachen Mißverständnis beruhen. Das Stadt- und Industrieproletariat wird unvermeidlich den Hauptkern unserer Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bilden, doch müssen wir, wie auch unser Programm besagt, alle Werkstätigen und Ausgebeuteten ohne Ausnahme heranziehen, aufklären und organisieren: Kustare wie Paupers, Bettler wie Dienstboten, Landstreicher wie Prostituierte — selbstverständlich unter der notwendigen und obligatorischen Bedingung, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen, nicht aber die Sozialdemokratie sich ihnen anschließt; daß sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen, nicht aber das Proletariat sich auf ihren Standpunkt stellt.

Was haben aber die revolutionären Bauernkomitees damit zu tun? wird der Leser fragen. Bedeutet das, daß sie nicht nötig sind? Doch, sie sind nötig. Unser Ideal ist, überall in den Dörfern rein sozialdemokratische Komitees zu haben, die dann mit *allen* revolutionär-demokratischen Elementen, Gruppen und Zirkeln der Bauernschaft übereinkommen, revolutionäre Komitees zu gründen. Wir sehen hier eine völlige Analogie zur Selbständigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Stadt und ihrem Bündnis mit allen revolutionären Demokraten zum Zwecke des Aufstands. Wir sind für den Aufstand der Bauernschaft. Wir sind unbedingt gegen die Vermengung und Verschmelzung verschiedenartiger Klassenelemente und verschiedenartiger Parteien. Wir sind dafür, daß die Sozialdemokratie die *gesamte* revolutionäre Demokratie zum Aufstand anspricht, daß sie der *gesamten* revolutionären Demokratie hilft, sich zu organisieren, und daß sie, ohne sich mit ihr zu verschmelzen, mit ihr *Schulter an Schulter geht* — in den Städten auf die Barrikaden, in den Dörfern gegen die Gutsbesitzer und die Polizei.

Es lebe der Aufstand gegen die Selbstherrschaft in Stadt und Land! Es lebe die revolutionäre Sozialdemokratie, die Vorhut der gesamten revolutionären Demokratie in der gegenwärtigen Revolution!

„Proletari“ Nr. 16,  
14. (1.) September 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.



---

## WAS WOLLEN UND WAS FÜRCHTEN UNSERE LIBERALEN BOURGEOIS?

Bei uns in Rußland steckt die politische Erziehung des Volkes und der Intelligenz noch in den ersten Anfängen. Bei uns haben sich klare politische Überzeugungen und feste Parteianschauungen bisher kaum herausgebildet. Bei uns schenkt man jedem Protest gegen die Selbstherrschaft nur allzu leicht Glauben und legt jede Kritik, die sich gegen Charakter und Wesen eines solchen Protestes richtet, mißgünstig als eine schädliche Spaltung der Befreiungsbewegung aus. Kein Wunder, daß unter dieser allgemeinen Flagge der Befreiung auch das unter der Redaktion des Herrn Struve herausgegebene „Oswoboshdenije“ in allen Kreisen der freiheitlich denkenden Intelligenz, die es haßt, den Klasseninhalt des „Oswoboshdenzen“-Liberalismus zu analysieren, weit verbreitet ist.

Dabei bringt der Oswoboshdenzen-Liberalismus die Grundzüge des gesamten russischen Liberalismus lediglich systematischer und zensurfrei zum Ausdruck. Je weiter die Revolution vorwärtsschreitet, desto mehr enthüllt sich dieser Liberalismus selbst, desto unverzeihlicher wird die Furcht, der Wahrheit ins Auge zu schauen und das wahre Wesen dieses Liberalismus zu erkennen. Sehr bezeichnend sind in dieser Hinsicht die „Politischen Briefe“ des bekannten Historikers Herrn Pawel Winogradow in dem bekannten liberalen Organ „Russkije Wedomosti“ (vom 5. August). Nicht minder bezeichnend ist auch die Tatsache, daß andere liberale Blätter, wie „Nascha Shisn“, aus dieser ehrenwerten Abhandlung ohne ein Wort der Empörung und Entrüstung Auszüge nachdrucken. Mit seltener Anschaulichkeit hat Herr Pawel Winogradow die Interessen, die Taktik und die Mentalität der eigennützigten Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht. Seine Offenheit könnte von diesen oder jenen gerisseneren Liberalen viel-

leicht als unangebracht empfunden werden, um so wertvoller ist sie jedoch für die klassenbewußten Arbeiter. Hier die Schlusssätze aus dem Artikel des Herrn Winogradow, in denen die ganze Quintessenz zusammengefaßt ist:

„Ich weiß nicht, ob es Rußland noch gelingen wird, zur neuen Ordnung auf einem Wege zu kommen, der jenem nahe liegt, den Deutschland 1848 gegangen ist; doch ich zweifle nicht daran, daß man alle Anstrengungen machen muß, um diesen und nicht den von Frankreich 1789 gewählten Weg zu beschreiten.“

„Der unreifen, schlecht zusammengefügt, von innerer Feindschaft zerrissenen russischen Gesellschaft drohen auf dem letzteren Weg unerhörte Gefahren, wenn nicht gar der Untergang. Es wäre unerwünscht, einen Anschauungsunterricht über die Themen Macht, Ordnung, nationale Einheit und soziale Organisation zu erleben, um so mehr, als diesen Anschauungsunterricht entweder der neu zu Kräften gekommene Urjadnik\* oder der deutsche Wachtmeister erteilen wird, dem eine Anarchie in Rußland die Aussicht eröffnet, Vorsehung zu spielen.“

Also das ist es, woran der russische Bourgeois am meisten denkt: an die unerhörten Gefahren des „Weges“ von 1789! Der Bourgeois ist nicht abgeneigt, den Weg Deutschlands von 1848 zu beschreiten, er wird aber „alle Anstrengungen“ machen, um den Weg Frankreichs zu vermeiden. Ein lehrreicher Ausspruch, über den es sich lohnt, sehr gründlich nachzudenken.

Worin besteht der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Wegen? Darin, daß die bürgerlich-demokratische Umwälzung, die 1789 von Frankreich, 1848 von Deutschland verwirklicht wurde, dort vollendet wurde, hier aber nicht. Im ersten Falle ging die Umwälzung bis zur Republik und zur vollen Freiheit, im zweiten machte sie halt, ohne die Monarchie und die Reaktion gebrochen zu haben. Im zweiten Falle vollzog sich die Umwälzung hauptsächlich unter der Führung der liberalen Bourgeois, die in ihrem Schlepptau die nicht genügend gefestigte Arbeiterklasse führten, im ersten Falle wurde sie, wenn auch nur zu einem bestimmten Teil, von der aktiv-revolutionären Volksmasse, den Arbeitern und Bauern durchgeführt, die, wenn auch nur zeitweise, die solide und gemäßigte Bourgeoisie beiseite geschoben hatten. Im zweiten Falle kam es rasch zur „Beruhigung“ des Landes, d. h. zur Unterdrückung des revolutionären Volkes und zum Sieg des „Urjadniks und des Wachtmeisters“, im ersten Falle kam es

\* Der russische Polizist. *Der Übers.*

für eine gewisse Zeitspanne zur Herrschaft des revolutionären Volkes, das den Widerstand der „Uradniks und Wachtmeister“ gebrochen hatte.

Und da tritt nun ein gelehrter Lakai der russischen Bourgeoisie in dem höchst „ehrenwerten“ liberalen Organ mit einer Warnung vor dem ersten, dem „französischen“ Weg hervor. Der gelehrte Historiker wünscht den „deutschen“ Weg und spricht das offen aus. Er weiß ausgezeichnet, daß man bei dem deutschen Weg um den bewaffneten Volksaufstand nicht herumgekommen ist. In den Jahren 1848 und 1849 gab es in Deutschland eine ganze Reihe von Aufständen und sogar provisorischen revolutionären Regierungen. *Doch keiner dieser Aufstände war völlig siegreich.* Der erfolgreichste Aufstand, der Berliner Aufstand vom 18. März 1848, endete nicht mit dem Sturz der Königsmacht, sondern mit *Zugeständnissen* des an der Macht gebliebenen Königs, der sich von der Teilniederlage sehr rasch erholen und alle diese Zugeständnisse zurücknehmen konnte.

Der gelehrte Historiker der Bourgeoisie fürchtet also nicht die Aufstände des Volkes. *Er fürchtet den Sieg des Volkes.* Er fürchtet nicht, daß das Volk der Reaktion, der Bürokratie, der ihm verhaßten Bürokratie, einen kleinen Denkart geben könnte. *Er fürchtet den Sturz der reaktionären Macht durch das Volk.* Er haßt die Selbstherrschaft und wünscht von ganzem Herzen ihren Sturz, Rußlands *Untergang* aber erwartet er nicht von der Erhaltung der Selbstherrschaft, nicht von der Vergiftung des Volksorganismus durch das langsame Verfaulen des nicht abgetöteten Parasiten der monarchistischen Regierungsmacht, sondern *vom vollen Sieg des Volkes.*

Er weiß es, dieser Mann der Dreigroschenwissenschaft, daß die Zeit der Revolution eine Zeit des Anschauungsunterrichts für das Volk ist, und weil er keinen Anschauungsunterricht über das Thema *Vernichtung der Reaktion* will, schreckt er uns mit dem Anschauungsunterricht über das Thema *Vernichtung der Revolution.* Wie das Feuer fürchtet er den Weg, auf dem die Revolution, wenn auch nur für kurze Zeit, einen vollen Sieg erringen konnte, und er ersehnt von ganzem Herzen einen Ausgang in der Art des deutschen, als die Reaktion für lange, sehr lange Zeit einen vollen Sieg errang.

Er begrüßt nicht die Revolution in Rußland, sondern möchte ihr lediglich mildernde Umstände zubilligen. Er wünscht keine siegreiche Revolution, sondern eine mißlungene Revolution. Er betrachtet die Reaktion als

eine gesetz- und rechtmäßige, natürliche und dauerhafte, zuverlässige und vernünftige Erscheinung. Er betrachtet die Revolution als eine gesetzwidrige, phantastische, unrechtmäßige Erscheinung, die bestenfalls bis zu einem gewissen Grade durch die Labilität, die „Schwäche“ und das „Unvermögen“ der absolutistischen Regierung gerechtfertigt werden kann. Dieser „objektive“ Historiker sieht in der Revolution nicht ein höchst gesetzmäßiges Recht des Volkes, sondern ein sündhaftes und gefährliches Verfahren, die Auswüchse der Reaktion zu beschneiden. Für ihn ist die Revolution, die einen vollen Sieg errungen hat, „Anarchie“, die Reaktion aber, die einen vollen Sieg errungen hat, ist keine Anarchie, sondern nur eine kleine Übertreibung gewisser notwendiger Staatsfunktionen. Er kennt keine andere „Macht“ als die monarchistische, keine andere „Ordnung“ und keine andere „gesellschaftliche Organisation“ als die bürgerliche. Von jenen Kräften Europas, denen die Revolution in Rußland „die Aussicht eröffnet, Vorsehung zu spielen“, kennt er nur den „deutschen Wachtmeister“, während er den *deutschen sozialdemokratischen Arbeiter* nicht kennt und nicht kennen will. Am unerträglichsten ist ihm der „Hochmut“ jener, die „sich anschicken, die westliche Bourgeoisie zu überholen“. (Der Herr Professor setzt das Wort Bourgeoisie in ironische Anführungszeichen, als wollte er sagen: was für ein blödsinniger Terminus in Anwendung auf die europäische, die eu-ro-pä-i-sche Kultur!) Gutmütig verschließt dieser „objektive Historiker“ die Augen vor der Tatsache, daß Europa gerade deshalb schon seit vielen Jahrzehnten politisch stillsteht oder rückwärtsgeht, weil in Rußland die niederträchtige Selbstherrschaft am Leben erhalten bleibt. Er fürchtet den Anschauungsunterricht des „neu zu Kräften gekommenen Urjadniks“, und daher warnt er — oh, dieser Volkstribun! oh, diese politische Leuchte! — eindringlichst davor, alle „Kräfte“ des heutigen Urjadniks entschlossen zu vernichten. Welch verächtliche, knechtselige Figur! Welch abscheulicher Verrat an der Revolution unter dem Deckmantel einer angeblich gelehrten und angeblich objektiven Untersuchung der Frage! Kratzt den Russen, und zum Vorschein kommt der Tatar, sagte Napoleon. Kratzt den russischen liberalen Bourgeois, sagen wir, und zum Vorschein kommt, in eine funkelnelneue Uniform gekleidet, der Urjadnik, dem man aus der scharfsinnigen, „gelehrten“ und „objektiven“ Erwägung heraus, daß er sonst am Ende „neu zu Kräften kommen“ möchte, neun Zehntel seiner *alten* Kraft belassen hat. Jeder

Ideologe der Bourgeoisie ist durch und durch eine Krämerseele; er denkt nicht daran, die Kräfte der Reaktion und des „Urjadnik“ zu vernichten, sondern daran, diesen Urjadnik durch ein möglichst rasch geschlossenes Schachergeschäft zu bestechen, zu schmieren und milder zu stimmen.

Wie unübertrefflich bestätigt doch dieser gelehrte Ideologe der Bourgeoisie alles, was wir schon des öfteren im „Proletari“ über Wesen und Charakter des russischen Liberalismus gesagt haben! Zum Unterschied von der europäischen Bourgeoisie, die seinerzeit revolutionär war und erst nach Jahrzehnten auf die Seite der Reaktion überging, überspringen unsere einheimischen Weisen die Revolution oder wollen sie zumindest überspringen, um sogleich zu einer gemäßigten und akkuraten Herrschaft der reaktionären Bourgeoisie zu gelangen. Die Bourgeoisie will und kann aus ihrer Klassenlage heraus die Revolution nicht wünschen. Sie will nur ein Schachergeschäft mit der Monarchie gegen das revolutionäre Volk, sie will sich nur hinter dem Rücken dieses Volkes die Macht erschleichen.

Welch lehrreiche Lektion erteilt dieser Weise der liberalen Bourgeoisie jenen Doktrinären der Sozialdemokratie, die sich bis zu folgender Resolution verstiegen haben, die von den kaukasischen Neuiskristen angenommen und von der „Iskra“-Redaktion in einem Extrablatt *ausdrücklich gebilligt* wurde. Diese Resolution ist (zusammen mit der Billigung durch die „Iskra“) in der Broschüre „Zwei Taktiken“ (S. 68/69)\* von N. Lenin ungekürzt abgedruckt. Da sie aber den Genossen in Rußland kaum bekannt ist, weil die Redaktion der „Iskra“ selbst kein Verlangen trug, diese Resolution, die sie in ihrer Zeitung als „sehr gelungen“ bezeichnete, zu veröffentlichen, geben wir sie hier zur Belehrung aller Sozialdemokraten und zur Beschämung der „Iskra“ vollständig wieder:

„Da die Konferenz“ (die kaukasische Konferenz der Neuiskristen) „es als ihre Aufgabe betrachtet, den revolutionären Augenblick zur Vertiefung des sozialdemokratischen Bewußtseins des Proletariats auszunutzen, spricht sie sich, um der Partei die vollste Freiheit der Kritik an dem entstehenden bürgerlich-staatlichen Regime zu sichern, gegen die Bildung einer sozialdemokratischen provisorischen Regierung und gegen den Eintritt in eine solche Regierung aus und hält es für das zweckmäßigste, auf die bürgerliche provisorische Regierung zwecks angemessener Demokratisierung des staatlichen Regimes einen Druck von außen auszuüben. Die

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 83. Die Red.

Konferenz ist der Meinung, daß die Bildung einer provisorischen Regierung durch die Sozialdemokraten oder der Eintritt in eine solche einerseits zum Abfall breiter Massen des Proletariats von der sozialdemokratischen Partei führen würde, die von ihr enttäuscht wären, weil die Sozialdemokratie, ungeachtet der Machtergreifung, die dringenden Bedürfnisse der Arbeiterklasse einschließlich der Verwirklichung des Sozialismus nicht befriedigen könnte, andererseits aber *die bürgerlichen Klassen veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution geschwächt würde.*"

Das ist eine schändliche Resolution, denn sie drückt (ohne Willen und Wissen ihrer Verfasser, die auf die schiefe Ebene des Opportunismus geraten sind) den Verrat der Interessen der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie aus. Diese Resolution gibt ihren Segen dazu, daß das Proletariat für die Zeit der demokratischen Revolution in ein Anhängsel der Bourgeoisie verwandelt wird. Man braucht nur diese Resolution neben das oben angeführte Zitat aus dem Artikel des Herrn Winogradow zu setzen (und ähnliche Zitate findet jeder zu Hunderten und Tausenden in der liberalen Publizistik), um zu erkennen, in welchem Sumpf die Neuskristen versunken sind. Herr Winogradow, dieser höchst typische Ideologe der Bourgeoisie, ist ja von der Revolution *bereits abgeschwenkt*. Hat er dadurch nicht den „Schwung der Revolution“ geschwächt, ihr Herren Neuskristen? Müßtet ihr nicht mit einem Schuldbekentnis zu den Herren Winogradow gehen und sie *um den Preis eures Verzichts auf die Führung in der Revolution anflehen*, „von der Revolution nicht abzuschwenken“?

„Proletari“ Nr. 16,  
14. (1.) September 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

## DIE THEORIE DER SELBSTENTSTEHUNG

„Die ‚Iskra‘ hat gezeigt, daß sich die konstituierende Versammlung auf dem Weg der Selbstentstehung, ohne Mitwirkung einer Regierung, ganz gleich welcher, also auch einer provisorischen, bilden kann. Von jetzt ab kann diese schreckliche Frage als erschöpft gelten, und der ganze Streit, der sich daran knüpfte, muß aufhören.“

So schreibt der „Bund“ in Nr. 247 der „Poslednije Iswestija“, datiert vom 1. September (19. August). Ist das keine Ironie, so kann man sich eine bessere „Entwicklung“ der iskristischen Ansichten gar nicht vorstellen. Jedenfalls ist die Theorie der „Selbstentstehung“ aufgestellt, die „schreckliche Frage“ ist erschöpft, der Streit „muß aufhören“. Welch ein Segen! Wir werden jetzt leben, ohne uns über diese schreckliche Frage zu streiten, wir werden diese neue, frisch entdeckte, einfache und wie ein Kinderauge klare Theorie der „Selbstentstehung“ hegen und pflegen. Zwar ist diese Theorie der Selbstentstehung nicht von selbst entstanden, sondern vor aller Augen, als eine Frucht der Liebe zwischen „Bund“ und neuer „Iskra“ — aber wichtig ist ja der Wert einer Theorie, nicht ihre Entstehung!

Wie wenig erfinderisch waren doch diese schlechtberatenen russischen Sozialdemokraten, die diese „schreckliche Frage“ sowohl auf dem III. Parteitag der SDAPR als auch auf der Konferenz der Neuiskristen erörtert haben: Die einen redeten immerfort von einer provisorischen Regierung zwecks Entstehung — nicht Selbstentstehung — einer konstituierenden Versammlung; die anderen ließen die Möglichkeit zu (Resolution der Konferenz), daß „der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus“ auch „durch den Beschluß einer Vertretungskörperschaft, unter dem

unmittelbaren revolutionären Druck des Volkes eine konstituierende Versammlung einzuberufen, gekennzeichnet sein kann". Und niemand, nicht einmal die gesamte Redaktion der neuen „Iskra“ mitsamt Plechanow, die an der Konferenz teilnahm, kam auf den Gedanken, den jetzt „die ‚Iskra‘ gezeigt“ und der „Bund“ resümiert, fixiert und auf einen wunderhübschen Namen getauft hat. Wie alle genialen Entdeckungen hat auch *die Theorie der Selbstentstehung einer konstituierenden Versammlung* plötzlich Licht in das Chaos gebracht. Jetzt ist alles klar geworden. Man braucht sich nicht mehr über die provisorische revolutionäre Regierung den Kopf zu zerbrechen (erinnert euch des bedeutsamen Ausspruchs der „Iskra“: euer Mund soll nicht durch die Verbindung der Worte „es lebe“ und „die Regierung“ entweiht werden!), man braucht den Mitgliedern der Reichsduma nicht mehr die „revolutionäre Verpflichtung“ abzuverlangen, „die Reichsduma in eine revolutionäre Versammlung zu verwandeln“ (Tscherewanin in Nr. 108 der „Iskra“). *Die konstituierende Versammlung kann von selbst entstehen!!* Das wird ihre makellose Geburt unmittelbar durch das Volk sein, das sich durch keinerlei „Mittlerschaft“ einer Regierung, sei es auch einer provisorischen, sei es auch einer revolutionären, beschmutzt. Das wird eine „unbefleckte“ Geburt auf dem reinen Weg der allgemeinen Wahlen sein, ohne jeden „jakobinischen“ Kampf um die Macht, ohne jede Entweihung der heiligen Sache durch den Verrat bürgerlicher Vertretungskörperschaften, ja sogar ohne die plumpen Hebammen, die in dieser unreinen, sündigen, schmutzigen Welt bisher immer just dann die Bühne betreten, wenn die alte Gesellschaft mit einer neuen schwanger ging.

Es lebe die Selbstentstehung! Mögen alle revolutionären Völker ganz Rußlands jetzt erkennen, daß diese Selbstentstehung „möglich“ und damit für sie auch notwendig ist, weil sie den rationellsten, leichtesten und einfachsten Weg zur Freiheit darstellt! Möge zu Ehren des „Bund“ und der neuen „Iskra“, dieser selbstentstandenen Eltern der Theorie der Selbstentstehung, schnellstens ein Denkmal errichtet werden!

So sehr wir indes durch das strahlende Licht der neuen wissenschaftlichen Entdeckung geblendet sind, müssen wir dennoch einige niedere Eigenschaften dieser erhabenen Schöpfung leichthin streifen. Wird der Mond in Hamburg miserabel gemacht<sup>75</sup>, so werden die neuen Theorien in der Redaktion der „Poslednije Iswestija“ auch nicht gerade sorgfältig fabriziert. Es gibt ein einfaches Rezept, das von jeher bei Leuten beliebt ist,



die niemals auch nur einen einzigen selbständigen Gedanken verbrochen haben: Man nehme entgegengesetzte Auffassungen, verrühre sie gut und teile die Mischung halb und halb! Vom „Proletari“ nehme man die Kritik der Volkswahlen unter der Selbstherrschaft, von der „Iskra“ die Verurteilung der „schrecklichen Frage“, vom „Proletari“ den aktiven Boykott, von der „Iskra“ die Unbrauchbarkeit des Aufstands als Lösung... „wie das Bienchen von jedem Blümchen sein Scherflein holt“. Und die guten Bundisten putzen sich selbstzufrieden heraus, freuen sich, daß der Streit über die schreckliche Frage aufhört, und sind von sich selbst entzückt: Wie sind sie doch über die Enge und Einseitigkeit der Auffassungen beider streitenden Parteien erhaben!

Etwas stimmt bei euch nicht, werte Genossen vom „Bund“. Andere „Wege der Selbstentstehung“, außer dem neuiskristischen, habt ihr nicht gezeigt. Und was diesen Weg anbelangt, so habt ihr selbst zugeben müssen, daß die Wahlen von Volksvertretern „unter den Verhältnissen der Selbstherrschaft und gegen den Willen der Regierung, die über die ganze Staatsmaschine verfügt“, nur *lächerliche* Wahlen sein können. Laßt uns doch nicht auf halbem Wege im Stich, o Schöpfer der neuen Theorie: sagt uns, auf welchem „Wege“, außer dem neuiskristischen, ihr euch die „Selbstentstehung denkt“!

Der „Proletari“ schrieb gegen die „Iskra“, daß unter der Selbstherrschaft nur die Oswoboshdenzen Wahlen durchführen können, die sie gern für Volkswahlen ausgeben möchten.\* Der „Bund“ erwidert: „Dieses Argument hält keiner Kritik stand, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Selbstherrschaft niemandem gestatten wird — auch den Oswoboshdenzen nicht —, über den vom Gesetz festgelegten Rahmen hinaus Wahlen vorzunehmen.“ Wir bemerken dazu mit aller Ehrerbietung: Von den Semstwoleuten, den Stadtverordneten und den Mitgliedern der „Verbände“ wurden und werden Wahlen vorgenommen. Das ist eine Tatsache. Der Beweis liegt auf der Hand: ihre zahlreichen Büros.

Der „Bund“ schreibt: „Eine Agitation gegen die Duma, für den bewaffneten Aufstand läßt sich überhaupt (!) nicht durchführen, da der Aufstand, der nur ein Mittel zur Verwirklichung des politischen Umsturzes ist, in diesem Falle“ (und nicht „überhaupt“?) „nicht als Agitationslösung dienen kann. Auf die Duma kann und muß mit der Ausweitung und Ver-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 190/191. *Die Red.*

tiefung der politischen Agitation für die konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen usw. Stimmrechts geantwortet werden.“ Wir erwidern: Erstens, wenn die Bundisten ein wenig nachgedacht oder einfach unser Parteiprogramm zu Rate gezogen hätten, so hätten sie gesehen, daß auch die konstituierende Versammlung nur ein „Mittel“ ist. Es ist unvernünftig, das eine „Mittel“ als geeignet, das andere aber als „überhaupt“ ungeeignet für eine Losung zu erklären. Zweitens, wir haben schon längst und viele Male ausführlich klargelegt, daß die Losung der konstituierenden Versammlung allein gar nichts taugt, denn sie ist zur Losung der Oswoboshdenzen, zur Losung der bürgerlichen „Vereinbarer“ geworden (siehe „Proletari“ Nr. 3 und 4)\*. Von der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ist es *durchaus natürlich*, daß sie die Frage, wie die konstituierende Versammlung einberufen werden soll, *im dunkeln läßt*. Für Vertreter des revolutionären Proletariats aber ist das völlig unzulässig. Zu den ersteren paßt die Theorie der Selbstentstehung vollauf. Letztere aber kann sie vor den klassenbewußten Arbeitern nur bloßstellen.

Das letzte Argument des „Bund“: „Der bewaffnete Aufstand ist notwendig, man muß sich auf ihn vorbereiten, vorbereiten und nochmals vorbereiten. Aber wir sind einstweilen nicht imstande, ihn hervorzurufen, deshalb (!!) ist es zwecklos, ihn mit der Duma zu verknüpfen.“ Wir erwidern: 1. Die Notwendigkeit des Aufstands und seiner Vorbereitung anerkennen und gleichzeitig über die Frage der „Kampfgruppen“ (die, wie der „Bund“ schreibt, „dem Arsenal des ‚Wperjod‘ entnommen ist“) verächtlich die Nase rümpfen, das heißt sich selber ohrfeigen, das heißt beweisen, daß man das, was man geschrieben, nicht durchdacht hat. 2. Die provisorische revolutionäre Regierung ist ein Organ des Aufstands. Diese in der Resolution des III. Parteitags direkt ausgesprochene These ist im Grunde auch von der neuiskristischen Konferenz angenommen worden, wenn auch nach unserer Meinung in einer weniger glücklichen Fassung (die „aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgehende“ provisorische revolutionäre Regierung: Sowohl die Logik als auch die geschichtliche Erfahrung zeigen, daß provisorische revolutionäre Regierungen als Organe des Aufstands, des gar nicht siegreichen oder des nicht ganz siegreichen Aufstands, möglich sind; außerdem ist es so, daß die provisorische revolutionäre Regierung aus dem Aufstand nicht nur „hervorgeht“, sondern ihn

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 458, 477—483 russ. *Die Red.*

auch leitet). Die Bundisten machen keinen Versuch, diese These anzufechten, und sie läßt sich auch nicht anfechten. Die Notwendigkeit des Aufstands und seiner Vorbereitung anerkennen und gleichzeitig verlangen, daß der Streit über die „schreckliche Frage“ der provisorischen Regierung aufhört, das heißt schreiben, ohne zu denken. 3. Der Satz, daß sich die konstituierende Versammlung „ohne Mitwirkung einer Regierung, ganz gleich welcher, also auch einer provisorischen, bilden kann“, ist eine *anarchistische* Phrase. Sie steht durchaus auf dem Niveau der berühmten *iskristischen* Phrase über die „Entweiheung“ des Mundes durch die Verbindung der Worte „es lebe“ und „die Regierung“. Sie zeigt das Unverständnis für die Bedeutung der revolutionären Staatsmacht als eines der größten und höchsten „Mittel“, den politischen Umsturz zu verwirklichen. Der billige „Liberalismus“, mit dem der „Bund“, dem Beispiel der „Iskra“ folgend, hier paradiert (überhaupt ohne Regierung, sei es auch eine provisorische!), ist nichts anderes als *anarchistischer Liberalismus*. Die Bildung einer konstituierenden Versammlung *ohne Mitwirkung* eines Aufstands ist ein Gedanke, der nur bürgerlichen Banausen ansteht, wie auch die Genossen vom „Bund“ sehen. Und ein Aufstand *ohne Mitwirkung* einer provisorischen revolutionären Regierung kann weder das ganze Volk umfassen noch siegreich sein. Wir müssen also leider immer wieder konstatieren, daß sich bei den Bundisten das eine mit dem andern absolut nicht zusammenreimt. 4. Wenn man sich auf den Aufstand vorbereiten muß, so gehört zu dieser Vorbereitung notwendigerweise auch die Verbreitung und Erläuterung der Losungen: bewaffneter Volksaufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung. Wir müssen sowohl selbst die neuen Kampfmethoden, ihre Bedingungen, ihre Formen, ihre Gefahren, ihre praktische Durchführung usw. studieren als auch die Massen darüber aufklären. 5. Die These „Wir sind einstweilen nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen“ ist falsch. Die Ereignisse auf dem „Potjomkin“ haben vielmehr gezeigt, daß *wir nicht imstande sind, verfrühte Ausbrüche des in Vorbereitung befindlichen Aufstands zu verhindern*. Die Matrosen des „Potjomkin“ waren weniger vorbereitet als die Matrosen anderer Schiffe, und der Aufstand war daher weniger umfassend, als er hätte sein können. Was folgt daraus? Daß es zur Aufgabe der Vorbereitung eines Aufstands gehört, verfrühte Ausbrüche eines in Vorbereitung befindlichen oder schon fast vorbereiteten Aufstands zu verhindern. Daß der elementar

anwachsende Aufstand unsere bewußte und planmäßige Arbeit seiner Vorbereitung überholt. Auch jetzt sind wir nicht imstande, zersplitterte, vereinzelter, bald hier, bald dort spontan auftretende Ausbrüche des Aufstands zu verhindern. Um so mehr sind wir verpflichtet, uns mit der Verbreitung und Erläuterung aller politischen Aufgaben und der politischen Vorbedingungen eines erfolgreichen Aufstands zu beeilen. Um so weniger klug sind folglich Vorschläge, mit dem Streit über die „schreckliche Frage“ der provisorischen Regierung aufzuhören. 6. Ist der Gedanke richtig, daß „es zwecklos ist, den Aufstand mit der Duma zu verknüpfen“? Nein, er ist falsch. Es ist unsinnig, den Zeitpunkt des Aufstands im voraus, zumal von hier, aus dem Ausland, bestimmen zu wollen. Von einer „Verknüpfung“ in diesem Sinne kann, wie der „Proletari“ oft genug gesagt hat, gar keine Rede sein. Aber die *Agitation für den Aufstand, seine Propagierung*, muß man mit allen wichtigen und das Volk aufrüttelnden politischen Ereignissen „verknüpfen“. Der ganze Streit dreht sich bei uns jetzt gerade darum, welche Agitationslosung im Mittelpunkt unserer ganzen „Duma“-agitationskampagne stehen soll. Ist die Duma ein solches Ereignis? Ja, zweifellos. Werden uns die Arbeiter und Bauern fragen: wie antwortet man am besten auf die Duma? Ganz gewiß werden sie das fragen und haben es schon getan. Wie soll man auf diese Fragen antworten? Nicht indem man auf die Selbstentstehung hinweist (darüber kann man nur lachen), sondern indem man die Bedingungen, Formen, Voraussetzungen, Aufgaben und Organe des *Aufstands erklärt*. Je mehr wir mit solcher Aufklärung erreichen, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich die unvermeidlichen Ausbrüche des Aufstands leichter und schneller zu einem erfolgreichen, siegreichen Aufstand entwickeln werden.

„Proletari“ Nr. 16,  
14. (1.) September 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

BRIEF AN DAS INTERNATIONALE  
SOZIALISTISCHE BÜRO

16. September 1905

Werter Genosse! Alle Ihre Briefe, in denen eine Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Büros zur Aussöhnung der beiden Fraktionen unserer Partei vorgeschlagen wird, sind an das Zentralkomitee in Rußland gesandt worden. Nunmehr kann ich Ihnen mitteilen, daß das Zentralkomitee bereit ist, an der erwähnten Konferenz teilzunehmen, vorausgesetzt, daß sie nur den Charakter einer Vorberatung trägt. Ich hoffe, die Delegierten des Zentralkomitees werden in nächster Zeit, voraussichtlich im September, nach Genf oder Berlin kommen.

Indessen muß ich Ihnen mitteilen, daß das Zentralkomitee im Begriff steht, in Rußland mit der Organisationskommission, dem Vollzugsorgan der Parteiminderheit, ein Übereinkommen zu schließen. Die Vorverhandlungen haben bereits stattgefunden, und die beiden Parteien haben sich über die Summen geeinigt, die von den ausländischen Organisationen für die russische Revolution abgeführt worden sind. Der Text dieser Vereinbarung ist Ihnen vor zwei Wochen zugesandt worden.

Da die Aussöhnung nur dauerhaft sein kann, wenn sie durch ein volles Einvernehmen zwischen den Genossen in Rußland verbürgt ist, wäre es zweckmäßig, das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten, bevor man die Konferenz, von der Sie schreiben, einberuft.

*Wladimir Uljanow (N. Lenin)*

*Zuerst veröffentlicht 1929  
in der 2.—3. Ausgabe  
der Werke W. J. Lenins,  
Band VIII.*

*Nach dem Text der 2.—3. Ausgabe  
der Werke, verglichen mit dem  
Durchschlag des französischen  
Schreibmaschinentextes.*

## DIE FREUNDE HABEN SICH GEFUNDEN

In den letzten Tagen brachten die ausländischen Zeitungen, die die Entwicklung der politischen Krise in Rußland äußerst aufmerksam verfolgen, eine Reihe interessanter Meldungen über die Tätigkeit der Semstwoleute und der Oswoboshdenzen. Hier die Meldungen:

„Die hiesige [Petersburger] Konferenz der Adelsmarschälle erzielte nach zweistündiger Beratung ein volles Einvernehmen mit dem Minister des Innern über die Wahlen“ zur Reichsduma („Vossische Zeitung“<sup>76</sup> vom 16. September). „Aus allen russischen Gouvernements und Städten wird völlige Gleichgültigkeit der Mehrzahl der Wahlfähigen gegenüber den ihnen gewährten politischen Rechten gemeldet“ (ebenda). Golowin (Vorsitzender des Moskauer Semstwoamtes) verhandelt mit Durnowo (Generalgouverneur von Moskau) über die Genehmigung der Semstwoagung. Durnowo sagte zu Golowin, er sympathisiere durchaus mit den Semstwoleuten, habe jedoch den Befehl, die Tagung mit allen Mitteln zu verhindern. Golowin berief sich auf die Tagung der Professoren. Durnowo antwortete, daß „das etwas ganz anderes sei, da die Hochschüler zum Beginn der Studien auf jeden Fall überredet werden müßten“ („Frankfurter Zeitung“ vom 17. September). „Die Semstwotagung, die das Wahlprogramm beraten soll, ist für den 25. September in Moskau unter der Bedingung genehmigt worden, daß sie sich strikt an diese Frage hält“ („Times“ vom 18. September, Depesche aus St. Petersburg). „Herr Golowin besuchte heute den Generalgouverneur, um mit ihm über die bevorstehende Semstwotagung zu verhandeln. Seine Exzellenz erklärte, die Tagung sei genehmigt, aber ihr Programm müsse sich auf drei Fragen beschränken: 1. Beteiligung der Semstvos und der Städte an den Wahlen

zur Reichsduma; 2. Organisation der Wahlkampagne; 3. Beteiligung der Semstvos und Städte an der Hungerhilfe" (ebenda, Depesche aus Moskau).

Die Freunde haben sich gefunden, die Freunde haben sich verständigt. Der Pakt zwischen Golowin (dem Führer der Semstwopartei) und Durnowo ist geschlossen. Nur Säuglinge könnten so blind sein, nicht zu sehen, daß der Pakt auf gegenseitigen Zugeständnissen, auf dem Prinzip *do ut des* (ich gebe, damit du gibst) beruht. Was die Selbstherrschaft zugestanden hat, ist klar: sie hat die Tagung genehmigt. Was die Semstwopartei (oder die Oswoboshdenzenpartei? Allah halte sie auseinander! Aber lohnt es sich überhaupt, sie auseinanderzuhalten?) zugestanden hat, darüber spricht niemand. Die Bourgeoisie hat allen Grund, ihre Verhandlungen mit der Selbstherrschaft geheimzuhalten. Aber kennen wir die Details, die Einzelheiten nicht, so kennen wir um so besser den Kern der Zugeständnisse der Bourgeoisie. *Die Bourgeoisie hat der Selbstherrschaft versprochen, ihren revolutionären Eifer zu dämpfen*, der darin bestand, daß man Petrunkewitsch am Hof für einen gewesenen Revolutionär hielt... *Die Bourgeoisie hat versprochen, einen kleinen Preisnachlaß mit einem großen zu beantworten*. Wie groß der Preisnachlaß ist, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß der „Kaufpreis“ der Bourgeoisie zwei Seiten hatte: für das Volk — eine monarchische Verfassung mit zwei Kammern; für den Zaren — die Einberufung von Volksvertretern und weiter nichts (denn gegenüber Nikolaus II. von mehr zu sprechen, wagte die famose Delegation der Semstwoleute nicht). Und jetzt hat die Bourgeoisie der Selbstherrschaft versprochen, ihr von diesem zweiseitigen Kaufpreis noch einen Nachlaß zu gewähren. *Die Bourgeoisie hat versprochen, untertänig, loyal und legal zu sein*.\*

Die Freunde haben sich gefunden, die Freunde haben sich geeinigt.

Ungefähr zur selben Zeit haben andere Freunde begonnen, sich zu

---

\* Am 21. September meldeten die Auslandszeitungen aus Petersburg, daß das Büro der Semstwotagung viele Absagen für die auf den 25. September angesetzte Tagung erhält, und zwar mit der Begründung, daß *das Programm der Tagung durch die Regierung stark beschnitten worden ist*. Wir verbürgen uns nicht für die Richtigkeit dieser Meldung, aber wenn es sich auch nur um ein Gerücht handeln sollte, bestätigt sie unbedingt unsere Ansicht über die Bedeutung der Unterredung Golowins mit Durnowo.

finden und sich zu verständigen. Der Petersburger Berichterstatter des Börsenblattes „Frankfurter Zeitung“ (vom 15. September) meldet, daß eine geheime Tagung des „Verbandes des Oswoboshdenije“ [Bundes der Befreiung] stattgefunden habe, und zwar anscheinend in Moskau. „Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, den ‚Verband des Oswoboshdenije‘ in eine *demokratisch-konstitutionelle Partei* umzuformen, und zwar wurde dieser Antrag von den zum Verbande gehörenden Semstwomännern gestellt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Hierauf wurden 40 Verbandsmitglieder gewählt, die den Auftrag erhielten, das *Partei-programm* auszuarbeiten und zu redigieren. Diese Kommission wird ihre Funktionen demnächst beginnen.“ Auch die Frage der Reichsduma wurde erörtert. Nach lebhaften Debatten wurde beschlossen, „sich an den *Wahlen zu beteiligen*, jedoch mit der Bedingung, daß die gewählten Parteiglieder sich an der Reichsduma nicht beteiligen, um die laufenden Angelegenheiten zu erledigen, sondern sich wählen lassen, um in der Reichsduma selbst den Kampf aufzunehmen“. In den Debatten wurde darauf hingewiesen, daß ein umfassender (oder weitgehender) Boykott der Wahlen nicht möglich sei, nur ein solcher aber Sinn hätte. (Hat denn in dieser Versammlung, meine Herren, niemand dazwischengerufen: Sage nicht: Ich kann nicht, sondern sage: Ich will nicht? Anmerkung der Redaktion des „Proletari“.) „Die Versammlung erachtet jedoch, daß die Reichsduma ein gutes Terrain für die Propaganda demokratischer Ideen sei. ‚Ein jeder wahre Freund des Volkes‘, heißt es im Protokoll der Versammlung, ‚ein jeder Freund der Freiheit wird nur in die Reichsduma gehen, um für einen konstitutionellen Staat zu kämpfen.“ (Man erinnere sich an den Oswoboshdenzen S. S., der allen und jedem erläuterte, daß das Schwergewicht für die radikale Intelligenz in der Erweiterung des Wahlrechts, für die Semstwoleute, die Gutsbesitzer und Kapitalisten aber in der Erweiterung der Rechte der Reichsduma liege. Redaktion des „Proletari“.) „Hierbei wird von der Versammlung darauf hingewiesen, daß die demokratischen Reichsdumavertreter bei diesem Kampfe einen *völligen Bruch mit der gegenwärtigen Regierung*“ (hervorgehoben im Original) „im Auge behalten müßten und einen solchen nicht scheuen dürften. Diese Resultate der Versammlung werden natürlich vervielfältigt und verbreitet werden.“ (Die Redaktion des „Proletari“ hat aus Rußland bis heute weder dieses Flugblatt noch Kenntnis von ihm erhalten.) „Im Hinblick auf den weit-



reichenden Einfluß der ‚Oswoboshdenzen‘, wie sich die Mitglieder des Verbandes nennen, zu denen die verschiedensten Gesellschaftskreise gehören und die von Semstwomännern geführt werden, gewinnt eine solche Wahlagitation in den ihnen nahestehenden, dem Zensus genügenden Kreisen große Bedeutung, und es steht außer Zweifel, daß ein fester Kern von ‚Oswoboshdenzen‘ in die Reichsduma eindringen und dort die Linke abgeben wird, sobald sich die Reichsduma in eine wirkliche Volksvertretung verwandelt. Gelingt es diesen Radikalen, die Kandidaten der gemäßigten Semstvos und Städte zu sich herüberzuziehen, so kann es zur Proklamierung einer konstituierenden Versammlung kommen.

Die Beteiligung der politischen russischen Parteien an den Wahlen scheint somit außer Frage gestellt, da sich ja auch der ‚Verband der Verbände‘ schließlich für eine solche erklärt hat, nur der jüdische ‚Bund‘ agitiert gegen die Dumawahlen, wie denn überhaupt die Arbeiter in verschiedenen Städten . . . auf großen Meetings kategorisch *gegen* die Reichsduma, aus der sie ausgeschlossen sind, Stellung genommen haben.“

So schreibt der Berichterstatter einer deutschen bürgerlichen Zeitung die Geschichte der russischen Revolution. Wahrscheinlich enthalten seine Berichte einzelne Unrichtigkeiten, im großen und ganzen aber kommen sie zweifellos der Wahrheit nahe — selbstverständlich nur, was die Tatsachen betrifft, nicht die Prophezeiungen.

Welches ist nun der wahre Sinn der von ihm geschilderten Tatsachen?

Die Bourgeoisie Rußlands spielt, wie wir schon hundertmal gezeigt haben, den Makler zwischen dem Zaren und dem Volk, zwischen der Staatsmacht und der Revolution, weil sie die Revolution ausnützen möchte, um sich in ihrem Klasseninteresse die Macht zu sichern. Daher *muß* sie, solange sie die Macht noch nicht besitzt, nach der „Freundschaft“ sowohl mit dem Zaren als auch mit der Revolution streben. Und das ist genau, was sie tut. Den respektablen Golowin schickt sie zu Durnowo, damit er sich mit ihm befreunde. Den anonymen Federfuchser schickt sie aus, damit er sich mit dem „Volk“, mit der Revolution befreunde. Dort haben sich die Freunde gefunden und geeinigt. Hier strecken sie die Hand aus, nicken freundlich, versprechen, aufrichtige Freunde des Volkes, Freunde der Freiheit zu sein, beteuern, an der Duma nur um des Kampfes willen, ausschließlich um des Kampfes willen teilzunehmen, und schwören, daß sie mit der gegenwärtigen Regierung vollständig und endgültig brechen

werden, ja sie stellen sogar die Proklamierung einer konstituierenden Versammlung in Aussicht. Sie tun radikal, scharwenzeln vor den Revolutionären, bühnen darum, von ihnen als Freunde des Volkes und der Freiheit bezeichnet zu werden, sind bereit, alles mögliche zu versprechen — *vielleicht beißt man an!*

Und man hat angebissen! Die neue „Iskra“, Parvus an der Spitze, hat angebissen. Die Freunde haben sich gefunden und Verhandlungen über eine Vereinbarung begonnen. Man muß den Oswoboshdenzen, die in die Duma gehen, eine revolutionäre Verpflichtung abverlangen, ruft Tscherewanin („Iskra“ Nr. 108). Wir sind einverstanden, vollauf einverstanden, antworten die Oswoboshdenzen, wir werden eine konstituierende Versammlung proklamieren. Man muß einen Druck ausüben, damit nur entschiedene Anhänger einer freien und demokratischen Vertretung gewählt werden, stößt Martow ins Horn Tscherewanins (Wiener „Arbeiter-Zeitung“, übersetzt im „Proletari“ Nr. 15). Gewiß, gewiß, antworten die Oswoboshdenzen, bei Gott, wir sind zu allem entschlossen, wir nehmen Kurs auf den vollen Bruch mit der gegenwärtigen Regierung. Man muß sie daran erinnern, daß sie verpflichtet sind, die Interessen des Volkes wahrzunehmen, man muß sie zwingen, die Interessen des Volkes wahrzunehmen, donnert unser Ledru-Rollin<sup>77</sup>, Parvus. O ja, antworten die Oswoboshdenzen, wir haben es sogar ins Protokoll eingetragen, daß wir aufrichtige Freunde des Volkes, Freunde der Freiheit sind. Man muß politische Parteien bilden, verlangt Parvus. Schon gemacht — antworten die Oswoboshdenzen, wir nennen uns schon konstitutionell-demokratische Partei. Man muß ein klares Programm haben, beharrt Parvus. Aber bitte, antworten die Oswoboshdenzen, wir haben ja 40 Personen hingesetzt, ein Programm zu schreiben, an uns soll es nicht fehlen, bitte sehr!... Man muß eine Vereinbarung treffen über die Unterstützung der Oswoboshdenzen durch die Sozialdemokraten, schließen im Chor alle Neutiskristen. Die Oswoboshdenzen vergießen Tränen der Rührung. Golowin fährt zu Durnowo, um ihm einen Gratulationsbesuch abzustatten.

Wer sind hier die Komödianten und wer die Genarrten?

Alle Fehler der iskristischen Taktik in der Dumafrage haben nun zu dem natürlichen und unausbleiblichen Finale geführt. Die schändliche Rolle, welche die „Iskra“ durch ihren Kampf gegen die Idee des aktiven Boykotts gespielt hat, ist jetzt für jedermann sichtbar. Und wem die

iskristische Taktik *genützt hat*, das unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr. Die Idee des aktiven Boykotts ist von der Mehrheit der monarchistischen Bourgeoisie begraben worden. Die iskristische Taktik wird unweigerlich von der Mehrheit der russischen Sozialdemokratie begraben werden.

Parvus hat sich derart verrannt, daß er von einem formellen Abkommen mit den Oswoboshdenzen (den „Demokraten“), von Bindung zwischen den Oswoboshdenzen und den Sozialdemokraten durch gemeinsame politische Verantwortung und von einer Unterstützung der Oswoboshdenzen durch die Sozialdemokraten auf Grund genau festgelegter Bedingungen und Forderungen zu reden begann. Von diesem Unsinn und dieser Schmach werden sich wahrscheinlich sogar die Neuiskristen abgrenzen. Doch Parvus hat lediglich die Grundidee des Neuiskristismus offener und gröber ausgesprochen. Die formelle Unterstützung, die von Parvus vorgeschlagen wird, ist nur die zwangsläufige Schlußfolgerung aus jener *moralischen* Unterstützung, welche die neue „Iskra“ der monarchistischen Bourgeoisie die ganze Zeit dadurch erwiesen hat, daß sie den aktiven Dumaboykott verurteilte, die Absicht der Demokraten, sich an der Duma zu beteiligen, rechtfertigte und verteidigte und der Parlamentsspielerei frönte, obwohl es noch gar kein Parlament gab. Nicht umsonst wurde gesagt: wir haben zwar noch kein Parlament, aber parlamentarischen Kretinismus haben wir schon übergenug.

Der Grundfehler der Neuiskristen liegt offen zutage. Sie haben gegenüber der *Vereinbarungstheorie*, dieser grundlegenden politischen Theorie des Oswoboshdentums, diesem stärksten und richtigsten Ausdruck der Klassenstellung und der Klasseninteressen der russischen Bourgeoisie, die ganze Zeit hindurch beide Augen zugedrückt. Sie wollten und wollen nur die eine Seite der Sache sehen, nämlich die Konflikte der Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft, die andere Seite der Sache aber, die *Vereinbarung* der Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft gegen das Volk, gegen das Proletariat, gegen die Revolution lassen sie unbeachtet. Indessen rückt gerade diese zweite Seite immer mehr in den Vordergrund und gewinnt mit jedem Schritt, den die Revolution in Rußland vorwärts macht, mit jedem Monat, den sich diese für die bürgerlichen Anhänger der Ordnung so unerträgliche Lage hinzieht, immer grundlegendere Bedeutung.

Der Grundfehler der Neuiskristen führte dazu, daß sie die Methoden, um die Konflikte zwischen der Bourgeoisie und der Selbstherrschaft durch

die Sozialdemokratie auszunutzen, die Methoden, um diese Konflikte durch unsere Bemühungen *anzufachen*, von Grund aus falsch beurteilten. Ja, wir sind verpflichtet, diese Konflikte unbedingt und stets zu entfachen, sowohl ohne Duma als auch vor der Duma und in der Duma, falls sie zusammentritt. Aber das *Mittel* für diese Entfachtung sehen die Neuiskristen ganz und gar nicht dort, wo man es sehen muß. Anstatt das Feuer dadurch zu schüren, daß man die Fenster einschlägt und dem frischen Luftzug der Arbeiteraufstände Zutritt gewährt, mühen sie sich im Schweiß ihres Angesichts, Spielzeugblasbälge zu erfinden und die revolutionäre Glut der Oswoboshdenzen dadurch anzublasen, daß sie ihnen närrische Forderungen und Bedingungen stellen.

Ja, wir sind verpflichtet, die Bourgeoisie stets zu unterstützen, wenn sie revolutionär auftritt. Aber vor allem und am meisten hat diese Unterstützung bei uns (erinnert euch an die Einstellung der „Sarja“ und der alten „Iskra“ zum „Oswoboshdenije“) stets darin bestanden und wird bei der revolutionären Sozialdemokratie stets darin bestehen, jeden falschen Schritt dieser, mit Verlaub zu sagen, „demokratischen“ Bourgeoisie rücksichtslos zu entlarven und anzuprangern. Insoweit wir den Demokratismus der Bourgeoisie beeinflussen können, wird dieser Einfluß nur dann real sein, wenn jeder bürgerliche Demokrat, der vor den Arbeitern, vor den politisch aufgeklärten Bauern spricht, gezüchtigt wird für alle Verätereien, alle Fehler dieser Bourgeoisie, gezüchtigt wird für alle nicht-erfüllten Versprechungen, für alle vom Leben und durch Taten widerlegten schönen Worte. Wenn diese Bourgeoisie, die gestern noch in ganz Europa den Dumaboykott ausposaunte, heute schon Schurkereien begeht, ihre Versprechungen zurücknimmt, ihre Beschlüsse umstößt, ihre Resolutionen ummodelt und sich mit allen möglichen Durnowos über eine legale Art des Vorgehens einigt — dann dürfen wir diese Lügner, diese Lakaien der Selbstherrschaft nicht moralisch unterstützen, ihnen nicht die Möglichkeit geben, sich herauszuwinden, ihnen nicht gestatten, sich an die Arbeiter mit neuen Versprechungen heranzumachen (die genauso wieder zum Teufel gehen werden, sobald sich die Duma aus einer beratenden in eine gesetzgebende Versammlung verwandelt). Nein, wir müssen sie brandmarken und das ganze Proletariat davon überzeugen, daß neue Verätereien dieser bürgerlichen „Demokratie“, dieser Vereinbarer zwischen der Verfassung und Trepow, zwischen der Sozialdemokratie und dem

Oswoboshdenzentum, unvermeidlich und unausbleiblich sind. Wir müssen allen Arbeitern — unter anderem auch auf Grund des Betrugs, den die Bourgeoisie in der Frage des Boykotts am Volke verübt hat — beweisen und zeigen, daß alle diese Petrunkevitch und Co. schon ausgewachsene Cavaignacs und Thiers<sup>78</sup> sind.

Nehmen wir an, daß wir die Aufgabe, diese Duma zu vereiteln, bevor sie das Licht der Welt erblickt, nicht bewältigen. Nehmen wir an, daß die Duma zusammentritt. Verfassungskonflikte werden in ihr unvermeidlich sein, denn die Bourgeoisie kann nicht anders als nach der Macht streben. Auch dann sind wir verpflichtet, dieses Streben zu unterstützen, denn die konstitutionelle Ordnung wird auch dem Proletariat etwas geben, da ja die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse den Boden für unseren Kampf um den Sozialismus ebnet. Das ist alles richtig. Aber hier endet nicht, sondern hier beginnt erst unsere grundlegende Meinungsverschiedenheit mit der neuen „Iskra“. Es ist das nicht eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob man den bürgerlichen Demokratismus unterstützen soll, sondern darüber, wie man ihn in der revolutionären Epoche unterstützen, wie man einen Druck auf ihn ausüben soll. Rechtfertigt ihr den Verrat dieser Leute oder verschließt ihr die Augen davor, wollt ihr rasch zu einem Kompromiß gelangen und recht bald Parlament spielen, laßt ihr sie Versprechungen machen und Verpflichtungen eingehen, so erreicht ihr bloß, daß *sie auf euch einen Druck ausüben und nicht ihr auf sie!* Wir leben jetzt in der Revolution. Die Zeiten, da man allein durch das geschriebene Wort einen Druck ausüben konnte, sind schon vorbei. Die Zeiten, da man auf parlamentarischem Wege einen Druck ausüben kann, sind noch nicht gekommen. Einen *wirklichen* und nicht eingebildeten Druck kann man *nur* durch den Aufstand ausüben. Sobald der Bürgerkrieg das ganze Land erfaßt, wird der Druck durch militärische Gewalt, in offener Schlacht ausgeübt, und alle anderen Versuche, einen Druck auszuüben, sind hohle und erbärmliche Phrasen. Kein Mensch hat noch gewagt, zu behaupten, die Epoche des Aufstands sei für Rußland vorbei. Und ist sie nicht vorbei, so bedeutet jedes Ausweichen vor der Aufgabe des Aufstands, jede Ausflucht vor seiner Notwendigkeit, jeder „Nachlaß“ von unserer Forderung an die bürgerliche Demokratie, sich am Aufstand zu beteiligen, eine Kapitulation vor der Bourgeoisie, eine Verwandlung des Proletariats in ihren Trabanten. Das Proletariat hat noch nirgends in der Welt und noch kein

einziges Mal die Waffen aus der Hand gegeben, wenn ein ernsthafter Kampf entbrannt war, es ist noch kein einziges Mal vor dem verfluchten Erbe der Unterdrückung und Ausbeutung zurückgewichen, ohne daß es seine Kräfte mit dem Feind gemessen hätte. Hier sind jetzt unsere Werkzeuge, um einen Druck auszuüben, hier liegen unsere Hoffnungen auf den Druck. Niemand kann heute den Ausgang des Kampfes voraussagen. Siegt das Proletariat, so werden die Arbeiter und die Bauern, nicht aber die Golowin und Struve die Revolution machen. Wird das Proletariat geschlagen, so wird die Bourgeoisie für die Dienste, die sie der Selbstherrschaft in diesem Kampf geleistet hat, neue konstitutionelle Belohnungen erhalten. Dann und erst dann wird eine neue Epoche beginnen, ein neues Geschlecht auf den Plan treten, die europäische Geschichte sich wiederholen und der Parlamentarismus für eine Zeitlang der wirkliche Prüfstein der ganzen Politik werden.

Ihr wollt jetzt, gleich jetzt einen Druck ausüben? Bereitet den Aufstand vor, propagiert ihn, organisiert ihn. Nur der Aufstand bietet die Möglichkeit, daß die Dumakomödie nicht das Ende der russischen bürgerlichen Revolution bedeutet, sondern zum Anfang einer vollständigen demokratischen Umwälzung wird, die einen Brand proletarischer Revolutionen in der ganzen Welt entfacht. Nur im Aufstand liegt die Gewähr, daß unser „vereinigter Landtag“ zum Präludium einer konstituierenden Versammlung von anderem als dem Frankfurter Typus wird, daß die Revolution nicht mit einem bloßen 18. März (1848) endet und wir nicht nur einen 14. Juli (1789), sondern auch einen 10. August (1792) haben werden. Nur im Aufstand und nicht in schriftlichen Verpflichtungen der Oswoboshdenzen liegt die Bürgschaft, daß aus ihren Reihen einzelne Johann Jacoby<sup>79</sup> hervorgehen können, die sich, von der Nichtswürdigkeit der Golowinschen Kriecherei abgestoßen, in letzter Minute den Reihen des Proletariats und der Bauernschaft anschließen werden, um für die Revolution zu kämpfen.

„Proletari“ Nr. 18,  
26. (13.) September 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

## STREITET ÜBER DIE TAKTIK, ABER GEBT KLARE LOSUNGEN!

Die Auseinandersetzung über die Taktik gegenüber der Reichsduma entbrennt immer stärker. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der „Iskra“ und dem „Proletari“ wird immer tiefer, besonders nach dem Artikel von Parvus in der „Iskra“.

Über die Taktik zu streiten ist notwendig. Aber man muß dabei volle Klarheit anstreben. Fragen der Taktik sind Fragen des politischen Verhaltens der Partei. Man kann *und soll* dieses oder jenes Verhalten an Hand sowohl der Theorie als auch historischer Untersuchungen und einer Analyse der ganzen politischen Situation usw. begründen. Doch darf die Partei des kämpfenden Proletariats bei allen diesen Auseinandersetzungen die Notwendigkeit völlig klarer Antworten, die *keine zwei Deutungen zulassen*, auf die konkreten Fragen unseres politischen Verhaltens nicht aus dem Auge lassen: Ja oder nein? Sollen wir jetzt, im gegebenen Augenblick, das und das tun oder nicht?

Diese klaren Antworten sind auch deshalb unerlässlich, damit die Meinungsverschiedenheiten nicht übertrieben, nicht verwirrt werden und damit die Arbeiterklasse ganz genau weiß, welche konkreten Ratschläge ihr diese oder jene Sozialdemokraten im gegebenen Augenblick erteilen.

Um in unseren Streit mit der „Iskra“ völlige Klarheit hineinzubringen, geben wir folgende Liste konkreter Fragen, die das politische Verhalten der Sozialdemokratie in der jetzigen Dumakampagne betreffen. Wir erheben keinen Anspruch auf erschöpfende Vollständigkeit dieser Liste und werden alle Hinweise auf die Notwendigkeit ihrer Ergänzung, der Abänderung oder Untergliederung dieser oder jener Fragen begrüßen. Selbstverständlich bezieht sich das, was für die Wahlversammlungen gilt, auch auf all und jede Versammlung überhaupt.

WELCHE RATSCHLÄGE  
GEBEN DIE SOZIALDEMOKRATEN DEM PROLETARIAT  
HINSICHTLICH DER REICHSDUMA?

	„Iskra“	„Proletari“
1. Sollen die Arbeiter in die Wahlversammlungen eindringen? . . . . .	Ja	Ja
2. Sollen die Arbeiter sogar gewaltsam in die Wahlversammlungen eindringen? . . . . .	Ja	Ja
3. Soll man in diesen Versammlungen von der völligen Untauglichkeit der Reichsduma und von allen Zielen, von dem ganzen Programm der Sozialdemokratie sprechen? . . . . .	Ja	Ja
4. Soll man in diesen Versammlungen die Arbeiter und das ganze Volk zum bewaffneten Aufstand, zur Bildung einer revolutionären Armee und einer provisorischen revolutionären Regierung aufrufen?	?	Ja
5. Soll man die (unter Punkt 4) genannten Lösungen zum Mittelpunkt unserer gesamten „Duma“-kampagne machen? . . . . .	Nein	Ja
6. Soll man die „Oswoboshdenzen“ (oder „konstitutionellen Demokraten“), die in die Reichsduma gehen, als bürgerliche Verräter brandmarken, die mit dem Zaren eine „Vereinbarung“ treffen? .	Nein	Ja
7. Sollen wir Sozialdemokraten dem Volk auseinandersetzen, ob die Wahl der Petrunkevitch oder der Stachowitsch usw. in die Reichsduma vorzuziehen ist? . . . . .	Ja	Nein
8. Soll man mit den Oswoboshdenzen irgendwelche Abkommen darüber treffen, daß wir sie auf Grund dieser oder jener Bedingungen, Forderungen, Verpflichtungen usw. unterstützen? . . . . .	Ja	Nein
9. Soll man die Lösung „revolutionäre Selbstverwaltung“ zum Mittelpunkt unserer Agitation machen? . . . . .	Ja	Nein



	<i>„Iskra“</i>	<i>„Proletari“</i>
10. Soll man das Volk sofort, gleich jetzt auf- fordern, in allgemeiner Abstimmung Organe der revolutionären Selbstverwaltung und durch diese eine konstituierende Versammlung zu wählen? . .	Ja	Nein
11. Sollen wir sozialdemokratische Wahlkomitees wählen? Sollen wir unsere eigenen sozialdemokra- tischen Kandidaten für die Reichsduma aufstellen?	Ja	Nein

*„Proletari“* Nr. 18,  
26. (13.) September 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## PARLAMENTSSPIELEREI

Wir haben schon mehrfach (in Nr. 12 des „Proletari“ vor dem Gesetz über die Reichsduma und in Nr. 14–17 nach dem 6. August) unsere Taktik gegenüber der Reichsduma entwickelt und müssen jetzt wieder darauf zurückkommen, um sie den von Parvus geäußerten neuen Ansichten (Sonderdruck des Artikels „Die Sozialdemokratie und die Reichsduma“ aus Nr. 110 der „Iskra“) gegenüberzustellen.

Verfolgen wir zunächst Schritt für Schritt die grundlegenden Gedanken von Parvus. „Wir müssen bis zum äußersten gegen ein unterschobenes Parlament, dieses Gemisch von Niedertracht und Nichtigkeit kämpfen“, so beginnt er seinen Artikel und fügt dieser treffenden These sofort die folgende, nicht minder treffende hinzu: „Die Reichsduma stürzen... können wir nur durch einen Volksaufstand. Die Regierung zwingen, das Wahlrecht zu ändern und die Rechte der Duma zu erweitern, können wir wiederum nur durch einen Volksaufstand.“ Ausgezeichnet. Welches müssen nun, fragt es sich, unsere *Agitationslosungen* hinsichtlich der Reichsduma sein? Welches sind die hauptsächlichen und besonders wichtigen *Organisationsformen* des Kampfes gegen das Gemisch von Niedertracht und Nichtigkeit? Parvus stellt im Grunde genommen die Frage ebenso, wenn er sagt: „Das, was wir unserteils zur Vorbereitung des Aufstands beitragen können, sind Agitation und Organisation.“ Und hier folgt, wie er den ersten Teil dieser Frage über das Verhalten zu den Wahlversammlungen löst.

„Wenn wir diese Versammlungen stören“, schreibt Parvus, „wenn wir sie sprengen, dann werden wir nur der Regierung einen Dienst erweisen.“

Parvus ist also dagegen, daß die Arbeiter das Häuflein Gutsbesitzer und Kaufleute daran *bindern*, die Tagesordnung der Wahlversammlungen

auf die niederträchtige und nichtige Reichsduma zu beschränken? Parvus ist dagegen, daß die Arbeiter die Wahlversammlungen zu einer Kritik an der „niederträchtigen“ Reichsduma und zur Darlegung ihrer sozialdemokratischen Ansichten und ihrer Losungen benutzen?

Es sieht so aus, aber unmittelbar nach dem zitierten Satz sagt Parvus schon etwas anderes: „Was man den Arbeitern nicht freiwillig gibt“, lesen wir in seinem Artikel, „müssen sie sich gewaltsam nehmen. Sie müssen in Massen in den Wählerversammlungen erscheinen und sie in Arbeiterversammlungen verwandeln.“ (Die Hervorhebungen in den Zitaten sind überall von uns. *Redaktion des „Proletari“*.) „Anstatt darüber zu diskutieren, ob man Iwan Fomitsch oder Foma Iwanytsch wählen soll, werden sie politische Fragen auf die Tagesordnung setzen.“ (Parvus wollte vermutlich sagen: sozialdemokratische Fragen, denn die Frage, ob man Foma oder Iwan wählt, ist auch eine politische Frage.) „Hier können wir sowohl über die Politik der Regierung als auch über die Taktik der Liberalen, sowohl über den Klassenkampf als auch über die Reichsduma selbst diskutieren. Das alles führt zu einer Revolutionierung der Massen.“

Man beachte, was sich bei Parvus ergibt. Einerseits soll man die Versammlungen der Trubezkoi, Petrunkevitsch und Stachowitsch nicht stören. Die Idee des Boykotts verurteilt Parvus am Ende seines Artikels entschieden. Andererseits soll man: 1. gewaltsam in die Versammlungen eindringen; 2. die Versammlungen der Petrunkevitsch und Stachowitsch „in Arbeiterversammlungen verwandeln“; 3. anstatt über die Frage zu diskutieren, derentwegen die Versammlung einberufen worden ist (ob man Foma oder Iwan wählen soll), unsere sozialdemokratischen Fragen erörtern: sowohl den Klassenkampf wie den Sozialismus und selbstverständlich auch die Notwendigkeit des Volksaufstands, seine Vorbedingungen, seine Aufgaben, seine Mittel, Methoden, Waffen und seine Organe wie die revolutionäre Armee und die revolutionäre Regierung. Wir sagen: selbstverständlich, obgleich Parvus kein Wort über die Propagierung des Aufstands in den Wahlversammlungen verliert, denn er gibt ja einleitend selber zu, daß wir bis zum äußersten kämpfen müssen und daß wir unsere nächsten Ziele nur durch einen Aufstand erreichen können.

Es ist klar, daß sich Parvus verheddert hat. Er bekämpft die Boykottidee, er rät davon ab, die Versammlungen zu stören und sie zu sprengen, aber gleich darauf, im selben Atemzug, empfiehlt er, in die Versammlun-

gen *gewaltsam* einzudringen (heißt das nicht, sie zu „sprengen“?), sie in Arbeiterversammlungen zu verwandeln (heißt das nicht, die Petrunkewitsch und Stachowitsch zu „stören“?), *nicht* die Fragen der Duma, sondern unsere eigenen, die sozialdemokratischen, revolutionären Fragen zu erörtern, welche die Petrunkewitsch gar nicht ernsthaft erörtern wollen, während die Arbeiter und aufgeklärten Bauern sie sehr gern erörtern wollen und unbedingt erörtern werden.

Warum hat sich nun Parvus verheddert? Weil er den Gegenstand des Streits nicht begriffen hat. Er zieht gegen die Boykottidee ins Feld, weil er meint, Boykott bedeute bloße Enthaltung, den Verzicht auf den Gedanken, die Wahlversammlungen für *unsere* Agitation auszunutzen. Indessen wird ein solcher passiver Boykott nicht einmal in der legalen, geschweige denn in der illegalen Presse von irgend jemandem propagiert. Parvus offenbart eine völlige Unkenntnis der politischen Fragen Rußlands, wenn er den passiven mit dem aktiven Boykott verwechselt, wenn er über den Boykott Betrachtungen anstellt, ohne auch nur mit einem Wort auf die *zweite Form des Boykotts* einzugehen.

Wir haben bereits wiederholt auf die bedingte Bedeutung des Terminus „aktiver Boykott“ hingewiesen und dabei festgestellt, daß die Arbeiter die Reichsduma nicht zu boykottieren brauchen, da die Reichsduma selbst die Arbeiter boykottiert. Den wahren Inhalt dieses bedingten Terminus haben wir jedoch von Anfang an, schon vor anderthalb Monaten, ganz klar bestimmt, als wir in Nr. 12 des „Proletari“, vor dem Erscheinen des Gesetzes über die Reichsduma, schrieben: „Im Gegensatz zur passiven Enthaltung muß der aktive Boykott eine verzehnfachte Agitation bedeuten, die Abhaltung von Versammlungen überall und allerorts, die Ausnutzung der Wahlversammlungen, sei es auch dadurch, daß man gewaltsam in sie eindringt, die Veranstaltung von Demonstrationen, politischen Streiks usw. usf.“ Und etwas weiter: „Aktiver Boykott“ (wir setzten diesen Terminus als einen bedingten Terminus in Anführungsstriche) „ist Agitation, Werbung, Organisation der revolutionären Kräfte in größerem Maßstab, mit verdoppelter Energie, unter dreifachem Druck.“

Das ist so klar ausgedrückt, daß es nur Menschen nicht verstehen konnten, die den politischen Fragen Rußlands völlig fremd gegenüberstehen, oder aber Menschen, die heillos verwirrt sind, Konfusionsräte, wie die Deutschen sagen.

Was will also Parvus nun eigentlich? Wenn er empfiehlt, in die Wählerversammlungen gewaltsam einzudringen, sie in Arbeiterversammlungen zu verwandeln, sozialdemokratische Fragen und den Aufstand zu erörtern, „anstatt darüber zu diskutieren, ob man Iwan Fomitsch oder Foma Iwanysch wählen soll“ (man beachte: „anstatt“, nicht zugleich, nicht außerdem), so empfiehlt er gerade den aktiven Boykott. Parvus ist, wie man sieht, ein kleines Malheur passiert: Er wollte durch die eine Tür gehen und öffnete die andere. Er erklärte der Boykottidee den Krieg, sprach sich aber selber (in der Frage der Wahlversammlungen) für den aktiven Boykott aus, d. h. für die einzige Form des Boykotts, die in der politischen Presse Rußlands zur Debatte stand.

Gewiß, Parvus könnte einwenden, daß bedingte Termini für ihn nicht bindend seien. Dieser Einwand wäre formal richtig, aber dem Wesen der Sache nach keineswegs stichhaltig. Man muß genau wissen, wovon die Rede ist. Um Worte werden wir nicht streiten, aber politische Termini, die sich in Rußland, am Ort der Handlung, bereits eingebürgert haben, sind eine vollendete Tatsache, mit der man rechnen muß. Ein sozialdemokratischer Schriftsteller im Ausland, dem es einfiele, diese Losungen, die sich am Ort der Handlung einbürgern, zu ignorieren, verriete damit nur eine äußerst beschränkte und erstarrte literatenhafte Selbstgefälligkeit. Wir wiederholen: Von einem anderen als dem aktiven Boykott hat niemand in Rußland gesprochen und niemand in der revolutionären Presse geschrieben. Parvus hätte das volle Recht, den Terminus zu kritisieren, seine bedingte Bedeutung abzulehnen oder anders zu deuten usw., aber sie zu ignorieren oder die bereits eingebürgerte Bedeutung zu entstellen heißt Verwirrung in die Frage hineinbringen.

Wir wiesen oben darauf hin, daß Parvus sagte: nicht zugleich, sondern anstatt. Parvus empfiehlt, nicht zugleich mit der Frage, ob man Foma oder Iwan wählen soll, auch unsere sozialdemokratischen Fragen und die Frage des Aufstands, sondern *anstatt* der Frage, wen man wählen soll, die Frage des Klassenkampfes und des Aufstands aufzuwerfen. Dieser Unterschied „nicht zugleich, sondern anstatt“ ist sehr wichtig, und es ist um so notwendiger, darauf einzugehen, als Parvus, wie aus dem weiteren Inhalt seines Artikels ersichtlich ist, vielleicht selbst daran dachte, sich zu korrigieren und zu sagen: nicht anstatt, sondern zugleich.

Wir haben zwei Fragen zu untersuchen: 1. Ist es in den Wahlversamm-

lungen möglich, „zugleich“ die Wahl von Iwan oder Foma und den Klassenkampf, den Sozialismus, den Aufstand zu erörtern? 2. Wenn das möglich ist, soll man dann zugleich die erste und die zweite Frage oder die zweite anstatt der ersten erörtern? Wer die russischen Verhältnisse kennt, dem wird es kaum schwerfallen, beide Fragen zu beantworten. In die Wahlversammlungen eindringen und sie in Arbeiterversammlungen verwandeln wird man gewaltsam tun müssen, d. h. indem man vor allem den Widerstand der Polizei und der Truppen bricht. In größeren Arbeiterzentren (wo allein die sozialdemokratische Arbeiterpartei darauf rechnen kann, eine wirklich breite Volksbewegung zu leiten) wird der Widerstand der Polizei und der Truppen am ernstesten sein. Davor die Augen zu verschließen, wäre unsererseits einfach dumm. Parvus sagt selbst, daß „die Wahlagitation jeden Augenblick in einen revolutionären Aufstand umschlagen kann“. Wenn dem so ist, dann sind wir verpflichtet, unsere Kräfte so zu berechnen und einzusetzen, daß sie eben der *Aufgabe des Aufstands* dienen, nicht aber der Aufgabe, bei den Wahlen zur Reichsduma unseren Einfluß für Foma und nicht für Iwan geltend zu machen. Wenn dem so ist, dann muß im Mittelpunkt unserer ganzen Agitationskampagne hinsichtlich der Reichsduma die Hauptlosung stehen: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, revolutionäre Regierung. Wenn dem so ist, dann sind wir verpflichtet, vor allem und am meisten gerade diese Losungen in sämtlichen Versammlungen zu propagieren und zu erläutern. Parvus schlägt sich daher wiederum selbst, wenn er einerseits „jeden Augenblick“ den Aufstand erwartet und andererseits über die Propagierung des Aufstands, die Analyse seiner Vorbedingungen, Mittel und Organe als den „Nerv“ der Dumakampagne keine Silbe sagt.

Weiter. Untersuchen wir einen anderen Fall, der in einzelnen, besonders in weniger großen Zentren möglich ist. Nehmen wir an, daß die Versuche, gewaltsam in eine Versammlung einzudringen, keinen ernstesten Kampf mit der Regierung hervorrufen und nicht zu einem Aufstand führen. Nehmen wir an, daß diese Versuche in einzelnen Fällen von Erfolg gekrönt sind. Dann darf man erstens die Einrichtung nicht vergessen, die *Belagerungszustand* heißt. Jeden Teilsieg des Volkes über die Polizei und die Truppen beantwortet die Regierung, was sogar Parvus bekannt sein dürfte, mit der Verhängung des Belagerungszustands. Schreckt uns diese Perspektive? Nein, denn das ist ein Schritt, der den Aufstand näher rückt und überhaupt

den ganzen Kampf verschärft. Schreckt das die Semstwoleute und die Dumawahlmänner im allgemeinen? Unbedingt, denn es erleichtert die Verhaftung der Miljukows und dient der Regierung als Vorwand, einen Teil der Wahlversammlungen, vielleicht sogar alle Versammlungen und die ganze Duma zu verbieten! Die Sache läuft also wieder darauf hinaus, daß die einen den Aufstand wünschen, ihn propagieren, ihn vorbereiten, für ihn agitieren, Kampfabteilungen für den Aufstand organisieren usw., während die anderen keinen Aufstand wollen, die Idee des Aufstands bekämpfen, die Propagierung des Aufstands als Wahnwitz und Verbrechen verurteilen usw. Sollte Parvus wirklich nicht wissen, daß diese „anderen“ alle *Oswoboshdenzen* sind, d. h. sogar die am weitesten links stehenden bürgerlichen Demokraten, die in die Duma gelangen können??

Weiß Parvus das aber, so muß er (zweitens) auch folgendes wissen. Einem gewaltsamen Eindringen in die Wählerversammlungen und ihrer Verwandlung in Arbeiterversammlungen werden nicht nur (mitunter sogar nicht so sehr) Polizei und Militär, sondern auch die *Semstwoleute*, die *Oswoboshdenzen selbst* Widerstand leisten. Davor die Augen zu verschließen, ist nur Kindern verzeihlich. Die *Semstwoleute* und *Oswoboshdenzen* stellen die Frage klarer und offener als manche Sozialdemokraten. Entweder bereitet man den Aufstand vor und macht ihn zum Mittelpunkt der Agitation und der gesamten Tätigkeit – oder man stellt sich auf den Boden der Duma und macht sie zur Grundlage des gesamten politischen Kampfes. Die *Semstwoleute* und *Oswoboshdenzen* haben diese Frage bereits entschieden, was wir von Nr. 12 des „Proletari“ an schon wiederholt vermerkt und hervorgehoben haben. Die *Semstwoleute* und *Oswoboshdenzen* gehen gerade dazu und nur dazu in die Versammlungen, um über die Wahl von Foma oder Iwan, von Petrunkewitsch oder Stachowitsch zu diskutieren, um ein Programm des „Kampfes“ (eines Kampfes in Anführungsstrichen, eines Kampfes in weißen Lakaienhandschuhen) auf dem Boden der Duma und keinesfalls des Aufstands anzunehmen. Die *Semstwoleute* und *Oswoboshdenzen* (wir nennen sie absichtlich in einem Atem, denn für eine politische Unterscheidung zwischen ihnen liegt kein Grund vor) werden natürlich nicht abgeneigt sein, in ihre Versammlung (nur dort und nur dann, wenn man das ohne Anwendung von Gewalt in irgendeiner bedeutendem Ausmaß tun können wird!!) auch Revolutionäre und Sozialdemokraten zuzulassen, falls sich unter den letzteren unkluge

Leute finden sollten, die bereit wären, zu versprechen, daß sie Foma gegen Iwan, Petrunkewitsch gegen Stachowitsch „unterstützen“ werden. Die Semstwoleute werden jedoch niemals dulden, daß ihre Versammlung „in eine Arbeiterversammlung verwandelt“, daß ihre Versammlung zu einer revolutionären Volksversammlung gemacht, daß von ihrer Tribüne offen und direkt zum bewaffneten Aufstand aufgerufen wird. Diese Binsenwahrheit vorzukauen, ist sogar ein wenig peinlich, aber Parvus und der „Iskra“ muß man sie vorkauen. Die Semstwoleute und Oswoboshdenzen werden sich einer solchen Ausnutzung ihrer Versammlungen unweigerlich widersetzen, obgleich diese bürgerlichen Krämer natürlich keinen gewaltsamen Widerstand leisten, sondern ungefährlichere, „friedlichere“ und hinterlistigere Mittel anwenden werden. Sie werden mit Leuten, die ihnen die Unterstützung Petrunkewitschs gegen Stachowitsch und Stachowitschs gegen Gringmut „durch das Volk“ versprechen, eine Abmachung ausschließlich unter der Bedingung treffen, daß die Wählerversammlung nicht in eine Arbeiterversammlung verwandelt und daß ihre Tribüne nicht zur Propagierung des Aufstands benutzt wird. Werden sie erfahren, daß Arbeiter in ihre Versammlung kommen (und das werden sie fast immer erfahren, denn Massendemonstrationen lassen sich nicht verbergen), so werden die einen von ihnen es glattweg der Behörde melden; die anderen werden die Sozialdemokraten zu überreden suchen, das nicht zu tun; die dritten werden zu den Gouverneuren rennen und ihnen versichern, daß sie „daran unschuldig“ sind, daß sie die Duma wollen und in die Duma wollen, daß sie durch den Mund ihres „loyalen Kollegen“, des Herrn Struve, die „wahnwitzige und verbrecherische“ Propagierung des Aufstands stets verurteilt haben; die vierten werden empfehlen, Ort und Zeit der Versammlung zu ändern; die fünften, die „kühnsten“ und politisch gerissensten, aber werden im Flüsterton erklären, daß sie sich freuen, die Arbeiter anzuhören, sie werden dem sozialdemokratischen Redner danken, vor dem „Volk“ Kratzfüße und Bücklinge machen, werden allen und jedem in einer hübschen, effektvollen und zu Herzen gehenden Rede versichern, daß sie immer für das Volk, von ganzer Seele für das Volk seien, daß sie nicht mit dem Zaren, sondern mit dem Volk gingen und daß „ihr“ Petrunkewitsch das schon vor langem erklärt habe. Sie werden auch sagen, daß sie mit dem sozialdemokratischen Redner „vollauf einverstanden“ seien, was die „Niederträchtigkeit und Nichtigkeit“ der Reichsduma an-



gehe, daß man jedoch — um mit den schönen Worten des hochverehrten Parlamentariers Parvus zu reden, der zu so gelegener Zeit die parlamentarischen Musterbeispiele der Vollmarschen Bündnisse zwischen Sozialdemokraten und Katholiken auf das unparlamentarische Rußland übertragen hat — „die Wahlagitation nicht behindern, sondern sie erweitern“ solle; sie zu erweitern, bedeute aber, das Schicksal der Reichsduma nicht sinnlos aufs Spiel zu setzen, sondern die Wahl von Foma gegen Iwan, von Petrunkewitsch oder Roditschew gegen Stachowitsch, von Stachowitsch gegen Gringmut usw. durch das ganze Volk zu „unterstützen“.

Kurzum, je dümmer und feiger die Semstwoleute sind, um so geringer ist die Aussicht, daß sie in ihrer Wahlversammlung Parvus anhören werden. Je klüger und mutiger die Semstwoleute sind, um so größer ist diese Aussicht, um so größer ist aber auch die Aussicht, daß Parvus, wenn er Foma gegen Iwan unterstützt, übertölpelt wird.

Nein, mein guter Parvus! Die Taktik des Parlamentarismus auf Rußland zu übertragen, solange es in Rußland kein Parlament gibt, bedeutet eine unwürdige Parlamentsspielerei zu treiben, bedeutet, sich aus einem Führer der revolutionären Arbeiter und aufgeklärten Bauern in einen Trabanten der Gutsbesitzer zu verwandeln. Zeitweilige Vereinbarungen legaler politischer Parteien, die es bei uns nicht gibt, durch geheime Abmachungen mit den Roditschew und Petrunkewitsch über ihre Unterstützung gegen Stachowitsch zu ersetzen, bedeutet Demoralisation unter die Arbeiter zu tragen. Offen vor die Massen hintreten kann die sozialdemokratische Partei aber vorläufig nicht, während die radikaldemokratische Partei es teils nicht kann, teils nicht will, und wohl häufiger nicht will als nicht kann.

Die offene und klare Losung der Semstwoleute und Oswoboshdenzen: Nieder mit der verbrecherischen Propagierung des Aufstands, für die Arbeit in der Duma und durch die Duma! müssen wir mit der offenen und klaren Losung beantworten: Nieder mit den bürgerlichen Verrätern an der Freiheit, den Herren Oswoboshdenzen und Co., nieder mit der Duma, es lebe der bewaffnete Aufstand!

Die Losung des Aufstands mit der „Beteiligung“ an der Wahl von Foma oder Iwan zu verbinden, bedeutet nichts anderes, als unter dem Vorwand einer „breiten“ und „vielseitigen“ Agitation, „elastischer“ und „hellschärfer“ Losungen Verwirrung zu stiften, denn in der Praxis ist eine

solche Verbindung Manilowerei. In der Praxis wird ein Auftreten von Parvus und Martow vor den Semstwoleuten, um Petrunkewitsch gegen Stachowitsch zu „unterstützen“ (vorausgesetzt, daß sich dieses Auftreten ausnahmsweise verwirklichen läßt), kein offenes Auftreten vor den Volksmassen, sondern ein Auftreten übertölpelter Arbeiterführer vor einer Handvoll Verräter an den Arbeitern hinter den Kulissen sein. Theoretisch, oder vom Standpunkt der allgemeinen Grundlagen unserer Taktik, ist die Verbindung dieser Losungen jetzt, im gegebenen Augenblick, eine Abart des parlamentarischen Kretinismus. Für uns revolutionäre Sozialdemokraten ist der Aufstand keine absolute, sondern eine konkrete Losung. Wir haben sie 1897 zurückgestellt, wir haben sie 1902 im Sinne einer allgemeinen Vorbereitung aufgestellt und erst 1905, nach dem 9. Januar, als direkte Aufforderung auf die Tagesordnung gesetzt. Wir vergessen nicht, daß Marx 1848 für den Aufstand war, aber 1850 die Phantastereien und Phrasen über einen Aufstand verurteilt hat<sup>80</sup>, daß Liebknecht bis zum Krieg 1870/71 die Teilnahme am Reichstag verurteilt, nach dem Krieg aber selbst daran teilgenommen hat. Wir haben von vornherein, in Nr. 12 des „Proletari“, festgestellt, daß es lächerlich wäre, wollte man geloben, in Zukunft nicht auf dem Boden der Duma zu kämpfen. Wir wissen, daß nicht nur das Parlament, sondern auch die Parodie auf ein Parlament, solange die Vorbedingungen für einen Aufstand nicht gegeben sind, zum Hauptzentrum der gesamten Agitation werden kann, und zwar für die ganze Zeit, solange an einen Volksaufstand nicht zu denken ist.

Wir verlangen jedoch eine klare und eindeutige Fragestellung. Glaubt ihr, daß die Epoche der Aufstände für Rußland vorüber ist, so sagt es und verteidigt offen eure Ansicht. Wir werden sie unter dem Gesichtspunkt der konkreten Verhältnisse allseitig und ruhig beurteilen und erörtern. Sprecht ihr aber selber davon, daß ein Aufstand „jeden Augenblick“ möglich, daß er notwendig ist, so brandmarken wir all und jede Äußerung gegen den aktiven Dumaboykott als klägliche Manilowerei und werden sie als solche brandmarken. Ist der Aufstand möglich und notwendig, so müssen wir gerade ihn zur zentralen Losung unserer ganzen Kampagne um die Duma machen, so müssen wir in jedem Oswoboshdenzen, der vor dieser Losung des Aufstands zurückscheut, die käufliche Seele des „Frankfurter Parlamentsschwätzers“ enthüllen. Ist der Aufstand

möglich und notwendig, so bedeutet das, daß es keinerlei legales Zentrum für den legalen Kampf um die Ziele des Aufstands gibt, und durch Manilowsche Phrasen kann man es nicht ersetzen. Ist der Aufstand möglich und notwendig, so bedeutet das, daß die Regierung „das Bajonett auf die Tagesordnung gesetzt“, den Bürgerkrieg eröffnet und den Belagerungszustand als Antikritik der demokratischen Kritik ins Feld geführt hat. Unter solchen Umständen das „fast parlamentarische“ Aushängeschild der Reichsduma ernst zu nehmen und im Dunkeln, im Flüsterton, unter vier Augen mit den Petrunkevitch Parlamentsspielerei zu treiben, bedeutet die Politik des revolutionären Proletariats durch das Politikasterium komödiantenhafter Intellektueller zu ersetzen!

Nachdem wir die grundlegende Falschheit in der ganzen Position von Parvus nachgewiesen haben, genügt es, wenn wir nur noch kurz auf einzelne, besonders krasse Äußerungen dieser Falschheit eingehen. „Vor den Wahlen oder nach den Wahlen“, schreibt Parvus, „wird in Verbindung mit der Reichsduma eine gesetzliche Basis für das Bestehen politischer Parteien geschaffen.“ Das stimmt nicht. In Wirklichkeit wird *jetzt* eine „gesetzliche Basis“ für die Verfälschung der Wahlen durch die Regierung geschaffen. Diese Basis ist: 1. der Landeshauptmann (die bäuerlichen Wahlen liegen vollkommen in seiner Hand); 2. die Geheimpolizei (Verhaftung Miljukows); 3. der Belagerungszustand. Wenn *in Wirklichkeit*, und nicht im Munde von Literaten, „eine gesetzliche Basis für das Bestehen politischer Parteien“ (darunter auch der SDAPR) geschaffen sein wird, dann werden wir verpflichtet sein, die ganze Frage des Aufstands von neuem zu prüfen, denn für uns ist der Aufstand nur eines der wichtigen, aber durchaus nicht immer obligatorischen Mittel, ein freies Feld zum Kampf für den Sozialismus zu erobern.

„Es ist notwendig, unverzüglich nicht als einzelne Gesellschaftsgruppen, nicht als Juristen, Ingenieure oder Semstwoleute, sondern offiziell und offen als liberale, demokratische oder sozialdemokratische Partei aufzutreten. Die Vertreter verschiedener Richtungen können in dieser Beziehung miteinander Vereinbarungen treffen, wie einzelne Parlamentsfraktionen Vereinbarungen treffen.“

Ja, sie können das tun, aber nicht offen — denn wenn Parvus Trepow vergessen hat, so hat Trepow Parvus nicht vergessen —, sondern nur

geheim. Was Parvus als parlamentarische Vereinbarung bezeichnet (die für Sozialdemokraten in einem *parlamentarischen* Land mitunter notwendig ist), das ist im heutigen Rußland, im September 1905, die verabscheuungswürdigste Parlamentsspielerei. Die Verräter an der Revolution rücken jetzt die Vereinbarung zwischen den Oswohoschen und den Revolutionären in den Vordergrund, die Anhänger der Revolution dagegen die Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten und allen revolutionären Demokraten, d. h. den Anhängern des Aufstands. Wenn die neue „Iskra“, Parvus und Plechanow\* jetzt eine „parlamentarische“ Vereinbarung mit den Oswohoschen treffen (die eine Partei gegründet haben, siehe den Artikel „Die Freunde haben sich gefunden“\*\*), so werden wir öffentlich erklären, daß diese Sozialdemokraten jegliches Gefühl für die Wirklichkeit verloren haben und über Bord geworfen werden müssen. Wir werden dann mit den revolutionären Demokraten auf dem Boden der gemeinsamen Agitation für den Aufstand, seiner Vorbereitung und Durchführung eine Vereinbarung treffen.

Wir haben bereits in der Kritik der neuiskristischen Resolutionen (Lenin: „Zwei Taktiken“) gezeigt, daß die „Iskra“ zum liberalen Gutsbesitzer hinabsinkt, während der „Proletari“ den revolutionären Bauern emporhebt und aufrüttelt.\*\*\*

„Es ist notwendig, daß jede Partei ihr Wahlkomitee zur Leitung der Wahlen im ganzen Lande organisiert. Es ist notwendig, daß sich die Parteien über praktische Maßnahmen verständigen, um für die Zeit der Wahlen die Rede-, Versammlungs- usw. Freiheit zu erweitern. Es ist notwendig, daß sie sich durch gemeinsame politische Verantwortung binden“ (hört, hört, Genossen Arbeiter! Die Neuiskristen wollen euch an die Petrunkewitsch binden! Nieder mit den Petrunkewitsch! Nieder mit den Neuiskristen!), „so daß, wenn der offizielle Vertreter einer politischen Partei als solcher polizeilich verfolgt oder gerichtlich belangt wird, die Vertreter

\* Anmerkung: Wir erwähnen Plechanow, weil er in der Presse erklärt hat, die Taktik der „Iskra“ sei besser als die des „Proletari“. Es stimmt, daß Plechanow dabei *kein Wort* verlor über die Resolutionen der Neuiskristen und des III. Parteitags, aber wenn sich ein sozialdemokratischer Schriftsteller dreht und wendet, so mindert das seine Schuld nicht, sondern vergrößert sie.

\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 249–251. *Die Red.*

\*\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 34. *Die Red.*

aller anderen (!) Parteien sich mit ihm solidarisch erklären und alle zusammen einen Volksprotest (??) und, wenn möglich (hört, hört!), einen Volksaufstand zu seinem Schutze organisieren (!).“

Viel Glück auf den Weg, lieber Parvus! Organisieren Sie Proteste und einen Aufstand mit Petrunkewitsch (Demokrat) und Stachowitsch (Liberaler) — unsere Wege haben sich geschieden. Wir werden *das* mit den revolutionären Demokraten tun. Nur ändert bei dieser Gelegenheit auch eure Losungen, verehrte Helden „parlamentarischer Vereinbarungen“. Anstatt: „der Aufstand ist notwendig“, sagt: „der Aufstand soll, *wenn möglich*, die Proteste ergänzen“. Dann werden alle Oswoboshdenzen mit euch einverstanden sein! Anstatt der Losung „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht“ stellt die Losung auf: „die Regierung soll, *wenn möglich*, eine direkte, gleiche, allgemeine und geheime Abstimmung sichern“. Viel Glück auf den Weg, meine Herren! Wir werden geduldig warten, bis Parvus, Petrunkewitsch, Stachowitsch und Martow zum Schutze Miljukows „einen Volksprotest und, wenn möglich, einen Volksaufstand organisieren“. Es ist ja, meine Herren, in unserer „fast parlamentarischen“ Epoche viel zeitgemäßer, Herrn Miljukow zu schützen, als Hunderte und Tausende verhafteter und verprügelter Arbeiter!...

Parvus erklärt kategorisch: „Wir haben keinerlei Aussicht, selbständig unsere Vertreter in die Duma zu bringen.“ Nichtsdestoweniger schreibt er: „Wenn sich zeigt, daß die Wahlkomitees nicht zu verwirklichen sind, so müssen wir dennoch alle Anstrengungen machen, eigene Kandidaturen aufzustellen.“ Trotz des Zensus, glaubt Parvus, „ist in einzelnen Fällen die Möglichkeit sozialdemokratischer Kandidaturen nicht ausgeschlossen“. „Eine oder zwei sozialdemokratische Kandidaturen, wo immer es auch sei, werden zur politischen Losung für das ganze Land werden.“

Wir danken wenigstens für die Klarheit. Aber was hält euch zurück, meine Herren? Die Zeitung „Rus“ hat längst ihre Kandidaturen aufgestellt, die Kandidaturen aller dieser Stachowitsch, Petrunkewitsch und sonstigen Verräter an der Revolution, die um die Gunst der Herren Durnowo betteln. Weshalb schweigt denn die Zeitung „Iskra“? Warum geht sie nicht von Worten zu Taten über? Warum stellt sie nicht die Kandidaturen von Axelrod, Starower, Parvus und Martow für die Reichsduma auf? Probiert es, meine Herren, macht einen Versuch, ein experimentum

in corpore vili.\* Probiert es, und wir werden sogleich sehen, wer von uns recht hat: Ob ihr recht habt, die ihr glaubt, daß diese Kandidaten zur „Losung für das ganze Land“ werden, oder wir, die wir glauben, daß diese Kandidaten gegenwärtig nur die Rolle von Hanswürsten spielen werden?

Parvus schreibt: „Die Regierung hat einer Handvoll Menschen das Wahlrecht zu einer Institution gegeben, die die Angelegenheiten des gesamten Volkes verwalten sollte. Dies erlegt den künstlich herausgesuchten Wählern die Pflicht auf, ihr exklusives Recht nicht nach persönlicher Willkür“ (sondern nach Klassen- oder Parteiwillkür?), „sondern unter Berücksichtigung der Meinung der Volksmassen auszuüben. Sie an diese Pflicht zu erinnern, sie zu zwingen (!), ihr nachzukommen, das ist unsere Aufgabe, für deren Erfüllung wir vor keinerlei Mitteln haltmachen dürfen.“

Diese Betrachtung, die natürlich durch die Versicherung ergänzt wird, daß die Taktik des (aktiven) Boykotts mangelnden Glauben an die „revolutionären Kräfte des Landes“ (sic!) zum Ausdruck bringe, ist grundfalsch. Sie ist ein Musterbeispiel sentimental-bürgerlicher Fragestellung, gegen die sich alle Sozialdemokraten auflehnen müssen. Parvus' Betrachtung ist bürgerlich, denn er übersieht den Klassencharakter der Duma: die Vereinbarung zwischen Bourgeoisie und Selbstherrschaft. Parvus' Betrachtung ist eine hohle, sentimentale Phrase, denn er nimmt, sei es auch nur für einen Augenblick, die verlogenen Worte der Oswoboshdenzen ernst, daß sie „der Meinung der Volksmassen Rechnung tragen“ wollen. Der ehrenwerte Parvus ist um etwa drei Jahre zu spät gekommen. Als die Liberalen weder ein Presseorgan noch eine illegale Organisation besaßen, wir aber das eine wie das andere hatten, förderten wir ihre politische Entwicklung. Und dieses Verdienst wird die Geschichte aus der Tätigkeit der Sozialdemokratie nicht streichen. Jetzt aber sind die Liberalen aus politischen Säuglingen zu Hauptmachern der Politik geworden, sie haben durch die Tat gezeigt, daß sie die Revolution verraten. Wenn man jetzt das Hauptaugenmerk nicht darauf richtet, den Verrat der bürgerlichen „Vereinbarer“ anzuprangern, sondern darauf, sie an ihre „Pflicht“ zu erinnern, daß sie die Sache (*nicht der Bourgeoisie, sondern*) des ganzen Volkes zu vertreten haben, so heißt das, sich in Trabanten der Oswoboshdenzen zu verwandeln! Denn nur die Oswoboshdenzen können ernstlich den Aus-

\* Ein Versuch am gemeinen Körper, ein Versuch, der nichts kostet. *Die Red.*

druck der „revolutionären Kräfte des Landes“ in der Reichsduma suchen. Die Sozialdemokratie weiß, daß wir jetzt bestenfalls erreichen können, die verräterischen Bemühungen der Bourgeoisie zu neutralisieren, zu paralisieren. Die Semstwoleute und Oswoboshdenzen sind nicht die „revolutionäre Kraft des Landes“, und es ist eine Schande, das nicht zu wissen, Genosse Parvus! Die revolutionäre Kraft sind jetzt, in der demokratischen Revolution, nur das Proletariat und die gegen die Gutsbesitzer kämpfende Bauernschaft.

Die schönste Perle unter all den Perlen des bemerkenswerten Artikels von Parvus ist seine Formulierung der *Bedingungen* für die Unterstützung der Oswoboshdenzen durch das Proletariat. „Es ist notwendig“, schreibt Parvus, „die Kandidaten der Opposition, die unserer Unterstützung teilhaftig werden wollen, auf bestimmte politische Forderungen zu verpflichten.“ (Das ist kein Russisch, sondern eine schlechte Übersetzung aus dem Deutschen, aber der Sinn ist immerhin klar.) „Solche könnten beispielsweise sein: 1. in der Duma selbst ihre sofortige Auflösung und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen usw. Wahlrechts fordern; 2. der Regierung alle militärischen und finanziellen Mittel verweigern, solange diese Forderung nicht erfüllt wird.“

Von Stufe zu Stufe tiefer. Wer einmal ausgerutscht und auf die schiefe Ebene geraten ist, der gleitet unaufhaltsam weiter hinab. Unsere außerhalb der beiden Teile der Partei stehenden Übermenschen vom Schlage Parvus' und Plechanows setzen sich erhaben über dieselben Resolutionen der Neutiskristen hinweg, für die sie moralisch und politisch verantwortlich sind. Diese Übermenschen dünken sich höherstehend als die „Mehrheit“ und die „Minderheit“: in Wirklichkeit stehen sie tiefer als diese und jene, denn zu allen Unzulänglichkeiten der Mehrheit gesellen sich bei ihnen noch alle Unzulänglichkeiten der Minderheit und alle Unzulänglichkeiten eines Überläufers.

Man nehme Parvus. Er ging die ganze Zeit Hand in Hand mit der „Iskra“, sogar dann, als der Plan der Semstwokampagne und der 9. Januar ihm für kurze Zeit die Augen über ihre opportunistische Haltung öffneten. Nichtsdestoweniger wollte Parvus als „Versöhnler“ gelten, vermutlich deshalb, weil ihn, als er nach dem 9. Januar die Losungen der provisorischen Regierung zu verkünden begann, die Bolschewiki korrigieren und auf das Phrasenhafte seiner Losungen hinweisen mußten. Ohne den

Zaren, und eine Arbeiterregierung! rief Parvus unter dem Eindruck des 9. Januar. Ohne das Volk, und eine liberale Duma! das ist es, worauf seine jetzige „Taktik“ nach dem 6. August hinausläuft. Nein, Genosse, auf der Stimmung des Augenblicks, auf der Anbetung des Augenblicks werden wir unsere Taktik nicht aufbauen!

Parvus hat jetzt „neue“ Bedingungen für die Liberalen ausgetüftelt. Die armen Neuskristen, wie aufreibend ist für sie das Austüfteln von „Bedingungen“ für eine Vereinbarung mit den Oswoboshdenzen! Starover hat sich auf dem II. Parteitag (siehe seine Resolution, die vom III. Parteitag aufgehoben wurde) Bedingungen ausgedacht, die sofort zum Teufel gingen, denn weder im Plan der Semstwokampagne noch jetzt sind diese Bedingungen von irgendeinem Neuskristen, der über eine „Vereinbarung“ mit den Oswoboshdenzen geschrieben hat, vollinhaltlich aufgestellt worden. Die Konferenz der Neuskristen hat in der Resolution über das Verhältnis zu den Liberalen andere, strengere Bedingungen aufgestellt. Der Neuskrist Parvus trägt für diese Resolution die moralische Verantwortung — aber was kümmern sich Literaten, die sich Übermenschen dünken, schon um irgendwelche Resolutionen, die unter Mitwirkung von verantwortlichen Vertretern des Proletariats ausgearbeitet worden sind! Übermenschen pfeifen auf Parteiresolutionen!

In der Resolution der Neuskristen über das Verhältnis zu den oppositionellen Parteien steht schwarz auf weiß geschrieben, daß die Sozialdemokratie „von allen Feinden des Zarismus fordert“:

„1. Energische und eindeutige Unterstützung jeder entschlossenen Aktion des organisierten Proletariats, die darauf gerichtet ist, dem Zarismus neue Schläge zu versetzen.“

Parvus empfiehlt eine „Vereinbarung“ mit den Oswoboshdenzen und das Versprechen, sie zu „unterstützen“, ohne etwas Derartiges zu verlangen.

„2. Offene Anerkennung und vorbehaltlose Unterstützung der Forderung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen usw. Stimmrechts und offenes Vorgehen gegen alle jene Parteien und Gruppen, die danach trachten, die Rechte des Volkes zu beschneiden, sei es durch Beschränkung des Wahlrechts, sei es durch Unterschiebung einer gnädig gewährten monarchischen Verfassung an Stelle einer konstituierenden Versammlung.“



Den ganzen zweiten Teil dieser Bedingungen erkennt Parvus nicht an. Er läßt sogar die Frage, von wem die Oswoboshdenzen in der Duma die „Einberufung“ der konstituierenden Versammlung „fordern“ sollen, völlig im dunkeln. Wohl vom Zaren? Weshalb sie denn nicht selbst einberufen, ihr ehrenwerten Helden „parlamentarischer Vereinbarungen“? Oder seid ihr jetzt schon nicht mehr gegen eine „gnädige Gewährung“?

„3. Entschiedene Unterstützung des Kampfes, den die Arbeiterklasse gegen die Regierung und die Kapitalmagnaten für die Streik- und Koalitionsfreiheit führt.“

Von dieser „Bedingung“ befreit Parvus die Oswoboshdenzen vermutlich im Hinblick auf die Einberufung der Duma und die Schädlichkeit der Taktik: „Je schlimmer, desto besser“ (obgleich Parvus, als wollte er sich über den Leser lustig machen, gleich hinterher versichert, daß es schlimmer wäre, wenn die Duma gesetzgeberische Rechte besäße, d. h., daß ein Schritt zum Besseren und namentlich jener, den die Oswoboshdenzen anstreben, ein Schritt zum Schlechteren sei!!).

„4. Offenen Widerstand gegen alle Versuche der Regierung und des Feudaladels, die revolutionäre Bauernbewegung durch barbarische Gewaltmaßnahmen gegen die Person und gegen den Besitz des Bauern zu unterdrücken.“

Mein wackerer Parvus, weshalb haben Sie diese Bedingung vergessen? Sollten Sie wirklich nicht damit einverstanden sein, jetzt diese ausgezeichnete Forderung an Petrunkevitch zu stellen? an Stachowitsch? an Roditschew? an Miljukow? an Struve?

„5. Verzicht auf die Unterstützung jedweder Maßnahmen, die den Zweck haben, im freien Rußland ganz gleich welche Beschränkungen der Rechte einzelner Nationalitäten und ganz gleich welche Spuren der nationalen Unterdrückung aufrechtzuerhalten;

und 6. aktive Beteiligung an der Selbstbewaffnung des Volkes zum Kampf gegen die Reaktion und Unterstützung der Sozialdemokratie bei ihren Versuchen, den bewaffneten Massenkampf zu organisieren.“

*Mein wackerer Parvus, weshalb haben Sie diese Bedingungen vergessen?*

## DIE LIBERALEN VERBÄNDE UND DIE SOZIALDEMOKRATIE<sup>81</sup>

Welche Bedeutung haben die „Berufs“verbände der Intellektuellen für das Proletariat? Und sollten wir Sozialdemokraten ihnen nicht beitreten, um gegen die Trübung des Klassenbewußtseins der Arbeiter zu kämpfen?

Die „Berufs“verbände der Intellektuellen und der „Verband der Verbände“ sind politische Organisationen. Faktisch sind das *liberale* Verbände. Im großen und ganzen sind das Verbände, die den Kern der sogenannten konstitutionell-demokratischen, d. h. der bürgerlich-liberalen Partei ausmachen. Uns fällt jetzt eine sehr ernste Pflicht zu: die *partei-mäßige* Erziehung des Proletariats und den Zusammenschluß seines Vortrups zu einer wirklichen politischen Partei, einer von allen anderen Parteien *unbedingt* unabhängigen, unbedingt selbständigen Partei mit allen Kräften zu fördern. Wir müssen uns deshalb zu allen Schritten, die in die klaren und bestimmten Verhältnisse zwischen den Parteien Verwirrung hineinragen können, äußerst vorsichtig verhalten. Die ganze liberale Bourgeoisie bietet jetzt alles auf, um die Bildung einer vollauf selbständigen Klassenpartei des Proletariats zu verhindern, um die *gesamte* „Befreiungs“bewegung in dem einen Strom des Demokratismus zu „vereinen“ und zu „verschmelzen“ und so den *bürgerlichen* Charakter dieses Demokratismus zu verschleiern.

Unter diesen Umständen den liberalen Verbänden beizutreten, wäre seitens der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ein großer Fehler, der sie in die äußerst schiefe Lage von Mitgliedern zweier verschiedener und feindlicher Parteien brächte. Man kann nicht zwei Herren dienen. Man kann nicht Mitglied zweier Parteien sein. Beim Fehlen politischer Freiheit und im Dunkel des Selbstherrschaftssystems kann man die Par-

teien leicht verquicken, und die Interessen der Bourgeoisie *erfordern* eine solche Verquickung. Die Interessen des Proletariats aber *erfordern* eine genaue und klare Abgrenzung der Parteien. Und Garantien dafür, daß die sozialdemokratischen Gruppen, die den „Berufs“verbänden der Intellektuellen beitreten, ihre volle Selbständigkeit bewahren, nur der SDAPR und keiner anderen Partei angehören und über jeden ihrer Schritte *ihrer* Parteiorganisation Rechenschaft ablegen – solche Garantien, und zwar reale und nicht bloß in Worten, können gegenwärtig nicht gegeben werden. In neunundneunzig von hundert Fällen dürfte es solchen Mitgliedern nicht gelingen, ihre Selbständigkeit zu bewahren, und sie werden ihre Zuflucht zu „Schlichen“ nehmen müssen, die vom Standpunkt ihrer Ergebnisse nutzlos, für das noch junge eigene *Partei*bewußtsein der Arbeiter aber demoralisierend und daher schädlich sind.

„Proletari“ Nr. 18,  
26. (13.) September 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## VON DER VERTEIDIGUNG ZUM ANGRIFF

Der Sonderberichterstatter der soliden konservativen Zeitung „Temps“ telegraphierte dieser Zeitung am 21. (8.) September aus Petersburg:

„In der vorgestrigen Nacht überfiel eine Gruppe von 70 Personen das Rigaer Zentralgefängnis, durchschnitt die Telefonlinien und drang mittels Strickleitern in den Gefängnishof ein, wo nach heißem Handgemenge zwei Gefängniswärter getötet und drei schwer verletzt wurden. Die Manifestanten befreiten dann zwei politische Gefangene, die vor dem Kriegsgericht standen und das Todesurteil erwarteten. Während der Verfolgung der Manifestanten, denen es mit Ausnahme von zweien, die verhaftet wurden, zu entkommen gelang, wurden ein Polizeiagent getötet und einige Polizisten verwundet.“

Es geht also immerhin vorwärts! Die Bewaffnung macht, ungeachtet der unermesslichen, jeder Beschreibung spottenden Schwierigkeiten, immerhin Fortschritte. Der individuelle Terror, dieses Produkt der intelligenzlerischen Schwäche, versinkt ins Reich der Vergangenheit. Anstatt daß man Zehntausende Rubel und eine Menge revolutionärer Kräfte für die Ermordung irgendeines Sergej (der Moskau kaum schlechter revolutionierte als viele Revolutionäre), für einen Mord „im Namen des Volkes“ aufwendet, beginnen jetzt Kampfhandlungen *zusammen mit dem Volk*. Das ist der Augenblick, in welchem die Pioniere des bewaffneten Kampfes nicht nur in Worten, sondern in der Tat mit der Masse verschmelzen, an die Spitze der Kampfgruppen und Kampfabteilungen des Proletariats treten und mit Feuer und Schwert des Bürgerkriegs *Dutzende von Volksführern* erziehen, die morgen, wenn sich die Arbeiter zum Aufstand erheben, dank ihrer Erfahrung und ihrer heroischen Kühnheit Tausenden und Zehntausenden von Arbeitern zu helfen vermögen.

Wir grüßen die Helden der revolutionären Rigaer Kampfabteilung! Möge ihr Erfolg den sozialdemokratischen Arbeitern ganz Rußlands zur

Ermutung und als Vorbild dienen. Ein Hoch den Vorkämpfern der revolutionären Volksarmee!

Man sieht, von welchem Erfolg, sogar rein militärisch betrachtet, das Unternehmen der Rigaer gekrönt war. Der Feind hat drei Tote und wahrscheinlich fünf bis zehn Verwundete. Unsere Verluste: im ganzen zwei Mann, wahrscheinlich verwundet und deshalb vom Feinde gefangen genommen. Unsere Trophäen: zwei der Gefangenschaft entrissene revolutionäre Führer. Das ist doch ein glänzender Sieg!! Das ist ein wirklicher Sieg nach einer Schlacht mit dem bis an die Zähne bewaffneten Feind. Das ist keine Verschwörung mehr gegen irgendeine verhaßte Person, kein Racheakt, kein Verzweiflungsausbruch und keine bloße „Abschreckung“ — nein, das ist schon der wohldurchdachte und vorbereitete, die Kräfteverhältnisse berücksichtigende Beginn von Aktionen der Abteilungen einer revolutionären Armee. Die Zahl solcher Abteilungen in einer Stärke von 25 bis 75 Mann kann in jeder großen Stadt, oft auch in den Vororten einer Großstadt, auf einige Dutzend gebracht werden. Die Arbeiter werden diesen Abteilungen zu Hunderten beitreten, man muß nur sofort darangehen, diese Idee weitgehend zu propagieren, diese Abteilungen aufzustellen, sie mit jeder Art Waffen zu versorgen, von Messern und Revolvern bis zu Bomben, und diese Abteilungen militärisch zu schulen und auszubilden.

Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, da in Ermangelung eines revolutionären Volkes einzelne revolutionäre Terroristen die Revolution „machten“. Die Bombe hat aufgehört, die Waffe einzelner „Bombisten“ zu sein. Sie wird zum *unentbehrlichen Zubehör der Volksbewaffnung*. Mit der veränderten Kriegstechnik müssen und werden sich auch die Methoden und Mittel des Straßenkampfes verändern. Wir alle studieren jetzt (und tun gut daran) den Bau von Barrikaden und die Kunst, sie zu verteidigen. Doch über dieser nützlichen alten Sache darf man die neueste Entwicklung der Kriegstechnik nicht vergessen. Der Fortschritt in der Verwendung von Sprengstoffen hat auf dem Gebiet der Artillerie eine Reihe von Neuheiten mit sich gebracht. Die Japaner waren den Russen zum Teil auch deshalb überlegen, weil sie viel besser mit Sprengstoffen umzugehen verstanden. Die weitgehende Anwendung stärkster Sprengstoffe ist eine höchst charakteristische Besonderheit des letzten Krieges. Und die Japaner, diese jetzt in der ganzen Welt allgemein anerkannten Meister der Kriegskunst, gingen auch zur *Handbombe* über, die sie gegen Port Arthur vortrefflich zum

Einsatz brachten. Lernen wir also von den Japanern! Lassen wir wegen der schweren Mißerfolge bei den Versuchen, massenhaft Waffen zu beschaffen, den Mut nicht sinken! Keinerlei Mißerfolge werden die Energie jener brechen, die ihre enge Verbindung mit der revolutionären Klasse fühlen und im Leben sehen, die sich bewußt sind, daß sich jetzt tatsächlich das ganze Volk für ihre nächsten Kampfziele erhoben hat. Die Herstellung von Bomben ist überall und allerorts möglich. Sie erfolgt jetzt in Rußland in weit größerem Umfang, als jeder von uns weiß (und jedes Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation kennt bestimmt mehr als ein Beispiel der Einrichtung von Werkstätten). Sie erfolgt in unvergleichlich größerem Umfang, als die Polizei weiß (diese aber weiß sicher mehr als die Revolutionäre in den einzelnen Organisationen). Keine Macht wird den Abteilungen einer revolutionären Armee widerstehen können, die mit Bomben bewaffnet sind, die unversehens eines Nachts gleichzeitig mehrere solcher Überfälle wie den Rigaer durchführen und in deren Gefolge — das ist die letzte und wichtigste Bedingung — sich Hunderttausende von Arbeitern erheben werden, die den „friedlichen“ neunten Januar nicht vergessen haben und sich leidenschaftlich nach einem *bewaffneten* neunten Januar sehnen.

Dahin treiben offensichtlich die Dinge in Rußland. Man denke sich hinein in die Meldungen der legalen Zeitungen über Bomben, die in Reisekörben friedlicher Schiffspassagiere gefunden wurden. Man lese sich hinein in die Nachrichten über die *Hunderte* von Überfällen auf Polizisten und Militärs, über die *Dutzende* auf der Stelle Getöteter, die Dutzende Schwerverwundeter während der letzten zwei Monate. Sogar die Korrespondenten des verräterischen bürgerlichen „Oswoboshdenije“, das die „wahnwitzige“ und „verbrecherische“ Propagierung des bewaffneten Aufstands eifrig verurteilt, geben zu, daß tragische Ereignisse noch nie so nahe bevorstanden wie heute.

An die Arbeit denn, Genossen! Möge jeder auf seinem Posten sein! Möge jeder Arbeiterzirkel daran denken, daß die Ereignisse, wenn nicht heute, so morgen von ihm die führende Teilnahme am letzten und entscheidenden Kampf verlangen können!

## ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE

In Nr. 15 des „Proletari“ war als Musterbeispiel einer sogenannten „revolutionären Selbstverwaltung“ (von der „Iskra“ mit der Losung des Volksaufstands durcheinandergebracht) bereits die entschlossene Haltung der Smolensker Duma vermerkt worden\*, die die Einquartierung von Kosaken in der Stadt für ungesetzlich erklärte, die Auszahlung von Geld an sie einstellte, zum Schutz der Einwohnerschaft eine städtische Miliz organisierte und die Soldaten in einem Aufruf vor Gewalttätigkeiten gegen die Bürger warnte. Als weitere Illustration derselben Idee und zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage bringen wir aus „l'Humanité“ eine ähnliche Resolution, die von der Kertscher Duma anlässlich des kürzlich in der Stadt durchgeführten Pogroms angenommen wurde.

Die Duma beschloß: 1. der jüdischen Einwohnerschaft wegen der von ihr erlittenen Opfer (an Getöteten und Verwundeten) und materiellen Verluste das Beileid auszusprechen; 2. für das städtische Gymnasium zum Gedenken der während der Unruhen getöteten Schüler zwei Stipendien zu stiften; 3. unverzüglich die Auszahlung von städtischen Geldern für den Unterhalt der Polizei einzustellen, da die Ortsbehörden unfähig und wenig geneigt waren, Leben und Besitz der Einwohnerschaft zu schützen; 4. an die armen, von den Unruhen am meisten betroffenen Juden eine Summe von 1500 Rubel zu verteilen; 5. dem Hafenkapitän, als dem einzigen örtlichen Beamten, der aus Menschlichkeit mit großer Energie ein weiteres Massengemetzel verhütete, ihre Sympathie zu bekunden; 6. den Innenminister von dem gesetzwidrigen Verhalten der Behörden während der Unruhen in Kenntnis zu setzen und eine Untersuchung durch den Senat zu fordern.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 215/216. Die Red.

Insofern die Kertscher Duma den ihr durch das Gesetz gezogenen Rahmen der Dumakompetenz eigenmächtig erweitert, insofern sie sich an dem allgemeinen revolutionären Leben des gesamten Staates beteiligt, beschreitet sie den Weg einer wahrhaft „revolutionären Selbstverwaltung“. Aber wo sind die *Garantien*, daß sich diese Selbstverwaltung in eine Selbstverwaltung des „Volkes“ verwandeln wird? Und geziemt es uns Sozialdemokraten, dieses „Stückchen Revolution“ als Hauptlösung in der Agitation herauszustellen, oder müssen wir den vollen und entscheidenden Sieg der Revolution propagieren, der ohne einen Aufstand unmöglich ist?

„Proletari“ Nr. 18,  
26. (13.) September 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.



---

## VON DER REDAKTION DES ZENTRALORGANS DER SDAPR

Genossen! Wir möchten eure Aufmerksamkeit auf eine Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen dem Zentralorgan und den Lokalblättern auf dem Gebiet der Agitation richten. Sehr häufig beschuldigt man das ZO, es sei von der Bewegung isoliert, sei nicht populär usw. usf. Diese Vorwürfe enthalten natürlich einen Teil Wahrheit, und wir wissen ausgezeichnet, wie unzureichend in dieser kritischen Zeit unsere Arbeit aus der Ferne ist. Aber unsere Isolierung hängt zum Teil auch von den seltenen und unregelmäßigen Verbindungen zwischen dem ZO und der *Masse* der örtlichen Sozialdemokraten sowie von der ungenügenden Zusammenarbeit zwischen ihnen ab. Zweifellos helfen wir euch zu wenig. Aber auch ihr helft uns zu wenig. Auf die Beseitigung *eines* dieser Mängel möchten wir jetzt kameradschaftlich eure Aufmerksamkeit lenken.

Die lokalen Parteifunktionäre nutzen das ZO nicht genügend für die Agitation aus. Das ZO trifft verspätet und in zu wenigen Exemplaren ein. Man muß daher 1. häufiger in den Lokalblättern Artikel und Notizen nachdrucken; 2. häufiger populäre Losungen (und Artikel) des ZO in den Lokalblättern auswerten oder frei wiedergeben, wobei ihr sie ergänzen, ändern, kürzen usw. könnt, denn ihr seht aus der Nähe besser, was not tut, und alle Publikationen der Partei sind ja Gemeingut der gesamten Partei; 3. häufiger das ZO in den Lokalblättern *zitieren*, um den Namen des ZO, die *Idee* einer eigenen ständigen Zeitung, den Gedanken an eine eigene ideologische Zentralstelle, an die Möglichkeit, sich stets dorthin zu wenden usw. usf., unter den Massen zu popularisieren. Man soll bei jeder Gelegenheit bestrebt sein, in den Blättern darauf hinzuweisen, daß der gleiche Gedanke in dem oder jenem Artikel des „Proletari“ oder analoge

Nachrichten in dem oder jenem seiner Berichte enthalten sind usw. usf. Das ist für die Information der *Massen* über unser ZO und für die Erweiterung unseres ganzen Wirkungskreises außerordentlich wichtig.

Die Lokalkomitees haben schon des öfteren ihnen geeignet erscheinende Artikel nachgedruckt. Aber jetzt sind *einheitliche Losungen* (über das Verhältnis zu den Liberalen, den Oswoboshdenzen, über die Einstellung zu ihrer „Vereinbarungstheorie“, zu ihrem Verfassungsentwurf usw., über die revolutionäre Armee, über das Programm der revolutionären Regierung, über den Boykott der Reichsduma usw. usf.) besonders wichtig. Man muß bestrebt sein, das ZO in der örtlichen Agitation allseitig auszuwerten, indem man in den Blättern die Gedanken und Losungen nicht nur nachdruckt, sondern sie auch *frei wiedergibt*, sie entsprechend den örtlichen Verhältnissen *weiterentwickelt* oder abändert u. dgl. m. Das ist außerordentlich wichtig, um eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen euch und uns, einen Meinungs-austausch, eine Korrektur unserer Losungen zu erreichen und um die *Massen* der Arbeiter damit bekannt zu machen, daß wir ein ständiges ZO der Partei haben.

Wir bitten euch eindringlich, diesen Brief in ausnahmslos allen, auch den untersten Organisationen und Zirkeln der Partei zu verlesen und zu erörtern.

Redaktion des „Proletari“

„Rabotschi“<sup>82</sup> Nr. 2,  
September 1905.

Nach dem Manuskript.

---

DER JENAER PARTEITAG  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI  
DEUTSCHLANDS<sup>83</sup>

Die Parteitage der deutschen Sozialdemokraten haben schon längst eine Bedeutung gewonnen, die weit über den Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung hinausgeht. Die deutsche Sozialdemokratie steht hinsichtlich Organisiertheit, Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Bewegung, Reichtum und Gehalt der marxistischen Literatur an der Spitze aller sozialdemokratischen Parteien. Es ist nur natürlich, daß unter diesen Umständen auch die Beschlüsse der deutschen sozialdemokratischen Parteitage häufig eine fast internationale Bedeutung gewinnen. So war es in der Frage der neuesten opportunistischen Strömungen im Sozialismus (Bernsteiniade). Der Beschluß des Dresdener sozialdemokratischen Parteitags, der die altbewährte Taktik der revolutionären Sozialdemokratie bestätigte, wurde vom Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongreß aufgegriffen und ist nunmehr zum allgemeinen Beschluß des gesamten klassenbewußten Proletariats der Welt geworden. So auch jetzt. Die Frage des politischen Massenstreiks — die Hauptfrage des Jenaer Parteitags — bewegt die ganze internationale Sozialdemokratie. Sie wurde in der letzten Zeit durch die Ereignisse in einer ganzen Reihe von Ländern, darunter auch, und sogar wohl vor allem, in Rußland, in den Vordergrund gerückt. Und die Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie wird zweifellos auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung einen nicht unbeträchtlichen Einfluß in dem Sinne ausüben, daß sie den revolutionären Geist der kämpfenden Arbeiter festigt und stärkt.

Doch wir wollen zunächst auch die übrigen, weniger wichtigen Fragen kurz erwähnen, die der Jenaer Parteitag behandelt und gelöst hat. Er befaßte sich vor allem mit der Organisationsfrage. Wir werden hier natürlich

nicht auf Einzelheiten des revidierten Statuts der deutschen Partei eingehen. Wichtig ist, den äußerst charakteristischen Grundzug dieser Änderung zu betonen: die Tendenz zur weiteren, vollständigeren und strengeren Durchführung des *Zentralismus*, zur Schaffung einer festeren *Organisation*. Diese Tendenz zeigte sich erstens darin, daß in das Statut eine direkte Bestimmung aufgenommen wurde, nach welcher jeder Sozialdemokrat verpflichtet ist, einer Parteiorganisation anzugehören, es sei denn, daß besonders ernste Gründe vorliegen, die das nicht zulassen. Zweitens zeigte sie sich darin, daß das System der Vertrauensleute durch das System sozialdemokratischer Lokalorganisationen ersetzt wurde, daß an Stelle des Prinzips der individuellen Vollmacht, des Vertrauens zur Person, das Prinzip der kollektiven, organisatorischen Verbindung getreten ist. Drittens zeigte sie sich in dem Beschluß, der alle Parteiorganisationen verpflichtet, 25 Prozent ihrer Einnahmen der zentralen Parteikasse zuzuführen.

Im großen und ganzen sehen wir hier deutlich, daß das Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung und ihre zunehmende Revolutionierung unbedingt und unvermeidlich zu einer konsequenteren Anwendung des Zentralismus führen. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie für uns Russen außerordentlich lehrreich. Die organisatorischen Fragen haben bei uns bis vor kurzem einen unverhältnismäßig großen Raum unter den aktuellen Fragen des Parteilebens eingenommen und tun das zum Teil auch noch heute. Seit dem III. Parteitag haben sich in der Partei deutlich zwei organisatorische Tendenzen herausgebildet. Die eine — zum konsequenten Zentralismus und zur systematischen Erweiterung des Demokratismus innerhalb der Parteiorganisation, nicht zu demagogischen Zwecken, nicht um des Effekts willen, sondern um in dem Maße, wie sich der Sozialdemokratie in Rußland ein freieres Tätigkeitsfeld bietet, diesen Demokratismus zu verwirklichen. Die andere — zur organisatorischen Verschwommenheit, zur „organisatorischen Unklarheit“, deren Übel jetzt sogar Plechanow, der sie so lange verteidigte, begriffen hat. (Wir wollen hoffen, daß die Ereignisse ihn bald dazu bringen werden, auch den Zusammenhang zwischen dieser organisatorischen Unklarheit und der taktischen Unklarheit zu begreifen.)

Man denke an die Auseinandersetzungen über § 1 unseres Statuts. Die Konferenz der Neuiskristen, die früher die „Idee“ ihrer falschen Formulierung hitzig verteidigt hatten, warf jetzt sowohl den ganzen Paragraphen

als auch die ganze Idee einfach über Bord. Der III. Parteitag bestätigte das Prinzip des Zentralismus und der *organisatorischen* Verbindung. Die Neuskristen versuchten sofort, die Zugehörigkeit jedes Parteimitglieds zu einer Organisation als eine Frage allgemeiner Prinzipien zu behandeln. Jetzt sehen wir, daß die Deutschen — und zwar Opportunisten wie Revolutionäre gleichermaßen — die *prinzipielle* Berechtigung dieser Forderung nicht einmal anzweifeln. Als sie diese Forderung (daß jedes Parteimitglied einer Parteiorganisation anzugehören hat) direkt in ihr Statut aufnahmen, begründeten sie notwendige *Ausnahmen von dieser Regel* keineswegs mit Prinzipien, sondern... mit der *unzureichenden Freiheit* in Deutschland. Vollmar, der in Jena über die organisatorische Frage referierte, rechtfertigte zulässige Ausnahmen von der Regel damit, daß es solchen Leuten wie kleinen Beamten unmöglich sein werde, der Sozialdemokratischen Partei *offen* anzugehören. Selbstverständlich ist bei uns in Rußland eine ganz andere Situation: da jede Freiheit fehlt, sind alle Organisationen gleich geheim. Bei revolutionärer Freiheit ist es besonders wichtig, die Parteien streng abzugrenzen und in dieser Hinsicht keinerlei „Verschwommenheit“ zu dulden. Doch das Prinzip, daß es wünschenswert ist, die organisatorischen Verbindungen zu festigen, bleibt unerschütterlich.

Was das System der Vertrauensleute betrifft, das von den deutschen Sozialdemokraten jetzt aufgegeben worden ist, so hing es voll und ganz mit dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten zusammen. Je weiter dieses Gesetz in die Vergangenheit rückte, desto natürlicher und unvermeidlicher wurde der Übergang zum Aufbau der gesamten Partei auf dem System der unmittelbaren Verbindung zwischen den Organisationen ohne die Mittlerschaft von Vertrauensleuten.

Auch die andere Frage, die in Jena vor der Frage des politischen Streiks erörtert wurde, ist für Rußland außerordentlich lehrreich. Das ist die Frage der Maifeier oder, richtiger gesagt (wenn man vom Kern der Frage ausgeht und nicht von dem Tagesordnungspunkt, der den Anlaß der Diskussion bildete), die Frage des Verhältnisses der Gewerkschaftsbewegung zur sozialdemokratischen Partei. Wir haben im „Proletari“ schon mehrmals davon gesprochen, welch tiefen Eindruck der Kölner Gewerkschaftskongreß<sup>84</sup> auf die deutschen Sozialdemokraten, und nicht nur auf sie allein, gemacht hat. Auf diesem Kongreß zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß sich sogar in Deutschland, wo die Traditionen des Marxismus und sein

Einfluß am stärksten sind, in den Gewerkschaftsverbänden — wohlgemerkt: in den sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden — antisozialistische Tendenzen entwickeln, Tendenzen zum „reinen Trade-Unionismus“ im englischen, d. h. im unbestreitbar bürgerlichen Geist. Und so weitete sich auf dem Jenaer Parteitag die Frage der Maidemonstration im engeren Sinne des Wortes zwangsläufig zur Frage des Trade-Unionismus und der Sozialdemokratie, zur Frage des „Ökonomismus“ aus, um die Bezeichnung der Richtungen unter den russischen Sozialdemokraten anzuwenden.

Fischer, der über die Maifeier referierte, sagte rundheraus, es wäre ein großer Fehler, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß „in den Gewerkschaften da und dort der sozialistische Geist etwas verlorengegangen ist“. Das gehe so weit, daß z. B. Bringmann, der Vertreter des Zimmererverbandes, Sätze der folgenden Art aussprach und druckte: „Nach meinen Erfahrungen hat die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus.“ „Die Gewerkschaft ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern“ usw. Zu diesen „Symptomen einer Krankheit“, wie sich Fischer treffend ausdrückte, gesellt sich eine Reihe anderer. Der Gewerkschaftsegoismus oder „Ökonomismus“ ist in Deutschland ebenso wie in Rußland und überhaupt überall mit dem Opportunismus (Revisionismus) verknüpft. Die Zeitung desselben Zimmererverbandes schrieb, die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus seien zerstört, die Krisentheorie, die Katastrophentheorie usw. seien falsch. Der Revisionist Calwer forderte die Arbeiter auf, nicht unzufrieden zu sein, ihre Bedürfnisse nicht zu steigern, sondern sich zu bescheiden usw. usf. Liebknecht fand die allgemeine Zustimmung des Parteitags, als er sich gegen die Idee der „Neutralität“ der Gewerkschaften aussprach und dazu bemerkte: „Bebel ist zwar auch für die Neutralität eingetreten, aber ich glaube, daß es einer der wenigen Punkte ist, wo Bebel nicht die Mehrheit der Partei hinter sich hat.“

Bebel selbst bestritt, daß er den Gewerkschaftsverbänden Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie angeraten habe. Die Gefahr des Gewerkschaftsegoismus erkannte Bebel uneingeschränkt an. Er sagte weiter, daß ihm noch schlimmere Beispiele dieser zünftlerischen Verblödung bekannt seien: Bei den jüngeren Gewerkschaftsführern gehe das so weit, daß sie ganz ungeniert über die Partei und über den Sozialismus, ja sogar über

die Theorie des Klassenkampfes höhnen. Diese Erklärung Bebels löste allgemeine Empörungsrufe des sozialdemokratischen Parteitags aus. Lauter Beifall ertönte, als er entschlossen erklärte: „Genossen, seid auf dem Posten, überlegt euch, was ihr tut, ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende ihr euren eigenen Niedergang herbeiführt...“

Zur Ehre der deutschen Sozialdemokratie muß also gesagt werden, daß sie der Gefahr unverzagt ins Auge schaute. Weder vertuschte sie die Extreme des Ökonomismus, noch ersann sie üble Ausflüchte und Winkelzüge (wie sie bei uns z. B. von Plechanow nach dem II. Parteitag so reichlich erfunden wurden). Nein, sie hat die Krankheit rücksichtslos festgestellt, die schädlichen Tendenzen entschieden verurteilt und alle Parteimitglieder unumwunden und offen aufgefordert, sie zu bekämpfen. Ein lehrreiches Ereignis für die russischen Sozialdemokraten, von denen sich manche das Lob des Herrn Struve für ihre „Erleuchtung“ in der Frage der Gewerkschaftsbewegung redlich verdient haben!

*Geschrieben im September 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der  
Zeitschrift „Pod Snamenem Marxisma“  
(Unter dem Banner des Marxismus) Nr. 2.*

*Nach dem Manuskript.*

KEINE SCHWINDELEI!  
 UNSERE KRAFT LIEGT IM AUSSPRECHEN  
 DER WAHRHEIT!

Zuschrift an die Redaktion<sup>85</sup>

„Wir sind nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen... deshalb ist es zwecklos, ihn mit der Duma zu verknüpfen... die Agitationslosung ist die konstituierende Versammlung.“ So schrieb der „Bund“, und der Verfasser des Artikels in Nr. 16\* hat ihm ungenügend geantwortet.

Diese Worte des „Bund“ widerspiegeln vortrefflich das *Spießertum* in der Sozialdemokratie, das Spießertum im Sinne der Banalität, des goldenen Mittelwegs, der Farblosigkeit, der Gemeinplätze, der Mittelmäßigkeit (was der „Bund“, der bekanntlich sowohl 1897 bis 1900 als auch 1901 bis 1903 und 1904 die Rolle eines ideologischen Parasiten spielte und sie noch jetzt im Jahre 1905 spielt, stets verkörpert hat).

Das ist die landläufige Ansicht, der gewöhnliche Standpunkt, der „gesunde Menschenverstand“ („der Triumph des gesunden Menschenverstands“ im „*Oswoboshdenije*“ und „die Erleuchtung“).

Das ist der größte *Schwindel*, dessen Entlarvung für die russische Revolution und für das klassenbewußte Proletariat als den *einzig* möglichen Urheber einer *siegreichen Revolution* von größter Bedeutung ist.

Wir seien nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen, *deshalb* dürfe man ihn nicht mit der Duma verknüpfen, *deshalb* laute die Losung nicht: bewaffneter Aufstand, sondern: konstituierende Versammlung.

Das ist dasselbe, als sagte man: Wir, die Nackten und Schutzlosen, die Hungrigen und Gequälten, sind nicht imstande, aus unserem Sumpf, in dem wir umkommen, auf jenen Berg hinaufzusteigen, wo Licht und Sonne, Luft und alle Früchte der Erde sind. Wir haben die Leiter nicht, ohne die der Aufstieg unmöglich ist. Wir sind nicht imstande, die Leiter zu

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 241—246. *Die Red.*



beschaffen. Deshalb dürfen wir unseren Kampf für den Aufstieg nicht mit der Losung der Beschaffung (respektive Herstellung) der Leiter verknüpfen. Deshalb muß unsere Losung sein: Auf den Berg! Auf den Berg! Auf dem Berg ist Glück und Erlösung, Luft und Licht, Ermutigung und Stärkung.

Weil die Leiter fehlt, ohne die man nicht hinaufsteigen kann, deshalb soll man als Losung nicht die Beschaffung einer Leiter nehmen und an ihrer Herstellung arbeiten, deshalb soll die Losung lauten: Seid droben auf dem Berg, auf dem Berg ist das Glück usw.!

„Die Schwäche hatte sich wie immer in den Wunderglauben gerettet“, hat Marx gesagt.<sup>86</sup>

Ist es die Schwäche des Proletariats oder die Schwäche der Häupter des „Bund“ und der neuen „Iskra“, die sich jetzt in den Wunderglauben rettet? in den Glauben, daß man ohne Leiter auf den Berg gelangen könne? in den Glauben an die konstituierende Versammlung ohne Aufstand?

Dieser Glaube ist der Glaube von Irrsinnigen. Ohne bewaffneten Aufstand ist die konstituierende Versammlung ein Phantom, eine Phrase, eine Lüge, eine Frankfurter Schwatzbude.

Der Betrug und der Schwindel des *Oswoboshdenzentums*, dieser ersten umfassend politischen, massenhaft politischen, volkstümlichen Form der bürgerlichen Losung in Rußland, bestehen gerade in der Unterstützung dieses Wunderglaubens, dieser Lüge. Denn die liberale Bourgeoisie braucht ihre Lüge, für sie ist es keine Lüge, sondern die höchste Wahrheit, die Wahrheit ihrer Klasseninteressen, die Wahrheit der bürgerlichen Freiheit, die Wahrheit der kapitalistischen Gleichheit, das Allerheiligste der Brüderlichkeit aller Krämer.

Das ist ihre (der Bourgeoisie) Wahrheit, denn sie braucht nicht den Sieg des Volkes, nicht den Berg, sondern den Sumpf für die Massen und die Herrschaft der Großköpfe und Geldsäcke über den Pöbel; sie braucht nicht den Sieg, sondern den Pakt, die Vereinbarung mit dem Feind = den Verrat an den Feind.

Für die Bourgeoisie ist das kein „Wunder“, sondern eine Realität, die Realität des Verrats an der Revolution, nicht aber des Sieges der Revolution.

... Wir sind nicht imstande, die Leiter zu beschaffen... wir sind nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen... Ist dem so, Herrschaften?

*Wenn dem so ist, dann stellt eure ganze Propaganda und Agitation um, dann beginnt, vor den Arbeitern und dem ganzen Volk neue, umgearbeitete Reden zu halten, neu aufgebaute, andere Reden.*

Dann sagt zum Volk: Arbeiter von Petersburg, Riga, Warschau, Odessa, Tiflis... wir sind nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen und im Aufstand zu siegen. Deshalb ist es zwecklos, an eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung auch nur zu denken, davon auch nur zu reden. Besudelt nicht große Worte mit kleinlichen Ausflüchten. Verdeckt nicht eure Schwäche mit dem Glauben an Wunder. Schreit eure Schwäche in alle Welt hinaus — Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Verlogene Phrasen, hohle Prahlereien bedeuten den moralischen Tod und sind das sichere Unterpfand des politischen Todes.

Arbeiter! Wir sind zu schwach, den Aufstand hervorzurufen und im Aufstand den Sieg zu erringen! Hört deshalb auf mit dem Gerede über eine vom ganzen Volke gewählte konstituierende Versammlung, verjagt die Lügner, die davon sprechen, entlarvt den Verrat der *Oswoboshdenzen*, der „Dumafreunde“, der *Kadetten* und des übrigen Packs, denn sie wollen nur in Worten eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung, in Wirklichkeit aber eine gegen das Volk gerichtete Versammlung, die nicht Neues konstituiert, sondern das Alte flickt, die euch kein neues Kleid, kein neues Leben, keine neuen Waffen für den neuen großen Kampf gibt, sondern nur Flitter für eure alten Lumpen, nur Gaukelei und Betrug, Spielzeug statt Waffen, Ketten statt Gewehre.

Arbeiter! Wir sind zu schwach für den Aufstand. Deshalb spricht nicht von *Revolution* und erlaubt den Prostituierten des *Oswoboshdenzents*, den *Kadetten* und *Dumafreunden* nicht, von *Revolution* zu sprechen, erlaubt diesen bürgerlichen Halunken nicht, den für das Volk erhabenen Begriff mit ihren Lästerungen zu besudeln.

Wir sind schwach? Also gibt es bei uns keine *Revolution* und kann es keine geben. Das ist keine *Revolution* des Volkes, das ist eine Begaunung des Volkes durch die *Petrunkewitsch* und die Bande der liberalen *Zarenknechte*. Das ist kein Kampf für die Freiheit, das ist eine Verschacherung der Volksfreiheit für *Parlamentssitze* der *Oswoboshdenzen*. Das ist kein Beginn eines neuen Lebens, sondern eine Verewigung der alten *Plackerei* und *Schinderei*, des alten *Dahinvegetierens* und *langsamen Verfaulens*.

Wir sind nicht imstande, den Aufstand hervorzurufen, Genossen Arbei-

ter! Wir sind nicht imstande, das Volk für die Revolution zu mobilisieren! Wir sind nicht imstande, die Freiheit zu erringen... Wir sind nur imstande, den Feind ins Wanken zu bringen, nicht aber, ihn zu schlagen, ihn so weit ins Wanken zu bringen, daß sich Petrunkewitsch neben ihn setzen kann. Fort also mit allem Gerede über die Revolution, über die Freiheit, über die Volksvertretung — wer davon spricht, *ohne durch die Tat an der Leiter zu arbeiten*, um sie zu beschaffen, am Aufstand, um sie zu erkämpfen, der ist ein Lügner und Gauner, der betrügt euch.

Wir sind schwach, Genossen Arbeiter! Hinter uns steht nur das Proletariat, stehen nur Millionen von Bauern, die einen zersplitterten, triebhaften, unbewaffneten Kampf ins Blinde hinein begonnen haben.

Gegen uns ist die ganze Höflingsclique, sind alle Arbeiter und Bauern, die in Soldatenröcken stecken und\*

Schluß. Wir sind schwach. Die Schwäche rettet sich in den Wunderglauben. Das ist Tatsache — nach den Worten des „Bund“ und nach dem Plan der „Iskra“.

Doch was ist Tatsache, meine Herren? Daß die Kräfte des Proletariats ganz Rußlands schwach sind oder daß die Häupter der Bundisten und der Neuiskristen schwach sind?

Sagt die Wahrheit:

1. Es gibt keine Revolution. Es gibt einen Kuhhandel der liberalen Bourgeoisie mit dem Zaren...

2. Es gibt keinen Kampf für die Freiheit. Es gibt eine Verschacherung der Volksfreiheit.

3. Es gibt keinen Kampf für die Volksvertretung. Es gibt eine Vertretung des *Geldsacks*.

Wir sind schwach... daraus entspringt unabweislich der ganze Verrat an der *Revolution*.

Wollt ihr die Revolution, die Freiheit, die Volksvertretung... so müßt ihr *stark sein*.

Anders herum

Ihr seid schwach?

Die Revolution ist das Los der  
Starken!

ω) Wer ist schwach? Die Kräfte  
des Proletariats oder die Häupter  
der Iskristen und Bundisten?

\* Der Satz ist im Manuskript nicht beendet. *Die Red.*

Wir sollen in Lumpen bleiben.  
Ihr seid schwach?

Die Freiheit wird nur von Star-  
ken errungen.

Die Schwachen werden stets  
Sklaven sein. Die Erfahrung  
der ganzen Geschichte.

Ihr seid schwach?

Eure Vertretung wird durch eure  
Sklavenhalter, eure Ausbeuter  
verwirklicht werden.

Die „Vertretung“ ist entweder  
eine Errungenschaft des Star-  
ken oder ein bloßes Stück  
Papier, ein Betrug, eine  
Augenbinde für den  
Schwachen, um ihn zu  
verdummen...

*Geschrieben im September 1905.  
Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

κ) Ihr wollt die Revolution? Ihr  
müßt stark sein!

ξ) Wir müssen die *Wahrheit*  
sagen: darin liegt *unsere* Kraft,  
aber die *Masse*, das *Volk*, die  
*Menge* wird durch Taten, nach dem  
Kampfe, entscheiden, ob Kraft vor-  
handen ist.

Ist sie vorhanden?  
Oder wir sind schwach.  
ω) Wer ist schwach.

*Nach dem Manuskript.*

---

## ÜBER DIE SOGENANNT E ARMENISCHE SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERORGANISATION

Wir erhielten einen Brief vom Zentralkomitee, in dem mitgeteilt wird, daß die „Armenische sozialdemokratische Arbeiterorganisation“ den Wunsch geäußert hat, die auf der Konferenz aller sozialdemokratischen Parteien<sup>87</sup> angenommene Resolution zu unterzeichnen. Das ZK stimmt jedoch dieser Unterzeichnung nicht zu, weil es gegen die Teilnahme dieser Organisation, einer reinen Auslandsorganisation ohne ernsthafte Verbindungen in Rußland, an der Konferenz war. Wir hoffen, im „Proletari“ bald ausführlicher über den wahren Charakter dieser Organisation berichten zu können. Vorläufig bemerken wir, daß alle, die die wahrhaft sozialdemokratische Bewegung unter den armenischen Arbeitern im Kaukasus unterstützen wollen, sich ausschließlich an die kaukasischen Organisationen der SDAPR zu wenden haben, die im Kaukasus und nicht in Genf armenische Literatur herausgeben.

*Geschrieben September  
bis Oktober 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVI.*

*Nach dem Manuskript.*

## DIE SEMSTWOTAGUNG

Am Montag, dem 12. (25.) September, wurde in Moskau die Tagung der Vertreter der Semstvos und Städte eröffnet, die die Frage des Verhaltens zur Duma behandelte und endgültig entschied. Diese Tagung bedeutet gleich den vorhergegangenen Semstwotagungen einen neuen Schritt auf dem Wege der politischen Entwicklung und politischen Organisierung der Bourgeoisie Rußlands. Deshalb muß jeder klassenbewußte Arbeiter diese Entstehung einer bürgerlichen konstitutionellen Partei aufmerksam verfolgen. Die politische Entwicklung des Proletariats als Klasse ist immer und überall Hand in Hand mit der politischen Entwicklung der Bourgeoisie als Klasse gegangen.

Doch außer dieser allgemeinen Bedeutung hat die Semstwotagung auch noch eine gewaltige Bedeutung für die außerordentlich aktuelle Frage unseres Verhaltens zur Duma. Vereinbarung der Bourgeoisie mit dem Zarismus oder entschiedenerer Kampf jener gegen diesen? — das ist der Kern der Frage, die bekanntlich auch in der Sozialdemokratie taktische Meinungsverschiedenheiten hervorruft.

Es sei vor allem daran erinnert, daß die Semstwoleute auf ihrer vorhergegangenen Tagung die Bulyginsche Duma entschieden verurteilt und den bekannten Verfassungsentwurf der Oswoboshdenzen (Monarchie und Zweikammersystem) angenommen hatten. Die Frage des Dumaboykotts war anfangs von der Mehrheit positiv entschieden, dann jedoch wieder aufgegriffen und bis zur nächsten Tagung zurückgestellt worden, die *unverzüglich* nach der Veröffentlichung des Gesetzes über die Reichsduma einberufen werden sollte; es war sogar von ihrer telegrafischen Einberufung die Rede. In Wirklichkeit wurde die Tagung gar nicht so bald ein-

berufen. Wie wir in Nr. 14 des „Proletari“ vermerkten, gingen anfangs Gerüchte um, daß die Semstwoleute sie abgesagt hätten. Dann wurden die Verhandlungen des Herrn Golowin mit Durnowo bekannt, die wir in der vorigen Nummer des „Proletari“ geschildert und bewertet haben\* und die mit der *Genehmigung* der Tagung durch die Polizei endeten. Die Tagung fand mithin unter völlig anderen Voraussetzungen statt als die vorangegangene: damals verbot die Polizei die Tagung, drohte sie auseinanderzujagen, setzte ein Protokoll auf und veranlaßte nach der Tagung eine Untersuchung durch den Senat; jetzt haben sich die Semstwoleute und die Polizei vorher besprochen und *geeinigt*.

Um dem Leser die ganze Bedeutung dieses Unterschieds zwischen damals und jetzt zu verdeutlichen, erinnern wir an die Erklärung in der letzten Nummer des „Oswoboshdenije“. Ein Herr „Independent“ („Unabhängiger“, vermutlich unabhängig von der Polizei?) schrieb in Nr. 76, in völliger Übereinstimmung mit dem Verfasser des Leitartikels derselben Nummer, folgendes: „Von keinerlei Kompromiß darf auch nur die Rede sein. Nach wie vor hat man die Freiheit zu erobern, nicht aber zu erbetteln... Man darf, und das ist im höchsten Grade wichtig, keinen Augenblick lang auf die früheren Kampfmethoden und auf die bereits eroberten Positionen verzichten. Wenn es hierbei auch die Möglichkeit von Kompromissen gibt, so muß sie sofort und entschlossen beseitigt werden. Alles, was bisher zur Organisierung der freiheitlichen Kräfte getan worden ist, muß auch fernerhin getan werden... Die Tätigkeit der Tagungen, Verbände und Versammlungen muß in demselben Geist und in derselben Richtung fortgesetzt werden wie früher.“

Klarer kann man sich nicht ausdrücken. Das Organ der Semstwo- oder „konstitutionell-demokratischen“ Partei spricht sich nach dem 6. August entschieden und vorbehaltlos gegen den *Verzicht auf die früheren Kampfmethoden* aus. Doch das Wesen der verlogenen Position der liberalen Bourgeoisie besteht ja gerade darin, daß sie neben dem Wunsch nach Freiheit den nicht weniger begehrlichen Wunsch nach einem Pakt mit dem Zarismus hegt. Deshalb sagt sie das eine und tut das andere. Um „nicht auf die früheren Kampfmethoden zu verzichten“, hätte man die Duma boykottieren müssen. Nachdem man auf den Boykott verzichtet hatte, mußte man logischerweise zwangsläufig auf *einige* „frühere Kampfmethoden“

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 248—256. *Die Red.*

den" verzichten. Das „Oswoboshdenije“ begann gerade dann gegen Kompromisse zu wettern, als Golowin das Kompromiß mit Durnowo schloß. Das „Oswoboshdenije“ schrie gerade dann: „Keinen Augenblick lang verzichten“, als die Semstwotagung auf die frühere Freiheit ihrer Sitzungen verzichtete. Anlässlich des „Geschenks“ der Duma, dieses angeblichen Anbruchs der Freiheit, erklärten sich die Semstwoleute einverstanden, weniger frei zu beraten.

Tatsache ist, daß 1. das Programm der Tagung von Herrn Durnowo, d. h. der Polizei, beschnitten wurde; 2. der Vorsitzende sich verpflichtete, die Tagung zu schließen, falls Fragen behandelt würden, die das von der Polizei genehmigte Programm nicht vorsah; 3. die Tagung zustimmte, in Anwesenheit eines Polizisten zu tagen, eines Delegierten Durnowos (seines Kanzleichefs), der die Vollmacht hatte, die Tagung zu schließen, falls die von Herrn Golowin mit Herrn Durnowo vereinbarten „Bedingungen“ verletzt würden; 4. auf der Tagung von der Polizei, ebenfalls unter Androhung der Auflösung, „aufrührerische Zwischenrufe“ unter sagt waren (Telegramm des Sonderberichterstatters der konservativen Zeitung „Temps“, der hinzufügt, alle diese Bedingungen seien *korrekt eingehalten* worden).

Selbstverständlich können wir, da wir unsere Informationen aus ausländischen Zeitungen schöpfen, nicht für die unbedingte Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen bürgen. Doch es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß sie im großen und ganzen richtig sind. Im Gegenteil, Herr Golowin (dessen Verhandlungen mit Durnowo natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren!) dürfte der Polizei noch weitergehende Versprechungen hinsichtlich des untertägigen Verhaltens der Semstwoleute gemacht haben.

Die Tatsache ist unbestreitbar. Die Worte des „Oswoboshdenije“ und die Taten der Oswoboshdenzen gehen himmelweit auseinander. Die Literaten des „Oswoboshdenije“ üben sich in schönen Redensarten gegen die Polizei, während die Praktiker alles mit der Polizei gütlich ins reine bringen. Der Beginn der Semstwokampagne zu den Dumawahlen fiel zusammen mit dem Beginn der Verständigung zwischen der Semstwobourgeoisie und der Selbstherrschaft.

Die ausländischen Korrespondenten vermerken einmütig den *friedlichen* Charakter dieser Tagung der Semstwoleute im Vergleich mit der vorher-



gegangen. Für den Boykott der Duma sprach sich nur ein Redner aus — nach anderen Meldungen zwei. Die Mehrheit trat für die Beteiligung ein (wir schrieben bereits in Nr. 12 des „Proletari“\*, noch vor der Veröffentlichung des Gesetzes über die Duma, daß die Meinung des rechten Flügels der Semstwoleute in dieser Frage schon feststehe). Die Mehrheit fand, daß die Nichtbeteiligung an den Wahlen ein „Zeichen von Furchtsamkeit“ sei — eine Auffassung, die, wie wir wissen, von Parvus und der neuen „Iskra“ durchaus geteilt wird. In der Verständigung mit der Polizei hat sich dagegen die Tapferkeit unserer Semstwoleute gezeigt...

Die Tagung nahm eine Resolution an, in der die Duma nicht verurteilt, sondern lediglich gesagt wird (wir wissen wirklich nicht, ob das furchtsam oder tapfer ist), daß „die Duma keine Volksvertretung im genauen Sinne des Wortes darstellt“. Die russischen Bürger werden aufgefordert, sich auf Grund der von den Semstwotagungen früher angenommenen Programme zusammenzuschließen und auf dem Boden der Duma zu kämpfen. Über den Kampf außerhalb der Duma und unabhängig von der Duma steht in der Resolution keine Silbe; das heißt, um es mit den Worten des von der Polizei „unabhängigen“ Oswoboshdenzen auszudrücken: „Keinen Augenblick lang auf die früheren Kampfmethoden verzichten“...

Ihren früheren, unziemlichen „revolutionären“ Eifer dämpfend, verlegten sich die Semstwoleute auf die „positive“ Arbeit im Zusammenhang mit der Duma. Sie arbeiteten in allen Einzelheiten ein politisches Programm aus (seinen vollen Wortlaut besitzen wir noch nicht); sie versuchten, ihre Abkehr von der Demokratie zu bemänteln, indem sie die Hauptpunkte des gemäßigten Konstitutionalismus wiederholten; sie behandelten eingehend Fragen der Wahlkampagne, der Organisation eines zentralen und lokaler Wahlkomitees, der Aufstellung von Kandidatenlisten und ähnliches mehr.

Ist es nach alledem wirklich noch nicht klar, worauf der Gutsbesitzer- und Kaufmannsliberalismus der Semstwoleute und Oswoboshdenzen abzielt?

Darauf, daß man beginnt, nacheinander die Kampfforderungen der Demokratie, all das, was die Rechte des revolutionären Volkes sicherstellt, was den Kampf für die Freiheit fördert und ausweitet, über Bord

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 172—180. Die Red.

zu werfen (in der Resolution nichts zu sagen über den Kampf außerhalb der Duma usw.)! Daß man beginnt, alle jene Forderungen der Demokratie zu verankern, welche die Macht einzig und allein der Bourgeoisie sicherstellen (vor allem Sitze in der Duma)! Daß man kein Gewicht legt auf die Agitation im Volk, um so mehr aber auf die sachliche Mitarbeit in der Duma!

Wie treffend sagte doch der „Liberale“ und gestrige Anbeter der Selbstherrschaft William Stead (siehe seinen Brief vom 26. September in den „Times“), daß der äußere Frieden einen inneren Frieden erforderte, den Frieden zwischen dem Zaren und der liberalen Bourgeoisie, der durch das Gesetz vom 6. August verkündet wurde! Die Semstwoleute beweisen durch ihr Verhalten, daß sie bereit sind, Frieden zu schließen, obgleich sie natürlich bei weitem nicht sofort und bei weitem nicht in allem Frieden schließen werden. „Herr Michael Stachowitsch, ein Freund und Mitarbeiter Schipows“, schrieb der Korrespondent des „Temps“ am 27. September, „rechnet auf die Gründung einer Mittelpartei, die für die Selbstherrschaft und für eine beratende Duma eintritt; er behauptet, viele Mitglieder der extremen Parteien (!! welcher Schimpf für die Oswoboshdenzen! Die Redaktion des „Proletari“) seien bereit, sich dieser Partei anzuschließen.“ Die Behauptung des Herrn Stachowitsch wird nicht nur durch die Worte vieler legaler Zeitungen, sondern noch mehr durch die Taten der Herren Semstwovertreter bestätigt. Herr M. Stachowitsch war auf der Tagung anwesend, teilt der Korrespondent der „Times“ am 26. September mit. „Er glaubt fest an den Sieg der gemäßigten Elemente; und in der Tat fehlen fast gänzlich die üblichen heftigen Anschuldigungen (fiery denunciations) gegen die Regierung, mit Ausnahme zufälliger (!! Hinweise auf die kaukasischen Greuel, was seine Voraussage (forecast) zu bestätigen scheint (rather confirms).“ „Die Stimmung auf der Tagung — telegraphiert derselbe Korrespondent der konservativen englischen Zeitung — steht in erstaunlichem Gegensatz zu der Stimmung, die auf der Julitagung herrschte, als zahlreiche Delegierte für den Boykott der Duma eintraten.“

Wird sich die „Iskra“ wirklich auch jetzt noch nicht von ihrer falschen Meinung lossagen, wonach die Anhänger des Boykotts passive Enthaltung wollten, während die für die Beteiligung eintretenden Stachowitschs einen ernsthaften Kampf wollen? Wird sie am Ende auch jetzt noch, zusammen mit Parvus, für eine Verständigung mit den Oswoboshdenzen und für

deren Unterstützung eintreten, nachdem die Oswoboshdenzen offensichtlich begonnen haben, sich mit den Durnowos zu verständigen?

PS. Die Gerechtigkeit gebietet zu sagen, daß fortgesetzt neue Mitteilungen eintreffen, wonach die russischen Neuiskristen mit der neuen „Iskra“ nicht übereinstimmen. Wir erhielten soeben ein Flugblatt der (menschewistischen) St. Petersburger Gruppe: „Reichsduma oder konstituierende Versammlung“. Neben der Kritik an der Duma begegnen wir hier der Losung „Nieder mit der Duma!“. Die Vertreter der Arbeiter werden aufgefordert, den Liberalen zu sagen, „daß sie die Reichsduma nicht anerkennen sollen“, „daß sie verpflichtet sind, sich von ihrem Wahlrecht (im Flugblatt undeutlich gedruckt) zur Duma loszusagen“, daß sie den Arbeitern helfen sollen, „sich zum Kampf gegen die Schwarzhundertchaften und die Reichsduma zu bewaffnen“. Somit haben die Petersburger Menschewiki die Losung des aktiven Boykotts gutgeheißen. Wie bei dem berühmten „Plan der Semstwokampagne“ befindet sich die „Iskra“ im Widerspruch mit ihren russischen Anhängern. Nur in einer Hinsicht nähern sich die Petersburger Menschewiki der „Iskra“: sie fordern die Arbeiter auf, sogleich „in den Fabriken, Werkstätten und Betriebsabteilungen ebenso wie seinerzeit in die Schidlowski-Kommission<sup>88</sup> Vertreter“ zu wählen... „Mögen unsere Vertreter, nachdem sie sich versammelt haben, ebenso den Kampf gegen die Reichsduma führen, wie die von uns in die Schidlowski-Kommission Gewählten gegen diese schlaue Falle der Selbstherrschaft gekämpft haben.“ Diese Losung ähnelt sehr der iskristischen Losung der „revolutionären Selbstverwaltung“, obwohl die Genossen der St. Petersburger Gruppe dieses unangebracht pompöse Wort natürlich nicht gebrauchen. Wir zweifeln nicht, daß die Petersburger Arbeiter einsehen werden, wie unrichtig diese Losung und wie fehlerhaft der Vergleich mit der Schidlowski-Kommission ist. Damals boykottierten die Arbeiter die Kommission, jetzt boykottiert die Duma die Arbeiter.

Die revolutionäre Selbstverwaltung kann, wenn die Macht des Zaren aufrechterhalten bleibt, nur ein Stückchen der Revolution sein (Beschuß der Smolensker Stadtduma usw.). Sie zur Hauptlosung des revolutionären Proletariats zu machen, bedeutet Verwirrung zu stiften und den Oswoboshdenzen in die Hände zu arbeiten. Wenn wir die Organisation der revolutionären Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft entwickeln, erweitern, festigen und ausbauen, dürfen wir diese Organisation des

Krieges, diese Organisation des Aufstands nicht mit der Selbstverwaltung verwechseln. Sowohl ihrer Bestimmung als auch der Art ihrer Entstehung und ihrem Charakter nach ist die Organisation des bewaffneten Aufstands, die Organisation der revolutionären Armee der Organisation der revolutionären Selbstverwaltung *in nichts ähnlich*. Je eifriger die liberalen Bourgeois, die Oswoboshdenzen, sich bemühen, die konsequenten revolutionär-demokratischen Losungen zu beschneiden, abzustumpfen und zu stützen, um so klarer und deutlicher müssen wir sie aufstellen: Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung durch eine provisorische revolutionäre Regierung, Organisierung des bewaffneten Aufstands und einer revolutionären Armee zum Sturz der Zarenmacht.

„Proletari“ Nr. 19,  
3. Oktober (20. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

Конспект и характеристика.

Публикация, не представляющая трудности, как публиковать статьи.  
 года. Вспомогательные органы и учреждения, как правило, являются  
 объектами и объектами их деятельности. Как правило, в  
 отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.

Но как же обстоят, как правило, в отношении их деятельности,  
 как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.  
 Как правило, в отношении их деятельности, как правило, не имеет значения  
 деятельность их органов и учреждений и учреждений их органов.

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript  
„Sozialismus und Bauernschaft“  
1905

Verkleinert



## SOZIALISMUS UND BAUERNSCHAFT

Die Revolution, die Rußland jetzt erlebt, ist eine allgemeine Volksrevolution. Die Interessen des ganzen Volkes sind in einen unversöhnlichen Widerspruch mit den Interessen einer Handvoll Leute geraten, die entweder die absolutistische Regierung bilden oder sie unterstützen. Schon allein die bloße Existenz der modernen Gesellschaft, die auf der Grundlage der Warenwirtschaft aufgebaut ist und in der gewaltige Unterschiede und Gegensätze zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen und Bevölkerungsgruppen bestehen, erfordert die Vernichtung der Selbstherrschaft, die politische Freiheit und die offene und unmittelbare Widerspiegelung der Interessen der herrschenden Klassen in der staatlichen Ordnung und Verwaltung. Die demokratische, ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Wesen nach bürgerliche Umwälzung muß unweigerlich die Bedürfnisse der ganzen bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Allein diese Gesellschaft, die jetzt im Kampf gegen die Selbstherrschaft einheitlich und geschlossen zu sein scheint, ist durch die Kluft zwischen Kapital und Arbeit selbst unwiderruflich gespalten. Das Volk, das sich gegen die Selbstherrschaft erhoben hat, ist kein einheitliches Volk. Eigentümer und Lohnarbeiter, eine unbedeutende Anzahl (die „oberen Zehntausend“) von Reichen und aber Millionen von Besitzlosen und Werktätigen — das sind wahrhaftig „zwei Nationen“, wie ein weitblickender Engländer bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesagt hat<sup>89</sup>. Der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie steht in ganz Europa auf der Tagesordnung. Dieser Kampf hat längst auch auf Rußland übergegriffen. Im heutigen Rußland machen den Inhalt der Revolu-

tion nicht die zwei kämpfenden Kräfte aus, sondern zwei verschiedene und verschiedenartige soziale Kriege: Der eine spielt sich im Schoße der heutigen absolutistisch-leibeigenschaftlichen Ordnung, der andere im Schoße der künftigen, vor unseren Augen schon entstehenden bürgerlich-demokratischen Ordnung ab. Der eine ist der Kampf des gesamten Volkes für die Freiheit (für die Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft), für die Demokratie, d. h. für die Volksherrschaft — der andere ist der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Somit fällt den Sozialisten die schwere, mühsame Aufgabe zu, gleichzeitig zwei Kriege zu führen, die sowohl nach ihrem Charakter als auch nach ihren Zielen und nach der Zusammensetzung der zur entscheidenden Teilnahme an dem einen oder anderen Krieg geeigneten sozialen Kräfte äußerst verschiedenartig sind. Diese schwierige Aufgabe hat die Sozialdemokratie klar gestellt und fest entschieden, und zwar dank dem Umstand, daß sie ihrem ganzen Programm den wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. den Marxismus, zugrunde legte und daß sie sich als ein Trupp der Armee der internationalen Sozialdemokratie anschloß, die an Hand der Erfahrung einer langen Reihe demokratischer und sozialistischer Bewegungen in den verschiedenen europäischen Ländern die Grundsätze des Marxismus geprüft, bestätigt, erläutert und detaillierter entwickelt hat.

Die revolutionäre Sozialdemokratie hat seit jeher und immer wieder den bürgerlichen Charakter des russischen Demokratismus, von seiner Formulierung durch die liberalen Volkstümler bis zur Formulierung durch die Oswoboshdenzen, aufgedeckt. Sie hat stets auf die unvermeidliche Halbschlächtigkeit, Beschränktheit und Engstirnigkeit des bürgerlichen Demokratismus hingewiesen. Sie hat dem sozialistischen Proletariat in der Epoche der demokratischen Revolution die Aufgabe gestellt, die Masse der Bauernschaft auf seine Seite zu ziehen und, die Wankelmütigkeit der Bourgeoisie paralysierend, die Selbstherrschaft zu brechen und zu vernichten. Der entscheidende Sieg der demokratischen Revolution ist nur möglich in der Form der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Doch je rascher und je vollständiger dieser Sieg zur Wirklichkeit wird, um so rascher und tiefer werden sich neue Widersprüche und ein neuer Klassenkampf im Rahmen der vollauf demo-



kratisierten bürgerlichen Ordnung entfalten. Je vollständiger wir die demokratische Umwälzung verwirklichen werden, um so näher werden wir den Aufgaben der sozialistischen Umwälzung von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen, um so heftiger und schärfer wird der Kampf des Proletariats gegen die tragenden Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft sein.

Gegen jede Abweichung von dieser Festsetzung der revolutionär-demokratischen und der sozialistischen Aufgaben des Proletariats muß die Sozialdemokratie einen beharrlichen Kampf führen. Es ist unsinnig, den demokratischen, d. h. in seinen Grundzügen bürgerlichen Charakter der gegenwärtigen Revolution zu ignorieren, und es ist deshalb auch unsinnig, solche Losungen aufzustellen wie etwa die Gründung revolutionärer Kommunen. Es ist unsinnig und reaktionär, die Aufgaben der Teilnahme, und zwar der führenden Teilnahme des Proletariats an der demokratischen Revolution herabzusetzen, indem man, sagen wir, vor der Losung der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zurückscheut. Es ist unsinnig, die Aufgaben und die Bedingungen der demokratischen und der sozialistischen Revolution, die, wir wiederholen, sowohl nach ihrem Charakter als auch nach der Zusammensetzung der an ihnen teilnehmenden sozialen Kräfte verschiedenartig sind, durcheinanderzuwerfen.

Gerade auf diesen letzten Fehler wollen wir etwas ausführlicher eingehen. Die mangelnde Entwicklung der Klassengegensätze im Volk überhaupt und in der Bauernschaft insbesondere ist in der Epoche der demokratischen Revolution, die erst die Grundlagen für eine wirklich breite kapitalistische Entwicklung schafft, eine unvermeidliche Erscheinung. Diese mangelnde ökonomische Entwicklung bewirkt das Weiterleben, ja in der einen oder anderen Form das Wiederaufleben rückständiger Formen des Sozialismus, der ein kleinbürgerlicher Sozialismus ist, weil er Umgestaltungen idealisiert, die über den Rahmen kleinbürgerlicher Verhältnisse nicht hinausgehen. Die Masse der Bauern ist sich nicht bewußt und kann sich nicht bewußt sein, daß auch die vollste „Freiheit“ und die „gerechteste“ Aufteilung sogar des gesamten Grund und Bodens den Kapitalismus keineswegs beseitigen, sondern im Gegenteil die Bedingungen für seine besonders breite und machtvolle Entwicklung erzeugen werden. Und während die Sozialdemokratie nur den revolutionär-demokratischen Inhalt

dieser bäuerlichen Bestrebungen hervorhebt und unterstützt, macht der kleinbürgerliche Sozialismus aus der mangelnden Einsicht der Bauern eine Theorie, verwechselt oder vermengt er die Bedingungen und Aufgaben der wirklichen demokratischen und einer von der Phantasie vorgegaukelten sozialistischen Umwälzung.

Am anschaulichsten bringt diese unklare kleinbürgerliche Ideologie das Programm, richtiger gesagt, der Programmwurf der „Sozialrevolutionäre“ zum Ausdruck, die es um so eiliger hatten, sich als Partei zu proklamieren, je weniger bei ihnen die Formen und Voraussetzungen für die Existenz als Partei entwickelt waren. Als wir ihren Programmwurf analysierten (siehe „Wperjod“ Nr. 3\*), wiesen wir bereits darauf hin, daß die Anschauungen der Sozialrevolutionäre ihre Wurzeln in der alten russischen Volkstümlerrichtung haben. Da indes die ganze ökonomische Entwicklung Rußlands, der ganze Gang der russischen Revolution der reinen Volkstümlerideologie rücksichtslos und unbarmherzig täglich und stündlich den Boden unter den Füßen wegzieht, müssen die Anschauungen der Sozialrevolutionäre unvermeidlich eklektisch werden. Die schadhafte Stellen in der Volkstümlerideologie bemühen sie sich mit den Flickern der in Mode gekommenen opportunistischen „Kritik“ des Marxismus auszubessern, doch das fadenscheinige Zeug wird dadurch nicht fester. Im großen und ganzen ist ihr Programm etwas absolut Lebloses, innerlich Widerspruchsvolles, das in der Geschichte des russischen Sozialismus lediglich eine Etappe des Weges vom fröhlichen zum bürgerlichen Rußland, des Weges „von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus“ darstellt. Unter diese Definition, die für eine ganze Reihe mehr oder weniger seichter Rinnsale des heutigen revolutionären Denkens zutrifft, fällt auch der neueste Entwurf des Agrarprogramms der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der in Nr. 6–8 des „Przedświt“\*\* veröffentlicht ist.

Der Entwurf teilt das Agrarprogramm in zwei Hälften. Teil I behandelt die „Reformen, für deren Durchführung die gesellschaftlichen Verhältnisse schon herangereift sind“; Teil II „formuliert die Krönung und Integration der Agrarreformen, die in Teil I behandelt worden sind“. Teil I ist seinerseits in drei Abschnitte gegliedert: A. Arbeitsschutz — For-

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 64–70, russ. *Die Red.*

\*\* Die Morgenröte. *Die Red.*

derungen im Interesse des landwirtschaftlichen Proletariats; B. Agrarreformen (im engeren Sinne, sozusagen Bauernforderungen) und C. Schutz der Landbevölkerung (Selbstverwaltung usw.).

Ein Schritt zum Marxismus ist in diesem Programm der Versuch, so etwas wie ein Minimalprogramm vom Maximalprogramm abzutrennen, sodann die völlig selbständige Aufstellung von Forderungen rein proletarischen Charakters, ferner bei der Begründung des Programms die Feststellung, daß es für einen Sozialisten absolut unzulässig ist, „den Eigentümerinstinkten der Bauernmassen zu schmeicheln“. Würde die in dieser letzten These enthaltene Wahrheit völlig durchdacht und logisch zu Ende entwickelt, so käme eigentlich unweigerlich ein streng marxistisches Programm heraus. Aber das ist ja das Unglück, daß die PPS keine konsequent proletarische Partei ist und ihre Ideen ebenso gern aus dem Brunnen der opportunistischen Kritik am Marxismus schöpft. „Da die Tendenz zur Konzentration des Grundeigentums“, lesen wir in der Motivierung des Programms, „nicht bewiesen ist, kann man unmöglich für diese Wirtschaftsform mit voller Aufrichtigkeit und Sicherheit eintreten und die Bauern davon überzeugen, daß die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unvermeidlich verschwinden.“

Das ist nichts anderes als ein Nachhall der bürgerlichen politischen Ökonomie. Die bürgerlichen Ökonomen geben sich die größte Mühe, dem Kleinbauern weiszumachen, daß sich der Kapitalismus mit dem Wohlstand des bäuerlichen Kleineigentümers vereinbaren lasse. Deshalb verschleiern sie die allgemeine Frage der Warenwirtschaft, der Unterjochung durch das Kapital, des Rückgangs und des Niedergangs der kleinen Bauernwirtschaft durch die besondere Frage der Konzentration des Grundeigentums. Sie verschließen die Augen vor der Tatsache, daß sich die Großproduktion in speziellen Handelszweigen der Landwirtschaft sowohl auf dem kleinen als auch auf dem mittleren Grundeigentum entwickelt und daß dieses Eigentum sowohl infolge der steigenden Pachtpreise als auch unter dem Druck der Hypotheken und des Wuchers zerfällt. Sie lassen die unleugbare Tatsache unbeachtet, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft technisch überlegen ist und daß sich die Lebensbedingungen des Bauern im Kampf gegen den Kapitalismus verschlechtern. Die PPS tut weiter nichts, als daß sie die bürgerlichen Vorurteile wiederholt, die von den heutigen Davids<sup>90</sup> zu neuem Leben erweckt werden.

Die Unklarheit der theoretischen Anschauungen zeigt sich auch im praktischen Programm. Nehmen wir Teil I: die Agrarreformen im engeren Sinne. Einerseits lesen wir in Punkt 5: „Aufhebung aller Beschränkungen beim Kauf von Anteilland und 6. Abschaffung der Scharwerke<sup>91</sup> und Spanndienste (Naturalleistungen)“. Das sind rein marxistische Minimalforderungen. Indem die PPS sie aufstellt (besonders Punkt 5), macht sie im Vergleich zu unseren Sozialrevolutionären, die im Verein mit den „Moskowskije Wedomosti“ eine Schwäche für die „Unveräußerlichkeit des Anteillandes“ haben, einen Schritt vorwärts. Indem die PPS diese Forderungen aufstellt, kommt sie nahe heran an die marxistische Idee vom Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft als Grundlage und Inhalt der heutigen Bauernbewegung. Doch während die PPS an diese Idee nahe herankommt, ist sie weit davon entfernt, sie völlig und bewußt zu akzeptieren.

Die Hauptpunkte des hier von uns untersuchten Minimalprogramms lauten: „1. Nationalisierung der staatlichen, kirchlichen und Apanageländereien durch Konfiskation; 2. Nationalisierung des großen Grundeigentums, wenn keine direkten Erben vorhanden sind; 3. Nationalisierung der Wälder, Flüsse und Seen.“ Diese Forderungen leiden an all den Mängeln eines Programms, das für die Jetztzeit die Forderung der Nationalisierung des Grund und Bodens in den Vordergrund rückt. Solange die volle politische Freiheit und die Herrschaft des Volkes nicht Tatsache geworden sind, solange es keine demokratische Republik gibt, ist die Forderung der Nationalisierung verfrüht und unklug, denn die Nationalisierung bedeutet den Übergang in den Besitz des Staates, der heutige Staat aber ist ein Polizei- und Klassenstaat, und der morgige Staat wird auf jeden Fall ein Klassenstaat sein. Als Lösung aber, die in der Richtung der Demokratisierung vorwärts führt, ist diese Forderung besonders untauglich, denn sie legt das Schwergewicht nicht auf das Verhältnis der Bauern zu den Gutsbesitzern (die Bauern nehmen das Land der Gutsbesitzer), sondern auf das Verhältnis der Gutsbesitzer zum Staat. Eine solche Fragestellung ist grundfalsch für eine Zeit, in der die Bauern sowohl gegen die Gutsbesitzer als auch gegen den Staat der Gutsbesitzer auf revolutionärem Wege um den Grund und Boden kämpfen. Revolutionäre Bauernkomitees zum Zweck der Konfiskation, als Werkzeug der Konfiskation — das ist die einzige Lösung, die einer solchen Zeit ent-

spricht und den Klassenkampf gegen die Gutsbesitzer in engster Verbindung mit der revolutionären Zerstörung des Gutsbesitzerstaates vorantreibt.

Die übrigen Punkte des minimalen Agrarprogramms im Entwurf der PPS sind folgende: „4. Einschränkung des Eigentumsrechts, insofern es zum Hindernis aller möglichen landwirtschaftlichen Verbesserungen (Melioration) wird, wenn diese Verbesserungen von der Mehrheit der Interessenten als notwendig anerkannt werden; ... 7. Nationalisierung der Versicherung des Getreides gegen Feuer und Hagel und des Viehs gegen Seuchen; 8. Förderung der Gründung von landwirtschaftlichen Artels und Genossenschaften durch den Staat auf gesetzgeberischem Wege; 9. landwirtschaftliche Schulen.“

Diese Punkte sind ganz im Geiste der Sozialrevolutionäre oder (was dasselbe ist) ganz im Geiste des bürgerlichen Reformertums. Sie enthalten nichts Revolutionäres. Gewiß sind sie fortschrittlich, darüber ist nicht zu streiten, aber fortschrittlich im Interesse der Eigentümer. Werden sie von Sozialisten aufgestellt, so heißt das eben den Eigentümerinstinkten schmeicheln. Sie aufzustellen ist dasselbe, wie wenn man vom Staat die Förderung der Truste, Kartelle, Syndikate und Industriellenverbände fordern wollte, die nicht weniger „fortschrittlich“ sind als die Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften usw. in der Landwirtschaft. Das alles ist kapitalistischer Fortschritt. Sich darum zu sorgen, ist nicht unsere Sache, sondern Sache der bäuerlichen Unternehmer. Der proletarische Sozialismus zum Unterschied vom kleinbürgerlichen Sozialismus überläßt den Grafen de Roquignie, den Gutsbesitzern vom Semstwo u. a. m. die Sorge um die Kooperationen der Groß- und Kleinbesitzer; er selbst sorgt sich einzig und allein um die Kooperation der *Lohnarbeiter* für den *Kampf gegen die Unternehmer*.

Sehen wir uns jetzt Teil II des Programms an. Er besteht aus dem einen Punkt: „Nationalisierung des großen Grundeigentums durch Konfiskation. Äcker und Wiesen, die das Volk auf diese Weise erwirbt, müssen in Parzellen geteilt und den landlosen oder landarmen Bauern in langjährige, gesicherte Pacht übergeben werden.“

Eine famose „Krönung“, das muß man schon sagen! Eine Partei, die sich sozialistisch nennt, schlägt als „Krönung und Integration der Agrarreformen“ keineswegs eine sozialistische Struktur der Gesellschaft vor,

sondern eine unsinnige kleinbürgerliche Utopie. Wir haben hier das anschaulichste Beispiel einer gänzlichen Verwechslung von demokratischer und sozialistischer Umwälzung und eines gänzlichen Nichtverstehens ihrer verschiedenartigen Ziele vor uns. Der Übergang des Grund und Bodens von den Gutsbesitzern an die Bauern kann ein Bestandteil der demokratischen Umwälzung, eine Etappe der bürgerlichen Revolution sein — und war es auch überall in Europa —, aber nur bürgerliche Radikale können ihn als Krönung oder Vollendung bezeichnen. Die Neuaufteilung des Grund und Bodens unter diese oder jene Kategorien von Eigentümern, unter diese oder jene Klassen von Hofbesitzern, kann im Interesse des Sieges der Demokratie, im Interesse der völligen Ausmerzungen aller Spuren der Leibeigenschaft, der Hebung der Lebenshaltung der Masse, der Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung usw. vorteilhaft und notwendig sein, und dann wäre es die Pflicht des sozialistischen Proletariats, in der Epoche der demokratischen Revolution eine solche Maßnahme auf entschiedenste zu unterstützen; aber „Krönung und Vollendung“ kann nur die *sozialistische* Produktion und nicht die bäuerliche Kleinproduktion sein. Die „gesicherte“ kleinbäuerliche Pacht unter Beibehaltung der Warenwirtschaft und des Kapitalismus ist eine reaktionäre kleinbürgerliche Utopie und weiter nichts.

Wir sehen jetzt, daß der Hauptfehler der PPS nicht nur ihr allein eigen, nicht vereinzelt, nicht zufällig ist. In ihm äußert sich klarer und deutlicher (als in der berüchtigten „Sozialisierung“ der Sozialrevolutionäre, die von diesen selbst nicht verstanden wird) der *grundlegende* Fehler der ganzen russischen Volkstümmerrichtung, des *gesamten* russischen bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus in der Agrarfrage, einschließlich dessen, was in den Debatten auf der letzten Tagung der Semstwoleute (im September) in Moskau zum Ausdruck kam.

Diesen grundlegenden Fehler kann man folgendermaßen formulieren:  
*In der Festsetzung der nächsten Ziele ist das Programm der PPS nicht revolutionär. In seinen Endzielen ist es nicht sozialistisch.*

Anders gesagt: das Nichtverstehen des Unterschieds zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung führt dahin, daß bei den demokratischen Aufgaben deren wirklich revolutionäre Seite nicht zur Geltung kommt, während in die sozialistischen Aufgaben die ganze Unklarheit der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung hineingebracht wird.

So entsteht eine Losung, die für den Demokraten ungenügend revolutionär, für den Sozialisten aber unverzeihlich verworren ist.

Dagegen wird das Programm der Sozialdemokratie allen Anforderungen gerecht, sowohl was die Unterstützung eines wahrhaft revolutionären Demokratismus als auch was die Aufstellung eines klaren sozialistischen Ziels betrifft. In der heutigen Bauernbewegung sehen wir den Kampf gegen die Leibeigenschaftsverhältnisse, den Kampf gegen die Gutsbesitzer und den Gutsbesitzerstaat. Diesen Kampf unterstützen wir bis zu Ende. Für diese Unterstützung ist die einzig richtige Losung: Konfiskation durch revolutionäre Bauernkomitees. Was mit den konfiszierten Ländereien geschehen soll, ist eine zweitrangige Frage, die nicht wir, sondern die Bauern lösen werden. Und bei ihrer Lösung wird eben der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie unter der Bauernschaft entbrennen. Deshalb lassen wir diese Frage entweder offen (was den kleinbürgerlichen Projektmachern so sehr mißfällt) oder zeigen von uns aus nur den *Anfang* des Weges, der in der Wegnahme der Bodenabschnitte besteht (worin denkfaule Leute, trotz der zahlreichen Erläuterungen durch die Sozialdemokratie, eine Schranke der Bewegung erblicken).

Damit sich die Agrarreform, die im heutigen Rußland unvermeidlich ist, revolutionär-demokratisch auswirkt, gibt es nur *ein* Mittel: ihre Verwirklichung durch die revolutionäre Initiative der Bauern selbst, gegen die Gutsbesitzer und die Bürokratie, gegen den Staat, d. h. die Verwirklichung auf revolutionärem Wege. Auch die schlechteste Verteilung des Grund und Bodens wird nach einer *solchen* Umgestaltung in jeder Hinsicht besser sein als die jetzige. Und diesen Weg zeigen wir, indem wir an die Spitze unserer Forderungen die revolutionären Bauernkomitees stellen.

Zugleich aber sagen wir dem Landproletariat: „Der radikalste Sieg der Bauern, zu dem du jetzt aus allen Kräften beitragen mußt, wird dich von deiner Bettelarmut nicht befreien. Zu diesem Ziele führt nur *ein* Weg: der Sieg des gesamten Proletariats, sowohl des industriellen als auch des landwirtschaftlichen, über die gesamte Bourgeoisie und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.“

Zusammen mit den bäuerlichen Eigentümern gegen die Gutsbesitzer und den Gutsbesitzerstaat, zusammen mit dem städtischen Proletariat gegen die gesamte Bourgeoisie und alle bäuerlichen Eigentümer — das ist die Losung des klassenbewußten ländlichen Proletariats. Und sollten die

Kleinbesitzer diese Losung nicht sofort oder sogar überhaupt nicht annehmen, so wird sie dafür zur Losung der Arbeiter werden, wird sie unweigerlich durch die ganze Revolution bestätigt werden, wird sie uns vor kleinbürgerlichen Illusionen bewahren und uns klar und bestimmt unser sozialistisches Ziel zeigen.

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*



## DIE SATTE BOURGEOISIE UND DIE LECHZENDE BOURGEOISIE

„Le Temps“ ist eines der einflußreichsten Presseorgane der konservativen französischen Bourgeoisie. Gegen den Sozialismus führt er den erbittertsten Feldzug, und es gibt selten einen Tag, an dem man in seinen Spalten nicht die Namen Marx, Bebel, Guesde und Jaurès mit den böswilligsten Kommentaren und Ausfällen findet. Ohne Schaum vor dem Munde kann „Le Temps“ nicht über den Sozialismus schreiben.

Die Zeitung verfolgt äußerst aufmerksam die russische „Krise“, wie sich die loyalen Europäer ausdrücken, wobei sie la nation amie et alliée — „die befreundete und verbündete Nation“ — nie ohne ihre erbaulichen Ratschläge läßt. So hat sie auch jetzt der letzten Semstwotagung einen Leitartikel gewidmet. Sie erinnert darin an die vorige Tagung im Juli und kann sich sogar nachträglich nicht enthalten, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Das war, so schreibt sie, „ein Schauspiel absoluter Verworrenheit des Denkens und völliger Unbestimmtheit der Absichten“; das Projekt Bulygins war bereits bekannt, und nichtsdestoweniger beschränkten sich die Delegierten auf „feurige Reden“, ohne die Frage, ob Boykott oder Beteiligung, entscheiden zu können. Das Organ der herrschenden französischen Bourgeoisie wirft den Semstwoleuten in ihrer Geiztheit sogar vor, daß sie keine Mandate hatten!

Wie freudig lächelt dafür jetzt der mit politischer Macht gesättigte Bourgeois! Wie liebenswürdig beeilt er sich, die edle Rechte seines Mitbruders zu drücken, der zwar erst nach politischer Macht lechzt, aber schon seine „Reife“ beweist! Der Boykott ist verworfen, und das Fehlen von Mandaten wird nicht mehr erwähnt. „Der Beschluß der Semstwovertreter“, schreibt „Le Temps“, „macht ihnen Ehre. Er beweist, daß die

politische Erziehung der aufgeklärtesten Elemente des russischen Volkes Fortschritte macht, daß sie sich von den nebelhaften Plänen politischer Gaukelei lossagen und mutig den Weg der notwendigen Evolution beschreiten.“

Der Bourgeois, der mit politischer Macht gesättigt ist und aus eigener Anschauung weiß, wohin wirkliche Siege des Volkes, der Arbeiter und Bauern, in Revolutionen führen, schwankt keine Sekunde, die Septembertagung der liberalen Gutsbesitzer und Kaufleute für einen Sieg der Evolution über die Revolution zu erklären.

Er lobt die „Mäßigung“ der Tagung. Er weist mit sichtlicher Genugtuung auf die Ablehnung der Resolutionen über die „Parzellierung der Ländereien“ und über das Wahlrecht der Frauen hin. „Die Weisheit und Mäßigung dieser Beschlüsse zeigt klar, daß die Ansichten der extremen Parteien auf dieser Tagung nicht die Oberhand gewonnen haben. Das Programm, auf das sich alle geeinigt haben, ist genügend demokratisch, um die *Revolutionäre zu entwaffnen*. Und da die Semstwotagung die Verwirklichung ihrer Pläne ausschließlich von der Anwendung gesetzlicher Mittel erwartet, so können sich ihrem Programm auch jene Reformer anschließen, die von den Mitgliedern der Semstwotagung nicht durch persönliche Differenzen getrennt sind.“

Der satte Bourgeois klopft dem lechzenden Bourgeois ermunternd auf die Schultern: ein „genügend demokratisches“ Programm aufstellen, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen, um die *Revolutionäre zu entwaffnen*, und den legalen Weg beschreiten — das heißt, in gutem ehrlichem Russisch gesagt, mit den Trepow und Romanow handelseins werden — das ist die wahre Staatsklugheit.

Daß indes die Hoffnungen des scharfsinnigen Bourgeois auf die einfältigen *Revolutionäre* nicht ganz unbegründet sind, haben unsere Weisen von der neuen „Iskra“ bewiesen. Sie sind Hals über Kopf in die Falle gerannt, indem sie um die Wette vorschlugen, den gemäßigten Bourgeois, die jetzt von ganzem Herzen bereit sind, jedes beliebige Versprechen zu machen und jede beliebige Verpflichtung einzugehen, demokratische Verpflichtungen abzuverlangen. Nicht nur im Kampf zwischen feindlichen Parteien, sondern auch im Kampf innerhalb der sozialistischen Parteien gehen (wovon wir uns nach dem II. Parteitag durch eigene Erfahrung überzeugt haben) alle Versprechungen zum Teufel, sobald halbwegs wesent-

liche Interessen der Kämpfenden berührt werden. The promises like pie-crust are made to be broken, sagt ein englisches Sprichwort. „Versprechungen und Kuchenrinde werden gemacht, um sie zu brechen.“

Worauf lief die Taktik der „Iskra“ gegenüber der Duma hinaus? Auf die ideologische und taktische *Entwaffnung der Revolutionäre*. Die Weisen von der opportunistischen „Iskra“ arbeiteten an dieser Entwaffnung, indem sie die Idee des aktiven Boykotts verrissen, an Stelle des aktiven Boykotts (ganz im Geiste des „Nowoje Wremja“<sup>92</sup> und fast mit denselben Worten) den passiven unterschoben, Vertrauen und Vertrauensseligkeit gegenüber den sich in den Armen liegenden Miljukow und Stachowitsch predigten und die revolutionäre Losung des Aufstands durch bürgerliches Oswoboshdenzen-Gewäsch wie die „revolutionäre Selbstverwaltung der Bürger“ ersetzten.

Nur Blinde können jetzt noch nicht sehen, in welchen Sumpf die „Iskra“ geraten ist. In der illegalen Presse steht sie ganz allein da, auf ihrer Seite steht nur das „Oswoboshdenije“. Der „Bund“, den nicht einmal Martow und Axelrod der Sympathie für das „Arsenal des ‚Wperjod‘“ verdächtigen werden, ist entschieden für den aktiven Boykott eingetreten. In der legalen Presse haben sich alle Gesinnungslumpen und alle gemäßigten Liberalen zum Kampf gegen die radikalen Bourgeois vereinigt, die ihre Sympathien für den Boykott ausgesprochen haben und der Bauernschaft freundschaftlich gesinnt sind.

Nun, hat Lenin in seinen „Zwei Taktiken“, als er die neuskristischen Resolutionen analysierte, etwa zu Unrecht gesagt, daß die „Iskra“ zu den liberalen Gutsbesitzern hinabsinkt, während der „Proletari“ bestrebt ist, die revolutionären Bauern emporzuheben?

Wir haben das „Nowoje Wremja“ erwähnt. Nicht nur dieses Reptilienblatt, sondern auch die „Moskowskije Wedomosti“ führen einen erbitterten Kampf gegen die Boykottidee, wodurch sie jedermann die reale politische Bedeutung der Duma zeigen. Hier als Musterbeispiel ein bezeichnender Ausfall des „Nowoje Wremja“, bei dem wir um so lieber verweilen, als er auf die ganze abgrundtiefe bürgerliche Niedertracht selbst eines solchen „ehrenwerten“ liberalen Organs wie der „Russkije Wedomosti“ neues Licht wirft.

Der bekannte Berliner Korrespondent dieser Zeitung, Herr Jollos, geht in Nr. 247 auf den Jenaer Parteitag ein. Seine Spießbürgerseele ist vor

allem davon entzückt, daß sich ein wackerer und recht denkender liberaler Bürger, der reiche Abbe, gefunden hat, der die Stadt Jena mit einem Volkshaus für freie Versammlungen aller Parteien, darunter sogar der Sozialdemokraten, beschenkte. Und Herr Jollos zieht daraus die Moral: „Man kann dem Volke auch außerhalb bestimmter Parteirahmen Nutzen bringen.“ Das stimmt natürlich. Aber was soll man von einem Publizisten sagen, der in der Periode des erbitterten Parteienkampfes in Rußland anfängt, die Parteilosigkeit zu preisen? Versteht Herr Jollos denn nicht, daß er damit die größte politische Taktlosigkeit begeht und den Leuten vom „Nowoje Wremja“ Trümpfe in die Hand spielt? Der wahre Sinn dieser kleinbürgerlichen Begeisterung für die Parteilosigkeit wird dem Leser indes aus folgendem Satz des Herrn Jollos klar:

„Ich will schon gar nicht davon reden, daß es politische Verhältnisse gibt, unter denen es nützlich ist, die *Endziele* vorübergehend *in die Tasche zu stecken* und an die nächsten Aufgaben zu denken, die dem Sozialismus und dem Liberalismus gleichermaßen gemeinsam sind.“

Das nennt man offenherzig! Ein Dankeschön wenigstens für die Klarheit, Herr Jollos! Uns bleibt nur übrig, solche Erklärungen stets und bei jeder Gelegenheit, bei jedem Auftreten vor den Arbeitern auszunützen, um den *bürgerlichen* Charakter des russischen Liberalismus zu enthüllen, um den Arbeitern die Notwendigkeit einer *selbständigen* Partei des Proletariats auseinanderzusetzen, einer Partei, die der Bourgeoisie, selbst der liberalsten, unbeirrt feindlich gegenübersteht.

Doch alle diese Tiraden unseres „Demokraten“ sind erst die Blüten. Die Früchte kommen noch. Herr Jollos beschränkt sich nicht darauf, dem Proletariat zu raten, „die Endziele vorübergehend in die Tasche zu stecken“, d. h. sich vom Sozialismus loszusagen, nein, er rät außerdem davon ab, die gegenwärtige politische Revolution zu Ende zu führen. Herr Jollos zitiert Bebels Rede und rückt jene Stelle dieser Rede in den Vordergrund, wo Bebel Zweifel äußerte, ob es uns „in der nächsten Zeit“ gelingen werde, Rußland in einen Kulturstaat zu verwandeln, wobei er gleichzeitig erklärte, daß das alte, absolutistische Regime nicht wiederkehren werde, „daß das alte Rußland jedenfalls unmöglich ist“. Über diese Stelle schreibt Herr Jollos:

„Ich betrachte Bebel nicht als Autorität in russischen Dingen, muß aber bemerken, daß er sich in diesem Teil seiner Rede von Kautsky und einigen

anderen Doktrinären, die der Revolution in Permanenz (der ununterbrochenen Revolution) das Wort reden, vorteilhaft unterscheidet. Als kluger Mensch und Politiker, der weiß, was für konkrete Formen ein Zustand ständiger Anarchie im Leben eines Volkes anzunehmen pflegt, sieht Bebel den Erfolg vor allem in der Verwirklichung der kulturellen Aufgaben, und aus seinen Worten geht ganz klar hervor, daß er zwischen der russischen Intelligenz und dem russischen Proletariat, wenigstens bis zur Erlangung der elementaren Menschenrechte, keine Demarkationslinien zieht und schon ganz gewiß keine Mauern errichtet."

Ebensowenig ist das eine *Verleumdung* Bebels, eine echte „Nowoje Wremja“-Verleumdung. Bebel zieht zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Demokratismus stets und unbedingt eine „Demarkationslinie“; Herr Jollos muß das wissen. Bebel trennt aufs entschiedenste die bürgerliche von der sozialdemokratischen Intelligenz. Dem russischen Leser zu versichern, daß Bebel, während er für die „Kultur“ kämpft, die Verlogenheit und den Verrat der bürgerlichen Demokratie einerseits und die sozialistischen Ziele der Arbeiterklasse andererseits auch nur vorübergehend außer acht lasse — heißt über den Führer der revolutionären deutschen Sozialdemokratie eine monströse Lüge verbreiten.

Zweitens geht aus Bebels Rede absolut nicht hervor, daß er die russische Revolution anders betrachtet als Kautsky. Daß sich Bebel in dieser Hinsicht von Kautsky „vorteilhaft unterscheidet“, ist eine Erfindung des Herrn Jollos, der aus Bebels Rede ein Stück herausreißt und entstellt, eine ganze Reihe seiner Erklärungen, die eindeutig für die russische Revolution und ihren entscheidenden Sieg Stellung nehmen, aber verschweigt.

Drittens — und darin besteht für uns die interessanteste Besonderheit der Stellung der „*Russkije Wedomosti*“ — zeigt Herr Jollos durch seinen Ausfall, daß er gerade den entscheidenden Sieg der Revolution in Rußland *fürchtet*. Die „*Revolution in Permanenz*“ bezeichnet Herr Jollos als „*Anarchie in Permanenz*“. Das zu sagen heißt die Revolution zu einem bloßen Aufruhr stempeln, das zu sagen heißt zum *Verräter an der Revolution* werden. Die Diplomaten des „*Oswoboshdenije*“, die so gern beteuern, sie hätten keine Feinde von links, sollen uns nicht einreden, das sei nur ein falscher Zungenschlag der „*Russkije Wedomosti*“. Das stimmt nicht. Es ist der Ausdruck der tiefsten Gefühle und der ureigensten Interessen des liberalen Gutsbesitzers und des liberalen Fabrikanten. Es ist dasselbe wie

der Ausspruch des Herrn Winogradow, der aufruft, dagegen zu kämpfen, daß die russische Revolution den Weg des Jahres 1789 beschreitet. Es ist dasselbe wie die Knechtseligkeit des Herrn Trubezkoi, der zum Zaren sagte, er sympathisiere nicht mit dem Aufruhr. Das ist kein Zufall. Es ist die einzig wahrheitsgemäße Formulierung in Worten der zahllosen schändlichen Taten unserer bürgerlichen Demokraten, die der „Anarchie in Permanenz“ überdrüssig werden, die sich nach *Ruhe und Ordnung* zu sehnen beginnen, die des „Kämpfens“ schon müde sind (obzwar sie niemals gekämpft haben) und die von der Revolution bereits abschwanken, nur weil sie sehen, daß sich die Arbeiter und Bauern, die sich schlagen und nicht nur geschlagen werden wollen, wirklich zum wirklichen Kampf erheben. Die bürgerlichen Demokraten sind bereit, bei den Exzessen der Trepow, bei der Niedermetzelung Wehrloser ein Auge zuzudrücken; nicht diese, sondern eine andere „Anarchie“ schreckt sie, nämlich wenn nicht Trepow und nicht Petrunkewitsch mit Roditschew an der Macht sein werden, sondern wenn der Aufstand der Bauern und Arbeiter *siegen wird*. Die bürgerlichen Demokraten gehen ja gerade deshalb so gern in die Duma, weil sie in ihr die Gewähr für den Verrat an der Revolution sehen, die Gewähr für die Verhinderung des vollen Sieges der Revolution, dieser furchtbaren „Anarchie in Permanenz“.

Daß wir diese Bedeutung der liberalen Mentalität richtig gezeigt haben, dafür bürgt das „Nowoje Wremja“. Diese gerissenen Lakaien der Trepow haben sofort die ganze Niedertracht der „Russkije Wedomosti“ begriffen und sich beeilt, ihre Mitbrüder ans Herz zu drücken. In der Nummer vom 13. (26.) September zitiert das „Nowoje Wremja“ zustimmend gerade diese Unwahrheit des Herrn Jollos, wonach sich Bebel von Kautsky „vorteilhaft unterscheidet“, und bemerkt von sich aus:

„Somit werden unsere radikalen ‚Absentisten‘ also auch Bebel aus der Zahl ihrer Verbündeten streichen müssen.“

Die Schlußfolgerung ist durchaus berechtigt. Die berufsmäßigen Veräter vom „Nowoje Wremja“ haben Wesen und Sinn des „falschen Zungenschlags“ der „Russkije Wedomosti“ richtig eingeschätzt. Damit nicht genug, zog das politisch durchtriebene „Nowoje Wremja“ die Schlußfolgerung in *Anwendung auf die Duma*. Obwohl Herr Jollos kein Wort über Bebels Auffassung vom Boykott gesagt hatte, betitelte das „Nowoje Wremja“ doch gerade die Anhänger des Boykotts als „Absentisten“. Das

„Nowoje Wremja“ ergänzte die Verleumdung gegen Bebel durch eine Verleumdung gegen die „Radikalen“, wobei es immerhin den völlig richtigen Gedanken aussprach, daß für die Taktik der „radikalen Absentisten“ eben die Idee des vollen Sieges der Revolution, die Idee der Revolution in Permanenz maßgebend ist, während sich die in die Duma gehenden Liberalen von der Angst vor der „Anarchie in Permanenz“ leiten lassen. Das „Nowoje Wremja“ hat recht. Trepows Lakai hatte allen Grund, Herrn Jollos beim Wort zu nehmen und ihm zu sagen: Wenn du nicht die „Anarchie in Permanenz“ willst, dann bist du mein Verbündeter, und keine demokratische Schönrednerei wird mich von meiner Meinung abbringen. Unser Streit ist ein kleiner Familienzwist – gegen die „Doktrinäre“, die Anhänger der „Anarchie in Permanenz“, werden wir gemeinsame Sache machen!

Wird die „Iskra“ wenigstens jetzt begreifen, daß sie, als sie die Anhänger des Boykotts der Enthaltung, *d. h. des Absentismus*, bezichtigte, im Sinne des „Nowoje Wremja“ sprach? Wird sie begreifen, daß dieses Zusammenfallen ihrer Losungen mit denen des „Nowoje Wremja“ beweist, wie grundfalsch ihre Stellung ist?

Die satte europäische Bourgeoisie lobt die nach der Macht lechzende russische Bourgeoisie ob ihrer Mäßigung. Die Lakaien Trepows loben Herrn Jollos von den „Russkije Wedomosti“ dafür, daß er die Idee der „Anarchie in Permanenz“ tadelt. Die Leute vom „Nowoje Wremja“ und die Neuskristen machen sich lustig über den „Absentismus“ ...

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## DIE GUTSBESITZER ÜBER DEN DUMABOYKOTT

In Nr. 76 des „Oswoboshdenije“ sind die gekürzten Protokolle der Julitagung der Semstwoleute veröffentlicht worden. Jetzt, da die Frage der Taktik gegenüber der Reichsduma die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt, ist es höchst wichtig, von diesem in seiner Art einzigartigen Material, das zeigt, *wie gerade* die Semstwoleute und Oswoboshdenzen den Boykott beurteilt haben, Notiz zu nehmen. Niemand zweifelt natürlich daran, daß sie vor dem Friedensschluß, vor dem Erscheinen des Gesetzes über die Duma revolutionärer als heute waren oder zu scheinen strebten. Trotzdem ist die Art ihrer Argumentation für die Prüfung unserer Einschätzung der Frage außerordentlich lehrreich. Denn es ist wohl die erste Frage in der politischen Geschichte Rußlands, bei welcher die konkreten politischen Schritte sowohl von den oppositionellen als auch von den revolutionären Parteien gleichzeitig erörtert werden.

Es ist ganz natürlich, daß die bürgerlichen Demokraten nicht durch das allgemeine Programm ihres Kampfes, nicht durch die Interessen bestimmter Klassen dazu gedrängt wurden, die Frage des Boykotts zu stellen, sondern vor allem durch ein vages Gefühl der Peinlichkeit, der Scham angesichts der widerspruchsvollen, schiefen Lage, in die sie geraten sind. „Wie können wir uns denn an einer Sache beteiligen, die wir in Grund und Boden kritisiert haben?“ fragte Herr Schischkow. „Das Volk wird doch denken, wir seien mit dem Projekt solidarisch.“ Wie man sieht, verknüpfen sich bei diesem Liberalen gleich die ersten Gedanken über den Boykott mit der Frage nach dem Volk; er fühlt instinktiv, daß die Teilnahme an der Duma hieße, gerade hinsichtlich des Volkes etwas Ungehöriges zu tun. Er kann sich von den Anwandlungen des frommen Wunsches, mit dem Volke zusammenzugehen, nicht frei machen. Ein anderer Redner,



Herr Rajewski, stellt die Frage abstrakter: „Wir standen immer auf prinzipiellem Boden, in der Taktik aber gehen wir ein Kompromiß ein. Es wird so aussehen, als hätten wir zwar das Bulyginsche Projekt verurteilt, wollten aber doch sehr gern Volksvertreter werden. Wir werden diesen gefährlichen Weg nicht beschreiten.“ Das ist natürlich eine kleine Übertreibung des Herrn Rajewski, denn die Oswoboshdenzen *standen niemals* auf prinzipiellem Boden. Falsch ist es auch, die Frage auf die nackte Verneinung des Kompromisses zu reduzieren: Revolutionäre Sozialdemokraten, die sich den Geist des Marxismus angeeignet haben, würden natürlich nicht verfehlen, den Redner darauf hinzuweisen, daß es lächerlich ist, vom Leben aufgezwungene Kompromisse absolut zu verneinen, und daß es nicht darauf ankommt, sondern darauf, die Kampfziele klar zu erkennen und unter allen Umständen konsequent zu verfolgen. Doch, wir wiederholen, einem bürgerlichen Demokraten ist die materialistische Fragestellung von Grund aus fremd. Seine Zweifel sind lediglich ein Symptom des tiefen Zwiespalts innerhalb der verschiedenen Schichten der bürgerlichen Demokratie.

Der Schönredner Herr Roditschew, der nach Herrn Rajewski sprach, löst die Frage einfach: „Wir haben seinerzeit gegen die neue Semstwoordnung protestiert, sind aber in die Semstvos gegangen... Hätten wir die Kraft, den Boykott zu verwirklichen, so würden wir ihn erklären müssen“ („fehlt die Kraft“ nicht eben deshalb, Verehrtester, weil die Interessen der Eigentümer dem unwiderruflichen Kampf gegen die Selbstherrschaft feindlich, weil sie den Arbeitern und der Bauernschaft feindlich sind?)... „Die erste Regel der Kriegskunst ist: beizeiten fliehen...“ (Wahrhaftig! genauso sprach der Held des Twerer Liberalismus! Und die Liberalen machen sich noch über Kuropatkin lustig.) „Der Boykott wird dann kommen, wenn wir nach dem Eintritt in die Duma als erstes beschließen: ‚Wir entfernen uns. Das ist keine wirkliche Vertretung, ohne die ihr immerhin nicht mehr auskommen könnt. Gebt uns eine wirkliche.‘ Das wird ein wirklicher ‚Boykott‘ sein.“ (Aber natürlich! Kann es für die Semstwo-Balalaikins<sup>98</sup> etwas geben, das „wirklicher“ wäre als dieses „Gebt!“? Nicht umsonst lachten sie so herzlich, als Herr Golowin ihnen erzählte, wie er die Befürchtungen des Moskauer Gouverneurs, die Semstwotagung werde sich als konstituierende Versammlung ausrufen, „mühe-los zerstreut“ habe.)

Herr Koljubakin sagte: „Die Vorredner haben die Frage so gestellt: ‚Entweder in die Bulyginsche Duma gehen oder überhaupt nichts tun.‘“ (Die „Iskra“ stellt die Frage genauso wie diese „Vorredner“ des rechten Flügels der monarchistischen Bourgeoisie.) „Man muß sich an die Bevölkerung wenden, die in ihrer Gesamtheit gegen die Bulyginsche Duma sein wird... Wendet euch an das Volk, verwirklicht in der Tat die Rede- und Versammlungsfreiheit. Geht ihr dagegen in die nichtswürdige Institution, so richtet ihr euch zugrunde. Ihr werdet dort eine Minderheit sein, und diese wird in den Augen der Bevölkerung völlig abwirtschaften.“ In dieser Rede spürt man wieder den Zusammenhang der Idee des Boykotts mit dem Appell an die Bauernschaft, die Bedeutung dieser Idee als eine Wendung vom Zaren zum Volk. Und Herr Schtschepkin beeilt sich, auf die von ihm sehr wohl verstandene Rede des Herrn Koljubakin mit rühmenswürdiger Offenherzigkeit zu entgegnen: „Es schadet nichts, wenn wir in den Augen des Volkes einen Fehler machen, dafür werden wir die Sache retten.“ (... *die Sache der Bourgeoisie*, hätten dem Redner wahrscheinlich die Arbeiter zugerufen, wenn sie an dieser hohen Versammlung teilgenommen hätten.) „Ich bestreite nicht, daß wir vielleicht bald den revolutionären Weg beschreiten werden müssen. Doch der Entwurf des Büros (der Entwurf der Resolution gegen den Boykott) will das vermeiden, weil wir sowohl unserer Erziehung als auch unseren Sympathien nach“ (der Klassen-erziehung und den Klassensympathien) „nicht revolutionär sind.“

Weise urteilt Herr Schtschepkin! Er versteht besser als alle Neuskristen zusammengenommen, daß der springende Punkt hier nicht die Wahl der Mittel, sondern die Verschiedenheit der Ziele ist. Man muß „die Sache retten“, nämlich die Sache der Ordnung; das ist der Kern. Man darf den revolutionären Weg nicht riskieren, denn der kann zum Siege der Arbeiter und der Bauernschaft führen.

Dafür äußert sich der Schönredner und Kannegießer Herr De-Roberti ganz, ganz wie ein Neuskrist. „Was tun, wenn das Projekt dank seiner Untauglichkeit zum Gesetz wird? Aufstand mit der Waffe in der Hand?“ (Was fällt Ihnen ein, Herr Roberti, wie kann man den „Aufstand mit der Duma verknüpfen“!? Wie schade, daß Sie unseren „Bund“ nicht kennen, er würde Ihnen erklären, daß man das nicht verknüpfen darf.) „Er wird, glaube ich, mit der Zeit unweigerlich kommen. Heute jedoch kann der Widerstand nur entweder rein passiv sein oder passiv, aber stets bereit, in

einen aktiven überzugehen.“ (Ach, welch reizender Radikaler! Er sollte die Losung der neuen „Iskra“ aufgreifen: „revolutionäre Selbstverwaltung“ — er wäre gewiß der rechte Mann, darüber Arien zu singen, oh, herrliche Arien...) „...Mandate sind nur jenen zu geben, die entschlossen sind, um jeden Preis die Umwälzung zu vollbringen.“ Mit solchen Helden haben wir es zu tun! Hatten wir nach alledem unrecht, als wir sagten, Parvus habe sich mit dieser Sorte Oswoboshdenzen gefunden und verbrüdert? und die neue „Iskra“ habe sich von den schönen Worten der schönrednerischen Gutsbesitzer einfangen lassen?

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## ZUR VEREINIGUNG DER PARTEI<sup>94</sup>

Wir können unsererseits die völlig klare und bestimmte Fragestellung des Zentralkomitees nur begrüßen. Entweder Verschmelzung mit der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des III. Parteitags oder ein Vereinigungsparteitag. Die Organisationskommission hat nun die endgültige Wahl zu treffen. Lehnt sie den Eintritt in die Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des III. Parteitags ab, so muß man sofort darangehen, den Vereinigungsparteitag vorzubereiten und die Bedingungen dafür auszuarbeiten. Dazu müßten 1. beide Seiten mit eindeutiger Klarheit formell erklären, daß die Einberufung zweier Parteitage zur selben Zeit und am selben Ort im Prinzip als notwendig anerkannt wird; 2. müßte, gleichfalls formell, bestimmt werden, daß alle Organisationen beider Teile der Partei sich den Beschlüssen des Parteitags ihres Teils unbedingt fügen. Beide Parteitage sollen, mit anderen Worten, für den betreffenden Teil der Partei beschließenden und nicht nur beratenden Charakter haben; 3. muß im voraus eindeutig festgelegt werden, auf welcher Basis die Parteitage einberufen werden, d. h. genau von welchen Organisationen und wieviel Delegierte mit beschließender Stimme diese haben (Punkt 2 und 3 sind für jenen Teil der Partei, der den III. Parteitag anerkannt hat, durch das auf dem III. Parteitag angenommene Statut der SDAPR bestimmt); 4. müssen unverzüglich Verhandlungen über Zeit und Ort des Parteitags aufgenommen werden (die Bedingungen der Verschmelzung und der Zeitpunkt der Verschmelzung der zwei Parteitage zu einem werden schon von den Parteitag selbst beschlossen werden); 5. ist es äußerst wichtig, sofort an die Ausarbeitung eines sehr genauen und detaillierten Projekts der Vereinigung heranzutreten, das beiden Parteitag zur Beschlußfassung

vorgelegt werden soll. Diese Sache ist dringend notwendig: Die Erfahrungen sowohl anderer Parteien als auch unserer Partei zeigen klar, daß ohne ein im voraus ausgearbeitetes, veröffentlichtes und allseitig erörtertes Projekt der Vereinigung oder ohne einige solche Projekte die Parteitage keine Möglichkeit haben werden, eine so schwierige Frage zu entscheiden.

Die Reihe ist mithin an der Organisationskommission, deren Beschlüsse alle Anhänger der Vereinigung mit Ungeduld erwarten werden.

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## EINE ZORNIGE ANTWORT

Unser Artikel „Die Theorie der Selbstentstehung“ („Proletari“ Nr. 16)\* hat eine höchst zornige Antwort des „Bund“ hervorgerufen. Sein eigener Vorrat an zornigen Worten reichte sogar nicht aus, so daß er sie noch bei Plechanow, dem bekannten Gegner grober Polemik, entlehnen mußte. Worum handelt es sich? Worüber ärgert sich der „Bund“? Darüber, daß wir einerseits die Möglichkeit von Ironie im Lob des „Bund“ an die Adresse der „Iskra“ zugelassen, andererseits aber die Solidarität des „Bund“ mit der „Iskra“ in einer ganzen Reihe von Punkten verspottet haben. Diese Zwiespältigkeit wälzt der „Bund“ auf uns ab, indem er uns der Taschenspielererei usw. beschuldigt und unsere ganze Analyse der zweifellos nicht ironisch gemeinten und ebenso zweifellos falschen Argumente des „Bund“ *vollständig totschweigt*. Weshalb hat der „Bund“ diese Analyse des Kerns der von ihm selbst aufgeworfenen Frage totgeschwiegen? Weil aus dieser Analyse *die zwiespältige Haltung des „Bund“ selbst* hervorgeht, der sich einerseits von der iskristischen „Duma“-taktik losgesagt, andererseits aber allen Ernstes eine Reihe iskristischer Fehler wiederholt hat. Was der erzürnte „Bund“ mit unserer Heuchelei erklären will, erklärt sich in Wirklichkeit mit der *heuchlerischen Haltung des „Bund“* in der Frage, ob wir die Losung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung durch eine provisorische revolutionäre Regierung oder durch den Zaren oder durch die Reichsduma, oder aber die Losung der Selbstentstehung dieser konstituierenden Versammlung aufstellen sollen. Wir

---

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 241–246. *Die Red.*

---

haben gezeigt, daß sich der „Bund“ in dieser Frage verheddert hat. Der „Bund“ hat darauf bis heute noch keine direkte Antwort gegeben. Und wenn jetzt der „Bund“ darüber schimpft, daß wir ihm den Spiegel vorgehalten haben, so antworten wir mit dem Sprichwort: „Schilt den Spiegel nicht, wenn...“

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## EINE NEUE MENSCHEWISTISCHE KONFERENZ

Es sind uns hektographierte Resolutionen der „Südrussischen konstituierenden (!?) Konferenz“ der Menschewiki<sup>95</sup> zugestellt worden. Auf die wichtigste Resolution (über die Reichsduma) werden wir noch zurückkommen. Vorläufig wollen wir bemerken, daß die Konferenz von den zwei Hauptpunkten der iskristischen „Duma“taktik den „Druck, damit in die Reichsduma entschlossene Leute gewählt werden“ (im Sinne Martows, Tscherewanins, Parvus'), hinausgeworfen, dagegen die „Organisierung allgemeiner Volkswahlen zur konstituierenden Versammlung“ angenommen hat. Was die Zusammensetzung der Redaktion der „Iskra“ betrifft, so wurden drei Resolutionen angenommen, aber die Frage ist trotzdem nicht gelöst. Die eine Resolution bittet Axelrod, nicht aus der Redaktion auszusteigen; die andere bittet Plechanow, in die Redaktion zurückzukehren (wobei die Konferenz — vermutlich ohne die Absicht, einen Witz zu machen — ihr „Erstaunen“ über Plechanows Ausscheiden ausdrückt); die dritte dankt der „Iskra“, spricht ihr das volle Vertrauen aus u. dgl. m., doch „die endgültige Beschlußfassung“ über die Zusammensetzung der Redaktion „wird der gesamtrussischen konstituierenden Konferenz übertragen“. Die „erste gesamtrussische Konferenz übertrug“ bekanntlich die Beschlußfassung über diese Frage den örtlichen Organisationen. Die örtlichen Organisationen „übertragen“ die Beschlußfassung der *konstituierenden* Konferenz... Das nennt man wohl den Bürokratismus und Formalismus abschaffen... Und solange die Sache nicht entschieden ist, trägt die „Iskra“ den Namen Zentralorgan — einen Namen, den ihr nicht einmal ihre Anhänger gegeben haben. Eine bequeme Position, das muß man schon sagen!



Das Organisationsstatut der Südrussischen Konferenz ist ein Abklatsch des bereits bekannten Statuts, immerhin mit kleinen Änderungen; hinzugefügt ist der Paragraph: „Die oberste Instanz der Partei sind die Parteitage, die nach Möglichkeit einmal im Jahr zusammentreten.“ Wir begrüßen diese Verbesserung aufs wärmste. In Verbindung mit dem neuen und ausgezeichneten Punkt „das Zentralkomitee wird vom Parteitag gewählt“ und mit dem vortrefflichen Wunsch, auch über die Zusammensetzung der Redaktion auf dem Parteitag zu entscheiden (wenn auch in Zukunft), zeugt diese Verbesserung von einem Schritt in Richtung der Beschlüsse des III. Parteitags. Wir wollen hoffen, daß nach etwa weiteren vier Monaten die nächste „konstituierende“ Konferenz auch den Modus für die Einberufung der Parteitage, dieser obersten Instanzen der Partei, festlegen wird... Was die Vereinigung betrifft, so geht die Konferenz um diese Frage leider herum wie die Katze um den heißen Brei, anstatt offen zu sagen: Wollt ihr euch auf der Grundlage des III. Parteitags vereinigen? Wenn nicht, wollt ihr zwei Parteitage zur selben Zeit und am selben Ort vorbereiten? Wir möchten hoffen, daß die nächste „konstituierende“ Konferenz (möglichst früher als in vier Monaten!) diese Frage entscheiden wird.

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE VERTRETUNG DER SDAPR IM INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜRO

Die „Südrussische konstituierende Konferenz“ der Menschewiki hat hierzu folgende Resolution angenommen: „Nach Kenntnisnahme der Dokumente, aus denen hervorgeht, daß Gen. Lenin, ohne hinsichtlich der Vertretung der SDAPR im Internationalen Büro irgendwelche Schritte zur Verständigung mit der ‚Minderheit‘ unternommen zu haben, diese Frage dort zum Kampfobjekt der beiden Teile der Partei gemacht und belanglose fraktionelle Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund gerückt hat, drückt die Konferenz der Südrussischen Organisationen ihr tiefes Bedauern darüber aus, bittet gleichzeitig Gen. Plechanow, unseren Teil der Partei im Internationalen Büro weiterhin zu vertreten, und wendet sich an alle Organisationen der ‚Mehrheit‘ mit dem Vorschlag, sich sofort zu dieser Frage zu äußern und im Interesse der von uns angestrebten Einheit wie auch zur Wahrung des uns allen gleich teuren Ansehens der SDAPR in den Augen aller anderen sozialistischen Parteien aller anderen Länder Gen. Plechanow ihrerseits mit dieser Vertretung zu betrauen.“

Diese Resolution macht es dem Endesunterzeichneten zur Pflicht, eine Darstellung der faktischen Sachlage zu geben: 1. Den Menschewiki kann nicht unbekannt sein, daß jedwedes Abkommen von dem in Rußland befindlichen ZK abhängt. Indem sie absichtlich nur von „Gen. Lenin“ sprechen, sagen sie die Unwahrheit. 2. Sofort nach dem III. Parteitag wandten sich zwei aus Rußland gekommene ZK-Mitglieder persönlich an Plechanow und drückten den Wunsch aus, ihn als Vertreter der SDAPR im Internationalen Büro wie auch als Redakteur des wissenschaftlichen Organs zu sehen. Plechanow lehnte ab. Der Satz „ohne... irgendwelche Schritte...“ weicht also von der Wahrheit ab. 3. Als Plechanow nach

dieser Ablehnung aus der Redaktion der „Iskra“ austrat, erklärte er (am 29. Mai), *ohne sich an das ZK der SDAPR zu wenden*, in der Presse, daß er *nur beide Teile der SDAPR zu vertreten bereit sei*, und ersuchte, ebenfalls durch die Presse, die den III. Parteitag anerkennenden Genossen um *ihre Zustimmung*. 4. Die Redaktion des „Proletari“ druckte Plechanows Erklärung sofort (in Nr. 5 vom 26. (13.) Juni) ab und fügte hinzu, daß die Frage dem ZK zur Entscheidung vorgelegt worden sei. 5. Bis zur Entscheidung der Frage durch das Zentralkomitee hielt ich im Namen des ZK mit dem Internationalen Büro die Verbindung aufrecht, um das Internationale Büro über den III. Parteitag und das ZK über die Arbeit des Internationalen Büros zu informieren, wobei ich erklärte, daß die Frage der Vertretung der SDAPR im Internationalen Büro noch nicht entschieden sei.\* Mit anderen Worten: das ZK hielt mit dem Internationalen Büro durch seinen ausländischen Vertreter die Verbindung aufrecht, bis die Frage eines besonderen Vertreters im Büro entschieden sein würde. 6. Als ich das Internationale Büro über den provisorischen Charakter meiner Beziehungen zu ihm klar und eindeutig informierte, berührte ich *keinerlei Frage des „Kampfes“ und der „Meinungsverschiedenheiten“*, sondern teilte lediglich die Beschlüsse des III. Parteitags mit, wozu ich unbedingt verpflichtet war. 7. Plechanow schickte dem Internationalen Büro am 16. Juni einen Brief, in dem er a) irrtümlich versicherte, daß er bereits von beiden Fraktionen bevollmächtigt sei, sie zu vertreten, und b) die Geschichte der Spaltung seit dem II. Parteitag schilderte, und zwar abweichend von der Wahrheit, ganz im menschwistischen Geist, indem er die Einberufung des III. Parteitags durch das Zentralkomitee als einen „völlig eigenmächtigen Akt“ bezeichnete, die Versöhner in unserer Partei für den „Sumpf“ erklärte und behauptete, auf dem Parteitag sei „nur etwa die Hälfte der ‚vollberechtigten‘ Organisationen“ vertreten gewesen, der Parteitag sei eine „Vereinigung der Ultrazentralisten und des Sumpfes“ gewesen usw.

8. Dieser Brief Plechanows wurde von mir in dem Brief an das Internationale Büro vom 24. Juli 1905\*\* Punkt für Punkt widerlegt (von Plechanows Brief erfuhr ich erst etwa einen Monat nach der Absendung durch Plechanow, als mir nämlich das Internationale Büro eine Abschrift seines Briefes sandte). Über den „Sumpf“ schrieb ich in meinem Brief: „Es ist

\* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 422, russ. *Die Red.*

\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 132–136. *Die Red.*

richtig, daß es in unserer Partei einen ‚Sumpf‘ gibt. Die Mitglieder dieses ‚Sumpfes‘ sind während des innerparteilichen Kampfes ständig von einer Seite auf die andere übergegangen. Einer der ersten Überläufer war Plechanow, der im November 1903 von der Mehrheit zur Minderheit überging und am 29. Mai 1905 durch seinen Austritt aus der Redaktion der ‚Iskra‘ die Minderheit verließ. Wir billigen dieses Hin- und Herpendeln nicht, sind aber der Meinung, daß man es uns keineswegs als Schuld anrechnen darf, wenn unentschlossene Leute, Genossen vom ‚Sumpf‘, nach langem Schwanken dazu neigen, sich uns anzuschließen.“ Was die Situation nach der Spaltung betrifft, so wies ich in demselben Brief darauf hin, daß das Internationale Büro unbedingt „eine vollständige Übersetzung aller Resolutionen der Konferenz“ haben müsse. „Wenn die ‚Iskra‘ dem Büro eine solche Übersetzung nicht zustellen will“, fügte ich hinzu, „so sind wir bereit, diese Arbeit auf uns zu nehmen.“

Mögen jetzt die Leser darüber urteilen, ob Plechanows Verhalten als unvoreingenommen und die Darstellung der Sachlage durch die neue Konferenz als wahrheitsgemäß bezeichnet werden kann. Wer ist schuld an der Schädigung des Ansehens der SDAPR? Wer hat die Initiative zur Information des Internationalen Büros über die Geschichte der Spaltung nach dem II. Parteitag ergriffen? Wer hat die „fraktionellen Meinungsverschiedenheiten“ in den Vordergrund gerückt??

N. Lenin

PS. Gemäß dem Wunsch der Südrussischen Konferenz, die Meinung der Organisationen der Mehrheit zu erfahren, veröffentlichen wir nachstehend die uns im August 1905 zugegangene Resolution des Kostromaer Komitees der SDAPR<sup>96</sup>. Andere Resolutionen zu dieser Frage sind der Redaktion nicht zugegangen.

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

AUS GESPRÄCHEN MIT LESERN<sup>97</sup>

Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Brief eines Genossen, Mitglied eines Komitees unserer Partei. Dieser Genosse ist einer der wenigen, die dem Zentralorgan nicht nur Korrespondenzen schicken, sondern auch *ihre* Auffassung von der Taktik, *ihre* Anwendung der Taktik darlegen. Ohne solche Gespräche, die keineswegs speziell für die Presse bestimmt sind, ist es unmöglich, gemeinsam eine übereinstimmende Parteitaktik auszuarbeiten. Ohne einen solchen Meinungs-austausch mit Praktikern kann die Redaktion einer im Ausland erscheinenden Zeitung niemals wirklich das Sprachrohr der gesamten Partei sein. Wir veröffentlichen deshalb die Meinung des Genossen, der nur einen kleinen Teil der neuesten Parteiliteratur kennt, um möglichst viel praktisch tätige Genossen zu ähnlichen Gesprächen und Meinungsäußerungen über alle Parteifragen anzuregen.

„Proletari“ Nr. 20,  
10. Oktober (27. September) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

BLUTIGE TAGE IN MOSKAU<sup>98</sup>

Genf, 10. Oktober (27. IX.) 1905

Ein neuer Ausbruch des Arbeiteraufstands — Massenstreik und Straßenkampf in Moskau. Am 9. Januar erdröhnte in der Hauptstadt der erste Donner der revolutionären Aktion des Proletariats. Das Grollen dieses Donners ging durch ganz Rußland und rüttelte mit noch nie dagewesener Schnelligkeit mehr als eine Million Proletarier zu einem gigantischen Kampfe auf. Auf Petersburg folgten die Randgebiete, wo die nationale Unterdrückung das ohnehin unerträgliche politische Joch noch verschärfte. Riga, Polen, Odessa, der Kaukasus wurden der Reihe nach zu Herden des Aufstands, der mit jedem Monat, mit jeder Woche an Breite und Tiefe gewann. Jetzt ist Zentralrußland davon ergriffen worden, das Herz der „echt russischen“ Gebiete, deren Stabilität die Reaktionäre bis zuletzt mit Rührung erfüllte. Eine ganze Reihe von Umständen erklärt diese verhältnismäßige Stabilität, d. h. Rückständigkeit Zentralrußlands: sowohl die weniger entwickelten Formen der Großindustrie, die zwar gewaltige Arbeitermassen erfaßt, sich aber weniger vom flachen Lande gelöst und die Proletarier weniger in den Zentren des Geisteslebens konzentriert hat, als auch die große Entfernung vom Ausland und das Fehlen nationalen Haders. Die Arbeiterbewegung, die in diesem Gebiet schon in den Jahren 1885 und 1886 mit gewaltiger Kraft aufgetreten war, schien für lange Zeit erstorben zu sein, und die Anstrengungen der Sozialdemokraten scheiterten dutzende- und hundertemal am Widerstand der besonders schwierigen örtlichen Arbeitsbedingungen.

Doch schließlic ist auch das Zentralgebiet in Bewegung geraten. Der

Streik in Iwanowo-Wosnessensk<sup>99</sup> hat eine überraschend hohe politische Reife der Arbeiter gezeigt. Die Gärung im ganzen zentralen Industriegebiet hat sich nach diesem Streik unaufhörlich verstärkt und ausgebreitet. Jetzt hat diese Gärung begonnen, offen zutage zu treten und in den Aufstand umzuschlagen. Ohne Zweifel wurde der Ausbruch noch durch die revolutionäre Moskauer Studentenschaft verschärft, die eben erst eine der Petersburger völlig analoge Resolution angenommen hat, in der die Reichsduma gebrandmarkt und zum Kampf für die Republik, zur Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung aufgerufen wird. Die „liberalen“ Professoren, die eben erst einen höchst liberalen Rektor, den sattsam bekannten Herrn Trubezkoi, gewählt hatten, schlossen unter dem Druck der polizeilichen Drohungen die Universität; sie fürchteten, wie sie sagten, die Wiederholung des Tifliser Gemetzels<sup>100</sup> in den Mauern der Universität. Sie beschleunigten dadurch nur das Blutvergießen auf den Straßen, außerhalb der Universität.

Soweit wir nach den kurzen telegrafischen Berichten der ausländischen Zeitungen urteilen können, war der Gang der Ereignisse in Moskau der „gewohnte“, nach dem 9. Januar sozusagen zur Norm gewordene. Es begann mit dem Streik der Setzer, der rasch um sich griff. Am Sonnabend, dem 24. September (7. Oktober), hatten die Druckereien, elektrischen Straßenbahnen und Tabakfabriken die Arbeit bereits eingestellt. Es erschienen keine Zeitungen. Man erwartete den Generalstreik der Fabrik- und Eisenbahnarbeiter. Am Abend fanden große Demonstrationen statt, an denen außer den Setzern auch die Arbeiter anderer Berufe, Studenten u. a. teilnahmen. Kosaken und Gendarmen trieben die Demonstranten viele Male auseinander, doch diese versammelten sich immer wieder. Viele Polizisten wurden verwundet. Die Demonstranten warfen Steine und feuerten aus Revolvern. Der Offizier, der die Gendarmen befehligte, wurde schwer verwundet. Ein Kosakenoffizier, ein Gendarm usw. wurden getötet.

Am Sonnabend schlossen sich die Bäcker dem Streik an.

Am Sonntag, dem 25. September (8. Oktober), nahmen die Ereignisse plötzlich eine bedrohliche Wendung. Von 11 Uhr morgens an begannen Ansammlungen der Arbeiter auf den Straßen, besonders auf dem Strastnoi Boulevard und an anderen Stellen. Die Menge sang die Marseillaise. Die Druckereien, die sich weigerten zu streiken, wurden demoliert. Die

Demonstranten konnten von den Kosaken erst nach äußerst hartnäckigem Widerstand zerstreut werden.

Vor der Großbäckerei von Filippow, in der Nähe des Hauses des Generalgouverneurs, versammelte sich eine Menge von etwa 400 Personen, hauptsächlich Bäckergelesen. Die Kosaken attackierten die Menge. Die Arbeiter drangen in die Häuser ein, stiegen auf die Dächer und warfen von dort aus Steine auf die Kosaken. Die Kosaken schossen auf das Dach eines Hauses und nahmen, da sie die Arbeiter nicht vertreiben konnten, ihre Zuflucht zu einer regelrechten Belagerung. Das Haus wurde umzingelt, eine Polizeiabteilung und zwei Kompanien Grenadiere machten ein Umgehungsmanöver, drangen von hinten in das Haus ein und besetzten schließlich auch das Dach. Es wurden 192 Gesellen verhaftet. Acht Verhaftete sind verwundet; zwei Arbeiter wurden getötet (wir wiederholen, daß das alles ausschließlich telegrafische Meldungen ausländischer Zeitungen sind, die natürlich von der Wahrheit weit entfernt sind und nur eine annähernde Vorstellung vom Ausmaß der Schlacht geben). Eine solide belgische Zeitung berichtet, daß die Hauswarte eifrig damit beschäftigt waren, die Straßen von den Blutspuren zu reinigen; dieses kleine Detail — schreibt sie — zeugt mehr als lange Berichte vom Ernst des Kampfes.

Wie es scheint, war es den Petersburger Zeitungen erlaubt, über das Gemetzel auf der Twerskaja zu schreiben. Doch schon am nächsten Tag fürchtete die Zensur die Veröffentlichung. Am Montag, dem 26. September (9. Oktober), berichteten die offiziellen Depeschen, es habe in Moskau keine ernststen Unruhen gegeben. Doch telefonisch liefen bei den Redaktionen der Petersburger Zeitungen andere Nachrichten ein. Die Menge hatte sich, wie sich herausstellte, von neuem in der Nähe des Hauses des Generalgouverneurs versammelt. Es kam zu heftigen Zusammenstößen. Die Kosaken feuerten mehr als einmal. Als sie zum Feuern absaßen, wurden viele Menschen von ihren Pferden niedergetreten. Gegen Abend überfluteten die Arbeitermassen unter revolutionären Rufen und mit wehenden roten Fahnen die Boulevards. Die Menge erbrach Bäckereien und Waffenläden. Schließlich wurde sie von der Polizei zerstreut. Es gab viele Verwundete. Das Zentrale Telegrafenamnt wird von einer Kompanie Soldaten bewacht. Der Streik der Bäcker ist allgemein geworden. Die Gärung unter den Studenten verstärkt sich noch immer, die Versammlungen werden immer zahlreicher und revolutionärer. Der Petersburger Korre-



spondent der „Times“ berichtet von Flugblättern in Petersburg, die zum Kampf aufrufen, von der Gärung unter den dortigen Bäckern, von der Ansetzung einer Demonstration auf Sonnabend, den 1. (14.) Oktober, und von der äußerst alarmierenden Stimmung der Bevölkerung.

Wie spärlich diese Nachrichten auch sein mögen, so erlauben sie doch, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Ausbruch des Aufstands in Moskau, verglichen mit den anderen Aufständen, keine höhere Stufe der Bewegung darstellt. Weder traten rechtzeitig vorbereitete und gut bewaffnete revolutionäre Kampfabteilungen in Aktion noch ging wenigstens ein gewisser Teil der Truppen auf die Seite des Volkes über, und auch die „neuen“ Arten der Volksbewaffnung, die Bomben (die am 26. September (9. Oktober) in Tiflis den Kosaken und Soldaten einen solchen Schrecken eingejagt hatten), kamen nicht umfassend zur Anwendung. Fehlte aber auch nur eine dieser Bedingungen, so konnte weder mit der Bewaffnung einer großen Zahl von Arbeitern noch mit dem Sieg des Aufstands gerechnet werden. Die Bedeutung der Moskauer Ereignisse ist, wie wir bereits festgestellt haben, eine andere: ein großes Zentrum hat dadurch die Feuertaufe erhalten, ein riesiges Industriegebiet ist in den ernststen Kampf einbezogen worden.

Das Anwachsen des Aufstands in Rußland verläuft natürlich nicht in einem gleichmäßigen und geradlinigen Aufschwung und kann auch nicht so verlaufen. Am 9. Januar war in Petersburg das vorherrschende Merkmal die rasche und einmütige Bewegung gigantischer Massen, die unbewaffnet waren und nicht in den Kampf traten, aber eine große Kampflehre erhielten. In Polen und im Kaukasus zeichnet sich die Bewegung durch eine ungeheure Hartnäckigkeit und eine verhältnismäßig häufigere Anwendung von Waffen und Bomben seitens der Bevölkerung aus. In Odessa bestand das besondere Merkmal im Übergang eines Teils der Truppen zu den Aufständischen. In allen Fällen und immer war die Bewegung in ihrem Kern proletarisch und unlösbar mit dem Massenstreik verbunden. In Moskau verlief die Bewegung in demselben Rahmen wie in einer ganzen Reihe anderer, weniger großer Industriezentren.

Vor uns taucht jetzt naturgemäß die Frage auf: Wird die revolutionäre Bewegung auf diesem bereits erreichten, „gewohnt“ und vertraut gewordenen Entwicklungsstadium stehenbleiben oder wird sie sich auf eine höhere Stufe erheben? Wenn man sich überhaupt auf das Gebiet der Ein-

schätzung so komplizierter und unübersichtlicher Ereignisse wagen kann, wie es die Ereignisse der russischen Revolution sind, so gelangen wir unvermeidlich zu der ungleich größeren Wahrscheinlichkeit der zweiten Antwort auf diese Frage. Gewiß, auch die gegebene, bereits erlernte, wenn man sich so ausdrücken darf, Kampfform — Partisanenkrieg, unaufhörliche Streiks, Erschöpfung der Kräfte des Feindes durch Überfälle und Straßenkämpfe bald an dem einen, bald an dem anderen Ende des Landes — auch diese Kampfform ergab und ergibt die ernsthaftesten Resultate. Kein Staat hält à la longue\* diesen hartnäckigen Kampf aus, der das industrielle Leben lahmlegt, in die Bürokratie und in die Armee völlige Demoralisation hineinträgt und in allen Volkskreisen Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge sät. Um so weniger ist die russische absolutistische Regierung imstande, einen solchen Kampf auszuhalten. Wir können völlig überzeugt sein, daß die beharrliche Fortsetzung des Kampfes, auch wenn er sich in den Formen hält, die von der Arbeiterbewegung bereits hervorgebracht worden sind, unweigerlich zum Zusammenbruch des Zarismus führen wird.

Es ist jedoch im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die revolutionäre Bewegung im heutigen Rußland auf der Stufe stehenbleiben wird, die sie gegenwärtig bereits erreicht hat. Im Gegenteil, alle Tatsachen sprechen eher dafür, daß dies nur eine der ersten Stufen des Kampfes ist. Noch haben sich alle Folgen des schmachvollen und verderblichen Krieges im Volk bei weitem nicht ausgewirkt. Die Wirtschaftskrise in den Städten und die Hungersnot auf dem Lande steigern die Erbitterung ungeheuer. Die mandschurische Armee ist, nach allen Informationen zu urteilen, äußerst revolutionär gestimmt, und die Regierung fürchtet sich, sie zurückzurufen; aber es ist unmöglich, diese Armee nicht zurückzurufen, denn es drohen sonst neue und noch ernstere Aufstände. Die politische Agitation unter den Arbeitern und der Bauernschaft war in Rußland noch nie so umfassend, so planmäßig und so tiefgehend wie jetzt. Die Komödie der Reichsduma wird der Regierung unvermeidlich neue Niederlagen bringen und in der Bevölkerung neue Erbitterung hervorrufen. Der Aufstand ist vor unseren Augen in knapp zehn Monaten ungeheuer angewachsen, und es ist weder ein Hirngespinnst noch ein frommer Wunsch, sondern eine direkte und unbedingte Schlußfolgerung aus den Tatsachen des Mas-

\* auf die Dauer. *Die Red.*

senkampfes, wenn man feststellt, daß sich der Aufstand binnen kurzem auf eine neue, höhere Stufe erheben wird, auf eine Stufe, wo die Kampf-abteilungen der Revolutionäre oder meuternde Truppenteile der Volksmenge zu Hilfe kommen werden, wo sie den Massen helfen werden, sich Waffen zu verschaffen, wo sie in die Reihen der „zaristischen“ (noch zaristischen, doch schon bei weitem nicht mehr völlig zaristischen) Truppen die größten Schwankungen hineinragen werden, wo der Aufstand zu einem ernsthaften Sieg führen wird, von dem sich der Zarismus nicht mehr erholen kann.

Die zaristischen Truppen haben in Moskau den Sieg über die Arbeiter davongetragen. Doch dieser Sieg hat die Besiegten nicht entkräftet, sondern sie nur fester zusammengeschweißt, ihren Haß vertieft und sie den praktischen Aufgaben des ernstesten Kampfes nähergebracht. Dieser Sieg ist einer von jenen, die unweigerlich die Reihen der Sieger ins Wanken bringen. Die Truppen beginnen erst jetzt zu erkennen, und zwar nicht nur an Hand der Gesetze, sondern auch aus eigener Erfahrung, daß sie jetzt einzig und allein zum Kampf gegen den „inneren Feind“ mobilisiert werden. *Der Krieg mit Japan ist zu Ende. Doch die Mobilmachung dauert fort, die Mobilmachung gegen die Revolution.* Wir fürchten eine solche Mobilmachung nicht, wir stehen nicht an, sie zu begrüßen, denn je größer die Zahl der Soldaten sein wird, die man zum systematischen Kampf gegen das Volk einberuft, desto rascher wird die politische und revolutionäre Aufklärung dieser Soldaten vor sich gehen. Durch die Mobilmachung immer neuer Truppenteile zum Krieg gegen die Revolution schiebt der Zarismus die Entscheidung auf, aber dieser Aufschub ist von größtem Vorteil für uns, denn in diesem langwierigen Partisanenkrieg lernen die Proletarier kämpfen, während die Truppen unvermeidlich ins politische Leben hineingezogen werden. Und der Ruf dieses Lebens, der Kampfruf des jungen Rußlands, dringt sogar durch die dicksten Kasernenmauern, weckt die Unaufgeklärtesten, die Rückständigsten und die Eingeschüchtertsten.

Der Ausbruch des Aufstands ist noch einmal unterdrückt worden. Noch einmal: Es lebe der Aufstand!

Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

## DIE SCHLAFENDE UND DIE ERWACHTE BOURGEOISIE

Thema für einen Artikel

Man stelle sich vor, daß eine kleine Anzahl von Menschen ein himmel-schreiendes, scheußliches Übel bekämpft, während die Masse der Menschen schläft und dieses Übel nicht erkennt oder ihm gleichgültig gegenübersteht. Worin besteht die Hauptaufgabe der Kämpfenden? 1. möglichst viele Schlafende zu wecken; 2. sie über die Aufgaben und Bedingungen ihres Kampfes aufzuklären; 3. sie zu einer Kraft zu organisieren, die zu siegen imstande ist; 4. sie die richtige Ausnutzung der Früchte des Sieges zu lehren.

Natürlich muß **1** den Aufgaben 2 bis 4 vorangehen, die ohne 1 unmöglich sind.

Und nun *weckt* eine kleine Anzahl von Menschen alle, rüttelt *alle und jeden* auf!

Ihre Bemühungen sind, auch dank der Entwicklung des Lebens selbst, von Erfolg gekrönt. Die Masse ist geweckt. Da stellt sich allmählich heraus, daß ein Teil der Geweckten an der Erhaltung des Übels *interessiert* und willens ist, es entweder bewußt zu unterstützen oder solche Seiten, solche Teile des Übels beizubehalten, die für diese Gruppen der Erwach-ten vorteilhaft sind.

Ist es da nicht natürlich, daß sich die Kämpfer, die Verkünder des Kampfes, die alle geweckt und die Sturmglocken der Revolution geläutet, *gegen* diese Erwach-ten wenden, die *sie doch selbst* geweckt haben? Ist es nicht natürlich, daß die Kämpfer *dann* ihre Kräfte nicht mehr darauf ver-geuden werden, „alle und jeden“ aufzurütteln, sondern den Schwerpunkt auf jene richten werden, die sich als fähig erwiesen haben, 1. zu er-

wachen — eins; 2. die Idee des konsequenten Kampfes zu erfassen — zwei; 3. ernstlich und bis zu Ende zu kämpfen — drei.

Derart ist das Verhältnis der russischen Sozialdemokraten zu den Liberalen: 1900—1902 (wurde geweckt), 1902—1904 (wurden die Erwachten voneinander abgegrenzt) und 1905 (wurde gegen die erwachten... Vertreter gekämpft).

*Geschrieben Ende September 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

*Nach dem Manuskript.*

AN DEN KAMPFAUSSCHUSS  
DES ST. PETERSBURGER KOMITEES

16. Oktober 1905

Liebe Genossen! Ich bin sehr dankbar für die Zusendung 1. des Berichts des Kampfausschusses und 2. der Notizen über die organisatorische Vorbereitung des Aufstands + 3. des Schemas der Organisation. Nachdem ich diese Dokumente gelesen habe, halte ich es für meine Pflicht, mich zwecks kameradschaftlichen Meinungsaustauschs unmittelbar an den Kampfausschuß zu wenden. Überflüssig zu sagen, daß ich mir kein Urteil über die praktische Seite der Sache anmaße. Daß alles geschieht, was unter den schwierigen russischen Verhältnissen möglich ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber nach den Dokumenten zu schließen, droht die ganze Sache in eine bürokratische Angelegenheit auszuarten. Alle diese Schemas, alle diese Pläne der Organisation des Kampfausschusses machen den Eindruck papiernen Formelkrams — ich bitte meine Offenheit zu entschuldigen, aber ich hoffe, ihr werdet mich nicht der Nörgelsucht verdächtigen. In einer solchen Sache sind Schemas und weitschweifige Diskussionen über die Funktionen des Kampfausschusses und seine Rechte am allerwenigsten angebracht. Hier braucht man schäumende Energie und nochmals Energie. Ich sehe mit Entsetzen, wahrhaftig mit Entsetzen, daß man schon *länger als ein halbes Jahr* von Bomben spricht und noch keine einzige hergestellt hat! Und die davon sprechen, sind hochgelehrte Leute... Geht zur Jugend, Herrschaften! Das ist das einzige Allheilmittel. Sonst werdet ihr, weiß Gott, zu spät kommen (ich ersehe das aus allem) und mit allen euren „gelehrten“ Entwürfen, Plänen, Zeichnungen, Schemas und großartigen Rezepten, aber ohne Organisation, ohne leben-

dige Tat dasitzen. Geht zur Jugend. Gründet sofort Kampfgruppen, überall und allerorts, sowohl bei den Studenten als auch *besonders bei den Arbeitern* usw. usf. Trupps von 3 bis 10, bis zu 30 usw. Mann sollen sich unverzüglich formieren. Sie sollen sich unverzüglich selber bewaffnen, so gut jeder kann, mit Revolvern, Messern, petroleumgetränkten Lappen, um Feuer anzulegen usw. Diese Kampfabteilungen sollen sich unverzüglich Führer wählen und sich nach Möglichkeit mit dem Kampfausschuß des Petersburger Komitees *in Verbindung setzen*. Verlangt keinerlei Formalitäten, pfeift um Himmels willen auf alle Schemas, schickt um Gottes willen alle „Funktionen, Rechte und Privilegien“ zum Teufel. Besteht nicht auf dem Beitritt zur SDAPR — das wäre für den bewaffneten Aufstand eine absurde Forderung. Weigert euch nicht, mit jedem Zirkel in Verbindung zu treten, auch wenn er nur aus drei Personen besteht, unter der einzigen Bedingung, daß er in bezug auf die Polizei unverdächtig und bereit ist, gegen die zaristischen Truppen zu kämpfen. Sollen die Gruppen, die das wünschen, der SDAPR beitreten oder sich der SDAPR *anschließen*, das wäre ausgezeichnet; aber ich würde es unbedingt für einen Fehler halten, das zu *fordern*.

Die Rolle des Kampfausschusses beim Petersburger Komitee soll darin bestehen, diesen Abteilungen der revolutionären Armee zu *helfen*, ihnen als Verbindungs-„büro“ zu dienen usw. Jede Abteilung wird eure *Dienste* gern annehmen, aber wenn ihr *in einer solchen Sache* mit Schemas und mit Reden über die „Rechte“ des Kampfausschusses ankommt, werdet ihr das Ganze zugrunde richten, glaubt mir, unwiederbringlich zugrunde richten!

Hier muß man durch breite Propaganda wirken. Sollen 5–10 Menschen in einer Woche *Hunderte* von Arbeiter- und Studentenzirkeln aufsuchen, überall eindringen, wo es nur irgend möglich ist, und überall den klaren, kurzen, direkten und einfachen Plan vorschlagen: Bildet sofort eine Kampf-abteilung, bewaffnet euch, so gut ihr könnt, arbeitet aus allen Kräften, wir werden euch soweit möglich helfen, aber *erwartet nichts von uns*, arbeitet selber.

Der Schwerpunkt bei einer solchen Sache liegt in der Initiative der Masse der kleinen Zirkel. Sie schaffen alles. Ohne sie ist euer ganzer Kampfausschuß nichts. Ich neige dazu, die Arbeitsproduktivität des Kampfausschusses nach der Anzahl solcher Abteilungen zu messen, mit denen er in Verbindung steht. Wenn der Kampfausschuß in ein bis zwei

Monaten nicht minimum 200–300 Abteilungen in Petersburg hat, dann ist er ein toter Kampfausschuß. Dann muß man ihn begraben. Wer bei der gegenwärtigen Siedehitze nicht Hunderte von Kampfabteilungen auf die Beine bringt, der steht außerhalb des Lebens.

Die Propagandisten sollen jeder Abteilung kurze und einfache Bombenrezepte und eine elementare Erläuterung der ganzen Arbeitsart geben, dann aber die ganze Tätigkeit ihr selbst überlassen. Die Abteilungen sollen *jetzt gleich*, unverzüglich ihre militärische Ausbildung mit praktischen Kampfhandlungen beginnen. Die einen werden sofort einen Spitzel töten oder ein Polizeirevier in die Luft sprengen, andere werden eine Bank überfallen, um Geldmittel für den Aufstand zu konfiszieren, wieder andere werden eine Übung veranstalten oder Kartenskizzen anfertigen usw. Jedenfalls muß man gleich von Anfang an in der Praxis lernen, darf sich vor diesen versuchsweisen Überfällen nicht fürchten. Sie können natürlich ins Extrem ausarten, doch das ist eine Gefahr von morgen, die Gefahr von heute aber liegt in unserer Trägheit, in unserem Doktrinarismus, in der gelehrten Schwerfälligkeit und senilen Angst vor der Initiative. Jede Abteilung soll selbständig lernen, sei es auch durch Verprügelung von Polizisten: Die Dutzende von Opfern werden reichlich aufgewogen durch die Hunderte erfahrener Kämpfer, die morgen Hunderttausende in den Kampf führen werden.

Ich drücke Ihnen fest die Hände, Genossen, und wünsche Ihnen Erfolg. Meine Ansicht will ich keineswegs aufdrängen, aber ich halte es für meine Pflicht, meine *beratende* Stimme abzugeben.

Ihr *Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1926  
im *Lenin-Sammelband V.*

*Nach dem Manuskript.*



---

## POLITISCHER STREIK UND STRASSENKAMPF IN MOSKAU

Die revolutionären Ereignisse in Moskau sind der erste Gewitterblitz, der das neue Schlachtfeld erhellt hat. Der Erlaß des Gesetzes über die Reichsduma und der Friedensschluß kennzeichneten den Beginn eines neuen Zeitabschnitts in der Geschichte der russischen Revolution. Die liberale Bourgeoisie, bereits erschöpft durch den hartnäckigen Kampf der Arbeiter und beunruhigt durch das Gespenst der „ununterbrochenen Revolution“, atmte erleichtert auf und griff mit Freuden nach dem ihr hingeworfenen Gnadengeschenk. Auf der ganzen Linie setzte ein Kampf gegen die Idee des Boykotts ein, begann eine offene Schwenkung des Liberalismus nach rechts. Leider fanden sich sogar unter den Sozialdemokraten schwankende Gestalten (im Lager der Neuskristen), die bereit waren, diese bürgerlichen Verräter an der Revolution unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen und die Reichsduma „ernst zu nehmen“. Man darf hoffen, daß die Ereignisse in Moskau die Kleingläubigen beschämen und den Zweiflern helfen werden, die Lage auf dem neuen Schlachtfeld richtig zu beurteilen. Sowohl die Träumereien blutarmer Intellektueller von der Möglichkeit allgemeiner Volkswahlen unter der Selbstherrschaft als auch die Illusionen stumpfsinniger Liberaler von der zentralen Bedeutung der Reichsduma sind gleich bei der ersten großen revolutionären Aktion des Proletariats in alle Winde zerstoben.

Unsere Informationen über die Moskauer Ereignisse sind heute (am 12. Oktober n. St.) noch sehr kärglich. Sie beschränken sich auf kurze und vielfach widerspruchsvolle Meldungen ausländischer Zeitungen und auf die durch die Zensur gesiebtten Berichte der legalen Presse über den Beginn der Bewegung. Sicher ist das eine: Der Kampf der Moskauer Arbeiter

hat in seinem Anfangsstadium den gleichen Weg eingeschlagen, der im Laufe des letzten Revolutionsjahres schon üblich geworden ist. Die Arbeiterbewegung hat der ganzen russischen Revolution ihren Stempel aufgedrückt. Mit vereinzelt Streiks beginnend, entwickelte sie sich rasch einerseits bis zu Massenstreiks, andererseits bis zu Straßendemonstrationen. Im Jahre 1905 erscheint der politische Streik bereits als voll entwickelte Form der Bewegung und schlägt vor unseren Augen in den Aufstand um. Und hat die gesamte Arbeiterbewegung in Rußland zehn Jahre gebraucht, um die gegenwärtige (selbstverständlich bei weitem noch nicht letzte) Stufe zu erreichen, so erhebt sich jetzt die Bewegung in einzelnen Gebieten des Landes binnen wenigen Tagen vom einfachen Streik zum gigantischen revolutionären Ausbruch.

Den Streik der Setzer in Moskau haben, wie uns mitgeteilt wird, un- aufgeklärte Arbeiter begonnen. Jedoch entgleitet die Bewegung sogleich ihren Händen und wird zu einer Bewegung des gesamten Berufszweiges. Arbeiter anderer Berufe schließen sich an. Das unvermeidliche Hinausgehen der Arbeiter auf die Straße, sei es auch nur, um die über den Streik noch nicht unterrichteten Kollegen zu verständigen, verwandelt sich in eine politische Demonstration mit revolutionären Liedern und Reden. Die lange zurückgehaltene Erbitterung über die niederträchtige Komödie der „Volks“ wahlen zur Reichsduma kommt zum Durchbruch. Der Massenstreik geht über in eine Massenmobilmachung der Kämpfer für die wahre Freiheit. Auf der Bildfläche erscheint die radikale Studentenschaft, die auch in Moskau kürzlich eine der Petersburger ganz analoge Resolution angenommen hat. Diese Resolution brandmarkt ungeschminkt, in der Sprache freier Bürger und nicht kriecherischer Beamten, die Reichsduma als eine freche Verhöhnung des Volkes, ruft zum Kampf auf für die Republik, für die Einberufung einer wirklich vom ganzen Volke gewählten und wirklich konstituierenden Versammlung durch eine provisorische revolutionäre Regierung. Es beginnt der Straßenkampf des Proletariats und der fortgeschrittenen Schichten der revolutionären Demokratie gegen die zaristische Soldateska und Polizei.

So und nicht anders entwickelte sich die Bewegung in Moskau. Am Sonnabend, dem 24. September (7. Oktober), befanden sich außer den Setzern bereits die Tabakfabriken und die elektrischen Straßenbahnen im Ausstand; der Streik der Bäcker begann. Am Abend fanden große Demon-

strationen statt, an denen neben Arbeitern und Studenten große Massen „Fernstehender“ teilnahmen (revolutionäre Arbeiter und radikale Studenten betrachten einander bei öffentlichen Volkskundgebungen schon nicht mehr als fernstehend). Kosaken und Gendarmen trieben die Demonstranten fortwährend auseinander, aber diese sammelten sich immer wieder aufs neue. Die Menge leistete der Polizei und den Kosaken Widerstand, es fielen Revolverschüsse, und viele Polizisten wurden verwundet.

Am Sonntag, dem 25. September (8. Oktober), nahmen die Ereignisse plötzlich eine bedrohliche Wendung. Von 11 Uhr morgens an begannen Ansammlungen der Arbeiter auf den Straßen. Die Menge singt die Marseillaise. Revolutionäre Kundgebungen finden statt. Druckereien, die sich weigern zu streiken, werden demoliert. Das Volk stürmt Bäckereien und Waffenläden: Die Arbeiter brauchen Brot, um zu leben, und Waffen, um für die Freiheit zu kämpfen (ganz so, wie es im französischen Revolutionslied heißt). Erst nach hartnäckigem Widerstand können die Demonstranten von den Kosaken zerstreut werden. Auf der Twerskaja, in der Nähe des Hauses des Generalgouverneurs, findet eine wahre Schlacht statt. Vor der Großbäckerei von Filippow versammelt sich ein Haufe von Bäckergehilfen. Wie die Geschäftsleitung dieser Bäckerei später angab, traten die Arbeiter friedlich auf die Straße, nachdem sie aus Solidarität mit den übrigen Streikenden die Arbeit eingestellt hatten. Eine Kosakenabteilung attackiert die Menge. Die Arbeiter dringen in ein Haus ein, steigen auf das Dach, auf den Boden und werfen die Soldaten mit Steinen. Es kommt zu einer regelrechten Belagerung des Hauses. Die Truppen schießen auf die Arbeiter. Alle Verbindungen werden abgeschnitten. Zwei Kompanien Grenadiere machen ein Umgehungsmanöver, dringen von hinten in das Haus ein und erobern die feindliche Stellung. 192 Gesellen werden verhaftet, darunter acht Verwundete. Zwei Arbeiter sind tot. Auf der Seite der Polizei und der Truppen gibt es Verwundete; ein Gendarmierittmeister ist tödlich verwundet.

Natürlich sind diese Nachrichten äußerst lückenhaft. Nach Privattelegrammen, die von einigen ausländischen Zeitungen veröffentlicht wurden, kannten die Grausamkeiten der Kosaken und Soldaten keine Grenzen. Die Geschäftsleitung der Filippowschen Bäckerei erhebt Protest gegen die durch nichts hervorgerufenen Ausschreitungen der Truppen. Eine solide belgische Zeitung berichtet, daß die Hauswarte damit beschäftigt waren,

die Straßen von den Blutspuren zu reinigen; dieses kleine Detail, schreibt sie, zeugt mehr als manche lange Berichte vom Ernst des Kampfes. Der „Vorwärts“<sup>101</sup> berichtet auf Grund von privaten Informationen, die an die Zeitungen gelangt sind, daß auf der Twerskaja 10000 Streikende gegen ein Bataillon Infanterie gekämpft haben. Die Truppen gaben mehrere Salven ab. Die Ambulanzwagen waren mit Arbeit überbürdet. Die Zahl der Getöteten wird auf mindestens 50, die der Verwundeten auf 600 geschätzt. Man berichtet, daß die Verhafteten in eine Kaserne abgeführt und unbarmherzig, viehisch geschlagen wurden, daß sie Spießruten laufen mußten. Man berichtet, daß sich die Offiziere während des Straßenkampfes durch unmenschliche Grausamkeit sogar Frauen gegenüber auszeichneten (Telegramm des Sonderberichterstatters des konservativ-bürgerlichen „Temps“ aus Petersburg vom 10. Oktober (27. September)).

Über die Ereignisse der folgenden Tage werden die Nachrichten immer spärlicher. Die Erbitterung der Arbeiter ist ungeheuer gestiegen, die Bewegung wächst. Die Regierung ist auf jede Weise bemüht, alle Nachrichten zu verbieten und zu unterbinden. Die ausländischen Zeitungen wiesen unverhüllt auf den Widerspruch hin zwischen den beruhigenden Nachrichten der Regierungsgenturen (denen sie eine Zeitlang glaubten) und den telefonisch nach Petersburg übermittelten Nachrichten. Gaston Leroux telegraphierte der Pariser Zeitung „Matin“, die Zensur vollbringe Wunder, um die Verbreitung auch nur irgendwie alarmierender Nachrichten zu verhindern. Montag, der 26. September (9. Oktober) — schreibt er — war einer der blutigsten Tage in der Geschichte Rußlands. In allen Hauptstraßen, sogar vor dem Haus des Generalgouverneurs, wird gekämpft. Die Demonstranten haben eine rote Fahne gehißt. Es gibt viele Tote und Verwundete.

Die Mitteilungen anderer Zeitungen sind widersprechend. Sicher ist nur, daß sich der Streik ausbreitet. Die Mehrzahl der Arbeiter in den Großbetrieben und sogar in kleineren Fabriken schließt sich ihm an. Es streiken die Eisenbahner. Der Streik wird allgemein (Dienstag, den 10. Oktober (27. September), und Mittwoch).

Die Lage ist äußerst ernst. Die Bewegung greift nach Petersburg über: die Arbeiter von San-Galli haben die Arbeit bereits niedergelegt.

Damit enden im Augenblick unsere Informationen. Sie genügen natür-

lich nicht, um an eine erschöpfende Beurteilung der Moskauer Ereignisse auch nur zu denken. Es läßt sich noch nicht sagen, ob sie die Generalprobe für den entscheidenden proletarischen Ansturm auf die Selbstherrschaft oder schon den Beginn dieses Ansturms darstellen; ob sie nur die Ausdehnung der von uns oben skizzierten „üblichen“ Kampfmethoden auf ein neues Gebiet Zentralrußlands darstellen, oder ob sie bestimmt sind, den Beginn einer höheren Kampfform und eines entschlosseneren Aufstands zu bilden.

Eine Antwort auf diese Fragen wird allem Anschein nach die nahe Zukunft geben. Sicher ist das eine: das Anwachsen des Aufstands, die Ausweitung des Kampfes, die Verschärfung seiner Formen vollziehen sich ununterbrochen vor unseren Augen. Das Proletariat ganz Rußlands bahnt sich in heroischen Anstrengungen seinen Weg, bald hier, bald dort andeutend, in welcher Richtung sich der bewaffnete Aufstand entwickeln kann und zweifellos entwickeln wird. Gewiß, auch die jetzige Form des Kampfes, die durch die Bewegung der Arbeitermassen bereits herausgebildet worden ist, versetzt dem Zarismus die ernstesten Schläge. Der Bürgerkrieg hat die Form eines erbittert-hartnäckigen und allerorts vor sich gehenden Partisanenkrieges angenommen. Die Arbeiterklasse gönnt dem Feind keine Ruhepause, sie unterbricht jäh das industrielle Leben, bringt dauernd die ganze Maschinerie der lokalen Verwaltung zum Stillstand, schafft im ganzen Land einen Zustand der Unsicherheit und mobilisiert immer neue Kräfte für den Kampf. Kein Staat wird einem solchen Ansturm auf die Dauer standhalten, um so weniger kann das die verfaulte zaristische Regierung, deren frühere Anhänger einer nach dem andern von ihr abfallen. Und erscheint der liberalen monarchistischen Bourgeoisie der Kampf mitunter zu hartnäckig, erschrickt sie vor dem Bürgerkrieg und dem Zustand der beängstigenden Unsicherheit, in der das Land lebt, so ist für das revolutionäre Proletariat die Fortdauer dieses Zustandes, die Fortdauer des Kampfes eine dringende Lebensnotwendigkeit. Beginnen unter den Ideologen der Bourgeoisie Leute aufzutauchen, die den revolutionären Brand durch ihre Predigten vom friedlichen, legalen Fortschritt zu löschen versuchen und die bemüht sind, die politische Krise abzustumpfen und nicht zu verschärfen — so wird das klassenbewußte Proletariat, das an der verätherischen Natur der bürgerlichen Freiheitsliebe nie gezweifelt hat, unbeirrt vorwärtsschreiten, die Bauernschaft mit sich reißen und in die Reihen

der zaristischen Truppen Zersetzung hineintragen. Der hartnäckige Kampf der Arbeiter, die andauernden Streiks, Demonstrationen und Teilaufstände, alle diese sozusagen probeweisen Schlachten und Zusammenstöße ziehen das Heer unweigerlich in das politische Leben, damit aber auch in den Kreis der revolutionären Fragen hinein. Die Erfahrungen des Kampfes klären rascher und gründlicher auf, als unter anderen Verhältnissen Jahre der Propaganda tun könnten. Der äußere Krieg ist zu Ende, aber die Regierung fürchtet offensichtlich die Rückkehr der Kriegsgefangenen und die Rückkehr der mandschurischen Armee. Die Nachrichten über die revolutionäre Stimmung dieser Armee häufen sich. Die Projekte über landwirtschaftliche Kolonien in Sibirien für Soldaten und Offiziere der mandschurischen Armee müssen die Gärung zwangsläufig verstärken, selbst wenn diese Projekte nur Projekte bleiben sollten. Die Mobilmachung wird trotz des Friedensschlusses nicht eingestellt. Es wird immer deutlicher, daß die Armee einzig und allein *gegen die Revolution* benötigt wird. Unter diesen Umständen haben wir Revolutionäre gegen die Mobilmachung nicht das geringste einzuwenden, ja, wir stehen nicht an, sie zu begrüßen. Indem die Regierung um den Preis der Einbeziehung immer neuer Truppenteile in den Kampf die Entscheidung aufschiebt, indem sie eine immer größere Truppenzahl für den Bürgerkrieg einsetzt, beseitigt sie nicht den Ursprung aller Krisen, sondern verbreitert im Gegenteil ihre Basis. Die Regierung erlangt den Aufschub um den Preis einer unausbleiblichen Erweiterung des Kampffeldes und einer Verschärfung des Kampfes. Sie mobilisiert die Rückständigsten und Unwissendsten, die Eingeschüchtertsten und politisch Indolentesten zum Kampf – und der Kampf wird sie aufklären, aufrütteln und beleben. Je länger dieser Zustand des Bürgerkriegs andauern wird, um so unvermeidlicher wird sich aus der konterrevolutionären Armee eine Masse von neutralen Elementen und ein Kern von Kämpfern für die Revolution herauschälen.

Der ganze Verlauf der russischen Revolution in den letzten Monaten zeugt davon, daß die gegenwärtig erreichte Stufe nicht die höchste Stufe ist und es auch nicht sein kann. Die Bewegung wird noch höher ansteigen, wie sie bereits seit dem 9. Januar angestiegen ist. Damals sahen wir zum erstenmal eine Bewegung, welche die Welt durch die Einmütigkeit und Geschlossenheit gewaltiger Arbeitermassen, die sich im Namen politischer Forderungen erhoben, in Erstaunen setzte. Doch diese Bewegung war

noch äußerst unbewußt in revolutionärer Beziehung und völlig hilflos im Sinne der Bewaffnung und militärischen Bereitschaft. Polen und der Kaukasus gaben schon das Beispiel eines Kampfes höherer Ordnung, denn dort griff das Proletariat teilweise zu den Waffen, und der Krieg nahm langwierigen Charakter an. Der Odessaer Aufstand zeichnete sich dadurch aus, daß hier eine neue und wichtige Bedingung für den Erfolg hinzukam: der Übergang eines Teils des Militärs auf die Seite des Volkes. Allerdings wurde noch nicht sofort ein Erfolg erzielt; die schwierige Aufgabe des „Zusammenwirkens der See- und Landstreitkräfte“ (eine der schwierigsten Aufgaben sogar für die reguläre Truppe) wurde noch nicht gelöst. Aber sie wurde gestellt, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Odessaer Ereignisse kein Einzelfall bleiben werden. Der Moskauer Streik zeigt uns die Ausdehnung des Kampfes auf ein „echt russisches“ Gebiet, dessen Stabilität die Reaktionäre so lange erfreut hatte. Die revolutionäre Aktion in diesem Bezirk ist schon deshalb von gewaltiger Bedeutung, weil dort Proletariermassen die Feuertaufe erhalten, die am unbeweglichsten und zugleich auf einem verhältnismäßig kleinen Raum in solcher Anzahl konzentriert sind wie nirgendwo sonst in Rußland. Die Bewegung begann in Petersburg, erfaßte die Randgebiete ganz Rußlands, mobilisierte Riga, Polen, Odessa, den Kaukasus, und jetzt ist der Brand auf das innerste „Herz“ Rußlands übergesprungen.

Die schändliche Komödie der Reichsduma erscheint angesichts dieser wirklich revolutionären Aktion der kampftentschlossenen und wahrhaft fortgeschrittenen Klasse noch verächtlicher. Die Vereinigung des Proletariats mit der revolutionären Demokratie, von der wir schon des öfteren gesprochen haben, wird zur Tatsache. Die radikale Studentenschaft, die in Petersburg und in Moskau die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie aufgegriffen hat, ist die Avantgarde aller demokratischen Kräfte, die die Niedertracht der in die Reichsduma gehenden „konstitutionell-demokratischen“ Reformer verabscheuen und sich zum wirklich entscheidenden Kampf gegen den verfluchten Feind des russischen Volkes hingezogen fühlen, nicht aber zum Kuhhandel mit der Selbstherrschaft.

Man betrachte sich alle diese liberalen Professoren, Rektoren, Prorektoren und die ganze Gesellschaft dieser Trubezkoi, Manuilow u. a. m. ... Das sind doch die besten Leute des Liberalismus und der Konstitutionell-Demokratischen Partei, die idealistischsten, die gebildetsten, die uneigen-

nützigsten, die vom unmittelbaren Druck der Interessen und der Einflüsse des Geldsacks am wenigsten abhängigen Leute. Und wie verhalten sich diese besten Leute? Wie haben sie die erste Macht, die ihnen durch Wahlen in die Hand gegeben wurde, die Macht der Universitätsverwaltung ausgenützt? Sie zittern schon vor der Revolution, sie fürchten die Verschärfung und Ausweitung der Bewegung, sie löschen schon den Brand und bemühen sich um die Beschwichtigung der Gemüter, wofür sie die vollauf verdiente Ohrfeige, nämlich das Lob der Fürsten Meschtscherski erhalten.

Und sie wurden gebührend bestraft, diese Philister der bürgerlichen Wissenschaft. Sie schlossen die Universität in Moskau, weil sie ein Gemetzel in der Universität befürchteten. Sie riefen dadurch nur noch rascher ein viel größeres Gemetzel auf der Straße hervor. Sie wollten die Revolution in der Universität ersticken und entfachten nur die Revolution auf der Straße. Sie sind gehörig in die Klemme geraten, zusammen mit den Herren Trepow und Romanow, die sie jetzt händeringend von der Notwendigkeit der Versammlungsfreiheit zu überzeugen suchen: schließt man die Universität, so eröffnet man den Straßenkampf; öffnet man die Universität, so eröffnet man eine Tribüne für revolutionäre Volksversammlungen, die neue und noch entschlossenere Freiheitskämpfer hervorbringen werden.

Wie unendlich lehrreich ist das Beispiel dieser liberalen Professoren für die Beurteilung unserer Reichsduma! Ist es jetzt, nach der Erfahrung mit den Hochschulen, nicht klar, daß die Liberalen und die Kadetten um das „Schicksal der Duma“ ebenso bangen werden, wie diese traurigen Ritter von der Dreigroschenwissenschaft um das „Schicksal der Universitäten“ bangen? Ist es jetzt nicht klar, daß die Liberalen und die Kadetten die Duma zu nichts anderem ausnutzen können als zu einem noch breiteren und noch widerlicheren Predigen des friedlichen, legalen Fortschritts? Ist es jetzt nicht klar, wie lächerlich die Hoffnungen auf die Umwandlung der Duma in eine revolutionäre Versammlung sind? Ist es nicht klar, daß es nur *eine* Methode gibt, nicht speziell auf die Duma, nicht speziell auf die Universitäten, sondern auf die ganze alte autokratische Ordnung „einzuwirken“, nämlich die *Methode der Moskauer Arbeiter*, die Methode des Volksaufstands? Er allein wird nicht nur bewirken, daß die Manuilow in den Universitäten um Versammlungsfreiheit bitten und



die Petrunkewitsch in der Duma um Volksfreiheit bitten; er wird dem Volk die wirkliche Freiheit *erkämpfen*.

Die Moskauer Ereignisse haben die wirkliche Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte gezeigt: Die Liberalen sind von der Regierung zu den Radikalen gerannt, um diesen den revolutionären Kampf auszureden. Die Radikalen haben in den Reihen des Proletariats gekämpft. Vergessen wir diese Lehre nicht: sie bezieht sich auch unmittelbar auf die Reichsduma.

Mögen sich die Petrunkewitsch und die sonstigen Kadetten im Rußland der Selbstherrschaft mit Parlamentsspielerei abgeben — die Arbeiter werden den revolutionären Kampf für die wahre Volksherrschaft führen.

Wie der Ausbruch des Aufstands in Moskau auch enden mag, die revolutionäre Bewegung wird jetzt jedenfalls noch kraftvoller auftreten, ein noch breiteres Gebiet umfassen und neue Kräfte sammeln. Selbst angenommen, daß die zaristischen Truppen in Moskau jetzt einen vollen Sieg feiern — noch einige solcher Siege, und der völlige Zusammenbruch des Zarismus wird zur Tatsache. Und das wird dann ein wirklicher, wahrer Zusammenbruch alles dessen sein, was die Leibeigenschaft, die Selbstherrschaft und die schwarze Reaktion hinterlassen haben, und nicht jenes schwächliche, feige und heuchlerische Flickerwerk von faulendem Plunder, mit dem die liberalen Bourgeois sich und andere täuschen. Selbst angenommen, daß die morgige Post die schwere Nachricht bringt: der Ausbruch des Aufstands ist noch einmal unterdrückt worden. Wir werden dann ausrufen: Noch einmal — es lebe der Aufstand!

„Proletari“ Nr. 21,  
17. (4.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DAS LETZTE WORT DER „ISKRISTISCHEN“ TAKTIK ODER EINE WAHLKOMÖDIE ALS NEUER IMPULS, DER ZUM AUFSTAND ANREGT

Wir haben schon wiederholt von der Unhaltbarkeit der iskristischen Taktik in der „Duma“kampagne gesprochen. Unhaltbar sind die beiden Hauptpunkte dieser Taktik: einmal das Bestreben, die in die Duma gehenden Oswoboshdenzen auf Grund bestimmter revolutionärer Verpflichtungen zu unterstützen, zum andern die Verkündung der Losung „revolutionäre Selbstverwaltung der Bürger“ und die Aufforderung, allgemeine Volkswahlen zur konstituierenden Versammlung unter der Selbstherrschaft vorzunehmen. Jetzt haben wir endlich in der Resolution der „Südrussischen konstituierenden (?) Konferenz“ der Menschewiki einen Versuch, die iskristische Taktik genau und authentisch zu formulieren. Auf dieser Konferenz waren die besten Kräfte der Neuskristen in Rußland vertreten. Die Resolution versucht, rein praktische Ratschläge an das Proletariat sachlich darzulegen. Eben deshalb ist eine gründliche Analyse dieser Resolution sowohl vom Gesichtspunkt der Herausbildung einer bestimmten Praxis als auch für die Beurteilung der gesamten taktischen Position der „Iskra“ als Ganzes dringend notwendig.

Hier der volle Wortlaut der Resolution:

*Resolution der konstituierenden Konferenz der Südrussischen Organisationen über die Reichsduma.* Da die Konferenz als einzigen, den Interessen des ganzen Volkes entsprechenden Ausweg aus der gegenwärtigen schweren Lage die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Liquidierung des absolutistischen Regimes und zur Errichtung einer demokratischen Republik sieht, die vor allem vom Proletariat im Interesse seines Kampfes gegen alle Grundlagen der bürgerlichen Ordnung und für die Verwirklichung des Sozialismus gebraucht wird, und in der Erwägung,

1. daß das System der Wahlen zur Reichsduma nicht dem ganzen Volk die Möglichkeit bietet, daran teilzunehmen, wobei das Proletariat infolge des hohen Vermögenszensus für die Stadtbewohner des Wahlrechts völlig beraubt ist, während die Bauernschaft, und auch das nur zum Teil, auf Grund eines Vierstufenwahlsystems stimmen wird, das dem administrativen Druck auf die Bauern weitesten Spielraum gibt;

2. daß ganz Rußland nach wie vor alle notwendigen bürgerlichen Freiheiten entbehrt, ohne die eine Wahlagitation und folglich die Durchführung auch nur einigermaßen korrekter Wahlen unmöglich ist, und daß im Gegenteil die administrative Willkür jetzt überall mehr denn je herrscht und über ein großes Gebiet nach dem anderen der Belagerungszustand verhängt wird;

und schließlich 3. daß für alle Randgebiete ein noch karikaturenhafteres Vertretungssystem ausgearbeitet wird —

schlägt die Konferenz allen Organisationen vor, die energischste Agitation zu entfalten, um den ganzen karikaturenhaften Charakter dieser Vertretung aufzudecken, mit der die absolutistische Regierung das Volk zu betrügen gedenkt, und erklärt jeden für einen bewußten Verräter am Volk, der bereit ist, sich mit der Reichsduma zufriedenzugeben, und sich nicht die Aufgabe stellt, im gegenwärtigen entscheidenden Augenblick durch seine Handlungen und seine Taktik die Forderung des revolutionären Volkes nach Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu unterstützen.

Zwecks raschester Verwirklichung der erwähnten Forderungen empfiehlt die Südrussische Konferenz den Parteiorganisationen folgende Taktik:

1. Unter dem Arbeiterproletariat und der Bauernmasse ist eine energische Agitation einzuleiten für die Schaffung breiter demokratischer Organisationen und ihre Vereinigung in einer gesamtrussischen Organisation zum energischen Kampf gegen die Reichsduma und für die Verwirklichung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung bei ungesäumter Einführung der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikfreiheit. — Die Schaffung dieser gesamtrussischen Volksorganisation soll erfolgen auf dem Wege der Bildung von Agitationskomitees, die von den Arbeitern einzelner Fabriken und Werke gewählt werden, und der Vereinigung dieser Agitationskomitees; der Gründung entsprechender Agitationskomitees unter der Bauernschaft; der Herstellung einer engeren Verbindung zwischen den städtischen und den bäuerlichen Komitees; der Bildung von Gouvernementskomitees und der Herstellung von Verbindungen zwischen ihnen.

2. Wenn diese Organisation genügend Kraft hat und in der Arbeitermasse die entsprechende Stimmung vorhanden ist, soll bei Eröffnung der Wahlkam-

pagne an die Organisierung allgemeiner Volkswahlen zur konstituierenden Versammlung gegangen werden, wobei zu beachten ist, daß die auf die Wirklichung dieser Wahlen gerichtete organisierte Volksbewegung als natürlicher Übergang zum allgemeinen Volksaufstand gegen den Zarismus dienen kann, da dessen unvermeidlicher Widerstand und der Zusammenstoß mit ihm auf Grund der Durchführung der Wahlen neue Impulse, die zum Aufstand anregen, schaffen und die vorausgegangene Organisation des Volkes ihm allgemeine Verbreitung und Einheitlichkeit sichern wird.

3. Zugleich schlägt die Konferenz vor, die Freiheit der Wahlversammlungen zu erkämpfen, und empfiehlt eine energische Einmischung in die Wahlkampagne, die Einmischung des Volkes in die Versammlungen der Wahlmänner und die Erörterung jener Aufgaben, die vor den in die Reichsduma zu wählenden Vertretern stehen, durch die Wahlmänner in großen Volksversammlungen. Dabei muß die sozialdemokratische Partei danach trachten, die wahlberechtigten Bevölkerungsschichten auf den revolutionären Weg zu bringen, was entweder in ihrem Anschluß an den von den demokratischen Organisationen des Volkes geleiteten Aufstand oder, falls ein solcher ausbleibt, in dem Bestreben zum Ausdruck kommen kann, die sich formierende Reichsduma in eine revolutionäre Versammlung zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung umzuwandeln, oder aber bei deren Einberufung durch die demokratischen Organisationen des Volkes mitzuwirken.

4. Es ist nötig, sich zur Ausübung eines Drucks in derselben Richtung auf die Reichsduma vorzubereiten, wenn bis zu ihrer endgültigen Einberufung die Volksbewegung nicht zum Sturz der Selbstherrschaft und zur Organisierung einer konstituierenden Versammlung führen sollte — sich darauf vorzubereiten, der Reichsduma ein Ultimatum über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung und die sofortige Einführung der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sowie der Volksbewaffnung zu stellen — sich auf die Unterstützung dieses Ultimatus durch einen politischen Streik und andere breite Volksaktionen vorzubereiten.

5. Diese ganze Taktik muß von großen Volksversammlungen gebilligt werden, die vor und während der Wahlkampagne unter dem Proletariat und der Bauernschaft zu organisieren sind.

Wir wollen uns bei den redaktionellen Mängeln der Resolution, die an Weitschweifigkeit leidet, nicht aufhalten, und uns direkt den grundlegenden Fehlern zuwenden.

1. Im einleitenden Teil ist von dem einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage die Rede. Dabei wird das ganze Schwergewicht auf den

Begriff der konstituierenden Versammlung verlegt und kein Wort darüber verloren, von wem diese einberufen werden soll, damit dieser „Ausweg“ nicht nur in Worten, sondern in der Tat zu einem Ausweg gemacht wird. Dieses Verschweigen bedeutet, daß die Sozialdemokraten vor den Oswoboshdenzen die Segel streichen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß gerade die Interessen der monarchistischen liberalen Bourgeoisie die Oswoboshdenzen zwingen, sich auf die Einberufung einer allgemeinen konstituierenden Versammlung zu beschränken und dabei zu verschweigen, von wem sie einberufen werden soll. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß gerade diese Frage von der sich entwickelnden Revolution bereits in den Vordergrund gerückt worden ist und daß gerade darin jetzt der grundlegende Unterschied zwischen der opportunistischen („Vereinbarungs“-)Taktik der Bourgeoisie und der revolutionären Taktik des Proletariats besteht. Die Neuskristen haben jetzt mit ihrer Resolution den dokumentarischen Beweis geliefert, daß sie in den grundlegenden Fragen der Taktik an unheilbarer Blindheit leiden und auf das Niveau der Losungen der Oswoboshdenzen hinabsinken.

Durch den weiteren Inhalt der Resolution wird die Frage der Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung noch mehr verwirrt. Die Predigt, wonach man diesbezüglich auf die Reichsduma hoffen solle, ist direkt eine reaktionäre Predigt, und die Einberufung der konstituierenden Versammlung durch eine „demokratische Organisation des Volkes“ hat die gleiche Bedeutung, als schlugen wir vor, die konstituierende Versammlung durch ein Komitee von Volksfreunden einzuberufen, die auf dem Mars wohnen. — Die Neuskristen haben auf ihrer gesamtrossischen Konferenz den unverzeihlichen Fehler gemacht, die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung durch eine revolutionäre Regierung mit ihrer Einberufung durch eine Vertretungskörperschaft auf die gleiche Stufe zu stellen. Jetzt sind die Neuskristen noch weiter zurückgegangen: sie haben sich über die provisorische revolutionäre Regierung überhaupt ausgeschwiegen. Warum? Aus welchem Grund? Worin haben sich ihre Ansichten geändert? All das bleibt ein Geheimnis. Anstatt taktische Direktiven auszuarbeiten, geben die Menschewiki auf ihren Konferenzen nur Musterbeispiele von Sprüngen und Schwankungen bald nach rechts, bald nach links.

2. „Jeden für einen bewußten Verräter am Volk erklären, der bereit ist,

sich mit der Reichsduma zufriedenzugeben“ usw. — das ist gerade ein solcher Sprung angeblich nach links, und dabei ein Sprung nicht zum wirklich revolutionären Weg, sondern zur revolutionären Phrase. Erstens, wozu dieses starke Wort vom „bewußten“ (Verräter)? War Johann Jacobi, der 1847 als bürgerlicher Liberaler in die Reichsduma, nämlich in den Vereinigten Landtag ging und nach dem Krieg von 1870/71 zu den Sozialdemokraten übertrat, ein bewußter Verräter am Volk? Wird jeder Bauer, der in die Duma geht und „bereit“ ist, sich mit sehr, sehr wenigem zufriedenzugeben, ein bewußter Verräter sein? Zweitens, ist das hier aufgestellte Kriterium des Verrats: wer *bereit* ist, sich zufriedenzugeben, wer sich nicht die Aufgabe stellt usw., vernünftig? Wodurch wird die „Bereitschaft“ und die „Aufgabenstellung“ bewiesen, durch Worte oder durch Taten? Wenn durch Worte, dann muß man von den in die Reichsduma gehenden Kadetten (den „konstitutionellen Demokraten“, wie sich die Oswoboshdenzen jetzt nennen) einen Revers oder eine revolutionäre Verpflichtung verlangen (Parvus, Tscherewanin, Martow). Dann muß die Resolution diesen Gedanken klar zum Ausdruck bringen und darf nicht Sand in die Augen streuen. Wenn aber die „Bereitschaft“ durch Taten bewiesen wird, warum sagt dann die Resolution nicht klipp und klar, *was für* „Handlungen“ in ihren Augen die Bereitschaft beweisen? Weil sich in der Resolution der Grundfehler der neuen „Iskra“ widerspiegelt, die es nicht versteht, die Grenzlinie zwischen der revolutionären Demokratie und der monarchistisch-liberalen Demokratie zu ziehen. Drittens, ist es von einer kämpfenden Partei vernünftig, allgemein von Personen („jeder, der“) und nicht konkret von Richtungen oder Parteien zu sprechen? Für uns ist es jetzt besonders wichtig, eine bestimmte Richtung, nämlich die Partei der Kadetten, die uns bereits durch ihre „Handlungen“ gezeigt hat, welche Forderungen sie unterstützt und wie sie das tut, vor dem Proletariat zu entlarven. Sich im Namen der sozialdemokratischen Organisationen an die Arbeiter zu wenden, ihnen von denen, die in die Duma gehen, von denen, die zur Duma wählen u. a. m. zu reden und sich dabei über die Partei der Kadetten (oder die Oswoboshdenzen, was dasselbe ist) auszuschweigen, das heißt entweder unwürdige Winkelzüge und Kniffe anwenden (während man hinter den Kulissen mit den Oswoboshdenzen ein Abkommen über ihre Unterstützung zu den von Parvus oder Tscherewanin aufgestellten Bedingungen trifft) oder aus Unvernunft die Reihen der

Arbeiter demoralisieren und auf den Kampf gegen die Kadetten verzichten.

Die historischen Tatsachen über die Tätigkeit des „Oswoboshdenije“, der Oswoboshdenzen, Semstwoleute und sonstigen Kadetten, sind das einzige ernsthafte Material, auf Grund dessen wir die „Bereitschaft“ der Demokraten aus der Bourgeoisie, gemeinsam mit dem Volk zu kämpfen, beurteilen können. Die Neuiskristen schieben dieses Material beiseite und ziehen sich mit inhaltslosen Phrasen aus der Affäre. Und da will uns Plechanow noch weismachen, daß die organisatorische Verschwommenheit in den Ansichten der „Iskra“ nicht durch taktische Verschwommenheit ergänzt wird!

Die Iskristen haben ja in Wirklichkeit nicht nur die Augen verschlossen vor der „Bereitschaft“ der Kadetten, Verrat zu begehen, die durch deren eindeutige, von allen vermerkte Rechtswendung zwischen der Semstwoagung im Juli und der im September bewiesen worden ist, sie haben diesen Kadetten durch ihren Kampf gegen den Boykott sogar *geholfen*! Den hypothetischen Oswoboshdenzen („jeder, der bereit ist“ usw.) drohen die Iskristen mit „furchtbar schrecklichen“ Worten, den realen Oswoboshdenzen aber helfen sie durch ihre Taktik. Das ist durchaus im Geiste des Herrn Roditschew, eines Führers der Kadetten, der donnert: „Wir nehmen die Freiheit nicht aus Händen, die vom Blute des Volkes gerötet sind!“ (diese Phrase, von Herrn Roditschew in einer privaten Zusammenkunft gegen W. Stead gebraucht, macht jetzt die Runde durch alle ausländischen Zeitungen) – zur gleichen Zeit aber die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung gerade durch diese Hände fordert.

3. Der nächste fundamentale Fehler der Resolution besteht in der Losung „Schaffung breiter demokratischer Organisationen und ihre Vereinigung in einer gesamtrossischen Organisation“. Der Leichtsinn von Sozialdemokraten, die eine solche Losung aufstellen, ist geradezu erstaunlich. Was bedeutet das: Schaffung von breiten demokratischen Organisationen? Das kann nur eines von zweien bedeuten: entweder das Aufgehen der Organisation der Sozialisten (der SDAPR) in einer Organisation der Demokraten (das können die Neuiskristen nicht bewußt wollen, denn das wäre völliger Verrat am Proletariat) oder die zeitweilige Vereinigung der Sozialdemokraten mit bestimmten Schichten der bürgerlichen Demokraten.

Wenn die Neuskristen eine solche Vereinigung predigen wollen, warum sagen sie es dann nicht direkt und offen? Wozu verstecken sie sich hinter dem Wörtchen „Schaffung“? Weshalb geben sie nicht genau die Richtungen oder Gruppen innerhalb der bürgerlichen Demokratie an, von denen sie wünschen, daß sich die Sozialdemokratie mit ihnen vereinigt? Ist das etwa nicht ein neues Musterbeispiel unverzeihlicher *taktischer Verschwoommenheit*, die in Wirklichkeit die Arbeiterklasse unvermeidlich in ein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie verwandelt?

Der Charakter dieser „breiten demokratischen Organisationen“ wird in der Resolution einzig und allein durch den Hinweis auf ihre beiden Ziele bestimmt, nämlich den Kampf 1. gegen die Reichsduma und 2. für eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung. Das zweite Ziel haben die Kadetten in der lendenlahmen iskristischen Formulierung, d. h. ohne den Hinweis darauf, wer diese konstituierende Versammlung einberufen soll, vollauf anerkannt. Also predigen die Iskristen die Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Kadetten, schämen sich aber, das offen zu sagen?? Das erste Ziel ist so unklar formuliert, wie wir es sonst nur bei den russischen Gesetzen gewöhnt sind, die das Publikum absichtlich irreführen. Was bedeutet Kampf gegen die Reichsduma? Buchstäblich verstanden und angenommen, daß sich die Urheber der Resolution nicht zweideutig ausdrücken wollen, bedeutet das den *Dumaboykott*; denn gegen eine Einrichtung kämpfen, die noch nicht besteht, heißt sich ihrer Entstehung widersetzen. Wir wissen aber, daß die Iskristen gegen den Boykott sind, wir ersehen aus der Resolution selbst, daß sie weiter unten schon nicht mehr vom Kampf *gegen* die Reichsduma sprechen, sondern von einem *Druck* auf die Reichsduma, von dem Bestreben, die Reichsduma in eine revolutionäre Versammlung umzuwandeln, u. dgl. m. Die Worte „Kampf gegen die Reichsduma“ sind demnach nicht buchstäblich, nicht im engeren Sinne zu verstehen. Ist dem aber so, in welchem Sinne sind sie dann zu verstehen? Vielleicht im Sinne des Herrn M. Kowalewski, der Referate mit einer Kritik an der Reichsduma hält? Was soll man eigentlich als Kampf *gegen* die Reichsduma bezeichnen?? Das bleibt ein Geheimnis. Unsere Wirrköpfe haben absolut nichts Bestimmtes darüber gesagt. Da sie die Stimmung der klassenbewußten Arbeiter, ihre unbedingt feindselige Einstellung zur Taktik von Abkommen mit den Kadetten, zur Taktik der Unterstützung der Duma unter bestimmten Bedingungen kennen, haben



unsere Neuskristen feige den Mittelweg gewählt: einerseits wiederholen sie die im Proletariat populäre Losung „Kampf gegen die Reichsduma“, anderseits nehmen sie dieser Losung jeden präzisen Sinn, streuen sie Sand in die Augen, legen sie den Kampf gegen die Duma im Sinne eines Drucks auf die Duma aus u. dgl. m. Und dieser jämmerliche Wirrwarr wird von den einflußreichsten Organisationen der Iskristen zu einem Zeitpunkt propagiert, da die Oswoboshdenzen, sich in die Brust werfend, in ganz Europa ausposaunen, daß sie nur um des Kampfes willen, einzig und allein um des Kampfes willen in die Reichsduma gehen und zum völligen Bruch mit der Regierung „bereit“ sind!

Wir fragen die Leser: Hat man schon jemals eine schmälicherere Wankelmütigkeit in der Taktik der Sozialdemokratie gesehen? Kann man sich etwas vorstellen, das verhängnisvoller für die Sozialdemokratie wäre als diese Predigt der „Schaffung breiter demokratischer Organisationen“ *gemeinsam mit den Oswoboshdenzen* (denn die Kadetten sind mit den von den Iskristen dargelegten Zielen solcher Organisationen einverstanden), ohne dabei die Oswoboshdenzen direkt zu nennen??

Und Plechanow, der sich mit seiner fast zweijährigen Verteidigung der iskristischen „organisatorischen Verschwommenheit“ in den Augen aller russischen revolutionären Sozialdemokraten diskreditiert hat, wird uns jetzt versichern, die neuskristische Taktik sei gut!...

4. Weiter. Es ist äußerst unvernünftig, die Vereinigung von breiten (und verschwommenen) demokratischen Organisationen als „gesamtrussische Volksorganisation“ oder „demokratische Organisation des Volkes“ zu bezeichnen. Das ist vor allem theoretisch falsch. Die Ökonomen sündigten bekanntlich darin, daß sie Partei und Klasse verwechselten. Die Iskristen erwecken die alten Fehler zu neuem Leben, indem sie jetzt die Summe der demokratischen Parteien oder Organisationen mit der Organisation des Volkes verwechseln. Das ist eine hohle, verlogene, schädliche Phrase. Sie ist hohl, denn sie enthält keinen bestimmten Sinn, weil in ihr der Hinweis auf bestimmte demokratische Parteien oder Richtungen fehlt. Sie ist verlogen, denn in der kapitalistischen Gesellschaft ist selbst die fortgeschrittenste Klasse, das Proletariat, nicht imstande, eine Partei zu schaffen, welche die ganze Klasse umfaßt, vom ganzen Volk gar nicht zu reden. Sie ist schädlich, denn sie verwirrt die Köpfe mit einem lauten Schlagwort, anstatt die reale Arbeit zur Klarstellung der wirklichen Bedeutung der

wirklich demokratischen Parteien, ihrer Klassengrundlage, ihrer loseren oder engeren Verbindung mit dem Proletariat usw. in den Vordergrund zu stellen. Gerade jetzt, in der Epoche der demokratischen Revolution, die ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach bürgerlich ist, zeigt sich eine besonders starke Neigung der bürgerlichen Demokraten, aller dieser Kadetten usw. bis zu den Sozialrevolutionären einschließlich, „breite demokratische Organisationen“ zu propagieren und überhaupt die Parteilosigkeit, d. h. das Nichtvorhandensein strenger Teilungen unter den Demokraten direkt oder indirekt, offen oder geheim zu begünstigen. Die politisch bewußten Vertreter des Proletariats müssen diese Tendenz entschieden und rücksichtslos bekämpfen, denn sie ist ihrem Wesen nach durch und durch bürgerlich. Wir müssen die genauen Parteiunterschiede in den Vordergrund rücken, jede Konfusion bloßstellen und die Verlogenheit der Phrasen von einem angeblich einheitlichen, solidarischen, breiten Demokratismus aufdecken, von denen es in unserer liberalen Presse wimmelt. Schlagen wir die Vereinigung mit bestimmten Schichten der Demokratie für bestimmte Aufgaben vor, so dürfen wir, besonders in einer Zeit wie jetzt, nur die *revolutionäre* Demokratie dafür auswählen, und wir müssen die Merkmale zeigen, nach denen man diejenigen, die „bereit“ sind zu kämpfen (jetzt schon in den Reihen der revolutionären Armee), am klarsten von jenen abgrenzen kann, die „bereit“ sind, mit der Selbstherrschaft zu feilschen.

Um den Iskristen ihren Fehler anschaulicher vor Augen zu führen, wollen wir ein einfacheres Beispiel nehmen. Unser Programm spricht von Bauernkomitees. Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR definiert ihre Bedeutung genauer und bezeichnet sie als revolutionäre Bauernkomitees. (In dieser Hinsicht stimmte im Grunde auch die neuiskristische Konferenz mit dem III. Parteitag überein.) Wir stellten diesen Komitees die Aufgabe, die demokratischen Umgestaltungen im allgemeinen und die agrarischen im besonderen, *einschließlich der Konfiskation* des Großgrundbesitzes, *auf revolutionärem Wege* zu verwirklichen. Jetzt empfehlen die Iskristen in der Resolution noch neue „Agitationskomitees unter der Bauernschaft“. Das ist ein Rat, der nicht sozialistischer Arbeiter, sondern liberaler Bourgeois würdig ist. Solche „bäuerliche Agitationskomitees“ würden, wenn man sie schüfe, ausschließlich den Oswoboshdenzen in die Hände arbeiten, denn ihr revolutionärer Charakter würde durch einen

liberalen ersetzt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Inhalt der Agitation dieser Agitationskomitees, wie er von den Iskristen definiert wird (Kampf „gegen“ die Reichsduma und für eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung), nicht über den Rahmen des Programms der Oswoboshdenzen hinausgeht. Ist es den Neuiskristen jetzt klar, daß sie, wenn sie die Losung der revolutionären Bauernkomitees durch die Losung der „bäuerlichen Agitationskomitees“ ergänzen, die sozialdemokratischen Losungen in Oswoboshdenzen-Losungen verwandeln?

5. Schließlich kommen wir zur Hauptaufgabe dieser „gesamtrussischen Volksorganisation“ — zur Organisierung allgemeiner Volkswahlen in die konstituierende Versammlung. Allgemeine Volkswahlen — unter Beibehaltung der Selbstherrschaft! Und „Zusammenstöße“ mit der Selbstherrschaft schaffen „neue Impulse, die zum Aufstand anregen“ . . . Das ist fürwahr eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt!

Die Losung der „revolutionären Selbstverwaltung“ und die Theorie von der „Selbstentstehung“ der konstituierenden Versammlung haben unvermeidlich zu diesem Unsinn geführt, dem es bestimmt ist, klassisch zu werden. Von allgemeinen Volkswahlen unter der Herrschaft der Trepow, d. h. vor dem Sieg des Aufstands, vor dem faktischen Sturz der Zarenmacht zu sprechen, ist schlimmste Manilowerei, die nur geeignet ist, in den Köpfen der Arbeiter eine heillose politische Verwirrung zu erzeugen. Nur Leute, die sich unter dem Einfluß der neuen „Iskra“ an die Herrschaft der Phrase gewöhnt haben, können solche Losungen hinnehmen, die bei der ersten Berührung mit nüchterner Kritik in alle Winde zersterben. Man braucht nur ein klein wenig darüber nachzudenken, was *allgemeine Volkswahlen* in der ernstesten Bedeutung dieser Worte sind, man braucht sich nur zu erinnern, daß sie sowohl Agitationsfreiheit erfordern als auch die Unterrichtung der gesamten Bevölkerung und die Zustimmung der gesamten Bevölkerung hinsichtlich einer solchen Zentralstelle oder solcher lokaler Zentren, die Listen der gesamten Bevölkerung aufstellen und eine Befragung wirklich aller ohne Ausnahme durchführen — man braucht darüber nur ein ganz klein wenig nachzudenken, um in den von der „Iskra“ projektierten „allgemeinen Volkswahlen“ eine allgemeine Volksbelustigung oder einen allgemeinen Volksbetrug zu sehen. Nicht ein *einzig*er Deputierter, der auch nur halbwegs den Namen eines „vom ganzen Volk Gewählten“ verdient, d. h. der 50 000 bis 100 000 wirklich frei

und bewußt abgegebene Stimmen auf sich vereinigt, nicht ein einziger solcher Deputierter kann irgendwo in Rußland „bei Eröffnung der Wahlkampagne“ gewählt werden.

Die iskristische Resolution rät dem Proletariat, *eine Komödie aufzuführen*, und keine Klauseln und keine Ausflüchte ändern den Sinn dieser komödiantenhaften Resolution. Man sagt uns, daß man die Wahlen nur dann durchführen werde, wenn „die Organisation genügend Kraft hat“, und nur dann, wenn „die vorausgegangene Organisation ihm“ (dem Aufstand) „allgemeine Verbreitung und Einheitlichkeit sichern wird“. Wir antworten: Kraft wird durch Taten und nicht durch Worte bewiesen. Vor dem Sieg des Aufstands ist es einfach lächerlich, von einer Kraft zu reden, die imstande wäre, ohne Spott herauszufordern, „allgemeine Volkswahlen“ auch nur zu verkünden, geschweige denn durchzuführen. Den Sieg des Aufstands kann keinerlei allgemeine Verbreitung und Einheitlichkeit einer Organisation „sichern“, wenn 1. diese Organisation nicht aus Leuten besteht, die wirklich zum Aufstand fähig sind (wir haben aber gesehen, daß die Resolution einfach „breite“, d. h. in Wirklichkeit Oswoboshdenzen-Organisationen predigt, die den Aufstand, falls er begänne, unbedingt verraten würden) und wenn 2. die Kraft für den Sieg des Aufstands nicht ausreicht (und für den Sieg ist außer der moralischen Kraft der öffentlichen Meinung, des Volkswohls u. a. m. die materielle Kraft einer revolutionären Armee erforderlich). Die moralische Kraft, diese lauten Worte vom „ganzen Volk“ in den Vordergrund zu rücken und in einem Kampfaufruf von der unmittelbaren materiellen Kraft zu *schweigen*, das heißt die revolutionären Losungen des Proletariats zur bürgerlich-demokratischen Phrase herabwürdigen.

Eine Wahlkomödie bildet eben nicht einen „natürlichen“, sondern einen *künstlichen* Übergang zum Aufstand, einen Übergang, der von einer Handvoll Intellektueller erdacht ist. Solche künstlichen Übergänge auszudenken, ist eine Beschäftigung, die aufs Haar der alten Beschäftigung Nadeshdins gleicht: dem Austüfteln des „exzitierenden“ Terrors. Die Neuiskristen wollen das Volk ebenfalls künstlich zum Aufstand „exzitieren“ oder aufrütteln — eine Idee, die grundfalsch ist. Eine wirkliche Organisation des ganzen Volkes können wir nicht schaffen; sollte es uns einfallen, unter der Selbstherrschaft Wahlen anzusetzen, so müßten diese unweigerlich eine Komödie bleiben, und einen solchen *ausgedachten* Anlaß

zu einem Aufstand ausnützen ist das gleiche, als wollte man den Aufstand in einem Augenblick dekretieren, da es im Volk keine *wirkliche* Erregung gibt. Nur Leute, die nicht an die revolutionäre Aktivität des Proletariats glauben, nur Intellektuelle, die sich von Schlagworten blenden lassen, konnten im September 1905 „neue Impulse, die zum Aufstand anregen“, ersinnen. Als gäbe es bei uns in Rußland wenig *wirkliche* und nicht komödiantenhafte Anlässe zu einem Aufstand, als gäbe es wenig Fälle wirklicher und nicht inszenierter, nicht verfälschter *Erregung* der Massen! Eine Wahlkomödie wird die Massen nie erregen. Aber ein Streik oder eine Demonstration, eine Militärrevolte oder ernste Studentenunruhen, eine Hungersnot oder eine Mobilmachung, ein Konflikt in der Reichsduma usw. usw. usf. — das alles kann die Massen täglich und stündlich wirklich *erregen*. Nicht allein der Gedanke, man könne „neue Impulse, die zum Aufstand anregen“, erfinden, ist eine Riesendummheit, sondern bereits der Gedanke, man könne im vorhinein sagen, daß nur dieser und nicht auch jener Anlaß die Massen erregen wird, ist unvernünftig. Leute mit ein wenig Selbstachtung, die ihre eigenen Worte halbwegs ernst nehmen, werden sich nie erlauben, „neue Impulse, die zum Aufstand anregen“, zu ersinnen.

Nicht an „neuen Impulsen“ mangelt es, meine verehrten Manilows, sondern an *militärischer Kraft*, an der *militärischen Kraft* des revolutionären Volkes (und nicht des Volkes schlechthin), und diese besteht: 1. aus dem bewaffneten Proletariat und der bewaffneten Bauernschaft, 2. aus den organisierten Vortrupps der Vertreter dieser Klassen, 3. aus den Truppenteilen, die bereit sind, auf die Seite des Volkes überzugehen. Das alles macht zusammen die *revolutionäre Armee* aus. Vom Aufstand, von seiner Kraft, vom natürlichen Übergang zu ihm zu sprechen und nichts über die revolutionäre Armee zu sagen, ist Unsinn und Konfusion, und zwar um so mehr, je besser mobilisiert die konterrevolutionäre Armee ist. Sich in der Zeit der Aufstände im Kaukasus, am Schwarzen Meer, in Polen und Riga „neue Impulse, die zum Aufstand anregen“, auszudenken heißt sich vorsätzlich *abkapseln* und von der *Bewegung fernhalten*. Wir sind Zeugen einer gewaltigen Gärung unter den Arbeitern und Bauern. Wir sind Zeugen einer Reihe von Aufständen, die seit dem 9. Januar ausgebrochen sind und unablässig und mit zunehmender Schnelligkeit an Breite, Stärke und Hartnäckigkeit gewinnen. Niemand kann dafür bürgen, daß sich diese Aus-

brüche nicht morgen in einer beliebigen Großstadt, in einem beliebigen Militärlager, in einem beliebigen Dorf wiederholen werden. Im Gegenteil, alle Anzeichen sprechen dafür, daß solche Ausbrüche wahrscheinlich, nahe bevorstehend, unvermeidlich sind. Ihr Erfolg hängt ab 1. von den Erfolgen der *revolutionären* Agitation und Organisation — wohlgerneht der *revolutionären* und nicht der „breiten demokratischen“, von der die „Iskra“ schwatzt, denn unter den Demokraten gibt es eine Menge von Nichtrevolutionären. Ihr Erfolg hängt ab 2. von der Kraft und Bereitschaft der *revolutionären* Armee. Die erste Bedingung ist längst allgemein anerkannt und wird in ganz Rußland von allen Revolutionären buchstäblich in jeder Zirkel- und Gruppenversammlung, in jeder Zusammenkunft und Massenkundgebung verwirklicht. Die zweite Bedingung ist noch viel zuwenig anerkannt. Die liberale Bourgeoisie will und kann sie kraft ihrer Klassenlage nicht anerkennen. Von den Revolutionären ignorieren sie nur jene, die hoffnungslos im Schlepptau der monarchistischen Bourgeoisie einhertrotten.

Aufstand — das ist ein sehr großes Wort. Die Aufforderung zum Aufstand ist eine äußerst ernste Aufforderung. Je komplizierter die Gesellschaftsordnung wird, je höher die Organisation der Staatsmacht und je vollkommener die Militärtechnik ist, desto unzulässiger ist es, eine solche Losung leichtsinnig auszugeben. Und wir haben mehr als einmal gesagt, daß die *revolutionären* Sozialdemokraten die Aufstellung dieser Losung seit langem vorbereitet, sie aber als direkte Aufforderung erst dann ausgegeben haben, als es keinen Zweifel mehr geben konnte über den Ernst, die Breite und die Tiefe der *revolutionären* Bewegung, keinen Zweifel darüber, daß die Dinge im wahren Sinne dieses Wortes ihrer Entscheidung zutreiben. Mit großen Worten muß man behutsam umgehen. Die Schwierigkeiten, sie in große Taten umzusetzen, sind kolossal. Doch eben deshalb wäre es unverzeihlich, wollte man über diese Schwierigkeiten mit Phrasen hinweggehen, vor den ernstesten Aufgaben ins Reich Manilowscher Hirngespinnste flüchten und sich die Scheuklappen holder Träume von angeblich „natürlichen Übergängen“ zu diesen schwierigen Aufgaben aufsetzen.

Revolutionäre Armee — das ist auch ein sehr großes Wort. Sie zu schaffen ist ein schwieriger, komplizierter und langwieriger Prozeß. Wenn wir aber sehen, daß dieser Prozeß schon begonnen hat und überall abschnitt-

weise, stückweise vor sich geht, wenn wir wissen, daß ohne eine solche Armee ein wirklicher Sieg der Revolution *unmöglich* ist, dann müssen wir eine entschiedene und direkte Losung aufstellen, sie propagieren und zum Prüfstein der aktuellen politischen Aufgaben machen. Es wäre falsch zu glauben, daß die revolutionären Klassen immer über genügend Kraft verfügen, um einen Umsturz zu bewerkstelligen, wenn dieser auf Grund der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung vollauf herangereift ist. Nein, die menschliche Gesellschaft ist nicht so vernünftig eingerichtet und nicht so „bequem“ für die fortgeschrittenen Elemente. Der Umsturz kann herangereift sein, allein die Kräfte der revolutionären Schöpfer dieses Umsturzes können sich als ungenügend erweisen, ihn zu bewerkstelligen — dann fault die Gesellschaft, und diese Fäulnis kann Jahrzehnte hindurch andauern. Daß der demokratische Umsturz in Rußland herangereift ist, steht außer Zweifel. Ob jedoch jetzt schon die Kräfte der revolutionären Klassen ausreichen, um ihn zu bewerkstelligen, wissen wir nicht. Das wird der Kampf entscheiden, dessen kritischer Augenblick, wenn nicht eine ganze Reihe direkter und indirekter Anzeichen trägt, sich mit Riesenschritten nähert. Das moralische Übergewicht ist unzweifelhaft, die moralische Kraft ist schon überwältigend groß; ohne sie könnte natürlich von keinerlei Umsturz auch nur die Rede sein. Diese Bedingung ist unerlässlich, aber *noch nicht ausreichend*. Und ob sie in eine materielle Kraft umschlagen wird, die ausreicht, um den sehr, sehr ernsten (wir wollen uns das nicht verhehlen) Widerstand der Selbstherrschaft zu brechen — das wird der Ausgang des Kampfes zeigen. Die Losung des Aufstands bedeutet, daß die Frage durch materielle Kraft entschieden wird — eine solche ist aber in der modernen europäischen Kultur nur die militärische Kraft. Diese Losung darf nicht ausgegeben werden, solange die allgemeinen Bedingungen des Umsturzes nicht herangereift sind, solange die Erregung und die Bereitschaft der Massen zur Tat nicht klar zutage getreten sind und solange die äußeren Umstände nicht zu einer offenkundigen Krise geführt haben. Ist aber eine solche Losung erst einmal aufgestellt, so wäre es geradezu schmähsch, vor ihr wieder zurückzuschrecken und sich wieder mit der *moralischen Kraft*, mit einer der Bedingungen, die dem Aufstand den Boden bereiten, mit einem der „möglichen Übergänge“ usw. usf. zu begnügen. Nein, sind die Würfel einmal gefallen, so muß man alle Ausflüchte beiseite lassen, so muß man den breitesten Massen direkt und offen

erklären, welches jetzt die praktischen Bedingungen des erfolgreichen Umsturzes sind.

Wir haben noch lange nicht alle Fehler der iskristischen Resolution erschöpft, die für denkende und nicht „nach dem Augenblick haschende“ Menschen auf lange Zeit ein trauriges Denkmal der Vulgarisierung der sozialdemokratischen Aufgaben bleiben wird. Uns scheint es wichtiger, den Hauptquellen der Fehler nachzugehen, als alle, sogar die relativ geringfügigen Erscheinungen des grundlegenden Fehlers aufzuzählen. Deshalb erwähnen wir nur nebenbei das Unsinnige und Reaktionäre der Idee, „Ultimaten“ (ein kriegerisches Wort, das nach abgeschmackter Prahlerei klingt, wenn keine vorbereitete militärische Kraft dahinter steht) an die Duma zu stellen, danach zu streben, diese Duma in eine revolutionäre Versammlung umzuwandeln\* – und gehen zur allgemeinen Bedeutung der Losung „revolutionäre Selbstverwaltung des Volkes“ über.

In dieser Losung, richtiger gesagt, in ihrer Verwandlung in die zentrale Losung, liegt die Wurzel aller Schwankungen der „Iskra“. Die „Iskra“ versuchte diese Losung zu rechtfertigen, indem sie sich auf die „Dialektik“ berief, auf dieselbe Plechanowsche Dialektik, dank der die „organisatorische Verschwommenheit“ der „Iskra“ von Plechanow zuerst in Schutz genommen und nachher bloßgestellt wurde!

Die revolutionäre Selbstverwaltung des Volkes ist nicht der Prolog des Aufstands, sagten wir, nicht der „natürliche Übergang“ zum Aufstand, sondern sein Epilog. Ohne den Sieg des Aufstands kann man von einer wirklichen und vollen Selbstverwaltung des Volkes nicht im Ernst sprechen.

\* Werden wir uns im bevorstehenden Entscheidungskampf gegen den Zarismus als stark erweisen, so wird die Reichsduma unausbleiblich nach links abzuweichen (wenigstens ihr liberaler Teil, vom reaktionären sprechen wir nicht), aber der Versuch, die Reichsduma ernstlich zu beeinflussen, ohne die Macht des Zaren zu brechen, ist ebenso dumm, wie wenn Japan „Ultimaten“ an China stellen oder der Hilfe Chinas eine ernste Bedeutung beimessen wollte, ohne die militärische Macht Rußlands zu brechen. Nach dem 18. März 1848 hat die preußische Reichsduma (der Vereinigte Landtag) im Nu einen Wisch über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung unterzeichnet; bis dahin aber waren alle „Ultimaten“ der Revolutionäre, alle ihre Bestrebungen, die Reichsduma zu beeinflussen, alle ihre Drohungen für die in der Reichsduma sitzenden Petrunkewitsch, Roditschew, Miljukow usw. leere Worte.



Und wir fügten hinzu, daß schon allein der Gedanke, das Schwergewicht auf die Staatsverwaltung und nicht auf die Staatsordnung zu legen, reaktionär ist, daß es der größte Unsinn ist, die revolutionäre Selbstverwaltung mit der revolutionären Armee gleichzusetzen, daß der Sieg der revolutionären Armee unbedingt von der Schaffung einer revolutionären Selbstverwaltung begleitet ist, während die revolutionäre Selbstverwaltung noch nicht unbedingt eine revolutionäre Armee einschließt.

Die „Iskra“ versuchte die Verworrenheit ihrer bewußten Losungen mit dem Hinweis auf die „Dialektik“ des unbewußten, elementaren Prozesses zu rechtfertigen. Das Leben kenne eben keine scharfen Grenzen. Arbeitsbörsen gebe es auch jetzt („Sozialdemokrat“<sup>102</sup> Nr. 12), hier habe man die Elemente der Selbstverwaltung. Prolog und Epilog verflöchten sich im dialektischen Entwicklungsprozeß oft miteinander.

Das letztere ist durchaus richtig. Ja, der Prozeß der wirklichen Entwicklung ist immer verwickelt, er schiebt Stückchen des Epilogs vor den eigentlichen Prolog. Bedeutet das aber, daß es dem Führer einer bewußten Partei gestattet ist, die Aufgaben des Kampfes *durcheinanderzuwerfen*, den Prolog mit dem Epilog zu verwechseln? Kann die Dialektik des verwickelten elementaren Prozesses eine Verwirrung in der Logik bewußter Sozialdemokraten rechtfertigen? Bedeutet das nicht, die Marxsche Dialektik durch die Plechanowsche Dialektik zu ersetzen?

Wir wollen unseren Gedanken an Hand eines Beispiels veranschaulichen. Nehmen wir an, daß nicht von einer demokratischen, sondern von einer sozialistischen Umwälzung die Rede ist. Die Krise reift heran, die Epoche der Diktatur des Proletariats nähert sich. Und nun stellen die Opportunisten die Losung Konsumgenossenschaften, die Revolutionäre die Losung Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den Vordergrund. Die Opportunisten argumentieren: Die Konsumgenossenschaften sind eine reale Kraft der Proletarier, die Eroberung einer realen ökonomischen Position, ein wirkliches Stückchen Sozialismus; ihr Revolutionäre versteht nicht die dialektische Entwicklung, dieses Hinüberwachen des Kapitalismus in den Sozialismus, dieses Eindringen sozialistischer Zellen ins tiefste Innere des Kapitalismus, diese Aushöhlung des Kapitalismus durch einen neuen, einen sozialistischen Inhalt.

Ja, antworten die Revolutionäre, wir sind damit einverstanden, daß die Konsumgenossenschaften im gewissen Sinne ein Stückchen Sozialismus

sind. Erstens ist die sozialistische Gesellschaft eine einzige große Konsumgenossenschaft mit planmäßig organisierter Produktion für die Konsumtion; zweitens kann man den Sozialismus ohne eine mächtige, vielseitige Arbeiterbewegung nicht verwirklichen, und eine dieser vielen Seiten bilden unbedingt die Konsumgenossenschaften. Aber das ist nicht das Entscheidende. Solange die Macht in den Händen der Bourgeoisie bleibt, solange bleiben die Konsumgenossenschaften ein klägliches Stückchen, das keine ernsten Änderungen verbürgt, keine entscheidenden Änderungen bewirkt, ja manchmal sogar vom ersten Kampf für den Umsturz ablenkt. Die von den Arbeitern in den Konsumgenossenschaften gewonnenen Erfahrungen sind unbestreitbar sehr nützlich. Aber Spielraum für eine ernsthafte Verwertung dieser Erfahrungen kann nur der Übergang der Macht in die Hände des Proletariats schaffen. Dann wird das System der Konsumgenossenschaften auch über den Mehrwert verfügen können, während jetzt die Möglichkeit, von dieser nützlichen Einrichtung Gebrauch zu machen, durch die kärglichen Arbeitslöhne auf einen äußerst dürftigen Rahmen beschränkt ist. Dann wird das ein Konsumverband wirklich freier Arbeiter sein, während es jetzt ein Verband von Lohnsklaven ist, die vom Kapital niedergehalten und erdrückt werden. Ja, die Konsumgenossenschaften sind ein Stückchen Sozialismus. Der dialektische Prozeß der Entwicklung bringt wirklich schon im Schoße des Kapitalismus Elemente der neuen Gesellschaft hervor, sowohl materielle als auch geistige Elemente. Doch die Sozialisten müssen es verstehen, die Stückchen vom Ganzen zu unterscheiden, müssen das *Ganze* und nicht die Stückchen als Losung aufstellen. Sie müssen jenem Flickwerk, das die Kämpfer nicht selten vom wahrhaft revolutionären Weg abbringt, die Grundbedingungen des wirklichen Umsturzes entgegenstellen.

Was meint die „Iskra“ dazu, wer hat in diesem Streit recht?

So ist es auch mit der Losung „revolutionäre Selbstverwaltung“ in der Epoche der demokratischen Umwälzung. Wir sind nicht gegen die revolutionäre Selbstverwaltung, wir haben ihr längst den ihr zukommenden bescheidenen Platz in unserem Minimalprogramm eingeräumt (siehe den Paragraphen über eine breite örtliche Selbstverwaltung). Wir sind damit einverstanden, daß das ein Stückchen demokratischer Umwälzung ist, wie schon in Nr. 15 des „Proletari“\* unter Hinweis auf die Smolensker Duma

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 215/216. *Die Red.*

festgestellt wurde. Die demokratische Umwälzung wäre unmöglich ohne eine machtvolle und vielseitige demokratische Bewegung, und eine dieser vielen Seiten ist die Bewegung auf dem Gebiet der Selbstverwaltung. Die demokratische Umwälzung wäre aber z. B. auch ohne die revolutionären Lehranstalten unmöglich, die ein ebenso unzweifelhaftes Anzeichen für die faktische Zersetzung des Zarismus sind wie die gegen den Willen der Polizei gegründeten Arbeitsbörsen, wie die Gärung unter der Geistlichkeit, wie die gesetzwidrige örtliche Selbstverwaltung und anderes mehr. Welcher Schluß folgt daraus? Überlegt euch das, Genossen von der „Iskra“! Der, daß man alle diese Stückchen der Zersetzung zur Gesamtlösung des Aufstands zusammenfassen muß? Oder der, daß man die Lösung des Aufstands verstümmeln muß, indem man sie mit einem dieser Stückchen, mit der Selbstverwaltung, verknüpft?

„Organisierung der revolutionären Selbstverwaltung oder, was dasselbe ist, Organisierung der Volkskräfte für den Aufstand“, schrieb die tapfere „Iskra“ (Nr. 109, S. 2, Spalte 1). Das ist dasselbe, als wollte man sagen: die Organisierung der revolutionären Bewegung in den Lehranstalten ist die Organisierung der Kräfte für den Aufstand; die Organisierung der Gärung unter der Geistlichkeit ist die Organisierung der Kräfte für den Aufstand; die Organisierung von Konsumgenossenschaften ist die Organisierung der Kräfte für die sozialistische Umwälzung. Nein, schlechte Dialektiker seid ihr, Genossen von der „Iskra“. Ihr könnt nicht dialektisch denken, obwohl ihr euch ausgezeichnet drehen und wenden könnt, wie es Plechanow in der Frage der organisatorischen und taktischen Verschwommenheit eurer Ansichten getan hat. Ihr habt übersehen, daß alle diese Stückchen der Umwälzung, wenn der Aufstand siegt, unweigerlich zu einem einheitlichen, in sich geschlossenen „Epilog“ des Aufstands verschmelzen werden, während die Stückchen, wenn der Aufstand nicht siegt, eben Stückchen bleiben, klägliche Stückchen, die nichts ändern und nur Philister zufriedenstellen.

Die Moral des Ganzen: 1. Die Opportunisten der Sozialdemokratie haben sowohl am Vorabend der sozialistischen als auch am Vorabend der demokratischen Umwälzung die üble Gewohnheit, um ein kleines Stückchen des großen Prozesses viel Aufhebens zu machen, dieses Stückchen in den Rang des Ganzen zu erheben, diesem Stückchen das Ganze unterzuordnen und damit das Ganze zu verstümmeln, wodurch sie sich selbst

in Trabanten der inkonsequenten und feigen Reformer verwandeln. 2. Die Dialektik des elementaren Prozesses, der immer und unbedingt verwickelt ist, rechtfertigt nicht die Verworrenheit der logischen Schlussfolgerungen und politischen Losungen, die oft genug verworren sind (es aber nicht unbedingt zu sein brauchen).

PS. Der Artikel war schon umbrochen, als wir die ausländische „Iskra“-Ausgabe der Resolutionen der Südrussischen konstituierenden Konferenz erhielten. Der Text der Resolution über die Reichsduma unterscheidet sich etwas von dem in Rußland herausgegebenen, den wir oben abgedruckt haben. Dieser Unterschied ist aber nicht wesentlich und berührt unsere Kritik nicht im geringsten.

„Proletari“ Nr. 21,  
17. (4.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

ANMERKUNG ZU DEM ARTIKEL  
VON M. BORISSOW  
„ÜBER DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG  
UND DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE“<sup>103</sup>

Wir veröffentlichen mit Vergnügen diesen Artikel eines in Rußland tätigen Genossen, denn die allseitige Erörterung der Gewerkschaftsfrage steht jetzt auf der Tagesordnung. Nur die von der marxistischen Theorie ständig beleuchtete Erfahrung der gesamten Partei kann uns dazu verhelfen, die für die russischen Verhältnisse geeignetsten Formen der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu finden. Man muß ferner die Lehren verwerten, die uns von den Feinden erteilt werden. Die Bourgeoisie der ganzen Welt frohlockte über die „zünftlerischen“ Tendenzen des Kölner Kongresses, in der Hoffnung, die Arbeiter vom Sozialismus zum „reinen“, d. h. bürgerlichen Trade-Unionismus hinüberzuziehen. In Rußland haben jetzt sogar die „Moskowskije Wedomosti“ gelernt, ein ähnliches Lied zu singen. Und wenn die Bourgeoisie erst anfängt, einen von uns wegen seiner „Erleuchtung“ oder seines „Eifers“ auf dem Gebiet der „vernünftigen“ Gewerkschaftsbewegung zu loben, so wird das ein sicheres Zeichen dafür sein, daß es in unserer Arbeit Mängel gibt. Genosse M. Borissow stellt die Frage denn auch so, daß wir unsere sozialistische Pflicht in jeder Hinsicht erfüllen müssen, ohne derartige Mängel aufkommen zu lassen.

„Proletari“ Nr. 21,  
17. (4.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## AUS ANLASS DES TODES TRUBEZKOIS

Die liberale „Frankfurter Zeitung“ ist schrecklich empört über die konsequent revolutionäre Resolution der Moskauer Studenten, die die Einberufung einer konstituierenden Versammlung weder durch den Zaren noch durch die Reichsduma und nicht einmal (Genossen von der neuen „Iskra“, ärgert euch nicht!) durch eine „demokratische Organisation des Volkes“, sondern durch eine provisorische revolutionäre Regierung fordern. Die deutschen liberalen Börsianer erhoben aus diesem Anlaß ein Geschrei ob der „Unreife“ der Studenten usw. Und jetzt bemerkt dieselbe Zeitung (Abendblatt vom 13. X.) zu dem Telegramm über den Tod Trubezkoi: „Vielleicht hat man ihm (Trubezkoi) im Ministerium für Volksaufklärung eine Szene gemacht.“

Armer Trubezkoi! Nach Volksfreiheit streben und an einer „Szene“ im Vorzimmer eines zaristischen Ministers sterben... Wir geben gern zu, daß das sogar für einen russischen Liberalen eine allzu grausame Strafe ist. Aber dennoch, meine Herren, wäre es nicht besser und eines Anhängers der Volksfreiheit würdiger, auf jederlei Beziehung zu der Regierung der Henker und Spione zu verzichten? Wäre es nicht besser, im direkten, ehrlichen, offenen, das Volk aufklärenden und erziehenden Straßenkampf gegen dieses Geschmeiß, ohne dessen Vernichtung eine wirkliche Freiheit nicht möglich ist, zu fallen, als an „Szenen“ bei Gesprächen mit Trepow und seinen verächtlichen Lakaien zu sterben?

*Geschrieben Mitte Oktober 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

*Nach dem Manuskript.*

---

## DIE LEHREN DER MOSKAUER EREIGNISSE

Der revolutionäre Aufschwung des Moskauer Proletariats, der im politischen Streik und im Straßenkampf so augenfällig zum Ausdruck gekommen ist, hat noch nicht nachgelassen. Der Streik dauert fort. Er hat teilweise auf Petersburg übergreifen, wo die Setzer aus Sympathie mit ihren Moskauer Kollegen streiken. Man kann noch nicht sagen, ob die gegenwärtige Bewegung bis zur nächsten Flutwelle abebben oder ob sie langwierige Formen annehmen wird. Aber einige und dabei äußerst lehrreiche Ergebnisse haben die Moskauer Ereignisse bereits gezeitigt, und es lohnt sich, bei diesen Ergebnissen zu verweilen.

Im großen und ganzen ist die Bewegung in Moskau nicht bis zu einem entscheidenden Kampf der revolutionären Arbeiter mit den Streitkräften des Zarismus gelangt. Das waren nur kleinere Vorpostengeplänkel, teilweise vielleicht eine militärische Demonstration im Bürgerkrieg, aber keine jener Schlachten, die den Ausgang des Krieges bestimmen. Von den beiden Mutmaßungen, die wir vor einer Woche äußerten, scheint sich die erste zu bestätigen, nämlich daß wir es nicht mit dem Beginn, sondern nur mit einer Probe des entscheidenden Ansturms zu tun haben. Doch diese Probe hat immerhin alle Mitwirkenden des historischen Dramas in voller Größe gezeigt und so auf den wahrscheinlichen, teilweise sogar unvermeidlichen Verlauf des Dramas selbst ein helles Licht geworfen.

Ausgelöst wurden die Moskauer Ereignisse durch Vorgänge, die auf den ersten Blick rein akademischen Charakter trugen. Die Regierung beschenkte die Universitäten mit einer teilweisen „Autonomie“, vielmehr einer Scheinautonomie. Die Herren Professoren erhielten die Selbstverwaltung. Die Studenten erhielten das Versammlungsrecht. Damit wurde in das

allgemeine System der absolutistisch-leibeigenschaftlichen Unterdrückung eine kleine Bresche geschlagen. Durch diese Bresche ergossen sich sofort mit unerwarteter Kraft neue revolutionäre Ströme. Ein elendes Zugeständnis, eine winzige Reform, die gewährt wurde, um die politischen Widersprüche abzustumpfen und die Ausgeraubten mit den Räubern zu „versöhnen“, rief in Wirklichkeit eine gewaltige Zuspitzung des Kampfes und Zunahme der daran Beteiligten hervor. In die Studentenversammlungen fluteten Arbeiter. Es kam zu revolutionären Kundgebungen des Volkes, auf denen die im Freiheitskampf führende Klasse, das Proletariat, überwog. Die Regierung tobte. Die „soliden“ Liberalen, die eine professorale Selbstverwaltung erhalten hatten, wußten nicht mehr ein noch aus und rannten von den revolutionären Studenten zur knutenschwingenden Polizeiregierung. Die Liberalen benutzten die Freiheit, um sie zu verraten, um die Studenten von der Ausdehnung und Verschärfung des Kampfes zurückzuhalten und um — angesichts der Gendarmerieschergen und Schwarzhundertter, der Herren Trepow und Romanow — „Ordnung“ zu predigen! Die Liberalen benutzten die Selbstverwaltung, um als Sachwalter der Henker des Volkes die Universität zu schließen, dieses reine Heiligtum der von den Helden der Knute erlaubten „Wissenschaft“, das die Studenten besudelt hatten, weil sie den „gemeinen Mob“ zur Erörterung von Fragen hineinließen, die von der absolutistischen Bande „verboten“ waren. Die sich selbst verwaltenden Liberalen verrieten das Volk und verrieten die Freiheit, weil sie vor einem Blutbad in der Universität Angst hatten. Und sie wurden für ihre niederträchtige Feigheit gebührend bestraft. Indem sie die revolutionäre Universität schlossen, eröffneten sie die Revolution auf der Straße. Die erbärmlichen Pedanten wollten schon um die Wette mit den nichtswürdigen Subjekten, mit den Glasow jubeln, daß es ihnen gelungen sei, den Brand in einer Hochschule zu löschen. In Wirklichkeit entfachten sie aber nur den Brand in einer großen Industriestadt. Diese aufgeblasenen Wichte verboten den Arbeitern, zu den Studenten zu gehen; sie trieben damit bloß die Studenten zu den revolutionären Arbeitern. Sie beurteilten alle politischen Fragen aus der Perspektive ihres von jahrhundertealtem Bürokratengeist erfüllten Hühnerstalls und flehten die Studenten an, diesen Hühnerstall zu schonen. Der erste frische Windhauch, die Regung des freien und jungen revolutionären Elements genügte, um alle den Hühnerstall gründlich vergessen zu machen; denn der Wind schwoll an und wurde zum Sturm,



der sich gegen die Wurzel des ganzen Bürokratismus und der ganzen Schmach des russischen Volkes, gegen die zaristische Selbstherrschaft richtete. Und sogar jetzt, nachdem die erste Gefahr vorüber ist und der Sturm sich offensichtlich gelegt hat, schlottern die Lakaien der Selbstherrschaft noch vor Angst bei dem bloßen Gedanken an den Abgrund, der sich in den blutigen Moskauer Tagen vor ihnen geöffnet hat. „Vorläufig ist das noch kein Brand, aber zweifellos schon eine Brandstiftung“, murmelt Herr Menschikow in seinem Lakaienblatt „Nowoje Wremja“ (vom 30. September). „Vorläufig ist das noch keine Revolution... aber schon der Prolog einer Revolution. ‚Sie ist auf dem Wege‘, wie ich (nämlich Herr Menschikow) im April bewiesen habe, und welch furchtbaren Fortschritt hat ‚sie‘ seither gemacht!... Das Volkselement ist bis auf den Grund aufgewühlt.“

Ja, die Trepow und Romanow samt den verräterischen liberalen Bourgeois sind gehörig in die Klemme geraten. Öffnet man die Universität, so gewährt man eine Tribüne für revolutionäre Volksversammlungen und erweist der Sozialdemokratie einen unschätzbaren Dienst. Schließt man die Universität, so eröffnet man den Straßenkampf. Und so drehen und wenden sie sich zähneknirschend, unsere Ritter von der Knute: Sie öffnen die Moskauer Universität wieder, sie tun so, als wollten sie es den Studenten selbst überlassen, während der Straßendemonstrationen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie sehen durch die Finger auf die revolutionäre Selbstverwaltung der Studenten, die sich jetzt nach Parteien in Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre usw. teilen und sich im Studenten „parlament“ eine richtige politische Vertretung schaffen (wobei sie sich, dessen sind wir gewiß, nicht auf die revolutionäre Selbstverwaltung beschränken, sondern sofort und ernstlich an die Organisation und Bewaffnung von Abteilungen der revolutionären Armee gehen werden). Und zusammen mit Trepow drehen und wenden sich auch die liberalen Professoren in dem eifrigen Bemühen, heute die Studenten zu überreden, sie sollen doch bescheidener sein, und morgen die Ritter von der Knute anzuflehen, sie mögen doch milder sein. Zu sehen, wie sich die einen wie die andern drehen und wenden, bereitet uns das größte Vergnügen; denn es muß ein recht frischer revolutionärer Wind wehen, wenn die politischen Kommandeure und die politischen Überläufer solche Bocksprünge auf dem Oberdeck machen.

Doch außer berechtigtem Stolz und berechtigtem Vergnügen müssen wirkliche Revolutionäre aus den Moskauer Ereignissen noch etwas mehr

schöpfen: Klarheit darüber, welche sozialen Kräfte in der russischen Revolution wirksam sind und wie sie wirksam sind — eine präzisere Vorstellung von den Formen ihrer Wirksamkeit. Man braucht sich nur die politische Aufeinanderfolge der Moskauer Ereignisse zu vergegenwärtigen, um ein klassenmäßig außerordentlich typisches und charakteristisches Bild der ganzen Revolution zu erhalten. Hier diese Aufeinanderfolge: in die alte Ordnung wird eine kleine Bresche geschlagen; die Regierung versucht die Bresche mit dem Flickwerk kleiner Zugeständnisse, trügerischer „Reformen“ usw. zu schließen; anstatt Beruhigung zeigt sich eine neue Verschärfung und Ausdehnung des Kampfes; die liberale Bourgeoisie schwankt, sie dreht und wendet sich, um den Revolutionären die Revolution und den Polizisten die Reaktion auszureden; das revolutionäre Volk, an seiner Spitze das Proletariat, tritt auf den Plan, und der offene Kampf schafft eine neue politische Situation; auf dem eroberten höheren und weiteren Schlachtfeld wird eine neue Bresche in die befestigten Stellungen des Feindes geschlagen, und die Bewegung steigt auf demselben Wege höher und höher. Vor unseren Augen erfolgt auf der ganzen Linie ein Rückzug der Regierung, wie die „Moskowskije Wedomosti“ unlängst mit Recht bemerkten. Und eine liberale Zeitung<sup>104</sup> fügte nicht ohne Scharfsinn hinzu: ein Rückzug mit Nachhutgefechten. Der Petersburger Korrespondent der Berliner liberalen „Vossischen Zeitung“ telegraphierte am 3. (16.) Oktober über eine Unterhaltung mit dem Kanzleichef Trepows. „Von der Regierung“, sagte die Polizeiratte dem Korrespondenten, „sei ein konsequent durchgeführter Plan nicht zu erwarten, da jeder Tag Erscheinungen bringe, die nicht vorauszusehen seien. Sie müsse laviere, mit Gewalt sei die heutige Bewegung nicht zu unterdrücken; sie könne zwei Monate, auch zwei Jahre dauern.“

Jawohl, die Taktik der Regierung ist völlig klargeworden. Es ist zweifellos ein Lavieren und ein Rückzug mit Nachhutgefechten. Und das ist eine ganz richtige Taktik vom Standpunkt der Interessen der Selbstherrschaft. Es wäre ein großer Irrtum, eine verhängnisvolle Illusion, wenn die Revolutionäre vergäßen, daß die Regierung noch lange, sehr lange zurückweichen kann, ohne das Wesentliche aufzugeben. Das Beispiel der unvollendeten, halb-schlächtigen Revolution in Deutschland vom Jahre 1848 — ein Beispiel, auf das wir in der nächsten Nummer des „Proletari“ noch einmal zurückkommen und an das zu erinnern wir niemals ermüden wer-

den — zeigt, daß die Regierung, sogar wenn sie bis zur Einberufung einer konstituierenden (*in Worten*) Versammlung nachgibt, genügend Kräfte für den Sieg über die Revolution im letzten, entscheidenden Kampf behalten wird. Und deshalb müssen wir beim Studium der Moskauer Ereignisse, dieser jüngsten Schlacht in der langen Reihe der Schlachten unseres Bürgerkriegs, den Gang der Dinge nüchtern beurteilen, müssen wir uns mit größter Energie und mit größter Ausdauer auf einen langen, erbitterten Kampf vorbereiten, müssen wir uns vor jenen Verbündeten hüten, die bereits überlaufen. Zu einer Zeit, da noch rein gar nichts Entscheidendes erkämpft ist, da der Feind noch über gewaltig viel Raum für weitere, vorteilhafte und ungefährliche Rückzüge verfügt, da immer ernstere Schlachten stattfinden — zu einer solchen Zeit kann sich Vertrauensseligkeit gegenüber solchen Verbündeten, können sich Versuche, mit ihnen eine Vereinbarung zu treffen oder sie einfach unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen, nicht nur als Dummheit, sondern sogar als Verrat am Proletariat erweisen.

In der Tat, ist denn die Haltung der liberalen Professoren vor den Moskauer Ereignissen und während dieser Ereignisse ein Zufall? Ist das für die ganze Konstitutionell-Demokratische Partei eine Ausnahme oder die Regel? Äußern sich in dieser Haltung die besonderen Züge dieser Gruppe der liberalen Bourgeoisie oder kommen darin die grundlegenden Interessen dieser Klasse als Ganzes überhaupt zum Ausdruck? Unter Sozialisten kann es über diese Frage keine zwei Meinungen geben, allein nicht alle Sozialisten verstehen es, konsequent eine wahrhaft sozialistische Taktik durchzuführen.

Um den Kern der Frage klarer herauszuschälen, nehmen wir die Darlegung der liberalen Taktik durch die Liberalen selbst. In den Spalten der russischen Presse vermeiden sie es, sich direkt gegen die Sozialdemokraten und sogar direkt über die Sozialdemokraten zu äußern. Doch hier haben wir einen interessanten Artikel der Berliner „Vossischen Zeitung“, der zweifellos die Ansichten der Liberalen offener zum Ausdruck bringt:

„Die Studentenunruhen, die trotz — allerdings sehr verspätet — gewährter Autonomie an den Universitäten und Hochschulen in Petersburg wie in Moskau gleich zu Beginn des Semesters so stürmisch eingesetzt haben und in Moskau außerdem von einer ausgedehnten Arbeiterbewegung begleitet werden, deuten auf den Beginn einer neuen Phase der russischen revolutionären Bewegung hin. Der Verlauf der Studentenversammlungen sowohl wie auch

deren Resolutionen zeigen, daß die Studentenschaft der Parole der sozialdemokratischen Führer gefolgt ist, die Universitäten zu Volksversammlungsplätzen zu machen und auf solche Weise die Revolution in die breiten Bevölkerungsschichten zu tragen. Wie das verwirklicht wird, haben die Moskauer Studenten bereits gezeigt: sie riefen in das Universitätsgebäude Arbeiter und andere Leute, die mit der Universität sonst nichts zu tun haben, in solcher Masse herbei, daß die Studenten selbst in Minderheit blieben. Selbstverständlich ist dieses Verfahren unter den bestehenden Verhältnissen auf die Dauer undurchführbar. Die Regierung wird es vorziehen, die Universitäten zu schließen, als solche Versammlungen zu dulden. Das ist so klar, daß es auf den ersten Blick unbegreiflich zu sein scheint, daß die sozialdemokratischen Führer eine solche Parole ausgeben konnten. Sie wußten auch ganz genau, wohin es führen würde, sie strebten aber gerade die Schließung der Universität durch die Regierung an. Und weshalb? Einfach aus dem Grunde, weil sie der liberalen Bewegung mit allen möglichen Mitteln Hindernisse zu bereiten trachten. Sie geben zu, daß sie eine große politische Aktion aus eigener Kraft durchzuführen nicht imstande sind, deshalb dürfen auch die Liberalen und Radikalen nichts tun, weil das angeblich dem sozialistischen Proletariat nur schaden würde. Es solle sich seine Rechte selbst erobern. Die russische Sozialdemokratie möge auf diese ‚unbeugsame‘ Taktik sehr stolz sein, jedem unbefangenen Beobachter muß sie aber sehr kurzsichtig erscheinen, und sie wird die russische Sozialdemokratie auch kaum zu Siegen führen. Was sie bei der im Falle der Fortsetzung solcher Taktik unvermeidlichen Schließung der Universitäten gewinnen kann, ist unerfindlich. Der Fortbestand der Universitäten und Hochschulen ist aber von größter Wichtigkeit für alle Fortschrittsparteien. Die langwierigen Studenten- und Professorenausstände haben der russischen Kultur schon schwere Wunden geschlagen. Wiederaufnahme des akademischen Lehrbetriebs tut dringend not. Die Autonomie hat die freie Ausübung des Lehrberufs durch die Professoren ermöglicht. Deshalb sind die Professoren sämtlicher Universitäten und Hochschulen darüber einig, daß der Lehrbetrieb energisch wieder aufgenommen werden muß. Sie setzen ihren ganzen Einfluß ein, um die Studenten zu veranlassen, auf die Durchführung der sozialdemokratischen Parole zu verzichten.“

Damit ist der Kampf zwischen dem bürgerlichen Liberalismus (den konstitutionellen Demokraten) und den Sozialdemokraten hinreichend umrissen. Stört die liberale Bewegung nicht! das ist die Losung, die in dem angeführten Artikel trefflich zum Ausdruck kommt. Und worin besteht diese liberale Bewegung? — *In einer Rückwärtsbewegung*, denn die Pro-

fessoren nutzen die akademische Freiheit, und zwar ganz bewußt, nicht für die revolutionäre, sondern für die *gegenrevolutionäre* Propaganda aus; sie nutzen sie nicht aus, um den Brand zu entfachen, sondern um ihn zu löschen, nicht um das Kampffeld auszuweiten, sondern um vom entschiedenen Kampf in der Richtung einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Trepow abzulenken. Die „liberale Bewegung“ wurde bei der Verschärfung des Kampfes (wir sahen das in der Praxis) zu einem Abschnwenken von den Revolutionären zu den Reaktionären. Die Liberalen bringen uns natürlich einen gewissen Nutzen, insofern sie in die Reihen der Trepow und der anderen Diener der Romanows Unsicherheit hineinbringen; dieser Nutzen wird jedoch von dem Schaden, den sie dadurch verursachen, daß sie in unsere Reihen Schwankungen hineinbringen, nur dann nicht überwogen werden, wenn wir uns von den konstitutionellen Demokraten unwiderruflich abgrenzen und jeden inkonsequenten Schritt dieser Leute rücksichtslos anprangern. Die Liberalen, die ihre beherrschende Stellung in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung kennen, vielmehr zumeist ahnen, streben danach, auch die Revolution zu beherrschen, und bezeichnen jede Fortsetzung, Ausweitung und Verschärfung der Revolution über das gröbste Flickwerk hinaus als eine „Störung“ der liberalen Bewegung. Aus Angst um das Schicksal der von Trepow erlaubten akademischen Scheinfreiheit kämpfen sie heute gegen die revolutionäre Freiheit. Aus Angst um die gesetzliche „Versammlungsfreiheit“, welche die Regierung morgen in polizeilich verunstalteter Form gewähren wird, werden sie uns davon zurückhalten, diese Versammlungen für die wahrhaft proletarischen Ziele auszunutzen. Aus Angst um das Schicksal der Reichsduma zeigten sie schon auf der Septembertagung weise Mäßigung und zeigen sie auch jetzt, indem sie die Boykottidee bekämpfen; hindert uns nicht, in der Reichsduma unser Werk zu tun! wollen sie damit sagen.

Und zur Schande der Sozialdemokratie muß zugegeben werden, daß sich in ihrer Mitte Opportunisten fanden, die infolge doktrinär-lebensfremder Entstellung des Marxismus auf diesen Köder anbissen! Es ist eine bürgerliche Revolution, urteilen sie, deshalb... deshalb müssen wir in dem Maße zurückweichen, in dem es der Bourgeoisie gelingt, Zugeständnisse vom Zarismus zu erlangen. Wenn die Neuisristen die reale Bedeutung der Reichsduma bis heute nicht sehen, so eben deshalb, weil sie, da sie selber zurückweichen, auch die Rückwärtsbewegung der konstitutionellen

Demokraten natürlicherweise nicht sehen. Und daß die Iskristen schon seit dem Erlaß des Gesetzes über die Reichsduma zurückgewichen sind, ist eine unbestreitbare Tatsache. Vor der Reichsduma dachten sie nicht daran, die Frage eines Abkommens mit den konstitutionellen Demokraten auf die Tagesordnung zu setzen. Nach der Reichsduma stellten sie (Parvus, Tscherewanin und Martow) diese Frage, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch unmittelbar praktisch. Vor der Reichsduma stellten sie den Demokraten ziemlich strenge Bedingungen (bis zur Mitwirkung bei der Volksbewaffnung usw.). Nach der Reichsduma milderten sie sogleich die Bedingungen und beschränkten sich auf das Versprechen, die Duma der Schwarzhunderter oder der Liberalen in eine revolutionäre Duma umzuwandeln. Vor der Reichsduma gaben sie in ihrer offiziellen Resolution auf die Frage, wer die vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einberufen soll, die Antwort: entweder die provisorische revolutionäre Regierung oder eine der Vertretungskörperschaften. Nach der Reichsduma strichen sie die provisorische revolutionäre Regierung und sagen nun: entweder die „demokratischen (vom Schlage der konstitutionellen Demokraten?) Organisationen des Volkes“ (?) oder ... oder die Reichsduma. So sehen wir in der Praxis, wie sich die Iskristen von ihrem großartigen Prinzip leiten lassen: es ist eine bürgerliche Revolution, gebt also acht, Genossen, daß die Bourgeoisie nicht von ihr abschwenkt!

Die Moskauer Ereignisse, die zum erstenmal nach dem Gesetz über die Reichsduma gezeigt haben, wie die Taktik der konstitutionellen Demokraten in ersten politischen Augenblicken in *Wirklichkeit* aussieht, haben auch gezeigt, daß der von uns gekennzeichnete opportunistische Troß der Sozialdemokratie sich unvermeidlich in ein bloßes Gefolge der Bourgeoisie verwandelt. Wir sagten soeben: die Reichsduma der Schwarzhunderter oder der Liberalen. Einem Neuiskristen würden diese Worte ungeheuerlich erscheinen, denn er hält den Unterschied zwischen einer Reichsduma der Schwarzhunderter und der Liberalen für sehr wichtig. Aber gerade die Moskauer Ereignisse haben enthüllt, wie falsch diese „Parlaments“idee ist, die in der vorparlamentarischen Epoche ganz unangebracht in den Vordergrund gerückt wird. Gerade die Moskauer Ereignisse haben auch gezeigt, daß der liberale Überläufer faktisch die Rolle Trepows spielte. Die Schließung der Universität, die gestern Trepow verfügt hätte, haben heute die Herren Manuilow und Trubezkoi durchgeführt. Ist es nicht klar, daß auch

die „Duma“liberalen ebenso zwischen Trepow und Romanow einerseits und dem revolutionären Volk andererseits hin und her pendeln werden? Ist es nicht klar, daß man selbst die geringste Unterstützung der liberalen Überläufer nur politischen Einfaltspinseln zutrauen kann?

Im parlamentarischen System ist es häufig notwendig, die liberalere Partei gegen die weniger liberale zu unterstützen. Im revolutionären Kampf für eine parlamentarische Ordnung die liberalen Überläufer zu unterstützen, die Trepow mit der Revolution „vereinbaren“ wollen, ist jedoch Verrat.

Die Moskauer Ereignisse haben in der Praxis jene Gruppierung der sozialen Kräfte gezeigt, von der im „Proletari“ schon so oft geschrieben wurde. Das sozialistische Proletariat und die Vorhut der revolutionären bürgerlichen Demokratie haben *gekämpft*. Die liberale monarchistische Bourgeoisie hat *verhandelt*. Studiert doch, Genossen Arbeiter, studiert aufmerksamer die Lehren der Moskauer Ereignisse! So, gerade so und nicht anders werden sich die Dinge auch in der ganzen russischen Revolution gestalten. Wir müssen uns fester zusammenschließen zu einer wirklich sozialistischen Partei, die bewußt die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt und nicht spontan hinter den Massen einhertrottet. Wir dürfen im Kampf nur auf die revolutionäre Demokratie rechnen, nur mit ihr allein Abkommen zulassen und diese Abkommen nur auf dem Schlachtfeld gegen die Trepow und Romanow verwirklichen. Wir müssen mit allen Kräften danach streben, außer der Vorhut der revolutionären Demokratie, der Studentenschaft, auch die breiten Volksmassen zu mobilisieren, deren Bewegung nicht nur eine allgemein demokratische (heute nennt sich jeder Überläufer Demokrat), sondern eine wirklich revolutionäre Bewegung ist, nämlich die Bauernmassen. Wir müssen stets daran denken, daß die Liberalen und die konstitutionellen Demokraten zur selben Zeit, da sie in die Reihen der Anhänger der Selbstherrschaft Unsicherheit hineinbringen, mit jedem Schritt, den sie tun, unweigerlich danach streben werden, auch in unsere Reihen Schwankungen hineinzutragen. Von ernster Bedeutung, von entscheidender Bedeutung wird nur der offene revolutionäre Kampf sein, der alle liberalen Hühnerställe und alle liberalen Dumas in die Rumpelkammer werfen wird. Daher bereitet euch, ohne einen Augenblick zu verlieren, zu neuen, immer neuen Kämpfen vor! Bewaffnet euch, jeder womit er kann, stellt sofort Abteilungen von

Kämpfern auf, die bereit sind, mit hingebungsvoller Energie gegen die verfluchte Selbstherrschaft zu kämpfen! Denkt daran, daß die Ereignisse euch auf jeden Fall und unvermeidlich morgen oder übermorgen zum Aufstand herausfordern werden! Die Frage ist nur, ob ihr dann gerüstet und vereinigt auftreten oder ob ihr verwirrt und zersplittert sein werdet.

Die Moskauer Ereignisse haben noch einmal, zum hundertstenmal die Kleingläubigen widerlegt. Sie haben gezeigt, daß wir immer noch dazu neigen, die revolutionäre Aktivität der Massen zu unterschätzen. Sie werden viele von denen, die schon zu schwanken begonnen, die nach dem Friedensschluß und dem Dumageschenk den Glauben an den Aufstand verloren hatten, eines anderen belehren. Nein, der Aufstand wächst und erstarkt gerade jetzt mit unglaublicher Schnelligkeit. Möge der kommende Ausbruch, mit dem verglichen der 9. Januar und die denkwürdigen Tage von Odessa als ein Kinderspiel erscheinen werden, uns alle auf dem Posten finden!

„Proletari“ Nr. 22,  
24. (11.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*



## ПРОЛЕТАРИАТА

ОРГАНЪ КАВКАЗСКАГО СОЮЗА РОССИЙСКОЙ СОЦІАЛЪДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ РАБОЧЕЙ ПАРТІИ.

№ 2.

15 (28) ІЮЛЯ 1905 г.

№ 2.

### ДЕМОКРАТИЧЕСКІЯ ЗАДАЧИ РЕВОЛЮЦИОННАГО ПРОЛЕТАРИАТА.

Социал-демократія, какъ сознательная выразительница рабочего движения, ставитъ себѣ цѣлью полное избавленіе всѣхъ трудящихся отъ всякаго гнета и эксплуатации. Достигненіе этой цѣли, уничтоженіе частной собственности на средства производства и созданіе социалистическаго общества, требуютъ очень высокаго развитія производительныхъ силъ капитализма и громадной организованности рабочего класса. Безъ политической свободы немыслимо ни полное развитіе производительныхъ силъ въ современномъ буржуазномъ обществѣ, ни шаровая, открытая и свободная классовая борьба, ни политическое просвѣщеніе, воспитаніе и сплоченіе массъ пролетариата. Вотъ почему сознательный пролетариатъ всегда ставитъ своей задачей рѣшительную борьбу за полную политическую свободу, за демократическую революцію.

Эту задачу ставитъ себѣ не только пролетариатъ. Буржуазія тоже жужитъ политическую свободу. Образованные представители буржуазныхъ классовъ давно вымучили знамя свободы; революціонная интеллигенція, проводящая главнымъ образомъ нѣтъ этихъ классовъ, героично боролась за свободу. Но вся буржуазія въ цѣломъ не способна на рѣшительную борьбу съ самодержавіемъ; она боится потерять въ этой борьбѣ свою собственность, которая представляетъ ее къ существующему обществу; она боится слишкомъ революціоннаго выступленія рабочихъ, которые никогда не остановятся на одной демократической революціи, а будутъ стремиться къ социалистическому перевороту; она боится полного разрыва съ чужеземными, съ бюрократіей, интересы которой связаны съ интересами буржуазныхъ тысячамъ интеллигентовъ. Поэтому буржуазная борьба за свободу отличается робостью, неискончательностью, полоничностью. Одна нѣтъ задача пролетариата—толкать впередъ буржуазію, ставить передъ нею народныя задачи новаго демократическаго переворота, бороться самостоятельно и смѣло за осуществленіе этихъ задачъ, однимъ словомъ, быть авангардомъ, передовымъ отрядомъ, въ борьбѣ за свободу всего народа.

Русскимъ социал-демократамъ въ цѣляхъ выполненія этой задачи приходится вести борьбу уже не разъ съ неспособностью буржуазнаго либерализма. Напомнимъ, напримеръ, какъ начинался г. Струва свои свободныя отъ сенсаций дѣятельность въ качествѣ политическаго борца за „освобожденіе“ Россіи. Онъ началъ въ предисловіи къ „Занкитъ“ Витте, гдѣ былъ выставленъ совершенно „Шиповскій“ (говорю языкомъ нивѣйшихъ политическыхъ дѣлѣицъ) лозунгъ: „права и вѣстное земство“. Социал-демократія доказывала всю отсталость, всю нецѣльность, всю реакционность этого лозунга, требовала ирредѣленной и рѣшительной демократической программы, сама выставляла такую программу, какъ передаточную составную часть своей партійной программы. Социал-демократія должна была

боротся съ умными политикантами демократическѣхъ задачъ въ ихъ собственномъ ряду, когда такъ называемые экономисты вслѣдствіи борьбы съ колѣнами и съ ориенталистами, настаивали на необходимости начать съ народнаго права, продолжать политическую агитацию и дѣль потомъ, постепенно (теорія стадій) переходить къ политической борьбѣ.

Теперь политическая борьба страшно разрозненна, революція отшатнула всю страну, самые угрюмые либералы стали „крайними“ и можно показаться, что такіе историческія справки изъ недавняго прошлаго, какія мы сейчасъ привели, неуместны, не могутъ быть никакого употребленія въ жизнь, буржуазному настоящему. Но это можетъ показаться лишь на первый взглядъ. Конечно, такіе лозунги, какъ юридическое собраніе, всеобщее, прямое и равное избирательное право съ тайной подачей голосовъ (выставленные давно и рѣшительно социал-демократами въ нѣтъ партійной программѣ) стали общими достояніемъ, артефактомъ всегала. „Освобожденіемъ“, вопли въ программу „Союза Освобожденія“, стали лозунгами земцевъ, повторены на всѣхъ ладахъ легальной печати. Прогрессъ русскаго буржуазнаго демократизма за послѣдніе годы и мѣсяцы несомнѣненъ. Буржуазная демократія учится и собитіямъ, отбрасываетъ архаичные лозунги (въ родѣ шиповскаго: права и вѣстное земство), коммандуетъ всѣмъ за революціей, но она именно коммандуетъ за революціей; въ мѣсто старика, противорѣчій между ее словами и дѣлами, между демократизмомъ въ принципѣ и демократизмомъ въ „реальной политикѣ“ нарождаются новые противорѣчія, ибо ростъ революціи все коммандуетъ и коммандуетъ требованія этой демократіи. Буржуазная не демократія, помысли свои лозунги, всегда отстаетъ отъ собитій, всегда тащится въ хвостѣ, всегда формулируетъ эти лозунги на вѣсколько градоуменьше, чѣмъ этого требуетъ дѣятельная революціонная, дѣятельная борьба за дѣятельную свободу.

Въ самомъ дѣлѣ, возьмите этотъ ставшій уже ходячимъ, общераспространеннымъ лозунгъ: юридическое собраніе на основѣ всеобщаго и т. д. избирательнаго права. Достаточно ли онъ съ точки зрѣнія послѣдовательнаго демократизма? Достаточно ли онъ съ точки зрѣнія заслуженнаго революціоннаго выдѣла перемѣнаго момента? На оба эти вопроса вѣдь отвѣтъ явленъ, какъ отрицательный. Чтобы добиться въ жизни, чтобы только разработать окончательно такую партійную программу, которую въ социалѣнѣ, недостаточно часто вспоминаютъ, приходится и распространять такіе организаціи. (Какъ отчаянное исключеніе, заслуживающее широкаго поощренія, отбросимъ издавнаго пережитку программы нашей партіи въ артефактъ конспекта русскаго, европеизма, и московскаго). Наша программа тоже ставитъ во главу угла лозунгъ всеобщаго юридическаго собранія (словомъ: „всеобщимъ“ мы условимся обозначать для краткости всеобщее и т. д. избир. право). Но этотъ лозунгъ стоитъ у насъ въ программѣ не одинъ, а

Erste Seite der Zeitung „Borba Proletariata“ Nr. 2

mit W. I. Lenins Artikel

„Die demokratischen Aufgaben des revolutionären Proletariats“

1905

Verkleinert



---

„BORBA PROLETARIATA“<sup>105</sup>

Hinsichtlich des Artikels „Antwort an den ‚Sozialdemokrat‘“ vermerken wir die ausgezeichnete Fragestellung über das berühmte „Hineintragen des Bewußtseins von außen“. Der Verfasser gliedert diese Frage in vier selbständige Teile: 1. Die philosophische Frage nach dem Verhältnis des Bewußtseins zum Sein: das Sein bestimmt das Bewußtsein. Entsprechend dem Bestehen zweier Klassen wird auch ein zweifaches Bewußtsein herausgearbeitet: das bürgerliche und das sozialistische. Der Lage des Proletariats entspricht das sozialistische Bewußtsein. 2. „Wer arbeitet dieses sozialistische Bewußtsein (den wissenschaftlichen Sozialismus) heraus, wer hat die Möglichkeit, es herauszuarbeiten?“ „Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur erstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht“ (Kautsky), d. h., seine Herausarbeitung „ist die Sache einiger weniger sozialdemokratischer Intellektueller, die hierzu sowohl die Zeit als auch die Möglichkeiten haben“. 3. Wie dringt dieses Bewußtsein ins Proletariat ein? „Hier tritt nun die Sozialdemokratie auf (und nicht nur sozialdemokratische Intellektuelle), die das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterbewegung hineinträgt.“ 4. Was findet die Sozialdemokratie im Proletariat selbst vor, wenn sie ihm den Sozialismus propagiert? Ein instinktives *Streben* zum Sozialismus. „So entstehen naturnotwendig zugleich mit dem Proletariat sozialistische Tendenzen bei den Proletariern selbst wie bei jenen, die sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen... Das erklärt... das Aufkommen der sozialistischen Bestrebungen“

(Kautsky). Der Menschewik zieht hieraus die lachhafte Schlußfolgerung: „Daher ist es klar, daß der Sozialismus nicht von außen in das Proletariat hineingetragen wird, sondern im Gegenteil aus dem Proletariat hervorgeht und in die Köpfe derjenigen eingeht, die sich die Anschauungen des Proletariats zu eigen machen“!

„Proletari“ Nr. 22,  
24. (11.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

## DIE JUGEND IM AUSLAND UND DIE RUSSISCHE REVOLUTION

Zu dem Brief aus der Provinz<sup>106</sup>, der alle im Ausland Lebenden nach Rußland ruft („Proletari“ Nr. 19), nahm unter dem Decknamen „Revolutionär“ ein Genosse Stellung, der aus Bern an die Redaktion des „Proletari“ einen Brief sandte. Der Gen. „Revolutionär“ schreibt, er sei der Meinung, daß die Theorie für die Bewegung große Bedeutung habe, daß ein ernsthaftes Studium notwendig sei usw. Wir sind natürlich hierin völlig mit ihm einverstanden, und das war ja auch der Sinn unserer einschränkenden Bemerkung zu dem Brief aus der Provinz. Der Gen. „Revolutionär“ empfiehlt der Partei, irgendwo, beispielsweise in Genf, eine Art Universität einzurichten, damit die Jugend ernsthaft studieren könne. Derartige Pläne sind wiederholt erwogen worden, aber ihre Verwirklichung stößt auf allzu viele praktische Schwierigkeiten.

„Proletari“ Nr. 22,  
24. (11.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

BRIEF AN DAS INTERNATIONALE  
SOZIALISTISCHE BÜRO

Genf, den 27. Oktober 1905

Werter Genosse!

Sie haben uns am 28. Juni einen Vorschlag des Genossen Bebel wegen der Differenzen in unserer Partei geschickt.

Am 24. Juli schrieb ich Ihnen\*, daß ich der Entscheidung des Zentralkomitees unserer Partei nicht vorgreifen könne, da ich nur eines der Mitglieder des Komitees sei, und bat das Büro um einige Erläuterungen. Als Antwort erhielt ich einen Brief von Huysmans vom 5. August, in dem er schreibt, daß die Einmischung des Exekutivkomitees nur moralischen Einfluß haben solle. Ich habe dem Zentralkomitee unserer Partei sofort mitgeteilt, welches der genaue Sinn des von Bebel gemachten Vorschlags ist. Jetzt hat mir das Zentralkomitee geantwortet, daß es den Vorschlag annimmt und die Genossen Wassiljew, Schmidt<sup>107</sup> und Lenin zu seinen Vertretern ernannt. Genosse Schmidt befindet sich in Rußland. Deshalb müssen wir den für die Zusammenkunft bestimmten Tag rechtzeitig (mindestens drei Wochen vorher) erfahren.

Die beiden anderen Delegierten sind in der Schweiz.

Genehmigen Sie usw.

*W. Uljanow (Lenin)*

PS. Soeben erhielt ich einen zweiten Brief mit der Mitteilung, daß Genosse Schmidt bald (wahrscheinlich im November) ins Ausland kommen wird, um verschiedene Angelegenheiten unserer Partei zu regeln. Es wäre

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 132—136. *Die Red.*

daher für mich außerordentlich wichtig, baldmöglichst die Antwort der anderen Fraktion unserer Partei über den Tag der Einberufung der Konferenz zu erfahren. Für die in Rußland tätigen Mitglieder unserer Partei sind Auslandsreisen äußerst schwierig, und es ist daher erwünscht, daß der Zeitpunkt der Einberufung der Konferenz sofort festgelegt wird, d. h., daß die andere Fraktion und die Mitglieder des Internationalen Büros uns möglichst bald mitteilen, wann sie diese Konferenz einberufen wollen.

*Zuerst veröffentlicht 1929  
in der 2.—3. Ausgabe  
der Werke W. I. Lenins,  
Band VIII.*

*Nach dem Text der 2.—3. Ausgabe  
der Werke, verglichen mit dem  
Durchschlag des französischen  
Schreibmaschinentextes.*

## DER POLITISCHE GENERALSTREIK IN RUSSLAND

Genf, den 26. (13.) Oktober

Das Barometer steht auf Sturm! So kommentieren die heutigen ausländischen Zeitungen die telegrafischen Nachrichten über das machtvolle Anwachsen des *politischen Generalstreiks in Rußland*.

Und nicht nur das Barometer steht auf Sturm, sondern alles, aber auch alles ist von dem gigantischen Wirbelsturm des solidarischen proletarischen Vorstoßes bereits mitgerissen worden. Die Revolution schreitet mit unglaublicher Schnelligkeit vorwärts, sie bringt eine erstaunliche Fülle von Ereignissen mit sich, und wollten wir unseren Lesern eine ausführliche Geschichte der letzten drei, vier Tage geben, so müßten wir ein ganzes Buch schreiben. Eine ausführliche Geschichte zu schreiben, wollen wir indes den künftigen Geschlechtern überlassen. Atemberaubende Szenen eines der größten Bürgerkriege, eines der größten Freiheitskriege, den die Menschheit jemals erlebt hat, sehen wir vor uns, und man muß rasch leben, um diesem Krieg alle seine Kräfte widmen zu können.

Der Sturm ist losgebrochen — und wie nichtig erscheinen jetzt die liberalen und demokratischen Reden, Vermutungen, Weissagungen und Pläne über die Duma! Wie veraltet sind bereits — nach wenigen Tagen, nach wenigen Stunden — alle unsere Auseinandersetzungen über die Duma! Einige von uns bezweifelten, ob das revolutionäre Proletariat imstande sein werde, diese niederträchtige Komödie der Polizeiminister zunichte zu machen, einige von uns fürchteten sich, mit aller Kühnheit von einem Wahlboykott zu sprechen. Und was sehen wir? Die Wahlen haben noch nicht überall begonnen, und schon ist das Kartenhaus ins Wanken geraten,



weil ein Arm sich erhoben hat. Ja, das bloße Heben eines Arms hat nicht nur die Liberalen und die feigen Oswoboshdenzen, sondern auch Herrn Witte, das Haupt der neuen „liberalen“ zaristischen Regierung, gezwungen, von Reformen zu sprechen (allerdings vorerst nur zu *sprechen*), die alle Spitzfindigkeiten der Bulyginschen Farce über den Haufen werfen.

Dieser Arm, der sich nur zu erheben brauchte, um eine Umwälzung in der Dumafrage hervorzurufen, ist der Arm des russischen Proletariats. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, heißt es in einem deutschen sozialistischen Lied. Jetzt hat sich dieser starke Arm erhoben. Unsere Hinweise und Voraussagen über die große Bedeutung des politischen Massenstreiks für den bewaffneten Aufstand haben sich glänzend bewahrheitet. Der *politische Generalstreik in Rußland* erfaßt diesmal tatsächlich das ganze Land und vereinigt in der heroischen Erhebung der unterdrücktesten und fortgeschrittensten Klasse *alle Völker* des verfluchten Russischen „Reiches“. Die Proletarier aller Völker dieses Reiches der Knechtschaft und Gewalt formieren sich jetzt zur einigen großen Armee der Freiheit, zur Armee des Sozialismus. Moskau und Petersburg haben sich in die Ehre der revolutionären proletarischen Initiative geteilt. Die Hauptstädte sind in den Streik getreten. Finnland streikt. Die Ostseeprovinzen, an ihrer Spitze Riga, haben sich der Bewegung angeschlossen. Das heldenmütige Polen ist erneut in Reih und Glied der Streikenden getreten, als wolle es über die ohnmächtige Wut der Feinde spotten, die glaubten, es durch ihre Schläge niederwerfen zu können, aber seine revolutionären Kräfte nur noch fester geschmiedet haben. Es erheben sich die Krim (Simferopol) und der Süden. In Jekaterinoslaw errichtet man Barrikaden, und es fließt Blut. Es streikt das Wolgagebiet (Saratow, Simbirsk, Nishni-Nowgorod), sowohl in den zentralen landwirtschaftlichen Gouvernements (Woronesh) als auch im Industriezentrum (Jaroslawl) entbrennt der Streik.

Und an die Spitze dieser vielsprachigen, viele Millionen zählenden Arbeiterarmee trat die bescheidene Delegation des Eisenbahnverbandes. Auf die Bühne, wo sich die politischen Komödien der Herren Liberalen mit ihren hochtrabend-feigen Reden an den Zaren und mit ihrem affektierten Getue Witte gegenüber abspielten — auf diese Bühne stürmte der Arbeiter und präsentierte dem neuen Haupt der neuen „liberalen“ zaristischen Regierung, Herrn Witte, sein *Ultimatum*. Die Delegation der

Eisenbahnarbeiter wollte die Reichsduma, dieses rechtlose „Bürgerkollektiv“, nicht abwarten. Die Arbeiterdelegation dachte auch nicht daran, ihre kostbare Zeit an die „Kritik“ dieser Puppenkomödie zu vergeuden. Die Arbeiterdelegation bereitete zuerst die *Kritik durch die Tat* — den politischen Streik — vor und erklärte dann dem Ministerclown: Es kann nur eine Lösung geben — die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen und direkten Wahlrechts.

Der Ministerclown sprach, wie die Eisenbahnarbeiter treffend bemerkten, „wie eine echte Beamtenseele und machte wie immer Ausflüchte, ohne sich auf etwas Bestimmtes festzulegen“. Er verspricht Erlasse über Pressefreiheit und lehnt das allgemeine Wahlrecht ab; eine konstituierende Versammlung sei „jetzt unmöglich“, äußerte er nach ausländischen Telegrammen.

Und die Arbeiterdelegation verkündete den Generalstreik. Die Arbeiterdelegation begab sich vom Minister zur Universität, wo politische Versammlungen mit Zehntausenden von Teilnehmern stattfinden. Das Proletariat verstand es, die Tribüne auszunutzen, die ihm die revolutionäre Studentenschaft zur Verfügung gestellt hatte. In den ersten systematisch organisierten, freien politischen Massenversammlungen Rußlands, die in allen Städten, in den Lehranstalten, in den Fabriken, auf den Straßen stattfinden, wird über die Antwort des Ministerclowns diskutiert, wird von der Aufgabe gesprochen, einen entschlossenen bewaffneten Kampf zu führen, der die Einberufung einer konstituierenden Versammlung „möglich“ und *notwendig* machen wird. Die bürgerliche Presse des Auslands, selbst die liberalste, spricht mit Entsetzen von den „terroristischen und aufrührerischen“ Losungen, die von den Rednern in den freien Volksversammlungen verkündet werden, als hätte die Regierung des Zaren durch ihre ganze Politik der Unterdrückung nicht selbst die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Aufstands hervorgerufen.

Der Aufstand naht, er erwächst vor unseren Augen aus dem gesamt-russischen politischen Streik. Die Ernennung des Ministerclowns, der den Arbeitern versicherte, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung sei „jetzt“ unmöglich, zeigt klar den Aufschwung der revolutionären Kräfte und den Zerfall der Kräfte der zaristischen Regierung. Die Selbstherrschaft hat nicht *mehr* die Kraft, offen gegen die Revolution vorzugehen. Die Revolution hat *noch* nicht die Kraft, dem Feinde den

entscheidenden Schlag zu versetzen. Dieses Schwanken der Kräfte, die sich fast die Waage halten, erzeugt bei der Staatsmacht unvermeidlich Kopflosigkeit und bewirkt, daß sie von Repressalien zu Zugeständnissen, zu Gesetzen über Presse- und Versammlungsfreiheit übergeht.

Vorwärts denn zum neuen, noch umfassenderen und beharrlicheren Kampf, damit der Feind nicht zur Besinnung komme! Das Proletariat hat bereits Wunder vollbracht für den Sieg der Revolution. Der politische Generalstreik in Rußland hat den Feind gezwungen, sich in Todesangst zu winden, und den Sieg der Revolution gewaltig näher gerückt. Wir haben jedoch noch lange, noch lange nicht alles getan, was wir tun können und für den endgültigen Sieg tun müssen. Der Kampf nähert sich immer mehr der eigentlichen Entscheidung, aber er ist noch nicht soweit gediehen. Gerade jetzt erhebt sich die Arbeiterklasse, mobilisiert ihre Kräfte und bewaffnet sich in einem bisher ungeahnten Ausmaß. Und sie wird zu guter Letzt die verhaßte Selbstherrschaft völlig hinwegfegen, alle Ministerclowns davonjagen, ihre *eigene* provisorische revolutionäre Regierung einsetzen und allen Völkern Rußlands zeigen, wie es „möglich“ und wie es gerade „jetzt“ notwendig ist, eine wirklich vom ganzen Volk gewählte und wirklich konstituierende Versammlung einzuberufen.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE ERSTEN ERGEBNISSE DER POLITISCHEN GRUPPIERUNG

Der in der letzten Nummer veröffentlichte Bericht über die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien und Organisationen Rußlands bietet die Möglichkeit, einige wenn auch nur anfängliche Ergebnisse der gegenwärtigen politischen Gruppierung festzuhalten. Die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien und Organisationen (SDAPR — ZK, „Bund“, Lettische SDAP, Polnische SD und revolutionäre Ukrainische Partei) hat hinsichtlich der Reichsduma einstimmig die Taktik des aktiven Boykotts gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer verstärkten Agitation, im direkten Sinne des Wortes, gegen die Reichsduma, die Notwendigkeit, gegen alle Parteien zu agitieren, die für eine Beteiligung an der Reichsduma sind, und schließlich die Pflicht, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, — all dies ist jetzt, das darf man ohne Übertreibung sagen, von der ganzen revolutionären Sozialdemokratie ohne Unterschied der Nationalität anerkannt worden. Die Grundlage jener Taktik, die das ZK der SDAPR beschloß und die wir im „Proletari“ von Nr. 12 an, d. h. schon seit zweieinhalb Monaten, vertraten, ist jetzt zur Grundlage der Taktik fast der ganzen Sozialdemokratie in Rußland geworden — mit einer einzigen traurigen Ausnahme.

Diese Ausnahme bilden, wie der Leser weiß, die „Iskra“ und die „Minderheit“, die sich von der SDAPR abgespalten hat. Die „Organisationskommission“ — ihre praktische Zentralstelle — war auf der Konferenz vertreten. Wie ihr Delegierter gestimmt hat, wissen wir nicht. Tatsache ist aber, daß die Organisationskommission es ablehnte, die Resolution der Konferenz zu unterzeichnen. Das war nicht anders zu erwarten, nachdem die Neuskristen auf der Südrussischen „konstituierenden“ Konfe-

renz die äußerst unkluge und ihrer prinzipiellen Bedeutung nach opportunistische Resolution über die Reichsduma beschlossen hatten, die wir in Nr. 21 des „Proletari“\* ausführlich behandelt haben.

Somit hat sich die politische Gruppierung deutlich abgezeichnet. Die Frage des Verhaltens zur Reichsduma hat wohl zum erstenmal eine gemeinsame Diskussion der oppositionellen und der revolutionären Parteien, der legalen und der illegalen Presse über die politische Taktik hervorgerufen. Im Vergleich zur vorangegangenen Periode der Bewegung ist das ein riesiger Schritt vorwärts. Vorher trennte ein wahrer Abgrund die Opposition von den Revolutionären, die legale Arbeit von der illegalen. Jetzt ist die Bewegung in knapp zehn Monaten derart gigantisch vorwärtsgeschritten, daß der Abgrund zum wesentlichen Teil ausgefüllt ist: Die „legale“ Opposition wurde durch den revolutionären Kampf auf den Wellenkamm gehoben, so daß sie die Tatsache der Revolution beinahe anerkannte. Früher konnten wir mit den Vertretern der legalen Opposition über die Taktik, über die Haltung der politischen Parteien eigentlich gar nicht polemisieren, denn außer den revolutionären, illegalen Parteien gab es ja keine Parteien, und die gesamte „politische Tätigkeit“ erschöpfte sich in der Tätigkeit „politischer Verbrecher“, wenn man von der „Tätigkeit“ der Selbstherrschaft und ihrer Diener absieht. Jetzt ist die Reichsduma ganz natürlich und unausweichlich zum Gesprächsgegenstand der ganzen Volksmasse, aller Schattierungen, Richtungen und Parteien geworden. Der revolutionäre Kampf hat der revolutionären Diskussion sowohl in der legalen Presse und in den Versammlungen der Semstvos als auch in den Zusammenkünften der Studenten und in den Massenkundgebungen der Arbeiter den Weg gebahnt.

Die Diskussion darüber, wie man sich zur Reichsduma verhalten soll, haben fast als erste die Semstvoleute und die radikalen Intellektuellen begonnen, die an der Gabe des Zaren unmittelbar am meisten interessiert und über sie schon vor dem Manifest vom 6. August am besten informiert waren. Nachher griff diese Diskussion auf die gesamte politische Presse Rußlands über, sowohl die freie, d. h. illegale, die alle ihre Argumente und alle ihre Losungen unumwunden bis zu Ende aussprach, als auch die legale, die in äsopischer Sprache für den Boykott und offen gegen den Boykott schrieb.

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 354—372. *Die Red.*

Die politische Gruppierung, dieser Vorbote der Scheidung zwischen den politischen Parteien und den Klassen aller Völker Rußlands, begann sich gerade in der Boykottfrage herauszubilden. Soll man in die Duma gehen oder nicht? Soll man die Duma vereiteln oder billigen? Soll man in der Duma, auf dem Boden der Duma, oder außerhalb der Duma, unabhängig von der Duma, gegen die Duma kämpfen? So stand die Frage unausweichlich sowohl vor dem privilegierten Häufchen der Wähler als auch vor der „rechtlosen“ Volksmasse. Und zu dieser Frage, die natürlich von tausenderlei verschiedenen Standpunkten aus und mit tausenderlei Varianten und „besonderen Meinungen“ beantwortet wurde, liegen jetzt die *zusammenfassenden Ergebnisse* jener „Befragung“ der öffentlichen Meinung vor, die sich aus der gesamten Presse, aus der Summe der Erklärungen aller politischen Organisationen, politischen Versammlungen, Zusammenkünfte usw. ergibt.

Diese zusammenfassenden Ergebnisse sind:

Drei Grundtypen von Ansichten über die Duma zeichnen sich deutlich ab, und zwar in voller Übereinstimmung mit den drei sozialen Grund- und Hauptkräften in der Revolution: die Ansicht der *Schwarzhunderter* (der Selbstherrschaft), die der *Liberalen* (der Bourgeoisie) und die der *Revolutionäre* (des Proletariats). Die Schwarzhunderter klammerten sich an die Duma als das beste und wohl einzig mögliche, ja einzig denkbare Mittel, die Selbstherrschaft zu behaupten. Die Liberalen kritisierten die Duma und akzeptierten sie, denn es zog sie mit unwiderstehlicher Kraft zu den legalen Wegen und zur Vereinbarung mit dem Zaren. Das revolutionäre Volk, das Proletariat an seiner Spitze, brandmarkte die Duma, verkündete den aktiven Boykott gegen sie und zeigte bereits durch die Tat das Bestreben, diesen aktiven Boykott in den bewaffneten Aufstand zu verwandeln.

Auf diese drei Grundtypen lohnt es sich etwas ausführlicher einzugehen.

Von den Schwarzhundertern hätte man erwarten können (und solche Erwartungen äußerten Leute, die geneigt sind, die Duma ernst zu nehmen, unter ihnen sogar, wenn wir nicht irren, die Iskristen), daß diese Anhänger der Selbstherrschaft direkt oder indirekt mit dem Boykott oder dem Absentismus, wie unsere Lakaienpresse sich nicht selten ausdrückt, sympathisieren würden: Sollen sie boykottieren, um so besser für uns,

die reaktionäre Zusammensetzung der Duma wird dann geschlossener und reiner sein. Und da es in Rußland konservative Organe gibt, die fähig sind, die zaristischen Minister des übermäßigen Liberalismus zu bezichtigen und gegen die „allzu schwächliche“ Regierung zu frondieren, so hätte eine solche Ansicht einen ebenso klaren oder sogar noch klareren Ausdruck finden können als viele Ansichten der Konstitutionalisten. Hier aber offenbarte sich der Fehler der Leute, die die Duma ernst nahmen und vom Kampf auf dem Boden der Duma, von der Unterstützung des Kampfes in der Duma usw. usf. faselten. Hier zeigte sich sofort, daß die Selbstherrschaft eine legale Dumaopposition sehr nötig braucht und den Boykott schrecklich fürchtet. Warum? Sehr einfach: weil sich einwandfrei herausgestellt hat, daß es völlig unmöglich ist, das Land zu regieren, ohne wenigstens mit einem Teil der Bourgeoisie als Klasse einen Pakt zu schließen. Ohne einen Pakt mit dem rechten Flügel der Bourgeoisie kann man das Land nicht regieren, kann man kein Geld auftreiben, kann man nicht länger leben. So asiatisch wild unsere Selbstherrschaft auch ist, soviel vorsintflutliche Jahrhunderte hindurch in ungewöhnlich reiner Form konservierte Barbarei sie auch aufweist, so ist die absolutistische Regierung dennoch die Regierung eines kapitalistischen Landes, das durch Tausende unzerreißbarer Fäden mit Europa, mit dem internationalen Markt, mit dem internationalen Kapital verbunden ist. Die Abhängigkeit der Selbstherrschaft von der Bourgeoisie, ganz Rußlands ist die denkbar stärkste materielle Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit kann durch hunderterlei mittelalterliches Beiwerk verdeckt, durch millionenfache Korruption einzelner oder ganzer Gruppen seitens des Hofes (durch Titel, Posten, Konzessionen, Schenkungen, Vergünstigungen usw. usw. usf.) abgeschwächt werden, aber bei kritischen Wendungen im Leben der Nation muß sie sich mit entscheidender Kraft äußern.

Und wenn wir jetzt sehen, daß Herr Witte um die Gunst der Liberalen buhlt, daß er liberale Reden schwingt, über die die legale Presse berichtet, daß er „informelle Verhandlungen mit Herrn Hessen“, dem Haupt der Kadetten, führt (Telegramm des Petersburger Korrespondenten der „Times“), daß die ausländische Presse mit Meldungen über die liberalen Pläne des Zaren überschwemmt wird — so ist das alles kein Zufall. Natürlich wird dabei unheimlich viel gelogen und intrigiert, aber die zaristische Regierung wie überhaupt jede bürgerliche Regierung kann ja in

der Politik ohne Lügen und Intrigen keinen Schritt tun. Natürlich geht es dabei nicht ohne gemeinste Gaunerei ab, was damit zusammenhängt, daß Bevollmächtigte der französischen und deutschen Bankiers in Petersburg eingetroffen sind, um über die neue Anleihe von anderthalb Milliarden Rubel zu verhandeln, die die zaristische Regierung braucht wie das liebe Brot. Aber das ganze System der Abhängigkeit der Regierungen von der Bourgeoisie erzeugt ja bei allen Geschäften und Machenschaften, in denen diese Abhängigkeit verwirklicht wird, unvermeidlich derartige Gaunerei.

Die Selbstherrschaft muß sich mit der Bourgeoisie „aussöhnen“ und ist gezwungen, danach zu streben, wobei sie selbstverständlich die öffentliche Meinung Europas und Rußlands irreführen möchte. Und die Reichsduma ist ein unübertreffliches Mittel für diesen Zweck. Eine legale Opposition der Bourgeoisie in der Duma ist eben jenes Aushängeschild der von der Bourgeoisie anerkannten Staatsordnung, das der Selbstherrschaft vielleicht noch helfen könnte, sich herauszuwinden.

So betrachtet, ist es begreiflich, weshalb die „Moskowskije Wedomosti“, dieses Organ der konservativen Opposition gegen die Regierung, vom Dumaboykott nicht mit Schadenfreude und nicht mit hämischem Lächeln, sondern mit Schaum vor dem Munde, mit der Wut der Verzweiflung spricht. So betrachtet, ist es begreiflich, daß das Organ der Schwarzhunderter, das „Nowoje Wremja“, über die „Absentisten“ herfällt und versucht, sogar Bebel zum Kampf gegen die Boykottidee heranzuholen („Proletari“ Nr. 20\*). Die Schwarzhunderter fürchten den Boykott, und nur Blinde oder Leute, die daran interessiert sind, die Liberalen zu rechtfertigen, können jetzt leugnen, daß der Erfolg des Boykotts unbedingt gesichert wäre, wenn sich die Teilnehmer der Semstwo- und Städtetagen für ihn ausgesprochen hätten.

Aber die Sache ist eben die, daß die liberale Bourgeoisie durch alle ihre grundlegenden Klasseninteressen zur Monarchie, zum Zweikammersystem, zur Ordnung, zur Mäßigung, zum Kampf gegen die „Schrecken“ einer „Revolution in Permanenz“, gegen die „Schrecken“ einer Revolution nach französischem Muster getrieben wird... Die Wendung der liberalen Bourgeoisie, der Oswoboshdenzen und der konstitutionellen Demokraten von der radikalen Phrase über den Boykott zum entschlossenen Kampf gegen den Boykott ist der *erste* wichtige politische Schritt der gesamt-

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 318/319. Die Red.



russischen Bourgeoisie als Klasse, ein Schritt, der von ihrer verräterischen Natur zeugt, von ihrer „Vorbereitung zu dem Verbrechen“, das Verrat an der Revolution heißt. Und das ist nicht eine bloße Vorbereitung (die nach keinerlei Gesetz strafbar ist, wie uns sicher irgendein Witzbold unter den Oswoboshdenije-Juristen entgegenhalten würde), sondern ein Anschlag, und zwar ein schon ausgeführter Anschlag. Wir leben jetzt rasch. Schon längst sind jene (nach der gewöhnlichen Zeitrechnung, die aber auf Revolutionen nicht anwendbar ist, gar nicht fernen) Zeiten vorüber, da es unsere *Pflicht* war, das politische Bewußtsein der Bourgeoisie überhaupt erst zu wecken. Sogar jene Zeiten sind schon vorüber, da es unsere *Pflicht* war, der Bourgeoisie zu helfen, sich als politische Opposition zu organisieren. Jetzt ist sie erwacht, hat sich organisiert, und auf der Tagesordnung steht eine ganz andere große Aufgabe, die nur dank den Siebenmeilenschritten der Revolution möglich und real geworden ist — die Aufgabe, sich mit dem Zaren zu verständigen (die Aufgabe des Kapitals), und die Aufgabe, das verräterische Kapital zu neutralisieren (die Aufgabe der Arbeit).

Und das revolutionäre Proletariat, das an der Spitze des revolutionären Volkes marschiert, hat diese Aufgabe auf sich genommen, getreu seiner Pflicht, seine „Gefährten“ im Kampf gegen die mittelalterlichen und leib-eigenschaftlichen Zustände zu wecken, aufzurütteln und anzutreiben und sich dabei von den weniger revolutionären Gefährten abzuwenden und den mehr revolutionären zuzuwenden. Das von der Sozialdemokratie geführte revolutionäre Proletariat hat nicht die Duma, sondern jene Worte, Versprechungen und Losungen vom Dumaboykott „ernst genommen“, die den radikalen Schönrednern der Bourgeoisie aus Leichtfertigkeit, jugendlicher Unerfahrenheit und Übereifer entschlüpft waren. Aus der Boykottphrase machte das Proletariat eine Realität, und zwar dadurch, daß es direkt und offen das Banner des bewaffneten Aufstands entrollte; dadurch, daß es nicht nur die breiteste Agitation entfaltete, sondern auch den unmittelbaren Straßenkampf (in Moskau) eröffnete; dadurch, daß es sich mit der radikalen Jugend verbrüdete, dieser Avantgarde der breiten, klassenmäßig noch nicht völlig bestimmten, aber unsäglich unterdrückten und ausgebeuteten Volksmasse, besonders der Bauernmasse. Das sozialistische Proletariat hat sich ohne jedes Abkommen und ohne jeden Vertrag in einer praktischen Kampfaufgabe mit den erwachten Schichten der

revolutionären bürgerlichen Demokratie vereinigt. In den großen Moskauer Tagen (groß als Vorzeichen und nicht als einzelnes Ereignis) haben das Proletariat und die revolutionäre Demokratie gekämpft, während die Liberalen, die Oswoboshdenzen und die konstitutionellen Demokraten mit der Selbstherrschaft verhandelten.

Die politische Gruppierung hat sich abgezeichnet: für die Duma, um die Selbstherrschaft zu erhalten; für die Duma, um die Selbstherrschaft einzuschränken; gegen die Duma, um die Selbstherrschaft zu vernichten. Mit anderen Worten: für die Duma, um die Revolution niederzuschlagen; für die Duma, um die Revolution zum Stillstand zu bringen; gegen die Duma, um die Revolution zum siegreichen Ende zu führen.

Eine Ausnahme, eine traurige und peinliche Ausnahme, die das einheitliche Bild der klaren Klassengruppierung störte (und bestätigte, wie jede Ausnahme die allgemeine Regel bestätigt), bildete der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie in Gestalt der neuen „Iskra“. Aber auch in dieser Ausnahme zeigte sich im engen Bereich der illegalen Auslandsorganisationen eine von uns schon vorausgesagte sehr wichtige und sehr aufschlußreiche Gesetzmäßigkeit. Die Konferenz, die wir oben erwähnten, vereinigte die revolutionäre Sozialdemokratie. Die „Iskra“ blieb, nicht kraft eines Abkommens, sondern kraft des Ganges der Ereignisse mit dem „Oswoboshdenije“ vereinigt. In der illegalen Presse traten für den aktiven Boykott die revolutionären Sozialdemokraten und die äußerste Linke der revolutionären bürgerlichen Demokratie ein. Gegen den Boykott traten die opportunistischen Sozialdemokraten und die äußerste Rechte der bürgerlichen Demokratie auf.

So bestätigte sich, was in der Analyse der wichtigsten taktischen Resolutionen der Neuskristen („Zwei Taktiken“ von Lenin)\* gezeigt worden war, nämlich daß die „Iskra“ auf das Niveau der liberalen Gutsbesitzer hinabsinkt, der „Proletari“ aber die Bauernmassen auf sein Niveau emporhebt; daß die „Iskra“ auf das Niveau der liberalen Bourgeoisie hinabsinkt, der „Proletari“ aber das revolutionäre Kleinbürgertum emporhebt.

Wer mit der sozialdemokratischen Literatur vertraut ist, kennt den von der „Iskra“ vor längerer Zeit in Umlauf gesetzten Satz: Die Bolschewiki und der „Proletari“ haben eine Schwenkung in der Richtung der Sozialrevolutionäre, in der Richtung der extremen bürgerlichen Demokratie

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 34. Die Red.

gemacht. Dieser Satz enthält, wie jeder Gemeinplatz, ein Körnchen Wahrheit. Er widerspiegelt nicht bloß den Ärger der Iskristen, er widerspiegelt eine wirkliche Erscheinung, aber er widerspiegelt sie so, wie ein Hohlspiegel einen Gegenstand zurückwirft. Diese wirkliche Erscheinung ist die *Tatsache*, daß die Menschewiki den opportunistischen und die Bolschewiki den revolutionären Flügel der russischen Sozialdemokratie bilden. Da nun die Iskristen zum Opportunismus abgeschwenkt sind, mußten sie unvermeidlich zu der *Schlußfolgerung* kommen, daß die Bolschewiki (um in der Sprache der politischen Gruppierungen des 18. Jahrhunderts zu sprechen) „Jakobiner“ sind. Diese Beschuldigungen *bestätigen* nur unsere Ansicht vom rechten und linken Flügel der heutigen Sozialdemokratie. Diese Beschuldigungen seitens der Opportunisten sind für uns *ebenso schmeichelhaft*, wie es für uns 1900 schmeichelhaft war, von der „Rabotschaja Mysl“ des „Narodowolzentums“ beschuldigt zu werden. Die wirkliche politische Gruppierung aller politischen Richtungen ganz Rußlands in der wichtigsten taktischen Frage hat jetzt in der Praxis die Richtigkeit unserer Einschätzung der ganzen iskristischen Position seit dem II. Parteitag der SDAPR bewiesen.

Die Gruppierung der illegalen Parteien, die mit der Konferenz aller Sozialdemokraten zum Abschluß gekommen ist, ergänzt somit ganz natürlich die Gruppierung aller Parteien in der Dumafrage. Und haben sich die Iskristen als eine peinliche Ausnahme erwiesen, so gibt uns die Tatsache, daß sie eben eine Ausnahme sind, neuen Glauben an die Kraft der Regel, an den Sieg der revolutionären Sozialdemokratie, an die Verwirklichung ihrer konsequenten Losungen durch die russische Revolution. Scheint es in Augenblicken der Verzagtheit, als wäre die Niedertracht der Liberalen und die Verflachung des Marxismus durch manche Marxisten ein schlimmes Vorzeichen, daß auch die Revolution bei uns trivial, halbschlächtig und unvollendet sein wird, wie es die deutsche Revolution von 1848 war, so schöpft man dafür aus der Lebenskraft der Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie ermutigenden Glauben, und das heldenhafte Auftreten der Arbeiterklasse bestärkt diesen Glauben. Die Revolution bringt eine reinliche Scheidung der politischen Richtungen und führt die falschen Meinungen vortrefflich ad absurdum. Die Revolution in Rußland verläuft so, daß sie bis jetzt jene Hoffnungen auf ihren vollen Sieg rechtfertigt, die durch die äußere und innere Lage, wie sie sich gegenwärtig gestaltet

hat, geweckt worden sind. Und angesichts der Verwirrung der Selbstherrschaft, der Kopflosigkeit der Liberalen, angesichts der frischen revolutionären Energie des Proletariats, das die Bauernschaft mit sich zieht, möchte man glauben, daß „unser Zug ganz anders fährt, als der deutsche fuhr“<sup>108</sup>.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## HYSTERIE DER UNTERLEGENEN

Unser Artikel „Die ersten Ergebnisse der politischen Gruppierung“ war schon geschrieben, als wir Nr. 112 der „Iskra“ mit einem reichlich nervösen, von Wutausbrüchen, Tränen, Geschrei und Ausflüchten strotzenden Artikel „Die Früchte des Zirkelwesens“ erhielten. Anders als Hysterie läßt sich das nicht nennen. In diesem hysterischen Gezeter ist es ganz unmöglich, auch nur die Spur eines *Arguments* zu finden. Was hat das mit Zirkelwesen zu tun, teure Genossen von der „Iskra“, wo *ibr selbst aus freien Stücken* zu der Konferenz der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien und Organisationen Rußlands *gegangen* seid? Denkt doch ein klein wenig nach, wenn ihr die Denkfähigkeit noch nicht ganz verloren habt; denkt wenigstens dann nach, wenn euer hysterischer Anfall vorübergegangen sein wird! Denn wenn ihr zugestimmt habt, zur Konferenz zu gehen, wenn euer Delegierter dort war, so habt ihr doch selber diese Konferenz als eine ernste, das Proletariat verpflichtende Parteisache angesehen. Ihr verliert doch nur den letzten Rest von Achtung bei allen einigermaßen denkenden Arbeitern, wenn ihr zu schimpfen anfangt, *nachdem* ihr auf einer Konferenz, die ihr durch die Tatsache eurer freiwilligen Teilnahme als eine ernste und notwendige Sache anerkannt habt, unterlegen seid!

Ihr seid damit unzufrieden, daß die Konferenz, nach eurer Meinung, eure Taktik zu scharf verurteilt hat, indem sie die Teilnahme an der Duma als einen Verrat an der Sache der Freiheit bezeichnete? Aber habt ihr denn nicht gewußt, liebe Genossen von der „Iskra“, daß ihr zu einer Konferenz mit dem ZK der SDAPR geht und daß das Organ dieses ZK, der „Prole-

tari", schon seit langem in Broschüren und in Artikeln eure Verwandlung in ein Anhängsel der monarchistischen liberalen Partei nachgewiesen hat? Ihr wußtet das sehr wohl, werthe Genossen von der „Iskra“, und wenn ihr euch jetzt bis zur Besinnungslosigkeit ärgert, so können wir euch wirklich nicht helfen. Denn es ist eine Tatsache, eine nicht wegzuleugnende und unbestreitbare Tatsache, daß ihr unter allen illegalen Parteien, Organisationen, Richtungen und Organen sämtlicher Völker Rußlands allein in der Gesellschaft des „Oswoboshdenije“ geblieben seid. Diese *Tatsache* ist die schärfste Anklage gegen euch, eine in ihrer Schärfe in der Geschichte ungewöhnliche Anklage, ihr aber bildet euch ein, die Quelle der Schärfe sei in den *Worten* „Verrat an der Sache der Freiheit“ zu suchen!

Ihr habt so sehr den Kopf verloren, daß ihr nach eurer Niederlage auf der Konferenz ein wildes Geheul über die Schädlichkeit des vom „Bund“ und anderen nationalen sozialdemokratischen Gruppen gehätschelten Föderalismus in der Organisation anstimmt. Wie unvernünftig ist das eurerseits, werthe Genossen von der „Iskra“. Damit *unterstreicht* ihr doch nur die Größe eurer Niederlage. In der Tat, überlegt einmal, werthe Genossen von der „Iskra“: Wer hat die organisatorische Verschommenheit und Unklarheit, die Prinzipien der Vereinbarung und Dezentralisation zwei Jahre lang verteidigt und verteidigt sie bis heute? Gerade ihr, gerade die Neuiskristen. Und gerade die Föderalisten des „Bund“, der Lettischen und der Polnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben seinerzeit alle eure desorganisatorischen Schlagworte gegen den angeblich auf die Spitze getriebenen Zentralismus usw. usf. in der Presse aufgegriffen. Es ist doch wiederum eine Tatsache, eine nicht wegzuleugnende und unbestreitbare Tatsache, daß *alle* Föderalisten der genannten Parteien Artikel im Geiste der Minderheit geschrieben und veröffentlicht haben! Begreift doch, werthe Genossen von der „Iskra“, wie unangebracht eure Erwähnung des Föderalismus ist: Ihr habt damit unterstrichen, daß eure gestrigen wohlwollenden Freunde, die Sozialdemokraten vom „Bund“, von der Lettischen und der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, gezwungen waren, euch zu verlassen, weil sie die Abgeschmacktheit eurer Dumataktik einfach nicht mehr ertragen konnten! Nein, werthe Genossen von der „Iskra“, wenn ihr, nachdem ihr euch beruhigt habt, ein klein wenig nachdenkt, so werdet ihr auch selber sehen, was alle sehen: Nicht die „Mehrheit“ ist zum Föderalismus, sondern der „Bund“, die lettischen und die polnischen Sozialdemokraten

sind unter dem Einfluß der objektiven Logik der revolutionären Ereignisse zu dem Standpunkt gekommen, den die „Mehrheit“ stets verteidigt hat.

Eure Niederlage ist schwer, werte Genossen von der „Iskra“, das steht fest. Aber ihre Ursache liegt nicht in der Arglist der Mehrheit oder der Sozialdemokraten Polens usw., sondern in jener hoffnungslosen Konfusion, die sich schon in den taktischen Resolutionen der gesamtrussischen Konferenz der Menschewiki gezeigt hat. Solange ihr auf dem Boden dieser Resolution stehenbleibt, werdet ihr unausweichlich „selbänder“ mit dem „Oswobosbdenije“ gegen alle Sozialdemokraten und sogar gegen alle revolutionären Demokraten stehen.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## EIN ULTIMATUM DES REVOLUTIONÄREN RIGA

Die deutschen Zeitungen, die den Ereignissen in den Ostseeprovinzen große Aufmerksamkeit zu widmen pflegen, berichten über folgenden lehrreichen Fall. Am Rigaer Polytechnikum geht es ebenso zu wie an anderen Hochschulen: die Studentenversammlungen verwandeln sich in politische Kundgebungen. Die Studenten organisieren sich zu einer Streitmacht der Revolution. Die liberalen Größen rümpfen die Nase und brummeln etwas in den Bart über die Schwäche der Regierung. Aber in Livland wurde die Lage für die Herren Gutsbesitzer so schlimm, daß sie entschlossen an die Organisation einer bewaffneten Schutzgarde für ihre Güter gingen, ohne sich auf die Regierung zu verlassen, die weder mit den Bauern noch mit den Arbeitern, noch auch mit den Studenten fertig werden kann. Die baltischen Barone organisieren den Bürgerkrieg allen Ernstes: Sie dingen kurzerhand ganze Abteilungen, rüsten sie mit guten Repetiergewehren aus und verteilen sie auf ihre weitläufigen Güter. Und nun stellt sich heraus, daß ein Teil der deutschen Korpsstudenten in den Ostseeprovinzen diesen Abteilungen beigetreten ist! Die lettische und die russische Studentenschaft erklärte selbstverständlich nicht nur den Boykott gegen diese Schwarzhunderter in der Studentenuniform, sondern setzte auch eine besondere Kommission zur Untersuchung der Teilnahme von Studenten an den von den Gutsbesitzern organisierten Schwarzhundertschaften ein. Zwei Mitglieder dieser Kommission wurden in die Dörfer geschickt, um bei den Bauern Erhebungen anzustellen. Die Regierung ließ die beiden Delegierten verhaften und in das Rigaer Gefängnis bringen.

Da erhoben sich die lettischen und russischen Studenten. Es kam eine riesige Versammlung zustande. Eine energische Resolution wurde ange-



nommen. Von dem herbeigerufenen Rektor des Polytechnikums forderte man sofortige Maßnahmen zur Befreiung der Verhafteten. Die Resolution schloß mit einem eindeutigen Ultimatum: Wenn die Verhafteten in drei Tagen zu bestimmter Stunde nicht freigelassen werden, dann werden die Studenten mit Hilfe der Rigaer Arbeiter ihre Freilassung unter Anwendung aller Mittel durchsetzen.

Der Gouverneur befand sich zu jener Zeit nicht in Riga, er war nach Petersburg gereist, um sich die Vollmachten eines Generalgouverneurs zu verschaffen. Der Stellvertreter des Gouverneurs bekam es mit der Angst zu tun und half sich diplomatisch „aus der Patsche“. Er ließ (so berichtet die „Vossische Zeitung“ vom 20. Oktober) den Rektor und die beiden Verhafteten zu sich kommen und fragte diese, ob sie sich der Ungesetzlichkeit ihrer Handlungen bewußt seien. Die Studenten antworteten natürlich, sie sähen in ihren Handlungen nichts Ungesetzliches. Darauf empfahl ihnen — das soll eine Rigaer Zeitung berichtet haben — der Stellvertreter des Gouverneurs dringend, sich derartiger gesetzwidriger Handlungen zu enthalten, und — setzte die beiden in Freiheit.

„In den Augen der Studentenschaft“, fügt der den baltischen Baronen zugetane Korrespondent betrübt hinzu, „und der hinter ihnen stehenden Masse hat die Regierung sich dem Ultimatum gebeugt. Auch der Unparteiische hat diesen Eindruck.“

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE PLÄNE DES MINISTERCLOWNS

Um die Politik von heute besser zu verstehen, empfiehlt es sich zuweilen, auch einen Blick auf die von gestern zu werfen. Folgendes telegraphierte der meist gut informierte Korrespondent der Londoner „Times“ am 10. (23.) Oktober aus Petersburg:

„Ich habe aus sicherer Quelle erfahren, daß die Regierung beschlossen hat, die vier von den Reformern geforderten Freiheiten zu gewähren, diese Freiheiten jedoch mit Einschränkungen zu versehen. Man hofft, daß dieses Zugeständnis die Gemäßigten veranlassen wird, sich der Regierung anzuschließen. Graf Witte hatte gestern eine lange Besprechung darüber mit dem Zaren. Herr Goremykin arbeitet einen Gesetzentwurf über die Zuteilung von Staatsländereien an die Bauern aus. Dieser Entwurf wird der Duma nach ihrem Zusammentritt vorgelegt werden. Auf diese Weise hofft man die Bauernstimmen zu gewinnen.

Das ist in Kürze der Plan der Regierungskampagne. Er schließt offenbar die freiwillige Gewährung einer Verfassung vor dem Zusammentritt der Duma aus, obwohl die konstitutionellen Demokraten noch einige Hoffnung darauf hegen. Eine der Hauptfragen, die auf ihrer am Mittwoch stattfindenden Konferenz erörtert werden soll, ist die Frage, wie sich die Partei verhält, wenn bei der Eröffnung der Duma oder noch vorher eine Verfassung gewährt wird: Soll sich die Partei in diesem Falle zur Arbeit in der Duma bereit erklären, oder soll sie auf der Einberufung einer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten konstituierenden Versammlung bestehen?

Die Anhänger der Selbstherrschaft hoffen, daß die von der Regierung beabsichtigten Zugeständnisse die konstitutionelle Bewegung endlich zum Stillstand bringen werden, ohne daß man das Wahlrecht erweitert oder der Duma gesetzgeberische Rechte gewährt; aber alle Anzeichen sprechen dagegen.“

Ja, der „Plan der Regierungskampagne“ ist klar. Klar ist auch für alle nicht Verblendeten die „Kampagne“ der Herren konstitutionellen Demokraten, die mit der Regierung *feilschen*. Nur eines ist schlimm: die Arbeiterklasse rührt sich, und sie rührt sich dermaßen, daß alle spitzfindigen Pläne sowohl der Herren Witte als auch der Herren konstitutionellen Demokraten daran zerschellen.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

## DIE ZUSPITZUNG DER LAGE IN RUSSLAND

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das liberale Berliner Blatt „Vossische Zeitung“ folgenden bemerkenswerten Bericht:

„Mit unaufhaltsamer Gewalt schreiten die Ereignisse im Zarenreich fort. Jedem unbefangenen Beobachter muß es klar sein, daß weder die Regierung noch irgendeine oppositionelle oder revolutionäre Partei die Zügel in der Hand hat. Vergeblich hat der so jäh vom Tode hinweggeraffte Fürst Trubezkoi, vergeblich haben die Lehrer der russischen Hochschulen versucht, die russische Studentenschaft von dem gefährlichen Wege abzulenken, auf den sie der Beschluß geführt hat, die Universitäten in Plätze für politische Volksversammlungen zu verwandeln. Die Studenten feiern enthusiastisch das Andenken des Fürsten Trubezkoi, geben ihm in Massen das Geleit und gestalten die Trauerfeierlichkeiten zu einer großen politischen Kundgebung, seinen Rat aber, die fremden Elemente von der Universität fernzuhalten, befolgen sie nicht. In der Petersburger Universität, in der Bergakademie, im Polytechnikum finden bereits riesige Volksversammlungen statt, in denen die Studenten oft nur die Minderheit bilden und die vom frühen Morgen bis zum späten Abend dauern. Es werden dabei zündende, leidenschaftliche Reden gehalten und revolutionäre Lieder gesungen. Außerdem wird ab und zu tüchtig auf die Liberalen geschimpft, wegen ihrer ‚Halbheit‘ nämlich, die dem russischen Liberalismus, nicht etwa zufällig, anhaftet, sondern durch eherne historische Gesetze bedingt sein soll.

Es liegt eine tiefe Tragik in diesen Vorwürfen, die trotz ihrer historischen Begründung schon deshalb völlig unhistorisch sind, weil die Liberalen in Rußland ja überhaupt noch nicht Gelegenheit haben, irgendwelche Halbheiten zu offenbaren, die das für alle Parteien so wichtige Befreiungswerk irgendwie gefährden könnten. Nicht ihre Taten, sondern nur ihre Leiden hemmen ihren

Lebensgang. Die Regierung ist allen diesen Vorgängen gegenüber ebenso *ratlos* (hervorgehoben im Original), wie sie es den Arbeiterunruhen und der allgemeinen Gärung gegenüber ist. Es ist wohl möglich, daß sie wieder einen starken Aderlaß plant und nur auf den Moment wartet, wenn die Bewegung zu Kosakenattacken reif geworden ist. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so weiß doch keiner der Gewalthaber, ob das nicht zu einem noch stürmischeren Aufbrausen der Unzufriedenheit führen wird. Nicht einmal General Trepow selbst ist seiner Sache sicher. Seinen Freunden gegenüber verhehlt er es nicht, daß er sich als dem Tode geweiht betrachtet und daß er keinerlei positives Ergebnis seines Waltens erwartet. ‚Ich tue nur‘, sagt er, ‚was ich für meine Pflicht halte, und ich werde diese Pflicht bis zu Ende erfüllen.‘

Es muß sehr traurig um den Zarenthron bestellt sein, wenn der Leiter des Polizeiressorts zu derartigen Schlüssen gelangt ist. In der Tat kann man nicht umhin, anzuerkennen, daß trotz aller Bemühungen Trepows, trotz aller fieberhaften Tätigkeit der zahllosen Kommissionen und Konferenzen die Spannung seit dem vorigen Jahre nicht nur nicht abgenommen, sondern sich vielmehr verstärkt hat. Wohin man auch blickt, überall ist die Lage schlimmer und gefährlicher geworden, überall haben sich die Zustände merklich zugespitzt.“

Diese Einschätzung der Lage enthält viel Wahres, aber auch viel liberale Schwachköpfigkeit. „Die Liberalen hatten noch keine Gelegenheit, Halbheiten zu offenbaren, die das Befreiungswerk gefährden könnten.“ So, wirklich? Warum konnten sich aber diese armen Liberalen dennoch offener und freier äußern als andere Parteien? Nein! Die Studenten sind, wenn sie sich von den konstitutionellen Demokraten eifrig abgrenzen und diese konstitutionellen Demokraten in den Augen des Volkes diskreditieren, von einem gesunden revolutionären Instinkt geleitet, der durch ihren Umgang mit dem Proletariat geschärft ist. Der morgige Tag bringt uns große, welthistorische Freiheitskämpfe. Es ist möglich, daß die Kämpfer für die Freiheit noch mehr als eine Niederlage erleiden werden. Aber diese Niederlagen werden die Arbeiter und Bauern nur noch tiefer aufrütteln, die Krise nur noch mehr zuspitzen, den unausbleiblichen Endsieg der Freiheitssache nur noch gewaltiger machen. Und wir werden alle Kräfte aufbieten, damit sich die bürgerlichen Blutegel des monarchistischen, gutherrlichen Liberalismus nicht an diesem Siege festsaugen, damit dieser Sieg nicht vor allem von den Herren Großbourgeois ausgenutzt wird, wie es schon so oft in Europa der Fall war. Wir werden alle Kräfte aufbieten, damit dieser Sieg der Arbeiter und Bauern zu Ende geführt wird, bis zur

restlosen Vernichtung all der verhaßten Einrichtungen der Selbstherrschaft, der Monarchie, der Bürokratie, des Militarismus und der Leibeigenschaft. Nur ein solcher Sieg wird dem Proletariat wirkliche Waffen in die Hand geben — und dann werden wir Europa in Brand setzen, um aus der russischen demokratischen Revolution einen Prolog der europäischen sozialistischen Umwälzung zu machen.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

BEMERKUNGEN ZUM ARTIKEL  
„DIE BRITISCHE ARBEITERBEWEGUNG  
UND DER KONGRESS DER TRADE-UNIONS“<sup>109</sup>

## 1

Es handelte sich um folgendes. Die Eisenbahnverwaltung von Taff-Vale\* verklagte den Eisenbahnerverband wegen der Verluste, die der Eisenbahngesellschaft durch den Streik entstanden waren. Ungeachtet des erbitterten Widerstands der Arbeiter erkannten die bürgerlichen Richter den Kapitalisten eine Entschädigung zu! Die Arbeiterverbände dazu verurteilen, den Herren Kapitalisten die durch einen Streik entstandenen Verluste zu ersetzen, bedeutet faktisch, die Streikfreiheit abzuschaffen. Die vor der Bourgeoisie katzbuckelnden Richter können also sogar die verfassungsmäßigen Freiheiten zunichte machen, wenn es sich um den Kampf zwischen Arbeit und Kapital handelt.

## 2

Es sieht so aus, als ob die englische Arbeiterbewegung leider noch recht lange das traurige Beispiel dafür sein wird, wie die Trennung der Arbeiterbewegung vom Sozialismus unweigerlich zu Verflachung und Verbürgerung führt.

„Proletari“ Nr. 23,  
31. (18.) Oktober 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

---

\* Taff-Tal. Die Red.

GLEICHGEWICHT DER KRÄFTE<sup>110</sup>

1. Das bisherige (30. (17.) Oktober, Montag) Ergebnis ist: Gleichgewicht der Kräfte, wie wir schon in Nr. 23 des „Proletari“ gezeigt haben.

2. Der Zarismus hat *nicht mehr* die Kraft, die Revolution *noch nicht* die Kraft zu siegen.

3. Daher die kolossalen Schwankungen. Ungeheures, gigantisches Anwachsen revolutionärer Erscheinungen (Streiks, Meetings, Barrikaden, Komitees der öffentlichen Sicherheit, völlige Lähmung der Regierung etc.) — anderseits das Ausbleiben entschlossener Repressalien. *Die Truppen schwanken.*

4. Der Hof schwankt („Times“ und „Daily Telegraph“<sup>111</sup>): Diktatur oder Verfassung.

Der Hof schwankt und *wartet ab*. Das ist seitens dieser Kreise im Grunde eine richtige Taktik: das Gleichgewicht der Kräfte zwingt sie, abzuwarten, *denn die Macht ist in ihren Händen.*

Die Revolution hat einen Punkt erreicht, wo es *für die Konterrevolution unvorteilhaft ist, vorzugehen und anzugreifen.*

Für uns, für das Proletariat, für die konsequenten revolutionären Demokraten, *genügt das noch nicht*. Wenn wir nicht noch eine Stufe höher steigen, wenn wir die Aufgabe des selbständigen Angriffs nicht bewältigen, wenn wir die Kräfte des Zarismus nicht brechen, seine faktische Macht nicht zerstören, dann wird die Revolution halbschlüchtig sein, dann *wird die Bourgeoisie die Arbeiter nasführen.*

5. Gerüchte, die *Verfassung* sei schon beschlossen. Wenn ja, dann beherzigt der Zar also die Lehren des Jahres 1848 und anderer Revolutionen: *ohne* die konstituierende Versammlung, *vor* der konstituierenden



---

Versammlung, unter Umgehung der konstituierenden Versammlung eine Verfassung zu gewähren. Was für eine? Im besten Falle (für den Zaren): eine kadettische.

Der Sinn der Sache: Verwirklichung des Ideals der konstitutionellen Demokraten, Überspringen der Revolution. Ein Betrug am Volk, denn vollständige und reale Wahlfreiheit *wird es trotzdem nicht geben*.

Sollte nicht die Revolution diese *huldvoll gewährte* Verfassung überspringen?

*Geschrieben am 17. (30.) Oktober 1905.*

*Nach dem Manuskript.*

*Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

## EIN SOZIALDEMOKRATISCHES LIEBCHEN

Vom „Oswoboshdenije“ begrüßt, fährt Genosse Starower in der neuen „Iskra“ fort, die Sünden zu bereuen, die er (aus Unverstand) durch seine Mitarbeit an der alten „Iskra“ begangen hat. Gen. Starower gleicht sehr der Heldin in Tschechows Erzählung „Das Liebchen“. Das Liebchen lebte zuerst mit einem Entrepreneur, da sagte sie: Ich und Wanitschka bringen ernste Theaterstücke. Dann lebte sie mit einem Holzhändler, da sagte sie: Ich und Wassitschka sind empört über die hohen Holztarife. Schließlich lebte sie mit einem Tierarzt, da sagte sie: Ich und Kolitschka kurieren Pferde. So auch Gen. Starower. „Ich und Lenin“ haben Martynow ausgeschimpft. „Ich und Martynow“ schimpfen Lenin aus. Teures sozialdemokratisches Liebchen! In wessen Umarmung wirst du dich morgen befinden?

*Geschrieben im Oktober 1905.  
Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.*

*Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE BROSCHURE  
 „VOLKSDUMA UND ARBEITERKONGRESS“  
 VON P. B. AXELROD

Plan einer Broschüre<sup>112</sup>

Über die Broschüre „Volksduma und Arbeiterkongreß“ von P. B. Axelrod ist zu bemerken:

Das ist die Quintessenz *aller* iskristischen Dummheiten: sowohl eines parallelen Parlaments als auch einer Verständigung mit den konstitutionellen Demokraten.

Im großen und ganzen echte *Parlamentsspielerei* in allem: sowohl in der Volksduma – und in der Verständigung mit den Kadetten – wie auch in der parlamentsmäßigen Behandlung des „Arbeiterkongresses“, mit Beispielen „aus Lassalle“ (der gewirkt hat, *als es eine Verfassung gab*, mehr als zehn Jahre *nach* ihrer Erkämpfung durch die Revolution).

Ein Haufen Kuriositäten: „die erste und wichtigste Grundlage“ (S. 13) „ernsthafte Verhandlungen und Abkommen zwischen unserer Partei und den liberalen Organisationen“ ... sind *Aktionen*. Und was für welche?

- |  |   |
|--|---|
| { Gen. P. B. Axelrod kommt um drei Jahre zu spät! Das soll ein Abkommen mit einer <i>politischen</i> Partei sein? Das sind Dienstleistungen, vor allem technische, die vor 3 Jahren ausreichend waren. | (1) materielle Mittel...  |
|  | (2) Unterkünfte...  |
|  | (3) <i>Waffen</i> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">„Beschaffung“</span>                   |
|  | (4) Einflußnahme auf öffentliche Institutionen,   |
|  | (5) Ausnutzung bürokratischer und militärischer Verbindungen im Interesse des offenen politischen Auftretens. |

„Schulbankpädagogik“: wenn es nicht gelingt, die *Volksduma* und

den Arbeiterkongreß einzuberufen (S. 12), so „wird die agitatorische und organisatorische Arbeit nicht umsonst gewesen sein“.

Mit dem Aufstand vergleichen — kann dabei die organisatorische Arbeit „umsonst gewesen sein“? Nein. Die agitatorische Arbeit? Nein, denn der Aufstand ist da, er ist eine Realität. Die *Volksduma* dagegen ist eine Komödie, ein Phantom, eine Phrase.

*Ammenhafter Ton gegenüber den Arbeitern.*

S. 7: „einer konstituierenden Volksversammlung, d. h. einer wirklichen ‚Volksduma‘“

{ durchaus nicht „d. h.“ und durchaus nicht einer „wirklichen“ }

(S. 7) „Pflichten“ der Volksduma

- I° 1) „die Forderung an die Reichsduma stellen, eine konstituierende Versammlung einzuberufen  
 2) — „ — und zu erklären (? — und ?), daß sie inkompetent ist, kein Recht hat, zu funktionieren“

!! Haha! und das „Recht“, eine konstituierende Versammlung einzuberufen?

II° 3) „als Sammelpunkt und Sprachrohr des Willens aller demokratischen (S. 7) Schichten der Bevölkerung und als Organisator der Verteidigungs- und Angriffsaktionen dieser Schichten gegen die Regierung und ihre Verbündeten zu dienen“.

Diesen Blödsinn mit der provisorischen revolutionären Regierung als Organ des Aufstands vergleichen.

Ein Wortschwall ohne Sinn und revolutionäre Realität.

Die Schwierigkeit des Aufstands = die Schwierigkeit, den Montblanc zu Fuß zu besteigen.

Die Schwierigkeit der „Volksduma“ unter der Selbstherrschaft = die „Schwierigkeit“, auf den Montblanc durch die Luft zu fliegen.

Vermerken, daß unser ZK seine Meinung, wonach der Plan der „Iskra“ ein rein ausländisches Hirngespinnst ist, in seinem Blatt erhärtet. Axelrod möchte seinen Korrespondenten *umstimmen*, der a) (S. 6) bezweifelt, daß die Losungen der Volksduma und des Arbeiterkongresses breite Massen erfassen werden; b) (S. 14) die Politik des „aktiven Boykotts“ motivierte (S. 15 und S. 14 in fine\*).

Die Politik des aktiven Boykotts hält Axelrod für

„reaktionär und utopisch“

— Reaktion? — diese Frage haben die Konferenz der Sozialdemokraten + das „Oswoboshdenije“ entschieden. Koalition mit den Schwarzhundertern? — Angst vor den „Moskowskije Wedomosti“ und dem „Nowoje Wremja“.

— Utopie? Zwei „Utopien“: *der bewaffnete Aufstand*  
und *die Parlamentsspielerei*.

Welche „Utopie“ *verwirklicht* wird, zeigt der Generalstreik und der Straßenkampf in ganz Rußland.

Völlig chaotische Ideen über „Verständigung“ und „Abkommen“ (S. 7) „mit den zentralen Organisationen der liberalen Demokratie“.

Volles Unvermögen, die *revolutionäre* Demokratie auszusondern und *konkrete* Losungen eines *politischen* Abkommens mit ihr zu geben. Bei P. B. Axelrod gibt es nur Oswoboshdenzen-Lösungen.

Betreffend den „Arbeiterkongreß“.

III. Parteitag: Ausnutzung des offenen Auftretens für die Schaffung von Stützpunkten der *Partei*<sup>113</sup>.

(Klar und deutlich.)

Bei P. B. Axelrod herrscht ein wüstes Durcheinander.

Gesamtrussischer Arbeiterkongreß sans phrase\*\*

(S. 3) — oder eine „Phrase“?

Quid est?\*\*\*

\* am Schluß. *Die Red.*

\*\* keine Phrase. *Die Red.*

\*\*\* Was ist das? *Die Red.*

Am besten zwei Kongresse 1) „Allgemeiner Kongreß“ (S. 4)

2) „sozialdemokratischer Kongreß“

(„aus Teilnehmern des allgemeinen Kongresses, die unser Pro-

? || gramm teilen, plus Vertreter unserer Parteiorganisationen zwecks  
Umgestaltung der ganzen Partei“. S. 4).

Unsinnigkeit des Vergleichs mit Lassalles Wirken: 1) damals gab es schon eine *Verfassung*. 2) Damals wurde *offen* an Lassalle herangetreten, und er trat *offen* auf. 3) Damals bot die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins\* Anlaß, die „proletarische Selbsttätigkeit“ gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu mißbrauchen.

Geschrieben im Oktober 1905.

Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

\* Name der Organisation bei Lenin deutsch. Der Übers.

---

## DIE AUFGABEN DER ABTEILUNGEN DER REVOLUTIONÄREN ARMEE

1. Selbständige militärische Aktionen.
2. Leitung der Menge.

Die Abteilungen können beliebig stark sein, von zwei bis drei Mann an.

Die Abteilungen müssen sich selbst bewaffnen, jeder womit er kann (Gewehr, Revolver, Bombe, Messer, Schlagring, Knüppel, mit Petroleum getränkte Lappen, um Feuer anzulegen, Stricke oder Strickleitern, Schaufeln für den Bau von Barrikaden, Sprengpatronen, Stacheldraht, Nägel (gegen Kavallerie) usw. usf.). Unter keinen Umständen darf man von anderer Seite, von oben oder von außen Hilfe erwarten, sondern muß alles selbst beschaffen.

Die Abteilungen müssen möglichst aus Personen gebildet werden, die nahe beieinander wohnen oder häufig, regelmäßig, zu bestimmten Stunden zusammentreffen (am besten beides, denn das regelmäßige Zusammentreffen kann durch den Aufstand unterbrochen werden). Ihre Aufgabe ist, es so einzurichten, daß sie in den kritischsten Augenblicken, in den unvorhergesehensten Situationen zusammenkommen können. Jede Abteilung muß daher im voraus Mittel und Wege festlegen, um ein gemeinsames Vorgehen zu sichern: Zeichen an den Fenstern usw., um einander leichter zu finden; verabredete Rufe oder Pfiffe, um den Genossen in der Menge zu erkennen; vereinbarte Zeichen für den Fall eines nächtlichen Zusammentreffens usw. usf. Jeder energische Mann kann mit zwei bis drei Genossen eine ganze Reihe solcher Regeln und Methoden ausarbeiten, die zusammengestellt, auswendig gelernt und praktisch geübt werden müssen. Man darf nicht vergessen, daß die Ereignisse mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit überraschend eintreten werden und daß es nötig sein wird, unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen zusammenzukommen.

Sogar unbewaffnete Abteilungen können eine sehr wichtige Rolle spielen, wenn sie 1. die Menge leiten; 2. bei günstiger Gelegenheit einen Polizisten oder einen zufällig von seinen Kameraden getrennten Kosaken überfallen (ein Fall in Moskau) usw. und entwaffnen; 3. Verhaftete oder Verwundete retten, wenn die Polizeikräfte schwach sind; 4. auf Hausdächer, in obere Stockwerke usw. steigen und die Truppen mit Steinen bewerfen, mit kochendem Wasser begießen usw. Eine organisierte, geschlossen und energisch vorgehende Abteilung ist eine ungeheure Kraft. Unter keinen Umständen darf die Bildung einer Abteilung unter dem Vorwand des Waffemangels verweigert oder aufgeschoben werden.

Die Abteilungen müssen die Funktionen möglichst im voraus verteilen und den Leiter, den Abteilungsführer, manchmal im voraus wählen. Es wäre natürlich unvernünftig, in eine Spielerei mit Rangbezeichnungen zu verfallen, man darf aber die kolossale Bedeutung einer einheitlichen Führung, eines raschen und entschlossenen Vorgehens nicht vergessen. Entschlossenheit und kühner Angriff sind drei Viertel des Erfolgs.

Die Abteilungen müssen sich sofort nach ihrer Bildung, also schon jetzt, an eine vielseitige Arbeit machen, und zwar keineswegs nur theoretische, sondern unbedingt auch praktische. Zur theoretischen Arbeit rechnen wir das Studium der Kriegswissenschaften, die Beschäftigung mit militärischen Fragen, Referate über militärische Fragen, Aussprachen mit Militärs (mit Offizieren, Unteroffizieren usw. *usf.*, nicht zuletzt auch mit ehemaligen Soldaten aus der Arbeiterschaft); die Lektüre, Besprechung und Verarbeitung illegaler Broschüren und Zeitungsartikel über den Straßenkampf usw. *usf.*

Wir wiederholen, mit den praktischen Arbeiten muß sofort begonnen werden. Sie zerfallen in vorbereitende und in militärische Operationen. Zu den vorbereitenden gehört die Beschaffung jeder Art von Waffen und Munition, die Auswahl günstig gelegener Wohnungen für den Straßenkampf (die geeignet sind für den Kampf von oben, für die Lagerung von Bomben, Steinen usw. oder von Säuren zum Begießen der Polizisten usw. *usf.*, sowie für das Stabsquartier, für den Nachrichtendienst, als Zufluchtsort für Verfolgte, Unterkünfte für Verwundete usw. *usf.*). Zu den vorbereitenden Arbeiten gehört ferner rechtzeitige Aufklärung und Erkundung: Beschaffung von Plänen der Gefängnisse, Polizeireviere, Ministerien usw., Auskundschaftung der Arbeitseinteilung in den staatlichen Institutionen,



in den Banken usw., sowie ihrer Bewachung; Anknüpfung von Beziehungen, die nützlich sein können (mit Polizei-, Bank-, Gerichts-, Gefängnis-, Post- und Telegrafbeamten usw.), Feststellung von Waffenlagern, von sämtlichen Waffenläden der Stadt usw. Es gibt hier massenhafte Arbeit, und zwar solche, bei der jeder größten Nutzen bringen kann, sogar der zum Straßenkampf völlig Untaugliche, sogar körperlich ganz schwächliche Menschen, Frauen, Jugendliche, Greise u. a. Man muß bestrebt sein, schon jetzt unbedingt und ausnahmslos alle in den Abteilungen zusammenzuschließen, die sich am Aufstand beteiligen wollen, denn es gibt keinen Menschen und kann keinen geben, der nicht den größten Nutzen brächte, wenn er arbeiten will, auch wenn er keine Waffe hat, auch wenn er persönlich zum Kampf untauglich ist.

Sodann dürfen sich die Abteilungen der revolutionären Armee keinesfalls nur auf vorbereitende Arbeiten beschränken, sie müssen sobald wie möglich auch zu militärischen Aktionen übergehen, um: 1. ihre Kampfkraft zu üben; 2. die schwachen Stellen des Feindes zu erkunden; 3. dem Feind Teilniederlagen beizubringen; 4. Gefangene (Verhaftete) zu befreien; 5. Waffen zu erobern; 6. Geldmittel für den Aufstand zu gewinnen (Regierungsgelder zu konfiszieren) usw. usf. Die Abteilungen können und müssen unverzüglich jede Gelegenheit zu lebendiger Arbeit ergreifen, sie dürfen das keineswegs bis zum allgemeinen Aufstand verschieben, denn steht man nicht schon vorher *im Feuer*, so erwirbt man die Tauglichkeit auch zum Aufstand nicht.

Gewiß ist jede Übertreibung von Übel; alles Gute und Nützliche kann, auf die Spitze getrieben, schlecht und schädlich werden, ja muß es sogar, wenn eine gewisse Grenze überschritten wird. Undisziplinierte, unvorbereitete kleine Terrorakte können, auf die Spitze getrieben, die Kräfte lediglich zersplittern und vergeuden. Das ist richtig und darf natürlich nicht vergessen werden. Aber andererseits darf man auch keinesfalls vergessen, daß jetzt die Losung des Aufstands *schon ausgegeben* ist, daß der Aufstand schon *begonnen* hat. Mit Angriffsaktionen zu beginnen, wenn die Umstände günstig sind, ist nicht nur das Recht, sondern auch die direkte Pflicht eines jeden Revolutionärs. Tötung von Spitzeln, Polizisten und Gendarmen, Sprengung von Polizeirevieren, Befreiung von Verhafteten, Konfiskation von Regierungsgeldern für die Erfordernisse des Aufstands — solche Aktionen werden überall dort, wo sich der Aufstand ausbreitet, in

Polen und im Kaukasus, bereits unternommen, und jede Abteilung der revolutionären Armee muß jeden Augenblick zu solchen Aktionen bereit sein. Jede Abteilung muß daran denken, daß sie sich *unverzeiblicher Jatenlosigkeit*, der Passivität schuldig macht, wenn sie die für eine Aktion günstige Gelegenheit nicht heute schon ausnützt – und eine solche Schuld ist in der Epoche des Aufstands das größte Verbrechen eines Revolutionärs, die größte Schmach für jeden, der nicht nur in Worten, sondern in der Tat die Freiheit erstrebt.

Über die Zusammensetzung dieser Abteilungen läßt sich folgendes sagen: die zweckmäßigste Anzahl der Mitglieder und die Verteilung ihrer Funktionen wird die Erfahrung lehren. Man muß selbst anfangen, sich diese Erfahrung anzueignen, ohne Weisungen von außen abzuwarten. Man soll natürlich die örtliche revolutionäre Organisation bitten, einen militärisch geschulten Revolutionär für Vorträge, Aussprachen und Ratschläge zu schicken, aber falls sich ein solcher nicht findet, muß man unbedingt selbst mit allem zurechtkommen.

Was die Parteigruppierungen betrifft, so werden die Mitglieder einer Partei es natürlich vorziehen, sich in den gleichen Abteilungen zusammenzuschließen. Aber man soll Mitgliedern anderer Parteien nicht unbedingt den Beitritt zu einer Abteilung verweigern. Gerade hier müssen wir den Zusammenschluß, die praktische Verständigung (selbstverständlich ohne jedwede Verschmelzung der Parteien) des sozialistischen Proletariats mit der revolutionären Demokratie verwirklichen. Wer für die Freiheit kämpfen will und seine Bereitschaft durch die Tat beweist, der kann zu den revolutionären Demokraten gerechnet werden, mit dem muß man gemeinsam an der Vorbereitung des Aufstands zu arbeiten trachten (natürlich nur dann, wenn zu der Person oder zu der Gruppe volles Vertrauen vorhanden ist). Alle übrigen „Demokraten“ müssen als Quasi-Demokraten, als liberale Schwätzer scharf zurückgewiesen werden, denn es wäre von Revolutionären unverzeihlich, sich auf sie zu verlassen, und verbrecherisch, ihnen Vertrauen zu schenken.

Es ist natürlich wünschenswert, daß die Abteilungen sich miteinander vereinigen, und außerordentlich nützlich, Formen und Bedingungen für die gemeinsame Tätigkeit auszuarbeiten. Aber man darf dabei keinesfalls in das Extrem verfallen, komplizierte Pläne, allgemeine Schemas usw. zu erfinden und der lebendigen Sache durch pedantische Tüfteleien Ab-

bruch zu tun. Die Begleitumstände des Aufstands werden unweigerlich so sein, daß die nichtorganisierten Elemente tausendfach zahlreicher sind als die organisierten; es wird sich nicht vermeiden lassen, daß man sofort, an Ort und Stelle, zu zweit oder allein handeln muß — und man muß sich darauf vorbereiten, auf eigene Faust zu handeln. Verzögerungen und Diskussionen, Säumigkeit und Unentschlossenheit sind der Tod des Aufstands. Mit größter Entschlossenheit und Energie vorgehen, jeden günstigen Augenblick unverzüglich ausnutzen, die revolutionäre Leidenschaft der Menge sofort entfachen, ihr die Richtung zu entschlosseneren und entschlossensten Aktionen weisen — das ist die erste Pflicht des Revolutionärs.

Eine ausgezeichnete militärische *Übung* für die Soldaten der revolutionären Armee, in der sie ihre Feuertaufe erhalten und durch die sie der Revolution ungeheuren Nutzen bringen, ist der Kampf gegen die Schwarzhunderter. Die Abteilungen der revolutionären Armee müssen unverzüglich feststellen, von wem, wo und wie die Schwarzhundertschaften organisiert werden, und dürfen sich dann nicht auf Agitation allein beschränken (das ist nützlich, genügt aber nicht), sondern müssen auch mit Waffengewalt vorgehen, die Schwarzhunderter niederschlagen, sie töten, ihre Stabsquartiere sprengen usw. usf.

Geschrieben Ende Oktober 1905.

Zuerst veröffentlicht 1926  
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

## DIE LIBERALEN HOFFNUNGEN AUF DIE DUMA

Die Liberalen bemühen sich, die Öffentlichkeit hinsichtlich der Zusammensetzung der Duma optimistisch zu stimmen. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt am 14. Oktober aus Petersburg:

„Wenn man die Ergebnisse all der Versammlungen betrachtet, die gegenwärtig, die Wahlen vorbereitend, stattfinden, so bietet sich einem ein Bild von der Reichsduma, das, was den Bestand derselben anbetrifft, lange nicht so trübe ist, als es anfangs schien. Man kann bereits jetzt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß das eigentliche konservative Element kaum die Hälfte der Reichsduma bilden wird. Am meisten Aussichten, gewählt zu werden, haben die *Gemäßigt-Liberalen* und *Liberalen*, während die Aussichten der Radikalen bei weitem weniger günstige sind, aber doch im Vergleich zu dem Pessimismus, mit dem sie noch im August in die Zukunft sahen, als relativ gute bezeichnet werden können. Es unterliegt kaum einem Zweifel mehr, daß die Radikalen nicht allzu schwach in der Reichsduma vertreten sein werden. Es fragt sich nur, wie weit es ihnen gelingen wird, die Liberalen und Gemäßigt-Liberalen ins Schlepptau zu nehmen, denn nur wenn diese drei Elemente geschlossen gegen den konservativen Kern vorgehen werden, ist eine konstituierende Versammlung gesichert.“

Die Radikalen, das sind zweifellos die Kadetten. Ihre Kandidaten sind in Petersburg Nabokow, Kedrin und Winawer. Auf die „Gemäßigt-Liberalen“ geht der Korrespondent nicht näher ein, aber unter ihren Kandidaten werden Fjodorow („eigentlich“ ein Konservativer, „den auch liberale Elemente unterstützen würden“!) und Nikitin (Kandidat der Rechten und zugleich Kandidat der gemäßigten Liberalen) genannt.

Somit ist also die konstituierende Versammlung „gesichert“, wenn sich sowohl die Liberalen als auch die gemäßigten Liberalen der Führung der „radikalen“ Oswoboshdenzen unterordnen... Wahrhaftig, die liberalen Optimisten klammern sich „an einen Strohalm“. Aber das Kurioseste, sie wollen nicht sehen, daß selbst dann, wenn die Mehrheit der Reichsduma für diese Versammlung stimmt, in Wirklichkeit noch nicht die konstituierende Versammlung „gesichert“ ist, sondern lediglich der entschiedene revolutionäre Kampf um sie. Die Herren Kadetten möchten gleich zwei Eisen im Feuer haben: das eine bei der Selbstherrschaft (die legale Opposition in der legalen Duma), das andere bei der Revolution („wir pflügten“ zum Wohle der konstituierenden Versammlung).

*Geschrieben Ende Oktober 1905.*

*Zuerst veröffentlicht 1931  
im Lenin-Sammelband XVI.*

*Nach dem Manuskript.*

## DER ERSTE SIEG DER REVOLUTION

Genf, den 1. November (19. Oktober)

Am Montag spätabends brachte der Telegraf Europa die Kunde von dem Zarenmanifest vom 17. Oktober. „Das Volk hat gesiegt. Der Zar hat kapituliert. Die Selbstherrschaft hat aufgehört zu bestehen“, teilte der Korrespondent der „Times“ mit. Anders drückten sich die fernen Freunde der russischen Revolution aus, die aus Baltimore (Nordamerika) ein Telegramm an den „Proletari“ schickten: „Wir gratulieren zum ersten großen Sieg der russischen Revolution.“

Diese letzte Einschätzung der Ereignisse ist zweifellos weitaus richtiger. Wir dürfen mit vollem Recht triumphieren. Das Zugeständnis des Zaren ist in der Tat ein großer Sieg der Revolution, doch entscheidet dieser Sieg noch lange nicht das Schicksal der ganzen Sache der Freiheit. Der Zar hat noch lange nicht kapituliert. Die Selbstherrschaft hat durchaus noch nicht aufgehört zu bestehen. Sie hat nur den Rückzug angetreten und dem Feind das Schlachtfeld überlassen, sie hat in einer äußerst ernsten Schlacht den Rückzug angetreten, aber sie ist noch lange nicht geschlagen, sie sammelt noch ihre Kräfte, und das revolutionäre Volk muß noch viele ernste Kampfaufgaben lösen, um die Revolution zum wirklichen und vollen Siege zu führen.

Der 17. Oktober wird als einer der großen Tage der russischen Revolution in die Geschichte eingehen. Ein in der Welt noch nie dagewesener Streik eines ganzen Volkes hatte seinen Höhepunkt erreicht. Der mächtige Arm des Proletariats, das sich in einer Aufwallung heldenmütiger Solidarität an allen Enden Rußlands erhoben hatte, brachte das gesamte indu-

strielle, kommerzielle und staatliche Leben zum Stillstand. Das Land erstarrte vor dem Sturm. Bald aus der einen, bald aus der anderen Großstadt kamen Nachrichten, die eine alarmierender als die andere. Die Truppen schwankten. Die Regierung hielt mit Repressalien zurück, die Revolutionäre gingen nicht zu offenen und ernsthaften Angriffen über, aber der Aufstand brach sich mit elementarer Wucht überall und allerorts Bahn.

Da entschloß sich die zaristische Regierung in letzter Minute zu einem Zugeständnis, da sie erkannt hatte, daß die Explosion unvermeidlich war, daß sie in keinem Fall und unter keinen Umständen mehr imstande sein würde, einen vollen Sieg zu erringen, dagegen sehr, sehr wohl eine völlige Niederlage erleiden könnte. „Zuerst ein Blutbad und dann eine Verfassung“, soll, wie man sagt, Trepow erklärt haben. Über die Unvermeidlichkeit einer Verfassung konnte selbst dann, wenn der Aufstand diesmal unterdrückt wurde, kein Zweifel mehr bestehen. Und die Regierung kalkuliert, daß es besser wäre, kein ernstes und allgemeines Blutvergießen zu riskieren, weil ein Sieg des Volkes die Zarenmacht restlos hinwegfegen würde.

Wir kennen nur einen winzigen Bruchteil jener Nachrichten, die am Montag, dem 17. Oktober, bei der Regierung einliefen und sie veranlaßten, einem Verzweiflungskampf auszuweichen und nachzugeben. Alle Anstrengungen der lokalen und zentralen Behörden waren darauf gerichtet, die Meldungen über das bedrohliche Anwachsen des Aufstands zurückzuhalten oder zu verstümmeln. Aber selbst jenes spärliche, zufällige und verstümmelte Material, das in die europäische Presse gelangt ist, läßt keinen Zweifel darüber, daß es ein wirklicher Aufstand war, wohl geeignet, dem Zaren und den Zarenministern tödlichen Schrecken einzujagen.

Die Kräfte des Zarismus und der Revolution halten sich die Waage, schrieben wir vor einer Woche auf Grund der ersten Nachrichten über den politischen Generalstreik in Rußland. Der Zarismus hat nicht mehr die Kraft, die Revolution zu unterdrücken. Die Revolution hat noch nicht die Kraft, den Zarismus zu vernichten. Bei einem solchen Gleichgewicht der Kräfte aber beschwor jedes Zögern die größte Gefahr für den Zarismus herauf, denn es mußte unvermeidlich dazu führen, daß die Truppen schwankten.

Der Aufstand breitete sich aus. An allen Enden Rußlands floß bereits Blut. Von Reval bis Odessa, von Polen bis Sibirien kämpfte das Volk auf

den Barrikaden. Die Truppen waren in einzelnen kleinen Zusammenstößen siegreich, gleichzeitig aber kamen Nachrichten über eine neue, bisher beispiellose Erscheinung, die klar von der *militärischen* Ohnmacht der Selbstherrschaft zeugte. Nämlich Nachrichten über *Verhandlungen* der zaristischen Truppen mit dem aufständischen Volk (Charkow), Nachrichten über *Zurückziehung* der Truppen aus den Städten (Charkow, Reval) als das *einzig* Mittel, die Ruhe wiederherzustellen. Verhandlungen mit dem aufständischen Volk, Zurückziehung der Truppen — das ist der Anfang vom Ende. Das zeigt besser als alle Vernunftgründe, daß sich die militärischen Spitzen im höchsten Grade unsicher fühlten. Das zeigt, daß die Unzufriedenheit unter den Truppen ein wahrhaft erschreckendes Ausmaß erreicht hatte. Vereinzelt Nachrichten und Gerüchte sind auch in die Auslandspresse gedrungen. In Kiew wurden Soldaten verhaftet, die sich geweigert hatten, zu schießen. In Polen gab es ähnliche Fälle. In Odessa hielt man die Infanterie in den Kasernen zurück, weil man sich fürchtete, sie auf die Straße zu führen. In Petersburg begann eine offene Gärung in der Flotte, und man sprach von völliger Unzuverlässigkeit der Garde. Und was die Schwarzmeerflotte betrifft, so ist es bisher nicht gelungen, wirklich die Wahrheit zu erfahren. Schon am 17. Oktober meldeten Telegramme, daß sich das Gerücht von einer neuen Empörung dieser Flotte hartnäckig erhalte, daß von den Behörden, die alle Mittel aufböten, um die Verbreitung von Nachrichten über die Ereignisse zu verhindern, alle Telegramme abgefangen würden.

Reiht man alle diese bruchstückhaften Nachrichten aneinander, so kommt man unweigerlich zu dem Schluß, daß die Lage der Selbstherrschaft sogar vom rein militärischen Standpunkt aus verzweifelt war. Zwar wurden noch einzelne Aufstände unterdrückt, zwar nahmen die Truppen noch hier und da Barrikaden, doch diese einzelnen Zusammenstöße entfachten nur die Leidenschaften, steigerten nur die Empörung, rückten nur eine noch mächtigere allgemeine Explosion näher, und gerade davor fürchtete sich die Regierung, da sie sich nicht mehr auf die Truppen verlassen konnte.

Der Feind ist einer ernststen Schlacht ausgewichen. Der Feind hat sich zurückgezogen und das Schlachtfeld dem revolutionären Volk überlassen. Er hat sich in eine neue Stellung zurückgezogen, die ihm besser befestigt erscheint und wo er hofft, zuverlässigere Kräfte zu sammeln, sie zusam-



menzuschließen, sie zu ermutigen und einen günstigeren Zeitpunkt zum Angriff zu wählen.

Eine ganze Reihe verhältnismäßig „unparteiischer“ Stimmen der bürgerlichen Presse Europas bestätigt diese Einschätzung des großen Tages des 17. Oktober.

Einerseits atmet die europäische Bourgeoisie erleichtert auf. Das Zarenmanifest verspricht direkt eine Verfassung: Die Duma erhält gesetzgebende Rechte, kein Gesetz kann ohne Zustimmung der Volksvertreter in Kraft treten, Verantwortlichkeit der Minister wird zugebilligt, bürgerliche Freiheiten, Unantastbarkeit der Person, Gewissens-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit werden gewährt. Und die Börse beeilt sich, größeres Vertrauen in die russischen Finanzen zu zeigen. Der in den letzten Tagen gesunkene Kurs der russischen Wertpapiere steigt. Die ausländischen Bankiers, die aus dem revolutionären Petersburg geflüchtet waren, versprechen, in zwei Wochen zurückzukehren. Die Verfassung erscheint der europäischen Bourgeoisie als ein Unterpand „friedlicher“ kleiner Zugeständnisse, welche die besitzenden Klassen vollauf zufriedenstellen werden, gleichzeitig aber dem revolutionären Proletariat nicht gestatten, sich „allzuviel“ Freiheit zu erobern.

Andererseits müssen aber sogar die liberalen Bourgeois sehen, daß das Zarenmanifest lediglich Worte, lediglich Versprechungen enthält. Wer wird indes jetzt bloßen Versprechungen glauben? Klingen alle diese Phrasen von der Unantastbarkeit der Person und der Freiheit des Wortes nicht wie Hohn angesichts der Tatsache, daß die Gefängnisse immer noch mit sogenannten politischen Verbrechern überfüllt sind, daß die Zensur nach wie vor unangetastet bleibt? Was für Männer werden das Versprechen des Zaren einlösen? Das Ministerium Witte, in das Gerüchten zufolge Kusmin-Karawajew, Kossitsch und Koni eintreten sollen? Das wäre noch nicht einmal ein Ministerium der liberalen Bourgeoisie. Das ist erst ein Ministerium der liberalen *Bürokratie*, mit der die reaktionäre Hofclique schon so oft fertig geworden ist. Soll das Volk wirklich sein Blut im Kampf für die Freiheit vergossen haben, um sich auf liberale Bürokraten zu verlassen, die sich mit bloßen Worten und Versprechungen begnügen?!

Nein, der Zarismus hat noch lange nicht kapituliert. Die Selbstherrschaft ist noch lange nicht gestürzt. Dem revolutionären Proletariat steht noch eine Reihe großer Schlachten bevor, und der erste Sieg wird ihm

helfen, seine Kräfte zu sammeln und neue Verbündete für seinen Kampf zu werben.

„Schon allein der Erfolg der Freiheitssache“, schrieb der Korrespondent der „Times“ am Tag der Veröffentlichung des Manifests, „wird die reaktionären Elemente nur zu neuer Aktivität anspornen, und solange die Armee unter der Befehlsgewalt ihrer alten Kommandospitzen bleibt, ist Rußland vor der Möglichkeit eines *Pronunziamento*\* nicht gesichert.“ „Es fragt sich noch, wird das erzwungene Zugeständnis der Regierung auf dem Höhepunkt des revolutionären Aufschwungs nicht das Signal zu einer neuen Kraftanstrengung der Revolution sein?“ „Man weiß nicht, ob die Bürokratie aus ihrer Zitadelle hinausgeworfen worden ist oder ob sie nur ihre vordersten Stellungen geräumt hat“, sagen die bürgerlichen Optimisten, obgleich die Tatsachen klar beweisen, daß die „Zitadelle“ der Selbstherrschaft noch in ihrer ganzen Macht weiterbesteht.

Der erzwungene Charakter des Zugeständnisses erregt die gemäßigten Bourgeois am meisten. Das Organ des herrschenden französischen Geldsacks, der „Tems“, war schrecklich empört über die „Anarchie“ und spie Gift und Galle gegen die Urheber und Teilnehmer des politischen Generalstreiks in Rußland. Jetzt aber bemerkt dieses Blatt, das an und für sich mit den konstitutionellen Versprechungen des Zaren zufrieden ist, beunruhigt: „Der Zar hat, statt aus eigener Initiative zu handeln, einfach die ‚Befehle‘ der liberalen Opposition unterschrieben. Das ist ein schlechtes Verfahren, das den folgerichtigen Reformen einen erzwungenen Charakter, den Charakter des Fragmentarischen und Plötzlichen gibt. Dieses Verfahren bringt die Regierung in Widerspruch mit sich selbst und wirkt wie eine Prämie für die Gewalt. Leider ist es nur allzu klar, daß die Dinge in der Tat weit gediehen waren und daß es einen anderen Ausweg aus der Sackgasse, in die man die Regierung getrieben hatte, nicht gab. Vergessen wir möglichst rasch den Charakter dieser Kapitulation — einer Kapitulation nicht nur vor den Konstitutionalisten, vor den Gemäßigten, auf die man vor allem hätte hören sollen, sondern auch einer Kapitulation vor dem Streik, einer Kapitulation vor der Revolution.“

Nein, meine Herren Bourgeois, die Arbeiter werden den erzwungenen Charakter der Kapitulation des Zaren niemals vergessen! Die Arbeiter werden nie vergessen, daß sie dem Zarismus die Anerkennung der Freiheit

\* Militärputsch. *Die Red.*

in dem papiernen Manifest nur durch Gewalt, nur durch die Macht ihrer Organisation, ihrer Einmütigkeit, ihres Masseneroismus entrissen haben, und sie werden ihm auch die wirkliche Freiheit entreißen.

Wir sagten oben, der Feind habe sich zurückgezogen und das Schlachtfeld dem revolutionären Proletariat überlassen. Wir müssen jetzt hinzufügen: der sich zurückziehende Feind wird energisch weiter verfolgt. Montag, den 17. Oktober, wurde das Manifest des Zaren erlassen. Dienstag, den 18., erschien laut Mitteilung des Wolffschen Telegrafienbüros ein Manifest der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das in Petersburg in einer riesigen Auflage verbreitet wurde. Dieses Manifest erklärt, daß der Erlaß des Zarenmanifests dem Kampf des Proletariats keineswegs ein Ende setze. Die Taktik des Proletariats müsse nun darin bestehen, jene Rechte zu gebrauchen, die unter der Wucht seiner Schläge gewährt worden sind, Arbeiterversammlungen zu veranstalten, die über die Fortsetzung des Streiks entscheiden, eine Miliz zum Schutz der revolutionären Rechte zu organisieren und die Forderung nach voller Amnestie aufzustellen. Die sozialdemokratischen Redner in den Volksversammlungen fordern die Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Das Streikkomitee<sup>114</sup> fordert Telegrammen zufolge die Amnestie und die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen und direkten Wahlrechts.

Der revolutionäre Instinkt hat den Arbeitern Petersburgs gleich die richtige Losung diktiert: energische Fortsetzung des Kampfes, Ausnützung der neueroberten Positionen, um den Angriff fortzusetzen und die Selbstherrschaft tatsächlich zu vernichten. Und der Kampf geht weiter. Die Versammlungen werden häufiger und zahlreicher. Die Freude und der berechnete Stolz über den ersten Sieg sind kein Hindernis für die neue Organisation der Kräfte, um die Revolution zu Ende zu führen. Der Erfolg der Revolution hängt von der Gewinnung, Aufklärung und Organisation noch breiterer Schichten der Bevölkerung für die Sache der Freiheit ab. Die Arbeiterklasse hat im gesamtrossischen politischen Streik ihre gigantischen Kräfte bewiesen, aber unter den rückständigen Schichten des städtischen Proletariats steht uns noch viel Arbeit bevor. Während wir eine Arbeitermiliz schaffen, dieses einzige feste Bollwerk der Revolution, während wir uns auf einen neuen und noch entschlosseneren Kampf vorbereiten, wobei wir an unseren alten Losungen festhalten, müssen wir auch der Armee

besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Das erzwungene Zugeständnis des Zaren muß in ihren Reihen die größten Schwankungen hervorgerufen haben, und wir müssen jetzt, indem wir die Soldaten zu den Arbeiterversammlungen heranziehen, die Agitation in den Kasernen verstärken und unsere Verbindungen mit den Offizieren ausbauen, neben der revolutionären Armee der Arbeiter auch einen Stamm bewußter Revolutionäre im Heer schaffen, das gestern noch ausschließlich ein Zarenheer war und heute vor seiner Umwandlung in ein Volksheer steht.

Das revolutionäre Proletariat hat in den großen Tagen des Generalstreiks die Truppen paralytisiert und dadurch ihre Neutralisierung erreicht. Es muß jetzt den vollständigen Übergang der Truppen auf die Seite des Volkes erreichen.

Das revolutionäre Proletariat hat die Revolution in den Städten zum ersten großen Sieg geführt. Es muß jetzt ihre Basis erweitern und vertiefen, indem es die Revolution auf das flache Land ausdehnt. Die Bauernschaft für die bewußte Verteidigung der Freiheitssache gewinnen, einschneidende Maßnahmen zugunsten der Bauernschaft fordern, die ländliche Bewegung vorbereiten, die in Gemeinschaft mit dem fortgeschrittenen städtischen Proletariat die Selbstherrschaft endgültig vernichten und die volle und wahre Freiheit erobern wird — das ist jetzt die nächste Aufgabe der russischen Sozialdemokratie.

Der Erfolg der Revolution hängt davon ab, wie groß die Massen des Proletariats und der Bauernschaft sind, die sich zu ihrer Verteidigung und Vollendung erheben werden. Der revolutionäre Krieg unterscheidet sich von anderen Kriegen dadurch, daß er seine Hauptreserve aus dem Lager der gestrigen Verbündeten seines Feindes schöpft, jener Leute, die dem Zarismus gestern noch anhängen oder blindlings folgten. Und der Erfolg des politischen Generalstreiks in Rußland wird dem Verstand und dem Herzen des Bauern mehr sagen als die unklaren Worte irgendwelcher Manifeste oder Gesetze.

Die russische Revolution begann sich eben erst zu entfalten, als die liberale Bourgeoisie den ganzen Vordergrund der politischen Bühne einnahm, wie das vor einem Jahr der Fall war.

Die Revolution stellte sich auf eigene Füße, als die städtische Arbeiterklasse am 9. Januar in Aktion trat.

Die Revolution errang den ersten Sieg, als das Proletariat aller Völker

Rußlands sich wie ein Mann erhob und am Zarenthron rüttelte, von dem alle Völker und vor allem die werktätigen Klassen aller Völker so unermeßliches Unheil erduldet haben.

Die Revolution wird den Feind endgültig vernichten und den Thron des Blutzaren vom Angesicht der Erde vertilgen, wenn sich die Arbeiter noch einmal erheben und die Bauernschaft mitreißen werden.

Und dann — dann gibt es noch eine Reserve der russischen Revolution. Die Zeiten sind vorüber, da Völker und Staaten abgesondert voneinander leben konnten. Schaut um euch: Europa ist schon in Wallung. Seine Bourgeoisie ist bestürzt und bereit, Millionen und Milliarden herzugeben, nur um der Feuersbrunst in Rußland Einhalt zu tun. Die Herrscher der europäischen Militärmächte erwägen eine militärische Unterstützung des Zaren. Wilhelm hat bereits einige Kreuzer und zwei Torpedoboots-Divisionen entsandt, um eine direkte Verbindung zwischen der deutschen Soldateska und Peterhof herzustellen. Die europäische Konterrevolution reicht der russischen Konterrevolution die Hand.

Versuchen Sie es, versuchen Sie es, Bürger Hohenzollern! Auch wir haben eine europäische Reserve der russischen Revolution. Diese Reserve ist das internationale sozialistische Proletariat, die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. Die Arbeiter der ganzen Welt begrüßen mit glühender Begeisterung den Sieg der russischen Arbeiter, und im Bewußtsein der engen Verbindung zwischen den Abteilungen der internationalen Armee des Sozialismus rüsten auch sie zum großen und entscheidenden Kampf.

Ihr steht nicht allein, Arbeiter und Bauern ganz Rußlands! Und wenn es euch gelingt, die Tyrannen des Rußlands der Leibeigenschaft, der Polizei, der Gutsbesitzer und des Zaren zu stürzen, zu schlagen und zu vernichten, dann wird euer Sieg das Signal sein zum Kampf gegen die Tyrannei des Kapitals in der ganzen Welt, zum Kampf für die volle, nicht nur politische, sondern auch ökonomische Befreiung der Werktätigen, zum Kampf für die Erlösung der Menschheit vom Elend und für die Verwirklichung des Sozialismus.

„Proletari“ Nr. 24,  
7. November (25. Oktober) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE NEUESTEN NACHRICHTEN

Genf, den 4. November (22. Oktober)

Auf das „konstitutionelle“ Manifest Nikolaus' des Blutigen folgten, von Trepow und seiner Bande organisiert, zahllose neue Mordtaten. Das Wüten der Kosaken, die Judenpogrome, die Erschießungen von eben erst „amnestierten“ Politischen auf offener Straße, die Plünderungen, von den Schwarzhundertern mit Unterstützung der Polizei veranstaltet — alles ist aufgeboten worden, um den revolutionären Kampf niederzuschlagen.

Der Zar hat den Revolutionären eine vortreffliche Hilfestellung dadurch geleistet, daß er ihre Einschätzung des verlogenen Zugeständnisses, ihre Einschätzung der niederträchtigen Komödie des „liberalen“ Manifests bestätigte. Der Zar möchte selbst einen neuen entscheidenden Kampf herausfordern. Um so besser! Die ganze Arbeit der Sozialdemokratie, die ganze Energie des Proletariats wird jetzt darauf gerichtet sein, den nächsten Ansturm vorzubereiten und das Ungeheuer des Zarismus zu vernichten, das, bereits im Sterben, noch einmal versucht, die niederen Instinkte der unaufgeklärten Menge aufzupeitschen. Je mehr sich jetzt Trepow ereifert, um so sicherer ist der völlige Bankrott der ganzen Trepowbande und aller Romanows.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in der  
Beilage zur VI. Folge des Neudrucks  
der Zeitungen „Wperjod“ und „Proletari“,  
herausgegeben von der Kommission für  
Parteigeschichte beim ZK der KPdSU(B).*

*Nach dem Manuskript.*

## NIKOLAI ERNESTOWITSCH BAUMAN

Der Telegraph brachte heute, am 3. November n. St., die Nachricht, daß in Moskau das Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der Tierarzt N. E. Bauman, von den zaristischen Truppen ermordet worden ist. An seinem Grabe kam es zu einer Demonstration, als die Witwe des Ermordeten, die ebenfalls unserer Partei angehört, eine Ansprache an das Volk richtete und zum bewaffneten Aufstand aufrief. Wir sind augenblicklich nicht in der Lage, ausführliche Angaben über den Lebenslauf des gefallenen Genossen zu machen. Nur das Wichtigste sei hier erwähnt. Er begann seine Tätigkeit in der sozialdemokratischen Organisation in Petersburg, in den neunziger Jahren. Er wurde verhaftet und, nachdem er 22 Monate in der Peter-Pauls-Festung gesessen hatte, in das Gouvernement Wjatka verbannt. Aus der Verbannung flüchtete er ins Ausland und beteiligte sich 1900 von Anfang an als einer der maßgebenden praktischen Leiter an der Organisation der „Iskra“. Wiederholt machte er illegale Reisen nach Rußland. Im Februar 1902 wurde er in Woronesh (auf die Denunziation eines Arztes hin) in Sachen der „Iskra“-Organisation verhaftet und saß im Gefängnis von Kiew. Im August 1902 flüchtete er zusammen mit zehn sozialdemokratischen Genossen aus dem Gefängnis. Er war (unter dem Decknamen Sorokin) Delegierter des Moskauer Komitees der SDAPR auf dem zweiten Parteitag und nahm (unter dem Decknamen Sarafski) an der zweiten Konferenz der Auslandsliga teil. Dann gehörte er demselben Moskauer Parteikomitee als Mitglied an. Am 19. Juni 1904 wurde er wieder verhaftet und in die Taganka\* gebracht, von wo er vermutlich erst dieser Tage entlassen wurde.

\* Moskauer Gefängnis. *Der Übers.*

Ewiges Gedenken dem Kämpfer in den Reihen des russischen sozialdemokratischen Proletariats! Ewiges Gedenken dem in den ersten Tagen der siegreichen Revolution gefallenen Revolutionär! Mögen die Ehrungen, die das aufständische Volk seinen sterblichen Überresten erwiesen hat, zum Unterpand für den endgültigen Sieg des Aufstands und die endgültige Vernichtung des verfluchten Zarismus werden!

Die Ermordung N. E. Baumans zeigt deutlich, wie sehr die sozialdemokratischen Redner in Petersburg recht hatten, die das Manifest vom 17. Oktober eine Falle und das Verhalten der Regierung nach dem Manifest eine Provokation nannten. Was sind alle diese versprochenen Freiheiten wert, solange die staatliche und bewaffnete Macht in den Händen der Regierung verbleibt? Ist diese „Amnestie“ nicht wirklich eine Falle, wenn die aus den Gefängnissen Kommenden von den Kosaken auf der Straße niedergeschossen werden?

„Proletari“ Nr. 24,  
7. November (25. Oktober) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*



## KLEINBÜRGERLICHER UND PROLETARISCHER SOZIALISMUS<sup>115</sup>

In Europa hat heute unter den verschiedenen sozialistischen Lehren der Marxismus die volle Herrschaft erlangt, und der Kampf für die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung wird fast ausschließlich als Kampf der Arbeiterklasse unter der Leitung der sozialdemokratischen Parteien geführt. Aber die volle Herrschaft des auf den Lehren des Marxismus fußenden proletarischen Sozialismus hat sich nicht mit einem Mal durchgesetzt, sondern erst nach langem Kampf mit allerlei rückständigen Lehren, mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus, mit dem Anarchismus usw. Vor etlichen dreißig Jahren war der Marxismus noch nicht einmal in Deutschland vorherrschend, wo im Grunde genommen konfuse, eklektische, zwischen dem kleinbürgerlichen und dem proletarischen Sozialismus liegende Anschauungen überwogen. In den romanischen Ländern aber, in Frankreich, Spanien und Belgien, waren die unter den fortgeschrittenen Arbeitern am meisten verbreiteten Lehren der Proudhonismus, der Blanquismus und der Anarchismus, die unverkennbar den Standpunkt des Kleinbürgertums, nicht aber des Proletariats zum Ausdruck brachten.

Was war nun die Ursache dieses raschen und vollen Sieges des Marxismus gerade in den letzten Jahrzehnten? Die gesamte Entwicklung der modernen Gesellschaft, die ökonomische wie die politische, die gesamte Erfahrung der revolutionären Bewegung und des Kampfes der unterdrückten Klassen haben die Richtigkeit der marxistischen Auffassungen mehr und mehr bestätigt. Der Verfall des Kleinbürgertums zog früher oder später unvermeidlich das Absterben der kleinbürgerlichen Vorurteile nach sich, das Anwachsen des Kapitalismus und die Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber waren die beste Agitation für die Ideen des proletarischen Sozialismus.

29 Lenin, Werke, Bd. 9

Die Rückständigkeit Rußlands erklärt ganz natürlich, warum sich die verschiedenen rückständigen Lehren des Sozialismus in unserem Lande so lange halten konnten. Die ganze Geschichte des russischen revolutionären Denkens im letzten Vierteljahrhundert ist die Geschichte des Kampfes des Marxismus gegen den kleinbürgerlichen Sozialismus der Volkstümler. Und haben das rasche Anwachsen und die erstaunlichen Erfolge der russischen Arbeiterbewegung dem Marxismus auch in Rußland schon den Sieg gebracht, so hat anderseits die Entwicklung der unzweifelhaft revolutionären Bauernbewegung — insbesondere nach den berühmten Bauernaufständen in Kleinrußland 1902 — eine gewisse Belebung der altersschwachen Volkstümlerrichtung zur Folge gehabt. Diese altväterliche, mit dem modischen europäischen Opportunismus (Revisionismus, Bernsteinianertum, Marxkritik) aufgefrischte Volkstümlerideologie bildet das ganze originelle geistige Gepäck der sogenannten Sozialrevolutionäre. Deshalb steht auch die Bauernfrage im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten und den reinen Volkstümlern wie auch den Sozialrevolutionären.

Die Volkstümlerrichtung vertrat bis zu einem gewissen Grade eine in sich geschlossene und folgerichtige Lehre. Sie leugnete die Herrschaft des Kapitalismus in Rußland, sie leugnete die Rolle der Fabrikarbeiter als der Vorkämpfer des gesamten Proletariats, sie leugnete die Bedeutung der politischen Revolution und der bürgerlichen politischen Freiheit, sie predigte eine von der bäuerlichen Dorfgemeinde mit ihrem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb unmittelbar ausgehende sozialistische Umwälzung. Von dieser in sich geschlossenen Lehre sind jetzt nur noch Bruchstücke übriggeblieben; um sich aber in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wirklich zurechtzufinden und sie nicht in leeres Wortgeplänkel ausarten zu lassen, müssen wir die allgemeinen und in der Lehre der Volkstümler wurzelnden *Grundlagen* der Verirrungen unserer Sozialrevolutionäre stets im Auge behalten.

Der Mensch der Zukunft ist in Rußland der Bauer, dachten die Volkstümler, und diese Ansicht entsprang zwangsläufig dem Glauben an den sozialistischen Charakter der Dorfgemeinde, dem Unglauben an die Geschichte des Kapitalismus. Der Mensch der Zukunft ist in Rußland der Arbeiter, dachten die Marxisten, und die Entwicklung des russischen Kapitalismus sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie bestätigt ihre Ansichten immer mehr. Die Arbeiterbewegung in Rußland hat sich

nummehr selbst ihre Anerkennung erzwungen, hinsichtlich der Bauernbewegung aber zeigt sich der ganze Abgrund zwischen der Volkstümplerlehre und dem Marxismus auch heute noch in der unterschiedlichen *Auffassung* von dieser Bewegung. Für den Volkstümpler wird der Marxismus gerade durch die Bauernbewegung widerlegt, denn sie ist in seinen Augen eben die Bewegung für den unmittelbaren sozialistischen Umsturz, sie erkennt eben keinerlei bürgerliche politische Freiheit an, sie geht eben nicht vom Groß-, sondern vom Kleinbetrieb aus. Kurzum, für den Volkstümpler ist die Bauernbewegung eben die wirkliche, die wahre sozialistische und unmittelbar sozialistische Bewegung. Der Glaube der Volkstümpler an die bäuerliche Dorfgemeinde und der volkstümplerische Anarchismus erklären vollauf die Zwangsläufigkeit solcher Schlußfolgerungen.

Für den Marxisten ist die Bauernbewegung eben nicht eine sozialistische, sondern eine demokratische Bewegung. Sie ist auch in Rußland, wie das in anderen Ländern der Fall war, die unvermeidliche Begleiterin der demokratischen, ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach bürgerlichen Revolution. Sie richtet sich keineswegs gegen die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung, gegen die Warenwirtschaft, gegen das Kapital. Sie richtet sich vielmehr gegen die alten, leibeigenschaftlichen, vorkapitalistischen Verhältnisse im Dorf und gegen den gutsherrlichen Grundbesitz als die Hauptstütze aller Überreste der Leibeigenschaft. Der volle Sieg dieser Bauernbewegung wird den Kapitalismus also nicht beseitigen, sondern umgekehrt eine breitere Grundlage für seine Entwicklung schaffen, wird die rein kapitalistische Entwicklung beschleunigen und verstärken. Der volle Sieg des Bauernaufstands kann lediglich eine feste Stütze der demokratischen bürgerlichen Republik schaffen, in der sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie erstmalig in voller Reinheit entfalten wird.

Das sind also die zwei entgegengesetzten Auffassungen, die jeder kennen muß, der sich über die Kluft zwischen den Prinzipien der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten klarwerden will. Nach der einen Auffassung ist die Bauernbewegung eine sozialistische, nach der andern eine demokratisch-bürgerliche Bewegung. Hieraus kann man ersehen, welche Unwissenheit unsere Sozialrevolutionäre verraten, wenn sie zum hundertsten Mal (vergleiche z. B. Nr. 75 der „*Rewoluzionnaja Rossija*“ [Das revolutionäre Rußland]) wiederholen, daß die orthodoxen Marxisten irgendwann einmal die Bauernfrage „ignoriert“ hätten (von ihr nichts

wissen wollten). Gegen so grobe Unwissenheit gibt es bloß ein Mittel: das A b c wiederholen, die alten folgerichtig volkstümlerischen Auffassungen darlegen, zum hundertsten und tausendsten Mal darauf hinweisen, daß der wirkliche Unterschied nicht darin besteht, ob man mit der Bauernfrage rechnen oder nicht rechnen will, ob man sie anerkennt oder ignoriert, sondern daß er in der *unterschiedlichen Beurteilung* der heutigen Bauernbewegung und der heutigen Bauernfrage in Rußland besteht. Wer behauptet, daß die Marxisten die Bauernfrage in Rußland „ignorieren“, ist erstens ein ausgesprochener Nichtswisser; denn alle wichtigen Werke der russischen Marxisten, angefangen mit Plechanows „Unsere Meinungsverschiedenheiten“ (vor mehr als zwanzig Jahren erschienen), befaßten sich hauptsächlich gerade damit, die Irrigkeit der volkstümlerischen Auffassungen von der Bauernfrage in Rußland nachzuweisen. Und zweitens, wer sich darauf versteift, daß die Marxisten die Bauernfrage „ignorieren“, beweist damit nur sein Bestreben, sich vor der erschöpfenden Beurteilung der wirklichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheit zu drücken: Ist die heutige Bauernbewegung eine demokratisch-bürgerliche Bewegung oder nicht? Richtet sie sich, ihrer objektiven Bedeutung nach, gegen die Überreste der Leibeigenschaft oder nicht?

Auf diese Frage haben die Sozialrevolutionäre niemals eine klare und deutliche Antwort gegeben und können sie auch niemals geben, denn es herrscht bei ihnen ein heilloser Wirrwarr hinsichtlich der alten volkstümlerischen und der heutigen marxistischen Anschauungen über die Bauernfrage in Rußland. Eben deshalb erklären ja die Marxisten, daß die Sozialrevolutionäre auf einem kleinbürgerlichen Standpunkt stehen (Ideologen des Kleinbürgertums sind), daß sie sich von den kleinbürgerlichen Illusionen, den Phantasien der Volkstümler in der Beurteilung der Bauernbewegung nicht frei machen können.

Und deshalb müssen wir wieder beim A b c anfangen. Wonach strebt die heutige Bauernbewegung in Rußland? Nach Land und Freiheit. — Welche Bedeutung wird der volle Sieg dieser Bewegung haben? Nachdem sie die Freiheit errungen hat, wird sie die Herrschaft der Gutsbesitzer und der Beamten in der Staatsverwaltung beseitigen. Nachdem sie Land erlangt hat, wird sie die Gutsbesitzerländereien den Bauern übergeben. — Werden die vollständigste Freiheit und die vollständigste Expropriation der Gutsbesitzer (die Wegnahme der Gutsländereien) die Warenwirtschaft

beseitigen? Nein, sie werden sie nicht beseitigen. — Werden die vollständigste Freiheit und die vollständigste Expropriation der Gutsbesitzer die Einzelwirtschaft der Bauernhöfe auf dem Gemeindeboden oder auf dem „sozialisierten“ Boden beseitigen? Nein, sie werden sie nicht beseitigen. — Werden die vollständigste Freiheit und die vollständigste Expropriation der Gutsbesitzer den tiefen Abgrund zwischen dem reichen Bauern mit vielen Pferden und vielen Kühen und dem Landarbeiter, dem Tagelöhner, d. h. zwischen der Dorfbourgeoisie und dem Landproletariat beseitigen? Nein, sie werden ihn nicht beseitigen. Im Gegenteil: je vollständiger der höchste *Stand* (der Gutsbesitzerstand) zerschlagen und vernichtet wird, um so mehr wird sich der *Klassengegensatz* zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertiefen. — Welche objektive Bedeutung wird der vollständige Sieg des Bauernaufstands haben? Dieser Sieg wird alle Überreste der Leibeigenschaft austilgen, aber er wird keineswegs die bürgerliche Wirtschaftsweise, den Kapitalismus, die Trennung der Gesellschaft in Klassen, in Reiche und Arme, in Bourgeoisie und Proletariat aufheben. — Warum ist die heutige Bauernbewegung eine demokratisch-bürgerliche Bewegung? Weil sie, indem sie die Macht der Beamten und der Gutsbesitzer vernichtet, eine demokratische Gesellschaftsordnung schafft, ohne die bürgerlichen Grundlagen dieser demokratischen Gesellschaft zu verändern, ohne die Herrschaft des Kapitals zu vernichten. — Wie soll sich der klassenbewußte Arbeiter, der Sozialist, zur heutigen Bauernbewegung verhalten? Er soll diese Bewegung unterstützen, den Bauern auf das allerenergischste helfen, ihnen bis zu Ende helfen, sowohl die Macht der Beamten als auch die Macht der Gutsbesitzer ein für allemal zu brechen. Zugleich aber soll er den Bauern klarmachen, daß es noch nicht genügt, die Macht der Beamten und der Gutsbesitzer zu brechen. Während man diese Macht bricht, muß man sich gleichzeitig darauf vorbereiten, die Macht des Kapitals, die Macht der Bourgeoisie zu brechen; zu diesem Zweck aber muß man unverzüglich in vollem Umfang die sozialistische, d. h. die marxistische Lehre verkünden und die ländlichen Proletarier zum Kampf gegen die bäuerliche Bourgeoisie und gegen die gesamte russische Bourgeoisie vereinigen, zusammenschließen und organisieren. — Kann der klassenbewußte Arbeiter den demokratischen Kampf um des sozialistischen oder den sozialistischen Kampf um des demokratischen willen vergessen? Nein, der klassenbewußte Arbeiter nennt sich eben deshalb Sozialdemokrat, weil er die

Beziehung des einen Kampfes zum andern begreift. Er weiß, daß es keinen andern Weg zum Sozialismus gibt als den über den Demokratismus, über die politische Freiheit. Er trachtet deshalb danach, den Demokratismus vollständig und konsequent zu verwirklichen, um das Endziel, den Sozialismus, zu erreichen. — Warum sind die Bedingungen des demokratischen Kampfes und des sozialistischen Kampfes nicht die gleichen? Weil die Arbeiter in dem einen und in dem andern Kampf unbedingt verschiedene Verbündete haben werden. Den demokratischen Kampf führen die Arbeiter zusammen mit einem Teil der Bourgeoisie, besonders des Kleinbürgertums. Den sozialistischen Kampf führen die Arbeiter gegen die gesamte Bourgeoisie. Der Kampf gegen die Beamten und die Gutsbesitzer kann und muß zusammen mit allen Bauern, selbst mit den wohlhabenden und mittleren, geführt werden. Der Kampf gegen die Bourgeoisie, also auch gegen die wohlhabenden Bauern, kann nur zusammen mit dem Landproletariat aussichtsreich geführt werden.

Rufen wir uns alle diese Binsenwahrheiten des Marxismus, deren Analyse die Sozialrevolutionäre seit jeher lieber aus dem Wege gehen, ins Gedächtnis zurück, so wird es uns leichtfallen, die folgenden „allerneuesten“ Einwände der Sozialrevolutionäre gegen den Marxismus entsprechend zu würdigen.

„Wozu“, ruft die „*Rewoluzionnaja Rossija*“ (Nr. 75) aus, „ist es nötig, zuerst den Bauern schlechthin gegen den Gutsbesitzer zu unterstützen, dann aber (d. h. zur selben Zeit) das Proletariat gegen den Bauern schlechthin zu unterstützen, anstatt sofort das Proletariat gegen den Gutsbesitzer zu unterstützen? Was das mit Marxismus zu tun hat, weiß Allah allein.“

Das ist der Standpunkt des allerprimitivsten, eines kindlich naiven Anarchismus. All und jede Ausbeutung „sofort“ abzuschaffen, davon träumt die Menschheit schon lange, schon viele Jahrhunderte, ja Jahrtausende. Doch diese Träume blieben Träume, solange die Millionen der Ausgebeuteten nicht begannen, sich in der ganzen Welt zum konsequenten, beharrlichen und allseitigen Kampf für die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft in der Richtung der eigenen Entwicklung dieser Gesellschaft zusammenzuschließen. Die sozialistischen Träume verwandelten sich erst dann in den sozialistischen Kampf von Millionen Menschen, als der wissenschaftliche Sozialismus von Marx die Umgestaltungsbestrebungen mit dem Kampf einer bestimmten Klasse verknüpfte. Außerhalb des Klassen-

kampfes ist der Sozialismus eine leere Phrase oder ein naiver Traum. Und in Rußland haben wir zwei verschiedene Kämpfe zweier verschiedener sozialer Kräfte vor uns. Das Proletariat kämpft gegen die Bourgeoisie überall dort, wo es kapitalistische Produktionsverhältnisse gibt (und die gibt es sogar — zur Kenntnisnahme unserer Sozialrevolutionäre — innerhalb der bäuerlichen Dorfgemeinde, d. h. auf dem ihrem Standpunkt nach völlig „durchsozialisierten“ Boden). Die Bauernschaft, als Schicht der kleinen Grundbesitzer, der Kleinbourgeoisie, kämpft gegen alle Überreste der Leibeigenschaft, gegen die Beamten und die Gutsbesitzer. Daß das zwei verschiedene, ungleichartige soziale Kriege sind, können nur Leute nicht sehen, die von der politischen Ökonomie und der Geschichte der Revolutionen auf der ganzen Welt keine Ahnung haben. Die Augen vor der Ungleichartigkeit dieser Kriege mit Hilfe des Wörtchens „sofort“ verschließen heißt den Kopf in den Sand stecken und auf jede Analyse der Wirklichkeit verzichten.

Die Sozialrevolutionäre, denen die Geschlossenheit der alten volkstümlicheren Auffassungen verlorengegangen ist, haben sogar vieles von den Lehren der Volkstümpler selbst vergessen. „Indem Herr Lenin der Bauernschaft hilft, die Gutsbesitzer zu expropriieren“, schreibt die „Rewoluzionnaja Rossiija“ ebenda, „unterstützt er unbewußt die Einführung der kleinbürgerlichen Wirtschaft auf den Ruinen der schon mehr oder weniger entwickelten Formen der kapitalistischen Landwirtschaft. Ist das etwa vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus nicht ein Schritt zurück?“

Ihr solltet euch schämen, Herrschaften! Habt ihr denn euren Herrn W. W. vergessen? Schlagt doch in seinen „Schicksalen des Kapitalismus“, in den „Abhandlungen“ des Herrn Nikolai-on<sup>116</sup> und in anderen Quellen eurer Weisheit nach! Dann werdet ihr euch erinnern, daß die Gutswirtschaft in Rußland kapitalistische und leibeigenschaftliche Züge in sich vereinigt. Dann werdet ihr erfahren, daß das Abarbeitssystem, dieses direkte Überbleibsel der Fronarbeit, noch besteht. Werft ihr dazu noch einen Blick in ein so orthodoxes marxistisches Buch, wie es der III. Band des „Kapitals“ von Marx ist, so könnt ihr daraus lernen, daß die Entwicklung der Fronwirtschaft und ihre Umwandlung in die kapitalistische Wirtschaft nirgends anders als vermittels der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft vor sich ging und gehen konnte. Um den Marxismus zu widerlegen, geht ihr nach einer schon allzu simplen, längst entlarvten Methode vor: Ihr dichtet

dem Marxismus die karikaturenhaft-versimpelte Auffassung von einer direkten Ablösung der großen Fronwirtschaft durch die großkapitalistische Wirtschaft an! Ihr urteilt: die Gutsbesitzer haben höhere Ernteerträge als die Bauern, folglich bedeutet die Expropriation der Gutsbesitzer einen Schritt zurück. Das ist ein Schluß, würdig eines Quartaners. War etwa — denkt einmal nach, Herrschaften! — die Abtrennung des wenig ergiebigen Bauernlandes von dem ertragreichen Gutsbesitzerland beim Fall der Leibeigenschaft nicht „ein Schritt zurück“?

Die heutige Gutswirtschaft in Rußland vereinigt in sich kapitalistische und leibeigenschaftliche Züge. Der heutige Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer ist seiner objektiven Bedeutung nach ein Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft. Aber wollte man alle Einzelfälle aufzählen und jeden Einzelfall abwägen, mit der Genauigkeit einer Apothekerwaage feststellen, wo die Leibeigenschaft aufhört und der reine Kapitalismus anfängt — das hieße den Marxisten die eigene Pedanterie zuschreiben. Wir können nicht ausrechnen, welcher Teil des Preises für beim Krämer gekaufte Lebensmittel auf den Arbeitswert und welcher Teil auf den Wucher usw. entfällt. Heißt das aber, meine Herren, daß man die Arbeitstheorie über Bord werfen soll?

Die heutige Gutswirtschaft vereinigt in sich kapitalistische und leibeigenschaftliche Züge. Nur Pedanten können daraus den Schluß ziehen, daß wir verpflichtet seien, jeden kleinsten Zug in jedem Einzelfall nach seinem so oder anders gearteten sozialen Charakter abzuwägen, zu berechnen und zu registrieren. Nur Utopisten können daraus den Schluß ziehen, daß es für uns „zwecklos“ sei, die zwei ungleichartigen sozialen Kriege voneinander zu unterscheiden. In Wirklichkeit ergibt sich daraus der eine und nur der eine Schluß, daß wir sowohl in unserem Programm als auch in unserer Taktik den rein proletarischen Kampf gegen den Kapitalismus mit dem gesamt-demokratischen (und gesamt-bäuerlichen) Kampf gegen die Leibeigenschaft vereinigen müssen.

Je stärker die kapitalistischen Züge in der heutigen halbleibeigenschaftlichen Gutswirtschaft entwickelt sind, um so dringender ist es nötig, das Landproletariat schon jetzt selbständig zu organisieren, denn um so rascher wird bei jeder Konfiskation der rein kapitalistische oder rein proletarische Antagonismus zutage treten. Je stärker die kapitalistischen Züge in der Gutswirtschaft sind, um so rascher wird die demokratische Konfiskation



zum wirklichen Kampf für den Sozialismus drängen und um so gefährlicher ist folglich die falsche Idealisierung der demokratischen Umwälzung mit Hilfe des Schlagworts „Sozialisierung“. Das ist die Schlussfolgerung aus der Verquickung von Kapitalismus und Leibeigenschaft in der Gutswirtschaft.

Also den rein proletarischen Kampf mit dem gesamtbauerlichen vereinigen, sie aber nicht vermengen. Den gesamt-demokratischen und gesamtbauerlichen Kampf unterstützen, ohne sich mit diesem Kampf, der kein proletarischer Klassenkampf ist, zu identifizieren oder ihn durch falsche Schlagworte wie Sozialisierung zu idealisieren, ohne auch nur für einen Augenblick zu vergessen, daß man sowohl das städtische *als auch das ländliche* Proletariat zur völlig selbständigen Klassenpartei der Sozialdemokratie organisieren muß. Diese Partei wird den konsequenten Demokratismus bis zu Ende unterstützen, aber sie wird sich nicht durch reaktionäre Träumereien und Versuche, „ausgleichende“ Verhältnisse beim Bestehen der Warenwirtschaft zu schaffen, von ihrem revolutionären Weg abbringen lassen. Der Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer ist jetzt revolutionär; die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien ist im gegebenen Moment der ökonomischen und politischen Entwicklung in jeder Beziehung revolutionär, und wir unterstützen diese revolutionär-demokratische Maßnahme. Diese Maßnahme aber als „Sozialisierung“ zu bezeichnen, sich selbst und das Volk über die Möglichkeit einer „ausgleichenden“ Bodennutzung beim Bestehen der Warenwirtschaft zu täuschen, das ist bereits eine reaktionäre kleinbürgerliche Utopie, die wir den Sozialreaktionären überlassen.

„Proletari“ Nr. 24,  
7. November (25. Oktober) 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## DIE ENTSCHEIDUNG NAHT

Die Kräfte halten sich die Waage — schrieben wir vor zwei Wochen\* bei den ersten Nachrichten über den politischen Generalstreik in Rußland, als offenkundig wurde, daß die Regierung es nicht wagt, ihre militärischen Mittel sofort einzusetzen.

Die Kräfte halten sich die Waage — wiederholten wir vor einer Woche\*\*, als das Manifest vom 17. Oktober, dieses „letzte Wort“ der politischen Neuigkeiten, dem ganzen Volk und der ganzen Welt die Unentschlossenheit des Zarismus und seinen Rückzug vor Augen führte.

Aber das Gleichgewicht der Kräfte schließt den Kampf keineswegs aus, sondern macht ihn im Gegenteil noch schärfer. Der Rückzug der Regierung bedeutet lediglich, wie wir schon sagten, daß sie eine neue, von ihrem Standpunkt aus günstigere Kampfstellung bezieht. Die Verkündung der „Freiheiten“, die auf dem Wisch prangen, den man Manifest vom 17. Oktober nennt, ist lediglich ein Versuch, die moralischen Voraussetzungen für den Kampf gegen die Revolution zu schaffen, während Trepow zur selben Zeit an der Spitze der allrussischen Schwarzhunderter die materiellen Voraussetzungen für diesen Kampf schafft.

Die Entscheidung naht. Die neue politische Lage zeichnet sich mit erstaunlicher, nur revolutionären Epochen eigener Schnelligkeit ab. Die Regierung gab in Worten nach und begann gleichzeitig durch Taten den Angriff vorzubereiten. Den Versprechungen, eine Verfassung zu gewähren, folgten die wildesten und abscheulichsten Gewaltakte, als wollte man dem Volk die ganze reale Bedeutung der realen Macht der Selbstherrschaft noch

\* Siehe den vorliegenden Band, S. 395. *Die Red.*

\*\* Siehe den vorliegenden Band, S. 431. *Die Red.*

anschaulicher vor Augen führen. Der Widerspruch zwischen Verheißungen, Worten, papierenen Wischen und — der Wirklichkeit wurde unendlich fühlbarer. Die Ereignisse begannen glänzend jene Wahrheit zu bestätigen, die wir unseren Lesern schon so oft gesagt haben und immer wiederholen werden: Solange die faktische Macht des Zarismus nicht gestürzt ist, solange sind alle seine Zugeständnisse, sogar einschließlich der „konstituierenden“ Versammlung, nichts als Blendwerk, Lug und Trug.

Das haben die revolutionären Arbeiter Petersburgs mit bemerkenswerter Klarheit in einem jener täglichen Bulletins<sup>117</sup> zum Ausdruck gebracht, die noch nicht bei uns eingetroffen sind, über die aber die ausländischen Zeitungen, betroffen und erschreckt von der Macht des Proletariats, immer häufiger zu berichten wissen. „Man hat uns Versammlungsfreiheit gewährt“, schrieb das Streikkomitee (wir übersetzen aus dem Englischen ins Russische zurück, wodurch sich natürlich kleine Abweichungen vom Wortlaut ergeben), „aber unsere Versammlungen werden von Truppen umzingelt. Man hat uns Pressefreiheit gewährt, aber die Zensur besteht weiter. Man hat uns Freiheit der Wissenschaft versprochen, aber die Universität ist von Soldaten besetzt. Man hat uns Unantastbarkeit der Person gewährt, aber die Gefängnisse sind mit Verhafteten überfüllt. Man hat uns Witte beschert, aber Trepow ist nach wie vor da. Man hat uns eine Verfassung gewährt, aber die Selbstherrschaft besteht weiter. Man hat uns alles gegeben, aber wir haben nichts.“

Das „Manifest“ wird von Trepow aufgehoben. Die Verfassung wird von Trepow verschleppt. Die wahre Bedeutung der Freiheiten wird von demselben Trepow erläutert. Die Amnestie wird von Trepow verstümmelt.

Wer ist denn eigentlich dieser Trepow? Eine ungewöhnliche Persönlichkeit, die unbedingt beseitigt werden muß? Nichts dergleichen. Das ist ein ganz gewöhnlicher Polizist, der die ganz alltägliche Arbeit der Selbstherrschaft besorgt und über Truppen und Polizei verfügt.

Warum haben nun dieser höchst mittelmäßige Polizist und seine ganz alltägliche „Arbeit“ auf einmal eine so unermeßlich große Bedeutung gewonnen? Weil die Revolution einen unermeßlich großen Schritt vorwärts gemacht und die wirkliche Entscheidung näher gebracht hat. Das vom Proletariat geführte Volk reift politisch täglich und stündlich oder, wenn man will, nicht von Jahr zu Jahr, sondern von Woche zu Woche. Und

war Trepow für das Volk, das politisch noch schlief, ein ganz gewöhnlicher Polizist, so wurde er für das Volk, das sich seiner politischen Kraft bewußt geworden war, schlechthin unmöglich, weil er die ganze Barbarei, Frevelhaftigkeit und Sinnlosigkeit des Zarismus verkörpert.

Die Revolution lehrt. Sie erteilt allen Klassen des Volkes und allen Völkern Rußlands ausgezeichneten Anschauungsunterricht über das *Wesen der Verfassung*. Die Revolution lehrt dadurch, daß sie die zu lösenden nächsten Aufgaben der Politik in ihrer augenfälligsten, greifbarsten Aktualität herausstellt, daß sie die Volksmassen zwingt, diese Aufgaben tief innerlich zu empfinden, daß sie die Existenz des Volkes direkt von der Lösung dieser Aufgaben abhängig macht und die Untauglichkeit all und jeder Vertuschung, Ausflucht, Zusicherung und Anerkennung in der Praxis entlarvt. „Man hat uns alles gegeben, aber wir haben nichts.“ Denn „gegeben“ hat man uns nur Zusicherungen, denn wirkliche Macht haben wir nicht. Wir sind dicht an die Freiheit herangekommen, wir haben alle und jeden, sogar den Zaren gezwungen, die Notwendigkeit der Freiheit anzuerkennen. Aber wir brauchen nicht die Anerkennung der Freiheit, sondern die Freiheit selbst. Wir brauchen nicht einen Wisch, der den Volksvertretern gesetzgeberische Rechte verspricht. Wir brauchen die tatsächliche Herrschaft des Volkes. Je mehr wir uns ihr nähern, desto ärger entbehren wir sie. Je verlockender die Zarenmanifeste sind, desto unmöglicher ist die Zarenmacht.

Der Kampf nähert sich der Entscheidung, der Lösung der Frage, ob die reale Macht in den Händen der zaristischen Regierung verbleibt. Was die Anerkennung der Revolution betrifft, so ist diese jetzt schon von allen anerkannt. Sie ist schon ziemlich lange von Herrn Struve und den Oswoboshdenzen anerkannt, sie ist jetzt von Herrn Witte anerkannt, sie ist auch von Nikolaus Romanow anerkannt. Ich verspreche euch alles, was ihr wollt, sagt der Zar, aber erhaltet mir meine Macht, gestattet mir, meine Versprechungen selbst zu erfüllen. Darauf läuft das Zarenmanifest hinaus, und es ist begreiflich, daß es den entschlossenen Kampf herausfordern mußte. Alles gewähre ich, außer der Macht — erklärt der Zarismus. Alles ist Blendwerk, außer der Macht — erwidert das revolutionäre Volk.

Die wahre Bedeutung jenes scheinbaren Widersinns, zu dem die Dinge in Rußland gekommen sind, besteht in dem Bestreben des Zarismus, die Revolution zu betrügen, durch einen Pakt mit der Bourgeoisie zu umgehen.

Der Zar verspricht der Bourgeoisie von Tag zu Tag mehr, um zu sondieren, ob nicht endlich eine allgemeine Schwenkung der besitzenden Klassen in der Richtung zur „Ordnung“ beginnt. Aber solange sich diese „Ordnung“ in den Exzessen Trepows und seiner Schwarzhundertschaften verkörpert, läuft der Appell des Zaren Gefahr, die Stimme des Predigers in der Wüste zu bleiben. Der Zar braucht sowohl Witte als auch Trepow: Witte, um die einen zu ködern, Trepow, um die andern in Schach zu halten; Witte für die Versprechungen, Trepow für die Taten; Witte für die Bourgeoisie, Trepow für das Proletariat. Und wieder entfaltet sich vor uns, aber auf einer unvergleichlich höheren Entwicklungsstufe, das gleiche Bild, das wir am Anfang der Moskauer Streiks sahen: die Liberalen verhandeln, die Arbeiter kämpfen.

Trepow hat seine Rolle und seine wahre Bedeutung ausgezeichnet begriffen. Er hatte es vielleicht nur allzu eilig — für den diplomatischen Witte —, aber er fürchtete eben, sich zu verspäten, als er sah, wie schnell die Revolution voranschreitet. Trepow war sogar zur Eile gezwungen, denn er merkte, daß die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte schwinden.

Zugleich mit dem Verfassungsmanifest der Selbstherrschaft begannen auch die Vorbeugungsmaßnahmen der Selbstherrschaft gegen die Verfassung. Die Schwarzhundertschaften fingen so zu wüten an, wie es Rußland noch nicht erlebt hatte. Berichte von Massakern und Pogromen, von unerhörten Bestialitäten kommen haufenweise aus allen Gegenden Rußlands. Es herrscht der weiße Terror. Überall, wo nur irgend möglich, mobilisiert und organisiert die Polizei den Abschaum der kapitalistischen Gesellschaft zu Raub und Gewalttat, setzt sie die Hefe der städtischen Bevölkerung unter Alkohol, veranstaltet sie Judenpogrome, hetzt sie zu Mißhandlungen der „Studenten“ und Rebellen auf, hilft sie die Semstwoleute „belehren“. Die Konterrevolution tobt sich aus. Trepow „bewährt sich“. Man schießt mit Mitrailleusen (Odessa), sticht Augen aus (Kiew), wirft Menschen vom fünften Stockwerk auf die Straße, stürmt ganze Häuser und liefert sie der Plünderung aus, legt Feuer an und erlaubt nicht, die Brände zu löschen, schießt alle nieder, die es wagen, sich den Schwarzhundertschaften zu widersetzen. Von Polen bis Sibirien, vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer — überall ein und dasselbe Bild.

Aber neben diesem Wüten der Schwarzhunderter, dieser Orgie der Selbstherrschaft, diesen letzten Zuckungen des zaristischen Ungeheuers

wird deutlich der immer neue Ansturm des Proletariats sichtbar, der wie immer nach jeder Flutwelle der Bewegung scheinbar abflaut, während das Proletariat in Wirklichkeit Kräfte sammelt und sich auf den entscheidenden Schlag vorbereitet. Die Exzesse der Polizei haben in Rußland jetzt aus den obengenannten Gründen einen ganz anderen Charakter angenommen, als sie früher hatten. Gleichzeitig mit den Racheakten der Kosaken und der „Revanche“ Trepows schreitet die Zersetzung der Zarenmacht unaufhaltsam fort. Das sieht man sowohl in der Provinz als auch in Finnland und in Petersburg, das zeigt sich auch dort, wo das Volk am meisten bedrückt und die politische Entwicklung am schwächsten ist, sowohl in den Randgebieten mit nichtrussischer Bevölkerung als auch in der Hauptstadt, wo sich das größte Drama der Revolution abzuspielen verspricht.

In der Tat, man vergleiche folgende zwei Telegramme, die wir einer uns vorliegenden Wiener bürgerlich-liberalen Zeitung entnehmen<sup>118</sup>: „In *Twer* wurde das Semstwoamt in Gegenwart des Gouverneurs Slepzow vom Mob überfallen und erobert. Das Haus wurde darauf an allen Ecken vom Pöbel angezündet. Die Feuerwehr weigerte sich, zu löschen, das anwesende Militär stand untätig zur Seite“ (wir bürgen natürlich nicht für die Richtigkeit gerade dieser Nachricht, aber daß solche und hundertmal schlimmere Dinge allenthalben geschehen, ist eine völlig unbestreitbare Tatsache). „In *Kasan* wurde die Polizei vom Volke entwaffnet, die Waffen an die Bevölkerung verteilt und eine Volksmiliz gebildet. Jetzt herrscht dort völlige Ruhe und Ordnung.“

Ist es nicht lehrreich, diese beiden Bilder gegeneinander zu halten? Hier Rache, Exzesse, Pogrome. Dort Sturz der zaristischen Macht und Organisation des siegreichen Aufstands.

Finnland zeigt uns dieselben Erscheinungen in unvergleichlich größerem Maßstab. Der Statthalter des Zaren ist vertrieben. Die lakaienhaften Senatoren sind vom Volk abgesetzt. Die russischen Gendarmen werden hinausgeworfen. Sie versuchen, sich durch Zerstörung der Eisenbahnverbindung zu rächen (Telegramm aus Haparanda vom 4. November n. St.). Darauf werden Abteilungen bewaffneter Volksmiliz ausgesandt, um die tollgewordenen Gendarmen zu verhaften. Eine Versammlung der Bürger in Torneå beschließt, die Einfuhr von Waffen und freiheitlicher Literatur zu organisieren. Tausende und aber Tausende melden sich in den Städten

und Dörfern zur finnischen Miliz. Es wird berichtet, daß die russische Garnison einer starken Festung (Sveaborg) dem aufständischen Volk ihre Sympathien ausgedrückt und die Festung der Volksmiliz übergeben hat. Finnland jubelt. Der Zar macht Zugeständnisse, er ist bereit, den Landtag einzuberufen, hebt das gesetzwidrige Manifest vom 15. Februar 1899 auf, nimmt die „Demission“ der vom Volk vertriebenen Senatoren an. Und zur selben Zeit rät das „Nowoje Wremja“, alle finnischen Häfen zu blockieren und den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Nach Telegrammen ausländischer Zeitungen wurden in Helsingfors viele russische Truppen einquartiert (es bleibt dahingestellt, inwieweit sie für die Unterdrückung des Aufstands geeignet sind). Russische Kriegsschiffe sollen in den inneren Hafen von Helsingfors eingelaufen sein.

Petersburg. Trepow rächt sich für den Jubel des revolutionären Volkes (über die dem Zaren abgerungenen Zugeständnisse). Die Kosaken wüten. Immer öfter kommt es zu blutigen Zusammenstößen. Die Polizei organisiert offen Schwarzhundertschaften. Die Arbeiter wollten am Sonntag, dem 5. November (23. Oktober), eine riesige Demonstration veranstalten. Sie wollten das Andenken ihrer Genossen, der im Kampf für die Freiheit gefallenen Helden, öffentlich ehren. Die Regierung bereitete ihrerseits ein riesiges Blutbad vor. Sie hielt für Petersburg dasselbe bereit, was sich in kleinerem Maßstab in Moskau abgespielt hatte (das Massaker bei der Beerdigung des Arbeiterführers Bauman). Trepow wollte den Moment ausnützen, bevor er seine Truppen durch die Entsendung eines Teils davon nach Finnland zersplittert hatte — den Moment, da die Arbeiter sich anschiekten, zu demonstrieren und nicht zu kämpfen.

Die Petersburger Arbeiter durchschauten die Absicht des Gegners. Die Demonstration wurde abgesagt. Das Arbeiterkomitee beschloß, die letzte Schlacht nicht in dem Augenblick zu liefern, den Trepow dafür auszusuchen geruht hatte. Das Arbeiterkomitee kalkulierte richtig, daß eine ganze Reihe von Ursachen (darunter der Aufstand in Finnland) einen Aufschub des Kampfes für Trepow unvorteilhaft, für uns vorteilhaft macht. Inzwischen aber wird die Bewaffnung energisch vorbereitet. Die Propaganda unter den Truppen macht ausgezeichnete Fortschritte. Nach Berichten sind 150 Matrosen der 14. und der 18. Marinedivision verhaftet und in den letzten anderthalb Wochen 92 Anzeigen gegen Offiziere wegen Sympathien für die Revolutionäre erstattet worden. Flugblätter, welche

die Truppen auffordern, auf die Seite des Volkes überzugehen, werden sogar an die Patrouillen verteilt, die Petersburg „bewachen“. Der starke Arm des revolutionären Proletariats erweitert die von Trepow gezogenen Grenzen der versprochenen Pressefreiheit. Wie die ausländischen Zeitungen berichten, sind am Sonnabend, dem 22. Oktober (4. November), nur jene Petersburger Zeitungen erschienen, die sich der Forderung der Arbeiter fügten, die Zensur zu ignorieren. Zwei deutsche Petersburger Zeitungen, die „loyal“ (knechtisch) zu bleiben wünschten, konnten nicht erscheinen. Die „legalen“ Zeitungen begannen in dem Augenblick, als die Grenzen des Legalen nicht mehr von Trepow, sondern vom Verband der Petersburger streikenden Arbeiter festgelegt wurden, eine ungewöhnlich mutige Sprache zu führen. „Der Streik, zeitweilig aufgeschoben“, telegraphiert man am 23. Oktober (5. November) der „Neuen Freien Presse“, „wird, wie erklärt wird, wieder eintreten, sobald die Zeit gekommen sein werde, den letzten Schlag gegen das alte Regime zu führen. Auf das Proletariat machte keine der Konzessionen der Regierung Eindruck. Die Lage ist sehr unklar und gefährdend, da die Revolutionsidee weitergreift und die Arbeiterschaft sich als Beherrscherin der Situation fühlt. Von hier (aus Petersburg) beginnt eine Massenflucht. Man besorgt eine Katastrophe.“

Die Entscheidung naht. Der Sieg des Volksaufstands ist nicht mehr fern. Die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie werden mit unerwarteter Schnelligkeit in die Tat umgesetzt. Mag sich Trepow noch eine Weile zwischen dem revolutionären Finnland und dem revolutionären Petersburg, zwischen den revolutionären Randgebieten und der revolutionären Provinz abhetzen. Mag er versuchen, wenigstens einen einzigen sicheren Ort für ungehinderte militärische Operationen zu finden. Möge das Zarenmanifest noch weiter bekannt, möge die Nachricht von den Ereignissen in den revolutionären Zentren noch mehr verbreitet werden — das wird uns neue Anhänger zuführen, und das wird in die sich lichtenden Reihen der Anhänger des Zarismus neues Schwanken, neue Zersetzung hineintragen.

Der politische Generalstreik in Rußland hat sein Werk ausgezeichnet getan, denn er hat den Aufstand weitergetrieben, dem Zarismus furchtbare Wunden geschlagen und die niederträchtige Komödie der niederträchtigen Reichsduma vereitelt. Die Generalprobe ist beendet. Wir stehen



allem Anschein nach am Vorabend des eigentlichen Dramas. Witte schwimmt in einem Strom von Worten. Trepow schwimmt in einem Strom von Blut. Dem Zaren sind allzu wenig Versprechungen geblieben, die er noch vergeben könnte. Trepow sind allzu wenig Schwarzhundertertruppen geblieben, die er noch in den letzten Kampf werfen könnte. Die Reihen des revolutionären Heeres aber wachsen, die Kräfte stählen sich in einzelnen Gefechten, das rote Banner erhebt sich immer höher über dem neuen Rußland.

„Proletari“ Nr. 25,  
16. (3.) November 1905.

Nach dem Text des „Proletari“.

EINFÜGUNG IN W. KALININS ARTIKEL  
„DER BAUERNKONGRESS“<sup>119</sup>

Wir sehen also, daß die bewußten Sozialisten den revolutionären Kampf der Bauernschaft, sogar der wohlhabenden, gegen die Beamten und Gutsbesitzer unbedingt unterstützen müssen. Die bewußten Sozialisten müssen jedoch klipp und klar sagen, daß die für die Bauern erwünschte „schwarze Umteilung“ bei weitem noch kein Sozialismus ist. Der Sozialismus erfordert, daß die Macht des Geldes, die Macht des Kapitals vernichtet, jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und die Warenwirtschaft beseitigt wird. Der Sozialismus erfordert, daß sowohl der Grund und Boden als auch die Fabriken in die Hände aller Werktätigen übergehen, die nach einem allgemeinen Plan eine Groß- (nicht aber eine zersplitterte Klein-) Produktion organisieren.

Der Kampf der Bauern für Land und Freiheit ist ein großer Schritt zum Sozialismus, aber er ist noch lange, lange nicht der Sozialismus selbst.

„Proletari“ Nr. 25,  
16. (3.) November 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

---

## ZWISCHEN ZWEI SCHLACHTEN

Genf, den 15. November n. St.

Die große Schlacht, die das Proletariat dem Zarismus geliefert hat, ist zu Ende. Der politische Generalstreik in Rußland ist anscheinend fast überall abgebrochen worden. Der Feind hat sich am weitesten an der einen Flanke (Finnland) zurückgezogen, sich dafür aber an der anderen (Belagerungszustand in Polen) fest eingegraben. Im Zentrum ist der Feind nur wenig zurückgewichen, hat jedoch eine starke neue Stellung bezogen und bereitet sich auf einen noch blutigeren und noch entschiedeneren Kampf vor. Kleinere Gefechte finden ununterbrochen auf der ganzen Linie statt. Beide Seiten beeilen sich, ihre Verluste aufzufüllen, ihre Reihen zu schließen, sich für die nächste Schlacht möglichst gut zu organisieren und zu bewaffnen.

So ungefähr ist im gegenwärtigen Augenblick die Lage auf dem Schauplatz des Freiheitskampfes. Der Bürgerkrieg unterscheidet sich seiner Natur nach von anderen Kriegen dadurch, daß die Kampfformen viel mannigfaltiger sind, die Zahl und die Zusammensetzung der Kämpfenden auf beiden Seiten kaum berechnet werden können und stark schwanken, die Versuche, Frieden oder auch nur Waffenstillstand zu schließen, nicht von den Kämpfenden ausgehen und sich in der absonderlichsten Weise mit den Kampfhandlungen verflechten.

Zeitweilige Pausen in den Kampfhandlungen spornen besonders die Unternehmungslust der „Friedensstifter“ an. Witte bemüht sich aus Leibeskräften, sowohl direkt als auch durch die Reptilienpresse als ein solcher „Friedensstifter“ zu erscheinen und seine Rolle als diplomatischer Lakai

des Zarismus nach Möglichkeit zu verbergen. Eine Regierungsverlautbarung gibt — zur Genugtuung naiver Liberaler — zu, daß sich die Polizei an den Heldentaten der Schwarzhunderter beteiligt hat. Die vor der Regierung liebedienende Presse (beispielsweise das „Nowoje Wremja“) tut so, als verurteile sie die Ausschreitungen der Reaktionäre und natürlich auch die „Ausschreitungen“ der Revolutionäre. Die extremen Vertreter der Reaktion (Pobedonoszew, Wladimir, Trepow) ziehen sich zurück, unzufrieden mit dem kleinlichen Spiel. Teilweise begreifen sie in ihrer Dummheit nicht, wie vorteilhaft dieses Spiel ist, durch das man dem Zarismus die größtmögliche Macht erhalten will; teilweise spekulieren sie — und spekulieren richtig — darauf, daß es für sie besser ist, völlig freie Hand zu haben und sich an demselben Spiel zu beteiligen, aber in einer anderen Rolle, nämlich in der Rolle „unabhängiger“ Kämpfer für die Macht des Monarchen, in der Rolle „freier“ Rächer für die (durch die Revolutionäre) „entweihten nationalen Gefühle des russischen Volkes“, einfacher gesagt, in der Rolle von Führern der Schwarzhunderter.

Witte reibt sich angesichts der „großartigen“ Erfolge seines erstaunlich schlaun Spiels vor Vergnügen die Hände. Er bewahrt die Unschuld des Liberalismus, bietet den Führern der Kadettenpartei (sogar Miljukow, laut Telegramm des Korrespondenten von „Le Temps“) aufdringlich Ministerportefeuilles an, schreibt Herrn Struve eigenhändig einen Brief mit dem Angebot, in die Heimat zurückzukehren, und bemüht sich, den „Weißen“ zu spielen, der den „Roten“ wie den „Schwarzen“ gleich fernsteht. Und gleichzeitig erwirbt er, während er die Unschuld bewahrt, auch noch Kapital, denn er bleibt das Haupt der zaristischen Regierung, die alle Macht in ihren Händen behält und nur auf einen günstigen Augenblick wartet, um zum entscheidenden Angriff auf die Revolution überzugehen.

Die von uns im „Proletari“ gegebene Charakteristik Wittes wird voll- auf bestätigt. Das ist ein Ministerclown seinen Methoden, seinen „Talenten“ und seiner Bestimmung nach. Das ist, nach den realen Kräften, über die er bis jetzt verfügt, ein Minister der liberalen Bürokratie, denn mit der liberalen Bourgeoisie konnte er noch nicht handelseins werden. Allerdings kommt dieses Handelsgeschäft trotz allem allmählich voran. Die Händler nennen ihren äußersten Preis, schlagen mit der Hand ein und verschieben den Abschluß des Geschäfts bis zu den Entscheidungen der dieser Tage bevorstehenden Semstwotagung. Witte bemüht sich, die bür-

gerliche Intelligenz zu bestechen, indem er das Wahlrecht zu den Duma-wahlen erweitert, einen Bildungszensus gewährt, sogar den Arbeitern (die sich im indirekten Wahlsystem der „Arbeiterkurie“ mit 21 Plätzen begnügen sollen!) einen armseligen Brocken hinwirft und schwört, daß die Duma nur zusammzutreten und daß sie, oder wenigstens eine Minderheit in ihr, sich nur für das allgemeine Wahlrecht auszusprechen brauche, damit seine, Wittes, Unterstützung dieser Forderung völlig, ja völlig gesichert sei.

Doch das Handelsgeschäft ist trotzdem bis jetzt nicht zustande gekommen. Die Händler führen ihre Verhandlungen unter Umgehung derer, die wirklich kämpfen, und das muß zwangsläufig die Anstrengungen unserer „ehrlichen Makler“ paralisieren. Die liberale Bourgeoisie würde an und für sich die Reichsduma gern akzeptieren — sie hat sie doch sogar in der „beratenden“ Form akzeptiert, sie hat doch den aktiven Boykott bereits im September verworfen. Aber der springende Punkt ist eben, daß in den zwei Monaten, die seitdem vergangen sind, die Revolution einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht hat, daß das Proletariat eine ernste Schlacht geliefert und zum erstenmal sofort einen großen Sieg errungen hat. Die Reichsduma, diese verächtliche und niederträchtige Komödie einer Volksvertretung, ist begraben: Sie wurde vom ersten Stoß des mächtig anstürmenden Proletariats hinweggefegt. Die Revolution entlarvte in wenigen Wochen die Kurzsichtigkeit derer, die in die Bulyginsche Duma gehen oder die in die Duma Gehenden unterstützen wollten. Die Taktik des aktiven Boykotts erhielt die glänzendste Bestätigung, die der Taktik politischer Parteien in Kampfsituationen zuteil werden kann: die Bestätigung durch die Tat, die Erprobung durch den Gang der Ereignisse, die Anerkennung dessen als unbestrittene und unbestreitbare Tatsache, was gestern kurzsichtigen Leuten und feigen Krämerseelen ein allzu kühner „Sprung ins Ungewisse“ zu sein schien.

Die Arbeiterklasse hat den „Duma“komödianten einen gehörigen Schrecken eingejagt, einen solchen Schrecken, daß sie sich jetzt fürchten, ihren Fuß auf diese wacklige, baufällige Brücke zu setzen, sich sogar fürchten, an die Haltbarkeit der „neuesten“, von den staatlichen „Handwerkern“ hastig ausgeführten Reparatur zu glauben. Die Rollen sind jetzt etwas anders verteilt. Gestern wollten die Genossen Parvus, Tscherewanin und Martow denen, die diese Brücke betreten, eine revolutionäre

Verpflichtung abverlangen, nämlich die Verpflichtung, in der Duma die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu fordern. Heute nimmt den Platz dieser Sozialdemokraten der Vorsitzende des Ministerrats, Graf Sergej Juljewitsch Witte ein, der bereits die „revolutionäre“ Verpflichtung abgibt, die Forderung nach Einberufung der konstituierenden Versammlung zu unterstützen, wenn sie auch nur von einem einzigen Dumamitglied ausgesprochen wird.

Doch die liberalen Bourgeois, die Kadetten, haben sich beim erstenmal derart blamiert, daß sie die traurige Erfahrung nicht wiederholen möchten. Sie hatten die „Wahlkampagne“ schon tadellos vorbereitet, unsere wackeren Parlamentarier aus dem „Oswoboshdenije“ und den „Russkije Wedomosti“; sie hatten schon einen Zentralausschuß zur Leitung dieser Kampagne gewählt; sie hatten sogar eine Rechtsberatungsstelle eingerichtet, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, ob der Landeshauptmann das Recht hat, die Wahlmänner der Bauern selbst auseinanderzujagen, oder ob er vorher beim Gouverneur anfragen muß. Kurzum, sie waren schon dabei, sich auf dem allen russischen Oblomows geschenkten Sofa schlafen zu legen, als plötzlich... das Proletariat mit einer unhöflichen Schulterbewegung die Duma samt der „Dumakampagne“ über den Haufen warf. Kein Wunder, daß die liberalen Bourgeois jetzt nicht geneigt sind, dem freundlichen Grafen „die revolutionären Verpflichtungen“ zu glauben. Kein Wunder, daß sie jetzt weniger geneigt sind, in die ihnen dargebotene gräfliche Hand einzuschlagen, daß sie öfter nach links schielen, obgleich ihnen angesichts der prächtigen, mit neuem Zuckerguß verzierten Dumatorte das Wasser im Mund zusammenläuft.

Wittes Verhandlungen mit den Führern der liberalen Bourgeoisie kommt zweifellos sehr ernste politische Bedeutung zu, allerdings nur in der Hinsicht, daß sie noch einmal die innere Verwandtschaft der sich liberal gebärdenden Bürokratie mit den Verteidigern der Kapitalinteressen bestätigen, nur in der Hinsicht, daß sie noch einmal zeigen, wie und von wem die russische Revolution *begraben* werden soll. Aber diese Verhandlungen und Abmachungen können deshalb nicht von Erfolg gekrönt sein, weil die Revolution noch lebt. Die Revolution lebt nicht nur, sie ist stärker denn je zuvor, sie hat noch lange, lange nicht ihr letztes Wort gesprochen, sie hat eben erst begonnen, die Kräfte des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft wirklich breit zu entfalten. Das ist der Grund, weshalb die

Verhandlungen und Abmachungen des Ministerclowns mit der Bourgeoisie so leblos wirken: Sie können während des heißen Kampfes, in dem sich die feindlichen Kräfte zwischen zwei entscheidenden Schlachten gegenüberstehen, keine ernste Bedeutung gewinnen.

In einer solchen Zeit muß die Politik des revolutionären Proletariats, das sich seiner welthistorischen Ziele bewußt ist, das nicht nur die politische, sondern auch die ökonomische Befreiung der Werktätigen anstrebt, das nicht für einen Augenblick seine sozialistischen Aufgaben vergißt — muß seine Politik besonders fest, klar und bestimmt sein. Den niederträchtigen Lügen des Ministerclowns, den bornierten konstitutionellen Illusionen der Liberalen und bürgerlichen Demokraten muß das Proletariat energischer denn je seine Losung — Sturz der Zarenmacht durch den bewaffneten Volksaufstand — entgegenstellen. Das revolutionäre Proletariat verabscheut jedwede Heuchelei und bekämpft schonungslos alle Versuche, den wirklichen Stand der Dinge zu vertuschen. In den jetzigen Reden über das konstitutionelle Regime in Rußland ist jedes Wort eine Heuchelei, jeder Satz eine alte, abgeschmackte Lüge, die dem Ziel dient, diese oder jene Überreste des absolutistisch-leibeigenschaftlichen Rußlands zu retten.

Man schwatzt von Freiheit, faselt von Volksvertretung, schwingt Reden über eine konstituierende Versammlung und vergißt dabei ständig, täglich und stündlich, daß all diese schönen Dinge ohne ernste Garantien hohle Phrasen sind. Eine ernste Garantie kann aber *nur* der siegreiche Volksaufstand sein, *nur* die volle Herrschaft des bewaffneten Proletariats und der bewaffneten Bauernschaft über alle Vertreter der Zarenmacht, die vor dem Volk zwar einen Schritt zurückgewichen sind, aber dem Volk noch lange nicht untergeordnet, vom Volk noch lange nicht gestürzt sind. Und solange *dieses* Ziel nicht erreicht ist, *kann* es eine wirkliche Freiheit, eine wahrhafte Volksvertretung, eine tatsächlich *konstituierende* Versammlung, welche die Kraft hätte, neue Zustände in Rußland einzuführen, *nicht geben*.

Was ist eine Verfassung? Ein Stück Papier, auf dem die Rechte des Volkes niedergeschrieben sind. Worin besteht die Garantie, daß diese Rechte tatsächlich anerkannt werden? In der *Stärke* jener Klassen des Volkes, die sich dieser Rechte bewußt sind und sie erzwungen haben. Wir werden uns nicht von Worten betören lassen — das steht allein den Schönrednern der bürgerlichen Demokratie an —, wir werden nicht auf eine

Minute vergessen, daß sich die *Stärke* nur im siegreichen Kampf erweist und daß wir bei weitem noch keinen vollen Sieg errungen haben. Wir werden schönen Phrasen nicht glauben, denn gerade jetzt durchleben wir eine Zeit, in der offen gekämpft wird, in der alle Phrasen und alle Versprechungen sofort an Taten überprüft werden, in der man das Volk mit Worten, Manifesten und Zusicherungen einer Verfassung *hinters Licht führt* und danach trachtet, seine Kräfte zu schwächen, seine Reihen zu zersplittern, es zur Waffenstreckung zu bewegen. Es gibt nichts Heuchlerischeres als dergleichen Versprechungen und Phrasen, und wir können mit Stolz sagen, daß das russische Proletariat bereits reif genug ist, um sowohl gegen die nackte Gewalt als auch gegen die liberal-konstitutionelle Lüge zu kämpfen. Ein Beweis dafür ist der Aufruf der Eisenbahnarbeiter, von dem die Auslandspresse unlängst berichtet hat (das Original besitzen wir leider nicht). Sammelt Waffen, Genossen, sagt dieser Aufruf, organisiert euch unermüdlich, mit verzehnfachter Energie zum Kampf. Nur wenn wir bewaffnet sind und fest zusammenstehen, werden wir das Erkämpfte behaupten und die volle Verwirklichung unserer Forderungen erreichen können. Zu gegebener Zeit werden wir uns wieder alle wie ein Mann erheben — zum neuen, noch hartnäckigeren Kampf für die volle Freiheit.

Seht, das sind unsere einzigen Garantien! Seht, das ist die einzige *Verfassung* eines freien Rußlands, die nicht illusorisch ist! Betrachtet doch einmal das Manifest vom 17. Oktober und die russische Wirklichkeit: Kann etwas aufschlußreicher sein als diese *Anerkennung* der Verfassung durch den Zaren auf dem Papier und — die wirkliche „Verfassung“, die wirkliche Ausübung der Zarenmacht? Das Zarenmanifest enthält doch Versprechungen von zweifellos konstitutionellem Charakter. Und nun seht euch den Wert solcher Versprechungen an. Die Person ist für unantastbar erklärt worden. Diejenigen jedoch, die der Selbstherrschaft unbequem sind, bleiben im Gefängnis, in der Verbannung, im Exil. Die Versammlungsfreiheit ist verkündet worden. Aber die Universitäten, die zum erstenmal in Rußland die Versammlungsfreiheit praktisch durchgesetzt haben, sind geschlossen und ihre Eingänge werden von Polizei und Militär bewacht. Die Presse ist frei — und daher wird das Organ, das die Interessen der Arbeiter vertritt, die Zeitung „Nowaja Shisn“<sup>120</sup>, wegen der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Programms konfisziert. An die Stelle der Schwarzhunderterminister sind Minister getreten, die eine



Rechtsordnung proklamiert haben. Die Schwarzhunderter jedoch „arbeiten“ mit Hilfe von Polizei und Militär noch stärker auf der Straße, und sie dürfen die dem Zarismus unbequemen Bürger des freien Rußlands frei und ungestraft erschießen, mißhandeln und zu Krüppeln schlagen.

Man muß blind oder vom Klassenegoismus verblendet sein, um angesichts solch eindringlicher Lehren des Lebens heute noch dem wirklich ernste Bedeutung beizumessen, ob Witte das allgemeine Wahlrecht verspricht oder ob der Zar ein Manifest über die Einberufung einer „konstituierenden“ Versammlung unterschreibt. Selbst wenn diese „Akte“ vollzogen würden, entschieden sie dennoch nicht den Ausgang des Kampfes, schufen sie dennoch keine wirkliche Freiheit der Wahlagitation, böten sie dennoch keine Gewähr für eine vom ganzen Volk gewählte und wirklich konstituierende Vertreterversammlung. Die konstituierende Versammlung soll die Lebensordnung im neuen Rußland juristisch verankern, ihr als Parlament rechtskräftige Form geben; bevor man jedoch den Sieg des Neuen über das Alte verankern kann und damit man diesem Sieg rechtskräftige Form geben kann, muß man wirklich siegen, muß man die Macht der alten Institutionen brechen, sie hinwegfegen, das alte Gebäude dem Erdboden gleichmachen und die Möglichkeit eines einigermaßen ernsthaften Widerstands seitens der Polizei und ihrer Banden ausschalten.

Nur der volle Sieg des Aufstands, der Sturz der Zarenmacht und deren Ablösung durch eine provisorische revolutionäre Regierung kann die volle Freiheit der Wahlen, die volle Macht der konstituierenden Versammlung gewährleisten. Darauf müssen alle unsere Anstrengungen gerichtet sein, die Organisation und die Vorbereitung des Aufstands müssen unbedingt an erster Stelle stehen. Nur in dem Maße, wie der Aufstand siegreich und sein Sieg eine entscheidende Niederlage des Feindes sein wird — nur in dem Maße wird auch die Versammlung der Volksvertreter nicht nur auf dem Papier vom ganzen Volk gewählt und nicht nur in Worten konstituierend sein.

Nieder mit aller Heuchelei, aller Verlogenheit und allen Ausflüchten! Der Krieg ist erklärt, der Krieg ist in vollem Gange, wir haben jetzt eine kleine Atempause zwischen zwei Schlachten. Einen Mittelweg gibt es nicht. Eine Partei von „Weißen“ ist glatter Betrug. Wer nicht für die Revolution ist, der ist ein Schwarzhunderter. Das behaupten nicht nur wir. Das ist keine von uns erfundene Formulierung. Davon spricht zu allen und jedem

das von Blut gerötete Straßenpflaster in Moskau und Odessa, in Kronstadt und im Kaukasus, in Polen und in Tomsk.

Wer nicht für die Revolution ist, der ist ein Schwarzhunderter. Wer nicht dulden will, daß die russische Freiheit eine Freiheit des Polizeiterrors, der Bestechung, der Verdummung durch Alkohol und des heimtückischen Überfalls auf Wehrlose ist, der muß sich selbst bewaffnen und unverzüglich auf die Schlacht vorbereiten. Wir müssen nicht ein Versprechen der Freiheit, nicht ein Stück Papier über die Freiheit, sondern die wirkliche Freiheit erkämpfen. Wir müssen nicht eine Demütigung der Zarenmacht, nicht eine Anerkennung der Volksrechte durch sie, sondern die Vernichtung dieser Macht erreichen, denn die Zarenherrschaft ist die Herrschaft der Schwarzhunderter über Rußland. Und auch das ist durchaus nicht unsere Schlußfolgerung. Das ist die Schlußfolgerung des Lebens. Das ist die Lehre der Ereignisse. Das ist die Stimme jener, die bis jetzt jeder revolutionären Lehre fremd gegenübergestanden haben und die nicht wagen dürfen, auf der Straße, in Versammlungen oder zu Hause einen freien Schritt zu tun oder ein freies Wort zu sagen, ohne sich der unmittelbaren und drohenden Gefahr auszusetzen, von der Bande der Zarenanhänger zertraten, zerfleischt und zerrissen zu werden.

Die Revolution hat diese „Volkskräfte“, die Kräfte der Zarenanhänger, endlich gezwungen, ans Tageslicht zu kommen. Sie hat die Zarenmacht gezwungen, vor aller Augen zu zeigen, auf wen sich diese Macht in Wirklichkeit stützt, wer sie in Wirklichkeit unterstützt. Seht sie, seht diese Armee der vertierten Polizisten, der bis zum Stumpfsinn gedrillten Soldaten, der verkommenen Popen, der verrohten Ladenbesitzer, des unter Alkohol gesetzten Abschaums der kapitalistischen Gesellschaft. Seht, wer jetzt in Rußland herrscht, unter der direkten und indirekten Mitwirkung von neun Zehnteln aller unserer Regierungsinstitutionen. Seht sie, die russische Vendée<sup>121</sup>, die der französischen Vendée ebenso gleicht wie der „gesetzmäßige“ Monarch Nikolaus Romanow dem Emporkömmling Napoleon. Und unsere Vendée hat gleichfalls noch nicht ihr letztes Wort gesprochen — gebt euch keiner Täuschung darüber hin, Bürger. Sie ist ebenfalls erst dabei, sich voll zu entfalten. Sie hat ebenfalls noch „Vorräte an Zündstoff“, angehäuft in den Jahrhunderten der Finsternis, der Rechtlosigkeit, der Leibeigenschaft, der Polizeiallmacht. Sie vereinigt in sich die ganze Barbarei des Asiatentums mit all den widerwärtigen Seiten raffiner-

ter Methoden zur Ausbeutung und Verdummung all derer, die durch die kapitalistische Zivilisation der Stadt am meisten zu Boden gedrückt und bis aufs Blut gequält werden, all derer, die schlimmer leben als Tiere. Diese Vendée wird weder durch Manifeste des Zaren noch durch Episteln des Synods oder durch Veränderungen in der höheren oder niederen Bürokratie verschwinden. Sie kann nur durch die Kraft des organisierten und aufgeklärten Proletariats gebrochen werden, denn nur das Proletariat, selbst ausgebeutet, ist imstande, alle tiefer Stehenden emporzuziehen, in ihnen den Menschen und Bürger zu wecken, ihnen den Weg zur Befreiung von jeglicher Ausbeutung zu zeigen. Nur das Proletariat kann den Kern einer machtvollen revolutionären Armee schaffen, machtvoll sowohl durch ihre Ideale als auch durch ihre Disziplin, sowohl durch ihre Organisation als auch durch ihren Heroismus im Kampf, alles Eigenschaften, denen keine Vendée standzuhalten vermag.

Und das Proletariat hat, geführt von der Sozialdemokratie, schon überall mit der Bildung dieser revolutionären Armee begonnen. Ihren Reihen müssen sich alle anschließen, die nicht zur Armee der Schwarzhunderter gehören wollen. Der Bürgerkrieg kennt keine Neutralen. Wer ihm fernbleibt, der unterstützt durch seine Passivität die triumphierenden Schwarzhunderter. Auch das Heer zerfällt in eine rote und eine schwarze Armee. Vor knapp zwei Wochen wiesen wir darauf hin, wie rasch es in den Freiheitskampf einbezogen wird. Das Beispiel von Kronstadt zeigte das anschaulich. Mag die Regierung des Schurken Witte den Aufstand in Kronstadt besiegt haben<sup>122</sup>, mag sie jetzt Hunderte von Matrosen erschießen, die wieder einmal die rote Flagge gehißt haben — diese Flagge wird noch höher wehen, denn sie ist das Banner aller Werktätigen und Ausgebeuteten in der ganzen Welt. Mag die Reptilienpresse vom Schlage des „Nowoje Wremja“ von der Neutralität des Heeres schreien — diese gemeine und heuchlerische Lüge zerstiebt wie Spreu vor jeder neuen Schandtat der Schwarzhunderter. Das Heer kann nicht, war niemals und wird niemals neutral sein. Es zerfällt gerade jetzt mit ungeheurer Schnelligkeit in das Heer der Freiheit und das Heer der Schwarzhunderter. Wir werden diesen Zerfall beschleunigen. Wir werden alle Unentschlossenen und Schwankenden anprangern, die vor dem Gedanken zurückscheuen, daß man unverzüglich eine Volksmiliz aufstellen muß (die Moskauer Duma hat, nach den letzten Meldungen der Auslandspresse, das Projekt, eine Volksmiliz zu

bilden, abgelehnt). Wir werden unsere Agitation unter den Massen, unsere organisatorische Tätigkeit zur Bildung revolutionärer Abteilungen verzehnfachen. Die Armee des klassenbewußten Proletariats wird sich dann mit den roten Abteilungen des russischen Heeres verschmelzen — und dann wollen wir sehen, ob die Schwarzhundtschaften der Polizei das ganze neue, das ganze junge, das ganze freie Rußland besiegen werden!

„Proletari“ Nr. 26,  
25. (12.) November 1905.

*Nach dem Text des „Proletari“.*

## ANMERKUNGEN



<sup>1</sup> Das Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ wurde von Lenin im Juni-Juli 1905 in Genf verfaßt und Ende Juli 1905 vom Zentralkomitee der SDAPR in Genf herausgegeben. Im gleichen Jahr wurde das Werk in Rußland zweimal neu aufgelegt, und zwar vom Zentralkomitee der SDAPR und vom Moskauer Komitee der SDAPR in einer Sonderauflage von 10 000 Exemplaren.

Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ wurde illegal im ganzen Lande verbreitet: in Petersburg, Moskau, Kasan, Tiflis, Baku und anderen Städten. Bei Verhaftungen und Haussuchungen fand die Polizei in manchen Fällen zehn und mehr Exemplare. Am 19. Februar 1907 ordnete das Petersburger Presseamt die Beschlagnahme dieses Werkes an, und am 22. Dezember des gleichen Jahres verfügte das Petersburger Kammergericht seine Einstampfung.

1907 veröffentlichte Lenin die durch neue Fußnoten ergänzten „Zwei Taktiken“ in dem Sammelband „12 Jahre“. Das Vorbereitungsmaterial zu den „Zwei Taktiken“ — Lenins Entwürfe, Konzepte und Notizen — wurde in den Lenin-Sammelbänden V, S. 315—320, und XVI, S. 151—156, russ., veröffentlicht. 1

<sup>2</sup> „Proletari“ (Der Proletarier) — illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß am 27. April (10. Mai) 1905 die Ernennung W. I. Lenins zum verantwortlichen Redakteur des ZO.

Der „Proletari“ erschien vom 27. (14.) Mai bis zum 25. (12.) November 1905 in Genf. Es kamen 26 Nummern heraus. Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski und M. S. Olminski. Der „Proletari“ setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra“ und des bolschewistischen „Wperjod“ (Vorwärts) fort. Lenin schrieb für die

Zeitung mehr als 50 Artikel und Notizen. Seine Artikel aus dem „Proletari“ wurden von den lokalen Presseorganen der Bolschewiki nachgedruckt und erschienen auch als Flugblätter.

Bald nachdem Lenin im November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari“ sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (25 und 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski. 3

<sup>8</sup> „*Oswoboshdenije*“ (Die Befreiung) — Halbmonatsschrift der liberalen Bourgeoisie, die unter der Redaktion von P. B. Struve 1902—1905 im Ausland erschien. Von Januar 1904 ab wurde sie zum Organ des liberal-monarchistischen „Bundes der Befreiung“. Später wurden die *Oswoboshdenzen* zum Kern der Kadettenpartei. 5

<sup>4</sup> Es handelt sich hier um die neue, die menschowistische „Iskra“. Nach dem II. Parteitag der SDAPR bemächtigten sich die Menschewiki mit Unterstützung Plechanows der „Iskra“. Seit November 1903, beginnend mit Nummer 52, wurde die „Iskra“ zum menschowistischen Organ und erschien bis Oktober 1905. 5

<sup>5</sup> Die „*Bulyginsche Kommission*“ wurde durch Erlaß des Zaren im Februar 1905 unter dem Vorsitz des Innenministers A. G. Bulygin geschaffen. Die Kommission bereitete einen Gesetzentwurf zur Einberufung einer beratenden Reichsduma und eine Wahlordnung zur Duma vor, die zusammen mit dem Zarenmanifest am 6. (19.) August 1905 veröffentlicht wurden. Die Bolschewiki erklärten den aktiven Boykott gegen die Bulyginsche Duma. Der Regierung gelang es nicht, die Duma einzuberufen, sie wurde durch die Kraft der Revolution hinweggefegt. Über den Boykott der Bulyginschen Duma siehe den vorliegenden Band, S. 172—180. 7

<sup>6</sup> Die *Konstitutionell-Demokratische Partei* (Kadetten) — stärkste bürgerliche Partei Rußlands, Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, wurde im Oktober 1905 gegründet. Indem sie einen verlogenen Demokratismus vortäuschten und sich Partei der „Volksfreiheit“ nannten, versuchten die Kadetten, die Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen. Sie wollten den Zarismus als konstitutionelle Monarchie erhalten. Später wurden die Kadetten zur Partei der imperialistischen Bourgeoisie. Nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution organisierten sie konterrevolutionäre Verschwörungen und Aufstände gegen die Sowjetrepublik. 7

<sup>7</sup> *Millerandismus* — opportunistische Strömung, benannt nach dem französischen Sozialisten und ausgesprochenen Reformisten Millerand, der 1899 in eine reaktionäre bürgerliche Regierung eintrat, welcher auch General Galliffet, der Henker der Pariser Kommune, angehörte. 16



- <sup>8</sup> „*Neue Rheinische Zeitung*“ — wurde vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849 in Köln unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Ihr Chefredakteur war Marx. Ab Nr. 301, nach der Ausweisung von Marx, mußte die Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Über die „*Neue Rheinische Zeitung*“ siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1957, S. 305–313. 19
- <sup>9</sup> „*Sozialdemokrat*“ — menschewistische Zeitung, die in georgischer Sprache von April bis November 1905 in Tiflis erschien.  
Der Artikel „*Der Semski Sobor und unsere Taktik*“ stammt von N. Shordanija, dem Führer der kaukasischen Menschewiki. Lenin kritisiert diesen Artikel ausführlich im 7. Kapitel des Werkes „*Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 49–53.) 22
- <sup>10</sup> Lenin meint die „konstitutionelle“ Plattform D. N. Schipows, eines Führers der liberalen Semstwobewegung in den neunziger Jahren und um die Jahrhundertwende. Die Plattform lief darauf hinaus, die durch eine „vom Zaren geschenkte“ Verfassung leicht eingeschränkte zaristische Selbstherrschaft aufrechtzuerhalten. 24
- <sup>11</sup> „*Russkaja Starina*“ (Das alte Rußland) — Monatsschrift für Geschichte, die von 1870 bis 1918 in Petersburg erschien. 29
- <sup>12</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1957, S. 376–378. 30
- <sup>13</sup> Lenin bezieht sich hier auf das Werk „*Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle*. Herausgegeben von Franz Mehring“, Band III, Stuttgart 1902, S. 211. Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1957, S. 56. 46
- <sup>14</sup> Gemeint ist die auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommene Resolution Starowers (Pseudonym des Menschewiks A. N. Potressow) über das Verhältnis zu den Liberalen. Diese Resolution wurde von Lenin auch in dem Artikel „*Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie*“ kritisiert. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 54–63, russ.) 48
- <sup>15</sup> „*Parlamentarischer Kretinismus*“, ein von Marx und Engels geprägter Ausdruck. Engels schrieb in „*Revolution und Konterrevolution in Deutschland*“ über die Linken in der Frankfurter Nationalversammlung: „Seit Beginn ihrer parlamentarischen Laufbahn waren sie mehr als jede andere Fraktion der Versammlung von der unheilbaren Krankheit des *parlamentarischen*“
- <sup>31</sup> Lenin, Werke, Bd. 9

- Kretinismus* befallen, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhebenden Überzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft, durch die Stimmenmehrheit jener besonderen Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen..." (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, Berlin 1953, S. 123.) 52
- <sup>16</sup> Gemeint sind die Meinungsverschiedenheiten bei der Erörterung des Entwurfs zu einem Agrarprogramm auf dem Breslauer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1895. 54
- <sup>17</sup> „*Rabotscheje Delo*“ (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomen“, unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“, erschien von 1899 bis 1902 in Genf. Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „*Rabotscheje Delo*“ findet man in Lenins Werk „Was tun?“ 59
- <sup>18</sup> Es handelt sich um eine gegen den Plan der Leninschen „*Iskra*“ gerichtete Broschüre Nadeshdins (Pseudonym J. O. Selenskis), die Lenin bereits 1902 in seinem Werk „Was tun?“ kritisiert hatte. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 355 bis 551.) 59
- <sup>19</sup> Gemeint sind Lenins Artikel „Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung“ und „Die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, die in den Nummern 13 und 14 der bolschewistischen Zeitung „*Wperjod*“ veröffentlicht wurden. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 247—274, russ.) 68
- <sup>20</sup> Lenin meint das Programm, das 1874 von der Londoner Gruppe der Blanquisten, ehemaligen Mitgliedern der Pariser Kommune, herausgegeben wurde. (Siehe den Artikel von F. Engels „Emigrantenliteratur. II. Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge“ in „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871—1875)“, Berlin 1957.)
- Blanquisten* — Anhänger des französischen Revolutionärs Louis-Auguste Blanqui (1805—1881). Die Klassiker des Marxismus-Leninismus sahen in Blanqui einen hervorragenden Revolutionär und Streiter für den Sozialismus, kritisierten aber zugleich die verschwörerischen Methoden seiner Tätigkeit. In der Einleitung zu Marx' Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ schrieb Engels über die Blanquisten: „Großgezogen in der Schule der Verschwörung, zusammengehalten durch die ihr entsprechende straffe Disziplin, gingen sie von der Ansicht aus, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl entschlossener, wohlorganisierter Männer imstande sei, in einem gegebenen günstigen Moment das Staatsruder nicht nur zu ergreifen, sondern auch

durch Entfaltung großer, rücksichtsloser Energie so lange zu behaupten, bis es ihr gelungen, die Masse des Volks in die Revolution hineinzureißen und um die führende kleine Schar zu gruppieren.“ (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1957, S. 455.) 70

- <sup>21</sup> Das *Erfurter Programm* der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 angenommen. Eine Kritik des Programms siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 74–87, und Lenins Werk „Staat und Revolution“. 75
- <sup>22</sup> Zum 10. Kapitel des Werkes „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ schrieb Lenin im Juli 1905 eine Anmerkung. In die erste Ausgabe wurde diese Anmerkung nicht aufgenommen, sie wurde erstmalig 1926 im Lenin-Sammelband V veröffentlicht. 76
- <sup>23</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 568 bis 572. 76
- <sup>24</sup> Lenin bezieht sich auf seinen Artikel „Über die provisorische revolutionäre Regierung“ (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 427–447, russ.) sowie den Artikel von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873“, in dem Engels die von Lenin erwähnte Resolution der Bakunisten kritisiert. (Siehe Friedrich Engels, „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871–1875)“, Berlin 1957.) 83
- <sup>25</sup> „Credo“ — Glaubenssymbol, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. Unter dieser Bezeichnung wurde das 1899 von einer Gruppe „Ökonomen“ (S. N. Prokopowitsch, J. D. Kuskowa und anderen, die später zu Kadetten wurden) veröffentlichte Manifest bekannt. In diesem Manifest kam der opportunistische Charakter des russischen „Ökonomismus“ äußerst klar zum Ausdruck. Lenin verfaßte einen scharfen Protest, in welchem er die Ansichten der „Ökonomen“ anprangerte — den „Protest russischer Sozialdemokraten“. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 159–175.) 85
- <sup>26</sup> „*Rabotschaja Mysl*“ (Arbeitergedanke) — Zeitung der „Ökonomen“, die von 1897 bis 1902 erschien. Kritik an den Ansichten der „Rabotschaja Mysl“ als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus übte Lenin in einer Reihe seiner Schriften, besonders in Artikeln, die in der „Iskra“ veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?“. 85
- <sup>27</sup> Gemeint sind die Äußerungen von Karl Marx in seiner Arbeit „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1956, S. 385.) 85

- <sup>28</sup> „l'Humanité“ — von J. Jaurès 1904 als Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs gegründete Zeitung. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Kongreß im Dezember 1920 und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde „l'Humanité“ deren Organ. Seitdem erscheint „l'Humanité“ in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 87
- <sup>29</sup> *Varlin, Louis-Eugène* (1839—1871) — französischer Arbeiter, bekannter Führer der I. Internationale; war Mitglied des Zentralkomitees der Nationalgarde und aktiver Teilnehmer an der Pariser Kommune 1871. 99
- <sup>30</sup> Kritik am „Organisationsstatut“, das auf der menschwistischen Konferenz 1905 angenommen wurde, übte Lenin in dem Artikel „Ein dritter Schritt zurück“ (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 509—518, russ.) und im „Vorwort zur Broschüre ‚Arbeiter über die Spaltung der Partei‘“ (siehe den vorliegenden Band, S. 155—161). 100
- <sup>31</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1957, S. 198. 103
- <sup>32</sup> Die *Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine* wurden 1868 in Deutschland von den liberalen Bourgeois Hirsch und Duncker gegründet, die, wie auch der bürgerliche Ökonom Brentano, die „Harmonie der Klasseninteressen“ predigten, die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie abzubringen suchten und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung auf die von Hilfskassen und Kultur- und Bildungsorganisationen beschränkten. 110
- <sup>33</sup> Friedrich Engels' Artikel „Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873“ war unter Lenins Redaktion ins Russische übersetzt worden und erschien 1905 im Genfer Verlag des ZK der SDAPR als Broschüre. Später, 1906, wurde er in Petersburg neu aufgelegt. (Siehe Friedrich Engels, „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871 bis 1875)“, Berlin 1957.)  
Die „*Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850*“ wurde 1906 in russischer Sprache als Beilage zu der im Verlag „Molot“ (Der Hammer) in Petersburg herausgegebenen Marxschen Schrift „*Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln*“ veröffentlicht. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1957, S. 93—103.) 113
- <sup>34</sup> Der nachfolgende Text bis zu den Worten „Wir haben gezeigt, daß die Oswoboshdenzen...“ (siehe S. 120) wurde in der ersten Auflage des Wer-

- kes „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ ausgelassen. Erstmals wurde dieser Text in der „Prawda“ Nr. 112 vom 22. April 1940 veröffentlicht. 118
- <sup>35</sup> Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1957, S. 446–518. 118
- <sup>36</sup> „*Moskowskije Wedomosti*“ (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eines der maßgebenden Organe der Schwarzhunderter; sie wurde 1917, kurz nach der Oktoberrevolution, verboten. 119
- <sup>37</sup> *Mebring, Franz* (1846–1919) — hervorragender Führer des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Historiker und Publizist; Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. 121
- <sup>38</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Die Revolution von 1848. Auswahl aus der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘“, Berlin 1955, S. 219. 122
- <sup>39</sup> Siehe ebendort, S. 47/48. 123
- <sup>40</sup> Siehe ebendort, S. 48. 123
- <sup>41</sup> Siehe ebendort, S. 42. 123
- <sup>42</sup> Siehe ebendort, S. 59. 124
- <sup>43</sup> Siehe ebendort, S. 175/176. 126
- <sup>44</sup> Das *Organ des Arbeitervereins zu Köln* hieß ursprünglich „Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln“ mit dem Untertitel „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“; erschien unter der Redaktion der Mitglieder des „Bundes der Kommunisten“ Josef Moll und Karl Schapper. Von April bis Oktober 1848 erschienen 40 Nummern. Später wurde der Untertitel zum Titel der Zeitung, und mit diesem Kopf erschienen von Oktober 1848 bis Juni 1849 noch 23 Nummern. 127
- <sup>45</sup> „*Bund der Kommunisten*“ — erste internationale Organisation des revolutionären Proletariats, gegründet im Sommer 1847 in London auf einem Kongreß von Delegierten der revolutionären proletarischen Organisationen. Die Organisatoren und Führer des „Bundes der Kommunisten“ waren Karl Marx und Friedrich Engels, die im Auftrag dieser Organisation das „Manifest der Kommunistischen Partei“ verfaßten. Der „Bund der Kommunisten“ bestand bis 1852. Seine bedeutendsten Vertreter spielten später in der

- I. Internationale eine führende Rolle. Siehe den Artikel von Friedrich Engels „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten“ (Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1957, S. 314 bis 332). 129
- <sup>46</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1957, S. 327. 130
- <sup>47</sup> „*Towarischtsch*“ (Der Gefährte) — Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; formell war sie kein Parteiorgan, faktisch jedoch war sie das Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. 130
- <sup>48</sup> Das vorliegende Dokument ist der Schlußteil des von einem unbekanntem Autor verfaßten Artikels „Die Pariser Kommune und die Aufgaben der demokratischen Diktatur“, dessen Manuskript Lenin stark redigierte. Der Artikel wurde im „*Proletari*“ Nr. 8 vom 17. (4.) Juli 1905 veröffentlicht. Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 131
- <sup>49</sup> Das Büro der Komitees der *Mehrheit* — die auf Initiative W. I. Lenins zur Vorbereitung des III. Parteitags der SDAPR geschaffene organisatorische Zentralstelle der Bolschewiki. Das Büro wurde Ende 1904 auf drei Gebietskonferenzen — des Südens, des Kaukasus und des Nordens — gewählt. 133
- <sup>50</sup> Mitglieder des Zentralkomitees — die in Moskau auf der Sitzung des ZK vom 9. (22.) Februar 1905 verhafteten Versöhner: *Ma* — W. A. Noskow; *Bem* — M. A. Silwin; *Wladimir* — L. J. Karpow; *Innokenti* — J. F. Dubrowski; *Andrej* — A. A. Kwjatkowski; *Woron* — L. J. Galperin. 134
- <sup>51</sup> Das Zentralkomitee der SDAPR ernannte am 7. (20.) Mai 1905 Plechanow zum Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Internationalen Sozialistischen Büro (dem Exekutivorgan der II. Internationale), unter der Bedingung, daß er die Beschlüsse des III. Parteitags der SDAPR für sich als bindend anerkennt. Plechanow nahm diese Bedingung jedoch nicht an, und seine Ernennung wurde widerrufen. Im Oktober 1905 faßte das Zentralkomitee den Beschluß, Lenin zum Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro zu ernennen. Zur Frage der Vertretung der SDAPR im ISB siehe auch den vorliegenden Band, S. 330–332. 134
- <sup>52</sup> „*Die Neue Zeit*“ — Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In den Jahren 1885–1895 veröffentlichte „*Die Neue Zeit*“ einige Artikel von Friedrich Engels. Dieser gab der Redaktion der Zeitschrift oft Ratschläge und kritisierte sie scharf wegen

ihrer Abweichungen vom Marxismus. Anfängen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, vertrat die Zeitschrift Kautskysche Auffassungen und veröffentlichte systematisch Artikel von Revisionisten. Während des imperialistischen Weltkriegs (1914—1918) bezog sie einen zentristischen Standpunkt, wodurch sie faktisch die Sozialchauvinisten unterstützte.

„*Leipziger Volkszeitung*“ — Organ des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie; gegründet 1894. 135

- <sup>53</sup> Lenin meint Rosa Luxemburgs Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, den sie auf Ersuchen der Menschewiki schrieb und der im Juli 1904 in der menschewistischen „*Iskra*“ und in der „*Neuen Zeit*“ veröffentlicht wurde. Lenin erwiderte darauf in seinem Artikel „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg“ (siehe Werke, Bd. 7, S. 480—491), den er an „*Die Neue Zeit*“ schickte. Kautsky, der die Menschewiki unterstützte, weigerte sich jedoch, ihn zu veröffentlichen. 135
- <sup>54</sup> Siehe Friedrich Engels, „Internationales aus dem ‚Volksstaat‘ (1871 bis 1875)“, Berlin 1957, S. 50. 148
- <sup>55</sup> „*Poslednije Iswestija*“ (Die letzten Nachrichten) — periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt, das von 1901 bis 1906 vom „Bund“ im Ausland herausgegeben wurde; es vertrat die bürgerlich-nationalistischen Ansichten der Bundisten. 152
- <sup>56</sup> Das vorliegende Dokument ist der ursprüngliche Entwurf von Lenins Vorwort zu der im August 1905 in Genf erschienenen Broschüre „Arbeiter über die Spaltung der Partei“. „Die Stimme der Arbeiter und die Spaltung der Partei“ ist eine Variante des Broschürentitels. Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 153
- <sup>57</sup> Der *Offene Brief des Zentralkomitees der SDAPR an die Organisationskommission* der Menschewiki sollte in Nr. 10 des „*Proletari*“ veröffentlicht werden, erschien aber in Nr. 11 vom 9. August (27. Juli) 1905. In dem offenen Brief wurde vorgeschlagen, Verhandlungen über die Vereinigung der Partei auf Grund des Programms und des vom III. Parteitag angenommenen Statuts aufzunehmen. Die erste und die zweite Besprechung von Vertretern des Zentralkomitees und der Organisationskommission fanden im Juli, die dritte fand im September 1905 statt. Die Besprechungen zeigten, daß die Menschewiki durch ihre Spaltungstätigkeit die Vereinigung der Partei vereitelten. 153

- <sup>58</sup> Lenin meint die Zeitschrift „*Dnewnik Sozialdemokrata*“ (Tagebuch eines Sozialdemokraten), die in Genf von März 1905 bis April 1912 unregelmäßig von G. W. Plechanow herausgegeben wurde. 1916 setzte Plechanow die Herausgabe der Zeitschrift in Petrograd fort, es erschien aber nur eine Nummer. 160
- <sup>59</sup> „*Verband der Verbände*“ — politische Organisation der bürgerlich-liberalen Intelligenz, die im Mai 1905 auf der ersten Konferenz der Vertreter von 14 Verbänden — der Rechtsanwälte, Schriftsteller, Ärzte, Ingenieure, Lehrer u. a. — gebildet wurde. Im Juli 1905 sprach sich der Verband für den Boykott der Bulyginschen Duma aus, sagte sich jedoch sehr bald davon los und beteiligte sich an den Wahlen zur Duma. Ende 1906 zerfiel der „Verband der Verbände“.
- Über die Einstellung der Sozialdemokratie zu diesem liberalen Verband siehe den vorliegenden Band, S. 276/277. 162
- <sup>60</sup> „*Slowo*“ (Das Wort) — Zeitung, erschien 1904 — 1909 in Petersburg; war das Organ der rechten Semstwoleute; von November 1905 bis Juli 1906 war sie das Organ der Partei der Oktobristen, später wurde sie das Organ der konstitutionell-monarchistischen Partei der „friedlichen Erneuerer“, die sich im Grunde genommen durch nichts von den Oktobristen unterschieden.
- „*Russkije Wedomosti*“ (Russische Nachrichten) — Zeitung, die in Moskau seit 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwoleuten herausgegeben wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten; nach der Oktoberrevolution 1917 wurde sie wie auch die anderen konterrevolutionären Zeitungen verboten. 163
- <sup>61</sup> „*The Times*“ — 1785 in London gegründete Zeitung; eine der einflußreichsten konservativen Zeitungen der englischen Bourgeoisie. 163
- <sup>62</sup> *Suworin, A. S.* — von 1876 bis 1912 Redakteur der reaktionären Zeitung „*Nowoje Wremja*“. 165
- <sup>63</sup> *Kalenden* — Benennung des ersten Tages im Monat bei den alten Römern. Die Griechen kannten diese Bezeichnung nicht. Aufschieben bis zu den griechischen Kalenden bedeutet somit, etwas niemals verwirklichen, eine Sache scheitern lassen. 166
- <sup>64</sup> „*Le Matin*“ — 1884 gegründete französische bürgerliche Tageszeitung. 169
- <sup>65</sup> In Nr. 12 des „*Proletari*“ vom 16. (3.) August 1905 wurde eine Resolution der Konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR über die Vereinigung der Partei veröffentlicht. An der im Sommer 1905 stattgefundenen



- Konferenz nahmen Vertreter der Auslandsorganisationen der SDAPR (Bolschewiki und Menschewiki) teil, die sich in Süddeutschland aufhielten. Die Konferenz sprach sich für die Einberufung eines Vereinigungsparteitags aus, der die Vereinigung mit dem abgespaltenen Teil der SDAPR (Menschewiki) durchführen sollte. Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 181
- <sup>66</sup> „*Utschitel*“ (Lehrer) — Pseudonym M. N. Pokrowskis. Der Verfasser des Artikels „Die Oswoboshdenzen an der Arbeit“ ist W. D. Bontsch-Brujewitsch. 182
- <sup>67</sup> Die vorliegende Notiz ist die Antwort auf den Brief eines Genossen aus Dwinsk, der als „Arbeiter“ zeichnete. Der Briefschreiber stellte der Redaktion des „Proletari“ folgende Fragen, die sich auf die Beschlüsse des III. Parteitags der SDAPR bezogen: „1. Welche Rolle wird die provisorische Regierung spielen, wird sie das Land leiten oder verwalten, oder weder das eine noch das andere? 2. Unter welchen Umständen ist die Teilnahme des Proletariats an einer provisorischen Regierung zulässig? 3. Was bedeutet: Agitation und Propaganda für den bewaffneten Aufstand?“ 183
- <sup>68</sup> *Burenin, W. P.* — Mitarbeiter der reaktionären Zeitung „*Nowoje Wremja*“, ein Verleumder, der eine wüste Hetze gegen die Vertreter aller fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Strömungen trieb. Lenin gebrauchte diesen Namen als Gattungsnamen, um unehrliche Methoden in der Polemik zu bezeichnen. 197
- <sup>69</sup> „*Borba Proletariata*“ („*Proletariatis Brdsola*“) [Der Kampf des Proletariats] — illegale bolschewistische Zeitung, Organ des Kaukasischen Bundes der SDAPR; erschien von April/Mai 1903 bis Oktober 1905; herausgegeben wurden 12 Nummern. Zur Redaktion gehörten A. G. Zulukidse, J. W. Stalin, S. G. Schaumian u. a. Die Zeitung erschien in georgischer, armenischer und russischer Sprache. Die Redaktion der Zeitung stand in Verbindung mit W. I. Lenin und der bolschewistischen Zentralstelle im Ausland. Die Zeitung veröffentlichte laufend Artikel Lenins und Materialien aus der Leninschen „*Iskra*“ und später aus dem „*Wperjod*“ und dem „*Proletari*“. 199
- <sup>70</sup> Die von P. Nikolajew verfaßte Broschüre „Die Revolution in Rußland“ wurde 1905 in Genf vom Zentralkomitee der SDAPR herausgegeben. Lenin redigierte das Manuskript und schrieb dabei die vorliegende Bemerkung über die Bulyginsche Duma. 205
- <sup>71</sup> S. S. — Pseudonym P. N. Miljukows, Führer der Partei der Kadetten. 210

- <sup>72</sup> *Trepow, D. F.* — Generalgouverneur in Petersburg, leitete die Niederwerfung der ersten russischen Revolution. 221
- <sup>73</sup> In Nr. 9 des „Proletari“ vom 26. (13.) Juli 1905 erschien der Artikel „Unsere Chlestakows“, in dem eine von der menschewistischen „Iskra“ an eine französische sozialistische Zeitung gesandte Mitteilung zitiert wurde. In dieser Mitteilung machte die „Iskra“ falsche, übertriebene Angaben über ihre Anhänger unter den organisierten Arbeitern. (Siehe Lenin-Sammelband XVI, S. 128/129, russ.) 223
- <sup>74</sup> In Nr. 10 des „Proletari“ vom 2. August (20. Juli) 1905 wurde eine Resolution des Saratower Komitees der SDAPR (das eine versöhnlerische Haltung einnahm) veröffentlicht, die auf Grund eines Berichts über den III. Parteitag und die Konferenz der Menschewiki angenommen worden war. Der „Proletari“ veröffentlichte die Resolution mit einem von Lenin verfaßten Nachwort der Redaktion. (Siehe Lenin-Sammelband XVI, S. 130, russ.) 225
- <sup>75</sup> Der Ausdruck stammt aus N. W. Gogols Novelle „Aufzeichnungen eines Verrückten“. (Siehe Nikolai Gogol, Gesammelte Werke in fünf Bänden, Bd. 3, Berlin 1952, S. 302.) 242
- <sup>76</sup> „*Vossische Zeitung*“ — 1704 in Berlin gegründete deutsche bürgerliche Zeitung. 248
- <sup>77</sup> *Ledru-Rollin* (1807—1874) — französischer Politiker, Vertreter der kleinbürgerlichen Demokraten. 252
- <sup>78</sup> *Cavaignac, Louis-Eugène* — französischer General, Kriegsminister der Provisorischen Regierung nach der Februarrevolution 1848. In den Junitagen leitete er die Niederwerfung des Aufstands der Pariser Arbeiter.  
*Thiers, Louis-Adolphe* — französischer bürgerlicher Politiker, unversöhnlicher Feind der Arbeiterklasse. 1871 stand er an der Spitze der Regierung und schlug den Aufstand der Pariser Kommunarden grausam nieder. 255
- <sup>79</sup> *Jacoby, Johann* (1805—1877) — deutscher bürgerlicher Demokrat, Teilnehmer der Revolution von 1848. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurde Jacoby Sozialdemokrat. 256
- <sup>80</sup> Siehe Karl Marx/Friedrich Engels „Kleine ökonomische Schriften“, Berlin 1955, S. 560/561. 268
- <sup>81</sup> „*Die liberalen Verbände und die Sozialdemokratie*“ — ein von Lenin verfaßter Zusatz zu einem Artikel W. W. Worowskis, veröffentlicht im „Proletari“ Nr. 18 vom 26. (13.) September 1905 unter der gleichen Überschrift. 276

- <sup>82</sup> „*Rabotschi*“ (Der Arbeiter) — illegale, volkstümliche sozialdemokratische Zeitung; wurde auf Beschluß des III. Parteitags der SDAPR 1905 in Moskau vom Zentralkomitee herausgegeben. Von August bis Oktober erschienen vier Nummern. 284
- <sup>83</sup> Den Artikel „*Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*“ schrieb Lenin auf Ersuchen des Kaukasischen Bundes der SDAPR zur Veröffentlichung in dessen Organ, der Zeitung „*Borba Proletariata*“. 285
- <sup>84</sup> Der *Kölner Gewerkschaftskongreß* fand im Mai 1905 statt. 287
- <sup>85</sup> Der hier veröffentlichte Entwurf Lenins „*Keine Schwindelei! Unsere Kraft liegt im Aussprechen der Wahrheit! Zuschrift an die Redaktion*“ blieb unvollendet. 290
- <sup>86</sup> Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1957, S. 230. 291
- <sup>87</sup> Die *Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen in Rußland* fand vom 7.—9. (20.—22.) September 1905 in Riga statt. Die Resolutionen der Konferenz siehe „*Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK*“, 7. Auflage, 1954, Teil I, S. 91—94, russ.
- In einem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR vom 7. September (n. St.) 1905 stellte Lenin die enge Verbindung der „*Armenischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation*“ mit dem „*Bund*“ fest. (Siehe Lenin-Sammelband V, S. 493, russ.) 295
- <sup>88</sup> Die *Kommission des Senators Schidlowski* wurde durch einen Erlaß des Zaren vom 29. Januar (11. Februar) 1905 gebildet, angeblich „um die Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiter in St. Petersburg und seinen Vororten unverzüglich zu klären“. Der Kommission sollten auch gewählte Arbeitervertreter angehören. Die Bolschewiki sahen in diesem Vorhaben des Zarismus einen Versuch, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken, und schlugen vor, die Wahlen in die Kommission dazu auszunutzen, der zaristischen Regierung politische Forderungen zu stellen. (Siehe den Band „*Flugblätter der Petersburger Bolschewiki*“, Teil I, 1939, S. 197 bis 202, russ.) Nachdem die Regierung die Forderungen abgelehnt hatte, weigerten sich die Wahlmänner, ihre Vertreter in die Kommission zu wählen, und riefen die Petersburger Arbeiter zum Streik auf. Bereits am nächsten Tag begannen politische Massenstreiks. Am 20. Februar (5. März) mußte die Zarenmacht die Schidlowski-Kommission auflösen. 301

- <sup>89</sup> Gemeint ist der englische Staatsmann und Schriftsteller Disraeli. 303
- <sup>90</sup> *David, Eduard* — deutscher Ökonom, Bernsteinianer. Eine Kritik seiner Auffassungen siehe in der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ von W. I. Lenin. (Werke, Bd. 5, S. 97—221 und Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 149—193, russ.) 307
- <sup>91</sup> *Scharwerke* — Bezeichnung für Handdienste, die von den Bauern in Polen als Fronarbeit beim Bau von Wegen, Brücken und anderen vorwiegend militärischen Objekten geleistet werden mußten. 308
- <sup>92</sup> „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) — Zeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnet das „*Nowoje Wremja*“ als Musterbeispiel einer korrupten Zeitung. 315
- <sup>93</sup> *Balalaikin* — Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle“; liberaler Phrasendrescher, Abenteurer und Lügner, dem seine eigennützigen Interessen über alles gehen. 321
- <sup>94</sup> „*Zur Vereinigung der Partei*“ — unter dieser Überschrift veröffentlichte das Zentralkomitee der SDAPR die Protokolle der Besprechungen von Vertretern des (vom III., bolschewistischen, Parteitag gewählten) ZK und der (auf der Genfer Konferenz der Menschewiki gewählten) Organisationskommission über die Bedingungen der Vereinigung mit dem abgespaltenen Teil der SDAPR (Menschewiki). Die vorliegende Notiz ist ein von Lenin im Namen der Redaktion des „*Proletari*“ verfaßter Zusatz zum Protokoll der dritten Besprechung der Vertreter des ZK und der OK, die im September 1905 stattfand. 324
- <sup>95</sup> „*Die Südrussische konstituierende Konferenz*“ der Menschewiki fand im August 1905 in Kiew statt. Die Beschlüsse dieser Konferenz kritisierte Lenin auch in dem Artikel „Das letzte Wort der ‚iskristischen‘ Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 354—372.) 328
- <sup>96</sup> Das auf dem Standpunkt der Bolschewiki stehende Komitee von Kostroma wandte sich gegen die Ernennung G. W. Plechanows zum Vertreter im Internationalen Sozialistischen Büro. 332

- <sup>97</sup> Die Notiz „*Aus Gesprächen mit Lesern*“ ist ein redaktionelles Vorwort zu einem Brief des Bolschewiks S. I. Gussew, der im zweiten Halbjahr 1905 als Mitglied des Odessaer Komitees der SDAPR tätig war. 333
- <sup>98</sup> Der Artikel „*Blutige Tage in Moskau*“ ist der ursprüngliche Entwurf zum Artikel „*Politischer Streik und Straßenkampf in Moskau*“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 345–353.) 334
- <sup>99</sup> Der *Streik in Iwanowo-Wosnessensk* begann Ende Mai und dauerte bis Anfang August 1905. Den Streik leitete das Nordkomitee der Bolschewiki. An ihm beteiligten sich ungefähr 70000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Während dieses Streiks schufen die Arbeiter einen Rat von Vertrauensleuten, der faktisch einer der ersten Sowjets von Arbeiterdeputierten in Rußland war. 335
- <sup>100</sup> Lenin meint die Niederschießung von Tifliser Arbeitern am 29. August (11. September) 1905 durch die Polizei in den Räumen der Stadtverwaltung. Es wurden annähernd 60 Menschen getötet und ungefähr 300 verwundet. 335
- <sup>101</sup> „*Vorwärts*“ – Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Die Zeitung erschien seit 1876 unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht u. a. In der Zeitung führte Friedrich Engels einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, brachte der „*Vorwärts*“ systematisch Artikel von Opportunisten, die in der deutschen Sozialdemokratie und in der II. Internationale vorherrschten. 348
- <sup>102</sup> „*Sozialdemokrat*“ – menschowistische Zeitung, erschien in Genf von Oktober 1904 bis Oktober 1905. 369
- <sup>103</sup> Der „*M. Borissow*“ gezeichnete Artikel wurde in der Zeitung „*Proletari*“ veröffentlicht und dann von der in Petersburg herausgegebenen bolschewistischen Zeitung „*Nowaja Shisn*“ in Nr. 7 vom 8. (21.) November 1905 nachgedruckt. 373
- <sup>104</sup> Es handelt sich um die von 1903 bis 1908 in Petersburg herausgegebene liberal-bürgerliche Zeitung „*Rus*“ (Rußland), die mit Unterbrechungen und auch unter anderen Titeln – „*Molwa*“ (Die Kunde) und „*XX Wek*“ (20. Jahrhundert) – erschien. 378
- <sup>105</sup> Das Zentralorgan der SDAPR „*Proletari*“ brachte in Nr. 22 vom 24. (11.) Oktober 1905 eine Besprechung der Zeitung „*Borba Proletariata*“ vom 15. (28.) August 1905. Den im vorliegenden Band veröffentlichten Teil der

- Besprechung schrieb Lenin über Stalins Artikel „Antwort an den ‚Sozialdemokrat‘“. (Siehe J. W. Stalin, Werke, Bd. 1, Berlin 1951, S. 138–149.) 387
- <sup>106</sup> Gemeint ist der in Nr. 19 des „Proletari“ vom 3. Oktober (20. September) 1905 veröffentlichte „Offene Brief an die Genossen im Ausland“. In diesem Brief wiesen die in den Wolgagouvernements tätigen Sozialdemokraten darauf hin, daß man mehr Leute für die Arbeit in Rußland freustellen müsse. Die Redaktion des „Proletari“ fügte dem Brief eine Anmerkung bei, in der es hieß: „Wir teilen zwar nicht die allzu starre Meinung der Verfasser, daß das ‚Studium‘ im Ausland nutzlos sei, denken jedoch, daß man sich im Ausland und in der gesamten Partei öfter der russischen Provinz erinnern müßte.“ Wer sich des Pseudonyms „Revolutionär“ bediente, konnte nicht ermittelt werden. 389
- <sup>107</sup> *Wassiljew* — der Bolschewik F. W. Lengnik. *Schmidt* — der Bolschewik P. P. Rumjanzew. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion trat Rumjanzew aus der Partei aus. 390
- <sup>108</sup> Lenin zitiert N. A. Dobroljubows Gedicht „Im preußischen Waggon“, veröffentlicht 1862 mit der Unterschrift „Konrad Lilienschwager“ in Nr. 8 des „Swistok“ (Das Signal), der als Beilage zur Zeitschrift „Sowremennik“ (Der Zeitgenosse) erschien. (Siehe N. A. Dobroljubow, Gedichte, 1941, S. 171, russ.) 404
- <sup>109</sup> In Nr. 23 des „Proletari“ vom 31. (18.) Oktober 1905 wurde der ungezeichnete Artikel „Die britische Arbeiterbewegung und der Kongreß der Trade-Unions“ veröffentlicht. Lenin redigierte das Übersetzungsmanuskript dieses Artikels und schrieb dazu zwei Anmerkungen, die erste zum Fall im Taff-Tal, den der Verfasser des Artikels erwähnt, die zweite zum Schlußteil des Artikels. 415
- <sup>110</sup> Die Notiz „*Gleichgewicht der Kräfte*“ wurde einige Stunden vor dem Eintreffen der telegrafischen Nachricht über das Zarenmanifest vom 17. (30.) Oktober 1905 in Genf geschrieben. Die in der Notiz berührten Fragen entwickelt Lenin ausführlich in dem Artikel „Die Entscheidung naht“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 450–457.) 416
- <sup>111</sup> „*The Daily Telegraph*“ — 1855 in London gegründete Zeitung; eine der größten konservativen bürgerlichen Zeitungen Englands. 416
- <sup>112</sup> Eine Broschüre Lenins über dieses Thema ist im Druck nicht erschienen. 419
- <sup>113</sup> Es handelt sich um die von Lenin verfaßte und vom III. Parteitag angenommene Resolution „Zur Frage des offenen politischen Auftretens der SDAPR“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 345/346, russ.) 421

- <sup>114</sup> Es ist vom *Streikkomitee* der Petersburger Arbeiter die Rede, aus dem während des politischen Generalstreiks im Oktober der Petersburger Sowjet der Arbeiterdeputierten entstand. Am 13. (26.) Oktober 1905 wählten die Petersburger Arbeiter in den Fabriken und Werken ihre Vertreter zum Sowjet der Arbeiterdeputierten. In der Nacht fand die erste Sitzung des Sowjets statt. Nach dem Vorbild Petersburgs wurden auch in Moskau und anderen Städten Sowjets der Arbeiterdeputierten geschaffen. Die Bolschewiki sahen in den Sowjets eine politische Massenorganisation der Arbeiterklasse und betrachteten sie als Organe des Aufstands, als Keimformen der revolutionären Staatsmacht. Da die Menschewiki im Petersburger Sowjet der Arbeiterdeputierten die Führung an sich gerissen hatten, verhielt sich der Sowjet ablehnend zur Vorbereitung des bewaffneten Volksaufstands.
- Über die Sowjets der Arbeiterdeputierten im Jahre 1905 siehe Lenins Schriften: „Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten“, „Sozialismus und Anarchismus“, „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“ in Werke, 4. Ausgabe, Bd. 10, S. 1–11, 53–56 und 175–250, russ. 435
- <sup>115</sup> Der Artikel „*Kleinbürgerlicher und proletarischer Sozialismus*“ wurde in der bolschewistischen Zeitung „*Nowaja Shisn*“ Nr. 9 vom 10. (23.) November 1905 nachgedruckt. 441
- <sup>116</sup> *W. W.* — Pseudonym W. P. Woronzows, Verfasser des Buches „*Schicksale des Kapitalismus in Rußland*“. *Nikolai-on* — Pseudonym N. F. Danielsons, Verfasser der Schrift „*Abhandlungen über unsere Volkswirtschaft nach der Reform*“. Woronzow und Danielson waren Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 447
- <sup>117</sup> Lenin spricht von den „*Iswestija Sowjeta Rabotschich Deputatow*“ (Nachrichten des Sowjets der Arbeiterdeputierten), dem offiziellen Organ des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten. Die „*Iswestija*“ erschienen vom 17. (30.) Oktober bis 14. (27.) Dezember 1905 als Mitteilungsblätter, die in Druckereien verschiedener bürgerlicher Zeitungen eigenmächtig gedruckt wurden. Es erschienen zehn Nummern. Die elfte Nummer wurde von der Polizei während des Drucks konfisziert. 451
- <sup>118</sup> Gemeint ist die „*Neue Freie Presse*“ — eine seit 1864 in Wien erscheinende bürgerlich-liberale Zeitung. 454
- <sup>119</sup> Der Artikel „*Der Bauernkongreß*“ wurde in Nr. 25 der Zeitung „*Proletari*“ vom 16. (3.) November 1905 mit der Unterschrift „*W. Kalinin*“

(Pseudonym W. A. Karpinskis) veröffentlicht. Beim Redigieren des Artikels schrieb Lenin diesen Zusatz. 458

<sup>120</sup> „*Nowaja Shisn*“ (Neues Leben) — erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Als Lenin Anfang November aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. „*Nowaja Shisn*“ war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Die engsten Mitarbeiter der Zeitung waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, A. W. Lunatscharski und andere. Auch Maxim Gorki beteiligte sich aktiv an der Zeitung und unterstützte sie materiell.

In Nr. 9 der „*Nowaja Shisn*“ vom 10. (23.) November erschien Lenins erster Artikel „Über die Reorganisation der Partei“. Im weiteren wurden dann noch über zehn Artikel Lenins veröffentlicht. Die tägliche Auflage der Zeitung erreichte 80000 Exemplare.

Die „*Nowaja Shisn*“ war zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Von 27 Nummern wurden 15 beschlagnahmt und eingestampft. Nach Erscheinen der Nr. 27 vom 2. (15.) Dezember wurde die Zeitung von der Regierung verboten. Die letzte, die 28. Nummer erschien illegal. 464

<sup>121</sup> *Vendée* — französisches Departement, war während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts der Herd eines konterrevolutionären Aufstands der rückständigen reaktionären Bauernschaft gegen den revolutionären Konvent. Der Aufstand wurde unter religiösen Losungen durchgeführt, an seiner Spitze standen konterrevolutionäre Geistliche und Gutsbesitzer. 466

<sup>122</sup> Der Aufstand der Matrosen und Soldaten in Kronstadt begann am 26. Oktober (8. November) 1905. Die Aufständischen erhoben die Forderungen: Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund allgemeiner Wahlen, Errichtung einer demokratischen Republik, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Verbesserung der Lage der Matrosen und Soldaten. Am 28. Oktober (10. November) wurde der Aufstand niedergeschlagen. 467



DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN  
W. I. LENINS

(Juni bis November 1905)



1905

- Juni—Juli* W. I. Lenin schreibt das Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“.
28. Juni  
(11. Juli) Lenin schlägt in einem Brief an das Zentralkomitee der SDAPR vor, durch die Herausgabe von regelmäßig erscheinenden Flugschriften und Mitteilungsblättern des ZK die politische Anleitung der Parteiorganisationen zu verstärken.
29. Juni  
(12. Juli) In einem Brief an das Zentralkomitee legt Lenin die Bedingungen dar, unter denen G. W. Plechanow zum Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro ernannt werden soll.
11. (24.) Juli In einem Brief an das Internationale Sozialistische Büro entlarvt Lenin die Spaltungstätigkeit der Menschewiki.
13. (26.) Juli In Nr. 9 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Revolution lehrt“ und „Ohnmächtige Wut“.
- Nach dem 13.*  
*(26.) Juli* Lenin schreibt das Vorwort zu dem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“.
15. (28.) Juli Lenin rät in einem Brief an das Zentralkomitee, den Beschluß des ZK über die Ernennung Plechanows zum Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro aufzuheben.
20. Juli  
(2. August) Lenins Artikel „Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie erschleicht sich die Macht“ erscheint als Leitartikel in Nr. 10 des „Proletari“.

27. Juli  
(9. August) In Nr. 11 des „Proletari“ wird das Erscheinen von Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ angekündigt.
- Juli Lenin schreibt das Vorwort zur Broschüre „Arbeiter über die Spaltung der Partei“.
- Juli–August Lenin redigiert die russische Übersetzung von Karl Marx' Broschüre „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ für die zweite Auflage, die 1905 im Odessaer Verlag „Burewestnik“ (Sturm-vogel) erschien.
1. (14.) August Lenin kritisiert in einem Brief an das Zentralkomitee der SDAPR die versöhnlerische Haltung der Mitglieder des ZK in Rußland (Bogdanows, Krassins und anderer) und fordert, daß sich das ZK bei der Entscheidung über die Vereinigung mit dem abgespaltenen Teil der SDAPR (Menschewiki) unbeirrt von den Beschlüssen des III. Parteitags leiten läßt.
3. (16.) August Lenins Artikel „Der Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand“ erscheint in Nr. 12 des „Proletari“ als Leitartikel.
9. (22.) August In Nr. 13 des „Proletari“ erscheint Lenins Artikel „Antwort der Redaktion des ‚Proletari‘ auf Fragen eines Genossen ‚Arbeiter‘“ und eine Anmerkung zu M. N. Pokrowskis Artikel „Die berufstätige Intelligenz und die Sozialdemokraten“.
16. (29.) August In Nr. 14 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Einheit des Zaren mit dem Volk und des Volkes mit dem Zaren“ (Leitartikel), „Die Schwarzhundertschaften und die Organisation des Aufstands“, „Treten die ‚liberalen‘ Semstwoleute bereits den Rückzug an?“ und das Nachwort der Redaktion zu dem Artikel „Der dritte Parteitag vor dem Tribunal der kaukasischen Menschewiki“, der aus Nr. 1 der Zeitung „Borba Proletariata“ nachgedruckt ist.
- August Lenin schreibt das Vorwort zur dritten Auflage der Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“. Lenin schreibt „Die Arbeiterklasse und die Revolution“ als Konzept für eine Broschüre. Seine Broschüre „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (Neuaufgabe der ersten vier Kapitel) kommt aus dem Druck.

23. August  
(5. September) In Nr. 15 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie oder an der Spitze der revolutionären Arbeiterklasse und Bauernschaft?“ (Leitartikel), „Die klarste Darlegung des verworrensten Plans“ und „Information der internationalen Sozialdemokratie über unsere Parteiangelegenheiten“.
25. August  
(7. September) Lenin protestiert in einem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR in Rußland gegen ihre versöhnlerische Haltung in Fragen der Taktik und fordert entschieden eine rechtzeitige Information der Redaktion des Zentralorgans „Proletari“ über die Tätigkeit des ZK.
1. (14.)  
September In Nr. 16 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung“ (Leitartikel), „Was wollen und was fürchten unsere liberalen Bourgeois?“ und „Die Theorie der Selbstentstehung“.  
Lenin weist in einem Brief an P. A. Krassikow auf die Notwendigkeit hin, die Lokalkomitees der SDAPR zu festigen und zwischen dem Petersburger Komitee und der Redaktion des „Proletari“ einen engeren und regeren Kontakt herzustellen.
2. (15.)  
September Lenin besteht in einem Brief an das Zentralkomitee darauf, daß er rechtzeitig über die Tätigkeit des ZK in Rußland informiert wird.
3. (16.)  
September Lenin erklärt in einem Brief an das Internationale Sozialistische Büro, daß das Zentralkomitee der SDAPR der Einberufung der vom ISB im Zusammenhang mit den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SDAPR vorgeschlagenen Konferenz zustimmt.
7. (20.)  
September Lenin weist in einem Brief an S. I. Gussew auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Parteiarbeiter in Rußland in Fragen der bolschewistischen Taktik und ihrer praktischen Durchführung an die Redaktion des „Proletari“ wenden.
- Nach dem 10.  
(23.) September Lenin hält vor russischen Emigranten in der Schweiz ein Referat über die Taktik der Partei hinsichtlich der Bulygin'schen Duma.

13. (26.)  
September In Nr. 18 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Freunde haben sich gefunden“ (Leitartikel), „Streitet über die Taktik, aber gebt klare Losungen!“, „Parlamentsspieleri“, „Von der Verteidigung zum Angriff“, „Zur gegenwärtigen Lage“ und ein Zusatz zu W. W. Worowskis Artikel „Die liberalen Verbände und die Sozialdemokratie“.
- Mitte  
September In Nr. 2 des volkstümlichen Organs des ZK der SDAPR „Rabotschi“ (Der Arbeiter) erscheint der von Lenin verfaßte Brief „Von der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR“ an alle Parteiorganisationen.
20. September  
(3. Oktober) In Nr. 19 des „Proletari“ erscheint Lenins Artikel „Die Semstwowtagung“.  
Lenin gibt in zwei Briefen an das Zentralkomitee der SDAPR Hinweise für die Vorbereitung des IV. Parteitags der SDAPR und unterstreicht die Bedeutung politischer Literatur für die Anleitung der Parteiarbeit.
25. September  
(8. Oktober) Lenin teilt in einem Brief an das Zentralkomitee den Beschluß der Südrussischen Konferenz der Menschewiki mit, Plechanow zum Vertreter der Menschewiki im Internationalen Sozialistischen Büro zu ernennen, und schlägt als Vertreter der Bolschewiki im ISB W. W. Worowski vor.
- Vor dem  
27. September  
(10. Oktober) Lenin schreibt die Artikel „Keine Schwindelei! Unsere Kraft liegt im Aussprechen der Wahrheit!“ und „Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.
27. September  
(10. Oktober) In Nr. 20 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Sozialismus und Bauernschaft“ (Leitartikel), „Die satte Bourgeoisie und die lechzende Bourgeoisie“, „Die Gutsbesitzer über den Dumaboykott“, „Zur Vereinigung der Partei“, „Eine zornige Antwort“, „Eine neue menschewistische Konferenz“ und „Die Vertretung der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro“.  
Lenin schreibt den Artikel „Blutige Tage in Moskau“.
30. September  
(13. Oktober) Lenin weist in einem Brief an S. I. Gussew darauf hin, daß die Partei die Gewerkschaftsverbände stärker anleiten muß.
- Ende September Lenin schreibt den Entwurf „Die schlafende und die erwachte Bourgeoisie. Thema für einen Artikel“.

- September—  
Oktober
- Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ wird in Rußland vom Zentralkomitee und gesondert vom Moskauer Komitee der SDAPR illegal neu herausgegeben.  
Lenins Broschüre „An die Dorfarmut“ wird vom Moskauer Komitee der SDAPR illegal und vom Buchverlag „Molot“ in Petersburg unter dem Titel „Die Nöte des Dorfes. (An die Dorfarmut)“ legal neu herausgegeben.
- Anfang Oktober
- Lenin schreibt gegen A. N. Potressow (Starower) die Notiz „Ein sozialdemokratisches Liebchen“.
3. (16.) Oktober
- Lenin weist in einem Brief den Kampfausschuß beim Petersburger Komitee der SDAPR an, Kampfgruppen und Kampf-abteilungen der revolutionären Armee für den bewaffneten Aufstand zu bilden.
4. (17.) Oktober
- In Nr. 21 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Politischer Streik und Straßenkampf in Moskau“ (Leitartikel) und „Das letzte Wort der ‚iskristischen‘ Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt“.
- Zwischen dem  
4. und 11.  
(17. und 24.)  
Oktober
- Die von Lenin verfaßten Resolutionsentwürfe für den III. Parteitag und die von ihm auf dem Parteitag gehaltenen Referate und Reden werden in dem vom Zentralkomitee der SDAPR in Genf 1905 herausgegebenen Band „Der dritte ordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Voller Wortlaut der Protokolle“ zum erstenmal veröffentlicht.
7. (20.) Oktober
- Lenin verfaßt das Statut der Wirtschaftskommission des Zentralkomitees der SDAPR.
11. (24.)  
Oktober
- In Nr. 22 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Lehren der Moskauer Ereignisse“, seine Notiz „Die Jugend im Ausland und die russische Revolution“ und seine Besprechung der „Borba Proletariata“.
12. (25.)  
Oktober
- Lenin bestätigt dem Zentralkomitee in einem Brief, daß er die Mitteilung über seine Ernennung zum Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro erhalten hat.
13. (26.)  
Oktober
- Lenin verfaßt den Artikel „Der politische Generalstreik in Rußland“. Der Artikel wird als Leitartikel im „Proletari“ Nr. 23 vom 31. (18.) Oktober veröffentlicht.

- Lenin betont in einem Brief nach Petersburg (an M. M. Essen) die Notwendigkeit, die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands und die Organisation von Hunderten und Tausenden von Kampfabteilungen zu verstärken.
14. (27.)  
Oktober Lenin teilt dem Internationalen Sozialistischen Büro brieflich mit, daß für die vom ISB vorgeschlagene Konferenz W. I. Lenin, F. W. Lengnik und P. P. Rumjanzew als Vertreter des Zentralkomitees der SDAPR ernannt worden sind.
- Zweite  
Oktoberhälfte Lenin schreibt die Artikel „Die Aufgaben der Abteilungen der revolutionären Armee“ und „Die liberalen Hoffnungen auf die Duma“.  
Er entwirft den Plan einer Broschüre, in der P. B. Axelrods Arbeit „Volksduma und Arbeiterkongreß“ (1905) kritisiert werden soll.
17. (30.)  
Oktober Lenin schreibt die Notiz „Gleichgewicht der Kräfte“.
18. (31.)  
Oktober In Nr. 23 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die ersten Ergebnisse der politischen Gruppierung“, „Hysterie der Unterlegenen“, „Ein Ultimatum des revolutionären Riga“, „Die Pläne des Ministerclowns“ und „Die Zuspitzung der Lage in Rußland“.
19. Oktober  
(1. November) Lenin verfaßt anläßlich des Manifests vom 17. Oktober den Artikel „Der erste Sieg der Revolution“. Der Artikel wird als Leitartikel im „Proletari“ Nr. 24 vom 7. November (25. Oktober) veröffentlicht.
20. Oktober  
(2. November) Lenin hält in Genf auf einer Versammlung russischer Sozialdemokraten ein Referat über die letzten politischen Ereignisse in Rußland.
25. Oktober  
(7. November) In Nr. 24 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Kleinbürgerlicher und proletarischer Sozialismus“ und „Nikolai Ernestowitsch Bauman“ (Nachruf).
- Ende Oktober Lenin fährt von Genf über Stockholm nach Rußland.
2. (15.)  
November Lenin verfaßt den Artikel „Zwischen zwei Schlachten“, der dann im „Proletari“ Nr. 26 vom 25. (12.) November als Leitartikel veröffentlicht wird.
3. (16.)  
November In Nr. 25 des „Proletari“ erscheint Lenins Artikel „Die Entscheidung naht“ als Leitartikel.



## INHALTSVERZEICHNIS

*Vorwort* . . . . . VII–VIII

1905

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution . . . . .	1–130
<i>Vorwort</i> . . . . .	3
1. Die aktuelle politische Frage . . . . .	7
2. Was sagt die Resolution des III. Parteitags der SDAPR über die provisorische revolutionäre Regierung? . . . . .	10
3. Was ist „der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus“? . . . . .	18
4. Die Liquidierung der monarchischen Staatsordnung und die Republik . . . . .	25
5. Wie soll man „die Revolution vorwärtstreiben“? . . . . .	31
6. Woher droht dem Proletariat die Gefahr, im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie mit gebundenen Händen dazustehen? . . . . .	35
7. Die Taktik der „Ausschaltung der Konservativen aus der Regierung“ . . . . .	49
8. Das Oswoboshdenzcentum und der Neuskrimus . . . . .	54
9. Was bedeutet es, während der Revolution die Partei der äußersten Opposition zu sein? . . . . .	63

10. Die „revolutionären Kommunen“ und die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft . . .	67
11. Flüchtiger Vergleich einiger Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und der „Konferenz“ . . . . .	77
12. Wird der Schwung der demokratischen Revolution geschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt? . . . . .	82
13. Schluß. Dürfen wir siegen? . . . . .	92
Nachwort. Noch einmal das Oswoboshdenzentrum, noch einmal der Neuiskrismus . . . . .	105
I. Wofür loben die bürgerlich-liberalen Realisten die sozialdemokratischen „Realisten“? . . . . .	105
II. Eine neue „Vertiefung“ der Frage durch Genossen Martynow	112
III. Die vulgär-bürgerliche Darstellung der Diktatur und Marx' Ansicht über die Diktatur . . . . .	121
Schlußteil zum Artikel „Die Pariser Kommune und die Aufgaben der demokratischen Diktatur“ . . . . .	131
An das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel . . . . .	132—136
Die Revolution lehrt . . . . .	137—147
Ohnmächtige Wut . . . . .	148—152
Ursprüngliche Variante des Vorworts zur Broschüre „Arbeiter über die Spaltung der Partei“ . . . . .	153—154
Vorwort zur Broschüre „Arbeiter über die Spaltung der Partei“ . .	155—161
Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie erschleicht sich die Macht	162—171
Der Boykott der Bulyginischen Duma und der Aufstand . . . . .	172—180
Bemerkung zur Resolution der Konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR . . . . .	181
Anmerkung zu M. N. Pokrowskis Artikel „Die berufstätige Intelligenz und die Sozialdemokraten“ . . . . .	182
Antwort der Redaktion des „Proletari“ auf Fragen eines Genossen „Arbeiter“ . . . . .	183
„Die Einheit des Zaren mit dem Volk und des Volkes mit dem Zaren“ . . . . .	184—193
Die Schwarzhundtschaften und die Organisation des Aufstands . .	194—198

Nachwort der Redaktion zu dem Artikel „Der dritte Parteitag vor dem Tribunal der kaukasischen Menschewiki“ . . . . .	199
Treten die „liberalen“ Semstwoleute bereits den Rückzug an? . . . . .	200
Die Arbeiterklasse und die Revolution . . . . .	201–202
Vorwort zur dritten Auflage der Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ . . . . .	203–204
Bemerkung zu P. Nikolajews Broschüre „Die Revolution in Rußland“	205
Im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie oder an der Spitze der revolutionären Arbeiterklasse und Bauernschaft? . . . . .	206–218
Die klarste Darlegung des verworrensten Plans . . . . .	219–221
Information der internationalen Sozialdemokratie über unsere Parteiangelegenheiten . . . . .	222–223
Anmerkung zu dem Artikel „Die Finanzen Rußlands und die Revolution“ . . . . .	224
Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung . . . . .	225–234
Was wollen und was fürchten unsere liberalen Bourgeois? . . . . .	235–240
Die Theorie der Selbstentstehung . . . . .	241–246
Brief an das Internationale Sozialistische Büro . . . . .	247
Die Freunde haben sich gefunden . . . . .	248–256
Streitet über die Taktik, aber gebt klare Losungen! . . . . .	257–259
Welche Ratschläge geben die Sozialdemokraten dem Proletariat hinsichtlich der Reichsduma? . . . . .	258
Parlamentsspielerei . . . . .	260–275
Die liberalen Verbände und die Sozialdemokratie . . . . .	276–277
Von der Verteidigung zum Angriff . . . . .	278–280
Zur gegenwärtigen Lage . . . . .	281–282
Von der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR . . . . .	283–284
Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	285–289
Keine Schwindelei! Unsere Kraft liegt im Aussprechen der Wahrheit! Zuschrift an die Redaktion . . . . .	290–294
Über die sogenannte Armenische sozialdemokratische Arbeiterorganisation . . . . .	295
Die Semstwotagung . . . . .	296–302
Sozialismus und Bauernschaft . . . . .	303–312

Die satte Bourgeoisie und die lechzende Bourgeoisie .. .. .	313—319
Die Gutsbesitzer über den Dumaboykott .. .. .	320—323
Zur Vereinigung der Partei .. .. .	324—325
Eine zornige Antwort .. .. .	326—327
Eine neue menschwistische Konferenz .. .. .	328—329
Die Vertretung der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro	330—332
Aus Gesprächen mit Lesern .. .. .	333
Blutige Tage in Moskau .. .. .	334—339
Die schlafende und die erwachte Bourgeoisie. Thema für einen Artikel .. .. .	340—341
An den Kampfausschuß des St. Petersburger Komitees .. .. .	342—344
Politischer Streik und Straßenkampf in Moskau .. .. .	345—353
Das letzte Wort der „iskristischen“ Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt .. .. .	354—372
Anmerkung zu dem Artikel von M. Borissow „Über die Gewerk- schaftsbewegung und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ .. .. .	373
Aus Anlaß des Todes Trubezkoi .. .. .	374
Die Lehren der Moskauer Ereignisse .. .. .	375—384
„Borba Proletariata“ .. .. .	387—388
Die Jugend im Ausland und die russische Revolution .. .. .	389
Brief an das Internationale Sozialistische Büro .. .. .	390—391
Der politische Generalstreik in Rußland .. .. .	392—395
Die ersten Ergebnisse der politischen Gruppierung .. .. .	396—404
Hysterie der Unterlegenen .. .. .	405—407
Ein Ultimatum des revolutionären Riga .. .. .	408—409
Die Pläne des Ministerclowns .. .. .	410—411
Die Zuspitzung der Lage in Rußland .. .. .	412—414
Bemerkungen zum Artikel „Die britische Arbeiterbewegung und der Kongreß der Trade-Unions“ .. .. .	415
Gleichgewicht der Kräfte .. .. .	416—417
Ein sozialdemokratisches Liebchen .. .. .	418
Über die Broschüre „Volksduma und Arbeiterkongreß“ von P. B. Axelrod. Plan einer Broschüre .. .. .	419—422

Die Aufgaben der Abteilungen der revolutionären Armee . . . . .	423—427
Die liberalen Hoffnungen auf die Duma . . . . .	428—429
Der erste Sieg der Revolution . . . . .	430—437
Die neuesten Nachrichten . . . . .	438
Nikolai Ernestowitsch Bauman . . . . .	439—440
Kleinbürgerlicher und proletarischer Sozialismus . . . . .	441—449
Die Entscheidung naht . . . . .	450—457
Einfügung in W. Kalinins Artikel „Der Bauernkongreß“ . . . . .	458
Zwischen zwei Schlachten . . . . .	459—468
<i>Anmerkungen</i> . . . . .	469—488
<i>Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins</i> . . . . .	489—496

## ILLUSTRATIONEN

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ — 1905 . . . . .	2—3
Seite 157 von W. I. Lenins Manuskript „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ — 1905 . . . . .	93
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Sozialismus und Bauernschaft“ — 1905 . . . . .	302—303
Erste Seite der Zeitung „Borba Proletariata“ Nr. 2 mit W. I. Lenins Artikel „Die demokratischen Aufgaben des revolutionären Proletariats“ — 1905 . . . . .	385